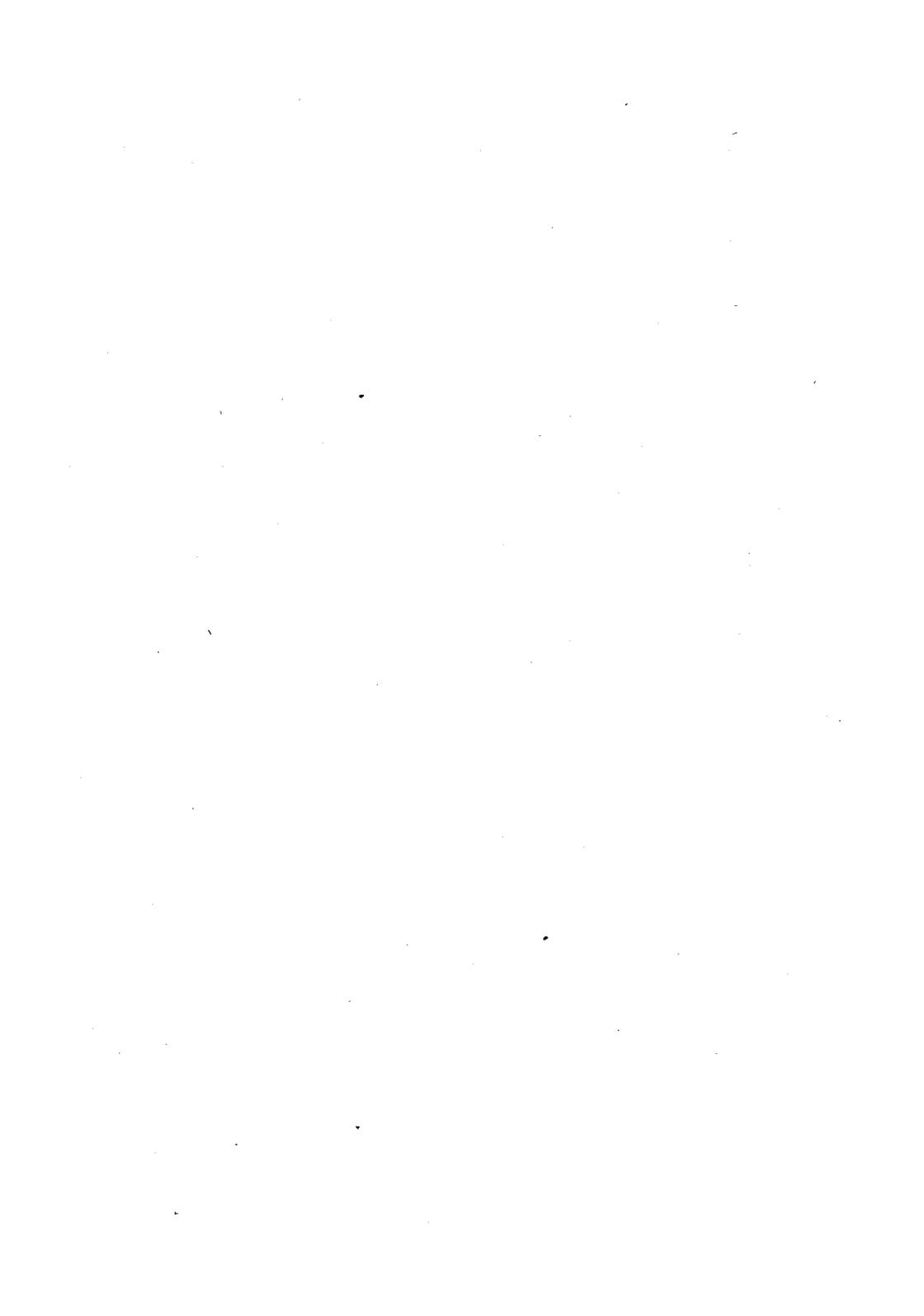


PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

16



HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRAKKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1962

W.I. LENIN

BAND 16

SEPTEMBER 1909 – DEZEMBER 1910



DIETZ VERLAG BERLIN

1962

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН • СОЧИНЕНИЯ

Dietz Verlag GmbH, Berlin • 1. Auflage 1962
Printed in the German Democratic Republic • Alle Rechte vorbehalten
Gestaltung und Typographie: Dietz Entwurf • Lizenznummer 1
Gesamtherstellung: Karl-Marx-Werk Pößneck V 15/30
ES 1 C

VORWORT

Die in Band 16 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von September 1909 bis Dezember 1910.

Den Hauptteil des Bandes bilden Artikel und Dokumente, die dem Kampf um die Partei, für ihre revolutionären Prinzipien, dem Kampf gegen die zwei Richtungen des Opportunismus in der Partei gewidmet sind: gegen die Liquidatoren, die „direkten Feinde der Partei“, und gegen die Otsowisten, die „versteckten Feinde der Partei“, aber auch gegen die Versöhnler, die sowohl die einen als auch die anderen Opportunisten deckten.

Den Kampf gegen das Liquidatorenentum als Ausdrucksform des bürgerlichen Einflusses in der Arbeiterklasse behandeln folgende Arbeiten: „Entlarvte Liquidatoren“, „Die Methoden der Liquidatoren und die Parteaufgaben der Bolschewiki“, „Der ‚Golos Sozial-Demokrata‘ und Tscherewanin“, „Der ‚Golos‘ der Liquidatoren gegen die Partei“.

Die Artikel „Über die Fraktion der Anhänger des Otsowismus und des Gottbildnertums“, „Gespräch mit den Petersburger Bolschewiki“, „Ein schmähhliches Fiasko“, „Über die Fraktion der ‚Wperjod‘-Leute“ sind gegen den Otsowismus und den Ultimatismus gerichtet.

In der Arbeit „Notizen eines Publizisten“ werden die Beschlüsse des Januarplenums des ZK der SDAPR von 1910 eingeschätzt und der Kampf gegen die Liquidatoren, Trotzisten und Versöhnler auf dem Plenum charakterisiert.

Die Artikel „Die elfte Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros“, „Die Frage der Genossenschaften auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen“, „Zwei Welten“, „Die Differenzen in der

europäischen Arbeiterbewegung“ sind gegen den Opportunismus in der europäischen Arbeiterbewegung und gegen die verräterische Politik der Führer der II. Internationale gerichtet.

In den Artikeln „Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland“, „Über die Statistik der Streiks in Rußland“ werden die Erfahrungen aus der Revolution von 1905–1907 untersucht.

Band 16 enthält acht Dokumente, die in den Werken W. I. Lenins zum erstenmal erscheinen: „Brief an die Hörer der Schule auf Capri“, der die parteifeindliche Tätigkeit der Schule auf Capri aufdeckt; „Über den ideologischen Zerfall und die ideologische Zersetzung in der Sozialdemokratie Rußlands“; „Über die Gruppe ‚Wperjod‘“; „Ankündigung der Herausgabe der ‚Rabotschaja Gaseta‘“; „Offener Brief an alle parteitreuen Sozialdemokraten“, in dem die Lage in der Partei nach dem Januarplenum des ZK der SDAPR von 1910 geschildert wird; zwei Erklärungen an das Zentralkomitee der SDAPR. Diese Dokumente sind, wie auch die meisten Schriften in Band 16, dem Kampf um die Partei, dem Kampf an zwei Fronten gewidmet.

Zu den neu aufgenommenen Artikeln gehört Lenins große Arbeit „Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft“, die er Ende 1910 schrieb. Das vollständige Manuskript dieser Arbeit ist bis heute nicht aufgefunden worden. Der Schluß der Arbeit mit der Unterschrift *W. Iljin* sowie der Schluß des I. Kapitels und der Anfang des II. Kapitels, die bei der Veröffentlichung der Arbeit im Jahre 1932 fehlten, sind jetzt gefunden worden. Daher können die Kapitel I, II und VII zum erstenmal vollständig veröffentlicht werden.



W. I. LENIN
1910

ENTLARVTE LIQUIDATOREN

Den Lesern ist natürlich bekannt, daß sich unsere Partei das letzte Jahr über mit der sogenannten liquidatorischen Strömung in der Sozialdemokratie auseinandersetzen mußte. Die Liquidatoren, das sind die ganz unverhohlenen Opportunisten, die da zu predigen anfangen, die illegale sozialdemokratische Partei, die SDAPR, sei im heutigen Rußland überflüssig. Die Leser wissen auch, daß der Kampf gegen diese Liquidatorenströmung vom Bolschewismus aufgenommen und geführt wurde, jedenfalls mit dem Erfolg, daß auf der Gesamtrussischen Parteikonferenz im Dezember 1908¹ das Liquidatorientum gegen die Stimmen der Menschewiki und eines Teils der Bundisten (der andere Teil der Bundisten wandte sich gegen das Liquidatorientum) auf das entschiedenste und unwiderprüflich verurteilt worden ist.

Das offizielle Organ der menschewistischen Fraktion jedoch, der „Golos Sozial-Demokrata“², hat nicht nur abgestritten, daß er liquidatorisch gesinnt sei, sondern im Gegenteil, er trat ständig besonders „stolz und erhaben“ auf und leugnete jegliche Beziehung zum Liquidatorientum. Die Tatsachen lagen auf der Hand. Doch der „Golos Sozial-Demokrata“ ignorierte hoheitsvoll die Tatsachen. Die vor kurzem erschienene Nr. 9 des Plechanowschen „Dnewnik Sozialdemokrata“³ (August 1909) ist in dieser Beziehung außerordentlich aufschlußreich, da hier einer der Führer des Menschewismus das Liquidatorientum endgültig entlarvt. Damit ist die Bedeutung des „Dnewnik“ nicht erschöpft, aber auf diese Seite muß man vor allem eingehen.

In Nr. 45 des „Proletari“⁴ wurde ein Brief von Menschewiki des Wiberger Bezirks (in St. Petersburg) veröffentlicht, die gegen die menschewistischen Liquidatoren Protest erheben. In Nr. 14 des „Golos“ (Mai

1909) wurde dieser Brief nachgedruckt, und die *Redaktion* bemerkt dazu: „Die Redaktion des ‚Proletari‘ tut so, als erblicke sie in dem Brief der Wiborger Genossen ein *Abrücken vom ‚Golos Sozial-Demokrata‘*...“

Nun kommt der „Dnewnik“ Plechanows heraus. Sein Verfasser legt dar, daß der *Ideengehalt* eines Artikels, der ohne jeglichen Vorbehalt der Redaktion in Nr. 15 des „Golos“ veröffentlicht wurde (obendrein eines Artikels, der ganz und gar die gleichen Auffassungen wie die der Redaktion zum Ausdruck bringt), in seiner *Gesamtheit* liquidatorisch ist. Plechanow führt dabei den Brief der Wiborger an und schreibt: „Dieser Brief zeigt uns, welche Art Einfluß auf große Arbeiterorganisationen zuweilen Leute ausüben, die unserer Partei unter dem Vorwand ‚neuer Arbeit den Rücken gekehrt haben.“ (S. 10 des „Dnewnik“.) Das ist genau jener „Vorwand“, der immer vom „Golos“ vorgebracht wurde! „Ein solcher Einfluß“, fährt Plechanow fort, „ist keineswegs sozialdemokratischer Einfluß; er ist vielmehr seinem Geist nach der Sozialdemokratie prinzipiell feindlich.“ (S. 11.)

Also, Plechanow führt den Brief der Wiborger *gegen* die Nr. 15 des „Golos Sozial-Demokrata“ an. Wir fragen den Leser, *wer denn in Wirklichkeit „so tut“?* Hat der „Proletari“ „so getan“, als er den „Golos“ des Liquidatorentums bezichtigte, oder hat der „Golos“ *so getan*, als er jegliche Verbindung von seiner Seite zum Liquidatorentum abstritt?

Die Redaktion des „Golos“ ist der *literarischen Unehrlichkeit* überführt, überführt von ihrem früheren Mitglied Plechanow.

Aber das ist noch längst nicht alles.

In Nr. 15 des „Golos“ (Juni 1909) finden wir in einem Artikel mit der Unterschrift *Th. Dans* die Bemerkung, daß der Ruf, außerhalb der Fraktionen zu stehen, die „Prawda“⁵ „vor den unsinnigen und bewußt unlauteren Beschuldigungen des Liquidatorentums“ schütze (S. 12). Dicker läßt sich das nicht auftragen. Eine noch erhabener, noch edlere Entrüstung auf seiner Physiognomie widerzuspiegeln, wenn der „Golos“ des Liquidatorentums beschuldigt wird, ist wohl schwer möglich.

Da erscheint der „Dnewnik“ Plechanows. Der Verfasser legt dar, daß der *Ideengehalt* eines Artikels in Nr. 15 des „Golos“ in seiner *Gesamtheit* liquidatorisch ist, und erklärt an die Adresse der Menschewiki, die diese Ideen vertreten: „Weshalb den Vorwurf des Liquidatorentums übelnehmen, wenn man in Wirklichkeit diese Sünde in starkem Maße

begeht?" (S. 5.) „Den Genossen S.⁶“ (den Verfasser des von Plechanow behandelten Artikels aus Nr. 15 des „Golos“) „kann man nicht nur, sondern muß man sogar des Liquidatorentums beschuldigen, weil der von ihm in seinem Brief dargelegte und verfochtene Plan in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Plan zur Liquidierung unserer Partei.“ („Dnewnik“, S. 6.) Und dieser Gen. S. spricht in seinem Artikel unverhüllt von seiner Solidarität mit der „kaukasischen Delegation“, d. h. mit der Redaktion des „Golos“, die bekanntlich zwei von drei Mandaten in dieser Delegation besaß.

Plechanow fährt fort:

„Hier muß man wählen: *entweder* Liquidatorentum oder Kampf gegen das Liquidatorentum. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Wenn ich dies sage, so meine ich selbstverständlich die Genossen, die sich nicht von ihren persönlichen Interessen leiten lassen, sondern von den Interessen unserer gemeinsamen Sache. Für jene, die sich von ihren persönlichen Interessen leiten lassen, für jene, die lediglich auf ihre revolutionäre Karriere – es gibt ja auch eine solche Karriere! – bedacht sind, gibt es natürlich einen dritten Ausweg. Die großen und kleinen Leute dieses Kalibers können und müssen sogar in der heutigen Zeit zwischen der liquidatorischen und der antiliquidatorischen Strömung lavieren; sie müssen sich unter den gegenwärtigen Bedingungen mit allen Mitteln um eine direkte Antwort auf die Frage, ob gegen das Liquidatorentum gekämpft werden muß, herumdrücken; sie müssen mit ‚leeren Allegorien und Hypothesen‘ einer solchen Antwort ausweichen, weil ja doch noch nicht ersichtlich ist, welche Strömung die Oberhand gewinnen wird, die liquidatorische oder die antiliquidatorische, und diese weisen Diplomaten möchten in jedem Fall mit von der Partie sein: sie wollen um jeden Preis auf der Seite der Sieger stehen. Ich wiederhole, für solche Leute gibt es noch einen dritten Ausweg. Aber Gen. S. wird mir wahrscheinlich beipflichten, wenn ich sage, daß dies keine wirklichen Persönlichkeiten, sondern bloße ‚Hampelmänner‘ sind. Sich über sie auszulassen lohnt nicht: sie sind eingefleischte Opportunisten, ihre Devise ist: ‚Was beliebt?‘“ (S. 7/8 des „Dnewnik“.)

Das nennt man: ... ein Wink mit dem Zaunpfahl. Fünfter und letzter Akt, 1. Auftritt. Auf der Bühne alle Redakteure des „Golos“, bis auf einen. Redakteur Soundso wendet sich mit einer besonders edlen Geste an das Publikum: „Die gegen uns erhobenen Beschuldigungen des

Liquidatorentums sind nicht nur unsinnig, sondern auch *bewußt unlauter*."

2. Auftritt. Dieselben und „er“, ein Redakteur des „Golos“, der eben erst glücklich aus der Redaktion ausgeschieden ist⁷ (tut so, als ob er keinen der Redakteure bemerke, und sagt, sich an den mit der Redaktion solidarischen Mitarbeiter S. wendend): „Entweder Liquidatorentum oder Kampf gegen das Liquidatorentum. Einen dritten Ausweg gibt es lediglich für revolutionäre Karrieristen, die laviieren, die sich um eine direkte Antwort herumdrücken, die abwarten, wer die Oberhand gewinnt. Gen. S. wird mir wahrscheinlich beipflichten, daß dies keine wirklichen Persönlichkeiten, sondern nur Hampelmänner sind. Sich über sie auszulassen lohnt nicht; sie sind eingefleischte Opportunisten; ihre Devise ist ‚Was beliebt?‘.“

Warten wir ab, wir werden ja sehen, ob „Gen. S.“, der kollektive menschewistische Gen. S., Plechanow wirklich beipflichten oder aber es vorziehen wird, einige Hampelmänner und eingefleischte Opportunisten als Führer zu behalten. Eins können wir schon jetzt ohne weiteres erklären: unter den menschewistischen *Arbeitern* werden sich – wenn Plechanow, Potressow (der Einschätzung Plechanows nach ein „überzeugter Liquidator“, S. 19 des „Dnewnik“) und die „Hampelmänner“ mit der Devise „Was beliebt?“ ihnen ihre Auffassungen klipp und klar darlegen – sicher von hundert *insgesamt* keine zehn finden, die für Potressow und für die „Was beliebt“ sind. Dafür kann man garantieren. Das Auftreten Plechanows genügt, um die menschewistischen *Arbeiter* von Potressow wie von den „Was beliebt“ abzustößen. Unsere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, daß die menschewistischen Arbeiter, besonders jene, die sich durch eine von den Bolschewiki ausgehende Propaganda nur schwer beeinflussen lassen, Nr. 9 des „Dnewnik“ Plechanows vollinhaltlich *kennenlernen*. Unsere Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, daß die menschewistischen Arbeiter jetzt ernstlich darangehen, die *ideologischen Grundlagen* der Meinungsverschiedenheiten zwischen Plechanow einerseits und Potressow samt den „Was beliebt“ andererseits zu verstehen.

Zu dieser besonders wichtigen Frage liefert Plechanow in Nr. 9 des „Dnewnik“ ebenfalls höchst wertvolles, doch bei weitem nicht hinreichendes Material. „Es lebe die ‚generelle Abgrenzung!‘“ ruft Plechanow aus und begrüßt die Abgrenzung der Bolschewiki von den An-

archo-Syndikalisten (so nennt er unsere Otsowisten, Ultimaten und Gottbildner); dabei erklärt er: „Wir Menschewiki müssen uns von den Liquidatoren abgrenzen.“ (Seite 18 des „Dnewnik“.) Es versteht sich, daß wir Bolschewiki, die wir bei uns bereits eine *generelle* Grenze gezogen haben, uns dieser Forderung nach einer generellen Abgrenzung innerhalb der menschewistischen Fraktion von ganzem Herzen anschließen. Wir erwarten diese generelle Abgrenzung bei den Menschewiki mit Ungeduld. Wir werden darauf achten, wo bei ihnen die generelle Grenze verläuft. Wir werden darauf achten, ob dies wirklich eine *generelle* Grenze sein wird.

Plechanow stellt die wegen des Liquidatorentums erfolgte Spaltung innerhalb der Menschewiki als Spaltung wegen der Organisationsfrage hin. Zugleich jedoch bringt er Material, welches erkennen läßt, daß sich das Problem bei weitem nicht nur auf die Organisationsfrage beschränkt. Plechanow zieht *vorläufig* zwei Grenzen, von denen aber noch *keine* die Bezeichnung generelle Grenze verdient. Die erste trennt Plechanow entschieden von Potressow, die zweite trennt ihn wenig entschieden von den „Fraktionsdiplomaten“, von den Hampelmännern und eingefleischten Opportunisten. Von Potressow sagt Plechanow, daß dieser bereits im Herbst 1907 „wie ein überzeugter Liquidator gesprochen hat“. Das ist jedoch nicht alles. Außer auf diese mündliche Erklärung Potressows zur Organisationsfrage beruft sich Plechanow auf die bekannte menschewistische Kollektivarbeit „Die gesellschaftliche Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts“ und sagt, daß er, Plechanow, aus der Redaktion dieses Sammelbandes ausgeschieden ist, weil der Beitrag von Potressow (selbst nach Korrekturen und einer Überarbeitung, die von Plechanow gefordert und unter Vermittlung von Dan und Martow vorgenommen worden waren) für Plechanow unannehmbar gewesen sei. „Ich habe mich restlos davon überzeugt, daß der Beitrag von Potressow nicht zu verbessern ist.“ (S. 20.) „Ich habe erkannt“, schreibt er im „Dnewnik“, „daß der von Potressow in Mannheim geäußerte liquidatorische Gedanke sich in seinem Hirn fest eingewurzelt und daß er die Fähigkeit ganz und gar verloren hat, das gesellschaftliche Leben in Gegenwart und Vergangenheit mit den Augen eines Revolutionärs zu betrachten.“ (S. 19/20.) „Potressow ist für mich kein Genosse... für mich und Potressow gibt es keinen gemeinsamen Weg.“ (S. 20.)

Hier geht es keineswegs mehr um Organisationsfragen der Gegenwart, auf die Potressow in seinem Beitrag nicht eingegangen ist und auch nicht eingehen konnte. Es geht um die *grundsätzlichen programmatischen und taktischen Ideen der Sozialdemokratie*, die durch die menschewistische Kollektiv„arbeit“, veröffentlicht unter der kollektiven menschewistischen Redaktion von Martow, Maslow und Potressow, „liquidiert werden“.

Um hier eine wirklich generelle Grenze zu ziehen, genügt es nicht, mit Potressow zu brechen und eine „feine“ Anspielung auf die Helden des „Was beliebt“ zu machen. Dazu muß man *umfassend klarlegen*, inwiefern, wann, warum und wie „Potressow die Fähigkeit verloren hat, das gesellschaftliche Leben mit den Augen eines Revolutionärs zu betrachten“. Das Liquidatorentum, sagt Plechanow, führt in den „Sumpf des schändlichsten Opportunismus“ (S. 12). „Der junge Wein wird bei ihnen (den Liquidatoren) zu einem sauren Zeug, das gerade noch zur Zubereitung kleinbürgerlichen Essigs taugt.“ (S. 12.) Das Liquidatorentum „erleichtert das Eindringen kleinbürgerlicher Tendenzen in die proletarischen Schichten“ (S. 14). „Ich habe des öfteren den Versuch unternommen, einflußreichen Genossen Menschewiki zu beweisen, daß sie einen großen Fehler begehen, wenn sie zuweilen bereit sind, mit Herren, die mehr oder weniger stark nach Opportunismus riechen, gemeinsame Sache zu machen.“ (S. 15.) „Das Liquidatorentum führt geradewegs in den unpassierbaren Sumpf des Opportunismus und der Sozialdemokratie feindlicher kleinbürgerlicher Bestrebungen.“ (S. 16.) Vergleichen Sie alle diese Äußerungen Plechanows mit seiner Einschätzung Potressows als überzeugten Liquidator. Es ist ganz offensichtlich, daß Plechanow Potressow als *kleinbürgerlich-demokratischen Opportunisten* kennzeichnet (oder präziser, jetzt einschätzt). Es ist ganz offensichtlich, daß Plechanow jetzt den Menschewismus als *kleinbürgerliche opportunistische Strömung* einschätzt, insofern dieser, vertreten von allen einflußreichen Publizisten der Fraktion (außer Plechanow selbst), an dieser Potressowiade (in der „Gesellschaftlichen Bewegung“) *mitwirkt*. Insofern der Menschewismus als Fraktion Potressow freien Lauf läßt und ihn deckt, schätzt ihn Plechanow jetzt als *kleinbürgerliche opportunistische Fraktion* ein.

Die Schlußfolgerung ist klar: Wenn Plechanow allein bleibt, wenn er nicht die Masse oder auch nur einen bedeutenden Teil der Menschewiki um sich scharf, wenn er nicht vor allen menschewistischen Arbeitern

alle Wurzeln und Erscheinungsformen dieses kleinbürgerlichen Opportunismus enthüllt, dann ist unser Urteil über den Menschewismus von dem Menschewik bestätigt worden, der ein überragender Theoretiker ist und die Menschewiki in der Taktik von 1906 bis 1907 am weitesten führte.

Warten wir ab, wir werden ja sehen, ob der von Plechanow proklamierte „revolutionäre Menschewismus“ es vermögen wird, den Kampf gegen den ganzen Komplex von Ideen zu führen, die einen Potressow und das Liquidatorentum hervorgebracht haben.

Wenn Plechanow von genereller Abgrenzung bei den Bolschewiki spricht, vergleicht er die bolschewistischen Marxisten, die Sozialdemokraten, mit dem Gogolschen Ossip, der jeglichen Plunder, jedes Schnürchen aufhob (bis zum Empiriokritizismus und Gottbildnertum). Jetzt habe der bolschewistische Ossip begonnen, scherzt Plechanow, „sich Raum zu schaffen“, die Antimarxisten hinauszwerfen und die „Schnürchen“ sowie den sonstigen Plunder fortzuwerfen.

Der Scherz von Plechanow berührt keine Scherzfrage, sondern eine sehr ernste, eine Grundfrage der russischen Sozialdemokratie: *welche* Richtung innerhalb der Sozialdemokratie diene *mehr* dem Plunder, den „Schnürchen“, d. h. den *bürgerlich-demokratischen* Einflüssen in den proletarischen Schichten. All die „Feinheiten“ der fraktionellen Auseinandersetzungen, all die ewigen Peripetien des Kampfes um die verschiedenen Resolutionen, Losungen usw. – dieses ganze „Fraktionswesen“ (das heute so oft mit leeren Phrasen gegen das „Fraktionswesen“ verurteilt wird, *die mehr als alles andere die Prinzipienlosigkeit fördern*) –, dieses ganze „Fraktionswesen“ dreht sich heute um die sehr ernste und grundlegende Frage der russischen Sozialdemokratie: welche Richtung innerhalb der Sozialdemokratie den bürgerlich-demokratischen Einflüssen (die in dem einen oder anderen Maße, für diese oder jene Zeit in der bürgerlichen Revolution in Rußland nicht zu vermeiden sind, wie diese Einflüsse in keinem kapitalistischen Land zu vermeiden sind) am meisten zugänglich war. Jeder Richtung innerhalb der Sozialdemokratie schließt sich unvermeidlich eine größere oder geringere Anzahl nicht rein proletarischer, sondern halb proletarischer, halb kleinbürgerlicher Elemente an. Die Frage besteht darin, *welche* Richtung sich ihnen in geringerem Maße unterwirft, welche sich von ihnen schneller befreit und sie erfolgreicher

bekämpft. Eben das ist die Frage nach dem sozialistischen, proletarischen, marxistischen „Ossip“, bezogen auf das liberale oder anarchistische, kleinbürgerliche, antimarxistische „Schnürchen“.

Der bolschewistische Marxismus, sagt Plechanow, ist ein „ziemlich eng und grob aufgefaßter Marxismus“. Der menschewistische ist offenbar „ziemlich weit und fein“. Man betrachte die Ergebnisse der Revolution, die Ergebnisse von sechs Jahren Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung (1903–1909), was waren das für sechs Jahre! Die bolschewistischen „Ossips“ haben die „generelle Grenze“ bereits gezogen und dem kleinbürgerlichen bolschewistischen „Schnürchen“ die „Tür gewiesen“, und es plärrt nun, daß man es „hinausgeworfen“, es „entfernt“ hat.

Der menschewistische „Ossip“ ist allein geblieben, ausgeschieden aus der offiziellen menschewistischen Redaktion wie aus dem Redaktionskollektiv des wichtigsten menschewistischen Werkes; allein erhebt er Protest gegen den „kleinbürgerlichen Opportunismus“ und das Liquidatortentum, das sowohl in der einen als auch in der anderen Redaktion herrscht. Es erwies sich, daß der menschewistische „Ossip“ mit dem menschewistischen „Schnürchen“ gefesselt ist. Nicht er hat das Schnürchen aufgelesen, sondern es hat ihn aufgelesen. Nicht er ist mit ihm fertig geworden, sondern das Schnürchen mit ihm.

Sagen Sie, lieber Leser, würden Sie es vorziehen, in die Lage des bolschewistischen oder in die des menschewistischen „Ossip“ zu geraten? Sagen Sie, erweist sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung etwa der Marxismus als „eng und grob“, der mit den proletarischen Organisationen fester verbunden ist und mit dem kleinbürgerlichen „Schnürchen“ besser fertig wird?

„Proletari“ Nr. 47/48,
5. (18.) September 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

ZU DEM OFFENEN BRIEF
DER EXEKUTIVKOMMISSION
DES MOSKAUER BEZIRKSKOMITEES²

Aus Anlaß dieser Resolution über die ominöse „Schule“ müssen wir feststellen, daß wir die Arbeiter, die mit Freude die Möglichkeit wahrnehmen, ins Ausland zu fahren, um zu lernen, in keiner Weise beschuldigen. Diese Arbeiter „setzten sich in Verbindung“ sowohl mit uns als auch mit dem ZK (in einem Brief, den wir soeben erhielten, erklärt auch die Exekutivkommission des Moskauer Bezirkskomitees, daß einer der Schüler auch an sie bereits einen Bericht gesandt habe), und wir haben ihnen die Bedeutung der sogenannten Schule klargelegt. Apropos, hier einige Zitate aus dem hektographierten „Bericht“ dieser Schule, den wir bekommen haben. „Es wurde der Beschluß gefaßt, den Unterricht mit der vorhandenen Anzahl von Hörern (9 Genossen) und Lektoren (6 Genossen) aufzunehmen.“ Von diesen 6 Lektoren sind der Partei gut bekannt: Maximow, Lunatscharski, Ljadow, Alexinski. Gen. Alexinski „bemerkte“ (bei der Eröffnung der Schule): „Für die Schule wurde ein bestimmter Ort gewählt, weil sich dort viele Lektoren befinden.“ Gen. Alexinski hat sich überaus bescheiden ausgedrückt: „dort“ befinden sich nicht „viele“, sondern *alle* Lektoren (einige sagen sogar: alle Initiatoren, Organisatoren wie Agitatoren, alle aktiven Elemente) *einer neuen Fraktion*. Schließlich: „Gen. Alexinski begann den praktischen Unterricht in der Organisationsfrage.“ Wir wagen zu hoffen, daß in diesem „praktischen“ Unterricht die Bedeutung der im „Bericht“ Maximows gemachten Andeutungen ausführlich erklärt wird, die die Bestrebungen der Redaktion des „Proletari“ betreffen, sich des Vermögens der gesamten Fraktion zu bemächtigen . . .

„Proletari“ Nr. 47/48,
5. (18.) September 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

² Lenin, Werke, Bd. 16

ZU DEN WAHLEN IN PETERSBURG⁹

(Bemerkungen)

Zum 21. September sind in St. Petersburg Wahlen angesetzt. Die Arbeiterpartei muß diese Wahlen unter überaus schwierigen Bedingungen durchführen. Ihnen kommt jedoch größte Bedeutung zu, und alle Sozialdemokraten müssen ihre ganze Kraft in der bevorstehenden – teilweise schon beginnenden – Wahlkampagne einsetzen.

Die Wahlen gehen bei entfesselter Reaktion vor sich, unter dem hemmungslosen Wüten der konterrevolutionären zaristischen Bande, die uns regiert – desto wichtiger ist es, dieser Reaktion einen Kandidaten entgegenzustellen, der von der sozialdemokratischen Partei aufgestellt ist, von der einzigen Partei, die es verstand, auch von der Tribüne der stockreaktionären III. Duma ihre Stimme zu erheben, ihrer unbeugsamen sozialistischen Überzeugung Ausdruck zu geben, die Losungen des ruhmreichen revolutionären Kampfes zu wiederholen, das republikanische Banner angesichts der erzreaktionären oktobristischen Helden der Konterrevolution und der liberalen (kadettischen) Ideologen und Verfechter der Konterrevolution zu entfalten.

Die Wahlen werden unter Bedingungen durchgeführt, die eine Teilnahme der großen Masse der Arbeiterklasse völlig unmöglich machen: die Arbeiter sind weitgehend aus der Zahl der Wahlberechtigten ausgeschlossen; die Reihen der Wähler wurden von der triumphierenden Adelsbande, die den Staatsstreich vom 3. Juni 1907 durchführte, gelichtet – desto wichtiger ist es, daß vor diesem Auditorium, das am wenigsten vermag, den Ideen der Sozialdemokratie überhaupt Sympathien entgegenzubringen, die Partei auftritt, die den Kampf für den Sozialismus mit dem Kampf um eine konsequente und entschiedene demokratische Revolution in einem bürgerlichen Land miteinander verknüpft. Wie beengt und eingeschränkt die Arbeit der sozialdemokratischen Partei unter

den Arbeitermassen in der letzten Zeit auch gewesen sein mag, sie wurde und wird trotzdem ununterbrochen fortgesetzt. Hunderte von Arbeitergruppen und -zirkeln bewahren die Traditionen der sozialdemokratischen Partei, führen ihre Sache fort, erziehen neue proletarische Kämpfer. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden jetzt durch ihre Abgeordneten, ihre Agitatoren, ihre Bevollmächtigten vor den kleinbürgerlichen Wählermassen auftreten und ihnen jene Aufgaben des wahrhaften Demokrismus ins Gedächtnis rufen, die die Parteien und Grüppchen der bürgerlichen Demokratie in Vergessenheit geraten ließen.

Die Wahlen werden unter Bedingungen durchgeführt, da die sozialdemokratische Partei und jegliche anderen Organisationen der Arbeiterklasse aus dem Bereich der Legalität absolut verbannt sind, da es völlig unmöglich ist, Arbeiterversammlungen durchzuführen, da die Arbeiterpresse vollständig verboten ist und da das Monopol der „Opposition“ (durch Maßnahmen der Polizei) der Kadettenpartei gewährleistet ist, die durch verschiedene unglaublich lakaienhafte Auftritte in der Schwarzhunderterduma sich prostituiert und der Selbstherrschaft geholfen hat, in Europa Gelder für Gefängnisse und Galgen zu sammeln, die dazu beigetragen hat, den europäischen Kapitalisten die Komödie einer konstitutionellen Selbstherrschaft vorzugaukeln. Desto wichtiger ist es, daß dieses Monopol der Kadetten, das durch einen Wald von Galgen geschützt ist und das sie sich durch maßlose liberale Kriecherei vor dem Zarismus „verdient“ haben, *gebrochen* wird, gebrochen um jeden Preis, gebrochen vor den breiten Massen, die die Wahlen sehen, von ihnen hören, das Schicksal der Kandidaten und die Ergebnisse der Wahlen verfolgen. Während den bürgerlichen Politikastern aller Länder, von den russischen Kadetten bis zu den „Freisinnigen“ in Deutschland oder den „Radikalen“ der bürgerlichen Demokratie in Frankreich, vor allem der unmittelbare Erfolg wichtig ist, während sie vor allem danach trachten, ein Abgeordnetenplätzchen zu ergattern, geht der sozialistischen Partei vor allem die Propaganda und Agitation unter den Massen, vor allem die Popularisierung der Ideen des Sozialismus und des konsequenten unerbittlichen Kampfes für uneingeschränkte Demokratie über alles. Und diese Propaganda wird bei weitem nicht allein an der Zahl der Stimmen gemessen, die nach dem von den Herren des Adels aufgezwungenen Gesetz vom 3. Juni zusammengeschoben werden.

Man betrachte unsere Kadettenpresse: mit welcher erstaunlicher Unverfrorenheit nutzt sie ihr durch Miljukowsche Unterwürfigkeit erkauftes und von Stolypin geschütztes Monopol. „An dem Ausgang der St.-Petersburger Wahlen“, schreibt die „Retsch“⁴⁰ im Leitartikel vom 1. August, „zweifelt niemand . . . Wenn die Kandidatur von Kutler, einem der Abgeordneten mit der größten Autorität aus der II. Duma, perfekt gemacht wird, so wird der Wahlsieg noch weit imposanter werden.“ Wie könnte es anders sein! Was könnte „imposanter“ sein als ein Sieg über die „Linken“, die der Staatsstreich der Schwarzhunderter „beseitigt“ hat? Was kann imposanter sein als ein Sieg über den Sozialismus, der seine alten Ideale in einer illegalen Presse und in illegalen Arbeiterorganisationen propagieren muß, als ein Sieg von „Demokraten“, deren Demokratismus ohne weiteres in den Rahmen der Stolypinschen Verfassung paßt? Was könnte in den Augen eines Kleinbürgers, in den Augen eines Philisters, in den Augen eines eingeschüchterten russischen Menschen größere „Autorität“ haben als der *ehemalige Minister* Herr Kutler? Für die Partei der „Volksfreiheit“ wird die *Autorität* eines Dumaabgeordneten daran gemessen, welches Ansehen er in den Augen von Romanow, Stolypin und Co. genießt.

„Es ist anzunehmen“, fährt die „Retsch“ erhaben fort, „daß diesmal auch keine zwecklose Zersplitterung der Stimmen zwischen den progressiven Kandidaten zugelassen wird. Eben in diesem Sinne äußerte sich einer der Vertreter des ‚linken Blocks‘, W. W. Wodowosow.“

Wie die Sonne in einem kleinen Wassertropfen, so spiegelt sich in dieser kleinen Tirade das ganze Wesen unserer Kadetten. Die Stimmen zu zersplittern sei „zwecklos“ (die Kadetten sagen nicht mehr: gefährlich angesichts der Schwarzhunderter, denn das dumme liberale Märchen von der Schwarzhundertergefahr haben die revolutionären Sozialdemokraten und die Ereignisse selbst allzu sinnfällig widerlegt) – warum denn „zwecklos“, meine Herren? Weil man dann *nicht durchkomme* – das ist das erste und letzte Argument der Kadetten. Aber das ist doch ein *oktobristisches* Argument, verehrteste Streiter wider den Oktobristismus; dies ist ein Argument der *Unterordnung* unter das Gesetz vom 3. Juni, jener liebevollen Unterordnung und jenes freudigen Gehorsams, den Sie den Oktobristen vorwerfen! Das Wesen Ihrer Natur besteht doch gerade darin, daß Sie vor den Wahlen, vor den Wählern, vor den Massen die Oktobristen als

unfähig brandmarken, eine prinzipielle Linie zu beziehen, daß Sie ihre Phrasen über „Zwecklosigkeit“ als opportunistisch entlarven, aber bei den Wahlen, vor der Obrigkeit, vor dem Zaren und vor Stolypin dieselbe oktobristische Politik betreiben. Es ist „zwecklos“, gegen das Budget zu stimmen – stimmen wir also für das Budget. Es ist „zwecklos“, die Ideale der Revolution und der Freiheit zu verfechten – schmähen wir sie also, schreiben wir die „Wechi“¹¹, gießen wir Schmutzkübel über die Revolution aus, werben wir noch mehr Renegaten an – solche Isgojew, Galitsch, Struve usw., um unsere Lossage von der Revolution zu demonstrieren. Es ist „zwecklos“, gegen die Unterstützung der Selbstherrschaft durch das ausländische Kapital zu kämpfen – helfen wir also der Selbstherrschaft, Anleihen aufzunehmen, entsenden wir Miljukow als herrschaftlichen Diener auf dem Lakaeintritt der Kalesche Nikolaus' des Blutigen.

Aber wenn die Phrase von der „Zwecklosigkeit“ des ideologischen Kampfes bei den Wahlen das „ideologische“ Wesen der Kadetten getreu wiedergibt, so ist die folgende Phrase ein Beispiel direkten Wahlschwindels. Unter Ausnutzung ihres Monopols als „Opposition Seiner Majestät“¹² verleumdet die „Retsch“ erstens die Sozialdemokraten, die sich niemals und nirgends gegen eine Zersplitterung der Stimmen ausgesprochen haben (und die – das ist sehr wichtig – zur Zeit des berühmten linken Blocks die Trudowiki mit sich führten, weil sie fest entschlossen waren, koste es, was es wolle, einen sozialdemokratischen Kandidaten aufzustellen), und zweitens verleumdet die „Retsch“ auch den Trudowik Wodowosow.

Außer dem Leitartikel bringt die Nummer vom 1. August noch eine Bemerkung, in der Wodowosow Äußerungen unterschoben werden, die Wähler hätten sich bereits für die Kadetten ausgesprochen, und die Trudowiki sollten entweder für die Kadetten stimmen oder sich der Stimme enthalten. Erst in der Nummer vom 6. August veröffentlicht das Organ der Partei der „Volksfreiheit“ in den letzten Spalten (nach der Rubrik „Das Leben in der Sommerfrische“) einen Brief des Herrn Wodowosow, in dem dieser erklärt, er habe die ihm in den Mund gelegten Worte „niemals gesagt“. Die „Retsch“ ist darob aber nicht ein bißchen verlegen, sondern fängt noch an, gegen Wodowosow zu polemisieren. Was bezweckt war, wurde erreicht, der Leser ist betrogen, die Monopolstellung der von den Herren Stolypin genehmigten Presse wurde ausgenutzt, und alles übrige ist völlig gleichgültig. Schließlich erscheinen in der Nummer vom

9. August einige Zeilen über den sozialdemokratischen Kandidaten Sokolow und darüber, daß viele Trudowiki beabsichtigen, ihm ihre Stimmen zu geben. Alles, was der Leitartikel vom 1. August bezüglich der Linken mitteilt, stellt sich also als reine Zeitungsente heraus . . .

Die Schwierigkeiten der Aufgabe, die vor den Petersburger Arbeitern steht, machen sie nicht bange, sondern veranlassen sie, ihre Anstrengungen zu verzehnfachen. Nicht nur alle Parteiorganisationen, jeder Arbeiterzirkel, jede mit den Sozialdemokraten sympathisierende Gruppe, in welcher Gesellschaftsschicht es auch sei – möge diese Gruppe auch nur aus zwei, drei Personen bestehen oder von der direkten politischen Arbeit abgeschnitten sein, wie eben ein russischer Bürger in der Epoche der Stolypinschen Verfassung von der Politik abgeschnitten sein kann –, all und jeder kann und muß an der sozialdemokratischen Wahlkampagne teilnehmen. Die einen verfassen und verbreiten Wahlaufrufe der Sozialdemokraten; andere helfen der Sache durch Verbreitung der Dumareden der Sozialdemokraten; die dritten organisieren Besuche bei den Wählern, um dort die sozialdemokratischen Ideen zu propagieren und die Aufgaben der sozialdemokratischen Wahlkampagne zu erläutern; die vierten sprechen auf Wählerversammlungen oder in kleinem Kreise; die fünften stellen aus der Literatur und den Reden der Kadetten einen Strauß der schönsten Blüten zusammen, der jedem einigermaßen ehrlichen Demokraten die Lust, für die Kadetten zu stimmen, vergehen läßt; die sechsten . . . aber es kommt uns nicht zu, in einer im Ausland erscheinenden Zeitung Wege und Methoden der Agitation aufzuzeigen, die an Ort und Stelle, in Petersburg, hundertmal reicher, lebendiger und mannigfaltiger ausfindig gemacht werden. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Dumafraktion können dank ihrer Stellung der Wahlkampagne in St. Petersburg besonders wertvolle Dienste leisten; den sozialdemokratischen Abgeordneten fällt hier eine besonders nutzbringende und besonders dankenswerte Funktion zu. Keinerlei administrative Verbote, keinerlei Polizeischikanen, keinerlei Beschlagnahmen sozialdemokratischer Literatur, keinerlei Verhaftungen sozialdemokratischer Agitatoren hindern die Arbeiterpartei, ihre Pflicht zu erfüllen: nämlich die Wahlkampagne allseitig und bis zu Ende auszunutzen, um das ganze, ungekürzte Programm des sozialistischen Proletariats, des führenden Kämpfers in der russischen demokratischen Revolution, unter den Massen zu propagieren.

PS. Unsere Bemerkungen waren bereits in Druck gegeben, als wir in der „Retsch“ vom 13. August folgende höchst wichtige Mitteilung lasen: „Am 11. August fand die erste Versammlung der Trudowiki statt, die den Wahlen zur Reichsduma gewidmet war . . . Es wurde einstimmig beschlossen, die Kandidatur des Sozialdemokraten Sokolow zu unterstützen, wobei man festlegte, diese Unterstützung an keinerlei politische Verpflichtungen zu knüpfen.“ Es bedarf keines Kommentars, daß die Sozialdemokratie zu anderen Bedingungen diese Unterstützung auch nicht annehmen könnte.

„Proletari“ Nr. 47/48,
5. (18.) September 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

ÜBER DIE FRAKTION DER ANHÄNGER DES OTSOWISMUS UND DES GOTTBILDNERTUMS

Die Genossen Maximow und Nikolajew haben eine Flugschrift unter dem Titel „Bericht der aus der erweiterten Redaktion des ‚Proletari‘ entfernten Mitglieder an die Genossen Bolschewiki“ herausgegeben. Bitterböse beklagen sich unsere „Entfernten“ beim Publikum darüber, welche Kränkungen ihnen die Redaktion zugefügt und wie diese sie entfernt hat.

Um der Partei der Arbeiterklasse zu zeigen, von welcher Sorte diese Gesellschaft der sich so bitterlich beklagenden „Entfernten“ ist, wollen wir vor allem den prinzipiellen Inhalt dieser Flugschrift untersuchen. Aus der Nr. 46 des „Proletari“ und aus der Beilage zu dieser Nummer wissen die Leser, daß die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“ den Gen. Maximow als einen der Organisatoren der neuen Fraktion in unserer Partei einschätzte – einer Fraktion, mit der der Bolschewismus nichts gemein hat, und daß sie „jegliche Verantwortung für alle politischen Schritte des Gen. Maximow“¹³ abgelehnt hat. Aus den Resolutionen der Beratung ist ersichtlich, daß die Grundlage der Meinungsverschiedenheit mit der neuen Fraktion, die sich von den Bolschewiki abgespalten hat (oder richtiger: mit Maximow, der sich abgespalten hat, und mit seinen Gesinnungsfreunden), erstens der Otsowismus und Ultimatismus und zweitens das Gottbildnertum ist. In drei ausführlichen Resolutionen ist die Auffassung der bolschewistischen Fraktion von der einen wie von der anderen Strömung dargelegt.

Was aber antworten die sich so bitterlich beklagenden „Entfernten“?

I

Beginnen wir mit dem Otsowismus. Die „Entfernten“ ziehen das Fazit aus den Erfahrungen der parlamentarischen oder der Dumaarbeit in den

vergangenen Jahren, sie rechtfertigen den Boykott der Bulyginschen und der Witteschen Duma sowie die Teilnahme an der II. Duma und fahren dann fort:

„Bei der wütenden und immer stärker werdenden Reaktion verändert sich all dies wiederum. Die Partei kann dann keine großangelegte und effektvolle Wahlkampagne unternehmen, kann dann keine ihrer würdige parlamentarische Vertretung erhalten . . .“

Das ist der erste Satz einer selbständigen, nicht aus früheren bolschewistischen Veröffentlichungen abgeschrieben Betrachtung, und uns eröffnet sich die ganze bodenlose Tiefe des otsowistischen politischen Unverständnisses. Überlegt doch mal, Verehrteste, kann die Partei bei der wütenden und immer stärker werdenden Reaktion ein „großangelegtes und effektvolles“ Gefüge von „Instrukteurgruppen und -schulen“ für die Angehörigen der Kampfgruppen errichten, wovon ihr auf derselben Seite, in derselben Spalte eurer Publikation spricht? Überlegt mal, Verehrteste, kann die Partei „eine ihrer würdige Vertretung“ in diesen Schulen erhalten? Wenn ihr denken könntet und wenigstens einigermaßen fähig wäret, politisch zu urteilen, oh, ihr ganz zu Unrecht Entfernten, so würdet ihr bemerken, daß bei euch der größte Blödsinn herauskommt. Statt politisch zu *denken*, klammert ihr euch an ein „effektvolles“ Aushängeschild und kommt dadurch in die Lage des dummen Hans in der Partei. Ihr faselt von „Instrukteurschulen“ und von einer „Intensivierung (!) der Propagandatätigkeit in der Armee“ (ebenda), weil ihr wie alle anderen politische Minderjährigen aus dem Lager der Otsowisten und Ultimatisten diese Art der Tätigkeit für besonders „effektiv“ ansieht; aber über die Bedingungen wirklicher Anwendung (nicht nur in Worten) dieser Tätigkeitsformen könnt ihr nicht nachdenken. Ihr habt einiges aus bolschewistischen Aussprüchen und Losungen *auswendig gelernt*, aber sie zu *begreifen*, seid ihr ganz und gar außerstande. „Bei der wütenden und immer stärker werdenden Reaktion“ ist für die Partei jede Arbeit *schwierig*; aber wie groß die Schwierigkeiten auch sein mögen, eine würdige parlamentarische Vertretung zu erlangen ist trotzdem *möglich*. Dies beweisen zum Beispiel auch die Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie zu Zeiten einer „wütenden und immer stärker werdenden Reaktion“, so unter dem Sozialistengesetz¹⁴. Wenn Maximow und Co. diese Möglichkeit abstreiten, offenbaren sie damit lediglich ihre völlige politische

Ignoranz. „Instruktorschulen“ und „Intensivierung der Propagandatätigkeit in der Armee“ „bei der wütenden und immer stärker werdenden Reaktion“ empfehlen und zugleich die *Möglichkeit* für die Partei leugnen, eine würdige parlamentarische Vertretung zu erlangen, das heißt offenkundige Widersinnigkeiten verzapfen, die würdig sind, in einen Sammelband logischer Unsinnigkeiten für Gymnasiasten der unteren Klassen aufgenommen zu werden. Instruktorschulen wie Intensivierung der Propagandatätigkeit in der Armee bedingen zwangsläufig einen Verstoß gegen die alten Gesetze, den Bruch dieser Gesetze, während die parlamentarische Tätigkeit ganz und gar nicht zwangsläufig und jedenfalls unvergleichlich seltener den Bruch der alten Gesetze durch die neue gesellschaftliche Kraft bedingt. Nun überlegt, Werteste, wann es leichter ist, die alten Gesetze zu durchbrechen: bei der wütenden und immer stärker werdenden Reaktion oder bei einem Aufschwung der Bewegung? Überlegt, oh, ihr ganz zu Unrecht Entfernten, und schämt euch des Unsinn, den ihr daherredet, wenn ihr die Otsowisten, die ihr in euer Herz geschlossen habt, verteidigt.

Weiter. Welche Art von Tätigkeit setzt ein größeres Ausmaß an Energie der Massen, einen größeren Einfluß der Massen auf das unmittelbare politische Leben voraus – die parlamentarische Tätigkeit nach dem von der alten Macht geschaffenen Gesetz oder die militärische Propaganda, die die Instrumente der materiellen Gewalt dieser Macht sogleich und unmittelbar schädigt? Überlegt, Werteste, und ihr werdet erkennen, daß die parlamentarische Tätigkeit in dieser Beziehung an zweiter Stelle steht. Und was folgt daraus? Daraus folgt doch, je stärker die unmittelbare Bewegung der Massen, je größer das Ausmaß ihrer Energie ist, mit anderen Worten: je mehr man von einem „wütenden und immer stärker werdenden“ revolutionären Druck des Volkes sprechen kann und nicht von einer „wütenden und immer stärker werdenden Reaktion“, um so eher möglich, ja unvermeidlich und erfolgreich werden sowohl die Propagandatätigkeit in der Armee wie auch die Kampfaktionen sein, die wirklich mit der Massenbewegung verbunden sind und nicht auf das Abenteuerium ungezügelter Terroristen hinauslaufen. Eben deshalb, oh, ihr ganz zu Unrecht Entfernten, vermochte der Bolschewismus die Kampftätigkeit wie die Propaganda in der Armee besonders stark in der Periode des „wütenden und immer stärker werdenden“ revolutionären Aufschwungs in den Vordergrund zu rücken, und eben deshalb vermochte er auch seine Frak-

tion von jenem Revoluzzertum abzugrenzen (ab 1907), das „bei der wütenden und immer stärker werdenden Reaktion“ auf Abenteuerertum *hinauslief*, unweigerlich darauf hinauslief, und er vermochte diese Abgrenzung bis zum Jahre 1909 endgültig zu machen.

Bei unseren Helden, die Bruchstücke bolschewistischer Thesen auswendig gelernt haben, kommt alles verdreht heraus: die höheren Kampfformen, die nirgends und niemals in der Welt ohne unmittelbaren Druck der Massen Erfolg haben können, werden zu einer Zeit wütender Reaktion als „mögliche“ Formen an erster Stelle empfohlen, die niederen Kampfformen dagegen, die weniger einen unmittelbaren Bruch der Gesetze durch den Kampf der Massen als vielmehr eine *Ausnutzung* der Gesetze für eine Propaganda und Agitation bedingen, die das *Bewußtsein* der Massen auf den Kampf *vorbereiten*, werden als „nicht mögliche“ Formen hingestellt!!

Die Otsowisten und ihre „entfernten“ Nachbeter haben gehört und sich eingepägt, daß der Bolschewismus den unmittelbaren Kampf der Massen, der sogar die Armee (d. h. den starrsten, am wenigsten beweglichen Teil der Bevölkerung, der vor unserer Propaganda am meisten behütet wird usw.) in die Bewegung einbezieht und die Kampfaktionen zum wirklichen Beginn des Aufstands macht, als höhere Form der Bewegung, die parlamentarische Tätigkeit ohne unmittelbare Bewegung der Massen hingegen als niedere Form der Bewegung ansieht. Die Otsowisten und ihre Nachbeter vom Schlage Maximows haben dies gehört und es sich eingepägt, es aber nicht begriffen und sich deshalb blamiert. Das Höhere – das bedeute das „Effektvolle“, meinen der Otsowist und Gen. Maximow – nun, dann will ich eben recht laut, „effektiv“ schreien: dann wird es sicher revolutionärer als bei allen anderen herauskommen, aber sich zurechtfinden, wozu und weshalb, das ist vom Übel!

Man höre weiter die Betrachtung Maximows (wir setzen das Zitat an der unterbrochenen Stelle fort):

„Die mechanische Kraft der Reaktion sprengt die Verbindung der bereits geschaffenen Parteifraktion mit den Massen und erschwert in erschreckendem Maße den Einfluß der Partei auf die Fraktion; dies aber führt dazu, daß eine solche Vertretung unfähig ist, hinreichend breit und tiefgreifend organisatorische und propagandistische Arbeit im Interesse der Partei zu leisten. Bei einer Schwächung der Partei aber ist sogar die Gefahr einer Entartung der Frak-

tion, ihres Abweichens vom Hauptweg der Sozialdemokratie nicht ausgeschlossen . . .“

Ist das nicht außerordentlich reizend? Ist von niederen, im Rahmen des Gesetzes bleibenden Kampfformen die Rede, dann beginnt man uns sogleich zu schrecken: „mechanische Kraft der Reaktion“, „Unfähigkeit, eine hinreichend breite Arbeit zu leisten“, „Gefahr einer Entartung“. Ist aber von den höheren, die alten Gesetze durchbrechenden Formen des Klassenkampfes die Rede, so verschwindet die „mechanische Kraft der Reaktion“, es gibt keinerlei „Unfähigkeit“, eine „hinreichend breite“ Arbeit in der Armee zu leisten, von der „Gefahr einer Entartung“ der Instrukteurgruppen und -schulen kann, sehen Sie, nicht im mindesten die Rede sein!

Hier haben wir die beste Rechtfertigung für die Redaktion des „Proletari“, weshalb sie politische Funktionäre, die *solche* Ideen unter den Massen verbreiten, *entfernen* mußte.

Schreibt euch das hinter die Ohren, oh, ihr ganz zu Unrecht Entfernten: Wenn tatsächlich eine wütende und immer stärker werdende Reaktion vorhanden ist, wenn die mechanische Kraft dieser Reaktion wirklich die Verbindung mit den Massen sprengt, eine hinreichend breite Arbeit erschwert und die Partei schwächt, so besteht gerade dann die spezifische Aufgabe der Partei darin, die parlamentarische Waffe des Kampfes beherrschen zu lernen; und dies nicht deshalb, oh, ihr ganz zu Unrecht Entfernten, weil der parlamentarische Kampf eine höhere Stufe darstellt als andere Kampfformen; nein, sondern eben deshalb, weil er gegenüber diesen eine *niedere* Form bildet, eine niedrigere beispielsweise als ein Kampf, der *sogar* die Armee in die Massenbewegung einbezieht, der Massentreiks, Aufstände usw. hervorbringt. Auf welche Weise kann die Meisterrung einer niederen Kampfform zur spezifischen (d. h. zu einer die gegebene Periode von anderen Perioden unterscheidenden) Aufgabe der Partei werden? Auf solche Weise eben, daß es, je stärker die mechanische Kraft der Reaktion und je lockerer die Verbindung mit den Massen ist, immer dringender wird, das Bewußtsein der Massen vorzubereiten (nicht aber, unmittelbar zu handeln) und die *von der alten Macht geschaffenen* Wege der Propaganda und Agitation *auszunutzen* (nicht aber unmittelbarer Ansturm der Massen gegen diese alte Macht selbst).

II

Für jeden Marxisten, der sich auch nur einigermaßen mit der Weltanschauung von Marx und Engels beschäftigt hat, für jeden Sozialdemokraten, der auch nur einigermaßen die Geschichte der internationalen sozialistischen Bewegung kennt, stellt diese Umwandlung einer der niedrigen Formen des Kampfes in ein spezifisches Kampfmittel einer besonderen historischen Periode überhaupt nichts Verwunderliches dar. Die Anarchisten waren absolut nicht in der Lage, diese einfache Sache jemals zu verstehen. Jetzt suchen unsere Otsowisten und ihre „entfernten“ Nachbeter die Denkmethode des Anarchismus in die Reihen der russischen Sozialdemokratie hineinzutragen und schreien (wie Maximow und Co.), daß beim „Proletari“ die Theorie des „Parlamentarismus um jeden Preis“ herrsche.

Um zu erklären, bis zu welchem Grade dieses Geschrei von Maximow und Co. unvernünftig und unsozialdemokratisch ist, muß man wieder einmal von vorn anfangen. Überlegt mal, oh, ihr ganz zu Unrecht Entfernten, worin besteht der spezifische Unterschied in der Politik und Taktik der deutschen Sozialdemokratie gegenüber den sozialistischen Arbeiterparteien der anderen Länder? Ausnutzung des Parlamentarismus, Umwandlung des bürgerlich-junkerlichen Parlamentarismus (auf russisch etwa: des Parlamentarismus der Oktobristen und Schwarzhunderter) in ein Instrument zur sozialistischen Erziehung und Organisierung der Arbeitermassen. Bedeutet das, daß der Parlamentarismus die höchste Kampfform des sozialistischen Proletariats ist? Die Anarchisten der ganzen Welt meinen, daß es das bedeute. Bedeutet das, daß die deutschen Sozialdemokraten auf dem Standpunkt des Parlamentarismus um jeden Preis stehen? Die Anarchisten der ganzen Welt meinen, daß es das bedeute, und darum haben sie keinen verhaßteren Feind als die deutsche Sozialdemokratie, darum haben sie keine beliebtere Zielscheibe als die deutschen Sozialdemokraten. Und in Rußland versuchen unsere Sozialrevolutionäre, wenn sie beginnen, mit den Anarchisten zu liebäugeln und ihren „revolutionären Geist“ zu preisen, unbedingt diese oder jene wirklichen oder vermeintlichen Fehlritte der deutschen Sozialdemokraten hervorzuziehen und daraus Schlußfolgerungen gegen die Sozialdemokratie abzuleiten.

Gehen wir nun weiter. Worin liegt der Fehler in der Überlegung der

Anarchisten? Darin, daß sie es nicht verstehen – infolge grundfalscher Vorstellungen vom Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung –, die Besonderheiten der konkreten politischen (und ökonomischen) Lage in den verschiedenen Ländern zu berücksichtigen. Das aber ist die Voraussetzung dafür, ob dieses oder jenes Kampfmittel *in einem bestimmten Zeitabschnitt* eine spezifische Bedeutung erhält. In Wirklichkeit steht die deutsche Sozialdemokratie nicht nur keineswegs auf dem Standpunkt des Parlamentarismus um jeden Preis, ordnet sie nicht nur keineswegs alles und jedes dem Parlamentarismus unter, sondern umgekehrt: gerade sie hat am besten in der internationalen Armee des Proletariats solche außerparlamentarischen Kampfmittel entwickelt wie die sozialistische Presse, die Gewerkschaften, die systematische Ausnutzung der Volksversammlungen, die Erziehung der Jugend im sozialistischen Geist usw. usf.

Worin besteht denn hier das Wesen der Sache? Darin, daß die Gesamtheit einer ganzen Reihe historischer Bedingungen den Parlamentarismus für Deutschland in einer *bestimmten Periode* zu einem *spezifischen* Kampfmittel gemacht hat, nicht zum hauptsächlichsten, höchsten, bedeutendsten und im Vergleich zu den anderen wesentlichen, sondern eben zu einem spezifischen und im Vergleich zu anderen Ländern höchst charakteristischen. Die Fähigkeit, den Parlamentarismus auszunutzen, *erwies* sich deshalb als *Symptom* (nicht als Bedingung, sondern als Symptom) einer vorbildlichen Organisation der *gesamten* Sache des Sozialismus in *all* ihren von uns oben aufgezählten Verzweigungen.

Gehen wir nun von Deutschland zu Rußland über. Diejenigen, die auf den Gedanken kämen, die Bedingungen des einen und des anderen Landes vollkommen gleichzusetzen, würden eine ganze Reihe schwerwiegender Fehler begehen. Aber versucht einmal die Frage so zu stellen, wie sie ein Marxist stellen muß: Worin besteht die spezifische Besonderheit der Politik und Taktik der russischen Sozialdemokraten in der gegenwärtigen Periode? Wir müssen die illegale Partei erhalten und festigen, wie es vor der Revolution gewesen ist. Wir müssen die Massen ständig auf eine neue revolutionäre Krise vorbereiten, wie in den Jahren 1897–1903. Wir müssen die Verbindung der Partei mit der Masse auf jede Art und Weise festigen, für die Ziele des Sozialismus alle nur möglichen Arbeiterorganisationen fördern und ausnutzen, wie das ständig und überall alle sozialdemokratischen Parteien tun müssen. Die spezifische Besonderheit der

gegenwärtigen Periode ist gerade der Versuch (und ein erfolgloser Versuch) der alten Selbstherrschaft, die neuen historischen Aufgaben mit Hilfe der Duma der Oktobristen und Schwarzhunderter zu lösen. Daher ist auch für die Sozialdemokraten die Ausnutzung dieser Duma für *ihre eigenen Zwecke*, für die Verbreitung der Ideen der Revolution und der Ideen des Sozialismus, die spezifische Aufgabe der Taktik. Das Wesentliche besteht nicht darin, daß diese spezifische Aufgabe eine besonders hohe ist, daß sie weite Perspektiven eröffnet, daß sie ihrer Bedeutung nach jenen Aufgaben gleichkommt oder wenigstens nahekommmt, vor denen das Proletariat zum Beispiel in den Jahren 1905/1906 stand. Nein. Das Wesentliche besteht darin, daß das eine Besonderheit der Taktik der gegenwärtigen Periode ist, daß diese Taktik sich von der vergangenen und der kommenden Periode unterscheidet (denn diese kommende Periode wird uns *sicher* spezifische Aufgaben bringen, die komplizierter, höher und interessanter sind als die Aufgabe, die III. Duma auszunutzen). Man kann die Gegenwart nicht meistern und jene Aufgaben in ihrer Gesamtheit nicht lösen, die die Gegenwart der sozialdemokratischen Partei stellt, ohne diese spezifische Aufgabe der Gegenwart gelöst zu haben, ohne die Duma der Schwarzhunderter und Oktobristen in ein *Instrument* der sozialdemokratischen Agitation verwandelt zu haben.

Die otsowistischen Schwätzer plappern zum Beispiel den Bolschewiki nach, daß Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Revolution gezogen werden müssen. Aber sie verstehen nicht, was sie reden. Sie verstehen nicht, daß zu den Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Revolution auch die Verfechtung der Ideale sowie der Aufgaben und Methoden der Revolution *von der Duma aus gehört*. Es nicht verstehen, von der Duma aus durch unsere Parteiarbeiter, die in diese Duma gelangen können und die schon in ihr sind, diese Ideale, Aufgaben und Methoden zu *verfechten* – heißt nicht verstehen, den *ersten Schritt* zu politischen Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Revolution zu tun (denn es handelt sich hier selbstverständlich nicht um theoretische Schlußfolgerungen, um Schlußfolgerungen in Büchern und Forschungsarbeiten). Mit diesem ersten Schritt ist unsere Aufgabe keineswegs und keinesfalls erschöpft. Unvergleichlich wichtiger als der erste Schritt werden der zweite und dritte Schritt sein, d. h. die Umwandlung der schon von den Massen angeeigneten Erfahrungen in geistiges Rüstzeug für neues historisches Handeln.

Wenn aber diese otsowistischen Schwätzer selber von einer Periode „zwischen zwei Revolutionen“ sprechen, so müßten sie verstehen (wenn sie denken könnten, auf sozialdemokratische Art urteilen könnten), daß „zwischen zwei Revolutionen“ eben bedeutet, daß *elementare, präliminäre Aufgaben auf der Tagesordnung stehen*. „Zwischen zwei Revolutionen“ ist die Charakterisierung für eine unbeständige, unbestimmte Situation, in der die alte Macht, nachdem sie sich von der Unmöglichkeit überzeugt hat, allein mit Hilfe der alten Mittel zu regieren, *versucht*, ein *neues* Mittel im allgemeinen Rahmen der alten Ordnung zu gebrauchen. Das ist ein innerlich widersprüchlicher, untauglicher Versuch, der die Selbstherrschaft erneut und unvermeidlich zum Fiasko führt, der uns zur Wiederholung der ruhmreichen Epoche und der ruhmreichen Schlachten des Jahres 1905 führt. Aber das verläuft *nicht so* wie in den Jahren von 1897 bis 1903, *führt das Volk nicht so* zur Revolution wie vor 1905. Gerade dieses „nicht so“ muß man verstehen können; man muß verstehen, seine Taktik abzuändern und allen grundlegenden, allgemeinen, vordringlichen und sehr wichtigen Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie noch eine, nicht sehr große, doch spezifische Aufgabe der gegenwärtigen Zeit, einer neuen Zeit *binzuzufügen*: die Aufgabe der revolutionär-sozialdemokratischen Ausnutzung der Schwarzhunderterduma.

Wie jede neue Aufgabe, scheint diese schwerer zu sein als die anderen, denn sie verlangt von den Menschen keine einfache Wiederholung auswendig gelernter Lösungen (bei den Otsowisten und Maximow reicht der Geist nicht weiter als bis zu dieser Wiederholung), sondern eine gewisse Initiative, Beweglichkeit des Verstandes, Findigkeit, selbständige Arbeit an einer *neu entstandenen* historischen Aufgabe. Aber in Wirklichkeit kann diese Aufgabe nur denjenigen besonders schwierig erscheinen, die nicht selbständig zu denken und selbständig zu arbeiten vermögen: in Wirklichkeit ist diese Aufgabe, wie jede spezifische Aufgabe eines Zeitabschnitts, leichter als die anderen, denn ihre Lösbarkeit ist eben in den Bedingungen des gegebenen Zeitabschnitts beschlossen. In der Periode der „wütenden und immer stärker werdenden Reaktion“ kann man die Aufgabe der wirklich ernsthaften Organisation von „Instruktorschulen und -gruppen“, d. h. einer solchen Organisation, bei der sie wirklich mit der Massenbewegung verbunden und ihr wirklich untergeordnet wären, *ganz und gar nicht* lösen, denn die Aufgabe ist töricht gestellt und von

Leuten gestellt, die die Formulierung dieser Aufgabe von einer guten Broschüre *abgeschrieben haben*, die aber von den Bedingungen einer *anderen* Periode ausgegangen ist. Aber die Aufgabe der Unterordnung der Reden, der Aktionen und der Politik der Sozialdemokraten in der III. Duma unter die Massenpartei und die Interessen der Massen *kann man* lösen. Sie ist nicht leicht, wenn man als „leicht“ die Wiederholung von auswendig Gelerntem ansieht, aber sie ist *durchführbar*. Wie sehr wir jetzt auch alle Kräfte der Partei anspannen mögen, wir könnten die Aufgabe der sozialdemokratischen (und nicht anarchistischen) Organisation von „Instruktorschulen“ in der gegenwärtigen Periode „zwischen zwei Revolutionen“ nicht lösen, denn zur Lösung dieser Aufgabe sind ganz andere historische Bedingungen erforderlich. Umgekehrt, wenn wir alle Kräfte anspannen, werden wir die Aufgabe der revolutionär-sozialdemokratischen Ausnutzung der III. Duma lösen (und wir *beginnen* schon, sie zu lösen), wir werden sie nicht dazu lösen, oh, ihr durch die „Entfernung“ beleidigten und von Gott gekränkten Otsowisten und Ultimatismen! – um den Parlamentarismus auf irgendein hohes Postament zu heben, um „den Parlamentarismus um jeden Preis“ zu verkünden, sondern um *nach* der Lösung der „zwischenrevolutionären“ Aufgabe, die der gegenwärtigen Periode „zwischen zwei Revolutionen“ entspricht, zur Lösung höherer revolutionärer Aufgaben *überzugehen*, die der morgigen, höheren, d. h. revolutionäreren Periode entsprechen.

III

Besonders kurios ist dieses alberne Geschrei von Maximow und Co. über den „Parlamentarismus um jeden Preis“ bei den Bolschewiki, wenn man es vom Standpunkt der wirklichen Geschichte des Otsowismus aus betrachtet. Kurios ist, daß von einer Überschätzung des Parlamentarismus *gerade* jene Leute schreien, die *ausschließlich* auf Grund ihrer Stellung zum Parlamentarismus eine besondere Richtung geschaffen haben und noch schaffen! Wie nennt ihr euch denn selbst, verehrteste Maximow und Co.? Ihr nennt euch selbst „Otsowisten“, „Ultimatismen“, „Boykottisten“. Maximow ist bis heute noch ganz entzückt von sich, weil er für den Boykott der III. Duma gewesen ist, und seine seltenen Stellungnahmen in der Partei tragen unbedingt die Unterschrift „Sprecher der Boykottisten auf

der Julikonferenz 1907“¹⁵. Anno dazumal unterzeichnete ein Schriftsteller: „Wirklicher Staatsrat und Kavalier“. Maximow unterzeichnet: „Sprecher der Boykottisten“ – auch ein Kavalier!

In jener politischen Situation im Juni 1907, als Maximow für den Boykott eintrat, war der Fehler noch ganz, ganz winzig. Aber wenn Maximow im Juli 1909, in einer Art Manifest, weiterhin von seinem „Boykottismus“ gegenüber der III. Duma entzückt ist, dann ist das schon eine ausgemachte Dummheit. Boykottismus wie Otsowismus, wie Ultimatismus – allein schon diese Bezeichnungen bedeuten die Schaffung einer *Richtung* auf Grund der Stellung zum Parlamentarismus und *nur* auf Grund dieser Stellung. Aber sich in dieser Frage abzusondern, sich nach wie vor abzusondern (zwei Jahre, nachdem die Partei die Angelegenheit im Prinzip entschieden hat!), das ist ein Zeichen maßloser Engstirnigkeit. Gerade jene, die so handeln, d. h. die „Boykottisten“ (von 1909) wie die Otsowisten und die Ultimaten, beweisen *damit*, daß sie nicht sozialdemokratisch urteilen, daß sie den Parlamentarismus auf ein besonderes Postament heben, daß sie ganz analog den Anarchisten aus einzelnen Rezepten eine *Richtung* schaffen: jene Duma boykottieren, aus dieser Duma abberufen, jener Dumafraktion ein Ultimatum stellen. So handeln heißt eben, die Karikatur auf einen Bolschewiken zu sein. Bei den Bolschewiki wird die Richtung durch ihre *allgemeine* Auffassung von der russischen Revolution bestimmt, und tausendmal haben die Bolschewiki hervorgehoben (die politisch Unreifen gleichsam von vornherein warnend), daß es eine unsinnige Verfälschung und Verflachung der Anschauungen der revolutionären Sozialdemokratie bedeutet, den Bolschewismus mit Boykottismus oder Revoluzzertum zu identifizieren. Unsere Auffassung, daß die Teilnahme der Sozialdemokraten an der III. Duma notwendig ist, ergibt sich beispielsweise *unumgänglich* aus unserer Auffassung von der gegenwärtigen Lage, von den Versuchen der Selbstherrschaft, einen Schritt vorwärts zu tun auf dem Wege zur Errichtung einer bürgerlichen Monarchie, von der Bedeutung der Duma als Organisation der konterrevolutionären Klassen in einer Vertretungskörperschaft in gesamt-nationalem Maßstab. So wie die Anarchisten einen parlamentarischen Kretinismus mit umgekehrtem Vorzeichen an den Tag legen, wenn sie die Frage des Parlaments aus dem zusammengehörenden Fragenkomplex der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt *aussondern* und aus dem Geschrei gegen den bürgerlichen Par-

lamentarismus eine Richtung zu machen suchen (obgleich die Kritik am bürgerlichen Parlamentarismus im Prinzip der Kritik an der bürgerlichen Presse, an der bürgerlichen Gewerkschaftsbewegung usw. gleichgeartet ist), legen unsere Otsowisten-Ultimatisten-Boykottisten einen ebensolchen Menschewismus mit umgekehrtem Vorzeichen an den Tag, wenn sie sich in der Frage der Stellung zur Duma, in der Frage der Mittel des Kampfes gegen die Abweichungen der sozialdemokratischen Dumafraktion (und nicht gegen die Abweichungen bürgerlicher Publizisten, die der Sozialdemokratie im Vorübergehen eine Stippvisite abstatten, usw.) zu einer Richtung *formieren*.

Ins Unermeßliche wuchs sich dieser parlamentarische Kretinismus mit umgekehrtem Vorzeichen in der bekannten Äußerung des Führers der Moskauer Otsowisten aus, der von Maximow gedeckt wird: die Abberufung der Fraktion solle *hervorheben*, daß die Revolution nicht zu Grabe getragen sei! Und Maximow geniert sich nicht, erhobenen Hauptes öffentlich zu erklären: „Die Otsowisten haben sich niemals (oh, natürlich, niemals!) im Sinne eines Antiparlamentarismus schlechthin ausgesprochen.“

Diese Deckung der Otsowisten durch Maximow und Co. bildet einen der charakteristischsten Züge, die das Antlitz der neuen Fraktion bestimmen, und wir müssen auf diesen Zug deshalb ausführlicher eingehen, weil nichtinformierte Leute den sich bitterlich beklagenden „Entfernten“ besonders oft auf den Leim gehen. Die Deckung besteht erstens darin, daß Maximow und Co., sich an die Brust schlagend, beständig erklären: Wir sind keine Otsowisten, wir teilen ganz und gar nicht die Auffassungen der Otsowisten! Zweitens beschuldigen Maximow und Co. die Bolschewiki, daß sie den Kampf gegen die Otsowisten *übertrieben*. Es wiederholt sich *haargenau* die Geschichte mit der Einstellung der Leute vom „Rabotscheje Delo“ [Arbeitersache] zu den Leuten der „Rabotschaja Mysl“ [Arbeitergedanke] (1897–1901). Wir sind keine Ökonomen – riefen, sich an die Brust schlagend, die Leute vom „Rabotscheje Delo“ –, wir teilen nicht die Anschauungen der „Rabotschaja Mysl“, wir streiten mit ihr (ebenso wie Maximow mit den Otsowisten „stritt“!) – das haben uns nur die bösen Iskristen angedichtet, sie haben uns verleumdet, haben den Ökonomismus „aufgebauscht“ usw. usw. usf. Deshalb befanden sich unter den Leuten der „Rabotschaja Mysl“ – offenen und ehrlichen Ökonomen – nicht

wenige, die an ihre irrtümliche Meinung aufrichtig glaubten und sich nicht scheuten, ihre Meinung zu verfechten, und denen man die Achtung nicht versagen konnte, während bei der Clique des „Rabotscheje Delo“ im Ausland ein ganz spezifisches Intrigantentum dominierte, ein Verwischen der Spuren, ein Versteckspielen, ein Irreführen der Öffentlichkeit. Ganz genauso ist das Verhältnis der konsequenten und offenen Otsowisten (wie der in Parteikreisen bekannten Wsew.¹⁶ und Stan.¹⁷) und der Gruppe Maximows im Ausland zueinander.

Wir sind keine Otsowisten, schreit diese Kumpanei. Aber man lasse jeden beliebigen von ihnen ein paar Worte über die gegenwärtige politische Lage und die Aufgaben der Partei sagen, und man wird ganz genau alle otsowistischen Ansichten zu hören bekommen, etwas verwässert (wie wir bei Maximow gesehen haben) mit jesuitischen Vorbehalten, mit Hinzufügungen und Abstreichungen, mit Abschwächungen und Konfusionen u. dgl. m. Dieses jesuitische Gehabe aber bewahrt euch, oh, ihr ganz zu Unrecht Entfernten, nicht davor, des otsowistischen Unverständnisses beschuldigt zu werden, sondern verzehnfacht eure Schuld; denn der verschleierte ideologische Wirrwarr demoralisiert das Proletariat hundertmal mehr, schadet der Partei hundertmal mehr.*

Wir sind keine Otsowisten, schreien Maximow und Co. Dabei aber bildete Maximow im Juni 1908, als er aus der engeren Redaktion des „Proletari“ ausgeschieden war, eine offizielle Opposition innerhalb des Kollegiums, forderte und erhielt Diskussionsfreiheit für diese Opposition, forderte und erhielt eine besondere Vertretung für die Opposition in den wichtigsten Exekutivorganen der Organisation, die mit der Verbreitung der Zeitung zu tun hatten. Es versteht sich von selbst, daß alle Otsowisten eben von diesem Zeitpunkt an, d. h. länger als ein Jahr, ständig dieser Opposition angehörten, die gemeinsam eine russische Agentur organi-

* Ein kleines Beispiel, das, nebenbei bemerkt, die Behauptungen Maximows illustriert, als ob *allein* der „Proletari“ aus Bosheit die Ultimaten verleumde. Im Herbst 1908 wohnte Alexinski dem Parteitag der polnischen Sozialdemokraten bei und schlug dort eine *ultimativistische* Resolution vor. Dies geschah, bevor im „Proletari“ die scharfe Kampagne gegen die neue Fraktion eingeleitet wurde. Und was ergab sich? Die polnischen Sozialdemokraten machten sich über Alexinski und seine Resolution lustig und sagten ihm: „Sie sind einfach ein feiger Otsowist und weiter nichts.“

sierte, gemeinsam für die Ziele dieser Agentur eine Schule im Ausland (über sie später) einrichtete usw. usf.

Wir sind keine Otsowisten, schreien Maximow und Co. Dabei aber geschah es auf der Gesamtrussischen Parteikonferenz im Dezember 1908, als die ehrlicheren Otsowisten aus dieser Opposition sich vor der ganzen Partei zu einer besonderen Gruppe, zu einer besonderen ideologischen Strömung formierten und als solche das Recht erhielten, einen eigenen Sprecher zu nominieren (auf der Konferenz wurde beschlossen, daß wegen der Kürze der Zeit lediglich besondere ideologische Strömungen oder besondere Organisationen einen besonderen Sprecher nominieren durften), daß als *Sprecher* der otsowistischen Fraktion – aus rein zufälligen Gründen! aus absolut zufälligen Gründen! – *Gen. Maximow* fungierte . . .

Die Auslandsgruppe Maximows betrügt die Partei systematisch, indem sie den Otsowismus verbirgt. Im Mai 1908 erlitt der Otsowismus im offenen Kampf eine Niederlage: die Stadtkonferenz in Moskau (in diesem Bezirk waren im Juli 1907 fast ausnahmslos alle Sozialdemokraten Boykottisten, die allerdings zum Unterschied von Maximow bereits bis Juni 1908 begriffen hatten, daß ein Beharren auf dem „Boykott“ der III. Duma eine unverzeihliche Dummheit wäre) brachte ihn mit 18 gegen 14 Stimmen zu Fall. *Danach* organisiert Gen. Maximow im Ausland in aller Form eine Opposition gegen den „Proletari“ und beginnt eine bis dahin noch nicht praktizierte Diskussion in den Spalten des bolschewistischen Presseorgans. Und siehe, als sich im *Herbst* 1908 bei den Wahlen zur Gesamtrussischen Konferenz die *gesamte* Petersburger Organisation in Otsowisten und Nichtsowisten (nach einem Ausdruck der Arbeiter) spaltet; als in *allen* Bezirken und Unterbezirken von Petersburg Diskussionen über die Plattform nicht etwa der Bolschewiki und Menschewiki, sondern der Otsowisten und Nichtsowisten geführt werden, da *versteckt man die Plattform der Otsowisten vor den Blicken der Öffentlichkeit*. Dem „Proletari“ wird sie nicht mitgeteilt. In Druck wird sie nicht gegeben. Auf der Gesamtrussischen Konferenz im Dezember 1908 gibt man sie der Partei nicht bekannt. *Lediglich nach der Konferenz*, auf Grund nachdrücklicher Forderungen der Redaktion, wurde uns diese Plattform zugestellt und von uns in Nr. 44 des „Proletari“ abgedruckt („Resolution der Petersburger Otsowisten“).

Im Moskauer Gebiet „redigierte“ der allen bekannte Führer der Otsowisten den in Nr. 5 des „Rabotscheje Snamja“¹⁸ veröffentlichten Artikel eines otsowistischen Arbeiters; doch die eigene Plattform dieses Führers haben wir bislang noch nicht erhalten. Uns ist wohlbekannt, daß man bereits im Frühjahr 1909, als die Gebietskonferenz des Zentralen Industriebezirks vorbereitet wurde, die Plattform des Führers der Otsowisten las und daß sie von Hand zu Hand ging. Uns ist aus Mitteilungen von Bolschewiki bekannt, daß diese Plattform unvergleichlich mehr Perlen nichtsozialdemokratischen Denkens enthält als die Petersburger. *Den Text der Plattform hat man uns allerdings nicht zugestellt*, wahrscheinlich auch aus ebensolch zufälligen, ganz zufälligen Gründen, aus denen Maximow auf der Konferenz als Bevollmächtigter der Fraktion der Otsowisten gesprochen hat.

Die Frage der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten haben Maximow und Co. ebenfalls mit der „glatten“ Phrase verschleiert, daß sich das ja „von selbst versteht“. Interessant wäre zu erfahren, „versteht sich das von selbst“ jetzt auch für die *Gen. Ljadow und Stanislaw*, praktisch die Führer der Maximowschen Fraktion, die noch vor drei Monaten in dem sich damals in ihren Händen befindlichen Gebietsbüro des Zentralen Industriegebiets (das Gebietsbüro hatte die gleiche Zusammensetzung, in der es die ominöse „Schule“ bestätigte, seine Zusammensetzung hat sich inzwischen verändert) eine Resolution *gegen die Beteiligung der Sozialdemokraten am Kongreß der Betriebsärzte*¹⁹ durchsetzten. Bekanntlich war dies der erste Kongreß, auf dem die revolutionären Sozialdemokraten in der Mehrheit waren. Und gegen die Beteiligung an diesem Kongreß agitierten alle führenden Otsowisten und Ultimaten und stellten die Beteiligung an ihm als einen „Verrat an der Sache des Proletariats“ hin. Maximow jedoch verwischt die Spuren – „das versteht sich von selbst“. „Es versteht sich von selbst“, daß die unverhohlenen Otsowisten und Ultimaten die praktische Arbeit in Rußland offen untergraben, Maximow und Co. jedoch, denen die Lorbeeren Kritschewskis und Martynows keine Ruhe lassen, vertuschen das Wesen der Sache: es bestünden keinerlei Meinungsverschiedenheiten, es gebe keinerlei Gegner der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten.

Die Wiederherstellung der Parteiorgane im Ausland, der Auslandsgruppen zur Organisierung der Verbindungen usw. führt unweigerlich auch zur Wiederholung der alten Mißbräuche, gegen die ganz schonungs-

los gekämpft werden muß. Es wiederholt sich bis aufs I-Tüpfelchen die Geschichte mit den „Ökonomisten“, die in Rußland gegen den politischen Kampf agitierten und sich im Ausland hinter dem „Rabotscheje Delo“ versteckten. Es wiederholt sich bis aufs I-Tüpfelchen die Geschichte mit dem bürgerlich-demokratischen „Credo“ (Credo = Glaubensbekenntnis), das in Rußland von Prokopowitsch und Co. propagiert und *gegen den Willen der Verfasser* von den revolutionären Sozialdemokraten in der Presse veröffentlicht wurde. Nichts vermag die Partei mehr zu demoralisieren als dieses Versteckspiel, als diese Ausnutzung der schwierigen Bedingungen der illegalen Arbeit gegen die Parteiöffentlichkeit, als dieser Jesuitismus, wenn Maximow und Co., *ganz und gar und in allem Hand in Hand* mit den Otsowisten handelnd, sich in der Presse an die Brust schlagen und glauben machen wollen, daß dieser ganze Otsowismus absichtlich vom „Proletari“ aufgebauscht wird.

Wir sind keine Rechtsverdreher, keine Formalisten, sondern Menschen der revolutionären Arbeit. Uns kommt es nicht auf Unterschiede in Worten an, die man zwischen dem Otsowismus, Ultimatismus und „Boykottismus“ (der III. Duma) feststellen könnte. Uns kommt es auf den tatsächlichen Inhalt der sozialdemokratischen Propaganda und Agitation an. Und wenn in den illegalen russischen Zirkeln unter dem Aushängeschild des Bolschewismus Ansichten verbreitet werden, die weder mit dem Bolschewismus noch mit dem Sozialdemokratismus überhaupt etwas gemein haben, so handeln die Leute, die eine völlige Entlarvung dieser Ansichten, eine völlige Aufdeckung deren Fehlerhaftigkeit vor der ganzen Partei verhindern, so handeln solche Leute wie Feinde des Proletariats.

IV

In der Frage des Gottbildnertums haben diese Leute ebenfalls ihr wahres Gesicht gezeigt. Die erweiterte Redaktion des „Proletari“ hat zwei Resolutionen zu dieser Frage gefaßt und veröffentlicht: eine zum Wesen der Sache, die andere speziell anläßlich des Protestes von Maximow. Fragt sich, was sagt denn dieser Maximow nun in seinem „Bericht“? Er schreibt den „Bericht“, um die Spuren zu verwischen, ganz im Geiste jenes Diplomaten, der erklärte, die Sprache sei dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen²⁰. Man verbreitet irgendwelche „falschen

Angaben“ über die „angeblich gottbildnerische“ Richtung der Maximowschen Kumpanei, das ist auch schon alles.

„Falsche Angaben“, sagen Sie? O nein, Verehrtester, Sie haben doch deshalb hier die Spuren verwischt, weil Sie ausgezeichnet um die völlige Richtigkeit der „Angaben“ hinsichtlich des Gottbildnertums wissen, über die der „Proletari“ verfügt. Sie wissen ausgezeichnet, daß diese „Angaben“, wie dies auch in der veröffentlichten Resolution dargelegt ist, sich vor allem auf die literarischen Werke beziehen, die von Ihrer Literatenkumpanei stammen. Diese literarischen Werke sind mit absoluter Genauigkeit in unserer Resolution *angeführt*; nicht hinzugefügt ist lediglich – und das konnte in der Resolution nicht hinzugefügt werden –, daß seit etwa anderthalb Jahren in den führenden Kreisen der Bolschewiki heftigste Unzufriedenheit über das „Gottbildnertum“ Ihrer Mitarbeiter geäußert wird und daß die neue Fraktion der Karikaturen auf die Bolschewiki uns gerade auf diesem Boden (außer dem oben aufgezeigten) mit Winkelzügen, Tricks, Schikanen, Forderungen und Schlichen jede Möglichkeit einer Arbeit vergällt hat. Einer der bemerkenswertesten Schliche ist Maximow besonders gut bekannt, denn das ist der an die Redaktion des „Proletari“ geschriebene und in aller Form an sie eingereichte *Protest* gegen die Veröffentlichung des Artikels „Keine Gemeinsamkeit“ (Nr. 42 des „Proletari“). Vielleicht sind das auch „falsche Angaben“, oh, ganz zu Unrecht Entfernter? Vielleicht war das auch ein „angeblicher Protest“?

Nein, wissen Sie, eine Politik der Verwischung der Spuren glückt nicht immer, und in unserer Partei wird sie Ihnen niemals glücken. Es hat keinen Sinn, Versteck zu spielen und zu versuchen, affektiert ein Geheimnis aus dem zu machen, was jedem bekannt ist, der sich für die russische Literatur und die russische Sozialdemokratie interessiert. Es gibt eine Kumpanei von Literaten, die mit Hilfe einiger bürgerlicher Verlage unsere legale Literatur mit einer systematischen Propaganda des Gottbildnertums überflutet. Zu dieser Kumpanei gehört auch Maximow. Diese Propaganda wurde gerade während der letzten anderthalb Jahre systematisch betrieben, als es für die russische Bourgeoisie bei der Verfolgung ihrer konterrevolutionären Ziele *nötig wurde*, die Religion zu beleben, die Nachfrage nach Religion zu heben, Religion zu erfinden, dem Volke die Religion einzupflanzen oder sie auf neue Art im Volke zu festigen.

Die Propaganda des Gottbildnertums nahm deshalb gesellschaftlichen, politischen Charakter an. So wie die bürgerliche Presse in der Periode der Revolution die eifrigsten Menschewiki für ihre Kadettenliebe umarmt und geküßt hat, so umarmt und küßt die bürgerliche Presse in der Periode der Konterrevolution die Gottbildner aus den Reihen – ein dicker Brocken! – aus den Reihen der Marxisten und sogar aus den Reihen der „Auch-Bolschewiki“. Und als das offizielle Organ des Bolschewismus in einem redaktionellen Artikel erklärte, daß es zwischen dem Bolschewismus und derartiger Propaganda *keine Gemeinsamkeit* gibt (diese Erklärung wurde in der Presse gegeben, nachdem ungezählte Versuche, durch Briefe und persönliche Gespräche die Einstellung der schändlichen Propaganda zu veranlassen, mißglückt waren) – da legte Gen. Maximow in aller Form einen schriftlichen Protest bei der Redaktion des „Proletari“ ein. Er, Maximow, sei vom Londoner Parteitag gewählt worden, und deshalb sei sein „erworbenes Recht“ von denen verletzt worden, die es wagten, sich offiziell von der schändlichen Propaganda des Gottbildnertums zu distanzieren. „Ja, befindet sich denn unsere Fraktion in der Hörigkeit der gottbildnerischen Literaten!“ Diese Bemerkung entschlüpfte bei einem heftigen Auftritt in der Redaktion dem Gen. Marat²¹ – ja, ja, demselben Gen. Marat, der so bescheiden, wohlwollend, versöhnlich, so gutherzig ist, daß er bis heute noch nicht ordentlich entscheiden kann, ob er mit den Bolschewiki oder mit den „göttlichen“ Otsowisten gehen soll.

Oder sind das vielleicht auch alles „falsche Angaben“, oh, ganz zu Unrecht entfernter Maximow? Es gibt gar keine Kumpanei gottbildnerischer Literaten, Sie haben diese niemals in Schutz genommen, Ihren Protest gegen den Artikel „Keine Gemeinsamkeit“ hat es gar nicht gegeben? Oder?

Von „falschen Angaben“ hinsichtlich der gottbildnerischen Richtung spricht Gen. Maximow in seinem „Bericht“ über die *Auslandsschule*, die von der neuen Fraktion eingerichtet wird. Gen. Maximow hebt diese „Einrichtung der *ersten* (hervorgehoben von Maximow) Parteischule im Ausland“ so beharrlich hervor, führt die Öffentlichkeit in dieser Frage so beharrlich an der Nase herum, daß über die ominöse „Schule“ ausführlicher berichtet werden muß.

Gen. Maximow beklagt sich bitter:

„Es wurde von seiten der Redaktion (des ‚Proletari‘) kein einziger Versuch unternommen, die Schule zu unterstützen oder zumindest die Kontrolle über die Schule in die eigenen Hände zu nehmen; die Redaktion verbreitete lügnerische Angaben aus unbekannter Quelle über die Schule, ohne an die Organisatoren der Schule auch nur eine einzige Anfrage zur Nachprüfung dieser Angaben zu richten. So war das Verhalten der Redaktion zu dieser ganzen Angelegenheit.“

Soso. „Kein einziger Versuch, zumindest die Kontrolle über die Schule in die eigenen Hände zu nehmen . . .“ Der Jesuitismus Maximows geht in diesem Satz so weit, daß er sich selbst entlarvt.

Der Leser wird sich der Jeroginschen Pension in der Periode der ersten Duma erinnern. Ein pensionierter Landeshauptmann (oder irgendein beamteter Edelmann dieser Art) Jerogin organisierte in Petersburg eine Pension für anreisende Bauernabgeordnete, um die „Absichten der Regierung“ zu unterstützen. Die unerfahrenen Dorfbewohner, in die Hauptstadt geraten, wurden von den Leuten Jerogins abgefangen und in die Jeroginsche Pension gebracht, wo sie freilich eine *Schule* vorfanden, in der die Irrlehren der „Linken“ widerlegt, die Trudowiki usw. mit Schmutz beworfen wurden und den Neulingen unter den Dumamitgliedern die „echt russische“ Staatsweisheit beigebracht wurde. Glücklicherweise befand sich die Reichsduma in Petersburg, und Jerogin mußte daher auch seine Pension in Petersburg einrichten, und da Petersburg ein ziemlich großes und freies Zentrum des geistigen und politischen Lebens ist, so begannen natürlich die Jeroginschen Abgeordneten sehr bald die Jeroginsche Pension zu verlassen und in das Lager der Trudowiki oder zu den selbständigen Abgeordneten überzusiedeln. Das Unternehmen Jerogins brachte ihm wie der Regierung nur Blamage ein.

Nun stelle sich der Leser vor, daß eine solche Jeroginsche Pension nicht in irgendeinem ausländischen Petersburg, sondern in irgendeinem ausländischen Zarewokokschaisk* eingerichtet wurde. Wenn man sich das vorstellt, so wird man zustimmen müssen, daß die otswowistisch-gottbildnerischen Jerogins ihre Kenntnis von Europa dazu ausgenutzt haben, schlauer als der echt russische Jerogin zu sein. Leute, die sich Bolschewiki nennen, sammelten Geld für ihre Kasse – getrennt von jener, soweit uns bekannt, einzigen gesamt bolschewistischen Kasse, aus der die Ausgaben

* Kleinstadt im Gouvernement Kasan, hier Synonym für Krähwinkel.
Der Übers.

für die Herausgabe und Verbreitung des „Proletari“ bestritten werden –, organisierten ihre Agentur, brachten einige „ihrer“ Agitatoren in dieses Zarewokokschaisk, brachten dorthin einige Arbeiter, Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und proklamierten diese (vor der Partei in Zarewokokschaisk verborgene) Jeroginsche Pension als „erste Parteischule im Ausland“ (Partei- deshalb, weil vor der Partei verborgen).

Erklären wir gleich von vornherein – angesichts dessen, daß der „entfernte“ Gen. Maximow mit besonderem Nachdruck die Frage aufgeworfen hat, ob seine Entfernung rechtmäßig oder unrechtmäßig ist (davon weiter unten) –, erklären wir gleich von vornherein, daß in der Handlungsweise der otsowistisch-gottbildnerischen Jeroginleute überhaupt nichts „Unrechtmäßiges“ zu finden ist. Absolut nichts. Alles ist hier völlig rechtmäßig. Rechtmäßig ist, daß die Gleichgesinnten in der Partei sich gemeinsam gruppieren. Rechtmäßig ist, daß die Gleichgesinnten Gelder sammeln und ein gemeinsames propagandistisch-agitatorisches Unternehmen organisieren. Rechtmäßig ist, daß sie im gegebenen Augenblick als Form dieses Unternehmens, sagen wir zum Beispiel, keine Zeitung, sondern eine „Schule“ wählen wollen. Rechtmäßig ist, daß sie diese als offizielle Parteischule ansehen, da Parteimitglieder diese einrichten und da wenigstens eine, ganz gleich welche, Organisation der Partei da ist, die die politische und ideologische Verantwortung für das Unternehmen auf sich nimmt. All das ist völlig rechtmäßig, und alles wäre sehr schön, wenn . . . ja, wenn da kein Jesuitismus wäre, wenn es da keine Heuchelei gäbe, wenn es da keinen Betrug an der eigenen Partei gäbe.

Ist das etwa kein Betrug an der Partei, wenn man öffentlich den Parteicharakter der Schule hervorhebt, d. h. sich auf die Frage ihrer formellen Rechtmäßigkeit beschränkt und *nicht die Namen* der Initiatoren und Organisatoren der Schule *nennt*, d. h. sich über die politisch-ideologische Richtung der Schule als eines Unternehmens der *neuen Fraktion* in unserer Partei ausschweigt? In der Redaktion des „Proletari“ lagen zwei „Schriftstücke“ über diese Schule vor (die Beziehungen zwischen der Redaktion und Maximow werden schon länger als ein Jahr nicht anders als in Form von „Schriftstücken“ und diplomatischen Noten aufrechterhalten). Das erste Schriftstück war überhaupt nicht unterschrieben, absolut von niemandem unterschrieben – es waren einfach Auslassungen über den Nutzen der Bildung und über die Bedeutung von Ein-

richtungen, Schulen genannt, für die Bildung. Das zweite Schriftstück war von vorgeschobenen Personen unterzeichnet. Jetzt, wo er öffentlich in der Presse eine Lobeshymne auf die „erste Parteischule im Ausland“ anstimmt, *verschweigt* Gen. Maximow wie früher den *fraktionellen* Charakter der Schule.

Diese Politik des Jesuitismus schadet der Partei. Diese „Politik“ entlarven wir. Initiatoren und Organisatoren der Schule sind *in Wirklichkeit* die Genossen „Jer“²² (nennen wir so den in der Partei allen bekannten Führer der Moskauer Otsowisten, der Referate über die Schule gehalten, eine Schule organisiert hat und von einigen Arbeiterzirkeln als Lektor gewählt worden ist), Maximow, Lunatscharski, Ljadow, Alexinski u. a. Wir wissen nicht und wollen es auch nicht wissen, welche Rolle im einzelnen der eine oder andere dieser Genossen gespielt hat, wie sie auf die verschiedenen offiziellen Einrichtungen der Schule verteilt sind, auf deren „Rat“, deren „Exekutivkommission“, deren Lektorenkollegium u. dgl. m. Wir wissen nicht, welche „nichtfraktionellen“ Genossen in diesem oder jenem einzelnen Fall diese Kumpanei vervollständigen. Das alles ist völlig unwichtig. Wir behaupten, daß die *wirkliche* politisch-ideologische Richtung dieser Schule als eines neuen fraktionellen Zentrums **gerade** durch die angeführten Namen *bestimmt wird* und daß Maximow, indem er dies vor der Partei verheimlicht, eine Politik des Jesuitismus betreibt. Nicht das ist schlecht, daß sich in der Partei ein neues fraktionelles Zentrum herausgebildet hat – wir gehören durchaus nicht zu den Leuten, die dazu neigen, aus billigen, abgedroschenen Phrasen gegen das Fraktionswesen für sich politisches Kapital herauszuschlagen –, im Gegenteil, es ist gut, daß eine besondere Schattierung, wenn es diese einmal gibt, die Möglichkeit einer besonderen Form der Äußerung innerhalb der Partei erhalten hat. Schlecht ist, daß man die Partei und auch die Arbeiter hinter Licht führt, die – das versteht sich von selbst – mit jeder *Schule* wie mit jeder Bildungsstätte sympathisieren.

Ist das etwa keine Heuchelei, wenn Gen. Maximow sich öffentlich beklagt, daß die Redaktion des „Proletari“ nicht gewünscht hat, „zumindest“ („zumindest“!) „die Kontrolle über die Schule in die eigenen Hände zu nehmen“? Man überlege nur: im Juni 1908 ist Gen. Maximow aus der engeren Redaktion des „Proletari“ ausgeschieden, und seit dieser Zeit wird fast ununterbrochen in *tausenderlei* Formen ein innerer Kampf in der

bolschewistischen Fraktion geführt; Alexinski im Ausland, „Jer“ und Co. im Ausland und in Rußland plappern Maximow in tausenderlei Tonarten alle otsowistisch-gottbildnerischen Albernheiten gegen den „Proletari“ nach. Maximow reicht schriftlich und in aller Form Proteste gegen den Artikel „Keine Gemeinsamkeit“ ein; von einer kommenden, unvermeidlichen Spaltung bei den Bolschewiki sprechen alle, die die Parteiprobleme auch nur vom Hörensagen kennen (es genügt, darauf hinzuweisen, daß der *Menschewik Dan* auf der Gesamtrussischen Konferenz im Dezember 1908 in einer öffentlichen Sitzung vor allen erklärte: „Wer weiß denn nicht, daß Lenin jetzt von den Bolschewiki des Verrats am Bolschewismus bezichtigt wird“!) – und Gen. Maximow, die Rolle des unschuldigen, des völlig unschuldigen Säuglings markierend, befragt die hochverehrte Leserschaft: Warum wohl hat die Redaktion des „Proletari“ nicht gewünscht, „zumindest“ die Kontrolle über die Parteischule im gottbildnerischen Zarewokschaik in die eigenen Hände zu nehmen? „Kontrolle“ über die Schule! Die Anhänger des „Proletari“ als „Inspektoren“, die bei Lektionen von Maximow, Lunatscharski, Alexinski und Co. anwesend sind!! Nun, wozu diese unwürdige und schändliche Komödie spielen? Wozu? Wozu den Leuten durch Versenden von nichtssagenden „Programmen“ und „Berichten“ der „Schule“ ein X für ein U vormachen, anstatt offen und ehrlich zuzugeben, wer die geistigen Führer und Inspiratoren des neuen fraktionellen Zentrums sind!

Wozu? – wir werden sogleich Antwort auf diese Frage geben, zunächst aber schließen wir die Frage der Schule ab: Zarewokschaik kann in Petersburg Platz finden und nach Petersburg verlegt werden (zumindest in seiner überwiegenden Mehrheit), Petersburg aber kann weder in Zarewokschaik Platz finden noch nach Zarewokschaik verlegt werden. Diejenigen Schüler der neuen Parteischule, die energischer und selbständiger sind, werden imstande sein, den Weg von der engen neuen Fraktion zur breiten Partei, von der „Wissenschaft“ der Otsowisten und Gottbildner zur Wissenschaft des Sozialdemokratismus überhaupt und des Bolschewismus im besonderen zu finden. Aber wer sich mit der Jeroginschen Bildung begnügen will, dem ist nicht zu helfen. Die Redaktion des „Proletari“ ist bereit, *allen* Arbeitern, welcher Auffassung sie auch immer sein mögen, *jegliche* Hilfe zu erweisen und wird diese Hilfe erweisen, wenn sie aus dem ausländischen Zarewokschaik in das ausländische

Petersburg übersiedeln (oder hinreisen) und sich mit den Ansichten des Bolschewismus vertraut machen wollen. Die heuchlerische Politik der Organisatoren und Initiatoren der „ersten Parteischule im Ausland“ aber werden wir vor der ganzen Partei entlarven.

V

Wozu diese ganze Heuchelei Maximows, fragten wir und stellten die Beantwortung dieser Frage bis zum Abschluß der Auseinandersetzung über die Schule zurück. Strenggenommen bedarf jedoch hier nicht die Frage „wozu?“, sondern die Frage „warum?“ der Erklärung. Es wäre ein Fehler zu glauben, daß von allen Mitgliedern der neuen Fraktion die heuchlerische Politik um eines bestimmten Zieles willen bewußt betrieben wird. Nein. Die Sache liegt so, daß in der Lage dieser Fraktion selbst, in den Bedingungen ihres Auftretens und ihrer Tätigkeit die Ursachen liegen (viele Otsowisten und Gottbildner erkennen das gar nicht), die die heuchlerische Politik hervorrufen.

Es ist altbekannt, daß die Heuchelei ein Tribut ist, den das Laster der Tugend zollt. Aber dieser Ausspruch gehört in den Bereich der persönlichen Moral. In bezug auf politisch-ideologische Richtungen muß gesagt werden, daß die Heuchelei ein Deckmantel ist, an den sich Gruppen klammern, die innerlich nicht homogen, die aus gemischten, zufällig zueinandergekommenen Elementen zusammengewürfelt sind, aus Elementen, die sich für ein offenes, direktes Auftreten zu schwach fühlen.

Die Zusammensetzung der neuen Fraktion bewirkt es, daß sie sich an diesen Deckmantel klammert. Den Stab der Fraktion der „göttlichen“ Otsowisten bilden verkannte Philosophen, verlachte Gottbildner, des anarchistischen Unverständnisses und des verantwortungslosen revolutionären Geschwätzes überführte Otsowisten, wirre Ultimativisten und schließlich jene (glücklicherweise in der bolschewistischen Fraktion wenigen) Revoluzzer, die es für unter ihrer Würde halten, zur unscheinbaren, bescheidenen revolutionären sozialdemokratischen Arbeit ohne äußeren „effektvollen“ Glanz, die den Bedingungen und Aufgaben der Periode „zwischen zwei Revolutionen“ Rechnung trägt, überzugehen, und die Maximow mit der „effektvollen“ Phrase über Instrukteursschulen und -gruppen ... im Jahre 1909 zufriedenstellt. Das einzige, was gegenwärtig diese

verschiedenartigen Elemente fest zusammenschließt, das ist der Iodernde Haß gegen den „Proletari“, ein von diesem völlig verdienter Haß, ein Haß dafür, daß *jedem einzelnen* Versuch dieser Elemente, im „Proletari“ ihren Ausdruck zu finden oder auch nur ihre indirekte Anerkennung oder die geringfügigste Verteidigung und Deckung zu erhalten, *stets eine äußerst entschiedene Abfuhr erteilt wurde.*

„Laßt alle Hoffnung fahren“ – das sagte der „Proletari“ diesen Elementen mit jeder seiner Nummern, mit jeder Redaktionssitzung, mit jeder Stellungnahme zu den aktuellen Fragen des Parteilebens, welche es auch immer sein möchten.

Und siehe, als auf dem Gebiet der Literatur das Gottbildnertum und die theoretischen Grundlagen des Marxismus und auf dem Gebiet der politischen Arbeit die Ausnutzung der III. Duma und ihrer Tribüne durch die Sozialdemokratie zu aktuellen Fragen wurden (kraft der objektiven Bedingungen der Entwicklung unserer Revolution und unserer Konterrevolution), da schlossen sich diese Elemente zusammen, und es kam zu einem gesetzmäßigen und unvermeidlichen Ausbruch.

Wie jeder Ausbruch, erfolgte er plötzlich, nicht in dem Sinne, daß sich die Tendenzen nicht schon früher abgezeichnet hätten, daß es keine einzelnen Ausdrucksformen dieser Tendenzen gegeben hätte, sondern in dem Sinne, daß der politische Zusammenschluß der verschiedenartigen Tendenzen, darunter auch von Politik weit entfernter Tendenzen, fast schlagartig erfolgte. Das breite Publikum ist daher, wie stets, geneigt, vor allem einer *philisterhaften* Erklärung der neuen Spaltung Glauben zu schenken, sie mit irgendwelchen schlechten Eigenschaften dieses oder jenes Führers, mit dem Einfluß des Auslands und des Zirkelwesens usw. u. dgl. m. zu erklären. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Ausland, das auf Grund der objektiven Bedingungen unvermeidlich zum Ort der Operationsbasis aller zentralen revolutionären Organisationen geworden ist, der *Form* der Spaltung seinen Stempel aufgedrückt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich auf diese *Form* auch die Besonderheiten jenes Literatenzirkels ausgewirkt haben, der mit einer *Seite* der Sozialdemokratie angehörte. Als philisterhafte Erklärung bezeichnen wir nicht die Berücksichtigung dieser Umstände, die nichts als die Form, die Anlässe, die „äußere Geschichte“ der Spaltung erklären können, sondern als solche bezeichnen wir die Unlust oder die Unfähigkeit, die *politisch-ideologischen*

Grundlagen, Ursachen und Wurzeln der Meinungsverschiedenheit zu erkennen.

Das Nichterkennen dieser Grundlagen der neuen Fraktion ist auch die Ursache dafür, daß sie sich an den alten Deckmantel geklammert hat, daß sie die Spuren verwischt, die *untrennbare* Verbindung mit dem Otsowismus ableugnet usw. Das Nichterkennen dieser Grundlagen ruft seitens der neuen Fraktion ein *Spekulieren auf eine philisterhafte Erklärung der Spaltung und auf philisterhaftes Mitgefühl* hervor.

In der Tat, ist das etwa kein Spekulieren auf philisterhaftes Mitgefühl, wenn Maximow und Co. aus Anlaß ihres „Hinauswurfs“, ihrer „Entfernung“, jetzt öffentlich Tränen vergießen? Schenkt um Christi willen den unschuldig Hinausgeworfenen, den ganz zu Unrecht Entfernten das Almosen des Mitgefühls . . . Daß diese Methode unfehlbar richtig auf ein *philisterhaftes* Mitgefühl abzielt, das beweist die originelle Tatsache, daß *sogar* Gen. Plechanow, ein Feind jeglichen Gottbildnertums, jeglicher „neuen“ Philosophie, jeglichen Otsowismus und Ultimatismus usw., daß *sogar* Gen. Plechanow um Christi willen ein Almosen reichte, indem er das Gejammer Maximows zum Anlaß genommen hat und die Bolschewiki deswegen wieder einmal „Halsstarrige“ nannte (siehe den „Dnewnik Sozialdemokrata“ Plechanows, August 1909). Wenn Maximow ein Almosen des Mitgefühls sogar bei Plechanow erleben konnte, dann kann sich der Leser vorstellen, wieviel Tränen des Mitgefühls für Maximow vergossen werden von den philisterhaften Elementen innerhalb der Sozialdemokratie und an ihrer Peripherie anläßlich des „Hinauswurfs“ und der „Entfernung“ der guten, wohlgesinnten und bescheidenen Otsowisten und Gottbildner.

Die Frage des „Hinauswurfs“ und der „Entfernung“ wird von Gen. Maximow sowohl in Hinsicht auf die formale Seite als auch dem Wesen der Sache nach *näher untersucht*. Betrachten wir diese Untersuchung.

Von der formalen Seite her ist die Entfernung Maximows „unrechtmäßig“ – sagen uns die Entfernten –, und „wir erkennen diese Entfernung nicht an“, denn Maximow „ist vom bolschewistischen Parteitag, d. h. vom bolschewistischen Teil des Parteitags gewählt worden“. Lesen die Leute die Flugschrift von Maximow und Nikolajew, so stoßen sie auf die schwere Beschuldigung („unrechtmäßige Entfernung“), erhalten aber weder eine genaue Formulierung dieser Beschuldigung noch Material zur Beurteilung

dieser Angelegenheit. Aber gerade das ist ja die von gewisser Seite stets angewandte Methode bei Spaltungen im Ausland: die prinzipielle Meinungsverschiedenheit verschleiern, sie bemänteln, die ideologischen Auseinandersetzungen verschweigen, seine ideologischen Freunde verheimlichen und um so mehr von organisatorischen Konflikten lärmen, die die Öffentlichkeit nicht genau zu untersuchen vermag und nicht berechtigt ist, im einzelnen zu untersuchen. So handelten die Leute vom „Rabotscheje Delo“ im Jahre 1899, als sie ein Geschrei erhoben, daß es keinerlei „Ökonomismus“ gebe, Plechanow aber die Druckerei gestohlen hätte. So handelten die Menschewiki im Jahre 1903, als sie ein Geschrei erhoben, daß es bei ihnen keinerlei Wendung zur Richtung des „Rabotscheje Delo“ gebe, Lenin aber Potressow, Axelrod, Sassulitsch u. a. „hinausgeworfen“ oder „entfernt“ hätte. So handeln Leute, die auf die im Ausland befindlichen Liebhaber eines Skandals, einer Sensation spekulieren. Sie sagen: Es gibt weder Otsowismus noch Gottbildnertum, aber es gibt eine „unrechtmäßige Entfernung“ Maximows durch die „Mehrheit der Redaktion“, die „das Vermögen der gesamten Fraktion“ „zu ihrer vollen Verfügung behalten“ möchte – hereinspaziert in unsere Bude, meine Herren, wir werden Ihnen darüber die allerpikantesten Sachen mitteilen . . .

Eine alte Methode, werte Genossen Maximow und Nikolajew! Es wird nicht ausbleiben, daß sich die zu einer solchen Methode greifenden Politiker selbst das Genick brechen.

Von einer „Unrechtmäßigkeit“ sprechen unsere „Entfernten“ deshalb, weil sie die Redaktion des „Proletari“ für nicht berechtigt halten, über das Schicksal der bolschewistischen Fraktion und über deren Spaltung zu entscheiden. Sehr gut, meine Herren. Wenn die Redaktion des „Proletari“ und die auf dem Londoner Parteitag gewählten 15 bolschewistischen Mitglieder des ZK und Kandidaten des ZK nicht berechtigt sind, die bolschewistische Fraktion zu vertreten, so habt ihr die volle Möglichkeit, dies öffentlich zu erklären und eine Kampagne für den Sturz oder die Neuwahl dieser untauglichen Vertretung zu entfalten. Ja, ihr habt diese Kampagne sogar geführt, und nur, als ihr einigemal einige Mißerfolge hinnehmen mußtet, zogt ihr es vor, euch zu beklagen und zu jammern. Wenn ihr schon die Frage eines Parteitags oder einer Konferenz der Bolschewiki aufgeworfen habt, werte Genossen Maximow und Nikolajew, warum habt ihr dann nicht der Öffentlichkeit erzählt, daß Gen. „Jer“ bereits vor einigen

Monaten im Moskauer Komitee einen Resolutionsentwurf eingebracht hat, der ein Mißtrauensvotum gegen den „Proletari“ und eine Konferenz der Bolschewiki für die Wahl eines neuen ideologischen Zentrums der Bolschewiki zum Gegenstand hatte?

Warum habt ihr das verschwiegen, oh, ihr ganz zu Unrecht Entfernten?

Warum habt ihr verschwiegen, daß die Resolution von „Jer“ mit allen Stimmen gegen seine eigene abgelehnt wurde?

Warum habt ihr verschwiegen, daß im Herbst 1908 in der gesamten Petersburger Organisation, von oben bis unten, der Kampf um die Plattformen der beiden Strömungen im Bolschewismus, der Otsowisten und der Gegner des Otsowismus, entbrannte, wobei die Otsowisten eine Niederlage erlitten?

Maximow und Nikolajew wollen den Leuten etwas vorjammern, weil sie in Rußland wiederholt Niederlagen erlitten haben. „Jer“ wie auch die Petersburger Otsowisten hätten das Recht gehabt, ohne eine Konferenz abzuwarten und ohne ihre Plattformen vor der ganzen Partei zu *veröffentlichen*, den Kampf gegen den Bolschewismus von oben bis unten zu führen.

Aber die Redaktion des „Proletari“, die im Juni 1908 dem Otsowismus den offenen Krieg erklärte, hätte nach einem Jahr des Kampfes, der Diskussionen, der Spannungen, Konflikte usw., nach Einladung von drei Gebietsdelegierten aus Rußland und einigen russischen Mitgliedern der erweiterten Redaktion, die an keinem im Ausland stattgefundenen Zusammenstoß beteiligt waren, nicht das Recht, zu erklären, *was ist*, zu erklären, daß sich Maximow von ihr abgespalten hat, zu erklären, daß der Bolschewismus mit dem Otsowismus, dem Ultimatismus und dem Gottbildnertum nichts gemein hat?

Unterlaßt die Heuchelei, meine Herren! Ihr habt dort gekämpft, wo ihr euch für besonders stark hielten, und habt eine Niederlage erlitten. Ihr habt entgegen dem Beschluß des offiziellen Zentrums der Bolschewiki und ohne eine besondere Konferenz abzuwarten den Otsowismus unter die Massen getragen. Und jetzt beginnt ihr, zu jammern und euch zu beklagen, weil sich herausstellte, daß ihr in der erweiterten Redaktion, auf der Beratung unter Teilnahme von Delegierten der Gebiete in einer lächerlichen, verschwindenden Minderheit wart!

Wir haben es hier wiederum mit einer reinen „Rabotscheje-Delo“-Methode der im Ausland Lebenden zu tun: in „Demokratie“ machen, wenn die Bedingungen für die volle Demokratie nicht gegeben sind, auf die Entfaltung jeder Art von Unzufriedenheit mit dem „Ausland“ spekulieren und gleichzeitig vom gleichen Ausland aus seine otsowistisch-gottbildnerische Propaganda (vermittels der „Schule“) führen, die Spaltung unter den Bolschewiki anzetteln und dann die Spaltung beweinen, seine Fraktion organisieren (unter dem Deckmantel der „Schule“) und über die „spalterische“ Politik des „Proletari“ heuchlerisch Tränen vergießen.

Nein, genug nun dieser Intrigen! Eine Fraktion ist eine freie Vereinigung *Gleichgesinnter* innerhalb der Partei, und nach dem länger als ein Jahr währenden Kampf, dem Kampf sowohl in Rußland als auch im Ausland, hatten wir das volle Recht, waren wir verpflichtet, eine entschiedene Schlußfolgerung zu ziehen. Und wir haben sie gezogen. Ihr habt das volle Recht, dagegen zu kämpfen, eure eigene Plattform aufzustellen, für sie die Mehrheit zu erringen. Wenn ihr das nicht tut, wenn ihr statt eines offenen Bündnisses mit den Otsowisten und der Aufstellung einer gemeinsamen Plattform weiterhin Versteck spielt und mit einem billigen ausländischen „Demokratismus“ spekuliert, dann erhaltet ihr als Antwort nur die euch gebührende Verachtung.

Ihr spielt ein doppeltes Spiel. Einerseits erklärt ihr, daß der „Proletari“ bereits ein ganzes Jahr lang „durchweg“ eine nichtbolschewistische Linie vertritt (und eure Anhänger in Rußland haben *nicht nur einmal* versucht, diese Ansichten in den Resolutionen des Petersburger und des Moskauer Komitees durchzubringen). Andererseits beweint ihr die Spaltung und lehnt es ab, das „Entfernen“ anzuerkennen. Einerseits geht ihr *in der Tat* in allem Hand in Hand mit den Otsowisten und Gottbildnern, andererseits sagt ihr euch von ihnen los und spielt die Versöhner, die die Bolschewiki mit den Otsowisten und Gottbildnern aussöhnen möchten.

„Laßt alle Hoffnung fahren“! Ihr könnt die Mehrheit erringen. Ihr könnt unter dem unreifen Teil der Bolschewiki beliebige Siege erringen. Wir gehen auf keine Versöhnung ein. Organisiert eure Fraktion, richtiger: fährt fort, sie zu organisieren, wie ihr dies bereits begonnen habt, aber betrügt nicht die Partei, betrügt nicht die Bolschewiki! Keinerlei Konferenzen, keinerlei Parteitage in der Welt werden jetzt die Bolschewiki mit den Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildnern aussöhnen. Wir haben gesagt,

und wir wiederholen es noch einmal: Jeder bolschewistische Sozialdemokrat und jeder klassenbewußte Arbeiter muß eine entschiedene und endgültige Wahl treffen.

VI

Die neue Fraktion, die ihre ideologische Verwandtschaft bemänteln will und sich scheut, ihre wirkliche Plattform zu entwickeln, bemüht sich, den Mangel in ihrem ideologischen Gepäck durch die Entlehnung von *Worten* aus dem Gepäck der alten Spaltungen zu ergänzen. Der „neue ‚Proletari‘“, die „Linie des neuen ‚Proletari‘“, zetern Maximow und Nikolajew, den alten Kampf gegen die neue „Iskra“ nachahmend.

Eine Methode, geeignet, manch einen politischen Säugling zu betören.

Aber selbst die alten Worte könnt ihr ja nicht richtig wiederholen, meine Herren. Das „Salz“ der Losung „gegen die neue ‚Iskra‘“ bestand darin, daß die Menschewiki, nachdem die „Iskra“ in ihre Hände geraten war, selbst eine neue Linie einschlagen *mußten*, während der Parteitag (II. Parteitag der SDAPR im Jahre 1903) gerade die Linie der alten „Iskra“ gebilligt hatte. Das „Salz“ bestand darin, daß die Menschewiki (durch den Mund Trotzki's 1903/1904) verkünden mußten: zwischen der alten und der neuen „Iskra“ liegt ein Abgrund. Und bis heute bemühen sich Potressow und Co., die „Spuren“ jener Epoche von sich abzustreifen, als die alte „Iskra“ sie führte.

Der „Proletari“ erscheint jetzt mit seiner 47. Nummer. Genau vor drei Jahren, im August 1906, erschien die erste Nummer. In dieser *ersten* Nummer des „Proletari“, datiert vom 21. August 1906, finden wir den *redaktionellen* Artikel „Über den Boykott“, und in diesem Artikel lesen wir schwarz auf weiß: „Eben jetzt ist eine Zeit gekommen, wo die revolutionären Sozialdemokraten aufhören müssen, Boykottisten zu sein.“* Seit dieser Zeit ist keine einzige Nummer des „Proletari“ erschienen, in der *auch nur eine Zeile* zugunsten des „Boykottismus“ (nach 1906), des Otsowismus und des Ultimatismus geschrieben worden wäre, keine einzige Nummer, in der diese *Karikatur auf den Bolschewismus* nicht widerlegt worden wäre. Und jetzt steigen die Karikaturen auf die Bolschewiki auf Stelzen und sind bemüht, sich mit den Leuten zu vergleichen, die *zuerst* die dreijährige Kampagne der alten „Iskra“ führten und deren

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 131. *Die Red.*

Linie mit dem II. Parteitag festigten, *danach* aber zeigten, daß die neue „Iskra“ eine Kehrtwendung vollführte!

„Ehemaliger Redakteur der populären Arbeiterzeitung „Wperjod“ – unterzeichnet jetzt Gen. Maximow, der den Leser daran erinnern möchte, daß ja die „Gänse Rom gerettet haben“. Ihr Verhältnis zur Linie des „Wperjod“²³ – antworten wir Maximow auf diese Erinnerung – ist völlig das gleiche wie das Verhältnis Potressows zur alten „Iskra“. Potressow war deren Redakteur, aber nicht er führte die alte „Iskra“, sondern die alte „Iskra“ führte ihn. Sowie er die Linie ändern wollte, wandten sich die Anhänger der alten „Iskra“ von ihm ab. Und jetzt bemüht sich sogar Potressow selbst aus Leibeskräften, um sich von der „Jugendsünde“, von der Teilnahme an der Redaktion der alten „Iskra“, reinzuwaschen.

Nicht Maximow führte den „Wperjod“, sondern der „Wperjod“ führte Maximow. Beweis: die Boykottbewegung gegen die III. Duma, zu deren Gunsten der „Wperjod“ *kein einziges* Wort geäußert hat und auch nicht äußern konnte. Maximow handelte sehr klug und richtig, als er sich vom „Wperjod“ führen ließ. Jetzt hat Maximow begonnen, eine solche *Linie* auszuklügeln (oder, das bleibt sich gleich, den Otsowisten zu helfen, diese auszuklügeln), die ihn unweigerlich, wie auch Potressow, in den Sumpf führt.

Merken Sie sich das, Gen. Maximow: als Vergleichsgrundlage muß die Gesamtheit einer politisch-ideologischen Richtung genommen werden, nicht aber „Worte“, „Losungen“, die irgendwer *einpaukt*, ohne ihren Sinn zu erfassen. Der Bolschewismus bestimmte im Laufe von drei Jahren, 1900–1903, die Linie der alten „Iskra“ und nahm als in sich geschlossene Richtung den Kampf gegen den Menschewismus auf. Die Menschewiki haben lange ein für sie neues Bündnis gepflegt, das Bündnis mit den Gegnern der „Iskra“, mit den Leuten vom „Rabotscheje Delo“, bevor sie Potressow an Prokopowitsch abgaben (ja, und etwa Potressow allein?). Der Bolschewismus bestimmte die Linie des *alten* „Proletari“ (1906–1909) im Geiste des entschiedenen Kampfes gegen den „Boykottismus“ usw. und nahm als in sich geschlossene Richtung den Kampf gegen die Leute auf, die jetzt den „Otsowismus“, den „Ultimatismus“, das „Gottbildnertum“ u. dgl. m. auszuklügeln. Die Menschewiki wollten die alte „Iskra“ im Sinne Martynows und der Ökonomen korrigieren und haben sich daran das Genick gebrochen. Sie wollen den alten „Proletari“ im Sinne von „Jer“,

im Sinne der Otsowisten und Gottbildner korrigieren – auch Sie werden sich daran das Genick brechen.

Und die „Wende zu Plechanow“? – triumphiert Maximow. Und die Bildung der „neuen Fraktion des Zentrums“? Unser „Auch-Bolschewik“ erklärt für „Diplomatie“, wenn „verneint“ wird, daß angeblich eine „Verwirklichung der Idee des ‚Zentrums‘ beabsichtigt ist“!

Dieses Gezeter Maximows gegen die „Diplomatie“ und gegen die „Vereinigung mit Plechanow“ ist nur wert, daß man darüber lacht. Die Karikaturen auf die Bolschewiki bleiben sich auch hier treu: sie haben sich fest *ingeprägt*, daß Plechanow in den Jahren 1906/1907 eine erzopportunistische Politik verfolgte. Und sie glauben, wenn sie dies des öfteren wiederkauen, ohne die sich vollziehenden Veränderungen zu beachten, das sei im Höchstmaß „revolutionär“.

In Wirklichkeit haben die „Diplomaten“ des „Proletari“ seit dem Londoner Parteitag jederzeit offen eine Politik des Parteiprinzips gegen die karikierten Übertreibungen des Fraktionswesens, eine Politik der Verteidigung des Marxismus gegen die Kritik an ihm betrieben und durchgesetzt. Und die jetzige Ursache des Gezeters Maximows ist doppelter Art: einerseits gab es seit dem Londoner Parteitag immer einzelne Bolschewiki (Beispiel: Alexinski), die hartnäckig behaupteten, daß die Linie des Bolschewismus durch die Linie des „Versöhnlertums“, durch eine „polnisch-lettische“ Linie u. a. m. ersetzt worden sei. Selten nahmen die Bolschewiki diese völlig lächerlichen Reden ernst, die lediglich von der Starrheit des Denkens zeugen. Andererseits sah jene Literatenkompanei, zu der Maximow gehört und die immer nur mit einer Seite zur Sozialdemokratie paßte, lange Zeit hindurch in Plechanow den Hauptfeind ihrer gottbildnerischen und anderen Tendenzen. Nichts ist für diese Gruppe schrecklicher als Plechanow. Nichts zerstörte *ihre* Hoffnungen, der Arbeiterpartei ihre Ideen aufzupropfen, in größerem Maße, als die „Vereinigung mit Plechanow“.

Nun also diese zweierlei Elemente: das starre Fraktionswesen, das die Aufgaben der bolschewistischen Fraktion bei der Schaffung der Partei nicht begreift, und die Literatenzirkelemente der Gottbildner sowie derer, die das Gottbildnertum decken – sie haben sich jetzt zusammengeschlossen auf der „Plattform“: gegen die „Vereinigung mit Plechanow“, gegen die „versöhnlerische“, „polnisch-lettische“ Linie des „Proletari“ u. dgl. m.

Die jetzt erschienene Nr. 9 des „Dnewnik“ Plechanows entbindet uns der Notwendigkeit, dem Leser besonders eingehend den ganzen karikaturhaften Charakter dieser „Plattform“ der Karikaturen auf die Bolschewiki zu erläutern. Plechanow hat das Liquidatorentum im „Golos Sozial-Demokrata“ und die Diplomatie seiner Redakteure entlarvt und erklärt, daß es für ihn „keine Gemeinsamkeit“ mit Potressow gibt, der aufgehört hat, ein Revolutionär zu sein. Jedem Sozialdemokraten ist es nunmehr klar, daß die menschewistischen Arbeiter mit Plechanow gegen Potressow gehen werden. Jedem ist klar, daß die Spaltung innerhalb der Menschewiki die Linie der Bolschewiki bestätigt. Jedem ist klar, daß Plechanows Proklamierung der Parteilinie gegen das Spaltertum der Liquidatoren einen *gewaltigen* Sieg des Bolschewismus bedeutet, der jetzt die führende Rolle in der Partei innehat.

Diesen gewaltigen Sieg hat der Bolschewismus deshalb errungen, weil er seine Parteipolitik *ungeachtet* des Gezeters der „linken“ Minderjährigen und der gottbildnerischen Literaten verfolgte. Nur diese Leute sind imstande, eine Annäherung an jenen Plechanow zu fürchten, der die Potressowleute entlarvt und aus der Arbeiterpartei verjagt. Nur im faulen Sumpf eines gottbildnerischen Zirkels oder der Helden eingelernter Phrasen kann die „Plattform“ Erfolg haben: „Gegen die Vereinigung mit Plechanow“, das heißt gegen die Annäherung an die parteitreuen Menschewiki zum Kampf gegen das Liquidatorentum, gegen die Annäherung an die orthodoxen Marxisten (das ist für die Jeroginsche Literatenkumpanei nicht vorteilhaft); gegen eine weitere Gewinnung der Partei für eine revolutionäre, sozialdemokratische Politik und Taktik.

Wir Bolschewiki können auf große Erfolge hinsichtlich einer solchen Gewinnung verweisen. Rosa Luxemburg und Karl Kautsky – Sozialdemokraten, die des öfteren für die Russen schrieben und insofern Einblick in unsere Partei hatten – wurden von uns ideologisch gewonnen, obwohl zu Beginn der Spaltung (1903) alle ihre Sympathien auf seiten der Menschewiki waren. Sie wurden gewonnen, weil die Bolschewiki unnachsichtig gegen eine „Kritik“ am Marxismus auftraten, weil die Bolschewiki nicht den Buchstaben *ihrer*, unbedingt *ihrer* fraktionellen Theorie verfochten, sondern den allgemeinen Geist und Sinn der revolutionär-sozialdemokratischen Taktik. Wir werden auch in Zukunft den gleichen Weg gehen, einen noch unversöhnlicheren Kampf führen gegen den haarspalterischen

Unsinn und das verantwortungslose Spiel mit eingelernten Phrasen, gegen den theoretischen Revisionismus des gottbildnerischen Literatenzirkels.

Bei den russischen Sozialdemokraten haben sich jetzt völlig klar zwei liquidatorische Strömungen abgezeichnet: die Potressowsche und die Maximowsche. Potressow muß die sozialdemokratische Partei fürchten, denn eine Durchsetzung *seiner* Linie in der Partei ist von nun an aussichtslos. Maximow muß die sozialdemokratische Partei fürchten, denn eine Durchsetzung *seiner* Linie in der Partei ist jetzt aussichtslos. Der eine wie der andere wird auf jede Art und Weise die Machenschaften der besonderen Literatenzirkel mit ihren spezifischen Formen des Revisionismus im Marxismus unterstützen und bemänteln. Der eine wie der andere wird sich, wie an einen letzten Hoffnungsschimmer, an die Bewahrung des Geistes des Zirkelwesens gegen die Parteiprinzipien klammern, denn Potressow kann noch hin und wieder in der auserlesenen Gesellschaft verknocheter Menschewiki siegen, Maximow können noch hin und wieder auserlesen verknocherte Zirkel von Bolschewiki mit Lorbeeren krönen; aber weder der eine noch der andere wird jemals einen festen Platz unter den Marxisten oder in einer wirklich sozialdemokratischen Arbeiterpartei einnehmen. Beide verkörpern zwei entgegengesetzte, sich jedoch gegenseitig ergänzende, gleichermaßen beschränkte, kleinbürgerliche Tendenzen in der Sozialdemokratie.

VII

Wir haben gezeigt, wie der Stab der neuen Fraktion aussieht. Woraus kann sich ihre Armee rekrutieren? Aus bürgerlich-demokratischen Elementen, die in der Zeit der Revolution zur Arbeiterpartei stießen. Das Proletariat rekrutiert sich immer und überall aus dem Kleinbürgertum, ist immer und überall mit ihm durch Tausende von Übergangsstufen, Berührungsfächen und Nuancen verbunden. Wenn die Arbeiterpartei besonders schnell wächst (wie dies bei uns in den Jahren 1905/1906 der Fall war), ist es unvermeidlich, daß zahlreiche, von kleinbürgerlichem Geist durchdrungene Elemente in die Partei eindringen. Und daran ist nichts Schlimmes. Die historische Aufgabe des Proletariats besteht darin, alle Elemente der alten Gesellschaft, die diese in Gestalt der aus dem

Kleinbürgertum stammenden Menschen dem Proletariat hinterläßt, zu verdauen, umzumodeln und umzuerziehen. Dazu ist jedoch erforderlich, daß das Proletariat diese Menschen umerzieht, daß das Proletariat auf sie Einfluß bekommt, nicht aber sie auf das Proletariat. Sehr viele „Sozialdemokraten aus den Tagen der Freiheit“, die in den Tagen der Begeisterung, des Feierns, in den Tagen der effektvollen Losungen, in den Tagen der Siege des Proletariats, die selbst die rein bürgerliche Intelligenz berauschten, zu Sozialdemokraten wurden, begannen dann *ernsthaft* zu lernen, den Marxismus zu studieren, die konsequente proletarische Arbeit zu erlernen – sie werden immer Sozialdemokraten und Marxisten bleiben. Andere haben es nicht geschafft oder nicht verstanden, von der proletarischen Partei etwas zu übernehmen, außer einigen eingelernten Worten, eingepackten „effektvollen“ Losungen, einigen Phrasen über „Boykottismus“, „Kampfaktionen“ u. a. m. Als diese Elemente auf den Gedanken kamen, ihre „Theorien“, ihre Weltanschauung, d. h. ihre Beschränktheit der Arbeiterpartei aufzuzwingen, wurde der Bruch mit ihnen unvermeidlich.

Das Schicksal der Anhänger des Boykotts der III. Duma zeigt an einem anschaulichen Beispiel ausgezeichnet den Unterschied zwischen den einen und den anderen Elementen.

Die Mehrheit der Bolschewiki, die ehrlich von dem Willen zum un-mittelbaren und unverzüglichen Kampf gegen die Helden des 3. Juni hingerissen war, neigte zum Boykott der III. Duma, vermochte jedoch sehr schnell mit der neuen Lage fertig zu werden. Sie plapperten nicht eingelernte Worte nach, sondern studierten aufmerksam die neuen historischen Bedingungen, überlegten, warum das Leben so und nicht anders verläuft, arbeiteten mit dem Kopf und nicht nur mit der Zunge, sie leisteten eine ernsthafte und konsequente proletarische Arbeit, und sie begriffen sehr schnell die ganze Dummheit, die ganze Armseligkeit des „Otsowismus“. Die anderen klammerten sich ans Wort, begannen aus unverdauten Worten „ihre Linie“ zusammenzubauen, schrien: „Boykottismus, Otsowismus, Ultimatismus“. Sie begannen durch dieses Ge-zeter die proletarisch-revolutionäre Arbeit zu ersetzen, die von den gegebenen historischen Bedingungen vorgezeichnet ist, begannen eine neue Fraktion aus allen möglichen unreifen Elementen des Bolschewismus zu formieren. Viel Glück auf den Weg, Verehrteste! Wir haben alles getan,

was wir konnten, um euch den Marxismus und die sozialdemokratische Arbeit zu lehren. Wir erklären jetzt den Liquidatoren von rechts wie den Liquidatoren von links, die die Arbeiterpartei durch theoretischen Revisionismus und kleinbürgerliche Methoden der Politik und Taktik demoralisieren, den ganz entschiedenen und unversöhnlichen Krieg.

*Beilage zu Nr. 47/48
des „Proletari“,
11. (24.) September 1909.*

*Nach dem Text der Beilage
zum „Proletari“.*

NOCH EINMAL UBER PARTEILICHKEIT UND PARTEILOSIGKEIT

Die Frage der parteilichen und parteilosen, der notwendigen und „un-nötigen“ Kandidaturen ist zweifellos bei den gegenwärtigen Wahlen zur Duma eine der wichtigsten Fragen – wenn nicht die wichtigste. Vor allem und überhaupt müssen sich die Wähler und die breiten Massen, die die Wahlen verfolgen, darüber im klaren sein, *weshalb* die Wahlen notwendig sind, *welche* Aufgabe vor dem Dumaabgeordneten steht, *welches* die Taktik des Petersburger Abgeordneten in der III. Duma sein muß. Aber eine wirklich vollständige und genaue Antwort auf all diese Fragen kann man sich nur unter dem Aspekt der Parteilichkeit der gesamten Wahlkampagne geben.

Für diejenigen, die in den Wahlen die Interessen der wirklich breiten und breitesten Massen der Bevölkerung vertreten wollen, tritt an erste Stelle die Aufgabe, das politische Bewußtsein der Massen zu entwickeln. In untrennbarem Zusammenhang mit der Entwicklung dieses Bewußtseins bildet sich klarer die Gruppierung der Massen heraus, die den tatsächlichen Interessen dieser oder jener Bevölkerungsklassen entspricht. Jede Parteilosigkeit bedeutet immer, selbst in ausgesprochen erfolgreichen Fällen, Unklarheit und Unentwickeltheit des politischen Bewußtseins des Kandidaten wie der diesen unterstützenden Gruppe oder der diesen unterstützenden Parteien und der an seiner Wahl beteiligten Masse.

Für alle Parteien ohne strengen Aufbau, die in den Wahlen die Aufgabe verfolgen, die Interessen dieser oder jener kleinen Gruppen der besitzenden Bevölkerungsschichten zu befriedigen, rückt die Entwicklung des politischen Bewußtseins der Massen immer in den Hintergrund, und die Klarheit der klassenmäßigen Gruppierung der Massen wird fast immer als

unerwünscht und gefährlich angesehen. Für diejenigen, die die bürgerlichen Parteien nicht verteidigen wollen, steht die Klarheit des politischen Bewußtseins und die Klarheit der klassenmäßigen Gruppierung höher als alles andere. Dies schließt natürlich ein zeitweiliges gemeinsames Handeln der verschiedenartigen Parteien unter gewissen besonderen Bedingungen nicht aus, aber dies schließt natürlich jegliche Parteilosigkeit und jegliche Abschwächung oder Vertuschung der Parteilichkeit aus.

Doch gerade deshalb, weil wir die Parteilichkeit prinzipiell im Interesse der breiten Massen verfechten, im Interesse ihrer Befreiung von jeglichen bürgerlichen Einflüssen, im Interesse der vollen und vollsten Klarheit der klassenmäßigen Gruppierungen, gerade deshalb müssen wir alle unsere Kräfte einsetzen und strengstens darauf achten, daß die Parteilichkeit *nicht nur ein Wort, sondern Tat* ist.

Der parteilose Kandidat Kusmin-Karawajew, der bereits den Spitznamen „unnötiger“ Kandidat erhielt, legt dar, daß es bei den Wahlen in Petersburg keine Parteikandidaten im strengen Sinne des Wortes gibt. Diese Ansicht ist so falsch, daß es sich nicht lohnt, bei ihrer Widerlegung zu verweilen. Daran zu zweifeln, daß die Kandidaturen von Kutler und N. D. Sokolow Parteikandidaturen sind, ist unmöglich. Kusmin-Karawajew hat zum Teil der Umstand verwirrt, daß es bei den zwei Parteien, die die eine und die andere Kandidatur aufgestellt haben, kein völlig offenes Parteileben gibt. Dieser Umstand erschwert zwar eine parteimäßige Führung der Wahlen, hebt aber nicht die Notwendigkeit dieser Führung auf. *Solchen* Schwierigkeiten nachzugeben, vor ihnen zu kapitulieren, ist genau das gleiche, wie dem Wunsch des Herrn Stolypin zu willfahren, aus dem Munde der „Opposition“ (Scheinopposition) die Bestätigung seiner „Verfassungsmäßigkeit“ zu hören.

Für die an den Petersburger Wahlen teilnehmende Masse ist es jetzt besonders wichtig zu prüfen, *welche* Parteien vor diesen Schwierigkeiten *kapituliert* und welche ihr Programm wie ihre Losungen uneingeschränkt aufrechterhalten haben; welche Parteien versuchten, sich dem reaktionären Regime in dem Sinne „anzupassen“, daß sie ihre Tätigkeit in der Duma, ihre Presse und ihre Organisation auf den Rahmen dieses Regimes zuschnitten, beschränkten, und welche sich in dem Sinne angepaßt haben, daß sie einige Formen ihrer Tätigkeit veränderten, keineswegs aber in dem Sinne, daß sie ihre Losungen in der Duma beschnitten, keineswegs in

dem Sinne, daß sie ihre Presse, ihre Organisationen usw. auf den Rahmen dieses Regimes beschränkten. Eine solche allseitige, auf der Geschichte der Parteien, auf den Fakten ihrer Tätigkeit in und außerhalb der Duma fußende Prüfung bildet den Hauptinhalt der Wahlkampagne. Die Massen müssen sich in der neuen, für die Demokratie schwierigeren Situation noch einmal mit den Parteien bekannt machen, die Anspruch darauf erheben, als demokratisch bezeichnet zu werden. Die Massen müssen sich immer und immer wieder bekannt machen mit den Unterschieden zwischen der bürgerlichen Demokratie und derjenigen, von der diesmal N. D. Sokolow aufgestellt wurde, mit den Unterschieden in den Weltanschauungen der Parteien, ihren Endzielen, ihrer Stellung zu der Aufgabe der großen internationalen Befreiungsbewegung, ihrer Fähigkeit, die Ideale und Wege der Befreiungsbewegung in Rußland zu verfechten. Die Massen müssen aus dieser Wahlkampagne enger mit der Partei verbunden hervorgehen, klarer die Interessen, Aufgaben, Losungen, Standpunkte und Handlungsweisen der verschiedenen Klassen erkennen – das ist das unzerstörbare Resultat, das die von N. D. Sokolow vertretene politische Richtung höher als alles andere schätzt und das sie in ganz beharrlicher, standhafter, diszipliniertes und allseitiger Arbeit erreichen wird.

„Nowy Den“ Nr. 9,
14. (27.) September 1909.
Unterschrift: Wl. Iljin.

Nach dem Text des
„Nowy Den“.

GESPRÄCH MIT DEN PETERSBURGER BOLSCHEWIKI

Wenn die vorliegende Nummer des „Proletari“ in Rußland ankommt, wird die Wahlkampagne in Sankt Petersburg bereits abgeschlossen sein. Jetzt ist es daher ganz angebracht, mit den Petersburger Bolschewiki – sowie mit allen russischen Sozialdemokraten – über den Kampf gegen die Ultimativisten zu sprechen, der während der Wahlen in St. Petersburg beinahe bis zur völligen Spaltung führte und dem gewaltige Bedeutung für die gesamte sozialdemokratische Arbeiterpartei in Rußland zukommt.

Vor allem sollen vier Etappen dieses Kampfes klar herausgearbeitet werden, und dann gehen wir ausführlich auf die Bedeutung des Kampfes sowie auf bestimmte Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und einem Teil der Petersburger Bolschewiki ein. Diese vier Etappen sind folgende: 1. Auf der im Ausland abgehaltenen Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“ wurde die Stellung der Bolschewiki zum Otsowismus und Ultimativismus endgültig bestimmt sowie die Abspaltung des Gen. Maximow konstatiert (Nr. 46 des „Proletari“ und Beilage*). 2. In einer Flugschrift, die ebenfalls im Ausland unter dem Titel „Bericht der aus der erweiterten Redaktion des ‚Proletari‘ entfernten Mitglieder an die Genossen Bolschewiki“ gedruckt und verbreitet wurde, legen die Genossen Maximow und Nikolajew (bedingt und teilweise unterstützt von den Genossen Marat und Domowoi) ihre Auffassungen von der Linie des „Proletari“ als einer „menschewistischen“ Linie usw. dar und verteidigen ihren Ultimativismus. Eine Analyse dieser Flugschrift wurde in der Sonderbeilage zu Nr. 47/48 des „Proletari“** gegeben. 3. Gleich zu Beginn der Wahlkampagne in St. Petersburg nahm die Exekutivkommission des Petersburger Komitees unserer Partei eine ultimativistische Resolution zu den

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 429–438; 445–463. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 16–50. *Die Red.*

Wahlen an. Der Wortlaut dieser Resolution wird weiter unten angeführt. 4. Die Annahme dieser Resolution ruft in den Parteikreisen der Petersburger Bolschewiki einen wahren Sturm hervor. Der Sturm kommt, wenn man es so ausdrücken darf, sowohl von oben als auch von unten. „Von oben“ sind es Entrüstung und Proteste von den Vertretern des Zentralkomitees und von den Mitgliedern der erweiterten Redaktion des „Proletari“. „Von unten“ ist es die Einberufung einer inoffiziellen Beratung sozialdemokratischer Arbeiter und Funktionäre von Petersburger Bezirken. Die Beratung nahm eine Resolution an (Wortlaut weiter unten), worin sie sich mit der Redaktion des „Proletari“ solidarisch erklärt, verurteilt jedoch scharf die „spalterischen Schritte“ sowohl dieser Redaktion als auch der Otsowisten-Ultimatisten. Dann wurde eine neue Versammlung des St.-Petersburger Komitees sowie der Exekutivkommission einberufen und die ultimatistische Resolution *aufgehoben*. Angenommen wurde eine neue Resolution im Geiste der Linie des „Proletari“. Der Wortlaut dieser Resolution ist vollständig in der Chronikrubrik der vorliegenden Nummer angeführt.

Das ist im wesentlichen der Verlauf der Ereignisse. Die Bedeutung des ominösen „Ultimatismus“ in unserer Partei ist nunmehr mit aller Deutlichkeit *in der Praxis* beleuchtet worden, und alle russischen Sozialdemokraten müssen aufmerksam die strittigen Fragen studieren. Weiter, die Verurteilung unserer „spalterischen“ Linie durch einen Teil unserer Gesinnungsgenossen in Petersburg gibt uns willkommenen Anlaß, uns mit allen Bolschewiki auch in dieser wichtigen Frage bis zu Ende *auseinanderzusetzen*. Sich jetzt bis zu Ende „auseinanderzusetzen“ ist besser, als bei jedem Schritt in der praktischen Arbeit neue Meinungsverschiedenheiten und „Mißverständnisse“ hervorzurufen.

Rekonstruieren wir vor allem *genau*, welche Stellung wir in der Frage der Spaltung unmittelbar nach der Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“ eingenommen haben. In der „Mitteilung“ über diese Beratung (Beilage zu Nr. 46 des „Proletari“*) wird von Anfang an gesagt, daß der Ultimatismus als Richtung, die der sozialdemokratischen Dumafraktion ein Ultimatum zu stellen vorschlägt, zwischen dem Otsowismus und dem Bolschewismus schwankt. Einer unserer Ultimatisten im Ausland – so wird in der Mitteilung gesagt – „gebe zu, daß sich in der letzten

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 429–438. *Die Red.*

Zeit die Arbeit der sozialdemokratischen Dumafraktion bedeutend verbessert habe und daß er nicht daran denke, ihr jetzt, unverzüglich, ein Ultimatum zu stellen“.

„Mit solchen Ultimatismen“, fährt die „Mitteilung“ wörtlich fort, „läßt sich natürlich innerhalb einer Fraktion zusammenleben . . . Hinsichtlich solcher ultimativ gesinnten Bolschewiki kann also von Spaltung keine Rede sein.“ Es wäre lächerlich, davon auch nur zu sprechen.

Weiter, auf der zweiten Seite der „Mitteilung“ lesen wir:

„Jene örtlichen Funktionäre, die die Resolutionen der Beratung als Aufruf auffassen würden, alle otzowistisch gesinnten Arbeiter aus den Organisationen zu verjagen oder darüber hinaus die Organisationen dort, wo es otzowistische Elemente gibt, unverzüglich zu spalten, würden einen schweren Fehler begehen. Wir warnen alle örtlichen Funktionäre vor solchen Schritten ganz entschieden.“

Man sollte meinen, deutlicher geht es nicht. Die Abspaltung des Gen. Maximow, der sich weigert, sich den Resolutionen der Beratung unterzuordnen, ist unvermeidlich. Den Bruch mit den schwankenden, noch ungeschlüssigen otzowistisch-ultimativistischen Elementen haben wir nicht nur nicht propagiert, sondern wir haben entschieden vor einem solchen Bruch gewarnt.

Betrachten wir nun die zweite Etappe des Kampfes. Die Genossen Maximow und Co. veröffentlichen im Ausland eine Flugschrift, in der man uns einerseits der Spaltung bezichtigt, andererseits aber die Linie des neuen „Proletari“ (der angeblich am alten „Proletari“, am alten Bolschewismus Verrat geübt hat) als menschwistisch, „dumafreundlich“ usw. erklärt. Ist es nicht lächerlich, sich über die Spaltung der Fraktion, d. h. einer Vereinigung von Gleichgesinnten innerhalb der Partei, zu beklagen, wenn man selbst das Fehlen der Gesinnungsgleichheit zugibt? Ihren Ultimatismus verfechtend, schrieben die Genossen Maximow und Co. in ihrer Flugschrift, daß „die Partei dann“ (d. h. unter den Bedingungen der wütenden und immer stärker werdenden Reaktion, die für die gegenwärtige Periode kennzeichnend sind) „keine großangelegte und effektvolle Wahlkampagne unternehmen, dann keine ihrer würdige parlamentarische Vertretung erhalten kann“ – daß „dann die Nützlichkeit einer Teilnahme an einer pseudoparlamentarischen Institution zweifelhaft und umstritten sein wird“ –, daß der „Proletari“ „dem Wesen“ der Sache nach „auf den menschwistischen Standpunkt des Parlamenta-

rismus um jeden Preis übergeht". Diese Phrasen werden von einer verschwommenen Verteidigung des Otsowismus („die Otsowisten haben sich niemals [!!!] im Sinne des Antiparlamentarismus überhaupt ausgesprochen“) und von einer verschwommenen Absage an ihn begleitet (wir sind doch keine Otsowisten; die Partei soll jetzt nicht die sozialdemokratische Dumafraktion auflösen; „die Partei soll“ „entscheiden, ob nicht letzten Endes dieses ganze Unternehmen – die Teilnahme an der III. Duma – für sie unvorteilhaft war“, als ob die Partei diese Frage noch nicht entschieden hätte!).

Diese Verschwommenheit von Maximow und Co. hat viele getäuscht und täuscht sie noch; man sagt: nun, welchen Schaden können denn der Partei oder auch der Fraktion Leute zufügen, die sich nicht im geringsten weigern, die Parteibeschlüsse durchzuführen, und die nur vorsichtig ihre etwas andere Einschätzung der Taktik verfechten?

Eine derartige Auffassung von der Propaganda Maximows und Co. ist unter den vertrauensseligen Menschen stark verbreitet, die Worte für bare Münze nehmen und die konkrete politische Bedeutung der verschwommenen, vorsichtigen, diplomatischen Phrasen unter den Bedingungen der gegenwärtigen Lage der Partei nicht berücksichtigen. Diese Leute haben jetzt eine vortreffliche Lehre erteilt bekommen.

Die Flugschrift Maximows und Co. ist vom 3./16. Juli 1909 datiert. Im August nahm die Exekutivkommission des St.-Petersburger Komitees mit drei ultimativistischen Stimmen gegen zwei Stimmen folgende Resolution zu der bevorstehenden (nunmehr bereits abgeschlossenen) Wahlkampagne in Petersburg an:

„Die Exekutivkommission hat zur Frage der Wahlen beschlossen: Ohne der Reichsduma und unserer Dumafraktion besonders große Bedeutung beizumessen, lassen wir uns jedoch von den allgemeinen Parteibeschlüssen leiten und werden die Wahlen durchführen, wobei nicht alle vorhandenen Kräfte aufgewandt, sondern lediglich eigene Kandidaten zum Auffangen der sozialdemokratischen Stimmen aufgestellt werden. Es wird eine Wahlkommission gebildet, die durch einen Vertreter der Exekutivkommission des Petersburger Komitees unterstellt wird.“

Möge der Leser diese Resolution mit der im Ausland veröffentlichten Flugschrift Maximows vergleichen. Der Vergleich dieser beiden Dokumente ist das beste und wirksamste Mittel, um der Öffentlichkeit die

Augen über die *wahre* Bedeutung der Auslandsgruppe Maximows zu öffnen. Diese Resolution spricht genau wie die Flugschrift Maximows von der Unterordnung unter die Partei und verfißt genau wie Maximow *prinzipiell* den Ultimatismus. Wir wollen keineswegs sagen, daß die Petersburger Ultimaten sich direkt von der Flugschrift Maximows leiten ließen, dafür haben wir keinerlei Angaben. Doch das ist auch nicht wichtig. Wir behaupten, daß die *ideologische* Identität der politischen Position hier auf der Hand liegt. Wir behaupten, daß sich an dem betreffenden Beispiel besonders anschaulich die *Anwendung* des „vorsichtigen“, „diplomatischen“, taktischen, verschwommenen – nennt es, wie ihr wollt – Ultimatismus *in der Tat* gezeigt hat, eine Anwendung, die jedem der Parteiarbeit nahestehenden Menschen aus *Hunderten* von analogen, weniger „effektvollen“ und nicht in offiziellen Dokumenten fixierten Fällen bekannt ist, die Dinge betreffen, wovon ein Sozialdemokrat aus konspirativen Gründen u. a. m. der Öffentlichkeit nicht berichten kann. Natürlich ist die Petersburger Resolution in literarisch-stilistischer Hinsicht weniger geschickt als die Flugschrift Maximows. Aber in der Praxis werden doch in den örtlichen Organisationen die Ansichten Maximows stets (oder in 999 von 1000 Fällen) nicht von Maximow selbst, sondern von seinen weniger „geschickten“ Anhängern angewandt. Für die Partei ist nicht von Interesse, wer „geschickter“ die Spuren verwischt, sondern welches der *tatsächliche* Inhalt der Parteiarbeit, welches die *tatsächliche* Richtung ist, die der Arbeit durch diese oder jene Führer gegeben wird.

Und wir fragen einen beliebigen unvoreingenommenen Menschen, können die Anhänger des „Proletari“ und die Verfasser derartiger Resolutionen in *einer* Fraktion, d. h. in *einer* Vereinigung gleichgesinnter Parteimitglieder zusammenarbeiten? Kann man *ernsthaft* davon sprechen, daß der Parteibeschluss über die Ausnutzung der Duma und der Dumatribüne verwirklicht wird, wenn solche Resolutionen leitender Organe der örtlichen Komitees existieren?

Daß die Resolution der Exekutivkommission *in der Tat* Knüppel in den Mechanismus der beginnenden Wahlkampagne wirft, daß diese Resolution in der Tat die Wahlkampagne *hintertreibt* – das haben alle (außer ihre Verfasser und die Ultimaten, die von der „Kunst“ Maximows, die Spuren zu verwischen, begeistert sind) sofort begriffen. Darüber, wie die Bolschewiki in St. Petersburg auf diese Resolution reagierten, haben wir

schon gesprochen und werden später noch davon sprechen. Was uns anbelangt, so haben wir unverzüglich den Artikel „Otsowistisch-ultimatistische Streikbrecher“²⁴ geschrieben – Streikbrecher deshalb, weil die Ultimaten mit ihrer Haltung offenkundig die sozialdemokratische Wahlkampagne zugunsten der *Kadetten verrieten*. In diesem Artikel haben wir die ganze Schändlichkeit einer solchen Resolution für die Sozialdemokraten aufgezeigt und die Exekutivkommission, die diese Resolution angenommen hat, aufgefordert, beim „Proletari“ unverzüglich die Bezeichnung „Organ des St.-Petersburger Komitees“ *streichen* zu lassen, falls diese Exekutivkommission Anspruch darauf erhebt, die Ansichten der Petersburger Sozialdemokraten zum Ausdruck zu bringen: Wir wollen nicht heucheln, wurde in diesem Artikel gesagt, das Organ *derartiger* . . . Auch-Bolschewiki *waren wir nicht und werden es auch nicht sein*.

Der Artikel war bereits gesetzt und sogar umbrochen, als wir aus Petersburg einen Brief mit der Nachricht erhielten, daß die ominöse Resolution *annulliert* sei. Die Fertigstellung der Nummer mußte verschoben werden (Nr. 47/48 erschien aus diesem Grunde einige Tage später als vorgesehen). Über die Resolution der Ultimaten muß man jetzt zum Glück nicht im Zusammenhang mit der laufenden Wahlkampagne sprechen, sondern um zu zeigen, was gewesen ist . . . und was am besten gänzlich der „Vergessenheit anheimfiele“.

Hier der Wortlaut der Resolution, die von Petersburger Bolschewiki auf einer nach Annahme der ominösen Resolution einberufenen inoffiziellen Versammlung angenommen wurde:

„Die inoffizielle Beratung von sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären verschiedener Bezirke erklärt, nachdem sie die Resolutionen der erweiterten Redaktion des ‚Proletari‘ erörtert hat, ihr volles Einverständnis mit der politischen Linie in den Resolutionen ‚Über die Aufgaben der Bolschewiki in der Partei‘, ‚Über das Verhältnis zur Dumatätigkeit usw.‘ und ‚Über Ultimatismus und Otsowismus‘.

Gleichzeitig jedoch ist die Beratung mit den Methoden des Kampfes gegen die Genossen Ultimaten, wie sie von der Redaktion in diesen Resolutionen angewandt werden, absolut nicht einverstanden, weil sie solche Methoden als ein Hindernis für die Verwirklichung der von der Redaktion des ‚Proletari‘ aufgezeigten Hauptaufgabe – der Wiederherstellung der Partei – betrachtet.

Gleichermaßen protestiert die Beratung gegen die spalterischen Schritte von seiten der Genossen Ultimaten und Otsowisten.“

Nach Annahme dieser Resolution wurde eine neue Sitzung des Petersburger Komitees einberufen, die die ultimativistische Resolution annullierte und eine neue annahm (siehe Chronikrubrik). Diese neue Resolution schließt: „Das Petersburger Komitee hält die Ausnutzung der bevorstehenden Wahlkampagne für außerordentlich wichtig und notwendig und beschließt, aktiv an ihr teilzunehmen.“

Bevor wir den mit unserer angeblich spalterischen Politik nicht einverstanden Genossen antworten, führen wir einige Auszüge aus dem Brief eines dieser Genossen an:

„Wenn man jedoch unter den Teilnehmern der Beratung (der inoffiziellen Beratung verschiedener Bezirke), die sich zu $\frac{2}{3}$ aus Arbeitern zusammensetzte, eine einheitliche Auffassung in der Einschätzung der Lage und unserer daraus resultierenden taktischen Schritte beobachten konnte, so war die Beratung nicht minder einstimmig gegen die von der Redaktion des ‚Proletari‘ vorgeschlagenen Methoden des Kampfes gegen die ultimativistischen Gegner unserer Taktik. Sie erklärte sich nicht einverstanden, daß in den Resolutionen des ‚Proletari‘ gezeigt wird, es sei notwendig, sich fraktionell von diesen Genossen abzugrenzen, da sie in dieser Abgrenzung einen die Existenz der Partei selbst gefährdenden Schritt sieht . . . Ich bin überzeugt, daß ich die Meinung und Stimmung der Beratung richtig wiedergebe, wenn ich sage: *wir lassen keine Spaltung zu*. Genossen! Ihr dort im Ausland habt euch einen schreckenerregenden ultimativistischen Teufel ausgemalt, den es in Wirklichkeit bei uns nicht gibt. Eine zufällige Zusammensetzung des Petersburger Komitees und der Exekutivkommission brachte den Ultimativisten die Mehrheit, und im Ergebnis dessen wurde eine unsinnige, fehlerhafte Resolution angenommen, die diesen Ultimativisten einen solchen moralischen Schlag versetzte, von dem sie sich wohl kaum erholen werden . . . In der Sitzung des Petersburger Komitees, das diese Resolution annahm, fehlten die Vertreter von drei Bezirken und, wie sich jetzt herausstellte, besaß der Vertreter eines vierten Bezirks keine beschließende Stimme. Das heißt also, es fehlten Vertreter von vier Bezirken, und die eine Stimme, die den Ultimativisten die Mehrheit brachte, erweist sich als ‚aufgeklärt‘. Es ergibt sich, daß auch diese nicht vollzählige Sitzung des Petersburger Komitees den Ultimativisten nicht die Mehrheit brachte . . . In bezug auf die Resolution des Petersburger Komitees zu den Wahlen hat die Beratung beschlossen, eine Revidierung der Resolution zu erreichen, und es wird zweifellos schon auf der nächsten Sitzung des Petersburger Komitees, wo wir, wie sich jetzt herausgestellt hat, die Mehrheit haben werden, eine andere Resolution angenommen werden. Und die Ultimativisten selbst, die sich ihrer Resolution schämen, sind mit

deren Revidierung einverstanden. Alle – wie es scheint, auch ihr Verfasser nicht ausgenommen – stimmen darin überein, daß sie in jeder Hinsicht unsinnig ist; sie ist jedoch – und dies unterstreiche ich – kein Verbrechen. Die Genossen Ultimaten, die für diese Resolution stimmten, brachten zum Ausdruck, daß sie mit dem Verfasser der Resolution nicht einverstanden sind, der sich tatsächlich an das Sprichwort gehalten hat, das empfiehlt: ‚Vermögen erwerben, doch die Unschuld bewahren‘.“

Also, unser Gesinnungsgenosse beschuldigt uns, daß wir uns im Ausland einen schreckenerregenden ultimativsten Teufel ausgemalt haben, daß wir durch unseren spalterischen Kampf gegen die Ultimaten die Sache der Wiederherstellung der Partei erschweren (oder zunichte machen).

Die beste Antwort auf diese „Beschuldigungen“ ist die Geschichte dessen, was in Petersburg vorging. Deshalb haben wir auch diese Geschichte so ausführlich erzählt. Die Tatsachen sprechen für sich selbst.

Wir erklärten, daß sich Gen. Maximow von der Fraktion abgespalten hat, weil er es ablehnte, sich den Resolutionen der erweiterten Redaktion unterzuordnen, und unter dem Deckmantel der ominösen „Schule“ das ideologisch-organisatorische Zentrum einer neuen Organisation im Ausland organisiert hat. Dies legen uns einige unserer Gesinnungsgenossen zur Last, die gezwungen waren, in Petersburg mit Hilfe ganz außerordentlicher Maßnahmen (inoffizielle Sonderberatung einflußreicher Arbeiter und Revidierung eines bereits angenommenen Beschlusses!) die Annullierung einer „in jeder Hinsicht unsinnigen“ Resolution durchzusetzen, in der die Ansichten Maximows wiedergegeben sind!!

Nein, Genossen, wenn ihr uns Spaltung vorwerft und uns beschuldigt, „den Teufel an die Wand zu malen“, habt ihr uns erneut bewiesen, wie zwingend notwendig es gewesen ist, zu erklären, daß Maximow sich von der Fraktion abgespalten hat, habt ihr uns lediglich bewiesen, daß wir den Bolschewismus hoffnungslos blamieren und der Parteisache einen nicht wiedergutzumachenden Schlag versetzen würden, wenn wir uns am Vorabend der Wahlen in Petersburg nicht von Maximow abgrenzten. Eure Taten, Genossen, die ihr uns der Spaltung bezichtigt, widerlegen eure Worte.

Ihr seid „nur“ mit unseren Methoden des Kampfes gegen die Ultimaten „nicht einverstanden“. Wir sind in bezug auf eure Methoden des

Kampfes gegen die Ultimatisten nicht im geringsten anderer Ansicht als ihr, wir begrüßen voll und ganz eure Methoden des Kampfes wie euren Sieg – gleichzeitig jedoch sind wir zutiefst überzeugt, daß eure Methoden eben nichts anderes sind als die *Anwendung* „unserer“ Methoden in der *Praxis* in einem bestimmten Parteimilieu.

Worin bestehen unsere „üblen“ Methoden? Darin, daß wir zur Abgrenzung von Maximow und Co. aufgefordert haben. Worin bestehen eure, die guten Methoden? Darin, daß ihr die Resolution, die vollständig die Ansichten Maximows wiedergibt, „in jeder Hinsicht für unsinnig“ erklärt habt, daß ihr eine Sonderberatung einberufen, den Feldzug gegen diese Resolution eröffnet und erreicht habt, daß selbst die Verfasser sich ihrer schämten, daß es euch gelungen ist, sie zu annullieren und durch eine *nicht* ultimatistische, *sondern* bolschewistische Resolution zu ersetzen.

Euer „Feldzug“, Genossen, ist die *Fortsetzung* unseres Feldzugs, nicht aber dessen Widerlegung.

Doch wir haben niemanden für abgespalten erklärt, sagt ihr. Ausgezeichnet. Um unsere, die üble Methode zu „widerlegen“, versucht einmal, im Ausland das zu tun, was ihr in Petersburg getan habt. Versucht zu erreichen, daß Maximow und seine Anhänger (und sei es am Ort der traurig berühmten Jeroginschen „Schule“) die Flugschrift Maximows („Bericht an die Genossen Bolschewiki“) ihrem ideologischen Inhalt nach „in jeder Hinsicht für unsinnig“ erklären, versucht zu erreichen, daß Maximow und seine Kumpanei sich dieser Flugschrift „schämen“, daß die ominöse „Schule“ eine Flugschrift mit *direkt entgegengesetztem* ideologischen Inhalt herausbringt.* Wenn ihr das erreicht, dann *widerlegt* ihr tatsächlich

* Hier, nebenbei, eine Illustration für die Verwischung der Spuren durch Maximow und die ominöse „Schule“. Die Schule brachte eine vom 26. August 1909 datierte Flugschrift heraus mit dem Programm der Schule, mit einem Brief Kautskys (der sehr milde den Ratschlag gibt, die philosophischen Meinungsverschiedenheiten „nicht in den Vordergrund zu rücken“, und erklärt, daß er „die scharfe Kritik an der sozialdemokratischen Dumafraktion für nicht gerechtfertigt hält“ – vom „Ultimatismus“ schon gar nicht zu sprechen!), mit einem Brief Lenins (siehe Werke, Bd. 15, S. 471/472. *Die Red.*) und mit einer Resolution des Rates der Schule. Dieser komische Rat erklärt, daß „sie (die Schule) den gemeinsamen Zielen und Aufgaben der Gesamtpartei dient und absolut nichts zu tun hat mit den fraktionellen Streitigkeiten“. Lesen wir die Unter-

unsere Methoden des Kampfes, und wir erkennen gern „eure“ Methoden als die besseren an.

In Petersburg gibt es eine aktuelle, dringliche Aufgabe für die gesamte Partei: die Wahlen. Dort hat das sozialdemokratische Proletariat die Ultimaten unverzüglich zur *Ordnung gerufen*, und so zur Ordnung gerufen, daß diese sofort gehorchten: die Parteiergebenheit überwog, die Nähe der proletarischen Masse übte einen guten Einfluß aus; sofort wurde allen klar, daß mit der ultimativistischen Resolution die Aufgaben nicht erfüllt werden können. Unverzüglich wurde den Ultimativisten ein *Ultimatum* gestellt, und die Petersburger Ultimativisten haben (*zu ihrer Ehre muß man das sagen*) auf das Ultimatum der Bolschewiki mit der Unterordnung unter die Partei, mit der Unterordnung unter die Bolschewiki und nicht mit dem Kampf gegen die Bolschewiki geantwortet (zumindest während der Wahlen; ob sie den Kampf auch nach den Wahlen einstellen, das wissen wir noch nicht).

Maximow und Co. sind Ultimativisten nicht nur einer Laune nach. Sie versuchen, aus dem Ultimativismus eine ganze Linie zu konstruieren. Sie errichten ein ganzes System einer ultimativistischen Politik (wir sprechen schon nicht von ihrer Freundschaft mit den Gottbildnern, woran die Petersburger Ultimativisten wahrscheinlich unschuldig sind), sie schaffen auf dieser Grundlage eine neue Richtung, sie haben den systematischen Krieg gegen den Bolschewismus begonnen. Freilich werden auch diese Inspiratoren der Otsowisten eine Niederlage erleiden (und erleiden sie schon); um aber unsere Fraktion und Partei von der otsowistisch-ultimativistischen Krankheit schneller zu befreien, waren *hier* entschiedenere Maßnahmen nötig, und je entschlossener wir unseren Kampf gegen die offenen und schriften dieser Flugschrift. Lektoren: Maximow, Gorki, Ljadow, Lunatscharski, Michail, Alexinski. Überlegt nur: die Schule mit einem *solchen* Lehrkörper „hat absolut nichts zu tun“ mit den „fraktionellen Streitigkeiten“! Hört, liebe Genossen: . . . flunkert, aber haltet Maß! – Man wird uns sagen: die Schule hat auch andere Lektoren „eingeladen“. Erstens hat sie eingeladen, da sie genau wußte, daß die anderen fast niemals hinkommen können. Zweitens hat die Schule eingeladen, aber . . . „Doch die Schule konnte ihnen (den anderen Lektoren) keine Mittel für ihre Reise und für ihren Unterhalt während des Lektionszyklus gewähren.“ (Flugschrift vom 26. August 1909.) Ist das nicht köstlich? Wir sind absolut keine Fraktionsmacher, aber Mittel für die Reise „gewähren können wir“ niemand außer den „Unsrigen“ . . .

versteckten Otsowisten führen, desto schneller befreien wir die Partei von dieser Krankheit

„Eine zufällige Mehrheit“ der Ultimatisten – sagen die Petersburger. Ihr irrt zutiefst, Genossen. Ihr seht jetzt bei euch einen kleinen Ausschnitt einer *allgemeinen* Erscheinung und erklärt einen Umstand als „Zufälligkeit“, dessen Zusammenhang mit dem Ganzen euch nicht klar ist. *Erinnert euch an die Tatsachen.* Im Frühjahr 1908 tritt der Otsowismus im zentralen Gebiet in Erscheinung und vereinigt auf der Moskauer Stadtkonferenz 14 Stimmen (von 32) auf sich. Im Sommer und Herbst 1908 findet eine otsowistische Kampagne in Moskau statt: das „Rabotscheje Snamja“ eröffnet die Diskussion und widerlegt den Otsowismus. August 1908 beginnt die Diskussion auch im „Proletari“. Herbst 1908: Formierung der Otsowisten zu einer „Strömung“ auf der Gesamtrussischen Parteikonferenz. Frühjahr 1909: Kampagne der Otsowisten in Moskau (siehe Nr. 47/48 des „Proletari“, „Konferenz der Moskauer Bezirksorganisation“). Sommer 1909, ultimatistische Resolution der Exekutivkommission des Petersburger Komitees.

Angesichts dieser Tatsachen von einer „Zufälligkeit“ der ultimatistischen Mehrheit zu sprechen, ist einfach naiv. In einzelnen Gegenden sind stärkste Schwankungen innerhalb der Organisationen unausbleiblich, solange die Reaktion derart stark, solange der Mitgliederbestand der sozialdemokratischen Organisationen derart schwach ist wie jetzt. Heute erklären die Bolschewiki die ultimatistische Mehrheit in NN als „Zufälligkeit“, morgen erklären die Ultimatisten die bolschewistische Mehrheit in MM als „Zufälligkeit“. Es gibt eine Unmenge Leute, die aus diesem Anlaß gern streiten – wir gehören nicht zu ihnen. Man muß begreifen, daß diese Streitereien und Zänkereien das *Produkt* einer tiefgehenden ideologischen Meinungsverschiedenheit sind. Nur wenn wir das begriffen haben, werden wir den Sozialdemokraten helfen, die unfruchtbaren und entwürdigenden Streitereien (wegen einer „zufälligen“ Mehrheit, wegen dieses oder jenes organisatorischen Konflikts, wegen Geldes, wegen Verbindungen usw.) durch die *Aufdeckung der ideologischen Ursachen der Meinungsverschiedenheit* zu ersetzen. Wir wissen sehr wohl, daß sich der Kampf der Ultimatisten gegen die Bolschewiki in vielen Städten auf die verschiedensten Arbeitsgebiete erstreckt, Zwistigkeit und Zersetzung auch in die Arbeit innerhalb der legalen Vereinigungen, Gesellschaften, Kongresse und Ver-

sammlungen hineingetragen hat. Wir besitzen Briefe „vom Kampfplatz“ über diese Zwistigkeit und Zersetzung – leider erlauben uns die Erfordernisse der Konspiration nur ein Zehntel, wenn nicht nur ein Hundertstel der auf diesem Gebiet eingegangenen Zuschriften zu veröffentlichen. Wir behaupten kategorisch, daß der Kampf gegen die Ultimaten in St. Petersburg während der Wahlen *keine Zufälligkeit*, sondern eine der unzähligen Erscheinungsformen der allgemeinen Krankheit ist.

Und wir sagen darum immer und immer wieder allen Genossen Bolschewiki, allen Arbeitern, denen die Sache der revolutionären Sozialdemokratie teuer ist: Nichts ist fehlerhafter und schädlicher als die Versuche, diese Krankheit zu verbergen. Es ist notwendig, mit aller Deutlichkeit die Ursachen, den Charakter und die Bedeutung unserer Meinungsverschiedenheit mit den Anhängern des Otsowismus, Ultimatismus und des Gottbildnertums aufzudecken. Es ist notwendig, die Fraktion der Bolschewiki, d. h. die Vereinigung gleichgesinnter Bolschewiki, die die Partei in der allen bekannten Richtung des „Proletari“ führen wollen, eindeutig von der neuen Fraktion abzutrennen, abzugrenzen, die unvermeidlich ihre Anhänger heute zu den „zufälligen“ anarchistischen Phrasen in den Moskauer und Petersburger otsowistischen Plattformen, morgen zu dem „zufälligen“ karikaturhaften Bolschewismus in der Flugschrift Maximows, übermorgen zu der „zufälligen“ Petersburger „unsinnigen“ Resolution bringt. Es ist notwendig, diese Krankheit zu verstehen und einmütig an ihre Heilung zu gehen. Dort, wo die Heilung mit den Methoden der Petersburger möglich ist, d. h. dadurch, daß unverzüglich und erfolgreich an das sozialdemokratische Bewußtsein der fortgeschrittenen Arbeiter appelliert wird, dort ist eine solche Heilung das beste, dort hat *niemals jemand* die Abtrennung und Abgrenzung um jeden Preis propagiert. Aber dort, wo sich auf Grund verschiedener Bedingungen etwas stabilere Zentren herausbilden, Zirkel, die die Ideen der neuen Fraktion propagieren, dort ist eine Abgrenzung unerläßlich. Dort ist die Abgrenzung von der neuen Fraktion das *Unterpfand* für die praktische Einheit des Handelns in den Reihen der Partei, denn die Unmöglichkeit einer solchen Arbeit unter dem Banner des Ultimatismus haben eben erst die Petersburger Praktiker selbst zugegeben.

„Proletari“ Nr. 49,
3. (16.) Oktober 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

ANMERKUNG ZU DEM ARTIKEL
„PETERSBURGER WAHLEN“²⁵

Gegen die Übertreibung dieses bolschewistischen Gedankens wandten sich nur die Bolschewiki. Als sich in den „Nowy Den“²⁶ der falsche Akzent einer ungenügenden prinzipiellen Abgrenzung von den Trudowiki und den Volkssozialisten einschlich, unternahmen drei bolschewistische Publizisten den Versuch, diese Verwischung der programmatischen Meinungsverschiedenheiten zu korrigieren und die Agitation in der Zeitung und in den Wahlversammlungen auf einen konsequenteren *klassenmäßigen, sozialistischen* Weg zu lenken. Dieser Versuch mißlang, soweit uns bekannt ist, *nicht durch die Schuld der Bolschewiki*. Genauso mißlang auch der Versuch eines Bolschewiken, gegen Jordanskis Äußerungen im „Nowy Den“ hinsichtlich der Auffassungen der Sozialdemokraten von der Gesetzlichkeit und Ordnung Einwände zu erheben. Jordanski verflachte, wie viele Opportunisten, den bekannten Ausspruch Engels' von den „roten Backen“, die die Sozialdemokratie auf dem Boden der „Gesetzlichkeit“ bekommt. Engels selbst protestierte energisch gegen die kolportierte Auslegung dieser seiner Ansicht (siehe seine Briefe an die „Neue Zeit“), die für eine bestimmte Periode der Entwicklung Deutschlands (unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts usw.)²⁷ Gültigkeit hatte. Jordanski hielt es für statthaft, davon unter den Bedingungen der „Gesetzlichkeit“ vom 3. Juni zu sprechen.

„Proletari“ Nr. 49,
3. (16.) Oktober 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

RESOLUTIONSENTWURF
ÜBER DIE FESTIGUNG DER PARTEI
UND IHRER EINHEIT²⁸

Die Redaktion des Zentralorgans²⁹ erkennt an, daß die Festigung unserer Partei und ihrer Einheit gegenwärtig ausschließlich durch die bereits angebahte *Annäherung* bestimmter starker und in der praktischen Arbeiterbewegung einflußreicher *Fraktionen*, nicht aber durch moralisierende Nörgeleien zum Thema ihrer Liquidierung erfolgen kann, wobei sich diese Annäherung auf der Basis der revolutionär-sozialdemokratischen *Taktik* und Organisationspolitik zu vollziehen und zu entwickeln hat, die gerichtet ist auf den entschiedenen Kampf gegen das Liquidatorentum sowohl von „links“ als auch von „rechts“, besonders von rechts, da das bereits geschlagene „linke“ Liquidatorentum weniger gefährlich ist.

*Geschrieben am 21. Oktober
(3. November) 1909.*

*Zuerst veröffentlicht 1929
in der 2.-3. Ausgabe der
Werke W. J. Lenins, Band XIV.*

Nach dem Manuskript.

REDE AUF DER TAGUNG DES
INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BÜROS
ZUR SPALTUNG IN DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
HOLLANDS³⁰

Nach einem Bericht des „Bulletin“ des ISB

Der Vorschlag Adlers scheint die Spaltung als etwas Unabänderliches hinzunehmen, die neue Partei als eine Fraktion der holländischen Sektion zu behandeln und ihr das Recht einzuräumen, sich auf dem Internationalen Kongreß vertreten zu lassen. Was die Anzahl der Stimmen betrifft, über welche sie auf dem Internationalen Kongreß verfügen wird, diese Frage wird von der holländischen nationalen Sektion zu behandeln sein, und wenn sich ein befriedigendes Ergebnis nicht erzielen läßt, so hat die neue Partei das Recht, an das Büro zu appellieren. Genossin Roland-Holst hat übrigens an das Büro einen Brief geschrieben, um den Anschluß der neuen Partei zu befürworten.

Gehalten am 25. Oktober
(7. November) 1909.

Veröffentlicht im „Bulletin Périodique
du Bureau Socialiste International“
Nr. 2, Bruxelles („Periodisches
Bulletin des Internationalen Sozial-
istischen Büros“ Nr. 2, Brüssel).

Nach dem Text des „Bulletin“.

DER ZAR GEGEN DAS FINNISCHE VOLK

Die Schwarzhunderterbanditen im Winterpalast und die oktobristischen Falschspieler der III. Duma haben einen neuen Feldzug gegen Finnland begonnen. Die Verfassung aufzuheben, durch die die Rechte der Finnen vor der Willkür der russischen Selbstherrscher geschützt sind, Finnland mit dem übrigen Rußland in der Rechtlosigkeit des Ausnahmezustands gleichzustellen – das ist das Ziel dieses Feldzugs, der seinen Anfang nahm mit dem Zarenerlaß, durch den die Frage der Militärpflicht ohne den Landtag entschieden wurde, sowie mit der Einsetzung neuer Senatoren aus den Reihen der russischen Beamten. Es wäre müßig, jene Argumente näher zu untersuchen, mit denen die Räuber und Falschspieler die Gesetzlichkeit und Rechtmäßigkeit der Forderungen zu beweisen suchen, die sie Finnland unter der Drohung mit einer Million Bajonette gestellt haben. Den Kern der Sache bilden nicht die Argumente, sondern das Ziel, das verfolgt wird. In Gestalt des demokratischen und freien Finnlands wollen die zaristische Regierung und ihre Helfer die letzten Spuren der Errungenschaften des *Volkes* vom Jahre 1905 vernichten. Und deshalb geht es in diesen Tagen um die Sache des gesamten russischen Volkes, wenn die Kosakenregimenter und Artilleriebatterien in aller Eile die zentralen Städte in Finnland besetzen.

Die von den Finnen unterstützte russische Revolution hatte den Zaren gezwungen, den Griff zu lockern, mit dem er einige Jahre lang das finnische Volk würgte. Der Zar, der seine Selbstherrschaft auf Finnland hatte ausdehnen wollen, auf dessen Verfassung seine Vorfahren und er selbst den Eid ablegten, mußte nicht nur die Vertreibung der Bobrikowschen Henker³¹ vom finnischen Boden und die Aufhebung aller seiner ungesetzlichen Erlasse anerkennen, sondern auch die Einführung des allgemeinen

und gleichen Wahlrechts in Finnland. Nachdem er die russische Revolution erstickt hat, wendet sich der Zar wieder dem Alten zu, jedoch mit dem Unterschied, daß er sich jetzt der Unterstützung nicht nur der alten Garde, seiner gekauften Spione und Plünderer der Staatskasse sicher ist, sondern auch jenes wohlhabenden Packs, das mit den Krupenski und Gutschkow an der Spitze in der III. Duma gemeinsam im Namen des russischen Volkes auftritt.

Alles begünstigt das räuberische Unterfangen. Die revolutionäre Bewegung ist in Rußland schrecklich geschwächt worden, und die Angst vor ihr lenkt das gekrönte Ungeheuer nicht von der ausersehenen Beute ab. Die westeuropäische Bourgeoisie, die früher einmal dem Zaren Adressen mit der Bitte, Finnland in Ruhe zu lassen, gesandt hatte, rührt keinen Finger, um den Banditen Einhalt zu gebieten. Haben sich doch bei ihr eben erst für die Ehrlichkeit und „Verfassungsmäßigkeit“ der Absichten des Zaren jene Leute *verbürgt*, die früher Europa aufgerufen hatten, die zaristische Politik in Finnland zu verurteilen. Die Führer der Kadetten, die sich „Vertreter der russischen Intelligenz“ und „Vertreter des russischen Volkes“ nennen, haben der europäischen Bourgeoisie feierlich bezeugt, daß sie und mit ihnen auch das russische Volk *mit dem Zaren solidarisch seien*. Die russischen Liberalen haben alle Maßnahmen ergriffen, damit sich Europa gegenüber dem neuen Überfall des zweiköpfigen Raubtiers auf Finnland *genauso teilnahmslos verhält, wie es sich zu seinen Feldzügen gegen das freie Persien verhalten hat*.

Das freie Persien hat dem Zarismus aus eigener Kraft die Stirn geboten. Das finnische Volk – und an seiner Spitze das finnische Proletariat – bereitet den entschlossenen Widerstand gegen die Nachfolger Bobrikows vor.

Das finnische Proletariat ist sich bewußt, daß es den Kampf unter äußerst schweren Bedingungen zu führen hat. Es weiß, daß sich die mit der Selbstherrschaft kokettierende westeuropäische Bourgeoisie nicht einmischen wird; daß die besitzenden Schichten der russischen Gesellschaft, zum Teil durch die Stolypinsche Politik korrumpiert, zum Teil durch die Lügen der Kadetten demoralisiert, Finnland nicht solche moralische Unterstützung gewähren werden, die es bis zum Jahre 1905 hatte; daß die Unverschämtheit der russischen Regierung unglaublich zugenommen hat, seitdem es ihr gelungen ist, der revolutionären Armee in Rußland selbst einen Schlag zu versetzen.

Doch das finnische Proletariat weiß auch, daß der politische Kampf nicht durch *eine* Schlacht entschieden wird, daß er mitunter langjährige hartnäckige Anstrengungen erfordert und daß letzten Endes der siegt, für den die Kraft der historischen Entwicklung wirkt. Die Freiheit Finnlands wird triumphieren, weil ohne sie die Freiheit Rußlands nicht siegen kann, und ohne Triumph der Freiheit in Rußland ist dessen ökonomische Entwicklung nicht möglich.

Das finnische Proletariat weiß aus ruhmreicher Erfahrung auch, wie ein langjähriger, hartnäckiger revolutionärer Kampf für die Freiheit zu führen ist, der darauf abzielt, den niederträchtigen Feind zu ermüden, zu desorganisieren und bloßzustellen, bis die Umstände es gestatten, ihm den entscheidenden Schlag zu versetzen.

Gleichzeitig weiß das Proletariat Finnlands, daß es von den ersten Schritten seines neuen Kampfes an das sozialistische Proletariat ganz Rußlands auf seiner Seite haben wird, das, wie schwer die Bedingungen gegenwärtig auch sein mögen, bereit ist, seine Pflicht zu erfüllen, *seine ganze Pflicht*.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags entsandte eine Abordnung zur sozialdemokratischen Fraktion der III. Duma, um gemeinsam den Kampfplan gegen die Gewalttäter zu beraten. Von der Höhe der Dumatribüne aus werden unsere Abgeordneten ihre Stimme erheben, wie sie es bereits im vorigen Jahr getan haben, um die zaristische Regierung zu brandmarken und ihren heuchlerischen Verbündeten in der Duma die Maske vom Gesicht zu reißen. Mögen denn alle sozialdemokratischen Organisationen und alle Arbeiter ihre ganze Kraft daransetzen, damit die Stimme unserer Abgeordneten im Taurischen Palast nicht ohne Widerhall bleibt, damit die Feinde der russischen und der finnischen Freiheit erkennen, daß das gesamte russische Proletariat mit dem finnischen Volk solidarisch ist. Es ist die Pflicht der Genossen, an Ort und Stelle alle sich bietenden Möglichkeiten auszunutzen, um die Stellung des russischen Proletariats zur finnischen Frage kundzutun. Angefangen mit Adressen an die russische und an die finnische sozialdemokratische Fraktion bis zu aktiveren Formen des Protestes wird die Partei genügend Mittel finden, das schmachvolle Schweigen zu durchbrechen, in welchem die russische Konterrevolution den finnischen Volkskörper zerfleischt.

Der Kampf in Finnland wird für die Sache der Freiheit ganz Rußlands

geführt. Welche schweren Stunden der neue Kampf dem tapferen finnischen Proletariat auch bereiten möge, er verbindet die Arbeiterklasse Finnlands und Rußlands mit neuen Banden der Solidarität und bereitet sie für die Zeit vor, wo sie in der Lage sein wird, das zu vollenden, was sie in den Oktobertagen des Jahres 1905 begonnen hat und in den ruhmreichen Tagen von Kronstadt und Sveaborg fortzuführen bemüht war.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 9,
31. Oktober (13. November) 1909.

*Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.*

BRIEF AN DIE HÖRER DER SCHULE AUF CAPRI²⁹

Werte Genossen! Wir haben Ihre beiden Briefe über die beginnende Spaltung in der „Schule“ erhalten. Diese ersten kameradschaftlichen Briefe von Gesinnungsgenossen, die wir von Capri erhielten, haben uns alle außerordentlich erfreut. Von ganzem Herzen begrüßen wir die klare Abgrenzung in der Schule.

Damit sich der wahre Charakter der Schule als eines neuen Zentrums der neuen Fraktion herausstellt, bedurfte es natürlich einer gewissen Zeit. Wir haben nicht einen Augenblick daran gezweifelt, daß die bewußtesten sozialdemokratischen Arbeiter früher oder später erkennen werden, worum es geht, und den richtigen Weg wählen. Aus Moskau schreibt man uns, daß dort Briefe von eifrigen „Bogdanowleuten“ aus den Reihen der Hörer dieser Schule eingetroffen sind, die offen für das Zentrum auf Capri agitieren und allen sozialdemokratischen Arbeitern *außerordentlich helfen*, die wahre Bedeutung der Schule auf Capri zu erkennen.

Nun zur Sache. Genossen, Sie müssen sich in die neugeschaffene Situation richtig hineinversetzen, damit wir sie gemeinsam erörtern, die richtigen Schritte einleiten und dafür den richtigen Zeitpunkt wählen können. Sie sehen natürlich ein, daß die Spaltung der Schule nunmehr unvermeidlich ist: Sie schreiben selbst, daß Sie es in dieser Schule kaum lange aushalten werden. Auf eine gemeinsame Tätigkeit mit den fanatischen „Bogdanowleuten“ rechnen Sie natürlich selbst nicht. Da aber die Angelegenheit so weit gediehen ist, daß die Spaltung der Schule *unvermeidlich* ist, so muß man die Bedeutung dieser Spaltung klar erkennen, man muß sich klar vor Augen halten, welcher Kampf aus dieser Spaltung entstehen wird, wie sich die Bogdanowleute bemühen werden, Sie alle *„unschädlich zu machen“*

(d. h. Ihnen die Möglichkeit zu nehmen, Ihren Einfluß geltend zu machen und die Wahrheit über die Schule zu sagen), sich bemühen werden, Sie alle zu *kompromittieren* (die Bezeichnung: „Agent des Bolschewistischen Zentrums“, die Ihren Worten zufolge von Alexinski geprägt wurde, ist erst der Anfang, *das dicke Ende kommt noch*) usw. usf.

Sie müssen sich das alles gut überlegen und konsequent, entschieden und überlegt handeln, wie in einer Schlacht: Sie schreiben selbst, daß in der Schule eine „Schlacht“ wegen der Plattform im Gange ist. Das ist der Beginn von *Schlachten*, die *überall und allerorts* gegen Sie geführt werden, wo Bogdanowleute eindringen.

Begonnen werden muß damit, daß Sie genau die Zahl der Ihren feststellen. Wieviel *entschiedene* Gegner der „Bogdanowschen“ Plattform gibt es? Kann diese Zahl vergrößert werden oder nicht? Wenn ja, dann wie und in welcher Zeit? Wenn nein, wie ist dann die Haltung der „Neutralen“? Es muß überlegt werden, welche Haltung Sie bei der unvermeidlichen Spaltung der Schule einnehmen müssen, um nach Möglichkeit diese Neutralen *für sich zu gewinnen*, oder um sie schlimmstenfalls nicht völlig in den Klauen der Bogdanowleute zu lassen.

Weiter. Wie gedenken Sie, Ihren Abgang aus der Schule zu arrangieren? Als einfache Abreise oder als Ausscheiden wegen des Kampfes um Plattformen? Freilich, wenn sich bei Ihnen der Kampf so schnell entwickelt hat, wie man nach Ihren ersten beiden Briefen schließen kann, dann ist die Spaltung möglicherweise schon da, d. h., die Bogdanowleute haben Sie möglicherweise schon hinausgeworfen, ganz einfach hinausgeworfen; dann ist jedes weitere Wort bereits überflüssig. Wenn dies noch nicht der Fall ist, so überlegen Sie gut, wie Sie Ihren Weggang arrangieren. Sie müssen allen russischen Organisationen eine Antwort geben. Sie werden genau und klar, mit Tatsachen in der Hand, alle jene Beschuldigungen widerlegen müssen, die jetzt von seiten der „Bogdanowleute“ zu Tausenden auf Sie niederprasseln werden. Sie müssen sich vorbereiten auf die Verteidigung Ihrer Ansichten über die Schule wie über die „Plattform“ der Bogdanowleute.

Wenn die Frage Ihrer Abreise aufgeworfen wird, so müssen Sie es durchsetzen, daß man Ihnen allen die Mittel gibt, um nach Rußland fahren zu können. Das ist die Pflicht der Schule genauso, wie es vor der Spaltung der Bolschewiki die Pflicht des Bolschewistischen Zentrums war,

sowohl Ljadow als auch Wsewolod und Stanislaw Geld für die Abreise nach Rußland (nach der Parteikonferenz im Dezember 1908) zu geben. Sie verlangten damals von uns Mittel und erhielten sie.

Selbstverständlich werden wir Ihnen hinsichtlich der Pässe und auch hinsichtlich unseres Zusammentreffens helfen (in Paris oder irgendwo in einem kleinen Städtchen, damit es konspirativer ist und Sie weniger Zeit verlieren, damit es billiger ist). Den Ort unseres Treffens werden wir noch besonders beraten und dann auswählen. Finanziell stehen wir nicht glänzend da, und wir können nur eine bescheidene Hilfe geben.

All dies schreibe ich Ihnen, um die Sache zu klären und Meinungen auszutauschen. Wenn wir genauere Antwort von Ihnen erhalten und alle Fragen durch unseren Briefwechsel geklärt haben, werden wir die Exekutivkommission der erweiterten Redaktion des „Proletari“ einberufen und dann das Ausmaß der Hilfe, Zeit und Ort unseres Treffens und anderes festlegen.

Antworten Sie ausführlich. Können Sie uns nicht eine *direkte* Adresse von Ihnen geben?

Gruß. Der Sekretär des „Proletari“

Geschrieben im Oktober 1909.

Zuerst veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.

Nach dem Manuskript.

EIN SCHMÄHLICHES FIASKO

Der Leser erinnert sich wohl der kurzen, aber lehrreichen Geschichte der „Partei“schule in NN. Hier ist diese Geschichte. Die bolschewistische Fraktion grenzt sich nach einem Jahr inneren Kampfes entschieden ab von den „neuen“ Strömungen – dem Otsowismus, Ultimatismus und dem Gottbildnertum. Die bolschewistische Beratung erklärt in einer besonderen Resolution die Schule in NN für das *Zentrum einer neuen Fraktion* der Anhänger dieser Strömungen.* Die im Ausland lebenden Führer der auf diesen drei Grundpfeilern gegründeten neuen Fraktion spalten sich organisatorisch von den Bolschewiki ab. Die Helden der neuen Fraktion, die sich durch ungewöhnliche politische Tapferkeit und unerschütterlichen Glauben an ihre Position auszeichnen, haben nicht den Mut, mit offenem Visier in einem eigenen Organ aufzutreten u. dgl. m. Statt dessen wählen sie den Weg des glatten *Betrugs* der Partei und der Fraktion: sie organisieren eine Schule im Ausland, die sie als „Partei“schule bezeichnen und deren wirkliche ideologische Physiognomie sie sorgfältig verbergen. Nach ziemlichen Anstrengungen gelingt es ihnen, in diese Pseudoparteischule 13 Arbeiter zu lotsen, die von einer Gruppe, bestehend aus Maximow, Alexinski, Ljadow und Lunatscharski, „unterrichtet“ werden. Diese feine Gesellschaft verheimlicht die ganze Zeit über nicht nur die Tatsache, daß die „Schule“ das Zentrum der neuen Fraktion ist, sondern unterstreicht mit allen Kräften, daß die „Schule“ mit keiner Fraktion verbunden sei, vielmehr ein Unternehmen der gesamten Partei darstelle. Maximow, Alexinski, Ljadow und Co. – in der Rolle „nichtfraktioneller“ Genossen! . . .**

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 453/454. *Die Red.*

** Nebenbei. Soll Trotzki jetzt, nachdem er sich mit den unten angeführten Briefen von Arbeitern bekannt gemacht hat, entscheiden, ob es nicht Zeit für

Und nun schließlich – das letzte Stadium. Von den Arbeitern, die in die Pseudoparteischule kamen, beginnt etwa die Hälfte eine Rebellion gegen die „falschen Hirten“. Weiter unter drücken wir zwei Briefe von Hörern der ominösen „Schule“ und einige Mitteilungen aus Moskau ab, die das Abenteuer der Maximow-Alexinski-Ljadow und Co. endgültig entlarven. Alles, was darin beschrieben ist, spricht für sich selbst. Hier ist alles gut: eine „förmliche Schlacht“, die „tollste Polemik jeden Tag“ und die Tatsache, daß der Lehrer Alexinski den Arbeiterhörern die Zunge herausstreckt u. a. m. In den marktschreierischen Berichten der Schule verwandelt sich dies alles wahrscheinlich in „praktische Übungen“ zu Fragen der Agitation und Propaganda, in einen Kursus „über gesellschaftliche Weltanschauungen“ usw. Aber, o weh, jetzt glaubt schon niemand mehr an diese erbärmliche, schändliche Komödie!

Zwei Monate lang zischelten die Führer der neuen Fraktion den Arbeitern in die Ohren, welche Vorzüge der Otsowismus und das Gottbildnerium gegenüber dem revolutionären Marxismus haben. Dann aber wagten sie offener aufzutreten und versuchten, sich mit einer otsowistisch-ultimativistischen „Plattform“ an sie heranzumachen. Und die fortschrittlichsten und selbständigsten Arbeiter erhoben natürlich Protest. Wir wollen nicht als Deckmantel für das neue ideologische Zentrum der Otsowisten und Gottbildner fungieren; die Schule wird weder „von unten“ noch „von oben“ kontrolliert – sagen die Genossen Arbeiter in ihren Briefen. Das ist die beste Gewähr dafür, daß die Politik des Versteckspiels und des demagogischen „Demokratismus“ unter den *parteitreuen* Arbeitern unbedingt Schiffbruch erleidet. – Die örtlichen Organisationen werden die Schule in NN selbst leiten – versicherten Maximow und Co. den Arbeitern. Nunmehr ist dieses Spiel von den Arbeitern entlarvt worden, die früher dieser Kumpanei Glauben schenkten.

Abschließend eine Bitte, meine Herren „göttliche“ Otsowisten. Wenn Sie in Ihrem gottbeschrützten Zarewokokschaisk die Ausarbeitung Ihrer Plattform beenden – wir hoffen, daß Sie sie zu Ende bringen –, dann ver-

ihn ist, sein Versprechen einzulösen, in die „Schule“ nach NN zu fahren, um dort zu unterrichten (wenn in einem der Berichte der „Schule“ dieses Versprechen richtig wiedergegeben wird). Jetzt ist wohl der richtigste Augenblick, mit der Friedenspalme und einem Gefäß „nichtfraktionellen“ Balsams in den Händen auf dem „Schlachtfeld“ zu erscheinen.

stecken Sie sie nicht vor uns nach dem Beispiel Ihrer bisherigen Handlungsweise. Wir werden sie mit mehr oder weniger Verspätung sowieso erhalten und in der Parteipresse veröffentlichen. Da ist es schon besser, sich nicht noch einmal zu blamieren.

*Sonderdruck aus dem „Proletari“ Nr. 50,
28. November (11. Dezember) 1909.*

*Nach dem Text des
Sonderdrucks.*

ÜBER EINIGE QUELLEN DER GEGENWÄRTIGEN IDEOLOGISCHEN ZERFAHRENHEIT

In der vorliegenden Nummer des „Proletari“ ist einer der zahlreichen Briefe abgedruckt, die das Augenmerk auf die ungeheure ideologische Zerfahrenheit unter den Sozialdemokraten lenken. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Ausführungen hinsichtlich der „deutschen Gleise“ (d. h. der Wiederholung des Entwicklungsweges Deutschlands nach 1848 bei uns). Um die Quellen dieser fehlerhaften Ansichten in dieser außerordentlich wichtigen Frage zu ergründen, ohne deren Klärung eine richtige Taktik der Arbeiterpartei nicht möglich ist, ziehen wir die Menschewiki und den „Golos Sozial-Demokrata“ einerseits, den polnischen Artikel von Trotzki andererseits heran.

I

Die Grundlage der Taktik der Bolschewiki in der Revolution von 1905 bis 1907 war der Leitsatz, daß der volle Sieg dieser Revolution nur als Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft möglich ist. Wie lautet die *ökonomische* Begründung dieser Auffassung? Zuerst in „Zwei Taktiken“ (1905)* und dann in zahlreichen Artikeln in Zeitungen und Sammelbänden von 1906 und 1907 haben wir stets folgende Begründung gegeben: Die kapitalistische Entwicklung Rußlands ist bereits endgültig vorausbestimmt und unvermeidlich, sie kann sich jedoch in zwei Formen vollziehen: in der sogenannten „preußischen“ Form (Beibehaltung der Monarchie und des gutsherrlichen Grundbesitzes, Schaffung einer starken, d. h. kapitalistischen Bauernschaft auf dem vorhandenen historischen Boden usw.)

* Siehe Werke, Bd. 9, S. 1-130. *Die Red.*

und in der sogenannten „amerikanischen“ Form (bürgerliche Republik, Aufhebung des gutsherrlichen Grundbesitzes, Schaffung einer Farmerschaft, d. h. einer freien kapitalistischen Bauernschaft mittels eines radikalen Umbruchs der gegebenen historischen Verhältnisse). Das Proletariat muß für den zweiten Weg kämpfen, denn er garantiert am besten die freie und schnelle Entwicklung der Produktivkräfte des kapitalistischen Rußlands, doch der Sieg in diesem Kampf ist nur möglich im revolutionären Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft.

Eben diese Auffassung ist in der Resolution des Londoner Parteitag über die Parteien der Volkstümler oder der Trudowiki und über die Stellung der Sozialdemokraten zu ihnen dargelegt. Bekanntlich betrifft die Gegnerschaft der Menschewiki gegen diese Resolution vorwiegend gerade diese spezielle Frage, die wir hier erörtern. Wie labil jedoch die ökonomische Begründung ihrer Position ist, geht aus folgender Äußerung des einflußreichen menschewistischen Publizisten auf dem Gebiet der Agrarfrage in Rußland, des Gen. Maslow, hervor. Im zweiten Band der „Agrarfrage“, der im Jahre 1908 erschien (das Vorwort ist vom 15. Dezember 1907 datiert), schrieb Maslow: „Solange“ (hervorgehoben von Maslow) „sich auf dem Dorf keine rein kapitalistischen Verhältnisse herausgebildet haben, solange die Ernährungspacht“ (Maslow gebraucht ohne Grund diesen wenig glücklichen Terminus an Stelle des Terminus: knechtende fronherrliche Pacht) „existiert, bleibt auch die Möglichkeit der für die Demokratie vorteilhaftesten Lösung der Agrarfrage bestehen. Die bisherige Weltgeschichte kennt zwei Typen der Herausbildung der kapitalistischen Ordnung: den Typ, der in Westeuropa (außer in der Schweiz und einigen kleinen Teilen in anderen europäischen Staaten) vorherrscht, der das Ergebnis eines Kompromisses zwischen dem Adel und der Bourgeoisie ist, und den Typ der Agrarverhältnisse, der sich in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in den englischen und anderen Kolonien herausgebildet hat. Die von uns angeführten Daten über den Stand der Agrarfrage in Rußland geben uns keine ausreichenden Grundlagen, mit Bestimmtheit zu behaupten, welcher Typ der Agrarverhältnisse sich bei uns konsolidieren wird, und subjektive und willkürliche Schlussfolgerungen zu ziehen verbietet das ‚wissenschaftliche Gewissen‘...“ (S. 457.)

Das ist richtig. Das ist jedoch die volle Anerkennung der ökonomischen Begründung der bolschewistischen Taktik. Es geht nicht um einen „revo-

lutionären Taumel“ (wie die „Wechi“-Leute und die Tscherewanin glauben), sondern um die *objektiven*, die ökonomischen Bedingungen, die die Möglichkeit des „amerikanischen“ Weges des Kapitalismus in Rußland bieten. In seiner Geschichte der Bauernbewegung in den Jahren 1905 bis 1907 mußte Maslow unsere Hauptprämissen anerkennen. Das Agrar-„Programm der Kadetten“, schreibt er ebenda, „ist das utopischste, weil es keine breite Gesellschaftsklasse gibt, die an einer für die Kadetten wünschenswerten Lösung der Frage interessiert wäre: es siegen entweder die Interessen der Grundbesitzer mit künftigen politischen Zugeständnissen“ (Maslow will sagen: wobei Zugeständnisse an die grundbesitzende Bourgeoisie unvermeidlich sind) „oder die Interessen der Demokratie“ (S. 456).

Auch das ist richtig. Daraus folgt, daß in der Revolution die Taktik der Unterstützung der Kadetten durch das Proletariat „utopisch“ war. Daraus folgt, daß die Kräfte der „Demokratie“, d. h. der demokratischen Revolution, die Kräfte des Proletariats und der Bauernschaft sind. Daraus folgt, daß es zwei Wege der *kapitalistischen* Entwicklung gibt: den einschlagen die „Grundbesitzer ein, die der Bourgeoisie Zugeständnisse machen“, den anderen wollen und können die Arbeiter und Bauern einschlagen (vgl. Maslow, S. 446: „Wenn das ganze Gutsbesitzerland unentgeltlich in die Nutzung der Bauernschaft überginge, so würde sich auch dann . . . der Prozeß der Kapitalisierung der Bauernwirtschaft vollziehen, jedoch schmerzloser . . .“).

Wir sehen, wenn Maslow als Marxist urteilt, so urteilt er bolschewistisch. Und hier ein Beispiel, wie er gleich einem Liberalen urteilt, wenn er die Bolschewiki tadelt. Dieses Beispiel finden wir, wie könnte es anders sein, in dem liquidatorischen Werk „Die gesellschaftliche Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts“, das unter der Redaktion von Martow, Maslow und Potressow erscheint; in dem Abschnitt „Fazit“ (Bd. I) finden wir einen Artikel von Maslow „Die Entwicklung der Volkswirtschaft und ihr Einfluß auf den Klassenkampf im 19. Jahrhundert“. In diesem Artikel lesen wir auf Seite 661:

„Einige der Sozialdemokraten begannen die Bourgeoisie als hoffnungslos reaktionäre Klasse und verschwindend kleine Größe zu betrachten. Nicht nur die Kraft und Bedeutung der Bourgeoisie wurden unterschätzt, sondern auch die historische Rolle dieser Klasse wurde außerhalb der historischen Perspektive

betrachtet: die Teilnahme der mittleren und der Kleinbourgeoisie an der revolutionären Bewegung und die ihr von der Großbourgeoisie in der ersten Periode der Bewegung entgegengebrachte Sympathie wurden ignoriert; man bestimmte auch im voraus für die Zukunft die reaktionäre Rolle der Bourgeoisie usw." (so steht es da: „usw.“!). „Daraus wurde die Schlußfolgerung von der Unvermeidlichkeit der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft abgeleitet, die dem gesamten Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung widersprechen würde.“

Dies ist eine Tirade ganz und gar im Geiste der „Wechi“. Dies ist Brentanoscher, Sombartscher oder Struvescher „Marxismus“.³³ Die Position des Verfassers dieser Tirade ist eben die Position eines Liberalen zum Unterschied von einem bürgerlichen Demokraten. Denn ein Liberaler ist eben deshalb ein Liberaler, weil er keinen anderen Weg der bürgerlichen Entwicklung sieht und zulassen will als den gegebenen, d. h. den Weg unter Führung der Grundbesitzer, die „Zugeständnisse“ an die Bourgeoisie machen. Ein Demokrat ist eben deshalb ein Demokrat, weil er einen anderen Weg sieht und für ihn kämpft, nämlich für den Weg, der vom „Volk“, d. h. von der Kleinbourgeoisie, der Bauernschaft und dem Proletariat, eingeschlagen wird, doch er sieht nicht das bürgerliche Wesen auch dieses Weges. Im „Fazit“ des liquidatorischen Werkes hat Maslow alles wieder vergessen, die zwei Wege der bürgerlichen Entwicklung, die Stärke der amerikanischen Bourgeoisie (auf russisch: der aus der Bauernschaft hervorgehenden, und zwar auf einem Boden, den man auf revolutionärem Wege vom gutsherrlichen Grundbesitz gesäubert hat), die Schwäche der preußischen Bourgeoisie (die unter der Botmäßigkeit der „Grundbesitzer“ steht), er hat vergessen, daß die Bolschewiki niemals von der „Unvermeidlichkeit“ der „Diktatur“ gesprochen haben, sondern von ihrer Notwendigkeit für den Sieg des amerikanischen Weges; er hat vergessen, daß die Bolschewiki die „Diktatur“ nicht aus der Schwäche der Bourgeoisie abgeleitet haben, sondern aus den objektiven, den ökonomischen Bedingungen, die die Möglichkeit einer zweifachen Entwicklung der Bourgeoisie bieten. In theoretischer Hinsicht ist die angeführte Tirade ein Knäuel von Widersprüchen (von denen sich Maslow selbst im II. Band der „Agrarfrage“ distanziert hat); in praktisch-politischer Hinsicht ist diese Tirade Liberalismus, die ideologische Verteidigung des extremen Liquidatorentums.

Betrachten wir nun, wie die labile Position in der ökonomischen Hauptfrage zu labilen politischen Schlußfolgerungen führt. Hier ein Zitat aus Martows Artikel „Wohin gehen?“ (Nr. 13 des „Golos Sozial-Demokrata“): „Im heutigen Rußland vermag gegenwärtig niemand vorauszusagen, ob bei einer neuen politischen Krise günstige objektive Bedingungen für eine radikale demokratische Revolution geschaffen werden; wir können lediglich jene konkreten Bedingungen umreißen, bei deren Vorhandensein eine solche Revolution unvermeidlich wird. Solange die Geschichte diese Frage nicht so gelöst hat wie für Deutschland im Jahre 1871, solange darf die Sozialdemokratie nicht auf die Aufgabe verzichten, der unvermeidlichen politischen Krise mit ihrer eigenen revolutionären Lösung des politischen, des nationalen und des Agrarproblems entgegenzuschreiten (demokratische Republik, volle Freiheit der Selbstbestimmung und Konfiskation des gutsherrlichen Grundbesitzes). Sie muß jedoch einer solchen Krise *entgegenschreiten*, die endgültig über die ‚deutsche‘ oder ‚französische‘ Vollendung der Revolution entscheiden wird, und nicht in Erwartung des Eintretens der Krise *untätig verharren*.“

Richtig. Ausgezeichnete Worte, die genau die Resolution der Parteikonferenz vom Dezember 1908 wiedergeben. Eine solche Auffassung entspricht voll und ganz den Worten Maslows im zweiten Band der „Agrarfrage“ sowie der Taktik der Bolschewiki. Eine solche Auffassung unterscheidet sich entschieden von der Position, die in dem berühmten Ausruf zum Ausdruck kommt: „Die Bolschewiki haben auf der Dezemberkonferenz 1908 beschlossen, dorthin zu streben, wo sie schon einmal geschlagen worden sind.“³⁴ „Mit ihrer eigenen revolutionären Lösung der Agrarfrage schreiten“ können sie nur gemeinsam mit den *revolutionären* Schichten der bürgerlichen Demokratie, d. h. nur mit der Bauernschaft, nicht aber mit den Liberalen, die sich mit „Zugeständnissen der Grundbesitzer“ zufriedengeben. Der Konfiskation gemeinsam mit der Bauernschaft entgegen-schreiten – diese Formulierung unterscheidet sich nur durch einen anderen Ausdruck von der These: der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft entgegen-schreiten. Aber Martow, der in Nr. 13 des „Golos“ ganz dicht an die Position unserer Partei herangekommen ist, hält diese Position nicht konsequent ein und gleitet sowohl in dem liquidatorischen Werk „Die gesellschaftliche Bewegung“ als auch in derselben Nr. 13 ständig zu Potressow-Tscherewanin ab. Beispielsweise definiert er in diesem Artikel

die gegenwärtige Aufgabe als „Kampf für die *legale* Arbeiterbewegung, eingeschlossen den Kampf für die Erringung der eigenen legalen Existenz (der sozialdemokratischen Partei)“. So formulieren bedeutet, auf ein Zugeständnis an die Liquidatoren abzugleiten: Wir wollen die Festigung der sozialdemokratischen Partei, die alle legalen Möglichkeiten und alle Fälle eines offenen Auftretens ausnutzt; die Liquidatoren wollen die Partei zu rechtstutzen, bis sie in den Rahmen der legalen und offenen Existenz (unter Stolypin) paßt. Wir kämpfen für den revolutionären Sturz der Stolypinschen Selbstherrschaft, nutzen für diesen Kampf jegliches offene Auftreten aus, verbreitern die proletarische Basis der Bewegung zu diesem Ziel hin. Die Liquidatoren kämpfen für die legale Existenz der Arbeiterbewegung . . . unter Stolypin. Die Worte Martows, daß wir verpflichtet sind, für die Republik und für die Konfiskation des Grund und Bodens zu kämpfen, sind so abgefaßt, daß sie das Liquidatorentum *ausschließen*; seine Worte über den Kampf für die legale Existenz der Partei dagegen sind so abgefaßt, daß sie das Liquidatorentum *nicht ausschließen*. Auf dem Gebiet der Politik ist hier die gleiche Labilität vorhanden wie bei Maslow auf dem Gebiet der Ökonomie.*

Bei Martynow geht diese Labilität in dem Artikel zur Agrarfrage (Nr. 10/11) ins Unermeßliche. Martynow versucht, forsch gegen den „Proletari“ zu polemisieren; doch bei ihm kommt es auf Grund des Unvermögens, die Frage zu stellen, dazu, daß er hilflos und unbeholfen um sich schlägt. Im „Proletari“ komme es, sehen Sie, wie bei Tkatschow heraus: „Jetzt oder etwas später oder niemals!“³⁵ Dies „kommt heraus“ sowohl bei Maslow als auch bei Martow, werter Gen. Martynow; das muß bei jedem Marxisten herauskommen, denn es ist nicht von der *sozialistischen* Revolution (wie bei Tkatschow) die Rede, sondern von einer der beiden Methoden, die *bürgerliche* Revolution zu vollenden. Überlegen Sie doch, Gen. Martynow: können sich die Marxisten überhaupt verpflichten, die Konfiskation des Großgrundbesitzes zu unterstützen, oder sind sie verpflichtet, dies nur zu tun, „solange“ sich („jetzt oder etwas später“ – oder noch ziemlich lange Zeit, das wissen wir beide nicht) die kapitalistische Ordnung noch nicht endgültig „konsolidiert“ hat? Noch ein Beispiel. Das Gesetz vom

* Wir haben als Beispiel nur *eine* Erscheinungsform der politischen Labilität Martows gewählt, der in demselben Artikel in Nr. 13 von der bevorstehenden Krise als einer „konstitutionellen“ u. dgl. m. spricht.

9. November 1906³⁶ „erzeugte auf dem Lande große Wirren, richtige innere Fehden, die zuweilen bis zur Messerstecherei gehen“, sagt Martynow ganz richtig. Seine Schlußfolgerung: „In naher Zukunft auf eine einigermaßen einmütige und eindrucksvolle revolutionäre Erhebung der Bauernschaft, auf den Bauernaufstand, zu rechnen ist völlig unsinnig auf Grund dieser inneren Fehden.“ Den Aufstand, d. h. den Bürgerkrieg, den „inneren Fehden“ entgegenzustellen ist einfach lächerlich, werter Gen. Martynow; die Frage über die nahe Zukunft aber gehört überhaupt nicht hierher, denn es handelt sich nicht um praktische Direktiven, sondern um die *Linie* der gesamten Entwicklung in der Landwirtschaft. Noch ein Beispiel. „Das Ausscheiden aus der Dorfgemeinde wird forciert vorangetrieben.“ Richtig. Ihre Schlußfolgerung? „Es ist offensichtlich, daß sich die Umgestaltung auf gutsherrliche Art mit Erfolg vollziehen wird und daß im Verlauf weniger Jahre gerade in jenen ausgedehnten Gebieten Rußlands, wo noch unlängst die Agrarbewegung schärfste Formen annahm, die Dorfgemeinde zerstört sein wird; gleichzeitig mit ihr verschwindet aber die wichtigste Heimstatt der Ideologie der Trudowiki. Folglich entfällt eine der beiden Perspektiven des ‚Proletari‘, und zwar die ‚erfreuliche‘.“

Nicht um die Dorfgemeinde geht es, werter Gen. Martynow, denn sowohl der Bauernbund 1905 als auch die Trudowiki 1906/1907 forderten die Übergabe des Bodens nicht an die Dorfgemeinden, sondern an Einzelpersonen oder an freie Genossenschaften. Die Dorfgemeinde wird zerstört *sowohl* durch die Umgestaltung des alten Grundbesitzes auf Stolypinsche gutsherrliche Art *als auch* durch die Umgestaltung auf bäuerliche Art, d. h. durch die Konfiskation, die neue Agrarverhältnisse schafft. Die „erfreuliche“ Perspektive des „Proletari“ steht nicht mit der Dorfgemeinde und nicht mit der Trudowikibewegung als solcher in Zusammenhang, sondern mit der *Möglichkeit* einer „amerikanischen“ Entwicklung, mit der Schaffung eines freien Farmertums. Deshalb gerät Gen. Martynow hoffnungslos in Widersprüche, wenn er sagt, daß die erfreuliche Perspektive entfällt, und gleichzeitig erklärt, daß die „Losung von der Expropriation der Großgrundbesitzer nicht zu Grabe getragen wird“. Wenn sich der „preußische“ Typ konsolidiert, dann wird diese Losung zu Grabe getragen, und die Marxisten werden sagen: Wir haben alles nur mögliche für eine weniger schmerzhaft Entwicklung des Kapitalismus getan, uns bleibt jetzt nur der Kampf für die Vernichtung des Kapitalismus selbst.

Wenn diese Losung jedoch nicht zu Grabe getragen wird, so bedeutet dies, daß *objektive* Bedingungen für eine Überleitung des „Zuges“ auf amerikanische „Gleise“ vorhanden sein werden. Und dann werden die Marxisten es verstehen – wenn sie sich nicht in Anhänger Struves verwandeln wollen –, hinter der reaktionär-„sozialistischen“ Phraseologie der Kleinbürger, die deren subjektive Auffassungen zum Ausdruck bringt, den objektiv-realen Kampf der Massen für bessere Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung zu sehen.

Ziehen wir das Fazit. Diskussionen über die Taktik sind zwecklos, wenn sie nicht auf einer klaren Analyse der ökonomischen Möglichkeiten beruhen. Die Frage nach dem preußischen und dem amerikanischen Typ der Evolution in der Landwirtschaft Rußlands wurde durch den Kampf in den Jahren 1905–1907 aufgeworfen, der die Realität dieser Frage bewiesen hat. Stolypin geht einen weiteren Schritt auf dem preußischen Wege voran – dies übersehen hieße lächerliche Angst vor der bitteren Wahrheit haben. Wir müssen eine besondere historische Etappe auf dem Boden dieses neuen Schritts durchleben. Es wäre aber nicht nur lächerlich, sondern direkt ein Verbrechen, zu übersehen, daß Stolypin *bisher* nur die alte Lage kompliziert und verschärft hat, ohne Neues zu schaffen. Stolypin „setzt auf die Starken“ und will „20 Jahre Ruhe und Frieden“ haben für die „Reformierung“ (lies: Ausplünderung) Rußlands durch die Gutsbesitzer. Das Proletariat muß auf die Demokratie setzen, wobei es deren Kräfte nicht überschätzen, sich nicht auf einfaches „Vertrauen“ auf sie beschränken darf, sondern unentwegt die propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit entfalten muß, die alle Kräfte der Demokratie aufrüttelt – vor allem und in erster Linie die Bauernmassen –, die sie zum Bündnis mit der fortgeschrittenen Klasse, zur „Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ mit dem Ziel des vollen demokratischen Sieges und der Gewährleistung der besten Bedingungen für die schnellste und freieste Entwicklung des Kapitalismus aufruft. Verzichtet das Proletariat auf diese Erfüllung seiner demokratischen Pflicht, so führt dies unweigerlich zu Schwankungen und ist *objektiv* nur Wasser auf die Mühle der konterrevolutionären Liberalen außerhalb der Arbeiterbewegung und der Liquidatoren innerhalb der Arbeiterbewegung.

„Proletari“ Nr. 50,
28. November (11. Dezember) 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

DIE METHODEN DER LIQUIDATOREN UND DIE PARTEIAUFGABEN DER BOLSCHEWIKI

Die Krise, die unsere Partei zur Zeit durchmacht, ist, wie wir schon des öfteren gesagt haben, durch die Unbeständigkeit der kleinbürgerlichen Elemente zu erklären, die sich der Bewegung der Arbeiterklasse in der Revolution angeschlossen und jetzt auf dem einen Flügel das Liquidatorientum der Menschewiki, auf dem anderen den Otsowismus-Ultimatismus hervorgebracht haben. Der Kampf an zwei Fronten ist daher eine notwendige Aufgabe für die Verfechtung der richtigen revolutionär-sozialdemokratischen Taktik und für den Aufbau der Partei. Und diesen Kampf führt die bolschewistische Fraktion unentwegt, wodurch sie alle wirklich parteitreuen, wirklich marxistischen, sozialdemokratischen Elemente schmiedet und zusammenschließt.

Um diesen Kampf um die Partei erfolgreich führen zu können – denn die *Partei* hat auf der Dezemberkonferenz 1908 das Liquidatorientum entschieden verurteilt und sich ebenso entschieden auf derselben Konferenz vom Otsowismus-Ultimatismus abgegrenzt –, muß man einen klaren Begriff von den Verhältnissen haben, unter denen dieser Kampf innerhalb der Sozialdemokratie geführt werden muß. Der „Golos Sozial-Demokrata“ Nr. 16/17 und die neueste Schöpfung der Otsowisten-Ultimatisten, fast eine Zeitung (ein achtseitiges Blatt der Genossen Maximow und Lunatscharski „An alle Genossen“), verdienen Aufmerksamkeit vor allem deshalb, weil sie diese Verhältnisse anschaulich wiedergeben. Sowohl der „Golos“ als auch Maximow und Co. decken die Liquidatoren. Die Gleichartigkeit der Methoden der Liquidatoren von rechts und der Liquidatoren von links springt ins Auge und beweist damit die gleiche Labilität dieser und jener Position.

Liquidatorientum – das ist ein „absichtlich verschwommenes, böswillig

unbestimmtes Wörtchen“, versichert der Leitartikler des „Golos“. Maximow beteuert, der „Proletari“ übertreibe die Meinungsverschiedenheiten mit den Ultimativisten in der Praxis und bausche sie auf zu prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten. Armer „Golos“! Bislang konnte er die ganze „böswillige Erfindung“ den Bolschewiki, d. h. den „Fraktionsgegnern“, in die Schuhe schieben. Jetzt muß man Plechanow und den „Bund“ (siehe Nr. 3 der „Otkliki Bunda“ [Stimmen des „Bund“] über das Liquidatorenentum im „Bund“) der böswilligen Erfindung bezichtigen. Machen nun Plechanow und die Bundisten oder macht der „Golos“ „böswillig“ Ausflüchte, was ist wahrscheinlicher?

Wir sind keine Liquidatoren, beteuert der „Golos“, wir legen nur die Parteimitgliedschaft anders aus; den Paragraphen 1 des Statuts haben wir in *Stockholm* in der bolschewistischen Formulierung angenommen, das ist jedoch nicht schlimm; gerade jetzt, da uns Plechanow des Liquidatorenentums beschuldigt hat, holen wir den Paragraphen 1 hervor und werden unser ganzes berüchtigtes Liquidatorenentum so auslegen, daß wir lediglich den Begriff Partei erweitern wollen. Die Partei, sehen Sie, ist nicht nur die Summe der Parteioorganisationen (wie wir selbst es in *Stockholm* den Bolschewiki zugestanden haben), sondern die Partei sind auch alle diejenigen, die *außerhalb* der Parteioorganisation, unter Kontrolle und Führung der Partei arbeiten!

Welch großartige Finte, welch geniale Erfindung: Es gibt kein Liquidatorenentum, sondern nur die alten Streitigkeiten um den Paragraphen 1! Schlimm ist nur, daß ihr damit die von Plechanow ausgesprochenen Beschuldigungen *bestätigt*, werte „Golos“-Leute; denn *in Wirklichkeit* habt ihr, wie dies jeder parteitreue Sozialdemokrat und jeder sozialdemokratische Arbeiter sofort versteht, den alten Plunder über den Paragraphen 1 *eben zur Verteidigung* des Liquidatorenentums (=Ersetzung der Parteioorganisation durch eine „formlose“ legale Organisation: siehe die Resolution der Dezemberkonferenz 1908) hervorgeholt. *In Wirklichkeit* öffnet ihr eben damit den Liquidatoren Tür und Tor, soviel ihr auch *in Worten* versichern mögt, daß ihr das Tor für die sozialdemokratischen Arbeiter öffnen „wollt“.

Genauso Maximow, der glauben machen will, daß er kein Verfechter des Otsowismus sei, daß er lediglich (lediglich!) die Frage der Beteiligung an der Duma für „sehr, sehr strittig“ halte. Paragraph 1 ist strittig, die

Beteiligung an der Duma ist strittig – was hat das mit den „böswilligen“ Erfindungen über Otsowismus und über Liquidatorenentum zu tun?

Wir sind keine Liquidatoren, beteuert der „Golos“, wir finden nur, daß von Plechanow „die Frage glatt umgangen wurde, wie man sich verhalten soll, wenn der Aufbau einer Zelle nichts mehr und nichts weniger als eben deren Umgestaltung hemmt“. In Wirklichkeit hat Plechanow diese Frage nicht umgangen, sondern sie klipp und klar gelöst: auf das Entfernen der Otsowisten-Ultimatisten durch die Bolschewiki hat er mit dem Aufruf, der Partei die Treue zu halten, mit der Verurteilung der Spaltung und des Liquidatorenentums geantwortet. Die Zelle ist der Typ der illegalen Parteiorganisation, in der in der Regel die Bolschewiki herrschen und deren Umgestaltung (für die Beteiligung an der Duma, für die Beteiligung an legalen Vereinigungen usw.) von den Otsowisten *gehemmt wurde*. Die parteitreuen Menschewiki konnten auf das Entfernen der Otsowisten durch die Bolschewiki nicht anders reagieren, als Plechanow reagiert hat. Der „Golos“ hingegen dreht und wendet sich und *unterstützt* in Wirklichkeit die Liquidatoren, indem er in seiner illegalen Auslandsausgabe das Geschwätz der *Liberalen* zum Thema des verschwörerischen Charakters der bolschewistischen Organisationen, des Nichtbereitseins der Bolschewiki, breite Arbeiterorganisationen aufzubauen, an Kongressen teilzunehmen, und anderes mehr *wiederkaut* (denn wenn die Zellen an den neuen „Möglichkeiten“ *teilnehmen*, haben sie sich damit auch für die Teilnahme umgestaltet, meistern sie in der Tat die Umgestaltung). Zu sagen, daß der „Aufbau“ der Zelle deren Umgestaltung hemmt, bedeutet, *in der Tat* die Spaltung zu propagieren, die spalterischen Schritte der Liquidatoren *gegen* die Partei, die aus der Summe der eben nach der jetzigen Weise aufgebauten Zellen besteht, zu rechtfertigen.

Wir sind keine Liquidatoren, keine Legalisten, wir beteuern nur in einer Publikation der „Partei“ (dem Aushängeschild nach!), in einer „illegalen“ (jedoch von Frau Kuskowa gebilligten!) Publikation, daß der Aufbau der Zelle (und der Summe der Zellen, der Partei) die Umgestaltung der Partei *hemmt*. Wir sind keine Otsowisten, wir vereiteln nicht die Dumaarbeit der Sozialdemokratie, wir versichern lediglich (im Jahre 1909), daß die Frage der Beteiligung an der Duma „sehr strittig“ ist und daß für unsere Partei der „Dumaismus“ alles andere verdrängt. Welche von diesen Liquidatoren zweierlei Typs fügen der Partei größeren Schaden zu?

Plechanow hat die Mitarbeit an dem Werk „Die gesellschaftliche Bewegung“ aufgekündigt und erklärt, daß Potressow kein Revolutionär mehr ist. Potressow schreibt Martow einen Brief: Weshalb hat man mich gekränkt? Ich weiß es nicht. Martow antwortet: Ich weiß es auch nicht. Beide Redakteure stellen „Ermittlungen“ (Ausdruck des „Golos“!) hinsichtlich der Gründe für die Unzufriedenheit Plechanows an. Beide Redakteure schreiben einem dritten Redakteur, Maslow, aber es erweist sich, daß auch Maslow nicht weiß, aus welchem Grunde Plechanow weggeht. Jahrelang haben sie mit Plechanow zusammengearbeitet, sie hatten versucht, auf *Hinweis Plechanows* den Artikel Potressows zu korrigieren, und als ihnen in der Presse ganz öffentlich die Beschuldigung entgegengeschleudert wurde, da begriffen sie auf einmal nicht, wessen Plechanow Potressow beschuldigt, stellen „Ermittlungen“ darüber an! Bis zu diesem unglücklichen Vorfall waren sie alle solche versierte, solche erfahrene Publizisten – doch jetzt haben sie sich in Kinder verwandelt, die „nicht wissen“, welchen Geist der Absage an die Revolution Tscherewanins Artikel, Potressow, die gesamte „Gesellschaftliche Bewegung“ atmen. Genosin Roland-Holst bemerkte diesen Geist bei Tscherewanin – offenbar auch aus Böswilligkeit! Aber Tscherewanin, der *einträchtig mit Potressow* weiterhin im *gleichen* Geist schreibt, brachte irgendwo einen *kleinen Vorbehalt* unter . . . wo ist denn hier Liquidatorentum? Die Kadetten = „Wechi“-Leute mit kleinen Vorbehalten. Tscherewanin, Potressow und „Die gesellschaftliche Bewegung“ = Absage an die Revolution mit kleinen Vorbehalten. Ja ja, welch ein absichtlich verschwommenes, böswillig unbestimmtes Wörtchen, das Wörtchen „Liquidatorentum“!

Aber gleichermaßen absichtlich verschwommen, böswillig unbestimmt ist das Wörtchen „Gottbildnertum“, zetern Maximow und Lunatscharski; wenn man Tscherewanin decken kann, indem man einen *kleinen Vorbehalt* äußert, warum soll denn Lunatscharski schlechter dran sein als Tscherewanin und Potressow? Und Lunatscharski klügelt gemeinsam mit Maximow einen *kleinen Vorbehalt* aus. „Warum gehe ich von dieser Terminologie ab?“ – so ist das Hauptkapitel im Artikel von Lunatscharski betitelt. Ersetzen wir die unbequemen Termini, sprechen wir weder von Religion noch von Gottbildnertum . . . dafür um so mehr von „Kultur“ . . . finde sich dann mal einer da zurecht, was wir euch unter dem Mantel einer neuen, wahrhaft neuen und wahrhaft sozialistischen „Kultur“ anbieten.

Die Partei ist so aufdringlich, so intolerant (Kapitel über „Intoleranz“ bei Lunatscharski) – wohlan, verändern wir die „Terminologie“, denn sie kämpfen gar nicht gegen die Ideen, sondern gegen die „Terminologie“ . . .

Was ist, werte „Golos“-Leute, schickt ihr euch nicht an, in Nr. 18/19 den Verzicht auf die Terminologie zu erklären . . . beispielsweise hinsichtlich des Liquidatorentums? Was ist, Redakteure der „Gesellschaftlichen Bewegung“, schickt ihr euch nicht an, in den Bänden III-X zu erläutern, daß „ihr nicht verstanden wurdet“, daß ihr keinerlei „Idee der Hegemonie“ angezweifelt habt, daß ihr nicht im mindesten den Geist des Liquidatorentums . . . keineswegs! . . . billigt?

Die Petersburger Otsowisten-Ultimatisten, die schon seit langem die gesamte Arbeit des Petersburger Komitees stören, brachten am Vorabend der Wahlen zur Duma (im September 1909) eine Resolution durch, die in der Tat die Wahlen hintertrieb. Die Arbeiter begannen im Namen der Partei zu rebellieren und erzwingen von den Liquidatoren von links die Aufhebung dieser unsinnigen Resolution. Maximow dreht und wendet sich jetzt: die Resolution, nun ja, sei „äußerst fehlerhaft“, aber die Genossen „sind selbst von ihr abgegangen“. „Es ist eine klare Sache“, schreibt Maximow, „der Ultimatismus an und für sich hat mit diesem Fehler nichts zu tun.“ Nicht das ist klar, Genosse Maximow, sondern klar ist, daß das für die Partei verderbliche Liquidatorentum von links von Ihnen bemäntelt wird. – Die Menschewiki des Wiborger Bezirks in Sankt Petersburg traten gegen das Liquidatorentum auf (wahrscheinlich ebenfalls einzig und allein wegen ihrer Böswilligkeit?). Der „Golos“ billigte anfangs ihr Verhalten (dem „Proletari“ folgend). Jetzt tritt in Nr. 16/17 des „Golos“ der menschewistische Liquidator G-g³⁷ auf und schimpft wie ein Rohrspatz auf die Wiborger, schimpft in der gemeinsten Art und Weise. Er beschimpft – man stelle sich das nur vor – die Menschewiki in einem menschewistischen Organ als Bolschewiki! Die Redaktion des „Golos“ wird bescheiden, ganz bescheiden, unschuldig, ganz unschuldig und wäscht auf Maximowsche Art die Hände in Unschuld: „Wir übernehmen keine Verantwortung“ (S. 2, Spalte 2 der Beilage zu Nr. 16/17), „das ist eine Frage des Faktums . . .“

. . . Welche böswilligen Verleumder haben nur die „Legende“ (ein Ausdruck Martows im „Vorwärts“³⁸) ausgedacht, der „Golos“ bemäntelte das Liquidatorentum, leiste dem Liquidatorentum Vorschub! Ist das etwa

keine Verleumdung, den Liquidatoren leiste derjenige Vorschub, der in einem illegalen Organ die Dumaarbeit des Zentralkomitees lächerlich macht und dabei unterstellt, daß diese Arbeit zur Entfaltung gekommen sei, „seitdem die Mehrheit der ZK-Mitglieder im Ausland lebt“ (ebenda) – um so mehr, als es *unmöglich ist*, diese Unterstellungen zu widerlegen, d. h. die Wahrheit über die Dumaarbeit des illegalen Zentralkomitees zu *berichten* . . .

Maximow versichert, daß die Frage, ob eine Führung der Dumafraktion *durch die Partei* möglich ist, sehr, sehr strittig sei (nach zweijähriger Erfahrung). Der „Golos“ versichert, daß diese Führung von seiten der Partei – leere Worte seien („seitdem die Mehrheit der Mitglieder des Zentralkomitees im Ausland lebt“). Sowohl Maximow als auch die „Golos“-Leute legen die Hand aufs Herz und beteuern, daß nur Verleumder Gerüchte von einer *partei-feindlichen* Tätigkeit der rechten und linken Liquidatoren in Umlauf setzen.

Sowohl Maximow als auch die „Golos“-Leute erklären den ganzen Kampf gegen das Liquidatorientum damit, daß einige Personen und Gruppen Neigungen zum „Rausschmeißen“ haben. Maximow gebraucht gerade dieses Wort. Der „Golos“ kennzeichnet mit Entrüstung den Aufruf Plechanows zur generellen Abgrenzung als „Chirurgie“, als Methode, „zu scheren, zu barbieren und zur Ader zu lassen“, als Methoden von „Sobakewitsch*-Lenin“, als Methoden des „Raufbolds“ P.³⁹ (P. = ein Plechanowscher Menschewik, der den Mut hatte, offen die Wahrheit über das Liquidatorientum der Tscherewanin, Larin und Potressow zu sagen). Der „Proletari“ mache in Diplomatie, kokettiere mit Plechanow (Maximow), der „Proletari“ scharwenzle um Plechanow („Golos“: der Plechanow gegenüber „dienstbeflissene Feuilletonist“ des „Proletari“). Man sieht: die Maximow- und die „Golos“-Leute erklären auf ganz gleiche Weise die neuen Spaltungen und neuen Gruppierungen.

Überlassen wir den Hampelmännern solche Erklärungen und kommen wir zur Sache.

Das Liquidatorientum ist eine tiefgreifende soziale Erscheinung, die untrennbar mit der konterrevolutionären Einstellung der liberalen Bourgeoisie, mit der Auflösung und dem Verfall innerhalb des demokratischen Kleinbürgertums in Zusammenhang steht. Auf tausenderlei Art bemühen

* Sobakewitsch – Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen“. *Der Übers.*

sich die Liberalen und die kleinbürgerlichen Demokraten, die revolutionäre sozialdemokratische Partei zu zersetzen, zu unterhöhlen, sie niederzuwerfen und den Boden für solche legalen Arbeitervereinigungen vorzubereiten, in denen sie Erfolg haben könnten. Und in solch einer Zeit kämpfen die Liquidatoren ideologisch und organisatorisch gegen den wichtigsten Überrest der gestrigen Revolution, gegen das wichtigste Bollwerk der morgigen Revolution. Die „Golos“-Leute (von denen die Partei nichts weiter verlangt, als einen ehrlichen, offenen, vorbehaltlosen Kampf gegen die Liquidatoren) stützen die Liquidatoren mit ihren Ausflüchten. Der Menschewismus ist durch die Geschichte der Konterrevolution in die Enge getrieben: entweder kämpfe gegen das Liquidatorentum oder werde sein Helfershelfer. Der Menschewismus mit umgekehrtem Vorzeichen, d. h. der Otsowismus-Ultimatismus, führt in Wirklichkeit ebenfalls zur Verstärkung des Liquidatorentums: wenn man weiterhin über die Duma- und die legale Arbeit „streitet“, wenn man darauf aus ist, die alte Organisation zu erhalten, ohne sie der neuen historischen Periode, den veränderten Bedingungen anzupassen, so ist dies *faktisch* eine Politik der revolutionären Untätigkeit, der Zerstörung der illegalen Organisation.

Den Bolschewiki erwächst die Aufgabe, an zwei Fronten zu kämpfen – die Aufgabe eines „Zentrums“ (deren Wesen Maximow nicht begriffen hat, der darin Unaufrichtigkeit und Diplomatie erblickt). Es ist unmöglich, die illegale sozialdemokratische Organisation zu erhalten und zu festigen, wenn sie nicht systematisch, beständig, schrittweise umgestaltet wird zwecks Meisterung der gegenwärtigen schweren Lage, zwecks langwieriger Arbeit mit Hilfe der „Stützpunkte“ all und jeder legalen Möglichkeiten.

Die objektiven Bedingungen haben der Partei diese Aufgabe diktiert. Wer wird sie lösen? Dieselben objektiven Bedingungen haben die *Annäherung der Parteitreuen* aller Fraktionen und Teile der Partei diktiert, vor allem die Annäherung zwischen den Bolschewiki und den parteitreuen Menschewiki, den Menschewiki vom Typ der Wiborger in St. Petersburg und der Plechanowleute im Ausland. Die Bolschewiki haben ihrerseits offen die Notwendigkeit dieser Annäherung verkündet, und wir rufen *alle Menschewiki*, die offen gegen das Liquidatorentum zu kämpfen vermögen, die offen Plechanow zu unterstützen vermögen, und natürlich an erster Stelle und vor allen Dingen die menschewistischen Arbeiter dazu

auf. Die Annäherung wird sich schnell und umfassend vollziehen, wenn ein *Übereinkommen* mit den Plechanowleuten möglich ist: ein Übereinkommen auf der Grundlage des Kampfes für die Partei und für das Parteiprinzip, gegen das Liquidatorentum, ohne jede ideologischen Kompromisse, ohne jede Vertuschung der taktischen und anderen Meinungsverschiedenheiten *im Rahmen* der Parteilinie. Mögen alle Bolschewiki und insbesondere die bolschewistischen Arbeiter an der Basis alles tun, damit solche Übereinkommen getroffen werden.

Sollten sich die Plechanowleute als zu schwach oder nicht genügend organisiert erweisen oder auf ein Übereinkommen nicht eingehen wollen, dann werden wir dieses Ziel auf einem Weg verfolgen, der länger ist, aber wir werden es verfolgen und in jedem Fall auch erreichen. Dann wird die Fraktion der Bolschewiki allein Neugestalter der Partei auf dem Gebiet der praktischen Arbeit bleiben, sie wird sofort und unverzüglich diese Arbeit aufnehmen (denn Plechanow unterstützt die Partei nur literarisch). Spannen wir alle Kräfte an, um diese Neugestaltung voranzutreiben, seien wir unerbittlich gegenüber den verachtungswürdigen Winkelzügen und Ausflüchten der „Golos“- und Maximowleute, entlarven wir auf jedem Schritt der praktischen Parteiarbeit die Parteifeindlichkeit dieser und jener, und prangern wir sie vor dem Proletariat an.

Die Arbeiterklasse hat der gesamten bürgerlichen Revolution in Rußland den Stempel ihrer, der proletarischen, revolutionär-sozialdemokratischen Taktik aufgedrückt. Keinerlei Anstrengungen der Liberalen, der Liquidatoren und der Helfershelfer des Liquidatorentums werden diese Tatsache ausmerzen. Und die fortschrittlichen Arbeiter werden die revolutionäre sozialdemokratische Partei *gemeinsam* mit denjenigen bauen und aufbauen, die ihnen dabei helfen wollen, *gegen* diejenigen, die dabei nicht helfen wollen oder dazu nicht fähig sind.

„Proletari“ Nr. 50,
28. November (11. Dezember) 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

DER „GOLOS SOZIAL-DEMOKRATA“
UND TSCHEREWANIN⁴⁰

Genosse Tscherewanin ist der Typ und das Musterbeispiel des ideologischen Liquidators unter den Menschewiki. Er brachte dies voll und ganz in seinem bekannten Buch „Das Proletariat usw.“ zum Ausdruck. Das Liquidatorentum ist darin dermaßen stark, daß die bekannte holländische Schriftstellerin, die Marxistin Roland-Holst, Verfasserin des Vorworts zur deutschen Übersetzung, nicht umhinkonnte, gegen die Verfälschung des Marxismus und seine Ersetzung durch den Revisionismus zu protestieren. *Daraufhin* veröffentlichte die Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata“ im „Vorwärts“ eine Lossage von Tscherewanin und erklärte, daß führende Menschewiki mit ihm nicht einverstanden seien. Der „Proletari“ wies auf den Jesuitismus einer derartigen Lossage hin, die im „Golos“ nicht nachgedruckt wurde und der keine systematische Erläuterung der „Fehler“ Tscherewanins in der russischen Presse folgte.* Handeln etwa nicht gerade so die bürgerlichen Minister von Stolypin bis Briand: Vorbehalt, Berichtigung, Lossage von dem zu weit gegangenen Gesinnungsgenossen, von dem übereifrigen Anhänger und unter diesem Deckmantel – Fortsetzung der alten Linie?

In Nr. 16/17 veröffentlicht der „Golos“ einen Brief Tscherewanins an die Redaktion und deren Nachsatz dazu. Der „Proletari“ wird des „Verleumdertums“ beschuldigt, weil wir dem Publikum „unterschlagen“ hätten, daß Tscherewanin selbst in seinem Buch „Die gegenwärtige Lage und die mögliche Zukunft“ (Moskau 1908) den „Fehler berichtigt hat“.

Zeigen wir also den Lesern wieder einmal, *welcherart die Methoden* der „Golos“-Leute sind und was es bedeutet, wenn sie den „Proletari“ wegen „Verleumdungen“ hinsichtlich ihres Liquidatorentums anklagen.

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 455–463. *Die Red.*

Wir beschränken uns auf einige wenige Zitate aus dem angeführten neuen Buch von Tscherewanin. Seite 173: „Im allgemeinen gehe ich nicht im mindesten von der Analyse ab, die ich in meinem Buch ‚Das Proletariat in der Revolution‘ gegeben habe. Das Proletariat und die Sozialdemokratie haben zweifellos eine Reihe Fehler begangen, die den Sieg der Revolution unbedingt erschweren mußten, *selbst wenn dieser Sieg möglich gewesen wäre* (hervorgehoben von Tscherewanin). Nun muß man aber schon die Frage stellen, ob dieser Sieg tatsächlich möglich war und ob allein die Fehler des Proletariats und der Sozialdemokratie die Ursachen für die Niederlage der Revolution waren. Bereits die Fragestellung selbst gibt unwillkürlich auch die Antwort darauf. Die Niederlage der Revolution ist dermaßen schwer und die Lage der zur Macht gekommenen Reaktion ist zumindest für die nächsten Jahre dermaßen stabil, daß es völlig unmöglich wäre, die Ursachen dafür auf irgendwelche Fehler des Proletariats zurückzuführen. Es geht hier offensichtlich nicht um Fehler, sondern um irgendwelche tieferen Ursachen.“

Da haben wir die „Berichtigung des Fehlers“ von Tscherewanin, laut Erklärung des „Golos“! Tscherewanin geht nicht von seiner „Analyse“ ab, sondern *bekräftigt* sie, wobei er sich eine ganze Reihe neuer Perlen leistet (wie die statistische Bestimmung der „Kräfte der Revolution“ mit *einem Viertel* der Gesamtbevölkerung, 21,5–28 Prozent; über diese Perle ein andermal!). Tscherewanin fügt der These – das revolutionäre Proletariat hat Fehler begangen – hinzu: die Revolution hatte als „*potentielle*“ Kraft (S. 197, hervorgehoben von Tscherewanin) nicht mehr als ein Viertel der Bevölkerung zur Verfügung – und die „Golos“-Leute nennen dies „Berichtigung“ und machen ein Geschrei über Verleumdertum des „Proletari“.

Seite 176: „Stellen wir uns vor, die Menschewiki hätten jederzeit konsequent an den menschewistischen Positionen festgehalten, wären nicht unter dem Einfluß des revolutionären Taumels zu Bolschewiki geworden, als sie an dem Novemberstreik in Petersburg, an der Einführung des Achtstundentages auf revolutionärem Wege, an dem Boykott der ersten Duma teilnahmen.“ (Schlußfolgerung: Die Taktik des Proletariats hätte sich verbessert, aber die Niederlage wäre trotzdem erfolgt.)

Seite 138: „Möglicherweise sind im stürmischen Jahr 1905 die revolutionären und oppositionellen (hört, hört!) Parteien in ihren Perspek-

tiven hinsichtlich eines radikalen Umbruchs der politischen und Agrarverhältnisse zu weit gegangen.“

Das reicht wohl? Die Wiederholung und Bekräftigung des Liquidatoren- und Renegatentums nennt der „Golos Sozial-Demokrata“ Berichtigung. Nächstens wird die deutsche Übersetzung der „Gegenwärtigen Lage“ erscheinen: die „Golos“-Leute veröffentlichen für die Deutschen eine neue Lossage, Tscherewanin veröffentlicht einen neuen „Vorbehalt“, die liquidatorische Propaganda wird sich verstärken, der „Golos“ wird vornehme Entrüstung mimen, weil er verleumderisch des Liquidatorentums beschuldigt wurde. Es ist die alte, doch ewig neue Geschichte.

Maslow, Martow und Potressow können absolut nicht verstehen, können entschieden nicht verstehen, welcher „Geist“ der Schriften Potressows sogar den Marxisten Plechanow, der im Manövrieren gegenüber den Kadetten sehr weit gegangen ist – endlich! –, in Empörung versetzt hat. Versteht ihr das denn wirklich nicht, verehrte „Golos“-Leute? Auch nach den Zitaten aus dem „berichtigten“ Buch von Tscherewanin verstehen Sie das immer noch nicht? Wie bequem doch manchmal Begriffsstutzigkeit sein kann!

„Proletari“ Nr. 50,
28. November (11. Dezember) 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

MÄRCHEN DER BÜRGERLICHEN PRESSE ÜBER EINEN AUSSCHLUSS GORKIS

Schon seit mehreren Tagen weiden sich die bürgerlichen Zeitungen Frankreichs („L'Eclair“ [Der Blitz], „Le Radical“), Deutschlands („Berliner Tageblatt“) und Rußlands („Utro Rossii“ [Der Morgen Rußlands], „Retsch“, „Russkoje Slowo“ [Das russische Wort], „Nowoje Wremja“) an einer höchst sensationellen Neuigkeit: Ausschluß Gorkis aus der sozialdemokratischen Partei. Im „Vorwärts“ wurde dieser Unsinn bereits dementiert. Die Redaktion des „Proletari“ hat ebenfalls mehreren Zeitungen ein Dementi geschickt, die bürgerliche Presse aber ignoriert das und setzt die Klatschereien fort.

Die Quelle dieser Klatschereien ist klar: irgend so ein Schreiberling, der mit halbem Ohr von Meinungsverschiedenheiten über Otsowismus und Gottbildnertum gehört hatte (eine Frage, die schon bald ein Jahr offen in der Partei überhaupt und im „Proletari“ insbesondere diskutiert wird), hat Bruchstücke von Meldungen unverschämt verdreht und an erfundenen „Interviews“ und ähnlichem „fein verdient“.

Das Ziel dieser Verleumdungskampagne ist nicht minder klar. Die bürgerlichen Parteien *möchten gern*, daß Gorki aus der sozialdemokratischen Partei austritt. Die bürgerlichen Zeitungen geben sich die größte Mühe, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu schüren und sie verzerrt darzustellen.

Die bürgerlichen Zeitungen bemühen sich vergebens. Genosse Gorki hat sich durch seine großen Kunstwerke zu fest mit der Arbeiterbewegung Rußlands und der ganzen Welt verbunden, um ihnen anders als durch Verachtung zu antworten.

„Proletari“ Nr. 50,
28. November (11. Dezember) 1909.

Nach dem Text des „Proletari“.

ÜBER DEN IDEOLOGISCHEN ZERFALL
UND DIE IDEOLOGISCHE ZERSETZUNG
IN DER SOZIALDEMOKRATIE RUSSLANDS⁴⁴

Der Kampf gegen Otsowismus und Liquidatorentum, der natürlicherweise unter den Aufgaben der wirklich marxistischen und sozialdemokratischen Elemente unserer Partei den ersten Platz eingenommen hat, darf vor uns jedoch nicht ein tiefgreifenderes Übel verhüllen, das im Grunde genommen sowohl den Otsowismus als auch das Liquidatorentum hervorgebracht hat und das, nach allem zu urteilen, noch allerhand neuen taktischen Unsinn hervorbringen wird. Der ideologische Zerfall und die ideologische Zersetzung sind das Übel, wovon der Liberalismus ganz und gar erfaßt ist und das sich von allen Seiten den Weg in unsere Partei bahnt.

Hier eins der zahlreichen Beispiele dieser Zersetzung. Ein Genosse, der seit langem in der Partei arbeitet, ein alter Iskrist und alter Bolschewik, war durch Kerker und Verbannung sehr lange Zeit, fast seit Anfang 1906, von der Beteiligung an der Bewegung ausgeschlossen. Vor kurzem kehrte er zur Arbeit zurück, er machte sich mit dem Otsowismus-Ultimatismus bekannt und lehnte ihn mit Entrüstung und Empörung ab als eine beispiellose Verzerrung der revolutionären sozialdemokratischen Taktik. Nachdem er sich mit dem Zustand der Arbeit in Odessa und Petersburg bekanntgemacht hatte, gelangte dieser Genosse unter anderem zu folgendem Schluß oder folgendem „vorläufigen Ergebnis“ seiner Beobachtungen: „... Mir scheint, daß die schwerste Zeit vorüber ist und daß noch die Aufgabe geblieben ist, die Überreste der Periode der Auflösung und des Zerfalls zu beseitigen.“ Diese Überreste sind jedoch nicht gerade gering.

„In der gesamten Petersburger Arbeit“, so lesen wir in demselben Brief, „ist das Fehlen eines führenden einheitlichen Zentrums, sind Disziplinosigkeit, Unordnung, das Fehlen einer Verbindung zwischen den ein-

zelen Teilen, das Fehlen der Einheit und Planmäßigkeit in der Arbeit spürbar. Jeder arbeitet auf eignes Risiko und auf eigne Gefahr. In der illegalen Organisation gibt es starke otsowistische Tendenzen, sie erfassen sogar die Antiotsoowisten . . ." (Offensichtlich sind hier jene Bolschewiki gemeint, die trotz des wiederholten und entschiedenen Drängens des „Proletari“ nicht mit den Otsowisten brechen, keinen unveröhnlichen Kampf gegen sie führen, sondern bemüht sind, zu versöhnen, wobei sie die unvermeidliche Entscheidung unnütz hinauszögern, ohne in Wirklichkeit irgendwelchen Verzicht der Otsowisten-Ultimatisten auf ihre unsinnige Taktik zu erreichen.) „Auf dieser Basis bildet sich eine charakteristische Erscheinung heraus, die vollkommen selbständig auch in Odessa auftrat: die revolutionäre Untätigkeit. Überall, wo der Geist des Otsowismus herrscht, springt es kraß ins Auge, daß die illegalen Organisationen nichts tun. Ein bis zwei propagandistische Zirkel, Kampf gegen legale Möglichkeiten – das ist auch schon die ganze Arbeit. Sie trägt überwiegend desorganisierenden Charakter, was Ihr auch aus den umfassenden Materialien ersehen könnt, die ich Euch aus Odessa gesandt habe“ (verwertet im Artikel . . .*). „Was die legalen Möglichkeiten anbelangt, so fehlt bei deren Ausnutzung eine konsequente sozialdemokratische Linie. In der Finsternis der Reaktion haben die Opportunisten in der Sozialdemokratie ihr Haupt erhoben und ‚rebellieren‘ – wissend, daß dies jetzt nicht gefährlich ist – gegen die Grundprinzipien der Sozialdemokratie. Da trifft man auf eine derart umfassende Revision der revolutionären Sozialdemokratie, ihres Programms, ihrer Taktik, daß die Revision Bernsteins dagegen wie ein Kinderspiel erscheint. Die SDAPR verstehe Marx nicht, sie habe die Tendenzen der ökonomischen Entwicklung Rußlands falsch analysiert, in Rußland habe es niemals eine Leibeigenschaftsordnung, sondern eine gutsherrlich-handelskapitalistische Ordnung gegeben, es habe keinen Widerspruch zwischen den Interessen der Bourgeoisie und des Landadels gegeben und es gebe ihn nicht, es existiere auch kein Bündnis zwischen ihnen, denn diese beiden Klassen, die sich die russische Sozialdemokratie ausgedacht habe, stellten eine einzige bürgerliche Klasse dar (das sei ein spezifischer Zug Rußlands), die Selbstherrschaft sei die Organisation dieser Klasse. Die Schwäche der

* Im Manuskript ist hier Platz für den Titel des Artikels frei gelassen.
Die Red.

russischen Bourgeoisie, worauf sich die Losung der ‚Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft‘ gründe (?? – die Fragezeichen stammen vom Verfasser des Briefes), sei einfach ausgedacht, und diese Losung selbst wäre und bliebe utopisch. Man müsse sie über Bord werfen zusammen mit der demokratischen Republik, denn der russische Zug fahre jetzt auf deutschen Gleisen . . .“⁴²

Es ist offensichtlich, daß wir hier die Momentaufnahme eines der Bäche jenes breiten Stromes der ideologischen Konfusion vor uns haben, der den Otsowismus und das Liquidatorentum hervorbringt und bisweilen die Prämissen des äußersten rechten und des äußersten „linken“ Blödsinns wunderlich durcheinanderwirft und sogar einander annähert. Die erste Hälfte dieser Prämissen (Fehlen des Widerspruchs zwischen Bourgeoisie und fröhlichem Grundbesitz usw.) ist derart unsinnig und dumm, daß es sogar schwerfällt, sie ernst zu nehmen. Es hat keinen Sinn, zu kri . . .*

*Geschrieben Ende November
(Anfang Dezember) 1909.*

*Zuerst veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.*

Nach dem Manuskript.

* An dieser Stelle bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

SCHRIFTLICHE ERLÄUTERUNG
ZUM ENTWURF
DER GRUNDLEGENDEN BESTIMMUNGEN
DES GESETZES
ÜBER DEN ACHTSTUNDENTAG

II*

Wir haben die Absicht, im vorliegenden zweiten Teil der schriftlichen Erläuterung auf die Frage nach dem Typ des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs für die III. Duma über den Achtstundentag und auf die Frage nach den *Motiven* einzugehen, die die *Grundzüge* des angeführten Gesetzentwurfs erklären.

Der ursprüngliche Entwurf, der in der sozialdemokratischen Dumafraktion vorlag und der unserer Unterkommission zugestellt wurde, konnte als Grundlage genommen werden, erforderte jedoch eine Reihe von Änderungen.

Der Hauptzweck der Gesetzentwürfe, die von den Sozialdemokraten in der III. Duma eingebracht werden, muß in der *Propaganda und Agitation* für das sozialdemokratische Programm und die sozialdemokratische Taktik bestehen. Jede Hoffnung auf ein „Reformertum“ der III. Duma wäre nicht nur lächerlich, sondern würde auch die Gefahr heraufbeschwören, daß das Wesen der revolutionären sozialdemokratischen Taktik völlig entstellt und sie in eine Taktik des opportunistischen, liberalen Sozialreformertums verwandelt wird. Es steht außer Frage, daß eine derartige Entstellung der sozialdemokratischen Taktik in der Duma direkt

* Der erste Teil oder das erste Kapitel der schriftlichen Erläuterung muß eine populär und nach Möglichkeit maximal agitatorisch geschriebene Darstellung der Argumente für den Achtstundentag überhaupt enthalten, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsproduktivität, der gesundheitlichen und der kulturellen Interessen des Proletariats, überhaupt der Interessen seines Befreiungskampfes.

und entschieden den allgemeinverbindlichen Beschlüssen unserer Partei widersprüche, nämlich den Resolutionen des Londoner Parteitags der SDAPR und den vom Zentralkomitee bestätigten Resolutionen der Gesamtrussischen Parteikonferenzen vom November 1907 und Dezember 1908.

Damit die von der sozialdemokratischen Dumafraktion eingebrachten Gesetzentwürfe ihrer Aufgabe gerecht werden, sind folgende Bedingungen notwendig:

1. müssen die Gesetzentwürfe in sehr klarer und bestimmter Form die einzelnen Forderungen der Sozialdemokratie darlegen, die in unserem Minimalprogramm der Partei enthalten sind oder sich notwendig aus diesem Programm ergeben;

2. dürfen die Gesetzentwürfe keinesfalls mit juristischen Feinheiten überladen sein; sie müssen die *grundlegenden Bestimmungen* für die vorgeschlagenen Gesetze geben, aber keine ausführlich ausgearbeiteten Gesetzestexte mit allen Einzelheiten;

3. dürfen die Gesetzentwürfe die einzelnen Bereiche der Sozialreform und der demokratischen Umgestaltungen nicht übermäßig voneinander isolieren, wie dies vom engjuristischen, administrativen oder „rein parlamentarischen“ Standpunkt angebracht erscheinen mag; im Gegenteil, die Gesetzentwürfe, die eine sozialdemokratische Propaganda und Agitation bezwecken, müssen der Arbeiterklasse eine möglichst klare Vorstellung von dem *notwendigen Zusammenhang* zwischen den Fabrik- (und überhaupt den sozialen) Reformen und den *demokratischen* politischen Umgestaltungen vermitteln, ohne die jegliche „Reformen“ der Stolypinschen Selbstherrschaft unweigerlich dazu verurteilt sind, auf „Subatowsche“ Art entstellt und restlos auf tote Buchstaben reduziert zu werden. Es versteht sich von selbst, daß das Aufzeigen des Zusammenhangs zwischen den ökonomischen Reformen und der Politik nicht dadurch erreicht werden soll, daß in alle Gesetzentwürfe die Forderungen der konsequenten Demokratie in ihrer Gesamtheit aufgenommen werden, sondern dadurch, daß die jeder einzelnen Reform entsprechenden demokratischen und speziell proletarisch-demokratischen Institutionen vorgeschlagen werden, wobei in der schriftlichen Erläuterung zum Gesetzentwurf hervorgehoben werden muß, daß diese ohne radikale politische Umgestaltungen nicht verwirklicht werden können;

4. angesichts der jetzigen äußerst erschwerten Bedingungen für die legale sozialdemokratische Propaganda und Agitation unter den Massen müssen die Gesetzentwürfe so abgefaßt werden, daß sowohl ein einzeln genommener Gesetzentwurf als auch eine einzeln genommene schriftliche Erläuterung dazu *ihren Zweck erfüllen können*, wenn sie unter die Massen kommen (sei es durch Abdruck in nichtsozialdemokratischen Zeitungen, sei es durch Verbreitung von Flugblättern mit dem Text des Gesetzentwurfs u. dgl. m.), d. h., daß die Arbeiter von der Straße, die unaufgeklärten Arbeiter, sie lesen können *mit Nutzen für die Entwicklung ihres Klassenbewußtseins*; zu diesem Zweck müssen die Gesetzentwürfe in ihrem *gesamten* Aufbau vom Geist des proletarischen Mißtrauens gegenüber den Unternehmern und dem Staat als einem den Unternehmern dienenden Organ durchdrungen sein; mit anderen Worten, der Geist des Klassenkampfes muß den gesamten Aufbau des Gesetzentwurfs durchdringen, muß aus der Summe der einzelnen Bestimmungen hervorgehen;

schließlich, 5. müssen die Gesetzentwürfe unter den heutigen Bedingungen in Rußland, d. h. bei dem Fehlen einer sozialdemokratischen Presse und sozialdemokratischer Versammlungen, eine genügend *konkrete* Vorstellung von der Umgestaltung vermitteln, die die Sozialdemokraten fordern, und dürfen sich nicht auf eine einfache *Proklamation* des Prinzips beschränken; der Arbeiter von der Straße, der gewöhnliche Arbeiter muß an dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf interessiert, muß von dem konkreten Bild der Umgestaltung begeistert sein, um dann von diesem einzelnen Bild zur gesamten Weltanschauung der Sozialdemokratie als Ganzem übergehen zu können.

Ausgehend von diesen grundlegenden Voraussetzungen muß gesagt werden, daß der von dem Verfasser des ursprünglichen Gesetzentwurfs über den Achtstundentag gewählte Typ des Gesetzentwurfs den russischen Bedingungen *mehr entspricht* als beispielsweise jene Gesetzentwürfe über die Verkürzung des Arbeitstages, die von den französischen und deutschen Sozialisten in ihren Parlamenten eingebracht wurden. Zum Beispiel enthält der von Jules Guesde am 22. Mai 1894 in der französischen Abgeordnetenkammer eingebrachte Gesetzentwurf über den Achtstundentag zwei Artikel: Artikel eins verbietet es, länger als 8 Stunden täglich und mehr als 6 Tage in der Woche zu arbeiten; Artikel zwei gestattet die Arbeit in mehreren Schichten mit der Einschränkung, daß die Anzahl der

Arbeitsstunden pro Woche 48 nicht übersteigen darf.* Der Gesetzentwurf der deutschen Sozialdemokraten von 1890 umfaßt 14 Zeilen; er schlägt vor: sofortige Einführung des Zehnstundentages, des Neunstundentages vom 1. Januar 1894 an und des Achtstundentages vom 1. Januar 1898 an. In der Session 1900–1902 brachten die deutschen Sozialdemokraten einen noch kürzeren Vorschlag über die Verkürzung des Arbeitstages ein, und zwar sofort auf 10 Stunden und im weiteren auf 8 Stunden, innerhalb einer Frist, die einer besonderen Festlegung unterliegen sollte.**

Es versteht sich, daß derartige Gesetzentwürfe vom sozialdemokratischen Standpunkt aus auf jeden Fall zehnmal rationeller sind als die Versuche, sich dem für die reaktionären oder bürgerlichen Regierungen *Realisierbaren* „anzupassen“. Wenn es jedoch in Frankreich und Deutschland unter den Bedingungen von Presse- und Versammlungsfreiheit genügt, den Gesetzentwurf nur auf die *Proklamation des Prinzips* zu beschränken, so ist es bei uns in Rußland gegenwärtig unerlässlich, in den Gesetzentwurf *selbst* noch *konkret-agitatorisches* Material einzufügen.

Deshalb erachten wir den vom Verfasser des ursprünglichen Entwurfs angenommenen *Typ* für zweckentsprechender, jedoch ist es notwendig, an diesem Entwurf eine Reihe von Korrekturen vorzunehmen, da der Verfasser in einigen Fällen einen unserer Ansicht nach äußerst schwerwiegenden und äußerst gefährlichen Fehler begeht, und zwar schmälert er ohne jeden Grund die Forderungen unseres Minimalprogramms (indem er beispielsweise die wöchentliche Freizeit mit 36 und nicht mit 42 Stunden bestimmt oder nicht festlegt, daß für Nacharbeit die Zustimmung der Arbeiterorganisationen notwendig ist). In einigen Fällen entsteht der Eindruck, als ob der Verfasser bemüht ist, seinen Gesetzentwurf der „Realisierbarkeit“ anzupassen, indem er beispielsweise dem *Minister* einräumt, über Ausnahmegesuche zu entscheiden (mit Einbringen der Angelegenheit in die gesetzgebenden Institutionen), und nicht ein einziges Mal die Rolle der Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter bei der Verwirklichung des Gesetzes über den Achtstundentag erwähnt.

* Jules Guesde, „Le Problème et la solution; les huit heures à la chambre“, Lille, s. a. („Das Problem und seine Lösung; die Behandlung des Achtstundentages in der Abgeordnetenversammlung“, Lille, o. J. *Die Red.*)

** M. Schippel, „Sozialdemokratisches Reichstags-Handbuch“, Berlin 1902, S. 882, 886.

Der von unserer Unterkommission vorgeschlagene Gesetzentwurf nimmt an dem ursprünglichen Entwurf eine Reihe von Korrekturen in der angegebenen Richtung vor. Gehen wir im einzelnen auf die Motivierung folgender Abänderungen des ursprünglichen Entwurfs ein.

In der Frage, auf welche Betriebe der Gesetzentwurf anzuwenden ist, muß der Anwendungsbereich durch Einbeziehung aller Zweige sowohl der Industrie als auch des Handels, des Verkehrs und der verschiedenen Institutionen (einschließlich der staatlichen: Post u. dgl. m.) sowie der Heimarbeit erweitert werden. In der schriftlichen Erläuterung für die Duma müssen die Sozialdemokraten besonders die Notwendigkeit einer solchen Erweiterung und der Beseitigung jeglicher Schranken und Unterteilungen (in dieser Frage) zwischen dem Industrieproletariat und den im Handel, im Verkehrswesen und sonstigen Einrichtungen beschäftigten Arbeitern usw. hervorheben.

Es kann auf Grund der in unserem Minimalprogramm enthaltenen Forderung des Achtstundentages „für alle Lohnarbeiter“ die Frage der Landwirtschaft auftauchen. Wir sind jedoch der Ansicht, daß es für die russischen Sozialdemokraten *zur Zeit* kaum angebracht ist, die Initiative für den Achtstundentag in der Landwirtschaft zu ergreifen. Besser ist es, in der schriftlichen Erläuterung davon zu sprechen, daß sich die Partei das Recht vorbehält, einen weiteren Gesetzentwurf sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Dienstboten usw. einzubringen.

Weiter. In allen Fällen, wo im Gesetzentwurf davon die Rede ist, daß Ausnahmen vom Gesetz zulässig sind, haben wir die Forderung nach Zustimmung der Gewerkschaft der Arbeiter für jeden Ausnahmefall eingefügt. Dies ist unerlässlich, um den Arbeitern klarzumachen, daß eine wirkliche Verkürzung des Arbeitstages ohne aktive Teilnahme der Arbeiterorganisationen nicht zu verwirklichen ist.

Weiterhin ist es erforderlich, auf die Frage der *stufenweisen* Einführung des Achtstundentages einzugehen. Der Verfasser des ursprünglichen Entwurfs verliert darüber kein Wort und beschränkt sich auf die einfache Forderung des Achtstundentages, ähnlich wie im Entwurf von J. Guesde. Im Gegensatz dazu lehnt sich unser Entwurf an das Muster von Parvus* und den Entwurf der deutschen sozialdemokratischen Reichs-

* Parvus, „Die Handelskrise und die Gewerkschaften. Nebst Anhang: Gesetzentwurf über den achtstündigen Normalarbeitstag“, München 1901.

tagsfraktion an und legt die *stufenweise* Einführung des Achtstundentages fest (sofort, d. h. drei Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, Einführung des Zehnstundentages und jedes Jahr Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde). Natürlich ist der Unterschied zwischen diesem und jenem Entwurf nicht so wesentlich. Aber bei der maximalen technischen Rückständigkeit der russischen Industrie, bei der äußerst schwachen Organisiertheit des russischen Proletariats, bei der überwältigenden Masse der werktätigen Bevölkerung (Kustare usw.), die noch an keiner bedeutenden Kampagne für die Verkürzung des Arbeitstages teilgenommen hat – unter all diesen Bedingungen wird es zweckmäßiger sein, *unmittelbar* in dem Gesetzentwurf *selbst* auf den unvermeidlichen Einwand zu antworten, daß ein schroffer Übergang unmöglich, daß der Lohn der Arbeiter bei einem solchen Übergang sinkt usw.* Die Festlegung der stufenweisen Einführung des Achtstundentages (die Deutschen dehnten die Einführung auf 8 Jahre aus; Parvus auf 4 Jahre; wir schlagen 2 Jahre vor) gibt zugleich Antwort auf diesen Einwand: eine längere Arbeitszeit als 10 Stunden täglich ist ökonomisch ganz unrationell und aus gesundheitlichen und kulturellen Erwägungen heraus unzulässig. Die Frist von einem Jahr für die Verkürzung des Arbeitstages um eine Stunde genügt vollauf, damit die technisch rückständigen Betriebe mithalten und sich umstellen können, damit die Arbeiter ohne merkbare Veränderung in der Arbeitsproduktivität zu der neuen Ordnung übergehen können.

Die stufenweise Einführung des Achtstundentages soll nicht deshalb festgelegt werden, um den Entwurf dem Maßstab der Kapitalisten oder der Regierung „anzupassen“ (davon kann gar keine Rede sein, und wenn derartige Gedanken aufkämen, so würden wir es selbstverständlich vorziehen, jegliche Erwähnung der stufenweisen Einführung wegzulassen), sondern deshalb, um jedermann anschaulich vor Augen zu führen, daß

* In bezug auf die *stufenweise* Einführung des Achtstundentages äußert Parvus unserer Ansicht nach völlig zu Recht, daß diese stufenweise Einführung in seinem Gesetzentwurf hervorgerufen wird „nicht aus Rücksicht auf die Unternehmer, sondern aus Rücksicht auf die Arbeiter. Wir müssen dabei die Taktik der Gewerkschaften befolgen: diese gehen sehr allmählich mit der Kürzung der Arbeitszeit vor, weil sie sich wohl bewußt sind, daß sie dann am leichtesten einer *Reduktion der Arbeitslöhne* entgegenwirken können.“ (Hervorgehoben von Parvus, die zitierte Broschüre, S. 62/63.)

das Programm der Sozialdemokratie in technischer wie in kultureller und ökonomischer Hinsicht selbst in einem der rückständigsten Länder durchführbar ist.

Ein ernsthafter Einwand gegen die stufenweise Einführung des Achtstundentages in dem *russischen* sozialdemokratischen Gesetzentwurf wäre der, daß auf diese Weise, wenn auch nur indirekt, die revolutionären Sowjets der Arbeiterdeputierten von 1905, die an die *sofortige* Verwirklichung des Achtstundentages herangingen, scheinbar desavouiert werden. Wir halten diesen Einwand für ernsthaft, denn auch nur die geringste Desavouierung der Sowjets der Arbeiterdeputierten *in dieser Hinsicht* käme direktem Renegatentum gleich oder bedeutete auf jeden Fall eine Unterstützung der Renegaten und konterrevolutionären Liberalen, die mit einer solchen Desavouierung traurige Berühmtheit erlangt haben.

Wir sind deshalb der Ansicht, daß es *in jedem Fall*, unabhängig davon, ob die stufenweise Einführung in den Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Dumafraktion aufgenommen wird oder nicht, daß es *in jedem Fall* absolut unerlässlich ist, *sowohl* in der schriftlichen Erläuterung für die Duma *als auch* in der Rede des sozialdemokratischen Vertreters vor der Duma ganz präzise eine Auffassung zu vertreten, die unbedingt die geringste Desavouierung ausschließt, die unbedingt *einschließt*, daß wir die Handlungsweise der Sowjets der Arbeiterdeputierten als prinzipiell richtig, absolut gesetzlich und notwendig anerkennen.

„Die Sozialdemokratie“, so sollte etwa die Erklärung der sozialdemokratischen Vertreter oder ihre schriftliche Erläuterung lauten, „geht auf keinen Fall von der *sofortigen* Einführung des Achtstundentages ab; im Gegenteil, unter *bestimmten* historischen Bedingungen, wenn sich der Kampf verschärft, wenn eine große Energie und Initiative der Massenbewegung zu verzeichnen ist, wenn die Zusammenstöße zwischen der alten und der neuen Gesellschaft scharfe Formen annehmen, wenn es für den Erfolg des Kampfes der Arbeiterklasse, beispielsweise gegen das Mittelalter, *unerlässlich* ist, vor nichts haltzumachen – mit einem Wort, unter Bedingungen, die denen vom November 1905 ähnlich sind, hält die Sozialdemokratie die *sofortige* Einführung des Achtstundentages nicht nur für legitim, sondern auch für *notwendig*. Wenn die Sozialdemokratie gegenwärtig in ihrem Gesetzentwurf die stufenweise Einführung des Achtstundentages vorsieht, will sie damit lediglich zeigen, daß die Verwirk-

lichung der Programmforderungen der SDAPR selbst unter den ungünstigsten historischen Bedingungen, selbst bei einem weniger raschen Tempo der ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung durchaus möglich ist."

Wir wiederholen: eine *derartige* Erklärung von seiten der Sozialdemokraten in der Duma und in ihrer schriftlichen Erläuterung zum Gesetzentwurf über den Achtstundentag halten wir *unbedingt* und in jedem Fall für notwendig, die Frage jedoch, ob in dem Gesetzentwurf selbst die stufenweise Festlegung des Achtstundentages vorzusehen ist, für relativ weniger wichtig.

Die übrigen Änderungen, die von uns an dem ursprünglichen Gesetzentwurf vorgenommen wurden, betreffen nur Einzelfragen und bedürfen keiner besonderen Kommentare.

Geschrieben im Herbst 1909.

*Zuerst veröffentlicht 1924 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“
(Die proletarische Revolution) Nr. 4 (27).*

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN I. I. SKWORZOW-STEPANOW

16. XII. 1909

Lieber Kollege! Ich habe Ihre Antwort erhalten und ergreife die Feder zur Fortsetzung des Gesprächs.

Sie wollen die Frage mehr auf die theoretische (und nicht auf die taktische) Grundlage verschieben. Einverstanden. Ich erinnere nur daran, daß der Ausgangspunkt *Ihrerseits* taktischer Art war: Sie haben doch die „klassische Fragestellung“ der grundlegenden taktischen These abgelehnt. Diese taktische Entscheidung haben Sie (ohne die taktischen *Schlußfolgerungen* daraus ganz auszusprechen) im Zusammenhang mit der Verneinung der „amerikanischen Möglichkeit“ vorgesehen. Deshalb halte ich die Darlegung unserer Meinungsverschiedenheiten nicht für richtig, die Sie mit den Worten geben: „Sie (d. h. ich) betonen die Tatsache der Bewegung der *Bauernschaft*. Ich anerkenne die Tatsache der Bewegung der sich *proletarisierenden* Bauernschaft.“ Nicht darin liegt die Meinungsverschiedenheit. Ich verneine doch in der Tat nicht, daß sich die Bauernschaft proletarisiert. Die Meinungsverschiedenheit besteht darin, ob sich in Rußland das bürgerliche Agrarregime so weit gefestigt hat, um einen schroffen Übergang von der „preußischen“ Entwicklung des Agrarkapitalismus zur „amerikanischen“ Entwicklung des Agrarkapitalismus objektiv unmöglich zu machen. Wenn ja, dann entfällt die „klassische“ Stellung der grundlegenden Frage der Taktik. Wenn nicht, dann bleibt sie bestehen.

Nun, ich bin dafür, daß sie bestehenbleiben muß. Ich verneine die Möglichkeit des „preußischen“ Weges nicht; ich anerkenne, daß der Marxist weder *einen* von diesen Wegen „garantieren“ noch sich *nur* auf

einen derselben festlegen soll; ich anerkenne, daß Stolypin mit seiner Politik *noch* einen Schritt weiter auf dem „preußischen“ Wege macht und daß auf diesem Wege auf einer bestimmten Stufe ein dialektischer Umschlag eintreten *kann*, der alle Hoffnungen und Aussichten auf den „amerikanischen“ Weg von der Tagesordnung *streicht*. Aber ich behaupte, daß *gegenwärtig* dieser Umschlag *bestimmt* noch nicht eingetreten ist und daß es deshalb für einen Marxisten absolut unzulässig, theoretisch absolut falsch ist, die „klassische“ Fragestellung abzulehnen. Darin bestehen unsere Meinungsverschiedenheiten.

Theoretisch lassen sie sich, wenn ich nicht irre, in zwei Hauptpunkten zusammenfassen: 1. Ihr „Verbündeter“ W. Iljin müsse von mir vernichtet werden, um meine Haltung zu rechtfertigen. Mit anderen Worten, diese Haltung widerspreche den Ergebnissen der marxistischen Analyse der vorrevolutionären Ökonomik Rußlands. 2. Die „klassische“ Fragestellung könne und müsse mit dem Agraropportunismus der Revisionisten (David und Co.) konfrontiert werden, denn die Frage nach dem Verhältnis des Arbeiters zum Bauern könne wesentlich, prinzipiell und grundlegend in Rußland nicht anders als in Deutschland gestellt werden.

Diese beiden Thesen halte ich für grundfalsch.

Ad 1. (Um mich nicht mit der „Taktik“ zu befassen, lasse ich den Martynowschen Ausfall gegen Iljin⁴³ außer acht und werde nur zu Ihrer Stellung der theoretischen Frage übergehen.)

Was hat Iljin zu beweisen gesucht und bewiesen? Daß sich die Entwicklung der Agrarverhältnisse in Rußland *sowohl* in der gutherrlichen *als auch* in der bäuerlichen Wirtschaft, *sowohl* außerhalb *als auch* innerhalb der „Dorfgemeinde“ auf kapitalistische Weise vollzieht. Dies zum ersten. Daß diese Entwicklung gerade den kapitalistischen Weg und gerade die kapitalistische Klassengruppierung bereits *unwiderruflich* festgelegt hat. Dies zum zweiten.

Darum ging der Streit mit den Volkstümlern. Das mußte bewiesen werden, und das wurde bewiesen. Das bleibt bewiesen. Die Frage, die jetzt gestellt wird (und durch die Bewegung 1905–1907 gestellt worden ist), ist eine *andere*, eine weitergehende, die die Entscheidung der von Iljin (und natürlich nicht von ihm allein) entschiedenen Frage *voraussetzt*, die aber *nicht nur* das voraussetzt, sondern etwas mehr, etwas Komplizierteres, etwas Neues. *Außer* der Frage, die in den Jahren 1883–1885,

in den Jahren 1895–1899 endgültig und richtig entschieden worden ist, hat die Geschichte des 20. Jahrhunderts in Rußland uns eine *weitergehende* Frage gestellt – und es gibt nichts theoretisch Irrigeres, als vor ihr zurückzuweichen und sich ihrer unter Hinweis auf das, was früher entschieden wurde, zu entledigen, sie damit abtun zu wollen. Das würde bedeuten, daß man Fragen der sozusagen zweiten, d. h. höheren Klasse auf Fragen der niedrigeren, der ersten Klasse reduziert. Es geht nicht an, bei einer *allgemeinen* Entscheidung der Frage des Kapitalismus stehenzubleiben, wenn *neue* Ereignisse (und zwar Ereignisse von welthistorischer Wichtigkeit wie jene der Jahre 1905–1907) eine konkretere, mehr ins einzelne gehende Frage, die Frage des Kampfes der *zwei* Wege oder Methoden der *kapitalistischen* Agrarentwicklung, aufgeworfen haben. Als wir gegen die Volkstümpler kämpften, um zu beweisen, daß dieser Weg unvermeidlich und unwiderruflich der kapitalistische ist, waren wir vollständig im Recht und konnten *gar nicht umhin*, unsere ganze Kraft, unsere ganze Aufmerksamkeit auf die Frage: Kapitalismus oder „Volksproduktion“ zu konzentrieren. Das war sowohl natürlich als auch unvermeidlich und berechtigt. Jetzt aber ist diese Frage durch die Theorie wie durch das Leben *entschieden* (denn die Kleinbürgerlichkeit der Trudowiki en masse ist durch die *jüngste russische Geschichte* bewiesen), und auf der Tagesordnung steht eine andere, eine Frage höherer Ordnung: ob Kapitalismus vom Typ α oder Kapitalismus vom Typ β ? Und meiner festen Überzeugung nach hatte Iljin recht, als er im Vorwort zur zweiten Auflage des Buches darauf hinwies, daß sich daraus die Möglichkeit von *zwei* Arten der kapitalistischen Agrarentwicklung *ergibt* und daß der geschichtliche Kampf *dieser Arten* noch nicht zu Ende ist.*

Die Besonderheit des russischen Opportunismus im Marxismus, d. h. des Menschewismus in unserer Zeit, besteht darin, daß er Hand in Hand geht mit einer doktrinären Vereinfachung, Verflachung, Verdrehung des Buchstabens des Marxismus, mit einem Verrat an seinem Geist (so war es mit der Richtung des „Rabotscheje Delo“ wie mit dem Struvismus). Die Menschewiki haben, als sie die Volkstümplerideologie als eine falsche Doktrin des Sozialismus bekämpften, in doktrinärer Weise den historisch realen und historisch fortschrittlichen Inhalt der Volkstümplerideologie als Theorie des einen Massencharakter tragenden *kleinbürgerlichen* Kamp-

* Siehe Werke, Bd. 3, S. 17–21. Die Red.

fes des demokratischen Kapitalismus gegen den liberal-gutsbesitzerlichen Kapitalismus, des „amerikanischen“ Kapitalismus gegen den „preußischen“ Kapitalismus übersehen und verpaßt. Daher ihre ungeheuerliche, idiotische, renegatenhafte Idee (die auch die „*Gesellschaftliche Bewegung*“ ganz durchdrungen hat), daß die Bauernbewegung reaktionär sei, daß der Kadett fortschrittlicher sei als der Trudowik, daß „die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ (= klassische Fragestellung) in *Widerspruch* stehe „zu dem *gesamten Verlauf* der wirtschaftlichen Entwicklung“ (S. 661 der menschewistischen „*Gesellschaftlichen Bewegung*“). „In *Widerspruch* stehe zu dem *gesamten Verlauf* der wirtschaftlichen Entwicklung“ – trägt das nicht den Geist der Reaktion in sich?

Ich halte daran fest, daß der Kampf gegen diese ungeheuerliche Verdrehung des Marxismus die Grundlage der „klassischen Fragestellung“ und die *richtige* Grundlage war, wenn auch dieser Kampf leider infolge der natürlichen Verhältnisse der Epoche taktisch sehr eifrig und theoretisch nicht genügend eifrig geführt wurde. Übrigens ist der Ausdruck „leider“ hier nicht das richtige Wort und muß gestrichen werden!

Diese Agrarfrage nun ist *heute* in Rußland die *nationale* Frage der bürgerlichen Entwicklung. Um nicht in den Fehler einer (mechanischen) Übertragung des in vielem richtigen und in jeder Hinsicht äußerst wertvollen deutschen Musterbeispiels auf uns zu verfallen, muß man sich klar vorstellen, daß die nationale Frage der *vollständig* gefestigten bürgerlichen Entwicklung Deutschlands die Vereinigung usw. war, aber nicht die Agrarfrage, während die *nationale* Frage der endgültigen Festigung der bürgerlichen Entwicklung Rußlands gerade die Agrarfrage (ja sogar in engerem Sinne die Bauernfrage) *ist*.

Hier haben wir die rein theoretische Grundlage des *Unterschieds* in der *Anwendung* des Marxismus auf das Deutschland der Jahre 1848 bis 1868 (ungefähr) und auf das Rußland der Jahre 1905–19??.

Wodurch kann ich beweisen, daß bei uns die *Agrarfrage* nationale Bedeutung für die bürgerliche Entwicklung *erlangt hat* und nicht irgendeine andere Frage? Ich weiß wirklich nicht, ob es eines solchen Beweises bedarf. Ich glaube, das ist unbestritten. Aber gerade hier liegt die *theoretische* Grundlage, und gerade *darauf* müssen alle Teilfragen *reduziert* werden. Sollte es doch zum Streit kommen, so werde ich kurz (zunächst kurz) aufzeigen, daß gerade durch den Verlauf der Ereignisse, die Tat-

sachen, durch die *Geschichte* der Jahre 1905–1907 der *Beweis geliefert* worden ist für die von mir dargelegte Bedeutung der Agrarfrage (der Frage der Bauern und natürlich der kleinbürgerlichen Bauern, nicht aber der Dorfgemeindebauern) in Rußland. Dasselbe beweist *heute* sowohl das Gesetz vom 3. VI. 1907 als auch die Zusammensetzung sowie die Tätigkeit der III. Duma, ferner ein einzelnes Ereignis – der 20. XI. 1909⁴⁴ und (was besonders wichtig ist) die Agrarpolitik der Regierung.

Wenn wir uns darüber einig sind, daß die *jüngste* Geschichte Rußlands, die Geschichte der Jahre 1905–1909, die grundlegende, erstrangige, nationale (in diesem Sinne) Bedeutung der Agrarfrage in der Verankerung der bürgerlichen Evolution eines bestimmten Typs in Rußland *bewiesen* hat, so können wir weitergehen. Wenn nicht, dann nicht.

Die bürgerliche Entwicklung Rußlands war um das Jahr 1905 bereits vollauf ausgereift, um die sofortige Zerschlagung des überlebten Überbaus, des überlebten, mittelalterlichen Grundbesitzes zu erfordern (Sie begreifen natürlich, warum ich hier aus dem *gesamten* Überbau nur den Grundbesitz herausgreife). Wir leben in der Epoche *dieser* Zerschlagung, die die verschiedenen Klassen des *bürgerlichen* Rußlands auf ihre Art und Weise zu vollenden, zu Ende zu führen *bestrebt* sind: die Bauern (+ Arbeiter) durch die Nationalisierung (ich bin sehr erfreut, daß wir uns einig sind über den völligen Unsinn der Munizipalisierung; die Zitate aus den „Theorien über den Mehrwert“ zugunsten der Nationalisierung habe ich bereits in einer meiner Arbeiten angeführt, die *zum Teil* in polnischer Sprache erschienen ist)*, die Gutsbesitzer (+ die alte Bourgeoisie, die girondistische Bourgeoisie) durch den 9. XI. 1906 usw. Die Nationalisierung des Bodens = die Vernichtung des alten Grundeigentums auf bäuerliche Art, ist die wirtschaftliche Grundlage des amerikanischen Weges. Das Gesetz vom 9. XI. 1906 = die Vernichtung des alten Grundeigentums auf Gutsbesitzerart, ist die wirtschaftliche Grundlage des preußischen Weges. Unsere Epoche der Jahre 1905 bis ?? ist die Epoche des revolutionären und konterrevolutionären Kampfes *dieser* Wege, *ähnlich* wie die Jahre 1848–1871 in Deutschland die Epoche des revolutionären und konterrevolutionären Kampfes der zwei Wege zur Vereinigung (= Lösung des *nationalen* Problems der bürgerlichen Entwicklung Deutschlands), des Weges *über* die großdeutsche Republik und des

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 151–175. *Die Red.*

Weges über die preußische Monarchie, waren. Erst 1871 hatte der zweite Weg *endgültig* (hierauf bezieht sich mein „vollauf“) *gesiegt*. Und damals gab Liebknecht den Boykott des Parlaments auf. Und damals wurde der Streit zwischen Lassalleanern und Eisenachern zu *Grabe getragen*. Und damals wurde die Frage der *allgemeindemokratischen* Revolution in Deutschland zu *Grabe getragen* – die Naumann, David und Co. aber haben in den neunziger Jahren (zwanzig Jahre später!) einen Leichnam zum Leben erwecken wollen.

Bei uns ist der Kampf noch im Gange. Noch hat keiner der beiden Wege der Agrarentwicklung gesiegt. Bei uns wird bei jeder Krise *unserer* Epoche (1905–1909–??) die „*allgemeindemokratische*“ Bewegung des Bauern *hervortreten*, unbedingt hervortreten, und das zu ignorieren wäre ein grundlegender Fehler, der *in Wirklichkeit* zum Menschewismus führt, wenn auch *in der Theorie* der Streit auf einer anderen Ebene geführt würde. Nicht ich „*reduziere*“ den Streit auf den „Menschewismus“, sondern die *Geschichte* unserer Epoche *reduziert* die Ignorierung der nationalen Aufgabe der bürgerlichen Entwicklung Rußlands durch das Proletariat auf den Menschewismus, denn gerade darin liegt das *Wesen* des Menschewismus.

Nebenbei.* Haben Sie in *Tscherewanins* „Gegenwärtiger Lage“ über den *Opportunismus* der „klassischen Fragestellung“ durch die Bolschewiki gelesen? Lesen Sie das!

Ad 2. Im Grunde genommen habe ich fast alles zu ad 2 schon gesagt. In Deutschland den Wunsch des „Bauern“, *sich* (d. h. dem Bauern) den Grund und Boden des Gutsbesitzers, des Junkers, zu verschaffen, *durch den Arbeiter* zu unterstützen, wäre *reaktionär*. Ist dem nicht so? Nicht wahr? In Rußland ist in den Jahren 1905–1909–?? die *Ablehnung* dieser Unterstützung *reaktionär*. Hic Rhodus, hic salta.** Hier kommt es entweder zum Verzicht auf das gesamte Agrarprogramm und zum Übergang... nahezu bis zum Kadettentum oder zur *Anerkennung des prinzipiellen* Unterschieds in der Fragestellung in Deutschland und in Rußland, prinzipiell nicht in dem Sinne, als wäre bei uns keine kapitalistische Epoche, sondern in dem Sinne, daß wir *gänzlich* andere, prinzipiell andere *Epochen* des Kapitalismus haben: die Epoche *vor* der endgültigen Veranke-

* „Nebenbei“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** Hier ist Rhodus, hier springe. *Die Red.*

rung des nationalen Weges des Kapitalismus und die Epoche *n a c h* dieser Verankerung.

Ich schließe vorerst und werde mich bemühen, Ihnen Ausschnitte über das Thema unserer Unterhaltungen zu senden. Schreiben Sie, wenn Sie eine freie Minute haben. Ich drücke Ihnen fest die Hand.

Ihr *Alter*

Zuerst veröffentlicht 1924 in der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 5 (28).

Nach dem Manuskript.

ÜBER DIE „WECHI“⁴⁵

Der bekannte Sammelband „Wechi“, der von einflußreichen Publizisten aus dem Lager der Kadetten verfaßt wurde und in kurzer Zeit mehrere Auflagen erlebte, wurde von der gesamten reaktionären Presse mit Begeisterung aufgenommen, er ist ein echtes Zeichen der Zeit. Wie sehr auch die Kadettenzeitungen einzelne gar zu unangenehm auffallende Stellen der „Wechi“ „korrigieren“, wie sehr sich einzelne Kadetten, die ganz ohne Einfluß auf die Politik der gesamten Kadettenpartei sind oder sich das Ziel setzen, die Massen über die wahre Bedeutung dieser Politik zu täuschen, auch von den „Wechi“ lossagen mögen – es bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß die „Wechi“ *das wahre Wesen des heutigen Kadettentums zum Ausdruck gebracht haben*. Die Kadettenpartei ist die Partei der „Wechi“.

Die Arbeiterdemokratie, die die Entwicklung des politischen Bewußtseins und des Klassenbewußtseins der Massen über alles stellt, kann die „Wechi“ nur begrüßen, denn hier enthüllen die geistigen Führer der Kadetten ausgezeichnet das Wesen ihrer politischen Richtung. Die „Wechi“ wurden von den Herren Berdjajew, Bulgakow, Gerschenson, Kistjakowski, Struve, Frank und Isgojew verfaßt. Schon allein diese Namen bekannter Abgeordneter, bekannter Renegaten, bekannter Kadetten sprechen deutlich genug für sich. Die Autoren der „Wechi“ treten als die wirklichen geistigen Führer einer ganzen gesellschaftlichen Richtung auf und geben in gedrängter Form eine ganze Enzyklopädie zu Fragen der Philosophie, der Religion, der Politik, der Publizistik, zur Einschätzung der gesamten Befreiungsbewegung und der gesamten Geschichte der russischen Demokratie. Die Autoren haben die „Wechi“ eine „Sammlung von Artikeln über die russische Intelligenz“ genannt, mit diesem Untertitel aber das tatsächliche Thema ihrer Ausführungen eingeeengt, denn die „Intelligenz“ tritt bei ihnen faktisch als geistiger Führer, als Inspirator und Wortführer der gesamten russischen Demokratie und der gesamten russischen Befrei-

ungsbewegung auf. Die „Wechi“ sind die bedeutendsten Marksteine auf dem Wege zum *vollständigen Bruch* des russischen Kadettentums und des russischen Liberalismus überhaupt mit der russischen Befreiungsbewegung, mit all ihren Hauptaufgaben, mit all ihren wesentlichen Traditionen.

I

Die *Enzyklopädie des liberalen Renegatentums* umfaßt drei Hauptthemen: 1. Kampf gegen die ideologischen Grundlagen der gesamten Weltanschauung der russischen (und internationalen) Demokratie; 2. Los-
sage von der Befreiungsbewegung der unlängst verflossenen Jahre und Bewerfen der Befreiungsbewegung mit Schmutz; 3. offene Proklamierung der eigenen „livrierten“ Gefühle (und der entsprechenden „livrierten“ Politik) gegenüber der oktobristischen Bourgeoisie, gegenüber der alten Staatsmacht, gegenüber dem ganzen alten Rußland überhaupt.

Die Autoren der „Wechi“ beginnen bei den philosophischen Grundlagen der „intelligenzlerischen“ Weltanschauung. Wie ein roter Faden zieht sich durch das ganze Buch der entschiedene Kampf gegen den Materialismus, der nicht anders denn als Dogmatismus, Metaphysik, als „elementarste und primitivste Form des Philosophierens“ bezeichnet wird (S. 4 – die Hinweise beziehen sich auf die 1. Auflage der „Wechi“). Der Positivismus wird dafür verurteilt, daß er „für uns“ (d. h. für die von den „Wechi“ vernichtete russische „Intelligenz“) „mit der materialistischen Metaphysik identisch“ gewesen oder „ausschließlich im Geiste des Materialismus“ (15) ausgelegt worden war, wohingegen – „kein Mystiker, kein Gläubiger den wissenschaftlichen Positivismus und die Wissenschaft leugnen kann“ (11). Ohne Spaß! „Feindseligkeit gegenüber idealistischen und religiös-mystischen Tendenzen“ (6) – deswegen fallen die „Wechi“ über die „Intelligenz“ her. „Jurkewitsch war auf jeden Fall ein wirklicher Philosoph im Vergleich mit Tschernyschewski.“ (4.)

Es ist ganz natürlich, daß die „Wechi“ bei diesem Standpunkt unablässig gegen den Atheismus der „Intelligenz“ wettern und mit größter Entschlossenheit bestrebt sind, die religiöse Weltanschauung in ihrem ganzen Umfang wiederherzustellen. Es ist ganz natürlich, daß die „Wechi“, nachdem sie Tschernyschewski als Philosophen vernichtet haben, Belinski als Publizisten vernichten. Belinski, Dobroljubow, Tschernyschewski seien

Führer der „Intellektuellen“ (134, 56, 32, 17 u. a.). Tschaadajew, Wladimir Solowjow, Dostojewski seien „ganz und gar keine Intellektuellen“. Jene sind die Führer der Richtung, gegen die die „Wechi“ einen Kampf auf Leben und Tod führen. Diese haben eben das „unermüdlich gepredigt“, was auch die „Wechi“ predigen, nur „hat man auf sie nicht gehört, die Intelligenz ist über sie hinweggegangen“, heißt es im Vorwort zu den „Wechi“.

Der Leser kann schon hieraus ersehen, daß die „Wechi“ nicht die „Intelligenz“ angreifen, das ist nur eine künstliche, die Sache verwirrende Ausdrucksweise. Der Angriff richtet sich auf der ganzen Linie gegen die Demokratie, gegen die demokratische Weltanschauung. Aber da es den geistigen Führern einer Partei, die sich als „konstitutionell-demokratische“ Partei anpreist, unangenehm ist, die Dinge bei ihrem richtigen Namen zu nennen, so haben sie die Terminologie den „*Moskowskije Wedomosti*“⁴⁶ entliehen, sie sagen sich nicht von der Demokratie los – (welch gemeine Verleumdung!) –, sondern nur vom „Intelligenzlerium“.

Belinskis Brief an Gogol, verkünden die „Wechi“, sei „ein flammender und klassischer Ausdruck intelligenzlerischer Stimmung“ (56). „Die Geschichte unserer Publizistik nach Belinski ist, was das Verständnis für unser Leben anbetrifft, einfach grauenhaft.“ (82.)

Soso. Die Stimmung der leibeigenen Bauern gegen die Leibeigenschaft ist offenbar eine „intelligenzlerische“ Stimmung. Die Geschichte des Protests und des Kampfes breiter Bevölkerungsschichten in der Zeit von 1861 bis 1905 gegen die Überreste der Leibeigenschaft in der ganzen Struktur des russischen Lebens ist offenbar „einfach grauenhaft“. Oder hatte vielleicht Belinskis Stimmung in dem Brief an Gogol nach Meinung unserer gescheiten und gebildeten Autoren nichts mit der Stimmung der leibeigenen Bauern zu tun? Hatte die Geschichte unserer Publizistik nichts mit der Empörung der Volksmassen gegen die Überreste des Leibeigenschaftsjochs zu tun?

Die „*Moskowskije Wedomosti*“ haben immer zu beweisen versucht, daß die russische Demokratie, sei es auch nur seit Belinski, keineswegs die Interessen der breitesten Massen der Bevölkerung im Kampf für die elementarsten Rechte des Volkes zum Ausdruck bringe, die von den leibeigenschaftlichen Institutionen mit Füßen getreten werden, sondern daß sie nur eine „intelligenzlerische Stimmung“ widerspiegele.

Das Programm der „Wechi“ und der „Moskowskije Wedomosti“ ist ein und dasselbe sowohl in der Philosophie wie auch in der Publizistik. Aber in der Philosophie haben die liberalen Renegaten es gewagt, die ganze Wahrheit zu sagen, ihr *ganzes* Programm aufzudecken (Krieg dem Materialismus und dem im Geiste des Materialismus ausgelegten Positivismus; Wiederbelebung der Mystik und einer mystischen Weltanschauung), in der Publizistik hingegen weichen sie aus, drehen und wenden sich, heucheln wie Jesuiten. Sie haben mit den wesentlichsten Ideen der Demokratie, mit den elementarsten demokratischen Tendenzen gebrochen, versuchen aber den Anschein zu erwecken, als brächen sie nur mit dem „Intelligenzlerium“. Die liberale Bourgeoisie hat eine entschiedene Wendung vollzogen von der Verteidigung der Rechte des Volkes zur Verteidigung der gegen das Volk gerichteten Institutionen. Aber die liberalen Politikaster möchten die Bezeichnung „Demokraten“ beibehalten.

Den gleichen Gaunertrick, dessen man sich mit Belinskis Brief an Gogol und bei der Geschichte der russischen Publizistik bedient hat, wendet man nun bei der Geschichte der jüngsten Bewegung an.

II

In Wirklichkeit wird in den „Wechi“ der Kampf nur gegen diejenige Intelligenz geführt, die Wortführer der demokratischen Bewegung war, und nur so weit, wie sie sich als echter Teilnehmer dieser Bewegung gezeigt hat. Die „Wechi“ fallen gerade deshalb voller Wut über die Intelligenz her, weil diese „kleine illegale Sekte ans Tageslicht trat, zahlreiche Anhänger gewann und zeitweilig ideologisch einflußreich, ja zu einer realen Macht wurde“ (176). Die Liberalen sympathisierten mit der „Intelligenz“ und haben sie insgeheim bisweilen unterstützt, *solange* sie *nur* eine kleine illegale Sekte war, solange sie noch nicht zahlreiche Anhänger gewonnen hatte, solange sie noch nicht zu einer realen Macht geworden war; das heißt: Der Liberale sympathisierte mit der Demokratie, solange die Demokratie nicht wirkliche Massen in Bewegung brachte, denn ohne Einbeziehung der Massen diene sie nur den eigennützligen Zielen des Liberalismus, half sie nur den Spitzen der liberalen Bourgeoisie, der Macht näher zu kommen. Der Liberale wandte sich von der Demokratie ab, als sie die Massen erfaßte und diese anfangen, ihre *eigenen* Aufgaben zu verwirk-

lichen, ihre *eigenen* Interessen zu vertreten. Mit dem Gezeter gegen die demokratische „Intelligenz“ wird in *Wirklichkeit der Krieg der Kadetten gegen die demokratische Bewegung der Massen* verschleiert. Eine der zahllosen Behauptungen in den „Wechi“, die das anschaulich entlarven, ist die, daß sie die große soziale Bewegung, die Ende des 18. Jahrhunderts in Frankreich vor sich ging, zum „Musterbeispiel einer genügend lange währenden Intellektuellenrevolution“ erklären, „bei der alle ihre geistigen Potenzen sichtbar wurden“ (57).

Gut, nicht wahr? Die französische Bewegung Ende des 18. Jahrhunderts ist, man höre nur, kein Musterbeispiel für die tiefste und breiteste demokratische Bewegung der Massen, sondern Musterbeispiel einer „Intellektuellen“revolution! Da nirgends und niemals in der Welt demokratische Aufgaben ohne eine Bewegung *desselben* Typs verwirklicht wurden, so ist völlig offenkundig, daß die geistigen Führer des Liberalismus eben mit der Demokratie brechen.

An der russischen Intelligenz tadeln die „Wechi“ gerade das, was *unerläßliche* Begleiterscheinung und Ausdruck *jeder* demokratischen Bewegung ist. „Das Aufpfropfen des politischen Radikalismus der Intelligenzlerischen Ideen auf den sozialen Radikalismus der Volksinstinkte* vollzog sich mit verblüffender Geschwindigkeit“ (141) – und das war „nicht einfach ein politischer Fehler, nicht einfach eine taktische Sünde. Hier lag ein moralischer Fehler vor.“ Dort, wo es keine aufs äußerste gepeinigten Volksmassen gibt, kann es auch keine demokratische Bewegung geben. Aber die demokratische Bewegung unterscheidet sich von der einfachen „Rebellion“ gerade dadurch, daß sie unter dem Banner bestimmter radikaler politischer Ideen marschiert. Die demokratische Bewegung und die demokratischen Ideen seien nicht nur politisch falsch, nicht nur taktisch fehl am Platze, sondern auch moralisch sündhaft – darauf läuft der wirkliche Gedanke der „Wechi“ hinaus, der sich absolut in nichts von den wirklichen Gedanken Pobedonoszew's unterscheidet. Pobedonoszew hat nur ehrlicher und offener das ausgesprochen, was die Struve, Isgojew, Frank und Co. sagen.

Sobald die „Wechi“ mit einer genaueren Darlegung der verhassten „intelligenzlerischen“ Ideen beginnen, sprechen sie natürlich von „linken“ Ideen überhaupt, von den Ideen der Volkstümler und der Marxisten ins-

* Der „aufs äußerste gepeinigten Volksmassen“ – heißt es auf der gleichen Seite, zwei Zeilen weiter unten.

besondere. Die Volkstümler werden „falscher Liebe zur Bauernschaft“, die Marxisten einer solchen „zum Proletariat“ bezichtigt (9). Die einen wie die anderen werden mit Haut und Haaren fertiggemacht wegen „Volksanbetung“ (59, 59/60). Bei dem verhaßten „Intellektuellen“ heiße es: „Gott ist das Volk, das einzige Ziel ist das Glück der Mehrheit.“ (159.) „Die stürmischen Reden des atheistischen Linksblocks“ (29) – das ist dem Kadetten Bulgakow von der II. Duma am stärksten in der Erinnerung haften geblieben, das hat ihn besonders aufgeregt. Und es kann nicht den leisesten Zweifel geben, daß Bulgakow hier nur etwas plastischer als andere der allgemeinen Geistesverfassung der Kadetten Ausdruck verlieh, daß er die geheimen Gedanken der ganzen Kadettenpartei ausdrückte.

Daß sich für den Liberalen der Unterschied zwischen Volkstümlerideologie und Marxismus verwischt, das ist kein Zufall, sondern unvermeidlich, es ist kein „Trick“ eines Literaten (der diese Unterschiede auszeichnet kennt), sondern gesetzmäßiger Ausdruck des heutigen Wesens des Liberalismus. Denn *gegenwärtig* fürchtet und haßt die liberale Bourgeoisie in Rußland nicht so sehr die sozialistische Bewegung der Arbeiterklasse in Rußland als vielmehr die demokratische Bewegung der Arbeiter und der Bauern, d. h., sie fürchtet und haßt das, was Volkstümlern und Marxisten gemeinsam ist, die Verteidigung der Demokratie durch Appell an die Massen. Für die gegenwärtige Epoche ist es charakteristisch, daß der Liberalismus in Rußland sich entschieden gegen die Demokratie gekehrt hat; es ist ganz natürlich, daß ihn weder die Unterschiede innerhalb der Demokratie noch die ferneren Ziele, Aussichten und Perspektiven interessieren, die sich auf dem Boden einer verwirklichten Demokratie eröffnen.

Von solchen Worten wie „Volksanbetung“ wimmelt es nur so in den „Wechi“. Das ist nicht verwunderlich, denn der liberalen Bourgeoisie, die vor dem Volk Angst bekommen hat, bleibt nichts weiter übrig, als über die „Volksanbetung“ der Demokraten zu zetern. Ein Rückzug muß unbedingt durch besonders lauten Trommelschlag gedeckt werden. Es geht ja wirklich nicht an, geradeheraus zu leugnen, daß die beiden ersten Dumas eben durch die Arbeiter- und Bauernabgeordneten die wirklichen Interessen, Forderungen und Ansichten der Arbeiter- und Bauernmassen vertreten haben. Und indessen haben gerade diese „intelligenzlerischen“

Abgeordneten* die Kadetten mit abgrundtiefem Haß gegen die „Linken“ erfüllt, weil diese das ewige Abweichen der Kadetten vom Demokratismus entlarvten. Es geht ja auch wirklich nicht an, zum Beispiel das „Vierpunktwahlssystem“⁴⁷ geradeheraus abzulehnen. Und dabei hat kein einziger halbwegs ehrlicher Politiker daran gezweifelt, daß Wahlen nach dem „Vierpunktwahlssystem“, d. h. wirklich demokratische Wahlen, im heutigen Rußland den Abgeordneten der Trudowiki zusammen mit den Abgeordneten der Arbeiterpartei eine überwältigende Mehrheit bringen würden.

Es bleibt der liberalen Bourgeoisie, die sich nach rückwärts gewandt hat, nichts weiter übrig, als ihren Bruch mit der Demokratie durch Vokabeln aus dem Wortschatz der „Moskowskije Wedomosti“ und des „Nowoje Wremja“⁴⁸ zu bemänteln; von solchen Worten wimmelt der Sammelband „Wechi“ buchstäblich von Anfang bis Ende.

Die „Wechi“ sind eine einzige Flut reaktionären Spüllichts, das über die Demokratie ausgegossen wird. Verständlich, daß die Publizisten des „Nowoje Wremja“, Rosanow, Menschikow und A. Stolypin, nichts Eiligeres zu tun hatten, als die „Wechi“ in ihre Arme zu schließen. Verständlich, daß der Metropolit Antonius von Wolhynien über dieses Werk der Führer des Liberalismus in Entzücken geriet.

„Wenn der Intelligenzler“, schreiben die „Wechi“, „über seine Pflicht vor dem Volke nachgedacht hat, ist er niemals daraufgekommen, daß die Idee der persönlichen Verantwortung, die sich im Prinzip der Pflicht widerspiegelt, nicht nur an seine, des Intelligenzlers Adresse gerichtet sein muß, sondern auch an das Volk.“ (139.) Der Demokrat hat sich Gedanken gemacht über die Erweiterung der Rechte und der Freiheit des Volkes und hat diese Gedanken in die Worte von der „Pflicht“ der oberen Klassen gegenüber dem Volk gekleidet. Der Demokrat konnte niemals daraufkommen und wird niemals daraufkommen, daß in einem Land ohne Reformen oder in einem Land mit der „Verfassung“ des 3. Juni von „Verantwortung“ des Volkes gegenüber den herrschenden Klassen die Rede sein

* Die Verdrehung des üblichen Sinns des Wortes „Intellektueller“ durch die „Wechi“ ist einfach ergötzlich. Man braucht nur die Abgeordnetenlisten der beiden ersten Dumas durchzublättern, um sofort eine überwältigende Mehrheit von Bauern bei den Trudowiki, ein Vorherrschen von Arbeitern bei den Sozialdemokraten und die Konzentration der Masse bürgerlicher Intellektueller bei den Kadetten festzustellen.

kann. Um „daraufzukommen“, muß der Demokrat oder der angebliche Demokrat sich endgültig in einen konterrevolutionären Liberalen verwandeln.

„Der Egoismus, die Selbstbehauptung ist eine große Kraft“, lesen wir in den „Wechi“, „gerade sie macht die westliche Bourgeoisie zu einem mächtigen unbewußten Werkzeug der Sache Gottes auf Erden.“ (95.) Das ist nichts anderes als eine mit heiligem Öl zubereitete Version des berühmten „Enrichissez-vous! Bereichert Euch!“⁴⁹ oder unseres russischen: „Wir setzen auf die Starken.“ Als die Bourgeoisie dem Volk im Kampf um die Freiheit half, erklärte sie diesen Kampf zur Sache Gottes. Als sie Angst vor dem Volk bekam und anfang, alles Mittelalterliche gegen das Volk zu unterstützen, erklärte sie „Egoismus“, Bereicherung, chauvinistische Außenpolitik usw. zur Sache Gottes. Das geschah überall in Europa. Das wiederholt sich auch in Rußland.

„Mit dem Akt vom 17. Oktober hätte die Revolution dem Wesen und der Form nach ihren Abschluß finden müssen.“ (136.) Das ist das A und O des Oktobrismus, d. h. des Programms der konterrevolutionären Bourgeoisie. Die Oktobristen haben das stets gesagt und offen dementsprechend gehandelt. Die Kadetten haben *insgeheim* ebenso gehandelt (angefangen mit dem 17. Oktober), aber sie wollten sich dabei gern als Demokraten hinstellen. Um der Sache der Demokratie zum Erfolg zu verhelfen, ist eine vollständige, klare und offene Abgrenzung zwischen Demokraten und Renegaten die nützlichste, die unerlässlichste Sache. Die „Wechi“ müssen für diese notwendige Sache ausgenutzt werden. „Man muß endlich den Mut aufbringen zuzugeben“, schreibt der Renegat Isgojew, „daß in unseren Reichsdumas die gewaltige Mehrheit der Abgeordneten, mit Ausnahme von drei, vier Dutzend Kadetten und Oktobristen, nicht die Bildung besaß, mit der man an die Verwaltung und Umgestaltung Rußlands hätte herangehen können.“ (208.) Nun natürlich, wie sollten sich auch die Bauernabgeordneten der Trudowiki oder irgendwelche Arbeiter an eine solche Sache wagen! Dazu braucht man eine Mehrheit von Kadetten und Oktobristen, und für eine solche Mehrheit braucht man die III. Duma . . .

Damit aber das Volk und die Volksanbeter ihre „Verantwortung“ vor den Machthabern in der III. Duma und im Rußland der III. Duma begreifen, dazu muß man dem Volk – zusammen mit Antonius von Wolhynien – „Buße“ predigen („Wechi“, 26), „Demut“ (49), Kampf gegen

den „intellektuellen Hochmut“ (52), „Gehorsam“ (55), „die einfache, grobe Kost der alten 10 Gebote Mosis“ (51), Kampf gegen die „Legion Teufel, die den gigantischen Körper Rußlands befallen haben“ (68). Wenn die Bauern Trudowiki wählen und die Arbeiter Sozialdemokraten, so ist das selbstverständlich gerade solch eine Einflüsterung des Teufels, denn im Grunde genommen, seiner Natur nach, empfindet das Volk, wie es Katkow und Pobedonoszew schon vor langer Zeit entdeckt haben, „Haß gegen die Intelligenz“ (87; lies: gegen die Demokratie).

Die Bürger Rußlands sollen daher – so lehren uns die „Wechi“ – „diese Macht segnen, die uns (die ‚Intellektuellen‘) allein noch mit ihren Bajo-netten und Gefängnissen vor der Volkswut schützt“ (88).

Diese Tirade ist gut, weil sie offen ist, nützlich, weil sie die Wahrheit über das wirkliche Wesen der Politik der gesamten Kadettenpartei für die ganze Zeit von 1905 bis 1909 aufdeckt. Diese Tirade ist gut, weil sie kurz und anschaulich den ganzen Geist der „Wechi“ aufdeckt. Und die „Wechi“ sind gut, weil sie den ganzen Geist der *tatsächlichen* Politik der russischen Liberalen, einschließlich der russischen Kadetten, aufdecken. Und darum ist die Polemik der Kadetten gegen die „Wechi“, ihre Distanzierung von den „Wechi“ eine einzige Heuchelei, ein einziges hoffnungsloses Gefasel. Denn in Wirklichkeit betreiben und betreiben die Kadetten als Kollektiv, als Partei, als gesellschaftliche Kraft *eben* die Politik der „Wechi“. Die Aufrufe zur Beteiligung an der Bulyginschen Duma im August und September 1905, der Verrat an der Sache der Demokratie Ende des gleichen Jahres, die ständige Angst vor dem Volk und vor der Volksbewegung und der systematische Kampf gegen die Abgeordneten der Arbeiter und Bauern in den ersten beiden Dumas, die Bewilligung des Budgets, die Reden von Karaulow über Religion und von Beresowski über die Agrarfrage in der III. Duma, die Reise nach London – das alles sind die zahllosen *Marksteine* eben jener, eben einer *solchen* Politik, wie sie ideologisch in den „Wechi“ proklamiert wird.

Die russische Demokratie kann keinen Schritt nach vorn tun, ehe sie nicht das Wesen dieser Politik, ehe sie nicht deren klassenmäßige Wurzeln begrift.

„Nowy Den“ Nr. 15,
13. Dezember 1909.
Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text des
„Nowy Den“.

DAS LETZTE WORT DES RUSSISCHEN LIBERALISMUS

Die Sozialdemokratie Rußlands hat in der Londoner Resolution über die nichtproletarischen Parteien⁵⁰ eine grundlegende Bilanz der Lehren aus der Revolution gezogen. Das sozialdemokratische Proletariat hat darin eine genaue und präzise Einschätzung der Beziehung der Klassen zueinander in der Revolution gegeben, die soziale Basis aller Hauptparteien festgestellt und die allgemeinen Aufgaben der Arbeiterbewegung im Kampf um die Demokratie bestimmt. Die Resolution der Parteikonferenz vom Dezember 1908 hat diese grundlegenden Ansichten der Sozialdemokratie weiterentwickelt.

Jetzt, ein Jahr nach dieser Konferenz, 2 $\frac{1}{2}$ Jahre nach dem Londoner Parteitag, ist es äußerst lehrreich zu betrachten, zu welchen Ansichten über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Demokratie die führenden Vertreter des russischen Liberalismus gelangen. Die kürzlich durchgeführte „Konferenz“ der Funktionäre der Kadettenpartei ist in dieser Hinsicht von besonderem Interesse. Die „Konferenz“ stimmte dem Referat des Parteiführers, Herrn Miljukow, zu, der es jetzt in der „*Retsch*“ unter der Überschrift „Die politischen Parteien im Lande und in der Duma“ veröffentlicht hat. Dieses Referat ist ein äußerst wichtiges politisches Dokument. Wir haben darin nunmehr die offizielle Plattform der Kadettenpartei. Außerdem aber finden wir hier die Antwort auf Fragen, die schon längst von der sozialdemokratischen Partei aufgeworfen und gelöst wurden, eine Antwort, die von einem der gewandtesten Diplomaten und Politikaster des Liberalismus, zugleich aber auch von einem sehr beachtlichen Historiker erteilt wird, der vom historischen Materialismus

einiges gelernt hat, unter dessen offensichtlichem Einfluß er gestanden hatte . . . als er noch Historiker war.

Der Historiker Miljukow bemüht sich, die Frage völlig wissenschaftlich, d. h. materialistisch, zu stellen. Um „feste Stützpunkte“ für die Parteitaktik zu bekommen, sei eine „einheitliche Auffassung von dem, was im Lande vor sich geht“, notwendig. Um dies jedoch zu verstehen, müsse das Augenmerk darauf gerichtet werden, wie die hauptsächlich politischen Parteien oder „politischen Strömungen“ bestrebt sind, in den „breiten Bevölkerungskreisen“ „für sich eine Stütze zu finden“.

Die Methode ist vortrefflich. Ihre Anwendung zeigt uns sofort die Verwandlung des beschlagenen Historikers in einen gewöhnlichen liberalen Sykophanten: die Kadetten und alles, was rechts von ihnen steht, das sind, sehen Sie, die „drei politischen Hauptströmungen“, und alles, was „links“ von den Kadetten steht, das ist „politischer Krampf“. Besten Dank für die Offenheit, Herr Liberaler! Betrachten wir aber trotzdem, was Sie uns als Historiker zu sagen haben. Die drei Hauptströmungen: Die erste ist der „demagogische Monarchismus“. Sein „Sinn“ besteht in der „Verteidigung der alten sozialen Grundlagen der Lebensweise“, in der „Verbindung der uneingeschränkten Selbstherrschaft . . .“ (der Liberale, der konstitutionelle Demokrat, geht, ohne daß er es selbst bemerkt, auf den Standpunkt eines Oktobristen über, der eine eingeschränkte Selbstherrschaft verfißt) „mit der Bauernschaft auf der Grundlage jener patriarchalischen Verhältnisse, unter denen der Adel der natürliche Vermittler zwischen dieser und jener ist . . .“ Aus der liberalen in die russische Sprache übertragen bedeutet dies Herrschaft der fröhlichen („Patriarchalität“) Gutsbesitzer und des Zarismus der Schwarzhunderter. Herr Miljukow bemerkt richtig, daß dieser Zarismus „demagogisch“ wird, daß er „von der alten scheinbaren Unparteilichkeit oder Überparteilichkeit abgeht und sich aktiv in den Prozeß der Organisierung von Parteien im Lande einschaltet“. Eben darin besteht unter anderem der Schritt auf dem Wege der Umwandlung der Selbstherrschaft in eine bürgerliche Monarchie, von dem in der Resolution der Dezemberkonferenz der Sozialdemokraten vom Jahre 1908 die Rede ist. Eben darin besteht das Neue, das die *spezifische* Besonderheit der gegenwärtigen Periode ausmacht und das unsere Partei in ihrer *gegenwärtigen* taktischen Aufgabenstellung berücksichtigt hat. Obwohl Herr Miljukow einige Züge des Prozesses richtig aufzeigt, führt er erstens hin-

sichtlich der ökonomischen Wurzeln dieses Prozesses seine Gedanken nicht zu Ende, und zweitens *scheut er sich*, die unumgängliche Schlußfolgerung über die Ursachen der Stärke der fronherrlichen Gutsbesitzer zu ziehen. Diese Stärke besteht darin, daß im Europäischen Rußland, nach der amtlichen Statistik von 1905, 10 Millionen arme Bauern 75 Mill. Desjatinen Land besitzen, während 30 000 Großgrundbesitzer (darunter die Sippe von Nikolaus Romanow mit ihren Apanageländereien) 70 Mill. Desjatinen Land besitzen. Kann Rußland *ohne vollständige Beseitigung* dieser fronherrlichen Latifundien der oberen Dreißigtausend von den „patriarchalischen“ Verhältnissen erlöst werden, wie denken Sie, Herr Historiker?

Die zweite Strömung ist der „bürgerliche Konstitutionalismus“. So nennt Herr Miljukow die Oktobristen. „Für die Großbourgeoisie“, schreibt er, „ist diese Strömung wegen ihrer engen Verbindung mit der Bürokratie und dem Adel möglicherweise zu konservativ.“ Sie werden vereinigt durch eine „negative Aufgabe: gemeinsame Verteidigung gegen radikalere soziale oder politische Strömungen“. „Die bürgerlichen Konstitutionalisten des 3. Juni und 9. November“, die sich eine Stütze suchen, sind bemüht, „wenigstens die Oberschicht der Bauernmassen“ (die „starken und kräftigen“ des Herrn Stolypin) „zu assimilieren“. „Aber eine derartige soziale Basis liegt vorläufig noch ganz in der Zukunft.“ „Darum ist diese Strömung auf der Suche nach einer sozialen Basis möglicherweise am schwächsten fundiert...“!!

Bei uns liebt man es – leider trifft das sogar auf Leute zu, die Sozialdemokraten sein möchten –, abfällig von „revolutionären Illusionen“ zu sprechen. Kann aber irgend etwas naiver sein als die *liberale* Illusion, die soziale Basis der konterrevolutionären Bourgeoisie („gemeinsame Verteidigung“) und der Gutsbesitzer sei „schwach“, man könne sie auf anderem Wege zerschlagen als durch den entschiedensten und unerbittlichen *revolutionären Druck der Massen, als durch den Aufstand der Massen?* Der ernsthafte Historiker macht wiederum dem gewöhnlichen Liberalen Platz.

Die dritte Strömung sind die Kadetten. Herr Miljukow nennt diese Strömung „demokratischen Konstitutionalismus“ und erläutert, daß „das Wesen dieser Position in der Verbindung des radikalen politischen und des radikalen sozialen Programms besteht“. Der Historiker hat restlos dem Diplomaten, dem Politikaster das Feld geräumt. In Wirklichkeit rich-

tet sich die gesamte Politik der Kadetten gegen den Radikalismus der Massen. In Worten – besonders auf der „Konferenz“, wo Kadetten aus der Provinz anwesend sind, die die Stimmung der Massen etwas aus der Nähe spüren – sind wir radikal, sorgen wir uns um den Demokratismus und um die Massen.

Herr Miljukow gibt sich (wahrscheinlich insbesondere unter dem Eindruck der „Konferenz“) in bezug auf die Massen keinem Irrtum hin. Er erkennt als unbestreitbar an, daß „das politische Bewußtsein in den letzten Jahren gewaltig gewachsen ist“, daß die „Ursachen für die Unzufriedenheit der Massen nicht verschwunden sind, daß sie vielleicht sogar an Zahl zugenommen haben und ihr Wirken sich in dem Maße verstärkt hat, in dem das politische Bewußtsein gewachsen ist“. Wenn aber der Historiker dies zwangsläufig eingestehen muß, so gewinnt trotzdem der Liberale die Oberhand: „Unglücklicherweise stellte sich“ (in der Revolution) „heraus, daß unter den Massen nur eine kühnere, illegale Demagogie anwendbar war, die den traditionellen Ansichten und den gewohnheitsmäßigen Erwartungen der Masse entgegenkam. Diese Demagogie verband ganz willkürlich die verständliche und berechtigte Losung der Masse ‚Land‘ mit der unverständlichen und falsch ausgelegten Losung ‚Freiheit‘. Unter diesen Bedingungen war selbst das Erfassen des natürlichen Zusammenhangs zwischen den beiden Losungen im Bewußtsein des Volkes lediglich Quelle neuer Mißverständnisse und erzeugte dieselben Illusionen“ usw. usf., bis zu dem „Prinzip“: Weder Revolution noch Reaktion, sondern „legaler konstitutioneller Kampf“. Die Frage der Rückkehr zur „alten Taktik des Jahres 1905“ „ist unbedingt kategorisch und entschieden verneinend zu beantworten“.

Der Leser sieht, daß alle guten Absichten des Historikers Miljukow, in breiten Bevölkerungskreisen Stützen für die Taktik der Parteien zu suchen, in ein Nichts zerfließen, sowie die Sprache auf die Bauernschaft und auf das Proletariat kommt. Das letztere hat Miljukow aufgegeben, und er stellt fest, daß die „Kadetten in der städtischen Demokratie eine breitere, organisiertere und bewußtere soziale Basis haben, als sie irgendeine andere politische Partei aufweisen kann, mit Ausnahme der sich auf die Arbeiterklasse stützenden Sozialdemokratie“. Hinsichtlich der Bauern jedoch gibt Herr Miljukow die Hoffnung nicht auf. „Trotz des Vorhandenseins solcher Hindernisse“ wie der „Demagogie“ u. a., schreibt er, „besteht die

Möglichkeit, daß die Tätigkeit des demokratischen Konstitutionalismus *parallel läuft*“ (hervorgehoben von Miljukow) „mit den unmittelbaren Äußerungen der Wünsche der Volksmassen.“

Parallele Tätigkeit! – das ist das neue Wörtchen für die alte liberale Taktik. Parallele Linien treffen sich niemals. Der Liberalismus der bürgerlichen Intelligenz hat begriffen, daß er sich *niemals* mit den Massen treffen, d. h. nicht *deren* Interessenvertreter und Führer in Rußland werden wird – „niemals“, auf Grund des nach 1905 gewachsenen politischen Bewußtseins. Aber die Liberalen vom Schlage der Kadetten zählen weiterhin auf die Massen als *Piedestal* ihrer Erfolge, ihrer Herrschaft. „Parallel laufen“, das bedeutet einfach und klar ausgedrückt, die Massen politisch auszubeuten, indem man sie mit Worten über Demokratismus fängt, in der Tat aber verrät. „Sie (die Oktobristen) in den konstitutionellen Fragen systematisch unterstützen“ – diese Worte aus dem Referat des Herrn Miljukow bringen das *Wesen* der Politik der Kadetten zum Ausdruck. In der Tat sind die Kadetten die Helfershelfer des Oktobristismus, ein Flügel des bürgerlichen Konstitutionalismus. Struve und andere „Wechi“-Leute geben dies offen, ungeschminkt, unverhohlen zu und fordern, daß die Kadetten aufhören, „nach links zu schielen und um die Gunst der sie verachtenden Revolutionäre zu buhlen“ (ein Ausspruch des bekannten Renegaten Herrn Isgojew im „Moskowski Jeshenedelnik“⁵¹, 1909, Heft 46, S. 10). Miljukow und Co. nehmen *nur* an der Ungeschminktheit und Unverhohlenheit der „Wechi“-Leute Anstoß, *nur* daran, daß die „Wechi“-Leute ihrer Diplomatie schaden, sie hindern, die rückständigen Elemente unter den Massen an der Nase herumzuführen. Miljukow ist ein praktischer Politiker, Struve ein Doktrinär des Liberalismus, aber ihr friedliches Zusammenleben in einer Partei ist kein Zufall, sondern eine zwangsläufige Erscheinung, denn der bürgerliche Intellektuelle schwankt *im Grunde genommen* zwischen der Hoffnung auf die Massen (die helfen könnten, die Kastanien aus dem Feuer zu holen) und der Hoffnung auf die oktobristische Bourgeoisie.

„Für die heutige Macht ist es unmöglich, freien Umgang zwischen den politisch bewußten Elementen der Demokratie und der demokratischen Masse zuzulassen, damit werden die Hauptversprechungen des Manifests vom 17. Oktober undurchführbar“, schreibt Herr Miljukow. Ungewollt sprach er hiermit eine tiefere Wahrheit als beabsichtigt aus. Denn

erstens, wenn es wahr ist, daß es für die heutige Macht *unmöglich* ist, den Umgang der Massen mit den Demokraten zuzulassen (und das ist unzweifelhaft wahr), so ergibt sich daraus die Notwendigkeit der *revolutionären* Taktik, nicht aber des „konstitutionellen“ Kampfes, so ergibt sich daraus die Notwendigkeit, das Volk zum *Sturz* dieser Macht zu führen, nicht aber zu deren Reformierung. Zweitens aber haben sowohl die Monate Oktober bis Dezember 1905 als auch die I. Duma und die II. Duma *bewiesen*, daß es nicht nur „für die heutige Macht“, sondern auch für den *russischen Liberalismus*, für die *russischen Kadetten* „unmöglich ist, den freien Umgang zuzulassen“ zwischen der „demokratischen Masse“ und den Sozialdemokraten, ja sogar den Volkstümlern aller Schattierungen. Die Kadetten konnten während der Freiheiten von Oktober bis Dezember 1905 weder die Arbeiterdemokratie noch selbst die Bauerndemokratie führen, und sogar zur Zeit der von den Goremykin und Stolypin gehüteten Dumas fand sich die Demokratie nicht mit der Vorherrschaft der Kadetten ab.

Die politische Bedeutung der „Konferenz“ der Kadetten Ende 1909 und des Referats von Herrn Miljukow besteht darin, daß die gebildeten Vertreter des Liberalismus, die die ärgsten Feinde der revolutionären Sozialdemokratie sind, eine glänzende Bestätigung für die Richtigkeit deren Einschätzung der Lage und deren Taktik lieferten. Alles, was in dem Referat wertvoll und richtig ist, ist nur ein Abklatsch und Wiederkäuen unserer grundlegenden These von dem Schritt der Selbstherrschaft auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie als des kennzeichnenden Zugs der gegenwärtigen Lage. Darin eben unterscheidet sie sich von der gestrigen und von der morgigen Lage. Dies bildet die Grundlage für die besondere Taktik der Sozialdemokratie, einer Taktik, die die Prinzipien des revolutionären Marxismus auf die veränderte Situation *anwenden* muß, nicht aber einfach diese oder jene Losungen *wiederholen* darf.

Die Liberalen haben die konterrevolutionäre Einstellung der Großbourgeoisie zugegeben, haben das Wachsen des politischen Bewußtseins und der Unzufriedenheit der Massen eingestanden. Warum wohl treten sie nicht entschlossen in den Dienst der Großbourgeoisie, wenn sie von der Revolution, von 1905, von der „Demagogie“ „Land und Freiheit“ abrücken, wenn sie zugeben, daß der Oktobrismus zu konservativ für

die Großbourgeoisie ist? Deshalb, weil ihnen die „Konferenz“ der Provinzler besonders deutlich das *Fehlschlagen* der neuen, Stolypinschen, bürgerlichen Politik der Selbstherrschaft vor Augen geführt hat. Die neue soziale Basis für die Monarchie liegt *„vorläufig noch ganz in der Zukunft“* – das ist das wertvollste Eingeständnis des Liberalismus. Ein geregelter bürgerlicher Konstitutionalismus mit einer Monarchie an der Spitze ist eine vorzügliche Sache, aber *ohne eine neue Massenbewegung entsteht sie nicht, wird sie nicht entstehen* – das ist das *Fazit* der „Konferenz“ der Kadetten. Uns ist die Massenbewegung, die „Demagogie“ „Land und Freiheit“ verhaßt, uns ist der „politische Krampf“ verhaßt, wir sind jedoch Realpolitiker, wir müssen den Tatsachen Rechnung tragen, wir müssen unsere Politik so ausrichten, damit wir *parallel* mit der Massenbewegung gehen, da diese nun einmal unvermeidlich ist. „Es besteht die Möglichkeit“ für einen erfolgreichen Kampf um die Führung der Massen in Stadt und Land (außer den Arbeitern), sehen wir also zu, uns durch Reden über unseren „Radikalismus“ ein Plätzchen in der Volksbewegung zu sichern, so wie wir uns durch die Worte über die Opposition Seiner Majestät ein Plätzchen in London gesichert haben.

Die Konferenz der Kadetten hat, ohne es zu ahnen, die Taktik unserer Partei glänzend bestätigt. Wir müssen eine neue historische Periode durchstehen, wo die Selbstherrschaft auf *neue Art* bemüht ist, sich zu retten, und wo sie offensichtlich *wiederum* einem Bankrott auf diesem neuen Weg entgegengeht. Wir müssen diese Periode durchstehen, indem wir systematisch, beharrlich und geduldig an einer umfassenderen und festeren Organisation der politisch bewußteren Massen des sozialistischen Proletariats und der demokratischen Bauernschaft arbeiten. Wir müssen alle Bedingungen und Möglichkeiten der Parteiarbeit in einer solchen Zeit ausschöpfen, in der die schwarze Duma wie die Monarchie gezwungen ist, den Weg der Organisierung von Parteien einzuschlagen. Wir müssen diese Zeit als eine Periode der sich auf neuer Grundlage, unter neuen Bedingungen vollziehenden Vorbereitung neuer Massen zu einem entschiedeneren revolutionären Kampf für unsere alten Forderungen nutzen. Revolution und Konterrevolution haben in der Tat gezeigt, daß die Monarchie völlig unvereinbar mit der Demokratie, mit der Herrschaft des Volkes, mit der Freiheit des Volkes ist; wir müssen unter den Massen die Beseitigung der Monarchie und den Republikanismus propa-

gieren als *Voraussetzungen* für den Sieg des Volkes; wir müssen die Losung „Nieder mit der Monarchie“ zu einer ebenso populären „Redewendung des Volkes“ machen, wie es nach langjähriger beharrlicher sozialdemokratischer Arbeit in den Jahren 1895–1904 die Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft“ wurde. Revolution und Konterrevolution haben in der Tat die ganze Stärke und die volle Bedeutung der Klasse der Gutsbesitzer gezeigt; wir müssen unter den Bauernmassen die völlige Beseitigung dieser Klasse, die völlige Aufhebung des gutsherrlichen Grundbesitzes propagieren. Revolution und Konterrevolution haben in der Tat das Wesen der Liberalen und der bürgerlichen Intelligenz offenbart; wir müssen den Bauernmassen eine klare Vorstellung davon vermitteln, daß die Führung durch die Liberalen den Untergang ihrer Sache bedeutet, daß sie ohne den selbständigen revolutionären Kampf der Massen, bei jeglichen kadettischen „Reformen“ unweigerlich unter dem Joch der Gutsbesitzer bleiben. Revolution und Konterrevolution haben uns das Bündnis zwischen der Selbstherrschaft und der Bourgeoisie sowie zwischen der russischen und der internationalen Bourgeoisie offenbart; wir müssen dreimal mehr Massen des Proletariats als im Jahre 1905 erziehen, zusammenschließen und organisieren, denn nur das Proletariat ist, von der selbständigen sozialdemokratischen Partei geführt, gemeinsam mit dem Proletariat der fortgeschrittenen Länder voranschreitend, in der Lage, für Rußland die Freiheit zu erkämpfen.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 10,
24. Dezember 1909
(6. Januar 1910).

Nach dem Manuskript.

DIE ELFTE SITZUNG DES INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN BUROS

Am 7. November fand in Brüssel die elfte Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros statt. Nach der in den letzten Jahren praktizierten Gepflogenheit war der Sitzung des Büros eine Konferenz der sozialistischen Journalisten verschiedener Länder vorangegangen. Die Konferenz erörterte einige praktische Fragen über die Herstellung regelmäßigerer Verbindungen zwischen den sozialistischen Tageszeitungen der verschiedenen Länder.

Was die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros betrifft, so standen außer laufenden kleineren Angelegenheiten zwei umfangreiche Fragen auf der Tagesordnung: 1. der internationale Sozialistenkongreß 1910 in Kopenhagen und 2. die Spaltung in der holländischen Partei.

Zur ersten Frage wurde vor allem der Termin des Kongresses festgelegt, und zwar die Zeit vom 28. August bis 3. September. In bezug auf den Tagungsort wurde die Frage der unbehinderten Einreise der russischen Sozialisten nach Kopenhagen aufgeworfen. Knudsen, der Vertreter der dänischen Sozialisten, antwortete, daß nach ihren Informationen und nach allen bei ihnen vorliegenden Angaben über die Absichten der dänischen Regierung die Polizei die russischen Kongreßdelegierten nicht belästigen würde. Sollte sich kurz vor dem Kongreß das Gegenteil herausstellen, so würde das Internationale Sozialistische Büro gewiß für einen anderen Tagungsort sorgen.

Die Tagesordnung des Kopenhagener Kongresses wurde wie folgt festgelegt: 1. die Genossenschaftsbewegung, 2. die Organisation der internationalen Solidarität bei großen Streiks, 3. die Arbeitslosenfrage, 4. die Abrüstung und internationale Schiedsgerichte, 5. die Ergebnisse der

Arbeiterschutzgesetzgebung der verschiedenen Länder und die Frage ihrer internationalen Durchsetzung, insbesondere die Frage des Achtstundentages, 6. die Verbesserung der Verbindungen zwischen den nationalen Parteien und dem Internationalen Sozialistischen Büro, 7. die Abschaffung der Todesstrafe.

Zunächst war beabsichtigt, die Agrarfrage in die Tagesordnung aufzunehmen. Vaillant und Molkenbühr sprachen sich dagegen aus, da sie eine Erörterung dieser Frage auf dem internationalen Kongreß ohne vorherige gründlichere Vorbereitung auf den Parteitag der nationalen Parteien für schwierig hielten. Den nationalen Parteien wurde empfohlen, diese Frage auf ihren Parteitagen eigens zu erörtern, so daß sie dem internationalen Kongreß 1913 vorgelegt werden kann.

Nach Annahme von Resolutionen der Solidarität mit den schwedischen Arbeitern, die einen der größten Generalstreiks der letzten Zeit organisiert, und den Arbeitern Spaniens, die einen heldenmütigen Kampf gegen das Kriegsabenteuer ihrer Regierung geführt haben, sowie von Protestresolutionen gegen die Greuel- und Mordtaten des Zarismus in Rußland, der Regierungen in Spanien, Rumänien und Mexiko ging das Internationale Sozialistische Büro zum Hauptpunkt seiner weiteren Tagesordnung über – zur Frage der Spaltung in Holland.

In Holland bekämpfen sich die Opportunisten und die Marxisten der sozialistischen Partei schon lange. In der Agrarfrage waren die Opportunisten für einen Programmpunkt eingetreten, der Zuteilung von Land an die Landarbeiter fordert. Die Marxisten kämpften energisch gegen diesen Punkt (für den sich Troelstra, der Führer der Opportunisten, eingesetzt hatte) und erreichten im Jahre 1905, daß er gestrichen wurde. Ferner gingen die Opportunisten in ihrer Anpassung an den religiös eingestellten Teil der holländischen Arbeiter so weit, daß sie für die Bereitstellung von staatlichen Mitteln für den Religionsunterricht an den Schulen eintraten. Die Marxisten kämpften leidenschaftlich dagegen. Die Opportunisten, an ihrer Spitze Troelstra, suchten die sozialdemokratische Parlamentsfraktion in Gegensatz zur Partei zu bringen und widersetzten sich den Beschlüssen des ZK. Die Opportunisten betrieben eine Politik der Annäherung an die Liberalen und ihrer Unterstützung durch die Sozialisten (was sie natürlich damit zu „rechtfertigen“ suchten, daß sie soziale Reformen durchsetzen wollten, die die Liberalen versprochen und...

nicht durchführten). Die Opportunisten nahmen eine Revision des alten, marxistischen Programms der sozialdemokratischen Partei Hollands vor und stellten unter anderem solche Thesen dieser Revision auf, wie die Abkehr von der „Zusammenbruchstheorie“ (Bernsteins bekannte Idee) oder den Wunsch, daß die Anerkennung des Programms die Parteimitglieder verpflichte, die politisch-ökonomischen, „nicht aber die philosophischen Ansichten von Marx“ anzuerkennen. Der Kampf der Marxisten gegen diese Linie verschärfte sich immer mehr. Die Marxisten, die aus dem Zentralorgan der Partei verdrängt wurden (unter ihnen auch die bekannte Schriftstellerin Roland-Holst, ferner Gorter, Pannekoek u. a.), gründeten ihre Zeitung „De Tribune“. Troelstra verfolgte diese Zeitung skrupellos, er warf den Marxisten vor, sie wollten ihn persönlich „hinausdrängen“, und hetzte den kleinbürgerlich eingestellten Teil der holländischen Arbeiter auf die Marxisten – die „Raufbolde“, die Streitsüchtigen, die Störenfriede. Es endete damit, daß der außerordentliche Parteitag in Deventer (13./14. Februar 1909) mit einer Mehrheit von Troelstra-Anhängern beschloß, die „Tribune“ einzustellen und dafür eine „Beilage“ zum opportunistischen ZO der Partei herauszugeben! Selbstverständlich ließen sich die Redakteure der „Tribune“ darauf nicht ein (außer Roland-Holst, die leider eine hoffnungslose Versöhnlerposition bezog), und sie wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Es kam zur Spaltung. Die alte, opportunistische Partei, geführt von Troelstra und van Kol (letzterer „berühmt“ seit seinen opportunistischen Reden zur kolonialen Frage in Stuttgart), behielt den Namen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ (SDAP). Die neue, zahlenmäßig viel kleinere marxistische Partei nahm den Namen „Sozialdemokratische Partei“ (SDP) an.

Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros versuchte, bei der Wiederherstellung der Einheit in Holland zu vermitteln, verhielt sich dabei aber äußerst ungeschickt: es bezog nur eine formale Stellung und beschuldigte, offenkundig mit den Opportunisten sympathisierend, die Marxisten der Spaltung. Das Gesuch der Marxisten, die neue Partei zur Internationale zuzulassen, wurde deshalb vom Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros abgelehnt.

Nun hatte die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros vom 7. November 1909 die Frage der Zulassung der holländischen Marxisten

zur Internationale zu erörtern. Alle wollten Diskussionen zum Wesen der Sache vermeiden und sich auf das einzuschlagende Verfahren beschränken, d. h. zeigen, in welcher Weise die Sache zu behandeln, die Methode zur Lösung des Konflikts zu finden sei, obwohl natürlich der Kern der Sache, das Wesen des Kampfes beider Richtungen in Holland den meisten Büromitgliedern klar gewesen sein mußte.

Schließlich brachten zwei Richtungen zwei Resolutionen ein – Singer für die Marxisten, Adler gegen sie. Singers Resolution lautete:

„Das Internationale Sozialistische Büro beschließt: Die unter dem Namen Neue Sozialdemokratische Partei“ (im Namen ein Irrtum; es muß heißen: „Sozialdemokratische Partei“) „in Holland gegründete Partei ist auf Grund ihrer Zustimmung zu den Zulassungsbedingungen zu den internationalen sozialistischen Kongressen zu diesen zuzulassen. Über die Beteiligung an den internationalen Bürositzungen und die auf dem Kongreß dieser Gruppe im Rahmen der holländischen Partei zustehenden Stimmen entscheidet, wenn zwischen den holländischen Genossen keine Einigung erfolgt, der Kongreß zu Kopenhagen.“

Dieser Text läßt erkennen, daß Singer eine formale Position nicht aufgegeben hat, denn er überläßt die endgültige Lösung des Problems der holländischen Sektion des Internationalen Kongresses, er hebt aber zugleich deutlich die Anerkennung der holländischen marxistischen Partei durch die Internationale hervor. Adler wagte nicht, das Gegenteil zu behaupten, er wagte nicht zu erklären, daß er die holländischen Marxisten nicht als Mitglieder der Internationale anerkenne, daß er die Stellungnahme des Exekutivkomitees teile, das das Gesuch der Marxisten glatt abgelehnt hatte. Er schlug folgende Resolution vor: „Das Gesuch der Sozialdemokratischen Partei wird der holländischen Sektion überwiesen. Wenn sich eine Verständigung nicht erzielen läßt, so hat die neue Partei das Recht, an das Büro zu appellieren.“ Dieselbe formale Position wie bei Singer, doch läßt der Text dieser Resolution erkennen, daß sie mit den Opportunisten sympathisiert, denn sie enthält nichts von einer Anerkennung der Marxisten als Mitglieder der Internationale. Und die Abstimmung über die Resolutionen zeigte sofort, daß die Büromitglieder den Geist der einen wie der anderen durchaus erfaßt hatten. Für Singer wurden 11 Stimmen abgegeben: 2 Stimmen von Frankreich, 2 von Deutschland, 1 von England (Sozialdemokrat), 2 von Argentinien, 1 von Bul-

garien, 1 von Rußland (Sozialdemokrat), 1 von Polen (Sozialdemokrat) und 1 von Amerika (Sozialistische Arbeiterpartei). Für Adler wurden 16 Stimmen abgegeben: 1 von England („Unabhängige“ Arbeiterpartei), 2 von Dänemark, 2 von Belgien, 2 von Österreich, 2 von Ungarn, 1 von Polen (PPS), 1 von Rußland (Sozialrevolutionär), 1 von Amerika (Sozialistische Partei), 2 von Holland (van Kol und Troelstra!) und 2 von Schweden.

Das Organ der deutschen revolutionären Sozialdemokraten, die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 259), nannte zu Recht diesen Beschluß des Internationalen Sozialistischen Büros bedauerlich. Ihn „in Kopenhagen zu revidieren, hat die Arbeiterinternationale alle Veranlassung“, schloß die Zeitung völlig begründet. „Gen. Adler“, schrieb eine andere Zeitung derselben Richtung, die „Bremer Bürgerzeitung“ vom 11. November 1909, „tritt als Anwalt des in allen Farben schillernden internationalen Opportunismus auf.“ Seine Resolution kam durch „dank der Unterstützung durch ein opportunistisches Sammelsurium“.

Diesen wahren Worten können wir russischen Sozialdemokraten nur hinzufügen, daß unsere Sozialrevolutionäre im Verein mit der PPS natürlich eifertig ihr Plätzchen in der opportunistischen Gesellschaft einnahmen.

Nach Beendigung der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros fand am 8. November 1909 in Brüssel die 4. Sitzung der Interparlamentarischen Sozialistischen Kommission statt, d. h. der Mitglieder der sozialistischen Parlamentsfraktionen verschiedener Länder. Die Fraktionen waren im allgemeinen schwach vertreten (die russische sozialdemokratische Dumafraktion überhaupt nicht). Die Delegierten tauschten Informationen über die Altersversicherung der Arbeiter, den Stand der Gesetzgebung in den verschiedenen Ländern und die Vorlagen der Arbeiterabgeordneten aus. Die beste Information gab Molkenbuhr auf Grund eines von ihm in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Artikels.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 10,
24. Dezember 1909
(6. Januar 1910).

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

ÜBER DIE GRUPPE „WPERJOD“⁵²

Konzept

Nach einer Reihe von Lektionen vor den Genossen der Gruppe „Wperjod“ und nach der abschließenden Diskussion mit ihnen über die Aufgaben der Partei sowie über die Stellung der Gruppe „Wperjod“ innerhalb der Partei erachte ich es für unumgänglich, meine Stellung zu den Streitfragen schriftlich darzulegen, um Mißverständnisse und Verzerrungen zu vermeiden.

Ich bin der Ansicht, daß die Plattform der Gruppe „Wperjod“ völlig durchdrungen ist von Anschauungen, die unvereinbar sind mit den Parteibeschlüssen (Resolutionen der Dezemberkonferenz 1908) und diesen Beschlüssen widersprechen.

Die Einschätzung der gegenwärtigen Periode in der Plattform „Wperjod“ ist falsch, denn diese Einschätzung zieht nicht die ökonomischen und politischen Veränderungen in Rußland in Betracht, die in dem neuen Schritt der Selbstherrschaft auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie bestehen. Deshalb resultieren aus der Einschätzung der Plattform „Wperjod“ in der Tat otsowistische taktische Schlußfolgerungen.

Daher ist die Plattform „Wperjod“ völlig von Anschauungen durchdrungen, die verneinen, daß die sozialdemokratische Partei unbedingt an der III. Duma teilnehmen muß und daß es unbedingt notwendig ist, einen neuen Typ der illegalen Parteiorganisation zu schaffen, die umgeben ist von einem Netz legaler Organisationen und unbedingt jede legale Möglichkeit ausnutzt.

Indem die Gruppe „Wperjod“ in ihrer Plattform die Ausarbeitung der sogenannten „proletarischen Philosophie“, der „proletarischen Kultur“

usw. als Aufgabe stellt, wird sie praktisch zum Verteidiger der Gruppe von Publizisten, die auf dem genannten Gebiet antimarxistische Anschauungen vertreten.

Indem die Plattform der Gruppe „*Wperjod*“ den Otsowismus als eine „berechtigte Schattierung“ erklärt, deckt und verteidigt sie dadurch den Otsowismus, der der Partei großen Schaden zufügt.

In Anbetracht all dessen müssen die persönlichen Erklärungen der meisten Genossen aus der Gruppe „*Wperjod*“ darüber, daß sie aufrichtige Korrespondenzen für das Zentralorgan schreiben werden, daß sie kameradschaftlich einen ideologischen Kampf gegen die Otsowisten führen werden, daß sie aufrichtig die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten fördern und gegen alle Versuche zur Sprengung von legalen Organisationen und Unternehmungen der Arbeiter kämpfen werden – diese Erklärungen müssen mit Mißtrauen aufgenommen werden, und es bleibt zu befürchten, daß die Gruppe „*Wperjod*“ in der örtlichen Arbeit und auch bei der Vorbereitungsarbeit zur Konferenz einen Kampf gegen die Parteilinie führen wird.

Meine Stellung zu den „*Wperjod*“-Leuten in den örtlichen Organisationen wird dadurch bestimmt, wie die Tätigkeit dieser Leute in Rußland sein wird und wie sie ihre Erklärungen verwirklichen werden.

Lenin

*Geschrieben Ende Dezember 1909
(erste Jaharhälfte 1910).*

*Zuerst veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.*

Nach dem Manuskript.

ZUR EINHEIT

Genau vor einem Jahr, im Februar 1909, charakterisierten wir in Nr. 2 des „Sozial-Demokrat“ die Tätigkeit der Parteikonferenz der SDAPR als eine Tätigkeit, die nach einem „Jahr des Zerfalls, einem Jahr der ideologisch-politischen Zerfahrenheit, einem Jahr der Weglosigkeit für die Partei“ die Partei „wieder auf den Weg“ bringt (Artikel „Auf den Weg“)*. Wir zeigten dort, daß die schwere Krise in unserer Partei zweifelsohne nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine ideologisch-politische Krise ist. Wir erblickten das Unterpand für einen erfolgreichen Kampf des Organismus der Partei gegen die zersetzenden Einflüsse der konterrevolutionären Periode vor allem darin, daß die taktischen Beschlüsse der Konferenz die Hauptaufgabe richtig gelöst haben: die Arbeiterpartei hat ihre revolutionären Ziele, wie sie aus der jüngsten Vergangenheit des Sturms und Drangs hervorgingen, vollauf bekräftigt, hat ihre revolutionäre sozialdemokratische Taktik, die durch die Erfahrung des unmittelbaren Massenkampfes bestätigt wurde, vollauf bekräftigt und gleichzeitig die sich vor unseren Augen vollziehenden gewaltigen ökonomischen und politischen Veränderungen berücksichtigt, den Versuch der Selbstherrschaft, sich den bürgerlichen Bedingungen der Epoche anzupassen, sich in eine bürgerliche Monarchie umzubilden, die Interessen des Zarismus und der erzreaktionären Gutsbesitzer zu sichern vermittels eines offenen, umfassend und systematisch betriebenen Bündnisses mit den kapitalistischen Oberschichten des Dorfes und mit den Magnaten des Handels- und Industriekapitals. Wir unterstrichen die organisatorische Aufgabe der Partei, die mit der neuen historischen

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 344–355. *Die Red.*

Periode verbunden ist, und zwar: Ausnutzung jeder möglichen legalen Institution durch die illegale Partei, darunter auch der sozialdemokratischen Dumafraktion, um Stützpunkte für die revolutionäre sozialdemokratische Arbeit unter den Massen zu schaffen. Wir verwiesen auf die Ähnlichkeit dieser organisatorischen Aufgabe mit derjenigen, die unsere deutschen Genossen in der Periode des Sozialistengesetzes zu lösen hatten, und sprachen von einer „üblen Abweichung von der beharrlichen Arbeit des Proletariats“, was sich in der Ablehnung der sozialdemokratischen Dumatätigkeit äußerte oder im Verzicht auf die direkte und offene Kritik der *Linie* unserer Dumafraktion, in der Verneinung oder Herabwürdigung der illegalen sozialdemokratischen Partei, in den Versuchen, sie durch eine formlose legale Organisation zu ersetzen, unsere revolutionären Losungen zu beschneiden usw.

Nachdem wir diese Rückschau gehalten haben, können wir besser die Bedeutung des kürzlich stattgefundenen Plenums des Zentralkomitees unserer Partei einschätzen.⁵³ Die Leser finden an einer anderen Stelle der vorliegenden Nummer den Wortlaut der wichtigsten vom Plenum gefaßten Resolutionen. Die Bedeutung dieser Resolutionen besteht darin, daß sie ein großer Schritt sind zur tatsächlichen Einheit der Partei, zum Zusammenschluß aller parteitreuen Kräfte, zur *einmütigen* Anerkennung der grundlegenden Thesen hinsichtlich der Taktik der Partei und ihrer Organisation, die den *Weg* der Sozialdemokratie in unserer schweren Zeit festlegen. Dieser Weg wurde vor einem Jahr *richtig* vorgezeichnet, und ihn betritt jetzt die *gesamte* Partei, von seiner Richtigkeit haben sich *alle* Fraktionen in der Partei überzeugt. Das vergangene Jahr war ein Jahr neuer fraktioneller Zersplitterungen, neuen Fraktionskampfes, ein Jahr erhöhter Gefahr des *Zerfalls* der Partei. Aber die örtlichen Arbeitsbedingungen, die schwierige Lage der sozialdemokratischen Organisation, die unaufschiebbaren Aufgaben des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats, das alles drängte alle Fraktionen zum Zusammenschluß der sozialdemokratischen Kräfte. Je mehr die Konterrevolution erstarkte, je frecher sie wütete, je weiter sich unter den liberalen und kleinbürgerlich-demokratischen Schichten ein niederträchtiges Renegatentum und die Absage an die Revolution ausbreitete, desto stärker war bei allen Sozialdemokraten der Drang *zur Partei*. Es ist äußerst charakteristisch, daß sich unter dem Einfluß dieser ganzen Gesamtheit der Bedingungen in der

zweiten Hälfte des Jahres 1909 für das Parteiprinzip in ihren Ansichten so weit auseinandergelagerte Parteimitglieder aussprachen wie der Menschewik Genosse Plechanow einerseits und die Gruppe „Wperjod“ (eine Gruppe von Bolschewiki, die vom orthodoxen Bolschewismus abgegangen ist) andererseits. Plechanow trat im August 1909 entschieden gegen die Spaltung und die Linie der Spaltung der Partei mit der Losung auf: „Kampf um den Einfluß in der Partei“. Die Gruppe „Wperjod“ entwarf eine Plattform, in der es zwar zu Anfang heißt, „Kampf für die Wiederherstellung der Einheit des Bolschewismus“, am Schluß jedoch das Fraktionswesen, die „Parteien in der Partei“, die „Isoliertheit und Abgeschlossenheit der Fraktionen“ entschieden verurteilt, entschieden deren „Aufgehen“ in der Partei, deren „Verschmelzung“, die Verwandlung der Fraktionszentren in „wirklich nur ideologische und literarische“ Zentren gefordert wird (S. 18 und 19 der Broschüre „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“).

Den von der Mehrheit der Partei klar vorgezeichneten Weg haben jetzt – selbstverständlich nicht in den Einzelheiten, sondern *in den Grundzügen* – alle Fraktionen einmütig gebilligt. Ein Jahr des verschärften Fraktionskampfes hat dazu geführt, daß ein entschiedener Schritt zur Liquidierung *aller* Fraktionen und *jedweden* Fraktionswesens, zur Einheit der Partei getan wurde. Es wurde beschlossen, alle Kräfte zusammenzuschließen für die unaufschiebbaren Aufgaben des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats; es wurde mitgeteilt, daß das Fraktionsorgan der Bolschewiki eingestellt wird; einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, daß der „Golos Sozial-Demokrata“, d. h. das Fraktionsorgan der Menschewiki, eingestellt werden muß. Einstimmig wurde eine Reihe von Resolutionen angenommen, von denen wir hier als wichtigste besonders die Resolution über die Lage in der Partei und über die Einberufung der nächsten Parteikonferenz hervorheben müssen. Die erste dieser Resolutionen, die sozusagen die Plattform für die Vereinigung der Fraktionen darstellt, verdient eine besonders eingehende Untersuchung.

Sie beginnt mit den Worten: „In Weiterentwicklung der grundlegenden Thesen der auf der Parteikonferenz 1908 gefaßten Resolutionen . . .“ Wir haben oben diese grundlegenden Thesen der drei wichtigsten Resolutionen der Dezemberkonferenz von 1908 angeführt, und zwar zur Einschätzung der Lage und zu den politischen Aufgaben des Proletariats,

zur Organisationspolitik der Partei und zu deren Stellung zur sozialdemokratischen Dumafraktion. Es unterliegt natürlich nicht dem geringsten Zweifel, daß in der Partei keine Einhelligkeit hinsichtlich jeder Einzelheit, hinsichtlich jedes Punktes dieser Resolutionen besteht, daß für die Kritik an ihnen, für ihre Überarbeitung entsprechend den gesammelten Erfahrungen und den Lehren des sich komplizierenden ökonomischen und politischen Kampfes die Spalten der Parteipresse weit geöffnet sein müssen, daß diese Arbeit der Kritik, der Anwendung, der Verbesserung der Resolutionen von nun an *alle* Fraktionen, richtiger, *alle Strömungen* in der Partei als Sache ihrer eigenen Selbstbestimmung, als Sache der Klärung ihrer eigenen Linie betrachten müssen. Aber die Kritik und Verbesserung der Parteilinie darf kein Hindernis für die *Aktionseinheit* der Partei sein, die nicht für einen Augenblick unterbrochen werden darf, die nicht schwanken darf, die *in jeglicher Hinsicht* entsprechend den grundlegenden Thesen der angeführten Resolutionen gelenkt werden muß.

In Weiterentwicklung dieser Thesen erwähnt der erste Punkt der Entschließung des Zentralkomitees die „prinzipiellen Grundlagen“ der sozialdemokratischen Taktik, die, entsprechend der Methode der gesamten internationalen Sozialdemokratie, nicht „nur auf die gegebenen konkreten Verhältnisse des nächsten Augenblicks“ berechnet sein darf – insbesondere in einer solchen Periode, wie wir sie durchleben –, sondern verschiedene Wege, alle möglichen Situationen, sowohl eine „plötzliche Wende“ als auch eine „relativ unbewegliche Situation“, in Erwägung ziehen muß. Dem Proletariat eröffnet sich erstmalig die Möglichkeit, planmäßig und folgerichtig diese taktische Methode anzuwenden. Die Taktik unserer Partei muß in ein und derselben Zeit, in ein und derselben Handlung des Proletariats, in ein und demselben Netz der Organisationszellen „das Proletariat für den neuen, offenen revolutionären Kampf vorbereiten“ (ohne das würden wir das Recht verlieren, uns zur revolutionären Sozialdemokratie zu zählen, würden wir unsere Hauptaufgabe nicht erfüllen, die uns das Jahr 1905 als Vermächtnis hinterlassen hat und die durch jede Nuance der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Verhältnisse vorgezeichnet wird) und „dem Proletariat die Möglichkeit geben, alle Widersprüche des labilen Regimes der Konterrevolution für sich auszunutzen“ (ohne das würde unser revolutionärer Schwung zur Phrase, zu einem *Wiederholen* revolutionärer Worte, statt daß wir die

gesamte Summe der revolutionären Erfahrungen, der Erkenntnisse und Lehren der internationalen Sozialdemokratie auf *jede* praktische Handlung, auf die Ausnutzung *jedes* Widerspruchs und jeder Schwankung des Zarismus, seiner Verbündeten und aller bürgerlichen Parteien *anwenden*).

Der zweite Punkt der Resolution kennzeichnet den Umschwung, den die Arbeiterbewegung in Rußland erlebt. Schließen wir uns zusammen und helfen wir der neuen Generation sozialdemokratischer Arbeiter, ihre historische Aufgabe zu erfüllen, die Parteiorganisation zu erneuern, neue Formen des Kampfes auszuarbeiten, ohne dabei irgendwie von den „Aufgaben der Revolution und deren Methoden“ abzugehen, sondern, im Gegenteil, um sie zu verteidigen, eine breitere und festere Basis für eine erfolgreichere Anwendung dieser Methoden in der kommenden neuen Revolution vorzubereiten.

Der dritte Punkt der Resolution umreißt die Bedingungen, die überall bei den klassenbewußten Arbeitern den „Drang zur Konzentration der parteitreuen sozialdemokratischen Kräfte, zur Festigung der Parteeinheit“ hervorgerufen haben. An erster Stelle dieser Bedingungen steht die breite konterrevolutionäre Strömung. Der Feind schließt sich zusammen und greift an. Zu den alten Feinden – dem Zarismus, der Willkür und Gewalt der Beamten, der Unterdrückung und schamlosen Verhöhnung von seiten der fronherrlichen Gutsbesitzer – gesellt sich ein neuer Feind: die sich auf der Grundlage einer bewußten, durch eigene Erfahrung bestärkten Feindschaft gegenüber dem Proletariat immer fester zusammenschließende Bourgeoisie. Die Revolutionäre werden wie nie zuvor ausgerottet, gequält und gepeinigt. Man bemüht sich, die Revolution zu besudeln, zu schmähen, sie aus dem Gedächtnis des Volkes zu tilgen. Aber die Arbeiterklasse hat noch in keinem Lande jemals ihren Feinden erlaubt, die wichtigste Errungenschaft jeder Revolution, sofern sie nur irgendwie diese Bezeichnung verdient, zu entreißen, nämlich: die Erfahrung des Massenkampfes, die Überzeugung Millionen Werktätiger und Ausgebeuteter von der Notwendigkeit des Massenkampfes für jede ernsthafte Verbesserung ihrer Lage. Und die Arbeiterklasse Rußlands läßt sich durch keinerlei Prüfungen die Bereitschaft zum revolutionären Kampf nehmen, den Heroismus der Massen nehmen, mit dem sie im Jahre 1905 Siege errungen hat und noch wiederholt erringen wird.

Uns vereint nicht nur der Druck der Konterrevolution und die Welle konterrevolutionärer Stimmungen. Uns vereint auch jeder Schritt der unscheinbaren, tagtäglichen praktischen Arbeit. Die Dumaarbeit der Sozialdemokratie macht stetig Fortschritte, sie befreit sich von den Fehlern, die anfangs unvermeidlich waren, sie überwindet Skeptizismus und Gleichgültigkeit und schmiedet die von allen Sozialdemokraten hochbewertete Waffe der revolutionären Propaganda, Agitation und des organisierten Klassenkampfes. Und jeder legale Kongreß, an dem Arbeiter teilnehmen, jede legale Institution, in die das Proletariat eindringt, sein Klassenbewußtsein hineinträgt und die Interessen der Arbeit und die Forderungen der Demokratie offen verteidigt, führen zu einem Zusammenschluß der Kräfte und zur Entwicklung der Bewegung insgesamt. Keinerlei Verfolgungen durch die Regierung, keinerlei Schliche ihrer Verbündeten aus dem Lager der Schwarzhunderter und der Bourgeoisie sind imstande zu verhindern, daß der Kampf des Proletariats in den verschiedensten und zuweilen ganz unerwarteten Formen in Erscheinung tritt, denn mit jedem Schritt seiner Entwicklung schult der Kapitalismus selbst seine Totengräber, schließt er sie zusammen, mehrt ihre Reihen und verstärkt ihre Empörung.

In der gleichen Richtung (Drang zum Zusammenschluß in der Partei) wirkt die Zersplitterung der sozialdemokratischen Gruppen und die „Handwerkelei“ in der Arbeit, worunter unsere Bewegung im Verlauf der letzten anderthalb bis zwei Jahre so leidet. Die praktische Arbeit kann ohne Konzentration der Kräfte, ohne Schaffung eines führenden Zentrums unmöglich auf eine höhere Stufe gehoben werden. Vom Zentralkomitee wurde eine Reihe von Beschlüssen über den Aufbau dieses Zentrums und seine Arbeit, über seine Erweiterung durch Kräfte aus der praktischen Arbeit, über eine engere Verbindung seiner Tätigkeit mit der örtlichen Arbeit usw. gefaßt. Die theoretischen Interessen, die in Zeiten der Stagnation unvermeidlich in den Vordergrund treten, erfordern gleichfalls den Zusammenschluß auf der Grundlage der Verteidigung des Sozialismus überhaupt und des Marxismus als des einzig wissenschaftlichen Sozialismus, insbesondere angesichts der bürgerlichen Konterrevolution, die alle Kräfte für den Kampf gegen die Ideen der revolutionären Sozialdemokratie mobilisiert.

Der letzte Punkt der Resolution schließlich spricht von den politisch-

ideologischen Aufgaben der sozialdemokratischen Bewegung. Der heftige Prozeß innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung in den Jahren 1908/1909 führte dazu, daß auch diese Aufgaben bis jetzt mit aller Schärfe gestellt und durch den erbittertsten Kampf der Fraktionen entschieden werden mußten. Das war kein Zufall, sondern unter den Bedingungen der Krise und des Zerfalls der Parteiorganisationen eine notwendige Erscheinung. Aber dies *war* eben eine Notwendigkeit, und die einstimmige Annahme der untersuchten Resolution hat anschaulich das allgemeine Bestreben offenbart, vorwärts zu schreiten, vom Kampf um die strittigen grundlegenden Thesen zur Anerkennung dieser Thesen als unbestreitbar und zu einmütiger verstärkter Arbeit auf der Grundlage dieser Anerkennung überzugehen.

Die Resolution stellt fest, daß zwei Arten von Abweichungen vom richtigen Wege unweigerlich der gegenwärtigen historischen Lage und dem bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat entspringen. Eine dieser Abweichungen wird ihrem Wesen nach durch folgende Züge gekennzeichnet: „Verneinung der illegalen sozialdemokratischen Partei, Herabwürdigung ihrer Rolle und Bedeutung, Versuche, die programmatischen und taktischen Aufgaben sowie die Losungen der revolutionären Sozialdemokratie usw. zu beschneiden.“ Der Zusammenhang dieser Fehler innerhalb der Sozialdemokratie mit dem konterrevolutionären bürgerlichen Strom außerhalb der Sozialdemokratie liegt auf der Hand. Nichts ist der Bourgeoisie und dem Zarismus verhaßter als die illegale sozialdemokratische Partei, die ihre Treue zum Vermächtnis der Revolution, ihre unverbrüchliche Bereitschaft zum unerbittlichen Kampf gegen die Grundlagen der Stolypinschen „Legalität“ durch ihre Arbeit beweist. Nichts ist der Bourgeoisie und den Lakaien des Zarismus verhaßter als die revolutionären Aufgaben und Losungen der Sozialdemokratie. Das eine wie das andere zu verteidigen ist unsere unabdingbare Aufgabe, und gerade die Verbindung der illegalen mit der legalen Arbeit erfordert von uns erst recht den Kampf gegen jede „Herabwürdigung der Rolle und Bedeutung“ der illegalen Partei. Gerade die Notwendigkeit, den Parteistandpunkt bei minder gewichtigen Anlässen, in bescheidenerem Umfang, in Einzelfragen, in legalem Rahmen zu verteidigen, erfordert, besonders darauf zu achten, daß diese Aufgaben und Losungen nicht *beschnitten* werden, daß die Änderung der Form des Kampfes nicht dessen Inhalt beseitigt, nicht dessen Unversöhnlichkeit

abschwächt, nicht die historische Perspektive und das historische Ziel des Proletariats entstellt: alle Werktätigen und Ausgebeuteten, die Volksmassen durch eine Reihe bürgerlicher Revolutionen, die die demokratische Republik erkämpfen, zur proletarischen Revolution zu führen, die den Kapitalismus selbst stürzt.

Andererseits aber – und hier gehen wir zur Charakteristik der anderen Abweichung über – ist es unmöglich, die tagtägliche revolutionäre sozialdemokratische Arbeit in der Praxis durchzuführen, wenn man nicht lernt, deren Formen zu ändern und diese der Eigenart jeder neuen historischen Periode anzupassen. „Die Verneinung der sozialdemokratischen Dumaarbeit und der Ausnutzung legaler Möglichkeiten, das Nichtbegreifen der Wichtigkeit des einen wie des anderen“ bildet eben jene Abweichung, die es in der Tat unmöglich macht, eine sozialdemokratische Klassenpolitik zu betreiben. Die neue Etappe der historischen Entwicklung Rußlands stellt uns vor neue Aufgaben: das bedeutet nicht, daß die alten Aufgaben schon gelöst sind, daß es erlaubt sei, sie aufzugeben – nein; das bedeutet aber, daß es notwendig ist, diese neuen Aufgaben zu berücksichtigen, neue Formen des Kampfes zu finden, eine ihnen entsprechende Taktik und Organisation auszuarbeiten.

Sofern sich in der Partei ein Einvernehmen hinsichtlich dieser grundlegenden Fragen, ein Einvernehmen hinsichtlich der Notwendigkeit anzubahnen begonnen hat, die beiden aufgezeigten Abweichungen hauptsächlich durch Verbreiterung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit zu „überwinden“ – ist das Wichtigste (für die richtige Bestimmung der „politisch-ideologischen Aufgaben der sozialdemokratischen Bewegung“) erreicht. Jetzt muß das Erreichte systematisch in die Tat umgesetzt, muß in allen Kreisen der Partei, bei allen örtlichen Funktionären völlige Klarheit in der Auffassung dieser Aufgaben erzielt werden, muß die Aufklärung über die Gefahr der beiden Abweichungen auf *allen* Gebieten der Arbeit zu Ende geführt und die Arbeit so organisiert werden, daß Schwankungen nach dieser oder jener Seite *unmöglich* sind. Die praktischen Schritte zur Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse, die Erfordernisse des unmittelbaren ökonomischen und politischen Kampfes zeigen dann von selbst, was hier noch getan und wie es vollendet werden muß.

Unter diesen Erfordernissen gibt es eins, das zum normalen Ablauf des Parteilebens gehört (wenn es diesen „normalen Ablauf“ gibt). Wir spre-

chen von einer Parteikonferenz, die die *wirklich mit der örtlichen Arbeit beschäftigten* Vertreter der sozialdemokratischen Parteiorganisationen und -gruppen aus allen Gegenden Rußlands zusammenbringen würde. Wie bescheiden diese Aufgabe auch sein mag, der gegenwärtige Zerfall hat sie jedoch kolossal erschwert. Die Resolution des Zentralkomitees berücksichtigt die neuen Schwierigkeiten (Wahl der Delegierten aus den Gebieten durch die einzelnen örtlichen Zellen und nicht durch die Gebietskonferenzen, wenn deren Einberufung nicht möglich ist) und auch die neuen Aufgaben (Hinzuziehung von Parteifunktionären aus der legalen Bewegung mit beratender Stimme).

Die objektiven Bedingungen erfordern, daß als Organisationsgrundlage der Partei die illegalen Arbeiterzellen dienen, wenn sie auch ihrem Umfang und den jetzigen Formen ihrer Arbeit nach bescheiden sind. Um aber zu lernen, unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die revolutionäre sozialdemokratische Arbeit systematisch, stetig, planmäßig durchzuführen, müssen sie wesentlich mehr Initiative und Aktivität als früher entwickeln, um so mehr, als sie in den meisten Fällen keine Hilfe von erfahrenen, alten Genossen erwarten können. Und diese Zellen können die Aufgabe, einen ständigen Einfluß auf die Massen auszuüben und gemeinsam mit den Massen zu handeln, nicht lösen, wenn sie nicht erstens eine feste Verbindung untereinander herstellen und zweitens Stützpunkte in der Form jeder nur möglichen legalen Institution schaffen. Daher ist es notwendig, in erster Linie, vordringlich, unverzüglich und um jeden Preis eine Konferenz von Delegierten dieser illegalen Zellen einzuberufen. Daher ist es notwendig, *parteitreue* Sozialdemokraten aus der legalen Bewegung hinzuzuziehen, Vertreter „von sozialdemokratischen Gruppen in der legalen Bewegung, die bereit sind, eine *feste organisatorische* Verbindung zu den örtlichen Parteizentren herzustellen“. Wer von unseren legalen Sozialdemokraten wirklich, in der Tat und nicht nur in Worten, parteiverbunden ist, wer von ihnen wirklich die oben angeführten neuen Bedingungen der Arbeit und die Verbindung der alten Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie mit den neuen Bedingungen verstanden hat, wer ehrlich bereit ist, an der Erfüllung dieser Aufgaben zu arbeiten, welche Gruppen wirklich bereit sind, eine feste organisatorische Bindung zur Partei herzustellen – das kann nur an Ort und Stelle, im Verlauf der tagtäglichen illegalen Arbeit selbst festgestellt werden.

Hoffen wir, daß sich auf der Grundlage dieser Arbeit jetzt alle sozialdemokratischen Kräfte zusammenschließen, daß die Parteifunktionäre im Zentrum und in den örtlichen Parteiorganisationen mit aller Energie die Vorbereitung der Konferenz in Angriff nehmen, daß diese Konferenz dazu beitragen wird, unsere Parteieinheit endgültig zu festigen und die Schaffung einer breiteren, festeren, beweglicheren proletarischen Basis für die kommenden revolutionären Schlachten einmütig voranzutreiben.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 11,
13. (26.) Februar 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

DER „GOLOS“ DER LIQUIDATOREN GEGEN DIE PARTEI⁵⁴

(Antwort an den „Golos Sozial-Demokrata“)

Der „Golos Sozial-Demokrata“ Nr. 19/20 und das als „Brief an die Genossen“ gesondert veröffentlichte Manifest der Genossen Axelrod, Dan, Martow und Martynow ist eine Bombe, dazu bestimmt, die Partei unmittelbar nach dem Vereinigungsplenium zu sprengen, so daß wir uns gezwungen sehen, unverzüglich mit einem wenngleich kurzen und nicht erschöpfenden warnenden Hinweis aufzutreten und uns mit dieser Warnung an alle Sozialdemokraten zu wenden.

Beginnen wir damit, daß der „Golos Sozial-Demokrata“ sein Feuer gegen uns, gegen die Redaktion des Zentralorgans, richtet. Er beschuldigt uns durch den Mund des Gen. Martow, daß wir dessen Artikel für den „Diskussionny Listok“⁵⁵ bestimmt haben. „In meinem Artikel werden die Beschlüsse des Plenums überhaupt nicht zur *Diskussion gestellt*“, schreibt und betont Gen. Martow; dies wird wortwörtlich in dem „Brief an die Genossen“ wiederholt.

Jeder, der Lust hat, den Artikel des Gen. Martow, betitelt „Auf dem richtigen Weg“, durchzulesen, wird erkennen können, daß dort die Beschlüsse des Plenums *direkt zur Diskussion gestellt werden*, daß er offen gegen den Beschluß über die Zusammensetzung der Redaktion des ZO auftritt und ausführlich die Theorie der Gleichberechtigung der Strömungen, der „*Neutralisierung*“ der Strömungen motiviert. Die von Gen. Martow und der gesamten Redaktion des „Golos“ ausgesprochene himmel-schreiende Unwahrheit, der strittige Artikel „stelle“ die Beschlüsse des Plenums „nicht zur Diskussion“, kommt der direkten Verhöhnung eines Parteibeschlusses gleich.

Sollte irgendwem der Unterschied zwischen dem Diskutieren der

Beschlüsse des Plenums und dem gewissenhaften Festhalten an der *Linie* des Plenums im ZO selbst nicht klar sein, so fordern wir diese Leute *und insbesondere die Menschewiki* auf, über den aufschlußreichen Artikel des Gen. Plechanow in der vorliegenden Nummer des ZO und über die nicht minder aufschlußreiche Nr. 11 des „Dnewnik Sozialdemokrata“ desselben Autors nachzudenken. Kein einziger Menschewik, der den Parteibeschluss und die Vereinigung der Partei nicht verhöhnen will, wird bestreiten können, daß Gen. Plechanow im „Dnewnik“ die Beschlüsse des Plenums zur *Diskussion stellt* und in dem Artikel „Zur Verteidigung der Illegalität“ die *Parteilinie* vertritt. Diesen Unterschied muß man doch begreifen, wenn man nicht böswillig das Ziel verfolgt, die Beschlüsse des Plenums zu *hintertreiben!*

Doch nicht genug damit, daß Gen. Martow und die gesamte Redaktion des „Golos“ die himmelschreiende Unwahrheit sagen, wenn sie behaupten, daß im Artikel „Auf dem richtigen Weg“ die Beschlüsse des Plenums nicht zur Diskussion gestellt würden. Der Artikel enthält etwas weitaus Schlimmeres. Er beruht voll und ganz auf der *Theorie der Gleichberechtigung* zwischen der illegalen Partei, d. h. der SDAPR einerseits und den von der Partei abgespaltenen *Legalisten*, die sich gern Sozialdemokraten nennen möchten, andererseits. Der Artikel beruht voll und ganz auf der Theorie der Spaltung zwischen *diesen „zwei Teilen“* der Avantgarde der Arbeiter, den *„zwei Teilen der Sozialdemokratie“*, die sich auf denselben Grundlagen der „Gleichberechtigung und Neutralisierung“ vereinigen sollen, auf denen sich jegliche Teile eines gespaltenen Ganzen stets vereinigen!

Aus Platzmangel können wir nicht mehr Zitate zur Bekräftigung dieser Charakterisierung der Ansichten Martows anführen. Dies wird in einigen anderen Artikeln geschehen, falls es überhaupt erforderlich ist, denn es wird wohl kaum jemand wagen zu bestreiten, daß Martow auf dem Boden der „Theorie der Gleichberechtigung“ steht.

Diese neue Theorie ist jedoch ein offenes Auftreten gegen die Entschließungen des Plenums, mehr noch: ist deren *direkte Verböhnung*. Für alle, die die Beschlüsse des Plenums gewissenhaft erfüllen, besteht der klare Sinn dieser Beschlüsse darin, daß die Spaltung zwischen den parteitreuen Menschewiki und den parteitreuen Bolschewiki, die Spaltung dieser altherkömmlichen *Fraktionen* beseitigt werden muß, und keineswegs die „Spaltung“ zwischen *allen* Legalisten überhaupt und unserer illegalen

SDAPR. Die von der Partei abgespaltenen Legalisten werden keineswegs als ein der Partei gleichartiger oder der Partei gleichberechtigter „Teil der Sozialdemokratie“ betrachtet. Im Gegenteil, sie werden zurück zur Partei gerufen unter der klar zum Ausdruck gebrachten *Bedingung* des Bruchs mit dem Liquidatorentum (d. h. mit dem Legalismus um jeden Preis) und des Übergangs zum Parteistandpunkt, des Übergangs zur „parteimäßigen Lebensweise“. Der Brief des ZK über die Konferenz, dieser *offizielle* und für die Partei unbedingt verbindliche Kommentar zu den Resolutionen des Plenums, sagt mit absoluter Klarheit, daß die *illegalen Organisationen entscheiden* müssen, ob die Legalisten *in der Tat zur Partei stehen**, d. h., der Brief lehnt speziell die „Theorie der Gleichberechtigung“ ab!

Dieser Brief des ZK wurde einer speziellen EntschlieÙung des Plenums zufolge von einer besonderen Kommission, bestehend aus den Genossen Grigori⁵⁶, Innokenti⁵⁷ und Martow, verfaßt. Der Brief wurde von der *gesamten* Kommission *einstimmig* gebilligt. Jetzt wechselt Genosse Martow – gleichsam unter dem Einfluß irgendeines bösen Geistes – die Front, schreibt einen Artikel, der völlig von einer *direkt entgegengesetzten* Theorie durchdrungen ist, und beschwert sich noch, als wolle er die Partei verspotten, wenn dieser Artikel zum Diskussionsartikel erklärt wird!

Es ist natürlich offensichtlich, daß diese Theorie der Gleichberechtigung, die *in allen übrigen* Artikeln des „Golos“ noch weit schärfer und gröber als bei Martow zum Ausdruck kommt, *in Wirklichkeit zur Unterordnung der Partei unter die Liquidatoren* führt, denn ein Legalist, der sich der illegalen Partei gegenüberstellt und sich als mit ihr gleichberechtigt ansieht, ist eben nichts anderes als ein Liquidator. Die „Gleichberechtigung“ des von der Polizei gehetzten illegalen Sozialdemokraten mit dem Legalisten, der gesichert ist durch seine Legalität und seine Losgelöstheit von

* Siehe Nr. 11 des ZO, S. 11/12: „Nur die örtlichen Organisationen können gewährleisten, daß diese zusätzliche Vertretung nur auf diejenigen angewendet wird, die *wirklich* (hervorgehoben im „Brief“) parteitreu sind; unsere örtlichen Funktionäre werden nicht nur nach den Worten dieser Funktionäre der legalen Bewegung urteilen, sondern auch nach *deren Taten*, und werden alles daran setzen, daß nur diejenigen herangezogen werden, die dem Wesen der Sache nach auch jetzt einen Teil unserer Partei bilden, die unserer Parteiorganisation beitreten wollen, um wirklich für sie zu arbeiten, sie zu festigen, sich ihr unterzuordnen und ihr zu dienen“ usw.

der Partei, ist in Wirklichkeit eine „Gleichberechtigung“ des Arbeiters mit dem Kapitalisten.

Dies alles ist derart offensichtlich, die Verhöhnung des Plenumbeschlusses und seiner Erläuterung im Brief des ZK von Seiten des „Golos“ ist derart offenkundig, daß der Artikel Martows gar nicht anders genannt werden kann als ein Artikel, der den „richtigen Weg“ . . . zum Sieg der Liquidatoren über die Partei aufzeigt.

Die parteitreuen Menschewiki haben diese Gefahr bereits erkannt. Beweis – Nr. 11 des „Dnewnik Sozialdemokrata“, worin der Menschewik Plechanow, der lediglich die Resolution des Plenums gelesen und noch nicht den „Brief“ des ZK in Händen hatte, speziell darauf verweist, daß bei einem „unaufmerksamen Verhalten“ zu den Worten der Resolution über die Legalisten, „die bereit sind, eine feste organisatorische Verbindung zu den örtlichen Parteizentren herzustellen“ – „die ‚Liquidatoren‘ hier eine bequeme Hintertür finden könnten“ (S. 20).

Ist es nicht offensichtlich, daß Plechanow seine „Golos“-Leute ausgezeichnet studiert hat? Er verwies auf eben jene *Hintertür der Liquidatoren*, die der „Golos Sozial-Demokrata“ Nr. 19/20 aus Leibeskräften, in fast allen Artikeln, von der ersten bis zur letzten Zeile „herausarbeitet“. Sind wir nicht im Recht, ihn den „Golos“ der *Liquidatoren* zu nennen?

Wie weit die Verteidigung des Liquidatorentums bei den „Golos“-Leuten geht, zeigt folgende Stelle aus dem „Brief an die Genossen“:

„Das ZO . . . muß sich das Vertrauen erringen, sowohl unter den lebensfähigen Elementen der alten illegalen Organisationen . . .“ (die illegalen Parteiorganisationen erweisen sowohl dem ZK als auch dem ZO volles Vertrauen; es ist lächerlich, hier von einem „Erringen“ auch nur zu sprechen) „als auch unter den neuen legalen Organisationen, die heute die wichtigste Heimstätte (siehe da!) der sozialdemokratischen Arbeit sind.“ Also, die von der Partei abgespaltenen Legalisten sind die *wichtigste Heimstätte*. Nicht sie müssen das Vertrauen der Partei erringen, in der Tat ihre Parteitreu beweisen, Parteimitglieder werden, zum Parteiprinzip zurückfinden, sondern die Partei in Gestalt des ZO muß „ihr Vertrauen erringen“ – offenbar durch die getarnte Verteidigung des Liquidatorentums, durch die Vorbereitung von Hintertüren für das Liquidatorentum, wie wir sie beim „Golos“ sehen!!

Der gesamte Artikel des Gen. Th. Dan „Kampf um die Legalität“ ist

ganz und gar vom Geist des Liquidatorentums durchdrungen, der bis zum direkten Reformismus geht. Wenn Gen. Dan äußert, daß der „Kampf um die Legalität“ „eine der grundlegenden revolutionären Aufgaben“, das „Banner“ usw. ist, so verfiert er nicht den sozialdemokratischen, sondern den kadettischen Standpunkt. „Illegaler Zusammenschluß als notwendige Waffe im Kampf um die Legalität“ – verkündet Gen. Dan. Das ist Kadettenart. Bei den Kadetten ist die Partei illegal, aber die Illegalität der Kadetten ist eben nur eine „notwendige Waffe im Kampf um die Legalität“. Bei der Sozialdemokratie ist der *legale* Zusammenschluß gegenwärtig eine der notwendigen Waffen der *illegalen* Partei.

„In seinem Lichte“ (des Kampfes um die Legalität), „in seinem Namen allein ist gegenwärtig ein solcher Kampf des Proletariats möglich, der sich . . . den Sturz der Selbstherrschaft . . . zum Ziel stellt . . .“

Dieser Gedanke muß wiederum umgestülpt werden, damit ein *sozialdemokratischer* Gedanke daraus wird. Nur im Lichte des Kampfes für den Sturz der Selbstherrschaft, nur im Namen dieses Kampfes ist eine wirklich sozialdemokratische Arbeit in den legalen Organisationen möglich. Nur im Namen des Kampfes für die unbeschnittenen revolutionären Forderungen des Proletariats, nur im Lichte des Programms und der Taktik des revolutionären Marxismus ist eine wirklich erfolgreiche Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten durch die Sozialdemokratie möglich, ist deren ganz beharrliche Verteidigung und Verwandlung in Stützpunkte unserer Parteiarbeit möglich und notwendig.

Aber auch das ist noch nicht alles. Die „Golos“-Leute handeln den Beschlüssen des Plenums direkt zuwider, wenn sie in ihrem Brief wie auch in ihrer Zeitung entgegen den Beschlüssen des ZK für das *Weitererscheinen des „Golos“* agitieren. Wir wollen hier nicht jene lächerliche und klägliche Sophistik untersuchen, mit der man die Hintertreibung des Parteibeschlusses zu rechtfertigen sucht. Wir begnügen uns lieber – zumindest in dem vorliegenden kurzen Artikel – mit einem Hinweis auf die *Stimme des parteitreuen Menschewismus*, auf Nr. 11 des „Dnewnik“. Genosse Plechanow hat auch diese Hintertür der Liquidatoren vorausgesehen, als er offen, klipp und klar das aussprach, woran kein einziger loyaler Sozialdemokrat zweifeln kann: „Die Agitation gegen das Einstellen des ‚Golos‘“, schreibt er auf S. 18, ist „Agitation gegen die Liquidierung der Fraktion, d. h. für ein *Zunichtemachen* des wichtigsten der

möglichen Resultate der Plenartagung des ZK.“ Was stellt der „Golos Sozial-Demokrata“ für die Menschewiki der bekannten Richtung dar? Er stellt ihr faktisches fraktionelles Zentrum dar – und zwar ein Zentrum ohne Verantwortung.

Genauso ist es. *Zunichtemachen* der Vereinigung – darauf läuft doch die Sache des „Golos“ Nr. 19/20 und des Manifests der vier „Golos“-Redakteure gegen die Beschlüsse des Plenums hinaus. Nach dem Vereinigungsplenum verteidigen sie das Liquidatorenentum weit offener und weitaus skrupelloser als vor dem Plenum. Wenn ihr Manifest den Menschewiki mitteilt, daß der Brief des Auslandsbüros des ZK an alle Gruppen⁵⁸ – ein Brief, der zur Herstellung der wirklichen Einheit aufruft – *gegen die Stimmen der menschewistischen und bundistischen Mitglieder des Auslandsbüros des ZK angenommen wurde*, so begreift jeder, daß wir es mit einem schlecht bemäntelten *Aufruf* zu tun haben, *sich diesem Brief nicht unterzuordnen*, die im Ausland vollzogene Einigung zu hintertreiben. Mögen die parteitreuen Menschewiki, welche die „Golos“-Leute verurteilen, von der Verurteilung zur *Tat* schreiten, wenn sie allen Ernstes die Parteivereinigung durchsetzen wollen. Von den parteitreuen Menschewiki hängt jetzt diese Vereinigung ab, von ihrer *Bereitschaft und Fähigkeit, den direkten Kampf* sowohl gegen das ausländische als auch gegen das russische „faktische Zentrum“ der liquidatorischen „Golos“-Leute zu führen.

Dieses russische Zentrum, das russische *MZ* (menschewistische Zentrum) tritt offen in Nr. 19/20 des „Golos“ auf, tritt mit einem „offenen Brief“ hervor, in dem Plechanow zu einem „Liquidator der Idee des Menschewismus“ gestempelt wird. Das Ausscheiden der Menschewiki aus der Partei erklärt – oder besser gesagt, rechtfertigt – dieses russische *MZ* mit der „allgemein bekannten Erscheinung der Erstarrung der Parteizellen“ !! Die Ausscheidenden – erläutert uns das Manifest des *MZ* – „werden verleumderischerweise Liquidatoren genannt“ (S. 24 des „Golos“).

Wir fragen die einigermaßen unvoreingenommenen Sozialdemokraten, wir fragen insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter ohne Unterschied der Strömungen, bedeutet das Erscheinen dieses Manifests des *MZ* unmittelbar nach dem Plenum nicht das *Zunichtemachen* der Sache der Vereinigung?

Wir halten es für unsere Pflicht, der gesamten Partei die Namen derjenigen mitzuteilen, die dieses berühmte Dokument – wir sind überzeugt, daß es herostratisch berühmt wird – unterzeichnet haben: 1. Augustowski, 2. Anton, 3. Wadim, 4. W. Petrowa, 5. Georgi, 6. Georg, 7. Jewg. Ga-as, 8. Kramolnikow, 9. D. Kolzow, 10. Nat. Michailowa, 11. Roman, 12. Romul, 13. Solomonow, 14. Tscherewanin (natürlich!), 15. Juri, 16. J. P-i.⁵⁹

„Diese Unterschriften“, schreibt die Redaktion des „Golos“, „sind von alten Parteifunktionären, die der Redaktion gut bekannt sind; einige von ihnen hatten in der Partei verantwortliche Funktionen inne.“

Diese Namen, antworten wir, werden von allen bewußten sozialdemokratischen Arbeitern angeprangert werden, wenn sie den „Golos Sozialdemokrata“ Nr. 19/20 durchlesen, wenn sie sich mit den Beschlüssen des Plenums vertraut machen, wenn sie folgende Tatsache erfahren:

Das Russische Büro des ZK hat dieser Tage einen offiziellen Brief an das Auslandsbüro des ZK (das Exekutivorgan des Zentralkomitees im Ausland) gerichtet. In diesem Brief heißt es wörtlich:

*„Wir haben uns an die Genossen Michail⁶⁰, Roman und Juri“ (wir haben diese Namen oben hervorgehoben) „mit dem Vorschlag gewandt, ihre Arbeit aufzunehmen, haben aber von ihnen eine Antwort erhalten, die besagt, daß sie nicht nur die Beschlüsse des Plenums als schädlich ansehen, sondern allein schon das Bestehen des Zentralkomitees für schädlich halten. Mit dieser Begründung weigern sie sich, auch nur zu einer Sitzung zum Zweck der Kooptierung zu erscheinen...“**

* Wir führen zusätzlich *alle* Stellen aus den Briefen (des Russischen Büros des ZK und eines der in Rußland tätigen Mitglieder des ZK⁶¹) an, die sich auf den Aufruf des ZK in Rußland beziehen:

„Wir bitten den Genossen Martow und die menschewistischen ZK-Mitglieder, uns unverzüglich die Namen und Adressen der Genossen mitzuteilen, die sie zur Kooptierung vorschlagen (die Petersburger Menschewiki haben dies abgelehnt) ...“ „Das Russische Kollegium kann zur Zeit nicht einberufen werden: fast niemand ist einverstanden, kooptiert zu werden; bis jetzt hat nur ein

(Erläutern wir von uns aus: Die Häupter des menschewistischen Zentrums lehnen es nicht nur selbst ab, das ZK zu unterstützen, sondern lehnen es auch ab, zur Kooptierung anderer Menschewiki, zur Kooptierung menschewistischer Arbeiter zu erscheinen, wobei sie genau wissen, daß die Ablehnung, an einer Sitzung zur Kooptierung teilzunehmen, die Arbeit des ZK *hemmt, seine Konstituierung hemmt, ein Hinauszögern* – vielleicht für Monate – der Aufnahme der Arbeit des ZK als ZK bedeutet.)

Die gleichen Leute also, die mit Unterstützung und Billigung von Axelrod, Dan, Martow und Martynow in der Presse erklären, daß Plechanow sie „verleumderischerweise ‚Liquidatoren‘ nennt“, sabotieren direkt das Bestehen des ZK selbst, proklamieren dessen Bestehen als schädlich.

Die gleichen Leute, die in der illegalen Presse (durch den „Golos“) und in der legalen Presse (durch die Liberalen) lauthals von der „allgemein bekannten Erscheinung der Erstarrung der Parteizellen“ zetern, *hinterreiben selbst die Versuche*, diese Zellen zu beleben, sie wiederherzustellen, ihre Arbeit in Gang zu setzen, und das sogar bei einer solchen Zelle wie dem ZK.

Mögen nunmehr alle Sozialdemokraten erkennen, wen das Manifest der Genossen Axelrod, Dan, Martow und Martynow meint, wenn es von den „Persönlichkeiten der legalen Bewegung, die jetzt die wichtigsten vorgeschobenen Posten des kämpfenden Proletariats einnehmen“, spricht. Mögen nunmehr alle Sozialdemokraten erkennen, an wen sich die Redaktion des „Golos“ wendet, wenn sie schreibt: „Wir möchten, daß die Genossen“ (die Michail, Roman, Juri) „die Bedeutung der Bresche würdigen, die jetzt in das offizielle Dogma geschlagen worden ist, das die Bolschewik seine Zusage gegeben, und auch das unter Vorbehalt. *Die Menschewiki (Michail, Roman und Juri) haben es kategorisch abgelehnt, weil sie die Arbeit des ZK für schädlich halten. Die Resolutionen des Plenums sind nach Ansicht von Michail und anderen ebenfalls schädlich. Die Einmischung des ZK in den spontanen Prozeß der Gruppierung der sozialdemokratischen Kräfte innerhalb der legalen Organisationen, der jetzt vorstatten geht, kommt ihrer Wirkung zufolge einem Abtreiben der Frucht aus dem Mutterleib im 2. Monat der Schwangerschaft gleich. Wir bitten, uns unverzüglich andere Genossen zu nennen, an die man sich mit dem Vorschlag wenden kann, sie zu kooptieren. Und es wäre auch wünschenswert, die Stellung der Genossen zu diesem Verhalten Michails und der anderen zu veröffentlichen.*“

Parteiorganisation tatsächlich zum unausbleiblichen Erstarren verurteilt, und daß sie versuchen, die ihnen“ (den Michail, Roman, Juri) „durch diese Bresche geöffneten Positionen einzunehmen.“

Wir wenden uns an alle Organisationen, an alle Gruppen unserer Partei und fragen sie, haben sie die Absicht, diese Verhöhnung der Sozialdemokratie zu dulden? Ist es jetzt statthaft, passiver Beobachter dessen zu bleiben, was sich abspielt, oder ist es nicht Pflicht, entschlossen gegen eine Strömung zu kämpfen, die die Existenz der Partei selbst untergräbt?

Wir fragen alle Sozialdemokraten Rußlands, können sie jetzt noch Zweifel haben, worin die praktische, realpolitische Bedeutung der „Theorie der Gleichberechtigung“ der Strömungen, der Gleichberechtigung der Legalisten und der illegalen Partei, der Theorie des „Kampfes um die Legalität“ usw. usf. besteht?

Hinter diesen Theorien, diesen Erörterungen, diesen Ausflüchten bergen sich wie hinter einem Schild solche Feinde der Sozialdemokratie wie die Michail, Roman und Juri, solche ihrer politischen Helfershelfer wie die sechzehn menschewistischen Herostraten, solche ihrer ideologischen Führer wie die Literaten, die den „Golos Likwidatorow“ [Stimme der Liquidatoren] leiten.

Also: Nr. 19/20 des „Golos Sozial-Demokrata“ und das Spaltermanifest der vier Redakteure des „Golos“ „An die Genossen“ ist eine direkte Agitation:

*für das Fraktionsorgan, gegen die Einheit,
gegen die Einigung im Ausland,
zur Verfechtung des offensichtlichen Liquidatoren-
tums,
zur Verteidigung der direkten Gegner des Bestehens
des ZK,*

Gegen die Partei!

Die Verschwörung gegen die Partei ist aufgedeckt. Erhebt euch alle, denen das Bestehen der SDAPR teuer ist, zur Verteidigung der Partei!

Geschrieben am 11. (24.) März 1910.

*Veröffentlicht zwischen dem
12. und 16. (25. und 29.) März
in dem Sonderdruck des „Sozial-
Demokrat“ Nr. 12.*

*Nach dem Text des Sonderdrucks,
verglichen mit dem Text des
„Sozial-Demokrat“.*

WOFÜR KÄMPFEN?

Dem jüngsten Auftreten der in der Duma herrschenden Partei der Oktobristen kommt im Zusammenhang mit den in und außerhalb der Duma gehaltenen Reden rechter Kadetten zweifellos eine große symptomatische Bedeutung zu. „Wir sind im Land und in der Duma isoliert“, beklagte sich das Haupt der Partei der konterrevolutionären Kapitalisten, Herr Gutschkow. Und der „Wechi“-Mann Herr Bulgakow spricht ihm im „Moskowski Jeshenedelnik“ wie ein Echo nach: „Sowohl die Reaktion als auch die Revolution verneint die ‚Unantastbarkeit der Persönlichkeit‘, mit Leib und Seele bekennen sie im Gegenteil deren ‚Antastbarkeit‘ – in ganz gleicher Weise Markow 2 mit der Hetze gegen die Fremdstämmigen und der Pogrommoral sowie der Sozialdemokrat Gegetschkori, der im Namen der Unantastbarkeit der Persönlichkeit an die ‚zweite große russische Revolution‘ appelliert.“ (Nr. 8, 20. Februar 1910, S. 25.)

„Wir warten“, wandte sich Herr Gutschkow in der Duma an die zaristische Regierung, damit konstatierend, daß die Bourgeoisie, die sich mit Leib und Seele der Konterrevolution ergeben hat, bis jetzt ihre Interessen nicht als gesichert anerkennen, nichts wirklich Festes und Stabiles im Sinne der Schaffung der berüchtigten „erneuerten“ Ordnung sehen kann.

Und der „Wechi“-Mann Bulgakow spricht wie ein Echo nach: „Ich hänge mit nicht nachlassendem Schmerz alten, bitteren und schmerzhaften Gedanken nach: das ist ja doch ein und dasselbe (d. h., sowohl Reaktion als auch Revolution sind dasselbe, nämlich –) . . . der gleiche mit Gewalt verwirklichte Maximalismus . . . *Beginnen* doch in der letzten Zeit *manche*, *sich schon wieder nach einer neuen Revolution zu sehnen*, als ob man

jetzt, nach den gemachten Erfahrungen, von ihr etwas anderes erwarten könnte als den endgültigen Zerfall Rußlands.“ (S. 32.)

Sowohl der Führer der größten bürgerlichen Partei in der Duma als auch der in der liberalen „Gesellschaft“ populäre rechtskadettische Publizist (die „Wechi“ erscheinen in der *fünften* Auflage) – beide beklagen sich, beide stöhnen, beide konstatieren, daß *sie isoliert sind*. Ideologisch isoliert unter den Maximalisten der Reaktion und unter den „Maximalisten“ der Revolution, unter den Helden der Schwarzhunderter und unter den „sich nach einer neuen Revolution Sehrenden“ (den Liberalen?) – „isoliert in der Duma und im Land“.

Diese Isoliertheit des „Zentrums“, diese Isoliertheit der Bourgeoisie, die eine Veränderung des alten Regimes, aber keinen Kampf gegen dieses Regime wünscht, die eine „Erneuerung“ des Zarismus möchte, aber seinen Sturz fürchtet – das ist keine neue Erscheinung in der Geschichte der russischen Revolution. Im Jahre 1905, als die revolutionäre Massenbewegung unentwegt anwuchs und dem Zarismus Schlag auf Schlag versetzte, fühlten sich sowohl die Kadetten als auch die Oktobristen „isoliert“. Die Kadetten (die damaligen „Oswoboshdenzen“) begannen sich bereits nach dem 6. August 1905 zu sperren, indem sie sich gegen den Boykott der Bulyginschen Duma aussprachen. Die Oktobristen „sperrten sich“ nach dem 17. Oktober endgültig. In den Jahren 1906/1907 waren die Kadetten in beiden Dumas „isoliert“, sie waren nicht imstande, ihre Mehrheit auszunutzen, ohnmächtig lavierten sie zwischen dem Zarismus und der Revolution, zwischen den erzreaktionären Gutsbesitzern und dem proletarisch-bäuerlichen Ansturm. Trotz der Mehrheit in beiden Dumas waren die Kadetten die ganze Zeit isoliert, waren in der Zwickmühle zwischen Treppow und der wahrhaft revolutionären Bewegung und traten ruhmlos vom Schauplatz ab, ohne einen einzigen Sieg errungen zu haben. In den Jahren 1908/1909 hatten die Oktobristen die Mehrheit in der III. Duma, gingen Hand in Hand mit der Regierung, unterstützten sie mit Leib und Seele – und jetzt sind sie gezwungen einzugestehen, daß in Wirklichkeit nicht sie, sondern die Schwarzhunderter kommandierten, daß die oktobristische Bourgeoisie *isoliert ist*.

Das sind die Resultate hinsichtlich der historischen Rolle der Bourgeoisie in der russischen bürgerlichen Revolution. Die Erfahrung eines Jahrfünfts (1905–1909), das überreich an Ereignissen war und in dem

sich der Kampf der Massen, der Klassenkampf in Rußland am offensten entfaltete, hat *faktisch* bewiesen, daß beide Flügel unserer Bourgeoisie, sowohl der kadettische als auch der oktobristische, sich *in Wirklichkeit* durch den Kampf der Revolution und der Konterrevolution als neutralisiert erwiesen haben, als unvernünftig, ohnmächtig und kläglich zwischen den feindlichen Lagern hin und her schwankend.

Durch ihren ständigen Verrat an der Revolution hat die Bourgeoisie voll und ganz die groben Fußstapfen, die Beschimpfungen und das Anspucken verdient, alles, was sie so lange vom Zarismus der Schwarzhunderter, von den zaristisch-gutsbesitzerlichen Schwarzhundertern einstecken muß. Und natürlich haben nicht irgendwelche besonderen moralischen Eigenschaften diesen Verrat von seiten der Bourgeoisie und die historische Vergeltung, die an ihr geübt wurde, hervorgerufen, sondern die widersprüchliche ökonomische Lage der Kapitalistenklasse in unserer Revolution. Diese Klasse fürchtete die Revolution mehr als die Reaktion, den Sieg des Volkes mehr als die Aufrechterhaltung des Zarismus, die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien mehr als die Aufrechterhaltung der Macht der Fronherren. Die Bourgeoisie gehörte nicht zu den Elementen, die in der großen revolutionären Schlacht nichts zu verlieren hatten. Ein solches Element war in unserer bürgerlichen Revolution nur das Proletariat, und mit ihm waren das die Millionen der ruinierten Bauernschaft.

Die russische Revolution bestätigte die Schlußfolgerung, die Engels aus der Geschichte der großen bürgerlichen Revolutionen des Westens zog, nämlich: um selbst nur das zu erreichen, was für die Bourgeoisie unmittelbar notwendig ist, mußte die Revolution *weiter gehen* als die Forderungen der Bourgeoisie⁶². Und das Proletariat Rußlands hat die Revolution geführt, führt sie und *wird* sie weiter voranführen, die Ereignisse darüber hinaus vorantreibend, wo sie die Kapitalisten und Liberalen aufhalten wollten.

In der Bankettkampagne von 1904 hielten die Liberalen auf jede Weise die Sozialdemokraten zurück, weil sie deren stürmische Einmischung fürchteten. Die Arbeiter ließen sich von dem Gespenst des eingeschüchternen Liberalen nicht erschrecken und führten die Bewegung voran, zum 9. Januar, zu der sich über ganz Rußland ausbreitenden Welle ununterbrochener Streiks.

Die liberale Bourgeoisie, einschließlich der „Oswoboshdenzen“, in jener Zeit „illegal“, rief das Proletariat zur Teilnahme an der Buljginschen Duma auf. Das Proletariat ließ sich von dem Gespenst des eingeschüchterten Liberalen nicht erschrecken und führte die Bewegung voran zum großen Oktoberstreik, zum ersten Sieg des Volkes.

Die Bourgeoisie spaltete sich nach dem 17. Oktober. Die Oktobristen traten entschlossen auf die Seite der Konterrevolution. Die Kadetten rückten vom Volk ab und drängten sich ins Vorzimmer von Witte. Das Proletariat schritt vorwärts. Es mobilisierte, sich an die Spitze des Volkes stellend, solche Millionenmassen zum selbständigen historischen Handeln, daß einige Wochen wirklicher Freiheit ein für allemal eine unauslöschbare Grenze zwischen dem alten und dem neuen Rußland zogen. Das Proletariat hob die Bewegung auf die höchstmögliche Stufe des Kampfes, auf die Stufe des bewaffneten Aufstands im Dezember 1905. Es erlitt in diesem Kampf eine Niederlage, wurde aber nicht zerschlagen. Sein Aufstand wurde unterdrückt, aber es erreichte, daß es im Kampf alle revolutionären Kräfte des Volkes vereinte, es ließ sich beim Rückzug nicht demoralisieren und zeigte den Massen – zeigte erstmalig in der neuesten Geschichte Rußlands den Massen –, daß es möglich und notwendig ist, den Kampf bis zu Ende zu führen. Das Proletariat wurde zurückgeworfen, aber es ließ das hehre Banner der Revolution nicht aus seinen Händen, und in der Zeit, als die Kadettenmehrheit der I. und II. Duma sich von der Revolution lossagte, ihre Flamme zu löschen bemüht war, Trepow und den Stolypin ihre Bereitschaft und Fähigkeit beteuerte, sie zu löschen – erhob das Proletariat offen dieses Banner, rief weiterhin zum Kampf auf, fuhr fort, die Kräfte für den Kampf zu erziehen, zusammenzuschließen und zu organisieren.

Die Sowjets der Arbeiterdeputierten in allen großen Industriezentren, eine Anzahl ökonomischer Errungenschaften, die den Kapitalisten abgezwungen wurden, die Sowjets der Soldatendeputierten in der Armee, die Bauernkomitees in Gurien und in anderen Gegenden und schließlich die kurzlebigen „Republiken“ in einigen Städten Rußlands – dies alles war der *Anfang* der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, das sich auf die revolutionäre Kleinbourgeoisie, insbesondere auf die Bauernschaft, stützte.

Die Dezemberbewegung von 1905 ist deshalb bedeutend, weil sie

erstmalig eine „erbärmliche Nation, eine Nation von Sklaven“ (wie N. G. Tschernyschewski Anfang der sechziger Jahre sagte⁶³) in eine Nation verwandelte, *die fähig ist*, unter der Führung des Proletariats den Kampf gegen die Natter der Selbstherrschaft bis zu Ende zu führen und die *Massen* in diesen Kampf einzubeziehen. Diese Bewegung ist deshalb bedeutend, weil das Proletariat hier an Hand der praktischen Erfahrung gezeigt hat, daß die Eroberung der Macht durch die demokratischen Massen *möglich* ist, daß die Republik in Rußland möglich ist, weil es gezeigt hat, „*wie das zu machen ist*“, weil es das praktische Herangehen der Massen an die konkrete Erfüllung dieser Aufgabe gezeigt hat. Durch den Dezemberkampf hat das Proletariat dem Volk eine der Erbschaften hinterlassen, die politisch-ideologisch ein Leuchtfeuer für die Arbeit einiger Generationen sein können.

Und je dunkler sich jetzt die Wolken der wütenden Reaktion zusammenballen, je größer die Bestialitäten der konterrevolutionären zaristischen Schwarzhunderter sind, je häufiger man sehen kann, wie *sogar* die Okto-bristen den Kopf schütteln und sagen, daß sie auf Reformen „warten“ und sie nicht erwarten können, je häufiger die Liberalen und Demokraten „sich nach einer neuen Revolution sehnen“, je gemeiner die Reden der „Wechi“-Leute („man muß ganz bewußt die Revolution *nicht wollen*“ – Bulgakow, ebenda S. 32), um so energischer muß die Arbeiterpartei das Volk daran erinnern, *wofür zu kämpfen ist*.

Davon, daß für die im Jahre 1905 gestellten Ziele, für die Aufgaben, an deren Verwirklichung die damalige Bewegung dicht herankam, jetzt infolge der veränderten Verhältnisse, infolge der anderen Situation der gegenwärtigen historischen Periode in anderen Formen gekämpft werden muß, davon haben wir bereits des öfteren gesprochen. Die Versuche der Selbstherrschaft, sich auf den Typ einer bürgerlichen Monarchie umzustellen, ihr lang währender Kuhhandel mit den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie in der III. Duma, die neue bürgerliche Agrarpolitik usw. – dies alles führte Rußland in einen spezifischen Abschnitt seiner Entwicklung, stellte der Arbeiterklasse die langfristigen Aufgaben der Heranbildung einer neuen proletarischen Armee – und einer neuen Revolutionsarmee –, die Aufgaben der Erziehung und Organisierung der Kräfte, der Ausnutzung der Dumatribüne und aller Möglichkeiten der halblegalen Tätigkeit.

Man muß verstehen, *unsere* taktische Linie durchzuführen, man muß verstehen, unsere Organisation so aufzubauen, daß unter Berücksichtigung der veränderten Lage die Aufgaben des Kampfes *nicht herabgesetzt*, nicht beschnitten werden, damit der politisch-ideologische Inhalt selbst der auf den ersten Blick sehr bescheidenen, unscheinbaren und geringfügigen Arbeit nicht herabgemindert wird. Es wäre gerade eine solche Herabsetzung der Aufgaben und eine Verstümmelung des politisch-ideologischen Inhalts des Kampfes, wenn wir z. B. für die sozialdemokratische Partei die Losung des Kampfes für eine legale Arbeiterbewegung aufstellten.

Als selbständige Losung ist das keine sozialdemokratische, sondern eine kadettische Losung, denn nur die Liberalen träumen von der Möglichkeit einer legalen Arbeiterbewegung ohne neue Revolution (und davon träumend, predigen sie dem Volk falsche Lehren). Nur die Liberalen beschränken ihre Aufgaben auf ein untergeordnetes Ziel, wobei sie – wie auch die Liberalen Westeuropas – darauf rechnen, das Proletariat mit der „reformierten“, ein wenig gesäuberten, „verbesserten“ bürgerlichen Gesellschaft auszusöhnen.

Das sozialdemokratische Proletariat befürchtet einen solchen Ausgang nicht, sondern ist im Gegenteil davon überzeugt, daß jede diese Bezeichnung verdienende Reform, jede Erweiterung seines Betätigungsfeldes, der Grundlage seiner Organisation und Bewegungsfreiheit seine Kräfte verzehnfachen und den revolutionären Massencharakter seines Kampfes erhöhen wird. Aber gerade um eine wirkliche Erweiterung des Umfangs seiner Bewegung zu erreichen, um eine teilweise Verbesserung zu erreichen, gerade deshalb muß man den proletarischen Massen keine eingeschränkten, keine beschnittenen Kampflosungen geben. Teilweise Verbesserungen können (und waren das immer in der Geschichte) nur Nebenergebnisse des revolutionären Klassenkampfes sein. Nur wenn wir den proletarischen Massen die Aufgaben in ihrem ganzen Umfang und ihrer ganzen Größe stellen, die das Jahr 1905 unserer Generation vermacht hat, sind wir imstande, die Grundlage der Bewegung wirklich zu erweitern, große Massen in diese Bewegung einzubeziehen, ihnen den selbstlosen revolutionären Kampfgeist einzufußeln, der die unterdrückten Klassen stets zum Sieg über ihre Feinde geführt hat.

Nicht die geringste, nicht eine einzige Möglichkeit des offenen Han-

delns, der offenen Aktion, der Erweiterung der Grundlage der Bewegung, der Einbeziehung immer neuer und neuer Schichten des Proletariats in die Bewegung, der Ausnutzung jedes schwachen Punktes in der Position der Kapitalisten für einen Angriff auf sie und für die Eroberung von Verbesserungen der Lebenslage verschmähen – und gleichzeitig diese ganze Tätigkeit mit dem Geist des revolutionären Kampfes erfüllen, die Aufgaben, vor denen wir im Jahre 1905 standen und die wir damals nicht gelöst haben, bei *jedem* Schritt und an jeder Wende der Bewegung in ihrer *ganzen Fülle* erklären – so muß die Politik und die Taktik der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands sein.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 12,
23. März (5. April) 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

FELDZUG GEGEN FINNLAND

Am 17. März 1910 brachte Stolypin in der Reichsduma eine Vorlage ein, die „Ordnung über den Erlaß Finnland betreffender Gesetze und Verfügungen von gesamtstaatlicher Bedeutung“. Unter dieser amtlich-bürokratischen Überschrift verbirgt sich der unverschämteste Feldzug der Selbstherrschaft gegen die Freiheit und Selbständigkeit Finnlands.

In der Stolypinschen Gesetzesvorlage ist die Rede davon, alle diejenigen finnischen Angelegenheiten, die „nicht allein nur die inneren Angelegenheiten dieses Gebiets betreffen“, der Reichsduma, dem Reichsrat und Nikolaus II. zur Entscheidung zu übertragen. Dem Finnischen Landtag wird lediglich das Recht zugestanden, „Gutachten“ zu diesen Angelegenheiten zu geben, wobei diese Gutachten für niemanden bindend sind: der Finnische Landtag wird in seiner Stellung zum Zarenreich in die Lage der Bulyginschen Duma versetzt.

Was versteht man dabei unter „Gesetzen und Verfügungen, die nicht allein nur die inneren Angelegenheiten“ Finnlands „betreffen“? Ohne die gesamte Aufzählung anzuführen, die in der Stolypinschen Vorlage 17 Punkte umfaßt, weisen wir darauf hin, daß hierzu sowohl die Beziehungen zwischen Finnland und anderen Gegenden des Zarenreichs auf dem Gebiet des Zolls als auch die Einschränkung der finnischen Strafgesetzgebung sowie das Eisenbahnwesen, das Währungssystem in Finnland, die Bestimmungen über öffentliche Versammlungen, die Pressegesetze in Finnland u. a. gehören.

Alle derartigen Fragen der oktobristischen Schwarzhunderterduma zur Entscheidung überlassen! *Die völlige Vernichtung der finnischen Freiheit* – das beabsichtigt die Selbstherrschaft, wobei sie sich auf die Vertreter der Gutsbesitzer und der Großkaufleute, die durch die Verfassung vom 3. Juni vereinigt wurden, zu stützen gedenkt.

Diese Rechnung ist fehlerlos, natürlich insoweit es sich nur um diejenigen handelt, die durch diese „Verfassung“ legalisiert worden sind: fünfzig extreme Rechte, hundert Nationalisten und „rechte Oktobristen“, hundertfünfundzwanzig Oktobristen – das ist das schwarze Heer, das bereits in der Duma vereinigt und durch die lang währende Hetze der Regierun- gungspresse zur Anwendung beliebiger Gewaltmaßnahmen gegen Finn- land vorbereitet ist.

Der alte Nationalismus der Selbstherrschaft, die alle „Fremdstämmi- gen“ unterdrückt, wurde jetzt gefestigt, erstens durch den Haß aller konterrevolutionären Elemente gegen ein Volk, das den Sieg des russi- schen Proletariats im Oktober, wenn er auch nur von kurzer Dauer gewe- sen war, dazu auszunutzen verstand, in allernächster Nähe des Schwarz- hunderterzaren eine der demokratischsten Verfassungen der Welt zu schaffen und freie Verhältnisse für die Organisierung der Arbeitermassen Finnlands herzustellen, die unverbrüchlich auf der Seite der Sozialdemo- kratie stehen. Finnland nutzte die russische Revolution aus, um sich einige Jahre der Freiheit und der friedlichen Entwicklung zu sichern. Die Kon- terrevolution in Rußland beeilt sich, die völlige Stille bei „sich zu Hause“ auszunutzen, um möglichst viele der finnischen Errungenschaften zu be- seitigen.

Die Geschichte demonstriert gleichsam am Beispiel Finnlands, daß der berüchtigte „friedliche“ Fortschritt, aus dem alle Philister einen Götzen machen, gerade eine solche labile, ephemerische Ausnahme von kurzer Dauer bildet, die voll und ganz die Regel bestätigt. Und die Regel besteht darin, daß nur die revolutionäre Bewegung der Massen, an deren Spitze das Proletariat steht, daß nur die siegreiche Revolution imstande ist, dauerhafte Veränderungen im Leben der Völker durchzuführen, die Herr- schaft des Mittelalters und der halbasiatischen Formen des Kapitalismus zu sprengen.

Nur da schöpfte Finnland frei Atem, als die russische Arbeiterklasse sich in gigantischer Masse erhob und die russische Selbstherrschaft erschüt- terte. Und nur in der Vereinigung mit dem revolutionären Kampf der Massen in Rußland kann der finnische Arbeiter jetzt einen Weg zur Ret- tung vor der Invasion der Schwarzhunderter, der Halsabschneider suchen.

Die Bourgeoisie Finnlands offenbarte ihre konterrevolutionären Eigen- schaften sogar in diesem friedlichen Land, das die Revolution *auf Kosten*

der russischen Oktobertage durchmachte, das seine Freiheit *dank der Rückendeckung* durch den Dezemberkampf und die zwei oppositionellen Dumas in Rußland bewahrte. Die Bourgeoisie Finnlands verfolgte die rote Garde der finnischen Arbeiter und beschuldigte sie des revolutionären Geistes; sie tat alles, was sie tun konnte, um die volle Freiheit der sozialistischen Organisationen in Finnland zu verhindern; sie glaubte, sich durch Nachgiebigkeit (wie Auslieferung von Politikern im Jahre 1907) vor Gewaltmaßnahmen des Zarismus zu schützen; sie beschuldigte die Sozialisten ihres Landes, daß sie von den russischen Sozialisten *verdorben worden* seien, die sie mit ihrem revolutionären Geist infiziert hätten.

Jetzt kann auch die Bourgeoisie in Finnland sehen, wohin die Politik der Zugeständnisse, der Nachgiebigkeit, der „Gefälligkeiten“ sowie die Politik des direkten oder indirekten Verrats am Sozialismus führt. Außerhalb des Kampfes der sozialistisch geschulten und von den Sozialisten organisierten Massen wird das finnische Volk keinen Ausweg aus seiner Lage finden; außerhalb der proletarischen Revolution gibt es kein Mittel, um Nikolaus II. die Stirn zu bieten.

Eine Festigung des alten Nationalismus als der Politik unserer Selbstherrschaft brachte zweitens das Anwachsen des Klassenbewußtseins und der bewußt konterrevolutionären Einstellung unserer Bourgeoisie in Rußland. Der Chauvinismus wuchs bei ihr zusammen mit dem Anwachsen des Hasses gegen das Proletariat als eine internationale Kraft. Der Chauvinismus verstärkte sich bei ihr parallel zum Wachstum und zur Verschärfung der Konkurrenz von seiten des internationalen Kapitals. Der Chauvinismus trat in Erscheinung als Revanche für die Niederlage im Krieg gegen die Japaner, für die Ohnmacht gegenüber den privilegierten Gutsbesitzern. Der Chauvinismus erhielt Unterstützung durch den Appetit des echt russischen Industriellen und Kaufmanns, der froh ist, Finnland zu „erobern“, wenn es schon nicht gelang, ein Stück Kuchen auf dem Balkan abzuzucken. Deshalb liefert die Körperschaft, die die Gutsbesitzer und die Großbourgeoisie vertritt, dem Zarismus treue Verbündete für die *Abrechnung* mit dem freien Finnland.

Wenn sich jedoch die Basis der konterrevolutionären „Operationen“ gegenüber dem freien Randgebiet erweitert hat, so hat sich auch die Basis für den *Widerstand* gegen diese Operationen erweitert. Wenn wir an Stelle allein der Bürokratie und einer Handvoll einflußreicher Personen

nunmehr auf seiten der Feinde Finnlands die in der dritten Duma organisierte Vertretung des Landadels und der reichen Kaufmannschaft finden, so finden wir auf seiten seiner Freunde all die Millionenmassen, die die Bewegung von 1905 hervorbrachten, die den revolutionären Flügel in der I. und II. Duma schufen. Und wie groß auch *gegenwärtig* die politische Stille sein mag, diese Massen leben und wachsen trotz allem. Es wächst auch ein neuer *Rächer* für die neue Niederlage der russischen Revolution heran, denn die Niederlage der finnischen Freiheit ist eine Niederlage der russischen Revolution.

Unsere russische liberale Bourgeoisie enthüllt sich jetzt ebenfalls – immer wieder und wieder – in ihrer Feigheit und Charakterlosigkeit. Die Kadetten sind selbstverständlich *gegen* den Feldzug gegen Finnland. Sie geben selbstverständlich ihre Stimme nicht in Gemeinschaft mit den Oktobristen ab. Aber waren es nicht sie, die *am meisten* dazu beigetragen haben, beim „Publikum“ die Sympathie gegenüber dem direkten revolutionären Kampf, gegenüber der „Taktik“ von Oktober bis Dezember zu untergraben, die *ganz allein* der finnischen Freiheit zur Geburt verhalf? – die es ihr ermöglichte, sich nun schon länger als 4 Jahre zu behaupten? Waren es nicht die Kadetten, die die russische bürgerliche Intelligenz auf der Basis des Verzichts auf einen solchen Kampf und eine solche Taktik vereinigten? Waren es nicht die Kadetten, die sich schier überschlugen, um nationalistische Gefühle und Stimmungen in der gesamten russischen gebildeten „Gesellschaft“ zu wecken?

Wie haben sich doch die Worte der sozialdemokratischen Resolution (vom Dezember 1908) bewahrheitet, daß die Kadetten mit ihrer nationalistischen Agitation in *Wirklichkeit* gerade dem Zarismus und niemand anderem Dienste erweisen!⁶⁴ Jene „Opposition“, die die Kadetten anläßlich der diplomatischen Niederlagen Rußlands auf dem Balkan gegen die Selbstherrschaft betreiben wollten, erwies sich – wie auch zu erwarten war – als erbärmliche, prinzipienlose, lakaienhafte Opposition, die den Schwarzhundertern *Honig ums Maul schmierte*, die den Appetit der Schwarzhunderter *entfachte*, die dem Schwarzhunderterzaren dafür *Vorwürfe machte*, daß er, der Schwarzhunderterzar, nicht stark genug ist.

Nun, ihr Herren „humane“ Kadetten, erntet jetzt, was ihr gesät habt. Ihr habt dem Zarismus nachgewiesen, daß er in der Verteidigung der „nationalen“ Aufgaben schwach ist: der Zarismus zeigt euch nun seine

Kraft bei der *nationalistischen* Verfolgung der Fremdstämmigen. Euer Nationalismus, Neoslawismus usw. hatte einen eigensüchtigen, eng klassenmäßigen bürgerlichen Inhalt und war tönende liberale Phrase. Die Phrase ist Phrase geblieben, aber der Inhalt *nutzte* der menschenfeindlichen Politik der Selbstherrschaft.

So war es immer, und so wird es mit den liberalen Phrasen immer sein. Sie *beschönigen* nur die enge Habgier und die grobe Gewalt der Bourgeoisie, sie schmücken nur die Ketten des Volkes mit imaginären Blumen; sie vernebeln nur das Bewußtsein des Volkes und *hindern* es daran, seinen wahren Feind zu erkennen.

Aber jeder Schritt der zaristischen Politik, jeder Monat des Bestehens der dritten Duma zerstört immer schonungsloser die liberalen Illusionen, legt immer mehr die Ohnmacht und Fäulnis des Liberalismus bloß, streut die Saat der neuen Revolution des Proletariats immer breiter und reichlicher.

Es kommt die Zeit – und das russische Proletariat wird sich für die Freiheit Finnlands, für die demokratische Republik in Rußland erheben.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 13,
26. April (9. Mai) 1910.

*Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.*

MAN HAT ANGST UM DIE ARMEE

Die Debatten in der Duma über die Interpellation der Sozialdemokraten und Trudowiki wegen der Verletzung des Artikels 96 der Grundgesetze durch die zaristische Regierung sind noch nicht abgeschlossen. Doch sie haben die Sachlage schon so weit umrissen, die Zeitungen haben schon so viel über die berüchtigte Stolypinsche „Deklaration vom 31. März“ ausposaunt, daß es ganz angebracht ist, auf diese aufschlußreiche Episode in der Geschichte des Regimes vom 3. Juni einzugehen.

Unsere Dumafraktion hatte vollkommen recht, daß sie eine Interpellation an die Regierung richtete, da diese den Artikel 96 der Grundgesetze verletzt hat, und *insofern* trat sie sozusagen „zur Verteidigung“ der Gesetzlichkeit auf, „zur Verteidigung des Rechts“, „zur Verteidigung der Legalität vom 3. Juni“ usw. usf. Wir sagen: „insofern“, denn die Sozialdemokraten haben hier zweifellos eine schwierige Aufgabe übernommen, die *Geschick* erfordert; sie haben zweifellos eine zweiseitige Waffe eingesetzt, die beim geringsten Fehler oder selbst bei einer Ungeschicklichkeit derjenigen, die sie handhaben, sich gegen den Träger der Waffe selbst kehrt, ohne bildliche Umschreibung gesagt: die die Sozialdemokraten unmerklich von der Position des Klassenkampfes abbringen und auf die Position des Liberalismus führen kann.

Die Sozialdemokraten würden solch einen Fehler begehen, wenn sie ganz einfach nur von der „Verteidigung“ der Grundgesetze ihrerseits sprechen würden, ohne den *besonderen* Charakter dieser „Verteidigung“ zu erläutern. Die Sozialdemokraten würden einen noch größeren Fehler begehen, wenn sie aus der Verteidigung der Grundgesetze oder der Ge-

setzlichkeit überhaupt eine Art Losung wie „Kampf für die Legalität“ machten – das wäre Kadettenart.

Glücklicherweise haben unsere Genossen in der Duma weder das eine noch das andere getan. Der erste Sprecher zur Interpellation, Gegetschkori, begann *speziell* damit, den *besonderen* Charakter des sozialdemokratischen Auftretens für die Grundgesetze aufzuzeigen. Gegetschkori ging äußerst geschickt von der Denunziation des Grafen Bobrinski aus, der auf dem Kongreß des vereinigten Adels, mehr als durchsichtig auf die Sozialdemokraten anspielend, hetzte, man müsse „diese Aufrührer aus dem Schoß der Reichsduma entfernen“. „Ich erkläre“, antwortete Gegetschkori, „daß die Fraktion, die in diesen Mauern zusammentritt, trotz der Denunziation, trotz Gewaltanwendung und Drohungen nicht um ein Jota von den von ihr vorgezeichneten Aufgaben und Zielen, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen, abgehen wird.“

Bobrinski forderte die Regierung auf, aus der Duma diejenigen hinauszuerwerfen, die systematisch gegen die Gesetzlichkeit vom 3. Juni agitieren. Gegetschkori begann mit der Erklärung, daß weder Gewaltanwendung noch Drohungen die Sozialdemokratie zwingen können, von ihrer Tätigkeit abzugehen.

Gegetschkori hob besonders hervor: „Wir sind selbstverständlich weniger als irgend jemand anders um die Aufrechterhaltung der Autorität – wenn es diese gibt – der dritten Reichsduma besorgt . . . Gerade wir, die prinzipiellen Gegner der bestehenden politischen Ordnung, haben jedesmal Protest erhoben, wenn die Reaktion bestrebt war, zu ihren Gunsten die Rechte der Volksvertretung zu beschneiden . . . Wenn unverhüllt Anschläge auf die Grundgesetze verübt werden, so sind wir, die prinzipiellen Gegner der Grundgesetze, gezwungen, diese unter unseren Schutz zu nehmen.“ Und am Schluß seiner Rede äußerte Gegetschkori, sich von den Fettschisten der Legalität distanzierend: „Wenn wir diese Interpellation einbringen, wenn wir uns auf Exkursionen oder auf das Gebiet juristischer Auslegungen begeben, dann geschieht dies nur deshalb, um noch einmal die Heuchelei der Regierung aufzudecken . . .“ (S. 1988 des stenografischen Berichts.)

Gegetschkori brachte konsequent die demokratischen, republikanischen Ansichten der Sozialisten zum Ausdruck, als er sagte: „Unsere Gesetze werden nur dann den Interessen und Erfordernissen der Bevölkerungs-

massen entsprechen, wenn sie durch den *unmittelbaren Willen des Volkes* diktiert werden“, und der „*Lärm von rechts*“, der an dieser Stelle des stenografischen Berichts vermerkt ist, unterstrich besonders, daß der Pfeil ins Schwarze traf.

Und der andere sozialdemokratische Sprecher, Gen. Pokrowski, sagte in seiner Rede, auf die politische Bedeutung der Interpellation eingehend, noch klarer und präziser: „Sollen sie (die Oktobristen) dies doch offen und ehrlich tun, sollen sie doch offen die Losung von rechts ‚Nieder mit den Rechten der Volksvertretung, es lebe das Ministervorzimmer‘ aufgreifen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Mehrheit daran arbeitet, in Rußland eine solche Lage herbeizuführen, wo die Verfassungssillusionen ganz und gar zerfließen, wo die schwarze Wirklichkeit übrigbleibt, aus der das russische Volk die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen wird.“ (Ich zitiere nach dem Bericht der „Retsch“ vom 1. April.)

So ist diese ganze Frage auf den Boden gestellt, auf dem die Heuchelei der Regierung und der Oktobristen entlarvt wird, auf den Boden, auf dem die Verfassungssillusionen zerstört werden. Und das ist die einzig richtige sozialdemokratische Art der Interpellation wegen der Verletzung des Artikels 96 der Grundgesetze, der Interpellation, die in der III. Duma eingebracht wurde. In unserer Parteiagitation, auf Arbeiterversammlungen, in Zirkeln und Gruppen und schließlich in privaten Gesprächen mit jeder Organisation fernstehenden Arbeitern aus Anlaß der Ereignisse in der Duma muß gerade diese Seite der Angelegenheit an die erste Stelle gerückt werden, muß die Rolle der Arbeiterpartei erläutert werden, die den Betrug von seiten der Bourgeoisie und der Schwarzhunderter unmittelbar in der Duma der Bourgeoisie und der Schwarzhunderter *enthüllt*. Da es nicht möglich war, in einer *solchen* Duma die Frage *ganz klar* zu stellen und den Standpunkt der revolutionären Sozialdemokraten in aller Offenheit darzulegen, besteht unsere Aufgabe darin, das von unseren Genossen von der Tribüne des Taurischen Palastes aus Gesagte zu ergänzen und unter den Massen zu popularisieren, ihre Reden den Massen verständlich und gut faßlich zu machen.

Worin besteht das *Wesen* dieser Geschichte der Verletzung des Artikels 96? Dieser Artikel gehört zum Abschnitt 9 „Über die Gesetze“ und legt Ausnahmebestimmungen fest, solche Fälle, wo Verordnungen und Instruktionen der Heeres- und Flottenbehörden *unmittelbar* dem

Zaren vorgelegt werden und *nicht über* die Reichsduma und den Reichsrat gehen. Neue Ausgaben erfordern Assignationen (Genehmigungen) durch Beschluß der Reichsduma – das ist im wesentlichen der Inhalt dieses Artikels.

Vor einem Jahr wurde in der Reichsduma über die Etats der Admiralität beraten. Es entbrannten heiße Auseinandersetzungen, ob die Bildung dieser Etats zum Kompetenzbereich der Duma gehört oder nicht. Die Rechten (die Schwarzhunderter) behaupteten, daß dies *nicht der Fall* sei, daß die Duma kein Recht habe, sich hier einzumischen, daß sie sich nicht unterstellen soll, einen Anschlag auf die Rechte des „Obersten Kriegsherrn“, d. h. des Zaren, zu verüben, der *nur allein, ohne jede Duma*, berechtigt sei, die Etats des Heeres und der Flotte zu bestätigen.

Die Oktobristen, Kadetten und Linken behaupteten, daß dies ein Recht der Duma sei. Die Frage stand folglich so, daß die Schwarzhunderter, an ihrer Spitze Nikolaus II., die Rechte der Duma einschränkend auslegen wollten und beabsichtigten, die ohnehin schon unglaublich beschnittenen Rechte der Duma weiter zu *beschneiden*. Die erzreaktionären Gutsbesitzer und an ihrer Spitze der reichste und reaktionärste aller reaktionären Gutsbesitzer, Nikolaus Romanow, machten eine unbedeutende Einzelfrage zu einer prinzipiellen Frage, zu einer Frage der Rechte des Zaren, zu einer Frage der Rechte der Selbstherrschaft, wobei sie die Bourgeoisie (und sogar die oktobristische Bourgeoisie) des Vorhabens beschuldigten, die Rechte des Zaren zu beschneiden, seine Macht einzuschränken, „den Führer der Armee von der Armee zu trennen“ u. dgl. m.

Ob die Macht des Zaren im Sinne einer absolut uneingeschränkten Selbstherrschaft, ganz und gar nach alter Weise, oder wenigstens im Sinne einer wenngleich nur bescheidenen *Einschränkung* der zaristischen Macht auszulegen ist – darauf liefen die Auseinandersetzungen hinaus. Und diese Auseinandersetzungen steigerten sich vor einem Jahr fast bis zur „politischen Krise“, d. h. bis zur Drohung, Stolypin wegzuzagen, den die Schwarzhunderter des „Konstitutionalismus“ beschuldigten, bis zur Drohung, die Duma der Oktobristen auseinanderzuzagen, die von den Schwarzhundertern als „Jungtürken“⁶⁵ bezeichnet wurden.

Die Reichsduma wie der Reichsrat bestätigten die Etats der Admiralität, d. h., sie bezeichneten diese Frage als in ihre *Kompetenz* fallend. Alle

warteten darauf, ob Nikolaus II. die Entscheidung der Duma und des Reichsrates bestätigt. Am 27. April 1909 erließ Nikolaus II. ein Reskript an Stolypin, worin er die Bestätigung der Etats *ablehnte* und die Minister beauftragte, „Bestimmungen“ zur Anwendung des Artikels 96 auszuarbeiten.

Mit anderen Worten: Der Zar stellte sich wieder einmal offen und entschieden auf die Seite der Schwarzhunderter und trat gegen die allerschüchternsten Versuche der Einschränkung seiner Macht auf. Der Auftrag an die Minister, neue Bestimmungen auszuarbeiten, war ein unverschämter Befehl, das *Gesetz zu verletzen*, es so auszulegen, daß von ihm nichts übrigbleibt, es zu „erläutern“ im Sinne der berüchtigten russischen Senats „erläuterungen“. Dabei wurde natürlich gesagt, daß die Bestimmungen „im Rahmen der Grundgesetze“ liegen sollen; aber diese Worte waren eine himmelschreiende Heuchelei. Die Minister arbeiteten solche „Bestimmungen“ aus – und Zar Nikolaus II. bestätigte sie (sie werden nach dem Datum ihrer Bestätigung Bestimmungen vom 24. August 1909 genannt) –, womit das Gesetz faktisch umgangen war! Diesen „Bestimmungen“ zufolge, die ohne jede Duma bestätigt worden waren, wird der Artikel 96 der Grundgesetze aufgehoben! Die Etats des Heeres und der Flotte waren diesen „Bestimmungen“ zufolge dem Kompetenzbereich der Duma *entzogen*.

Es ergab sich ein ausgezeichnetes Bild des ganzen illusorischen Wesens der russischen „Verfassung“, der ganzen Unverschämtheit der Schwarzhunderter, der engen Verbindung des Zaren mit den Schwarzhundertern, der ganzen Verhöhnung der Grundgesetze von seiten der Selbstherrschaft. Natürlich hatte der Staatsstreich vom 3. Juni 1907 bereits ein hundertmal klareres, abgeschlosseneres, für die breiten Volksmassen verständlicheres und deutlicheres Bild dieser Sachlage ergeben. Natürlich, wenn unsere Sozialdemokraten in der Duma keine Interpellation wegen der Verletzung der Grundgesetze durch den Akt vom 3. Juni hatten einbringen können – sie hatten das nur deshalb nicht tun können, weil die bürgerlichen Demokraten und darunter die Trudowiki nicht genügend Unterschriften gaben, um die für die Interpellation erforderlichen dreißig Namen zusammenzubringen –, so zeigt dies die engen Grenzen speziell der in der Duma möglichen Formen der Propaganda und Agitation. Aber die Unmöglichkeit, eine Interpellation wegen des Aktes vom 3. Juni einzu-

bringen, hinderte die Sozialdemokraten nicht, in ihren Reden ständig diesen Akt als einen Staatsstreich zu kennzeichnen. Und selbstverständlich konnten und durften die Sozialdemokraten selbst bei einem relativ untergeordneten Anlaß nicht darauf verzichten zu enthüllen, wie die Selbstherrschaft die Grundgesetze und die Rechte der Volksvertretung verhöhnt.

Die relative Unwichtigkeit, Geringfügigkeit und Bedeutungslosigkeit einer solchen Frage wie die der Etats der Admiralität hob dafür mit besonderer Schärfe die ganze Empfindlichkeit unserer Konterrevolution hervor, hob deren *Angst um die Armee* hervor. Der Sprecher der Okto- bristen in der Duma, Herr Schubinski, stellte sich in seiner zweiten Rede am 26. März ganz entschieden auf die Seite der Schwarzhunderter und enthüllte damit, daß eben die *Angst um die Armee* diese extreme Empfind- lichkeit der Konterrevolution gegenüber der Frage hervorgerufen hat, ob die Vertretungskörperschaften bei der Bestätigung der Etats des Heeres und der Flotte auch nur im geringsten Einfluß haben dürfen. „Der Name des Obersten Kriegsherrn Rußlands ist ein wirklich großer Name . . .“, rief der bürgerliche Lakai Nikolaus' des Blutigen aus. „Welche Behaup- tungen Sie (die Abgeordneten der Reichsduma) hier auch aufstellen mögen, welche Äußerungen Sie auch tun mögen, daß man irgendwem irgend- welche Rechte entreißen will, von der Armee werden Sie ihren Obersten Kriegsherrn nicht losreißen.“

Stolypin bemühte sich in seiner „Deklaration“ vom 31. März, seine Antwort zu verwirren durch völlig hohle, nichtssagende und offenkundig verlogene Reden von einer „Beruhigung“ und einem angeblichen Nach- lassen der Repressalien, und trat nichtsdestoweniger ganz entschieden auf die Seite der Schwarzhunderter *gegen* die Rechte der Duma. Wenn die Oktobristen mit Stolypin übereinstimmen, so ist dies nicht neu. Wenn aber die „Retsch“ der Herren Miljukow und Co. die Antwort Stolypins als eine „eher versöhnende Antwort in bezug auf die Rechte der Reichs- duma“ bezeichnet hat (Nr. 89 vom 1. April, redaktioneller Artikel, nach dem Leitartikel), so haben wir vor unseren Augen ein weiteres Beispiel dafür, wie tief die Kadettenpartei gesunken ist. „Die Geschichte der letz- ten Jahre zeigt“, sagte Stolypin, „daß der Rost der Revolution unsere Armee nicht zu zerfressen vermochte . . .“ Nicht zu zerfressen vermochte – das ist faktisch falsch, denn die allgemein bekannten Soldaten- und Ma-

trosenaufstände von 1905 und 1906, die allgemein bekannten Äußerungen der reaktionären Presse jener Zeit zeugen davon, daß die Revolution die Armee zerfraß und folglich zu zerfressen vermochte. Nicht restlos zerfraß – das ist wahr. Aber wenn Stolypin 1910, bei voller Entfaltung der Konterrevolution, einige Jahre nach der letzten „Unruhe“ in der Armee, äußert (in derselben Deklaration), daß ihn „beim Anhören der Ausführungen einiger Vorredner ein beunruhigender Gedanke ergriff“, daß dieser „beunruhigende Gedanke“ in dem „schlimmen Eindruck von irgendeiner Unstimmigkeit zwischen den verschiedenen Faktoren der Staatlichkeit in der Einstellung zu unseren Streitkräften“ besteht, so werden dadurch Stolypin und mit ihm zusammen die ganze Schwarzhunderterbande vom Hofe Nikolaus' II. restlos entlarvt! Dies beweist, daß die zaristische Bande nach wie vor nicht nur einfach Angst um die Armee hat, sondern direkt *um die Armee zittert*. Dies beweist, daß die Konterrevolution bis heute unbeirrt auf dem Standpunkt des Bürgerkriegs verharret, auf dem Standpunkt, daß ein unmittelbares und dringendes Bedürfnis nach militärischen Mitteln zur Unterdrückung der Volksempörung besteht. Ergründen wir folgende Phrase Stolypins:

„Die Geschichte . . . lehrt, daß die Armee dann zerrüttet wird, wenn sie nicht mehr einheitlich einem einzigen, geheiligten Willen unterworfen ist. Träufeln Sie in dieses Prinzip das Gift des Zweifels, *suggestieren Sie ihr auch nur Bruchteile des Gedankens, daß ihr Aufbau von einem Kollektivwillen abhängt*, und ihre Stärke wird nicht mehr auf einer stabilen Kraft – auf der obersten Macht – beruhen.“ Und an anderer Stelle: „Ich weiß, viele wollten . . . *eine für unsere Armee verhängnisvolle Auseinandersetzung bezüglich der Rechte entfachen*“ (eben der Rechte der Reichsduma, der Rechte des „Kollektivwillens“).

Wie den Mördern die Gestalten ihrer Opfer erscheinen, so werden die Helden der Konterrevolution an einen „verhängnisvollen“ Einfluß des „Kollektivwillens“ auf die Armee erinnert. Stolypin als dem getreuen Diener der Schwarzhunderter erscheinen die Oktobristen als „Jungtürken“, die die „Zerrüttung der Armee“ durch deren Unterordnung unter einen Kollektivwillen, durch die Zulassung von „Bruchteilen des Gedankens“ einer solchen Unterordnung herbeiführen!

Die Henker und Mörder in der Monarchie vom 3. Juni sehen am helllichten Tage Gespenster, sie steigern sich bis zur direkten Raserei, wenn

sie in den Oktobristen Jungtürken sehen. Aber diese Wahneideen, diese Raserei, das ist eine politische Krankheit, die durch das Gefühl der Labilität ihrer Lage, das Gefühl der bohrenden Angst um die Armee hervorgerufen wurde. Wären die Herren Stolypin, Romanow und Co. einigermaßen fähig gewesen, die Frage des Verhältnisses eines „Kollektivwillens“ zur Armee mit nur etwas ruhigem Blut zu betrachten, so hätten sie sofort herausgefunden, daß eine stillschweigende Bestätigung der Beschlüsse der Duma und des Reichsrates über die Etats der Flotte von seiten des Zaren viel unauffälliger für die Armee durchgegangen wäre als die Dumadebatten über die Rechte der Duma, über eine mögliche „Zerrüttung der Armee“. Aber gerade das ist kennzeichnend für unsere Konterrevolution, daß sie sich durch ihre Angst selbst verrät, daß sie *gar nicht in der Lage ist*, ruhig zu bleiben bei der Frage der Zerrüttung der Armee, so wie ein Mörder nicht ruhig mit anhören kann, wenn von den Beteiligten und den Umständen des Mordes gesprochen wird.

Eine prinzipielle Bedeutung erlangte diese relativ unbedeutende und unwichtige Frage des Etats der Flotte gerade durch die Schwarzhunderter, durch Nikolaus II., durch Herrn Stolypin, und uns bleibt nur übrig, unserer Befriedigung Ausdruck zu geben über ihre Ungeschicklichkeit, die durch ihre Angst hervorgerufen worden ist. Uns bleibt nur übrig, die ausgezeichneten Worte des Gen. Pokrowski vom Schwinden der „Verfassungssillusionen“, von der Notwendigkeit für das Volk, selbst die Schlußfolgerungen aus der unanzweifelbaren „schwarzen Wirklichkeit“ zu ziehen, den in ihrer Offenheit vortrefflichen Äußerungen der „Moskowskije Wedomosti“ zur „Deklaration vom 31. März“ gegenüberzustellen.

Im Leitartikel vom 3. April schreibt diese Zeitung:

„Diese Sache selbst ist, wie wir bereits im vergangenen Jahr aufgezeigt haben, sehr einfach. Der Herrscher, der Zar hat die auf dem gesetzgebenden Wege beschlossenen Etats nicht bestätigt, sondern hat sie auf dem Wege der obersten Instanz festgelegt, wozu selbst das bestehende Gesetz (ohne die Frage der natürlichen Rechte der obersten Macht zu berühren) eindeutige Befugnisse gibt . . .“

Soso. Es ist also das „natürliche Recht“ der russischen Monarchie, die Grundgesetze zu verletzen. Das ist der Kernpunkt.

„Die Dumaopposition allerdings besaß die Frechheit, aus diesem Anlaß eine Interpellation einzubringen, die die Handlungsweise der obersten Macht zum Gegenstand hatte . . .“

Eben! Die „Moskowskije Wedomosti“ sprechen richtig bis zu Ende das aus, was die Sozialdemokraten in der Duma nicht aussprechen konnten. Die Interpellation lief gerade darauf hinaus festzustellen, daß die Handlungsweise des Zaren (und des sich ihm unterordnenden Ministers Stolypin) eine Verletzung der Grundgesetze ist.

Weiter, die „Moskowskije Wedomosti“ fallen über die „revolutionäre Opposition“ und die „revolutionäre Presse“ her wegen der Theorie der *Eroberung* von Volksrechten durch die Revolution und bestreiten, daß in der „Deklaration vom 31. März“ irgendwelche „Versprechungen“ enthalten sein könnten.

„Schon das Gerede von ‚Versprechungen‘ ist lächerlich und ein Ausdruck dafür, bis zu welchem Grade die Hirne selbst solcher Personen revolutionär umnebelt sind, die sich offiziell nicht zum revolutionären Lager zählen. Welche ‚Versprechungen‘ kann das Kabinett denn geben? . . . Das Kabinett wird seine gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen, getreu den Direktiven der obersten Macht . . . Und man kann nur wünschen, daß diese Deklaration in ihrem ganzen Gehalt von der Duma tief erfaßt wird und damit zur Heilung der Herren Abgeordneten von der chronischen Seuche der revolutionären ‚Direktiven‘ beiträgt.“

Ganz recht: die Deklaration (und die Position) der Regierung tief erfassen und mit deren Hilfe von den *Verfassungssillusionen* „heilen“ – eben darin besteht die politische Lehre der Interpellation der Sozialdemokraten wegen der Verletzung des Artikels 96.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 13,
26. April (9. Mai) 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

DIE VEREINIGUNG DER PARTEI IM AUSLAND

Für eine Partei, die unter solchen Bedingungen wie die unsere arbeitet, ist eine Basis im Ausland notwendig und unumgänglich. Das erkennt jeder an, der über die Lage der Partei nachdenkt. Wie pessimistisch auch Genossen in Rußland auf das „Ausland“ sehen mögen, aber zu *wissen*, was hier insbesondere nach dem vor kurzem abgehaltenen Plenum vor sich geht, wird sehr nutzbringend für sie sein.

Ist im Ausland eine Vereinigung erreicht worden? Nein. Und das aus einem sehr einfachen Grund: die eine Seite – die „Golos“-Leute – zeigt keinerlei Neigung, dem einmütigen Aufruf des ZK entgegenzukommen, die Spaltung im Ausland zu beseitigen. Der fraktionelle „Golos“ hat entgegen dem einstimmigen Beschluß des ZK sein Erscheinen nicht eingestellt, obgleich einer seiner Redakteure, Gen. Martow, auf dem Plenum offiziell erklärt hatte (siehe Protokolle des Plenums), daß er auf alle Fälle ein vorübergehendes Einstellen der Zeitung erreichen will.* Das Auslandsbüro des ZK kam noch nicht einmal dazu, irgendwelche Schritte zur Vereinigung zu unternehmen, als bereits vier Redakteure des „Golos“ (zwei von ihnen gehören auch der Redaktion des ZO an!!) ein Manifest mit

* Hier wörtlich die Erklärung:

„Gen. Martow erklärt, daß er, obgleich er *formell* nicht im Namen der Redaktion des ‚Golos Sozial-Demokrata‘ sprechen kann, doch für sich persönlich die Erklärung abgeben kann, daß in der Redaktion des ‚Golos Sozial-Demokrata‘ keine Hindernisse dem entgegenstehen, nach der Herausgabe der nächsten Nummer des ‚Golos‘ den ‚Golos‘ vorübergehend (für zwei oder mehr Monate) versuchsweise *einzustellen*, um die Ergebnisse der Arbeit der neuen Redaktion des ZO abzuwarten.“

einem kaum bemäntelten Aufruf herausgaben, sich auf die Vereinigung nicht einzulassen. Das im Ausland befindliche „Zentrale Büro der Auslandsgruppen“ (das vor 1½ Jahren auf der *fraktionellen* Konferenz der Menschewiki in Basel gewählt wurde) hat das gleiche getan. Dieses „Zentrale Büro der Auslandsgruppen“ vertritt jetzt nicht einmal mehr alle Menschewiki, sondern nur den Teil, der hinter dem „Golos“ steht. Aber mit Hilfe des „Golos“ erweist es sich als stark genug, die Vereinigung zu sabotieren. Dem Auslandsbüro des ZK bleibt nichts weiter übrig, als an die Gruppen selbst, an die parteitreuen Elemente und in erster Linie an die Arbeiter zu appellieren. Aber aus Gründen, die später behandelt werden, geschieht das nicht oder geschieht äußerst unbefriedigend. Nach wie vor kann das ZK im Ausland vorerst nur auf die Unterstützung der bolschewistischen Gruppen rechnen. Dazu kommen allerdings in letzter Zeit die parteitreuen Menschewiki, die Gegner des Liquidatorentums (größtenteils sind dies Anhänger des „Dnewnik“ des Gen. Plechanow).

Die prinzipielle Differenzierung unter den Menschewiki im Ausland hat zweifellos eine große Bedeutung als Symptom, als Widerspiegelung dessen, was auch in Rußland, möglicherweise weniger deutlich, vor sich geht. Die parteitreuen Menschewiki haben aus diesem Anlaß bereits verschiedene Resolutionen angenommen. Hier einige Auszüge daraus. Die Gegner der „Golos“-Leute unter den Menschewiki in Paris (etwa 20 an der Zahl) schreiben: „In Nr. 19/20 dieses Organs (,Golos‘) wird zweifellos ein neuer Kurs festgelegt, unter anderem im Artikel des Gen. Dan ‚Der Kampf um die Legalität‘, der die sozialdemokratischen Losungen durch eine spezifische, zumindest zweideutige Losung ersetzt, die wie ein Ei dem anderen der Losung der ‚ökonomistischen‘ Periode gleicht: *Kampf um die Rechte* . . . Das bisher von der Redaktion des ‚Golos‘ geleugnete Liquidatorentum fand in der letzten Nummer dieser Zeitung seinen offenen Ausdruck.“ Die Genfer parteitreuen Menschewiki (14 an der Zahl) stellen fest, „daß das Einstellen des fraktionellen ‚Golos Sozial-Demokrata‘ eine notwendige Bedingung für die Festigung der Parteieinheit ist“.

Die Nizzaer Gruppe der parteitreuen Menschewiki ist der Meinung (einstimmig), daß „in Nr. 19/20 dieses Organs (,Golos‘) das Liquidatorentum bereits offenen Ausdruck in einer Reihe von Artikeln gefunden hat. Die Gruppe hält eine solche Position des ‚Golos Sozial-Demokrata‘ für schädlich und verweigert ihm jedwede Unterstützung. Die Gruppe ist

über das Verhalten Michails, Romans und Juris empört, die das Vertrauen der letzten Parteikonferenz nicht gerechtfertigt und die liquidatorischen Tendenzen bis zu ihrem in den praktischen Auswirkungen schrecklichen Ende geführt haben.“ Die Gruppe der parteitreuen Menschewiki in San Remo „lehnt einstimmig jedwede Unterstützung der bezeichneten Publikation („Golos“) ab, weil sie deren liquidatorische Tendenzen nicht teilt. Die Gruppe kann nicht umhin, ihrer Entrüstung über das Verhalten Michails, Romans und Juris Ausdruck zu geben.“ Die parteitreuen Menschewiki in Lüttich schreiben in ihrer Resolution: „Der Brief von Stiwa Nowitsch und der Artikel von Th. Dan ‚Der Kampf um die Legalität‘ (in Nr. 19/20 des ‚Golos‘) bestimmen voll und ganz die parteifeindliche Richtung des Organs . . . Der ‚Golos Sozial-Demokrata‘ ist das Zentrum, um das sich die liquidatorischen Strömungen gruppieren.“ Auf einem ebensolchen Standpunkt steht ein bedeutender Teil der menschewistischen Gruppe in Zürich und die Mehrheit der Gruppe in Bern. Anhänger der parteitreuen Menschewiki gibt es auch in anderen Städten.

Nur wenn das Auslandsbüro des ZK diese Elemente der *parteitreu*en Menschewiki mit den Bolschewiki und den nichtfraktionellen *Parteimitgliedern*, den Gegnern des Liquidatorentums, zusammenschließt, könnte es zu Resultaten gelangen, könnte es die Arbeit in Rußland unterstützen. Die im Ausland lebenden Bolschewiki rufen eben dazu alle Genossen auf (siehe die Resolution der zweiten Pariser Gruppe)⁶⁶. Der Kampf gegen die „Golos“-Leute, die die Vereinigung sabotieren, und gegen die Otsowisten-Ultimatisten, die aus der Redaktion des „Diskussionny Listok“ und aus dem Gesamtparteikomitee der Parteischule ausgetreten sind und die gleichfalls die Parteivereinigung sabotieren, ist im Interesse des Zusammenschlusses aller wirklichen Parteimitglieder unvermeidlich. Diese Sache beruht vorläufig auf der Eigeninitiative der Parteimitglieder, denn das Auslandsbüro des ZK zeigt sich *bisher* unfähig, die erforderliche Stellung zu beziehen. Nach dem neuen Statut werden 3 von 5 Mitgliedern des Auslandsbüros des ZK von den „Nationalen“ ernannt; somit wird die personelle Zusammensetzung der Mehrheit des Auslandsbüros des ZK *nicht* vom ZK der Partei bestimmt, und auf dieser Basis kommt es zu unerwarteten Überraschungen. So bildete sich zum Beispiel auf der kürzlich durchgeführten Tagung des Auslandsbüros des ZK eine Mehrheit *gegen* die Linie des ZK. Die neue Mehrheit, bestehend aus einem „Golos“-

Mann und zwei angeblich „nichtfraktionellen“ Nationalen, lehnte es ab, den unmittelbar nach dem ZK-Plenum ausgearbeiteten „Modus“ der Vereinigung der Gruppen (im Sinne des Beschlusses des Plenums, d. h. mit der Forderung, alle Mittel dem ZK und *nicht* den fraktionellen Organen zu übergeben) zu bestätigen. Diese Mehrheit lehnte den Vorschlag (des Bolschewiken und des polnischen Sozialdemokraten) ab, in einem Brief an die Gruppen die Losung aufzustellen: Alle Mittel für die Einrichtungen der Gesamtpartei und nicht für die fraktionellen Zeitungen (*d. h.* nicht für den „Golos Sozial-Demokrata“). Dieser Beschluß rief den entschiedenen Protest von zwei Mitgliedern des Auslandsbüros des ZK (des Bolschewiken und des polnischen Sozialdemokraten) hervor, die diesen ihren Protest dem ZK einreichten.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 13,
26. April (9. Mai) 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

EINS DER HINDERNISSE FÜR DIE EINHEIT DER PARTEI

In einer Zeit, wo sich die *parteitreuen* Menschewiki in einer ganzen Reihe von Auslandsgruppen zusammenschließen und immer entschiedener gegen die offen liquidatorische Richtung des „Golos Sozial-Demokrata“ auftreten, verhält sich die Wiener „Prawda“ immer noch ausweichend. In Nr. 12 finden wir den Artikel „Zur Einheit – über alle Hindernisse hinweg“. Man muß einem ersten, obgleich sehr zaghaften und unvollständigen Schritt zur Verwirklichung der ZK-Resolution beipflichten, nämlich dem Versuch in diesem Artikel, die Gefährlichkeit des Liquidatorentums *klarzulegen*. Dafür ist aber der ganze erste Teil des Artikels ein Beispiel, wie weit einige angeblich nichtfraktionelle Sozialdemokraten in der Verteidigung der Partei hinter den *parteitreuen* Menschewiki zurückstehen.

Hier sagt die „Prawda“ direkt die Unwahrheit, wenn sie behauptet, die Redaktion des Zentralorgans habe in dem Artikel „Der ‚Golos‘ der Liquidatoren gegen die Partei“* „das ganze Übereinkommen für gebrochen“ erklärt. Jeder, der die Nr. 12 des ZO gelesen hat, sieht, daß wir nichts dergleichen erklärt haben. Das Übereinkommen mit den Menschewiki fußte *auf der Bedingung*, daß sie das Parteiprinzip anerkennen und sich ehrlich und konsequent vom Liquidatorentum lossagen. Der „Golos Sozial-Demokrata“ und die Gruppe seiner Gesinnungsfreunde in Rußland haben dieses Übereinkommen *gebrochen*: die einen, wie Michail, Roman, Juri usw. in Rußland, dadurch, daß sie das Übereinkommen selbst offen für schädlich erklärten („Die Resolutionen des ZK sind schädlich“; schädlich sei auch das Bestehen des ZK selbst; die Partei brauche nicht liquidiert

* Siehe den vorliegenden Band, S. 151–159. *Die Red.*

zu werden, denn sie sei bereits liquidiert), andere, wie der „Golos“, indem sie das Auftreten der ersteren in Schutz nehmen. Die parteitreuen Menschewiki, an ihrer Spitze Plechanow, traten wegen dieser Verletzung des Übereinkommens durch die „Golos“-Leute gegen diese auf. Sollte die „Prawda“ nichtsdestoweniger nach wie vor nur die „Golos“-Leute meinen, wenn sie von den Menschewiki „im allgemeinen“ spricht, während sie sich über die Plechanowleute und parteitreuen Menschewiki ausschweigt, so werden wir ein solches Vorgehen immer und überall entlarven.

Die „Prawda“ erklärt, daß sie die Konflikte nach dem Plenum „nicht diskutieren kann und nicht diskutieren will“, erstens deshalb, weil sie „nicht über das erforderliche Tatsachenmaterial für eine richtige Beurteilung verfügt“.

Darauf antworten wir: wenn die im Ausland erscheinende „Prawda“ bisher im Verhalten der liquidatorischen „Golos“-Leute nicht genügend „Material“ bemerkt hat, so wird sie es *niemals* bemerken. Um die Wahrheit zu erkennen, darf man sich nicht fürchten, der Wahrheit ins Auge zu sehen.

„Zweitens deshalb – und das ist wichtiger als alles andere –, weil die organisatorischen Konflikte ein organisatorisches und kein publizistisches Eingreifen erfordern.“

Dieses Prinzip ist richtig. Aber gerade die parteitreuen Menschewiki haben sich, wie sich das für jedes Parteimitglied gehört, in die Einschätzung eines prinzipiellen und nicht eines organisatorischen Konflikts „eingemischt“. Die „Prawda“ macht es umgekehrt. Sie stellt ein Prinzip auf und läßt sich in Wirklichkeit nicht davon leiten. In Wirklichkeit hat die „Prawda“ den ganzen ersten Abschnitt des Artikels gerade der „Eingemischung“ in den *organisatorischen* Konflikt gewidmet. Mehr noch. Die Darlegung des *organisatorischen* Konflikts durch die „Prawda“ ist Wasser auf die Mühle der Liquidatoren, indem sie unseren Artikel als im „höchsten Grade scharf“ bezeichnet, aber dabei das parteifeindliche Vorgehen der „Golos“-Leute *nicht bewertet*; sie spricht die *Unwahrheit*, indem sie den Kampf des *parteitreu*en ZO gegen den *parteifeindlichen* Teil der Menschewiki (eben gegen die „Golos“-Leute) als einen Zusammenstoß von *Fraktionen* bezeichnet; sie sagt nur die *Halfte* der Wahrheit, indem sie über das spalterische Manifest der 4 Redakteure des „Golos Sozialdemokrata“ schweigt, usw.

Eine Arbeiterzeitung sollte entweder den „organisatorischen“ Konflikt gar nicht berühren oder ihn vollständig und bis zu Ende wahrheitsgemäß darlegen.

Eins der ernsthaftesten Hindernisse für die Parteieinheit sind die Versuche, die Parteifeindlichkeit des „Golos“ zu decken. Ein Verschweigen seines Liquidatorentums oder ein leichtfertiges Verhalten ihm gegenüber vergrößert nur dessen Gefährlichkeit.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 13,
26. April (9. Mai) 1910.

*Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.*

AN DAS ZENTRALKOMITEE DER SDAPR

Werte Genossen!

Wir halten es für unsere Pflicht, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die Lage in der Redaktion des Zentralorgans unserer tiefen und festen Überzeugung nach völlig unhaltbar geworden ist und daß es uns ohne eine Veränderung in der Zusammensetzung der Redaktion des ZO absolut *unmöglich erscheint*, die Parteilinie durchzuführen.

Lediglich die ersten beiden Sitzungen der Redaktion des ZO nach dem Plenum ließen uns hoffen, daß eine gemeinsame Arbeit mit den Genossen Martow und Dan möglich sei. Das Einverständnis des Gen. Martow mit dem Brief des ZK über die Konferenz (siehe Nr. 11 des ZO. Martow hat diesen Brief *unterzeichnet*) zeugte zweifellos von seinem Bestreben, *loyal* die Beschlüsse des Plenums zu erfüllen. Ein anderer Ton wurde zuerst von Gen. Dan angeschlagen, der den Leitartikel in Nr. 11 des ZO* als *schädlich* bezeichnete und in unserem Beisein Martow beschuldigte, daß er gegenüber dem *Zentralorgan in Opportunismus verfall*e. Für uns wurde schon daraus offensichtlich, daß die eingefleischten „Golos“-Leute Martow für einen „Opportunisten“ im Sinne seiner Gefügigkeit gegenüber den Parteibeschlüssen halten und daß die ganze Frage darauf hinausläuft, ob sich Martow ihrem Druck unterwirft.

Der Artikel Martows „Auf dem richtigen Weg“ hat gezeigt, daß dem so ist. Die Ablehnung, diesen an den „Diskussionny Listok“ zu übergeben (obwohl darin ganz unverkennbar der Beschluß des ZK über die Zusammensetzung des ZO *zur Diskussion gestellt wird*), zeugte vom Beginn des Krieges. In der Frage des Verhältnisses der illegalen Organisationen und

* Siehe den vorliegenden Band, S. 141–150. Die Red.

Funktionäre zu den legalen wandte sich Martow in diesem Artikel *unverkennbar vom ZK ab* (Brief über die Konferenz, von Martow unterschrieben) und wandte sich *Dan zu*. Die „Theorie der Gleichberechtigung“ der Illegalen und der Legalisten bedeutete eben ein *Abgehen vom Brief des ZK*, bedeutete eine *Kebrtwendung Martows*; denn den Widerspruch dieser „Theorie“ zum Brief des ZK sieht jeder, der seine Augen nicht verschließen will.

Als Martow nach Ablehnung seines Artikels (eine Anmerkung und auch den „Diskussionny Listok“ lehnte er ab) in der Redaktion des ZO den *Beginn von Kriegshandlungen seinerseits* erklärte, da wurde uns seine und Dans Position völlig klar.

Diese Position wurde der Partei endgültig enthüllt: 1. durch das Verhalten von Michail, Roman und Juri; 2. durch das Manifest der 16 russischen Menschewiki; 3. durch die Nr. 19/20 des „Golos“ und 4. durch das Spaltermanifest der 4 Redakteure des „Golos“. Dazu kommt jetzt noch 5. das offen liquidatorische Auftreten von Potressow in Nr. 2 der „Nascha Sarja“⁶⁷, wo er in Gemeinschaft mit Martow und anderen schreibt, und 6. das Auftreten der Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata“ gegen Plechanow („Eine notwendige Ergänzung zu den ‚Dnewniki‘“⁶⁸), wo in Gemeinschaft mit demselben Potressow auch Martynow, Martow und Axelrod das ZO der Partei sowie den parteitreuen Menschewismus en canaille (verächtlich) behandeln.

In unserer Flugschrift „Der ‚Golos‘ der Liquidatoren gegen die Partei“ und in Nr. 12 des ZO gaben wir eine Einschätzung der ersten vier Veröffentlichungen.* Plechanow gibt in Nr. 13 des ZO, die in einer Woche erscheint, eine Einschätzung des Artikels von Potressow in der „Nascha Sarja“.

Gegen den „Golos Sozial-Demokrata“, der endgültig zu den Liquidatoren abgeschwenkt ist, beginnen die parteitreuen Menschewiki sich zusammenzuschließen und Stellung zu nehmen, wie bereits 4 Resolutionen von menschewistischen Gruppen und Teilen menschewistischer Gruppen im Ausland (Paris, Nizza, San Remo, Genf) zeigen. Die parteitreuen Menschewiki ergreifen offen gegen den „Golos“ und gegen die russischen Liquidatoren Partei, stellen offen die *nach* dem Plenum erfolgte Wendung des „Golos“ zum Liquidatorentum fest.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 151–159. Die Red.

Es ergibt sich also eine Lage in der Partei, die sich im Vergleich zu der, die zur Zeit des Plenums bestand, bedeutend verändert hat und deshalb unbedingt Veränderungen in der Zusammensetzung des ZO erfordert.

Das Plenum wollte *allen* „Golos“-Leuten, *allen* Sozialdemokraten, *allen* legalen Funktionären der Arbeiterbewegung, die auf die Position des Parteiprinzips übergehen *wollen*, die Möglichkeit geben, zur Partei zurückzukehren und loyal in der Partei zu arbeiten. Das Plenum rechnete damit, daß bei den Menschewiki nicht ein Auseinandergehen der beiden Teile des Menschewismus erfolgt, sondern ein gemeinsamer Übergang beider Teile auf die Position des Parteiprinzips.

Durch die Schuld des russischen Zentrums der Legalisten (Potressow, Michail und Co.) und durch die Schuld des „Golos Sozial-Demokrata“ kam es anders. Ihre Abspaltung von den *parteitreuen* Menschewiki wurde zur Tatsache. Wir haben um das ZO und den „Diskussionny Listok“ eine Reihe *parteitreuer* Menschewiki (Plechanow, Rappoport, Awdejew) geschart, mit denen bei uns eine jedem Fraktionswesen fernstehende Parteiarbeit gut in Fluß kommt, ungeachtet all unserer Meinungsverschiedenheiten. Im Ausland unternehmen die Gruppen der Bolschewiki und die *parteitreuen* Menschewiki Schritte zur Vereinigung. Im Gegensatz dazu haben die Gruppen der „Golos“-Leute entschieden Kurs *gegen* die Vereinigung genommen.

Deshalb hat sich in der Redaktion des ZO der völlig untragbare Zustand nicht auf Grund zufälliger und nicht auf Grund persönlicher Motive herausgebildet. Wenn in unserer Redaktion jetzt ein ständiger und endloser Zank herrscht, wenn wir zu dritt entschieden nicht imstande sind, die feindliche Position von zwei Redakteuren zu überwinden, wenn die gesamte Arbeit im ZO gehemmt wird, so ist das das unumgängliche Ergebnis eines *unhaltbaren Zustands*. Dem Sinn der Beschlüsse des Plenums zufolge ist eine Annäherung an die *parteitreuen* Menschewiki notwendig, aber bei uns im ZO führen die *parteifeindlichen* Menschewiki einen schonungslosen Kampf gegen die außerhalb des ZO stehenden und das ZO unterstützenden *parteitreuen* Menschewiki!

Wir sind vollkommen davon überzeugt, daß die Genossen im ZK selbst die absolute Untragbarkeit eines solchen Zustands begreifen und von uns keine Illustration dieses Zustands an Hand der Geschichte der unzähligen Zusammenstöße und Skandale in der Redaktion fordern. Diese Zusam-

menstöße, Beschuldigungen, Reibereien, die vollkommene Unterbindung der Arbeit – das alles ist einfach das Ergebnis der veränderten politischen Lage, die *unweigerlich* zum Zerfall des ZO führen muß, wenn nicht ein Schritt unternommen wird, der durch den *ganzen* Geist der Beschlüsse des Plenums vorgezeichnet ist, nämlich: Ersetzung der parteifeindlichen, liquidatorischen Menschewiki, der menschewistischen „Golos“-Leute durch parteitreue Menschewiki, denen wir helfen *müssen*, in der Partei und in den führenden Parteinstitutionen festen Fuß zu fassen.

Die parteitreuen Menschewiki haben bereits dem Auslandsbüro des ZK mitgeteilt, daß sie in der Redaktion des ZO (und im Auslandsbüro des ZK) Vertreter haben wollen, d. h. Anhänger des *parteitremen* Menschewismus.

Wir erklären unsererseits, daß wir *absolut nicht in der Lage* sind, das ZO der Partei in Zusammenarbeit mit den „Golos“-Leuten zu leiten, denn es ist unmöglich zu arbeiten, wenn man stets die Leute mechanisch überstimmen muß, mit denen man keine gemeinsame parteimäßige Grundlage hat.

Wir hoffen, daß das ZK die notwendigen organisatorischen Schritte unternimmt, um die Zusammensetzung der Redaktion des ZO zu verändern und um ein arbeitsfähiges *parteitremes* Kollegium zu bilden.

*Geschrieben in der zweiten
Aprilhälfte (Anfang Mai) 1910.*

*Zuerst veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.*

*Unterschrift: Mitglieder der
Redaktion des ZO, Lenin u. a.*

Nach dem Manuskript.

NOTIZEN EINES PUBLIZISTEN

*Veröffentlicht am 6. (19.) März
und 25. Mai (7. Juni) 1910 im
„Diskussionny Listok“ Nr. 1 und 2.
Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des
„Diskussionny Listok“.*

I

UBER DIE „PLATTFORM“
DER ANHÄNGER UND VERFECHTER
DES OTSOWISMUS

Vor kurzem erschien in Paris im Verlag der Gruppe „Wperjod“ eine Broschüre: „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei. Eine Plattform, ausgearbeitet von einer Gruppe Bolschewiki“. Es ist das dieselbe Gruppe von Bolschewiki, von deren Formierung zu einer neuen Fraktion die erweiterte Redaktion des „Proletari“ im Frühjahr des vergangenen Jahres Mitteilung gemacht hat. Nunmehr tritt diese Gruppe „in der Zusammensetzung von 15 Parteimitgliedern – 7 Arbeitern und 8 Intellektuellen“ (wie sie uns berichtet) – mit dem Versuch einer geschlossenen, systematischen, positiven Darlegung ihrer besonderen „Plattform“ hervor. Der Text dieser Plattform trägt die unverkennbaren Zeichen einer bedacht-samen und sorgfältigen kollektiven Bearbeitung, darauf gerichtet, alle Unebenheiten auszugleichen, die scharfen Kanten abzuschleifen und nicht so sehr das zu betonen, worin die Gruppe sich von der Partei unterscheidet, als vielmehr das, worin sie mit ihr übereinstimmt. Um so wertvoller ist für uns die neue Plattform als die offizielle Darlegung der Anschauungen einer bestimmten Strömung.

Diese Gruppe von Bolschewiki legt zunächst dar, wie sie „die gegenwärtige geschichtliche Lage unseres Landes versteht“ (§ I, S. 3–13), ferner was sie „unter Bolschewismus versteht“ (§ II, S. 13–17). Das eine wie das andere versteht sie schlecht.

Nehmen wir die erste Frage. Die Auffassung der Bolschewiki (und die Auffassung der Partei) wurde in der Resolution der Dezemberkonferenz von 1908 über die gegenwärtige Lage niedergelegt. Teilen die Verfasser der neuen Plattform die in dieser Resolution zum Ausdruck gebrachten Auffassungen? Wenn ja, warum sagen sie das nicht rundheraus? Wenn

ja, wozu war es dann nötig, eine besondere Plattform auszuarbeiten und sich an eine Darlegung der eigenen besonderen „Auffassung“ über die Lage zu machen? Wenn nicht, warum sagen sie dann wiederum nicht rundheraus, in welchen Fragen eigentlich die neue Gruppe zu den Auffassungen der Partei in Opposition tritt?

Das ist es ja gerade, daß sich die neue Gruppe über die Bedeutung dieser Resolution selbst nicht klar ist. Die neue Gruppe neigt unbewußt (oder halb unbewußt) zu otsowistischen Anschauungen, die mit dieser Resolution *unvereinbar* sind. Die neue Gruppe gibt in ihrer Broschüre eine populäre Erläuterung nicht aller Leitsätze dieser Resolution, sondern lediglich eines Teils derselben, ohne den anderen zu verstehen (ja vielleicht sogar, ohne seine Bedeutung zu erkennen). Die grundlegenden Faktoren, die die Revolution des Jahres 1905 hervorgerufen haben, bleiben weiter wirksam, heißt es in der Resolution. Eine neue revolutionäre Krise reift heran (Punkt f). Ziel des Kampfes bleibt der Sturz des Zarismus und die Erkämpfung der Republik; das Proletariat hat die „führende“ Rolle im Kampf zu spielen und die „Erkämpfung der politischen Macht“ anzustreben (Punkt e und 1). Die Verhältnisse auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik gestalten „die internationale Situation immer revolutionärer“ (Punkt g). Diese Leitsätze legt die neue Plattform in populärer Weise dar, und *insofern* geht sie durchaus Hand in Hand mit den Bolschewiki und der Partei, *insofern* legt sie richtige Anschauungen dar und leistet eine nützliche Arbeit.

Doch das Schlimme besteht gerade darin, daß dieses *insofern* hervorgehoben werden muß. Das Schlimme besteht gerade darin, daß die neue Gruppe die *anderen* Leitsätze dieser Resolution *nicht versteht*, daß sie deren Zusammenhang mit den übrigen und insbesondere ihren *Zusammenhang* mit der unversöhnlichen Haltung zum Otsowismus nicht versteht, die den Bolschewiki eigen, dieser Gruppe aber nicht eigen ist.

Die Revolution ist erneut unvermeidlich. Die Revolution muß erneut gegen die Selbstherrschaft anstürmen und sie stürzen – sagen die Verfasser der neuen Plattform. Das stimmt. Aber das ist nicht alles, was der revolutionäre Sozialdemokrat *unserer Tage* zu wissen und zu bedenken hat. Er muß imstande sein, zu verstehen, daß diese Revolution auf eine neue Weise an uns herantritt und daß wir an sie auf eine neue Weise heranzutreten haben (anders als früher; nicht nur so wie früher; nicht nur

mit den Waffen und Kampfmitteln wie früher), daß auch die Selbstherrschaft nicht mehr das ist, was sie früher war. Das aber gerade wollen die Verfechter des Otsowismus nicht sehen! Sie wollen hartnäckig einseitig bleiben, und *dadurch erweisen* sie gegen ihren Willen und unabhängig davon, ob sie sich dessen bewußt sind, den Opportunisten und Liquidatoren einen *Dienst*; sie unterstützen durch Einseitigkeit nach der einen Seite die Einseitigkeit nach der anderen.

Die Selbstherrschaft ist in einen *neuen* geschichtlichen Abschnitt eingetreten. Sie tut einen Schritt auf dem Wege der Umwandlung in eine bürgerliche Monarchie. Die III. Duma ist ein Bündnis mit bestimmten Klassen. Sie ist keine zufällig zustande gekommene, sondern eine notwendige Institution im System dieser neuen Monarchie. Die neue Agrarpolitik der Selbstherrschaft ist gleichfalls keine Zufälligkeit, sondern ein notwendiger, ein für die bürgerliche Entwicklung notwendiger und in seiner bürgerlichen Art notwendiger Bestandteil der Politik des neuen Zarismus. Wir haben einen *spezifischen* historischen Abschnitt mit *spezifischen* Bedingungen für das Heranreifen einer neuen Revolution vor uns. Man kann dieses Spezifische nicht meistern und sich auf diese neue Revolution nicht vorbereiten, wenn man nur auf alte Weise vorgeht, wenn man es nicht versteht, die Dumatribüne selbst auszunutzen usw.

Gerade diese zuletzt angeführte These können die Otsowisten nicht begreifen. Die Verfechter des Otsowismus aber, die ihn als eine „berechtigte Schattierung“ (S. 28 der behandelten Broschüre) erklären, können bis heute noch nicht den *Zusammenhang* begreifen, der zwischen dieser These und *einem ganzen Kreis von Ideen* besteht, nämlich der Anerkennung des Spezifischen der gegenwärtigen Periode und dem Bestreben, diesem Spezifischen in der Taktik *Rechnung zu tragen!* Sie wiederholen, daß wir „eine Periode zwischen zwei Revolutionen“ durchmachen (S. 29), daß die „gegenwärtige Lage“ ein „Übergangsstadium zwischen zwei Wellen der demokratischen Revolution“ ist (S. 32), worin aber das *Spezifische* dieses „Übergangs“ besteht, vermögen sie nicht zu begreifen. Ohne aber diesen *Übergang* begriffen zu haben, kann man ihn nicht zum Nutzen der Revolution überwinden, kann man sich nicht auf die neue Revolution vorbereiten, kann man nicht zur zweiten Welle *übergeben!* Denn die Vorbereitung auf die neue Revolution kann sich nicht auf die Wiederholung des Satzes beschränken, daß sie unvermeidlich ist; die Vorbereitung muß darin be-

stehen, die Propaganda, Agitation und Organisation derart zu gestalten, daß dem *Spezifischen dieses Übergangsstadiums* Rechnung getragen wird.

Da haben wir ein Beispiel dafür, wie die Leute vom *Übergangsstadium* reden, ohne zu begreifen, worin dieser *Übergang* besteht. „Daß in Rußland keinerlei wirkliche Verfassung besteht und daß die Duma lediglich ihr Trugbild ist, ohne Macht und Bedeutung, das wissen nicht nur die Bevölkerungsmassen ausgezeichnet aus der Erfahrung, sondern das wird jetzt auch der ganzen Welt klar.“ (S. 11.) Man halte dem die Beurteilung der III. Duma durch die Dezemberresolution entgegen: „Durch den Staatsstreich vom 3. Juni und durch die Errichtung der III. Duma ist das Bündnis des Zarismus mit den reaktionären Gutsbesitzern und den oberen Schichten der Handels- und Industriebourgeoisie offen anerkannt und gefestigt worden.“

Sollte es wirklich nicht „der ganzen Welt klar“ sein, daß die Verfasser der Plattform eben doch die Resolution nicht verstanden haben, obwohl sie in der Parteipresse ein Jahr lang in tausenderlei Formen wieder und wieder dargelegt worden ist? Und natürlich haben sie die Resolution nicht etwa wegen ihrer Begriffsstutzigkeit nicht verstanden, sondern weil auf ihnen der Otsowismus und das otsowistische Gedankengut lastet.

Unsere III. Duma ist eine Duma der Schwarzhunderter und Oktobristen. Daß die Oktobristen und Schwarzhunderter in Rußland ohne „Macht und Bedeutung“ sind (wie das bei den Verfassern der Plattform herauskommt), ist Unsinn. Das Fehlen einer „wirklichen Verfassung“, die Aufrechterhaltung der Machtvollkommenheit der Selbstherrschaft schließt keineswegs eine spezifische historische Situation aus, in der diese Macht gezwungen ist, ein konterrevolutionäres Bündnis bestimmter Klassen im gesamt-nationalen Maßstab, in den legal wirkenden Einrichtungen, die für den gesamten Staat von Bedeutung sind, zu organisieren, und in der sich diese bestimmten Klassen von selbst, von unten her zu konterrevolutionären Blocks organisieren, die dem Zarismus die Hand reichen. Wenn das „Bündnis“ des Zarismus mit diesen Klassen (ein Bündnis, gerichtet darauf, die Macht und die Einkünfte der fröherrlichen Gutsbesitzer aufrechtzuerhalten) eine spezifische Form der Klassenherrschaft und der Herrschaft des Zaren mit seinem Klüngel in der gegenwärtigen *Übergangsperiode* ist, eine Form, die durch die bürgerliche Evolution des Landes unter der Be-

dingung der Niederlage der „ersten Welle der Revolution“ hervorgerufen wird – dann kann auch gar keine Rede sein von einer Ausnutzung der Übergangszeit ohne Ausnutzung der Dumatribüne. Die spezifische Taktik der Ausnutzung dieser Tribüne – von der herab die Konterrevolutionäre sprechen – zum Zweck der Vorbereitung der Revolution ist alsdann obligatorisch und ergibt sich aus der Eigenart der gesamten historischen Situation. Ist dagegen die Duma lediglich das „Trugbild“ einer Verfassung, „ohne Macht und Bedeutung“, dann haben wir es mit keinerlei neuer Etappe in der Entwicklung des bürgerlichen Rußlands, der bürgerlichen Monarchie, in der Entwicklung der Herrschaftsform der obersten Klassen usw. zu tun, und dann haben natürlich die Otsowisten im Prinzip recht!

Man nehme nun nicht an, daß der von uns angeführte Satz aus der Plattform eine zufällige Entgleisung sei. In einem speziellen Kapitel „Über die Reichsduma“ (S. 25–28) lesen wir gleich zu Beginn: „Alle bisherigen Reichsdumas waren Institutionen, die keine reale Kraft und Macht besaßen und das wirkliche Kräfteverhältnis im Lande nicht zum Ausdruck brachten. Die Regierung berief sie unter dem Ansturm der Volksbewegung ein, um einerseits die Massenempörung von dem unmittelbaren Kampf abzulenken und auf den friedlichen Weg der Stimmzettelabgabe hinzuführen und um sich andererseits in diesen Dumas mit jenen gesellschaftlichen Gruppen, die die Regierung im Kampf gegen die Revolution unterstützen könnten, zu verständigen . . .“ Das ist ein ganzer Knäuel verworrener Gedanken oder Bruchstücke von Gedanken. Hat die Regierung die Dumas einberufen, um sich mit den konterrevolutionären Klassen zu verständigen, so ergibt sich ja daraus gerade, daß die I. und II. Duma keine „Kraft und Macht“ besaßen (um der Revolution zu helfen), die III. Duma dagegen Kraft und Macht hatte und hat (um der Konterrevolution zu helfen). Die Revolutionäre konnten (und mußten unter gewissen Umständen) die Teilnahme an einer Institution ablehnen, die außerstande war, der Revolution zu helfen. Das steht unbestreitbar fest. Wenn die Verfasser der Plattform solche Institutionen der revolutionären Periode in einen Topf werfen mit der Duma der „Periode zwischen zwei Revolutionen“, die stark genug ist, die Konterrevolution zu unterstützen, so begehen sie einen ungeheuren Fehler. Sie dehnen die richtigen bolschewistischen Schlußfolgerungen gerade auf solche Fälle aus, auf die sie sich in der Tat nicht erstrecken! Das eben heißt den Bolschewismus in eine Karikatur verwandeln.

Bei der Zusammenfassung dessen, wie sie den Bolschewismus „verstehen“, haben die Verfasser der Plattform sogar einen besonderen Punkt d (S. 16) aufgenommen, in dem diese „Karikatur“ auf den revolutionären Gedanken sozusagen ihren klassischen Ausdruck gefunden hat. Dieser Punkt hat folgenden Wortlaut:

„d) Bis zur Vollendung der Revolution können alle halblegalen und legalen Methoden und Wege des Kampfes der Arbeiterklasse, darunter auch die Beteiligung an der Reichsduma, keine selbständige und entscheidende Bedeutung besitzen, sondern sind lediglich ein Mittel zur Sammlung und Vorbereitung der Kräfte für den direkten revolutionären, offenen Massenkampf.“

Demnach wäre es so, daß *nach* der „Vollendung der Revolution“ die legalen Kampfmethoden, „darunter“ auch der Parlamentarismus, selbständige und entscheidende Bedeutung haben *können!*

Das ist falsch. Auch dann können sie eine solche nicht haben. In der Plattform der „Wperjod“-Leute ist Unsinn zusammengeschrieben worden.

Weiter. Demnach wäre es so, daß „bis zur Vollendung der Revolution“ alle Kampfmethoden *außer* den legalen und halblegalen, d. h. *alle illegalen* Kampfmethoden selbständige und entscheidende Bedeutung haben *können!*

Das ist falsch. Es gibt solche illegalen Kampfmethoden, die auch *nach* der „Vollendung der Revolution“ (beispielsweise die illegalen Propagandazirkel) und „bis zur Vollendung der Revolution“ (z. B. die Besitzergreifung von Geldmitteln des Feindes oder die gewaltsame Befreiung von Gefangenen, das Töten von Spitzeln usw.) *keine selbständige und entscheidende Bedeutung besitzen, sondern lediglich . . .* usw., wie im Text der „Plattform“.

Weiter. Von welcher „Vollendung der Revolution“ ist hier die Rede? Offensichtlich *nicht* von der Vollendung der sozialistischen Revolution, denn dann wird es keinen Kampf der Arbeiterklasse mehr geben, da ja die Klassen überhaupt nicht mehr vorhanden sein werden. Also handelt es sich um die Vollendung der *bürgerlich-demokratischen* Revolution. Sehen wir nun genauer an, was denn eigentlich die Verfasser der Plattform unter der *Vollendung* der bürgerlich-demokratischen Revolution „verstanden“ haben.

Allgemein gesprochen, kann man unter dieser Bezeichnung zweierlei

verstehen. Wenn man sie in weitem Sinne anwendet, so versteht man darunter die Lösung der objektiven historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution, ihre „Vollendung“, d. h. die Beseitigung unmittelbar des Bodens, der die bürgerliche Revolution hervorzubringen vermag, die Vollendung des *gesamten Zyklus* der bürgerlichen Revolutionen. In diesem Sinne zum Beispiel wurde in Frankreich die bürgerlich-demokratische Revolution erst 1871 *vollendet* (dagegen 1789 begonnen). Gebraucht man jedoch das Wort im engen Sinne, so hat man eine einzelne Revolution im Auge, eine der bürgerlichen Revolutionen, sozusagen eine der „Wellen“, die gegen das alte Regime anstürmt, es aber nicht ganz hinwegfegt, den Boden für die folgenden bürgerlichen Revolutionen nicht beseitigt. In diesem Sinne wurde die Revolution des Jahres 1848 in Deutschland im Jahre 1850 bzw. in den fünfziger Jahren „vollendet“, ohne daß sie auch nur im geringsten den Boden für den revolutionären Aufschwung der sechziger Jahre beseitigt hätte. Die Revolution des Jahres 1789 in Frankreich wurde, sagen wir, 1794 „vollendet“, ohne das dadurch irgendwie der Boden für die Revolutionen der Jahre 1830 und 1848 beseitigt wurde.

Ganz gleich, ob man die Worte der Plattform „bis zur Vollendung der Revolution“ in weitem oder in engem Sinne auslegt – in keinem Fall läßt sich in ihnen ein Sinn ergründen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß jeder Versuch, jetzt die Taktik der revolutionären Sozialdemokratie *im voraus* bis zur Vollendung der gesamten Periode der möglichen bürgerlichen Revolutionen Rußlands festzulegen, völliger Unsinn wäre. Hinsichtlich der revolutionären „Welle“ der Jahre 1905–1907, d. h. der ersten bürgerlichen Revolution in Rußland, muß in der Plattform selbst zugegeben werden, daß „sie (die Selbstherrschaft) die erste Welle der Revolution bezwungen hat“ (S. 12), daß wir eine Periode „zwischen zwei Revolutionen“, „zwischen zwei Wellen der demokratischen Revolution“ durchmachen.

Worin liegt nun die Wurzel dieses endlosen und ausweglosen Wirrwarrs in der „Plattform“? Gerade darin, daß die Plattform in diplomatischer Weise vom Otsowismus abrückt, ohne auch nur im geringsten das Gedankengut des Otsowismus fallenzulassen, ohne seinen Grundfehler zu berichtigen oder ihn auch nur zu bemerken. Sie liegt gerade darin, daß für die „Wperjod“-Leute der Otsowismus eine „berechtigte

Schattierung“ ist, d. h., daß für sie die otsowistische Schattierung, diese Karikatur auf den Bolschewismus, ein Gesetz, ein Vorbild, ein unübertroffenes Vorbild ist. Wer diese schiefe Bahn einmal betreten hat, der gleitet unaufhaltsam und zwangsläufig in den Sumpf des ausweglosen Wirrwarrs; der *wiederholt* Worte und Losungen, ohne die Bedingungen ihrer Anwendbarkeit und die Grenzen ihrer Bedeutung *durchdenken* zu können.

Warum haben zum Beispiel die Bolschewiki in den Jahren 1906/1907 gegen die Opportunisten so häufig die Losung aufgestellt: Die Revolution ist noch nicht zu Ende? Weil die objektiven Verhältnisse so waren, daß von einer Vollendung der Revolution im engen Sinne des Wortes gar keine Rede sein konnte. Man nehme etwa die Periode der II. Duma. Sie war das revolutionärste Parlament der Welt neben der wohl reaktionärsten absolutistischen Regierung. Aus diesen Verhältnissen gab es keinen anderen unmittelbaren Ausweg als den Umsturz von oben oder den Aufstand von unten, und so sehr auch jetzt die neummalklugen Pedanten mit dem Kopf schütteln, so konnte doch vor dem Umsturz niemand garantieren, daß er der Regierung gelingen, daß er glatt gehen, daß sich Nikolaus II. nicht den Hals dabei brechen wird. Die Losung „die Revolution ist noch nicht zu Ende“ besaß aktuellste, unmittelbar wichtige, praktisch spürbare Bedeutung, denn *nur* sie sprach richtig aus, was ist, wohin die Dinge kraft der objektiven Logik der Ereignisse treiben. Heute aber, wo die Otsowisten selbst die gegebene Lage als eine Lage „zwischen zwei Revolutionen“ anerkennen, den Versuch zu machen, diesen Otsowismus als „berechtigte Schattierung des revolutionären Flügels“, „bis zur Vollendung der Revolution“, auszugeben – ist das nicht ein heilloser Wirrwarr?

Um diesem ausweglosen Kreis von Widersprüchen zu entrinnen, darf man mit dem Otsowismus nicht diplomatisch verfahren, sondern muß seine ideologischen Grundlagen mit der Wurzel ausrotten, muß man sich auf den Standpunkt der Dezemberresolution stellen und sie ganz durchdenken. Die gegenwärtige Periode zwischen den Revolutionen erklärt sich nicht durch einen Zufall. Heute herrscht bereits kein Zweifel mehr, daß wir eine besondere Etappe der Entwicklung der Selbstherrschaft, der Entwicklung der bürgerlichen Monarchie, des Parlamentarismus der Kapitalisten und der Schwarzhunderter, der bürgerlichen Politik des Zarismus

auf dem flachen Lande und der Unterstützung all dessen durch die konterrevolutionäre Bourgeoisie vor uns haben. Diese Periode ist zweifelsohne eine *Übergangsperiode* „zwischen zwei Wellen der Revolution“; um sich aber auf die zweite Revolution vorbereiten zu können, gilt es gerade, das Spezifische dieses Übergangs zu meistern, es zu verstehen, die eigene Taktik und Organisation diesem schwierigen, schweren, finsternen, uns aber durch den Verlauf der „Kampagne“ aufgezwungenen Übergang anzupassen. Die Ausnutzung der Dumatribüne wie auch jeglicher anderen legalen Möglichkeiten gehört zu der Zahl jener durchaus nicht hochstehenden Kampfmittel, die nichts „Effektvolles“ an sich haben. Aber die Übergangsperiode ist gerade deshalb eine Übergangsperiode, weil ihre spezifische Aufgabe die Vorbereitung und Sammlung der *Kräfte*, nicht aber deren unmittelbares, entschiedenes Auftreten ist. Diese jeglichen äußeren Glanzes entbehrende Tätigkeit richtig organisieren zu können, es zu verstehen, ihr alle jene halblegalen Institutionen dienstbar zu machen, die für die Epoche der von den Schwarzhundertern und den Oktobristen beherrschten Duma bezeichnend sind, es zu verstehen, *auch auf diesem Boden* alle Traditionen der revolutionären Sozialdemokratie, alle Losungen ihrer jüngsten heroischen Vergangenheit, den ganzen Geist ihrer Arbeit, ihre ganze Unversöhnlichkeit gegenüber dem Opportunismus und dem Reformismus zu bewahren – das ist die *Aufgabe der Partei*, das ist die Aufgabe der Gegenwart.

Wir haben die erste Abweichung der neuen Plattform von der Taktik, die in der Resolution der Dezemberkonferenz von 1908 niedergelegt ist, untersucht. Wir haben gesehen, daß das eine Abweichung in der Richtung der otsowistischen Ideen, in der Richtung von Ideen ist, die weder mit einer marxistischen Analyse der gegenwärtigen Lage noch mit den grundlegenden Voraussetzungen der Taktik der revolutionären Sozialdemokraten überhaupt das geringste gemein haben. Wir müssen uns nunmehr an die Untersuchung des zweiten originellen Zuges der neuen Plattform machen.

Dieser besteht in der von der neuen Gruppe verkündeten Aufgabe der „Schaffung einer neuen proletarischen“ Kultur und ihrer „Verbreitung unter den Massen“: „in der Entwicklung der proletarischen Wissenschaft, in der Festigung der wahrhaft kameradschaftlichen Beziehungen unter den Proletariern, in der Ausarbeitung einer proletarischen Philosophie, in der

Einstellung der Kunst auf die proletarischen Bestrebungen und Erfahrungen“ (S. 17).

Hier haben wir ein Musterbeispiel jener naiven Diplomatie, der man sich in der neuen Plattform bedient, um das Wesen der Sache zu bemänteln! Nun, ist das etwa nicht naiv, wenn man *zwischen* „Wissenschaft“ und „Philosophie“ die „Festigung der wahrhaft kameradschaftlichen Beziehungen“ einschaltet? In die Plattform werden von der neuen Gruppe die ihr vermeintlich zugefügten *Kränkungen*, ihre gegen die anderen Gruppen (und zwar gegen die orthodoxen Bolschewiki in erster Linie) gerichteten Beschuldigungen aufgenommen, *sie* hätten die „wahrhaft kameradschaftlichen Beziehungen“ verletzt. Gerade das ist der *reale* Inhalt dieses belustigenden Punktes.

Die „proletarische Wissenschaft“ steht hier ebenfalls „traurig und nicht am Platze“ da. Erstens kennen wir jetzt nur eine proletarische Wissenschaft – den Marxismus. Die Verfasser der Plattform vermeiden aus irgendwelchen Gründen systematisch diese einzig genaue Bezeichnung und setzen überall die Worte „wissenschaftlicher Sozialismus“ (S. 13, 15, 16, 20, 21). Bekanntlich erheben auf diese Bezeichnung bei uns in Rußland auch die direkten Gegner des Marxismus Anspruch. Zweitens muß, wenn man in die Plattform die Aufgabe der Entwicklung der „proletarischen Wissenschaft“ mit aufnimmt, klar gesagt werden, welchen ideologischen, theoretischen Kampf unserer Zeit man hier eigentlich im Auge hat und auf wessen Seite sich die Verfasser der Plattform eigentlich stellen. Sich darüber auszuschweigen ist eine naive Schlauheit, denn das *Wesen der Sache* ist jedem klar, der die Literatur der Sozialdemokratie aus den Jahren 1908 und 1909 kennt. In *unserer* Zeit hat sich auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Philosophie und der Kunst der Kampf der Marxisten gegen die Machisten entfaltet. Es ist zumindest lächerlich, dieser allgemein bekannten Tatsache gegenüber die Augen zu verschließen. „Plattformen“ sollen nicht geschrieben werden, um Meinungsverschiedenheiten zu vertuschen, sondern um sie auszutragen.

In ganz ungeschickter Weise verraten sich nun unsere Verfasser durch die zitierte Stelle der Plattform. Es ist allen bekannt, daß man in *Wirklichkeit* unter „proletarischer Philosophie“ eben den *Machismus* im Auge hat, und jeder verständige Sozialdemokrat wird das „neue“ Pseudonym sofort erraten. Es hatte also keinen Zweck, dieses Pseudonym auszuhecken. Es

nützt nichts, sich hinter ihm zu verstecken. In der Tat ist der einflußreichste Kern von Publizisten der neuen Gruppe ein machistischer, der die nicht-machistische Philosophie als eine nicht-„proletarische“ betrachtet.

Man hätte denn auch, wenn man davon in der Plattform reden wollte, sagen sollen: die neue Gruppe vereint Leute, die gegen die nicht-„proletarischen“, d. h. nicht-machistischen Theorien in Philosophie und Kunst den Kampf führen werden. Das wäre ein direktes, wahrheitsgemäßes, offenes Vorgehen einer allen bekannten *ideologischen* Strömung, eine Aufnahme des Kampfes gegen die anderen Strömungen. Wenn man dem ideologischen Kampf wichtige Bedeutung für die Partei beimißt, so geht man eben mit einer direkten Kriegserklärung vor und versteckt sich nicht.

Wir wollen alle zu einer bestimmten, klaren Antwort auf die versteckte Ansage des philosophischen Kampfes gegen den Marxismus aufrufen, die in der Plattform enthalten ist. Bemänteln doch alle Phrasen über „proletarische Kultur“ in der Tat gerade den Kampf gegen den Marxismus. Die „Originalität“ der neuen Gruppe besteht darin, daß sie die Philosophie in die Parteiplattform hineingetragen hat, ohne direkt zu sagen, welche Strömung in der Philosophie sie *eigentlich* verfißt.

Übrigens wäre es nicht angängig zu sagen, der reale Inhalt, den die zitierten Worte der Plattform haben, sei gänzlich negativ. Hinter ihnen verbirgt sich auch ein gewisser positiver Inhalt. Der positive Inhalt läßt sich mit einem Wort ausdrücken: Maxim Gorki.

In der Tat, es hat keinen Zweck, die Tatsache zu verheimlichen, die die bürgerliche Presse bereits ausposaunt (und dabei verdreht und verzerrt) hat, daß nämlich Maxim Gorki zu den Anhängern der neuen Gruppe gehört. Gorki aber ist unbedingt der bedeutendste Vertreter der *proletarischen* Kunst, der vieles für sie getan hat und noch mehr für sie tun kann. Jede Fraktion der sozialdemokratischen Partei kann mit Recht auf die Zugehörigkeit Gorkis zu ihr stolz sein, auf Grund dessen aber in die Plattform die „proletarische Kunst“ mit aufzunehmen bedeutet, dieser Plattform ein Armutszeugnis auszustellen, bedeutet, die Gruppe auf einen literarischen *Zirkel* zu reduzieren, der sich selbst gerade des „Autoritätsdusels“ überführt... Die Verfasser der Plattform sprechen sehr viel gegen die Anerkennung von Autoritäten, aber sie erläutern nicht direkt, was damit gemeint ist. Die Dinge liegen so, daß ihnen die Verfechtung

des Materialismus in der Philosophie und die Bekämpfung des Otsowismus durch die Bolschewiki als ein Unternehmen einzelner „Autoritäten“ (ein Wink mit dem Zaunpfahl!) erscheint, denen die Feinde des Machismus sozusagen „blind vertrauen“. Derartige Ausfälle sind natürlich höchst kindisch. Mit Autoritäten gehen aber gerade die „Wperjod“-Leute nicht gut um. Gorki ist eine Autorität auf dem Gebiet der proletarischen Kunst, das steht fest. Zu versuchen, *diese* Autorität zur Festigung des Machismus und Otsowismus „auszunutzen“ (natürlich im ideologischen Sinne), heißt ein *Musterbeispiel* dafür zu liefern, wie man mit *Autoritäten* nicht umgehen darf.

Auf dem Gebiet der proletarischen Kunst ist Maxim Gorki ein ungeheures *Plus*, trotz seiner Sympathie für den Machismus und den Otsowismus. Auf dem Gebiet der Entwicklung der sozialdemokratischen proletarischen Bewegung ist die *Plattform*, die in der Partei eine Gruppe von Otsowisten und Machisten absondert und als spezielle Aufgabe dieser Gruppe die Entwicklung einer angeblich „proletarischen“ Kunst stellt, ein *Minus*, denn diese Plattform legt es darauf an, im Wirken einer großen Autorität gerade das festzuhalten und auszunutzen, was ihre schwache Seite darstellt, was als negative Größe in die Summe des von ihr dem Proletariat gebrachten ungeheuren Nutzens eingeht.

II

DIE „EINIGUNGSKRISE“ IN UNSERER PARTEI

Beim Lesen dieser Überschrift wird mancher Leser wohl nicht gleich seinen Augen trauen. „Das fehlte gerade noch! Haben wir denn noch nicht genug Krisen in unserer Partei gehabt, daß man plötzlich noch mit einer neuen, mit einer *Einigungskrise* kommt?“

Den Ausdruck, der so merkwürdig klingt, habe ich von Liebknecht entlehnt. Er gebrauchte ihn 1875 in dem Brief (vom 21. April) an Engels, als er die Vereinigung der Lassalleaner und der Eisenacher schilderte. Marx und Engels nahmen damals an, daß aus dieser Vereinigung nichts Gutes herauskommen werde.⁶⁹ Liebknecht wandte sich gegen ihre Befürchtungen und versicherte, daß die deutsche sozialdemokratische Partei, die jegliche Krisen erfolgreich überstanden habe, auch die „Einigungskrise“

überstehen werde (siehe Gustav Mayer, „Johann Baptist von Schweitzer und die Sozialdemokratie“, Jena 1909, S. 424).

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß auch unsere Partei, die SDAPR, ihre Einigungskrise erfolgreich überstehen wird. Und daß sie diese jetzt durchmacht, das sieht jeder, dem die Beschlüsse der Plenartagung des ZK und die Ereignisse nach dem Plenum bekannt sind. Wenn man nach den Resolutionen des Plenums urteilt, so mag es scheinen, als wäre die Einigung ganz und gar vollkommen und durchaus vollendet. Urteilt man auf Grund der Lage, die jetzt, Anfang Mai 1910, besteht, urteilt man auf Grund des energischen Kampfes des Zentralorgans gegen den „Golos Sozial-Demokrata“, der von den Liquidatoren herausgegeben wird, urteilt man auf Grund der heiß entbrannten Polemik Plechanows und der anderen parteitreuen Menschewiki mit den „Golos“-Leuten, urteilt man auf Grund der ungezügelt Schimpfkanonade der Gruppe „Wperjod“ gegen das ZO (siehe ihr soeben erschienenenes Flugblatt „An die Genossen Bolschewiki“) – so mag einem abseits stehenden Menschen sehr leicht *jegliche* Einigung als ein Phantom erscheinen.

Die offenen Feinde der Partei frohlocken. Die Anhänger und Helfershelfer des Otsowismus, die „Wperjod“-Leute, ergehen sich in wütendem Geschimpfe. Die Führer der Liquidatoren – Axelrod, Martynow, Martow, Potressow und andere – geifern noch erbitterter in ihrer „Notwendigen Ergänzung zu den ‚Dnewniki‘ Plechanows“. Die Hände zusammenschlagend und klagend stehen die „Versöhnler“ da und stammeln hilflos Phrasen (siehe die Resolution des auf dem Standpunkt Trotzki's stehenden „Wiener sozialdemokratischen Parteiklubs“ vom 17. April 1910).

Aber auf die wichtigste und grundlegende Frage *nach den Ursachen*, warum unsere Parteivereinigung sich so und nicht anders vollzieht, warum die (scheinbar) vollständige Vereinigung auf dem Plenum jetzt einer (scheinbar) völligen Veruneinigung Platz gemacht hat, als auch auf die Frage, in welcher Richtung auf Grund des „Kräfteverhältnisses“ innerhalb und außerhalb unserer Partei ihre weitere Entwicklung verlaufen *soll* – auf diese grundlegenden Fragen erhalten wir weder von den Liquidatoren („Golos“-Leuten) noch von den Otsowisten („Wperjod“-Leuten) noch von den Versöhnlern (Trotzki und „Wiener“) irgendeine Antwort.

Geschimpfe und Phrasen sind keine Antwort.

1. Zweierlei Anschauungen über die Vereinigung

In rührender Eintracht schimpfen die Liquidatoren und die Otsowisten auf die Bolschewiki, was das Zeug hält (die erstgenannten beschimpfen auch noch Plechanow). Schuld seien die Bolschewiki, schuld sei das Bolschewistische Zentrum, schuld seien die „individualistischen“ Allüren von Lenin und Plechanow (S. 15 der „Notwendigen Ergänzung“), schuld sei „die verantwortungslose Gruppe“ der „ehemaligen Mitglieder des Bolschewistischen Zentrums“ (siehe das Flugblatt der Gruppe „Wperjod“). Die Solidarität unter den Liquidatoren und Otsowisten ist in dieser Hinsicht vollkommen; ihr *Block* gegen den orthodoxen Bolschewismus (ein *Block*, der *mehr als einmal* ein charakteristisches Merkmal auch des Kampfes auf dem Plenum gewesen war, wovon weiter unten speziell die Rede sein wird) ist eine unbestreitbare Tatsache; die Vertreter der zwei extremsten Strömungen, die in gleicher Weise die Unterordnung unter die bürgerlichen Ideen zum Ausdruck bringen und in gleicher Weise parteifeindlich sind, stimmen ganz und gar in ihrer innerparteilichen Politik, im Kampf gegen die Bolschewiki und auch darin überein, daß sie das ZO als „bolschewistisch“ proklamieren. Aber auch das noch so starke Geschimpfe von Axelrod und Alexinski bemäntelt nur ihre völlige Verständnislosigkeit für den Sinn und die Bedeutung der Parteivereinigung. Die Resolution Trotzki's (– der Wiener) unterscheidet sich nur der Form nach von den „Ergüssen“ Axelrods und Alexinski's. Sie ist sehr „vorsichtig“ abgefaßt und erhebt Anspruch auf „überfraktionelle“ Gerechtigkeit. Worin aber besteht ihr Sinn? Daß an allem die „bolschewistischen Führer“ schuld seien – das ist die gleiche „Geschichtsphilosophie“ wie bei Axelrod und Alexinski.

Gleich im ersten Absatz der Wiener Resolution heißt es: „... die Vertreter aller Fraktionen und Strömungen... haben durch ihren Beschluß“ (auf dem Plenum) „bewußt und überlegt die Verantwortung für die Durchführung der gefaßten Resolutionen unter den gegebenen Bedingungen, in Zusammenarbeit mit den gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen übernommen.“ Es handelt sich um „die Konflikte im ZO“. Wer ist „verantwortlich für die Durchführung der Resolutionen“ des Plenums im ZO? Es ist klar: die Mehrheit des ZO, d. h. die Bolschewiki und die Polen; sie sind auch verantwortlich für die Durchführung der Resolu-

tionen des Plenums – „in Zusammenarbeit mit den gegebenen Personen“ d. h. mit den „Golos“- und den „Wperjod“-Leuten.

Wovon handelt die Hauptresolution des Plenums in dem Teil, der den „brennenden“ Fragen unserer Partei gewidmet ist, den Fragen, die bis zum Plenum am meisten umstritten waren und die nach dem Plenum die am wenigsten umstrittenen werden sollten?

Sie handelt davon, daß in der Ablehnung der illegalen sozialdemokratischen Partei, in der Herabsetzung ihrer Rolle und Bedeutung usw. einerseits, in der Ablehnung der Arbeit der Sozialdemokratie in der Duma und der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, in der Verständnislosigkeit gegenüber der Wichtigkeit des einen und des anderen usw. andererseits *der bürgerliche Einfluß auf das Proletariat zum Ausdruck kommt.*

Es fragt sich nun, welchen Sinn eigentlich diese Resolution hat:

Den Sinn, daß die „Golos“-Leute aufrichtig und unwiderruflich ein Kreuz machen sollten über die Ablehnung der illegalen Partei, über deren Herabsetzung usw., daß sie dies als Abweichung anerkennen, daß sie sie korrigieren und eine positive Arbeit in einem dieser Abweichung feindlichen Geiste leisten sollten; daß die „Wperjod“-Leute aufrichtig und unwiderruflich ein Kreuz machen sollten über die Ablehnung der Arbeit in der Duma und der legalen Möglichkeiten usw.; daß die Mehrheit des ZO die „Golos“- und „Wperjod“-Leute auf jede mögliche Art und Weise zur „Mitarbeit“ heranziehen sollte unter der Bedingung ihrer aufrichtigen, konsequenten und unwiderruflichen Lossagung von den in der Resolution des Plenums ausführlich beschriebenen „Abweichungen“?

Oder hat die Resolution etwa den Sinn, daß die Mehrheit des ZO für die Durchführung der Resolutionen (über die Überwindung der liquidatorischen und otsowistischen Abweichungen) verantwortlich ist „in Zusammenarbeit mit den gegebenen“ „Golos“-Leuten, die das Liquidatoren-tum nach wie vor, und jetzt sogar noch größer, zu verteidigen fortfahren, und mit den gegebenen „Wperjod“-Leuten, die nach wie vor, und jetzt sogar noch größer, die Berechtigung des Otsowismus, des Ultimatismus usw. zu vertreten fortfahren?

Es genügt, diese Frage zu stellen, um zu sehen, wie inhaltlos die hochtrabenden Phrasen in der Resolution Trotzki's sind, wie sie in Wirklichkeit der Verteidigung ganz derselben Position dienen, die Axelrod und Co., Alexinski und Co. einnehmen.

Trotzki hat schon in den ersten Worten seiner Resolution den vollendeten Geist des übelsten Versöhnertums, eines „Versöhnertums“ in Anführungszeichen, eines Versöhnertums der Zirkel und der Spießbürger hervorgekehrt, das die „gegebenen Personen“, nicht aber die gegebene Linie, nicht den gegebenen Geist, nicht den gegebenen politisch-ideologischen Inhalt der Parteiarbeit sieht.

Hier liegt ja eben der ganze Abgrund des Unterschieds zwischen dem „Versöhnertum“ Trotzki's und Co. – das in Wirklichkeit den Liquidatoren und Otsowisten den allertreuesten Dienst erweist, deshalb aber in der Partei ein um so gefährlicheres Übel ist, je raffinierter, ausgesuchter und phrasenhafter es sich in den Deckmantel angeblich die Partei hochhaltender und angeblich die Fraktionen verneinender Deklamationen hüllt – und der wirklichen Treue zur Partei, die in der Säuberung der Partei von Liquidatorentum und Otsowismus besteht.

Was ist für uns in Wirklichkeit gegeben als Aufgabe der Partei?

Sind es die „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“, die „gegeben“ sind und die „versöhnt“ werden sollen, unabhängig von ihrer Linie, unabhängig vom Inhalt ihrer Arbeit, unabhängig von ihrer Stellung zum Liquidatorentum und zum Otsowismus?

Oder ist für uns die Parteilinie gegeben, sind für uns die politisch-ideologische Richtung und der Inhalt unserer gesamten Arbeit gegeben, ist für uns die Aufgabe der Säuberung dieser Arbeit vom Liquidatorentum und vom Otsowismus gegeben – eine Aufgabe, die unabhängig von „Personen, Gruppen und Institutionen“, gegen das Sträuben der mit dieser Linie nicht einverstanden oder sie nicht durchführenden „Personen, Institutionen und Gruppen“ zu verwirklichen ist?

Es sind zweierlei Anschauungen über die Bedeutung und die Bedingungen des Zustandekommens überhaupt jeder Parteivereinigung möglich. Den Unterschied dieser Anschauungen zu verstehen ist äußerst wichtig, denn sie werden im Verlauf der Entwicklung unserer „Einigungskrise“ durcheinandergebracht und verwechselt, und ohne daß man beide Anschauungen auseinanderhält, ist es unmöglich, sich in dieser Krise zurechtzufinden.

Die eine Anschauung über die Vereinigung rückt die „Versöhnung“ der „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“ in den Vordergrund. Die Einheit ihrer Anschauungen über die Parteiarbeit, über die Linie

dieser Arbeit, ist dabei eine zweitrangige Sache. Die Meinungsverschiedenheiten sollen verschwiegen und ihre Wurzeln, ihre Bedeutung und ihre objektiven Ursachen nicht aufgedeckt werden. Die Personen und Gruppen zu „versöhnen“ – das ist die Hauptsache. Wenn sie in der Durchführung einer gemeinsamen Linie nicht einig sind, muß man diese Linie so auslegen, daß sie für alle annehmbar ist. Leben und leben lassen. Das ist das spießbürgerliche „Versöhnlertum“, das unvermeidlich zur Zirkeldiplomatie führt. Die Quellen der Meinungsverschiedenheiten „zu verstopfen“, sie zu verschweigen, „Konflikte“ um jeden Preis „beizulegen“, einander feindliche Richtungen zu neutralisieren – darauf ist die Hauptaufmerksamkeit eines derartigen „Versöhnlertums“ gerichtet. Es ist verständlich, daß diese Zirkeldiplomatie bei dem Umstand, daß die Basis der Operationen der illegalen Partei im Ausland liegt, jenen „Personen, Gruppen und Institutionen“ Tür und Tor öffnet, die bei allen möglichen Versuchen der „Versöhnung“ und „Neutralisierung“ die Rolle „ehrlicher Makler“ spielen.

Über einen derartigen Versuch auf dem Plenum erzählt Martow in Nummer 19/20 des „Golos“:

„Die Menschewiki, die ‚Prawdisten‘ und die Bundisten haben eine solche Zusammensetzung des ZO vorgeschlagen, die eine ‚Neutralisierung‘ der beiden einander entgegengesetzten Strömungen in der Parteideologie gewährleisten, keiner von ihnen eine entschiedene Mehrheit verschaffen und dadurch das Parteiorgan *nötigen* würde, in jeder wesentlichen Frage solch eine *mittlere Linie* auszuarbeiten, die die Mehrheit der Parteifunktionäre zu vereinen vermag.“

Der Vorschlag der Menschewiki kam bekanntlich nicht durch. Trotzki, der seine Kandidatur für das ZO als *Neutralisator* aufgestellt hatte, fiel durch. Die Kandidatur eines Bundisten für denselben Posten – diese Kandidatur schlugen die Menschewiki in ihren Reden vor – wurde gar nicht erst zur Abstimmung gestellt.

Da haben wir die *wirkliche* Rolle jener „Versöhnler“ im schlechten Sinne des Wortes, die die Wiener Resolution verfaßt haben und deren Anschauungen in dem Artikel Jonows in Nr. 4 der „Otkliki Bunda“ zum Ausdruck gekommen sind, den ich soeben erhalten habe. Die Menschewiki haben *es nicht gewagt*, ein ZO mit einer Mehrheit *ibrer* Richtung vorzuschlagen, wobei sie, wie aus den von mir zitierten Ausführungen Martows ersichtlich ist, das Bestehen *zweier einander entgegengesetzter Strö-*

mungen in der Partei zugegeben haben. Es ist den Menschewiki gar nicht eingefallen, ein ZO mit einer Mehrheit ihrer Richtung vorzuschlagen. Sie unternahmen nicht einmal den Versuch, ein Zentralorgan mit einer bestimmten Richtung zu erreichen (so klar trat auf dem Plenum das Fehlen jeder Richtung bei den Menschewiki hervor, von denen eben erst eine aufrichtige und konsequente Absage an das Liquidatorentum gefordert bzw. erwartet wurde). Die Menschewiki suchten im ZO auf eine „Neutralisierung“ hinzuwirken und schlugen als *Neutralisator* einen Bundisten oder Trotzki vor. Der Bundist und Trotzki sollten die Rolle von Heiratsvermittlern spielen, die sich die „Eheschließung“ der „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“ zum Ziel gesetzt haben, unabhängig davon, ob die eine Seite dem Liquidatorentum entsagen würde oder nicht.

Dieser Standpunkt von Heiratsvermittlern bildet denn auch die ganze „ideologische Grundlage“ des Versöhnlertums Trotzki's und Jonow's. Wenn sie darüber klagen und Tränen darüber vergießen, daß aus der Vereinigung nichts geworden ist, so ist das *cum grano salis** zu verstehen. Es ist so zu verstehen, daß aus der Heiratsvermittlung nichts geworden ist. Das „Fehlschlagen“ der Hoffnungen auf die Vereinigung, die Trotzki und Jonow hegten, der Hoffnungen auf die Vereinigung mit den „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“ unabhängig von ihrer Stellung zum Liquidatorentum, bedeutet lediglich einen Mißerfolg der Heiratsvermittler, bekundet die Falschheit, Hoffnungslosigkeit und Kläglichkeit des Standpunkts von Heiratsvermittlern, bedeutet aber noch keineswegs den Mißerfolg der Parteivereinigung.

Es besteht noch eine andere Anschauung über diese Vereinigung. Diese andere Anschauung besteht darin, daß eine ganze Reihe tief verwurzelter, objektiver Ursachen, unabhängig von dieser oder jener Zusammensetzung der (auf dem Plenum und für das Plenum) „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“, schon längst begonnen hat bzw. nach wie vor unentwegt fortfährt, in den zwei seit langem vorhandenen, zwei hauptsächlich russischen Fraktionen der Sozialdemokratie solche Veränderungen hervorzurufen, die – manchmal gegen den Willen der einen oder anderen der „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“ und sogar unbe-

* Mit einem Körnchen Salz; übertragen: mit großem Vorbehalt, nicht ganz wörtlich. *Die Red.*

wußt für sie – die ideologischen und organisatorischen Grundlagen der Vereinigung schaffen. Diese objektiven Bedingungen wurzeln in den Besonderheiten der Epoche der bürgerlichen Entwicklung Rußlands, die wir durchmachen, der Epoche der bürgerlichen Konterrevolution und der Versuche der Selbstherrschaft, sich nach dem Typ einer bürgerlichen Monarchie zu reorganisieren. Diese objektiven Bedingungen bewirken gleichzeitig und in untrennbarem Zusammenhang miteinander Veränderungen im Charakter der Arbeiterbewegung, in der Zusammensetzung, im Typ, im Gesamtbild der sozialdemokratischen Vorhut der Arbeiter sowie Veränderungen in den politisch-ideologischen Aufgaben der sozialdemokratischen Bewegung. Daher ist der bürgerliche Einfluß auf das Proletariat, der das Liquidatorentum (= Halbliberalismus, der sich zur Sozialdemokratie zählen möchte) und den Otsowismus (= Halbanarchismus, der sich zur Sozialdemokratie zählen möchte) hervorbringt, kein Zufall, keinerlei individuelle Böswilligkeit, keine Dummheit und kein Fehler, sondern das unvermeidliche Resultat der Auswirkungen dieser objektiven Ursachen – und ein von der „Basis“ untrennbarer Überbau über der gesamten Arbeiterbewegung des heutigen Rußlands. Die Erkenntnis von der Gefährlichkeit, dem unsozialdemokratischen Charakter und der Schädlichkeit beider Abweichungen für die Arbeiterbewegung ruft eine Annäherung von Elementen der verschiedenen Fraktionen hervor und bahnt der Parteivereinigung „über alle Hindernisse hinweg“ den Weg.

Von diesem Gesichtspunkt aus kann die Vereinigung langsam und unter Schwierigkeiten, unter Zaudern, Schwankungen und Rückfällen zustande kommen, aber sie kann nicht ausbleiben. Von diesem Gesichtspunkt aus kommt die Vereinigung durchaus nicht unbedingt zwischen den „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“, sondern unabhängig von den gegebenen Personen zustande, die sie sich unterordnet, wobei sie von den „gegebenen“ jene abstößt, die die Erfordernisse der objektiven Entwicklung nicht erkennen oder nicht erkennen wollen, neue Personen, die nicht zur Gruppe der „gegebenen“ gehören, hervortreten läßt und heranzieht und Veränderungen, Umschichtungen und Umgruppierungen innerhalb der alten Fraktionen, Strömungen und Einteilungen hervorruft. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Vereinigung untrennbar mit ihrer ideologischen Grundlage verbunden, sie kann überhaupt erst auf der Grundlage der ideologischen Annäherung entstehen, sie hängt mit dem Entstehen,

der Entwicklung und dem Wachstum solcher Abweichungen wie Liquidorentum und Otsowismus nicht zufällig durch dieses oder jenes polemische Auftreten, diesen oder jenen literarischen Kampf zusammen, sondern es besteht ein innerer, untrennbarer Zusammenhang, gleich dem zwischen Ursache und Wirkung.

2. Der „Kampf an zwei Fronten“ und die Überwindung der Abweichungen

Das sind die zwei prinzipiell verschiedenen, einander grundlegend widerlaufenden Anschauungen über das Wesen und die Bedeutung unserer Parteivereinigung.

Es fragt sich nun, welche dieser Anschauungen der Resolution des Plenums zugrunde liegt? Wer sich in sie hineindenken will, der wird sehen, daß ihr die zweite Anschauung zugrunde liegt, daß die Resolution aber an einigen Stellen unverkennbar die Spuren teilweiser „Abänderungen“ im Geiste der ersten Anschauung trägt, wobei diese „Abänderungen“, die die Resolution *verschlechtern*, deren Grundlage, deren völlig von der zweiten Anschauung durchdrungenen Hauptinhalt *keinesfalls aufheben*.

Um zu zeigen, daß dem so ist, daß die „Abänderungen“ im Geiste der Zirkeldiplomatie wirklich den Charakter von Abänderungen an Details tragen und daß sie am Wesen der Sache und an der prinzipiellen Grundlage der Resolution nichts ändern, werde ich auf die bereits in der Parteipresse berührten einzelnen Punkte und einzelnen Stellen der Resolution über die Lage in der Partei eingehen. Ich fange am Schluß an.

Jonow – der „die Führer der alten Fraktionen“ beschuldigt, daß sie alles tun, um die Herstellung der Einheit zu hintertreiben, und daß sie sich auch auf dem Plenum so benommen haben, daß „man ihnen jeden Schritt im Kampf abtrotzen mußte“ – schreibt:

„Gen. Lenin wollte nicht die ‚Überwindung der gefährlichen Abweichungen‘ durch ‚Erweiterung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit‘. Er arbeitete ziemlich energisch darauf hin, daß die Theorie des ‚Kampfes an zwei Fronten‘ in den Mittelpunkt jeglichen Beginnens der Partei gerückt werde. Er ließ nicht einmal den Gedanken an eine Abschaffung des ‚Zustands der verstärkten Sicherheitsmaßnahmen‘ in der Partei aufkommen.“ (S. 22, Zeile 1.)

Es handelt sich um den Paragraphen 4, Absatz b der Resolution über die Lage in der Partei. Den Entwurf dieser Resolution hatte ich dem ZK unterbreitet, und der betreffende Punkt wurde bereits nach Abschluß der Arbeit der Kommission durch das Plenum selbst geändert, und zwar auf einen Antrag Trotzki's hin, gegen den ich erfolglos gekämpft habe. Bei mir standen in diesem Punkt die Worte „Kampf an zwei Fronten“, wenn nicht wortwörtlich, so jedenfalls Worte, die diesen Gedanken ausdrücken. „Überwindung durch Erweiterung und Vertiefung“ wurde auf Antrag Trotzki's eingefügt. Es freut mich sehr, daß Gen. Jonow mir durch seine Schilderung meines Kampfes gegen diesen Antrag eine passende Gelegenheit gibt, mich über die Bedeutung der „Abänderung“ zu äußern.

Nichts hat auf dem Plenum eine so heftige – häufig geradezu komische – Empörung erregt wie der Gedanke des „Kampfes an zwei Fronten“. Schon seine bloße Erwähnung brachte sowohl die „Wperjod“-Leute als auch die Menschewiki aus dem Häuschen. Diese Empörung ist historisch gesehen durchaus erklärlich, haben doch die Bolschewiki *in der Tat* von August 1908 bis Januar 1910 den Kampf an zwei Fronten, d. h. den Kampf gegen die Liquidatoren und die Otsowisten geführt. Komisch jedoch war diese Empörung deshalb, weil die über die Bolschewiki Erzürnten damit nur ihre Schuld bewiesen bzw. bewiesen, daß sie sich nach wie vor durch jegliche Verurteilung des Liquidatorentums und des Otsowismus getroffen fühlen. Der Dieb verrät sich selbst.

Der Antrag Trotzki's, an die Stelle des Kampfes an zwei Fronten die „Überwindung durch Erweiterung und Vertiefung“ zu setzen, fand die begeisterte Unterstützung der Menschewiki und der „Wperjod“-Leute.

Und jetzt triumphieren ob dieses „Sieges“ sowohl Jonow als auch die „Prawda“, sowohl die Wiener Resolution als auch der „Golos Sozial-Demokrata“. Doch es erhebt sich die Frage, ob mit der Ausmerzung der Worte vom Kampf an zwei Fronten aus diesem Punkt auch die Anerkennung der Notwendigkeit dieses Kampfes aus der Resolution ausgemerzt worden ist. *Nicht im geringsten*, denn wenn man einmal „Abweichungen“ zugegeben hat, wenn man ihre „Gefährlichkeit“ zugegeben hat, wenn man die Notwendigkeit anerkannt hat, für „Aufklärung“ über diese Gefährlichkeit zu sorgen, wenn man zugibt, daß diese Abweichungen „ein Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat“ sind, so ist damit *im Grunde genommen* gerade der Kampf an zwei Fronten anerkannt!

Man hat an einer Stelle den (für den einen oder anderen lieben Freund) „unangenehmen“ Ausdruck abgeändert, aber den Grundgedanken bestehen lassen! Herausgekommen ist nur eine Verworrenheit, eine Verwässerung, die Verschlechterung eines Teils eines Punktes durch eine Phrase.

In der Tat ist es eben eine Phrase und eine hilflose Ausflucht, wenn in dem betreffenden Paragraphen von Überwindung durch Erweiterung und Vertiefung der Arbeit die Rede ist. Ein klarer Sinn ist hier in keiner Weise gegeben. Die Arbeit erweitern und vertiefen ist immer und unbedingt notwendig; davon handelt der ganze *dritte* Paragraph der Resolution ausführlich, und zwar noch vor dem Übergang zu den spezifischen – nicht immer und nicht unbedingt obligatorischen, sondern durch die Verhältnisse der besonderen Periode aufgeworfenen – „politisch-ideologischen Aufgaben“. Einzig und allein diesen besonderen Aufgaben ist der Paragraph 4 gewidmet, und in der Einführung zu allen seinen drei Punkten heißt es direkt, daß diese politisch-ideologischen Aufgaben „ihrerseits auf die Tagesordnung gestellt worden sind“.

Was ist nun herausgekommen? Herausgekommen ist Unsinn, als wäre die Aufgabe der Erweiterung und Vertiefung der Arbeit *ebenfalls* ihrerseits auf die Tagesordnung gestellt worden! Als ob überhaupt eine historische „Zeit“ möglich sei, zu der *diese* Aufgabe nicht gestellt ist, wie sie immer gestellt ist.

Wie lassen sich denn Abweichungen *durch* Erweiterung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit überwinden? Bei jeder Erweiterung und bei jeder Vertiefung wird unvermeidlich die Frage auftauchen, wie erweitert und vertieft werden soll; wenn Liquidatorientum und Otsowismus keine Zufallserscheinungen, sondern durch die sozialen Verhältnisse hervorgebrachte Strömungen sind, so können sie sich in jede Erweiterung und in jede Vertiefung der Arbeit eindrängen. Man kann die Arbeit im Geiste des Liquidatorientums erweitern und vertiefen – das tun zum Beispiel „Nascha Sarja“ und „Wosroshdenije“⁷⁰; man kann das auch im Geiste des Otsowismus tun. Andererseits kostet die Überwindung der Abweichungen, „Überwindung“ in der eigentlichen Bedeutung des Wortes, unvermeidlich gewisse Kräfte, eine gewisse Zeit und Energie, die der unmittelbaren Erweiterung und Vertiefung der richtigen sozialdemokratischen Arbeit verlorengehen. Zum Beispiel schreibt derselbe Jonow auf der gleichen Seite in seinem Artikel:

„Das Plenum ist zu Ende. Seine Teilnehmer sind auseinandergegangen. Das Zentralkomitee wird bei der Einrichtung der Arbeit unglaubliche Schwierigkeiten zu überwinden haben, unter denen nicht an letzter Stelle die Haltung der sogenannten“ (nur der sogenannten, Gen. Jonow, und nicht der wirklichen, der echten?) „Liquidatoren stehen wird, deren Existenz Gen. Martow so hartnäckig leugnete.“

Hier haben wir ein Material – ein nicht umfangreiches, aber charakteristisches Material – zur Erläuterung dessen, wie leer die Phrasen von Trotzki und Jonow sind. Die Überwindung der liquidatorischen Schritte von Michail, Juri und Co. hat dem ZK Kraft und Zeit entzogen, die es für die unmittelbare Erweiterung und Vertiefung der wirklichen sozialdemokratischen Arbeit hätte aufwenden können. Wäre es nicht zu den Handlungen von Michail, Juri und Co. gekommen, gäbe es unter jenen, die wir fälschlicherweise nach wie vor für unsere Genossen halten, kein Liquidatorentum, dann ginge die Erweiterung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit erfolgreicher vor sich, da der innere Kampf nicht die Kräfte der Partei ablenken würde. Wenn man also unter Erweiterung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit die unmittelbare Entfaltung der Agitation, der Propaganda, des wirtschaftlichen Kampfes usw. in wirklich sozialdemokratischem Geiste versteht, so ist für diese Arbeit die Überwindung der Abweichungen einzelner Sozialdemokraten vom Sozialdemokratismus ein Minus, ein Abzug sozusagen von der „positiven Tätigkeit“; demnach hat also der Satz von der Überwindung der Abweichungen *durch* Erweiterung usw. keinen Sinn.

Diese Phrase drückt in der Tat den verschwommenen Wunsch, den frommen, naiven Wunsch aus, es möge doch weniger inneren Kampf unter den Sozialdemokraten geben! Außer diesem naiven Wunsch ist in diesem Satz nichts weiter zu verzeichnen; es ist das ein *Seufzer* der sogenannten Versöhnler: ach, man sollte doch nicht soviel gegen das Liquidatorentum und den Otsowismus kämpfen!

Die politische Bedeutung dieser Art „Seufzer“ ist gleich Null, schlimmer als Null. Wenn es in der Partei Leute gibt, für die es vorteilhaft ist, das Vorhandensein von Liquidatoren (und Otsowisten) „hartnäckig zu leugnen“, so werden sie den „Seufzer“ der „Versöhnler“ zur Bemäntelung des Übels ausnutzen. Das tut der „Golos Sozial-Demokrata“ auch. Und darum sind die Verfechter derartiger wohlmeinender leerer Phrasen

in den Resolutionen nur *sogenannte* „Versöhnler“. In Wirklichkeit sind sie Helfershelfer der Liquidatoren und Otsowisten, in Wirklichkeit vertiefen sie nicht die sozialdemokratische Arbeit, sondern festigen sie gerade die Abweichungen von ihr, festigen sie gerade das Übel, weil sie es vorübergehend verbergen und dadurch die Heilung von ihm erschweren.

Um dem Gen. Jonow die Bedeutung dieses Übels zu illustrieren, erinnere ich ihn an eine Stelle aus einem Artikel des Gen. Jonow in Nr. 1 des „Diskussionny Listok“. Gen. Jonow hat dort sehr treffend Liquidatorenentum und Otsowismus mit einer *gutartigen Eiterbeule* verglichen, die „im Prozeß des Eiterns aus dem ganzen Organismus allerlei schädliche Elemente herauszieht und auf diese Weise zu dessen Gesundheit beiträgt“.

Sehr richtig. Der Prozeß des Eiterns, der aus dem Organismus die „schädlichen Elemente“ ausscheidet, führt zur Gesundung. Das aber, was die Säuberung des Organismus von solchen Elementen hindert, bringt ihm Schaden. Mag Gen. Jonow über diesen nützlichen Gedanken des Gen. Jonow nachdenken!

3. Die Bedingungen für die Vereinigung und die Zirkeldiplomatie

Weiter. Der redaktionelle Artikel des „Golos“ über die Ergebnisse des Plenums veranlaßt uns, die Frage zu berühren, warum die Worte Liquidatorenentum und Otsowismus aus der Resolution entfernt wurden. In diesem redaktionellen Artikel (Nr. 19/20, S. 18) wird mit ungewöhnlicher, noch nicht dagewesener (außer bei unseren „Golos“-Leuten) . . . Kühnheit erklärt, daß der Terminus „Liquidator“ ein Kautschukbegriff sei, daß er „*Mißverständnisse aller Art erzeugt hat*“ (sic!!*) usw., weshalb „das ZK beschloß, diesen Terminus aus der Resolution zu streichen“.

Wie soll man eine solche Wiedergabe der ZK-Beschlüsse über die Streichung dieses Terminus nennen, wenn die Redakteure des „Golos“ doch genau wissen müssen, daß diese Wiedergabe der Wahrheit widerspricht? Worauf haben diese Redakteure spekuliert, von denen zwei auf dem Plenum waren und die „Geschichte“ der Streichung des Terminus kennen? Sollten sie wirklich darauf spekuliert haben, daß man sie nicht entlarven wird?

* so!! Die Red.

In der Kommission, die die Resolution ausarbeitete, sprach sich die Mehrheit für die Beibehaltung dieses Terminus aus. Von den beiden Menschewiki, die in der Kommission waren, stimmte einer (Martow) für dessen Entfernung, der *andere* (der sich mehrfach der Position Plechanows zuneigte) *dagegen*. Auf dem Plenum wurde von allen Nationalen (2 Polen + 2 Bundisten + 1 Lette) und von Trotzki folgende Erklärung abgegeben:

„Wir finden zwar, daß es im Grunde genommen wünschenswert wäre, die in der Resolution aufgezeigte Strömung, gegen die unbedingt gekämpft werden muß, ‚Liquidatorentum‘ zu nennen; in Anbetracht aber der Erklärung der Genossen Menschewiki, daß *auch sie den Kampf gegen diese Strömung für notwendig erachten*, der Gebrauch eines solchen Terminus in der Resolution jedoch fraktionellen, gegen sie, die Menschewiki, gerichteten Charakter trage, schlagen wir im Interesse der Beseitigung aller überflüssigen Hindernisse für die Vereinigung der Partei vor, diesen Terminus aus der Resolution zu streichen.“

Also, die Mehrheit des ZK, und dabei gerade alle nichtfraktionellen Elemente, erklärt schriftlich, daß das Wort Liquidatorentum im Grunde genommen richtig und der Kampf gegen das Liquidatorentum notwendig ist; die Redaktion des „Golos“ jedoch erklärt die Streichung dieses Terminus damit, daß er im Grunde genommen untauglich sei!!

Die Mehrheit des ZK, und dabei gerade alle nichtfraktionellen Elemente, erklärt schriftlich, daß sie mit der Streichung dieses Terminus einverstanden ist, weil sie dem Drängen der Menschewiki nachgibt (richtiger: einem Ultimatum nachgibt, denn die Menschewiki hatten erklärt, daß andernfalls die Resolution nicht einstimmig angenommen werde) angesichts deren Zusicherung, „*gegen diese Strömung zu kämpfen*“; die Redaktion des „Golos“ jedoch schreibt: die Resolution gab eine „unzweideutige Antwort auf die Frage nach dem sogenannten ‚Kampf gegen das Liquidatorentum‘“ (S. 18, ebenda)!!

Auf dem Plenum sichern sie zu, sich zu bessern, bitten: verwendet nicht „den gegen *uns* gerichteten Terminus“, denn wir werden von nun an selbst gegen diese Strömung kämpfen; in der ersten nach dem Plenum erscheinenden Nummer des „Golos“ jedoch stellen sie den Kampf gegen das Liquidatorentum als einen „sogenannten“ Kampf hin.

Es ist offenkundig, daß hier die „Golos“-Leute eine volle und entschiedene

dene Wende zum Liquidatorenum vollzogen haben, eine Wende, die verständlich wird, wenn man das, was sich nach dem Plenum vollzog, als etwas Ganzes, Zusammenhängendes, ursächlich Bedingtes betrachtet – insbesondere die Äußerungen der „Nascha Sarja“, des „Wosroshdenije“ und der Herren vom Schlage Michail, Juri, Roman und Co. Davon werden wir weiter unten sprechen, und wir müssen dort die ganze Oberflächlichkeit des Standpunkts von Trotzki aufzeigen, der geneigt ist, alles auf eine „Verletzung der politisch-moralischen Verpflichtungen“ zu schieben (Wiener Resolution), während wir es offensichtlich nicht mit einer persönlichen oder einer gruppenmäßigen „Verletzung der Verpflichtungen“, nicht mit einer moralischen, nicht mit einer juristischen, sondern mit einer *politischen* Handlung zu tun haben, nämlich: mit dem Zusammenschluß der parteifeindlichen Legalisten in Rußland.

Jetzt aber muß auf eine andere Frage eingegangen werden, und zwar auf die Frage nach den Ursachen und der Bedeutung eines solchen Schritts des Plenums wie die Streichung des Wortes Liquidatorenum aus der Resolution. Dies ausschließlich mit einem unvernünftigen Eifer solcher Versöhnler wie Trotzki, Jonow und Co. zu erklären wäre ein Fehler. Hier gibt es noch ein anderes Moment. Die Sache ist die, daß ein bedeutender Teil der Beschlüsse des Plenums nicht nach dem üblichen Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, sondern nach dem Prinzip einer *Übereinkunft* zwischen zwei Fraktionen, zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki, unter Vermittlung der Nationalen durchgesetzt wurde. Auf diesen Umstand spielt offenbar Gen. Jonow in den „Otkliki Bunda“ an, wenn er schreibt: „Die Genossen, die sich jetzt an einen formalen Standpunkt klammern, wissen sehr genau, wie das letzte Plenum geendet hätte, wenn es einen formalen Standpunkt eingenommen hätte.“

Gen. Jonow spricht in diesem Satz in Andeutungen. Ähnlich wie Trotzki betrachtet er eine solche Darlegungsweise seiner Gedanken als besonders „taktisch“, nichtfraktionell und spezifisch im Parteigeist gehalten. Tatsächlich ist dies gerade die typische Handlungsweise der Zirkeldiplomaten, die außer Schaden für die Partei und das Parteiprinzip nichts einbringt. Die Andeutungen fallen für die einen unter den Tisch, einfachen die durch den Zirkelgeist genährte Neugier der anderen und wiegeln die dritten zu Gerede und zu Verleumdungen auf. Deshalb müs-

sen die Andeutungen Jonows unbedingt dediffriert werden. Falls er hier nicht davon spricht, daß das Plenum in einer Reihe von Fragen zu einer Übereinkunft strebte (und nicht zu einem einfachen Mehrheitsbeschluß), so ersuchen wir ihn, sich deutlicher auszudrücken und die Klatschbasen im Ausland nicht in Versuchung zu führen.

Falls aber Jonow hier von der Übereinkunft der Fraktionen auf dem Plenum spricht, so zeigen uns seine Worte gegen die „Genossen, die sich jetzt an einen formalen Standpunkt klammern“, anschaulich noch einen weiteren Zug dieser angeblichen Versöhner, die in Wirklichkeit insgeheim den Liquidatoren Vorschub leisten.

Auf dem Plenum wurde durch *Übereinkunft* der Fraktionen eine Reihe einstimmiger Beschlüsse erreicht. Warum war dies notwendig? Deshalb, weil die fraktionellen Beziehungen faktisch einer Spaltung gleichkamen; aber bei jeder Spaltung wird immer und unvermeidlich die Disziplin des gesamten Kollektivs (im gegebenen Fall der Partei) der Disziplin eines Teils des Kollektivs (im gegebenen Fall der Fraktion) geopfert.

Zur Einheit konnte man unter den russischen Parteiverhältnissen nicht anders kommen als durch eine Übereinkunft zwischen den Fraktionen (ob zwischen allen Fraktionen oder nur den hauptsächlichen, ob zwischen Teilen der Fraktionen oder den Fraktionen im ganzen, das ist eine andere Frage). Daher die Notwendigkeit eines Kompromisses, d. h. solcher Zugeständnisse in einigen Punkten, die dem Standpunkt der Mehrheit nicht entsprachen, aber von der Minderheit gefordert wurden. Ein solches Kompromißzugeständnis war die Entfernung des Wortes: Liquidatorenentum aus der Resolution. Ein besonders plastischer Ausdruck dieses kompromißlerischen Charakters der Beschlüsse des Plenums ist die *bedingte* Übergabe des *Fraktionsvermögens* der Bolschewiki an *dritte* Personen. Ein Teil der Partei übergibt unter Vorbehalt sein Vermögen an dritte Personen (aus der internationalen Sozialdemokratie), die dann entscheiden werden, ob diese Gelder dem ZK zu übergeben oder der Fraktion zurückzugeben sind. Der völlig ungewöhnliche und in einer normalen, nichtgespaltenen Partei unmögliche Charakter dieses Übereinkommens zeigt klar, zu welchen *Bedingungen* die Bolschewiki diese Übereinkunft trafen. Die Deklaration der Bolschewiki, die in Nr. 11 des ZO veröffentlicht ist, sagt klar, daß die Verwirklichung der Resolution, „die das

Liquidatorenentum und den Otsowismus verurteilt und den Kampf gegen diese Strömungen als unabdingbares Element der politischen Linie der Partei anerkennt“, die politisch-ideologische Grundbedingung für diese Übereinkunft ist, daß eine der Garantien für die Verwirklichung dieser Linie die Zusammensetzung des ZO ist, daß das Weitererscheinen des Fraktionsorgans und die Fortsetzung der Fraktionspolitik von seiten der Menschewiki den Bolschewiki das Recht gibt, „von den Treuhändern die Rückgabe der Gelder zu fordern“. Das ZK hat diese Bedingungen *angenommen* und sich in der Resolution über die Fraktionszentren direkt auf diese Deklaration der Bolschewiki berufen.

Es fragt sich, unterliegen diese Bedingungen der Erfüllung oder nicht? Sind diese Bedingungen formal oder nicht? Gen. Jonow, der wegwerfend von einem „formalen Standpunkt“ spricht, hat den elementarsten Unterschied zwischen einer Übereinkunft als Grundlage des Übereinkommens (= der Bedingung der Übergabe der Gelder von seiten der Bolschewiki, einer Bedingung, die durch die einstimmig gefaßte Resolution des ZK über die Fraktionszentren bestätigt wurde) und der Einhaltung der formalen Bedingungen des Übereinkommens als Grundlage für die Wahrung der Einheit nicht begriffen.

Wenn Gen. Jonow jetzt, nach der vom ZK einstimmig gefaßten Resolution über die Fraktionszentren, den „formalen Standpunkt“ mit einer verächtlichen Handbewegung abtut, dann tut er damit den *gesamten* Beschluß des ZK über die Fraktionszentren ab. Der Sophismus des Gen. Jonow läuft darauf hinaus: die Gesamtheit der ZK-Beschlüsse wurde nicht nur durch Annahme der Resolutionen mit Stimmenmehrheit erreicht, sondern auch durch eine Übereinkunft der sich feindlich gegenüberstehenden Strömungen in einigen äußerst wichtigen Fragen erzielt – folglich sind auch *künftig* diese Beschlüsse formal nicht bindend, sondern die Minderheit hat ein Recht darauf, eine Übereinkunft zu fordern! *Da es* bei den ZK-Beschlüssen ein Element der Übereinkunft gibt, kann man diese Beschlüsse *jederzeit* brechen; denn eine Übereinkunft ist eine freiwillige Sache!

Ist etwa eine derartige Sophistik keine schlecht bemäntelte Verteidigung der Liquidatoren?

Wenn aber die Sophismen von Jonow nicht anders als lächerlich erscheinen, so war im Bestreben des ZK (des Plenums), ein Maximum

an möglichen Zugeständnissen zu machen, ein psychologisch und politisch wahres und richtiges Moment enthalten. Die Menschewiki und die Otsowisten stimmten in den wütenden Angriffen gegen das Bolschewistische Zentrum überein, gegen das sie die tollsten Beschuldigungen erhoben. Nicht die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, sondern die „Bosheit“ des Bolschewistischen Zentrums – das ist es doch, was uns vor allem und in erster Linie von der Partei entfernt, sagten die Menschewiki wie die Otsowisten.*

Dies ist ein sehr wichtiger Umstand, ohne dessen Klarstellung man unmöglich verstehen kann, warum unsere Einigungskrise gerade einen solchen und keinen anderen Verlauf nimmt. Prinzipielle Verfechter des Liquidarentums und des Otsowismus *gab es nicht*: weder die Menschewiki noch die „Wperjod“-Leute *wagten* es, eine derartige Position einzunehmen. Hier offenbarte sich ein schon seit langem in unserer Literatur hervorgehobener (und in der gegen die Opportunisten gerichteten internationalen Literatur des öfteren angeführter) Wesenszug der modernen „Kritiker“ des Marxismus und der Kritiker einer wirklich marxistischen Taktik: Unentschlossenheit, Prinzipienlosigkeit, Vertuschung der „neuen“ Linie, Deckung der konsequenten Vertreter des Liquidarentums und des Otsowismus. Wir sind keine Liquidatoren, das ist ein fraktioneller Terminus – zeterten die Menschewiki. Wir sind keine Otsowisten, das ist eine fraktionelle Übertreibung – plärrten ihnen die „Wperjod“-Leute nach. Und bei allen und jeglichen Anlässen wurden gegen das Bolschewistische Zentrum Tausende von Beschuldigungen bis zu sogenannten „Kriminalverbrechen“ (lies: Expropriationen) ausgestoßen, um die prinzipiell-politischen Divergenzen zu verschleiern und in den Hintergrund zu drängen.

Die Bolschewiki antworteten darauf: Gut, ihr Herren, möge das ZK *alle* eure Beschuldigungen untersuchen und ihnen gemäß „richten und strafen“. Fünf nationale Sozialdemokraten gehören zum Plenum – von ihnen hängt überhaupt jeder Beschluß, um so mehr ein einstimmiger Be-

* Vgl. die Äußerung Jonows: „Nicht weniger beharrlich wiederholte Gen. Martow gegenüber dem Plenum, daß die ‚gefährlichen Abweichungen‘ nach rechts eine Erfindung der boshaften Bolschewiki sind, daß es für die Partei *einen* Feind gibt, und zwar das Bolschewistische Zentrum mit seinem fraktionellen Schalten und Walten.“ (S. 22 des zitierten Artikels.)

schluß ab. Mögen sie also „Richter“ sein, eure Beschuldigungen (d. h. die Beschuldigungen der Menschewiki und „Wperjod“-Leute) untersuchen und euren Beschwerden gegen das Bolschewistische Zentrum Genüge tun. Die Bolschewiki gingen noch weiter. Sie erklärten sich in den Resolutionen mit einem Maximum an Kompromissen einverstanden, die von den Menschewiki und den „Wperjod“-Leuten gefordert wurden.

Und ein Maximum an Zugeständnissen wurde in den Resolutionen über die Lage in der Partei und über die Konferenz gemacht, alle „Beschuldigungen“ wurden untersucht und *allen Beschwerden gegen das Bolschewistische Zentrum Genüge getan*, und zwar auf der Grundlage des Beschlusses *aller fünf nationalen Sozialdemokraten*.

Nur auf diesem Wege konnte man den Gegnern der Parteilinie, d. h. der antiliquidatorischen Linie, *jede Möglichkeit für Vorwände, jede Möglichkeit, einer prinzipiellen Fragestellung auszuweichen*, nehmen. Und diese Möglichkeit wurde ihnen genommen.

Wenn jetzt Axelrod, Martow und Co. in „*Einer notwendigen Ergänzung*“, wenn Alexinski und Co. in dem Flugblatt der „Wperjod“-Leute versuchen, erneut die Beschuldigungen gegen das Bolschewistische Zentrum, Klatsch und Verleumdungen, Lügen und Insinuationen ans Tageslicht zu zerrn, so sprechen sich diese Herren selbst das Urteil. Abzuleugnen, daß das Plenum *einmütig alle* ihre Beschuldigungen erörtert, *alle* Anklagen in seiner Resolution verworfen und als verworfen anerkannt hat – das abzuleugnen geht nicht an, das können weder die einen noch die anderen Meister der Intrige abstreiten. Aber wenn dem so ist, dann ist es für alle und jeden nunmehr klar, daß diejenigen, die erneut das Intrigenspiel beginnen (Axelrod, Martow, Alexinski und Co.), einfach politische Erpresser sind, die durch Klatsch die prinzipiellen Fragen verdecken möchten. Und anders als politische Erpresser werden wir sie nicht behandeln. Mit anderen Fragen als mit der Frage der Durchsetzung der antiliquidatorischen und antiotsowistischen Linie durch die Partei werden wir uns nicht befassen und überlassen es Axelrod, Martow und Alexinski, im Dreck zu wühlen, soviel sie wollen.

Die Kompromisse und Zugeständnisse der Bolschewiki, ihr Einverständnis mit Resolutionen, die in vieler Hinsicht nicht genügend entschieden sind, waren für die Reinheit der prinzipiellen Abgrenzung unerlässlich. Indem die Bolschewiki *allen* Beschwerden der Menschewiki

und Otsowisten Genüge taten, die von der Mehrheit der Nationalen* als richtig anerkannt wurden, erreichten sie, daß für alle Sozialdemokraten ohne Unterschied der Richtungen, für alle, außer den professionellen Erpressern, die Frage ausschließlich um die Verwirklichung der Parteilinie, der antiliquidatorischen und antiotsowistischen Linie ging. Niemandem, keinem Menschen in der Partei war der Zugang zur Partearbeit, zur Teilnahme an der Verwirklichung dieser Linie verwehrt, keinerlei Hindernisse für deren Verwirklichung, keinerlei störende Nebenumstände verblieben kraft eines Beschlusses, der von den nationalen Sozialdemokraten abhing. Und wenn sich jetzt die Liquidatoren erneut und noch augenscheinlicher produzieren, so ist damit *bewiesen*, daß die hindernden Nebenumstände eine Erfindung, eine Täuschung, eine Finte von Klatschmäulern, eine Methode von Zirkelintriganten und nichts anderes waren.

Darum begann die Abgrenzung und Scheidung der Kräfte erst richtig nach dem Plenum; diese Scheidung der Kräfte erfolgt ausschließlich in der wichtigsten prinzipiellen Frage, in der Frage der Liquidierung unserer Partei. Jene „Versöhnler“, die verdutzt, betrübt, erstaunt darüber sind, daß die Abgrenzung nach dem Plenum begann, bewiesen mit ihrem Erstaunen lediglich, daß sie sich ganz in den Fängen der Zirkeldiplomatie befinden. Ein Zirkeldiplomat konnte glauben, daß die bedingte Übereinkunft mit Martow und Martynow, mit Maximow und dem zweiten „Wperjod“-Mann⁷¹ das Ende jeder Abgrenzung sei; denn die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten sind für einen solchen Diplomaten eine untergeordnete Sache. Für denjenigen aber, für den im Gegenteil die prinzipielle Frage des Liquidatorentums und des Otsowismus an erster Stelle steht, gibt es nichts Erstaunliches dabei, daß gerade *nachdem allen* Beschwerden von Martow, Maximow und anderen Genüge getan worden ist, gerade *nach* den ihnen gemachten maximalen Zugeständnissen in Organisationsfragen u. a. m., eine Abgrenzung auf rein prinzipieller Grundlage beginnen mußte.

Das, was in der Partei nach dem Plenum vorgeht, ist kein Zusammen-

* Wir erinnern daran, daß auf dem Plenum mit beschließender Stimme anwesend waren: 4 Menschewiki, 4 Bolschewiki, 1 „Wperjod“-Mann, 1 Lette, 2 Bundisten und 2 Polen, d. h., gegenüber den Menschewiki und „Wperjod“-Leuten hatten die Bolschewiki selbst mit den Polen und dem Letten zusammen nicht die Mehrheit; es entschieden die Bundisten.

bruch der Parteivereinigung, sondern der Beginn der Vereinigung derjenigen, die wirklich in der Partei und im Parteigeist arbeiten können und wollen, ist der Beginn einer Säuberung des wirklich die Partei bildenden Blocks der Bolschewiki, der parteitreuen Menschewiki, der Nationalen und der nichtfraktionellen Sozialdemokraten von parteifeindlichen Renegaten, von Halbliberalen und Halbanarchisten.*

4. Zu Paragraph 1 der Resolution über die Lage in der Partei

Wenn ich die Unzulänglichkeiten der Resolutionen des Plenums weiter untersuche, muß ich nun auf den ersten Punkt der Resolution über die Lage in der Partei eingehen. Dieser Punkt berührt zwar nicht solche Fragen, die unmittelbar mit dieser oder jener Auffassung von der Parteivereinigung zusammenhängen; ich muß aber abschweifen, denn die Auslegung dieses ersten Punktes hat bereits viele Auseinandersetzungen in der Partei hervorgerufen.

In meinem Resolutionsentwurf war dieser Punkt überhaupt nicht enthalten, und ich habe – wie auch die gesamte Redaktion des „Proletari“ – auf das entschiedenste gegen ihn gekämpft. Dieser Punkt wurde von den Menschewiki und den Polen durchgesetzt, die von einem Teil der Bolschewiki nachdrücklichst darauf aufmerksam gemacht wurden, daß die

* Nebenbei. Zur Kennzeichnung des gegen die Bolschewiki gerichteten Blocks der „Golos“- und „Wperjod“-Leute (eines Blocks, der ganz und gar dem Block der Jaurésisten und Hervéisten gegen die Guesdisten gleicht) mag folgende Tatsache dienen. In der Schrift „Eine notwendige Ergänzung“ macht sich Martow über Plechanow lustig, weil dieser der Zusammensetzung der Schulkommission Bedeutung beimißt. Martow heuchelt. Auf dem Plenum hat der gleiche Martow zusammen mit allen Menschewiki, zusammen mit Maximow und mit Unterstützung Trotzki's für eine Resolution gekämpft, die die Anerkennung der otzowistischen Schule in NN als Parteischule, mit der das ZK eine Übereinkunft erzielen sollte, zum Inhalt hatte! Mit Mühe gelang es uns, diesen parteifeindlichen Block zu Fall zu bringen.

Selbstverständlich haben die „Golos“- und die „Wperjod“-Leute, sofern sie zur Partei gehören, voll und ganz das Recht, Blocks zu schließen. Es geht nicht um ein Recht, sondern um die Prinzipienfestigkeit des Blocks. Dies ist ein Block Prinzipienloser gegen das Parteiprinzip und die Prinzipienfestigkeit.

Auslegung dieses unklaren, verschwommenen Punktes unweigerlich Mißverständnisse erzeugen oder – noch schlimmer – den Liquidatoren Vorschub leisten wird.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß ich eine ganze Reihe von Thesen dieses Punktes auf dem Plenum ihrer Inhaltslosigkeit, ihrer Leere und Tautologie wegen kritisiert habe. Zu sagen, daß die Taktik der Sozialdemokraten in ihrer prinzipiellen Grundlage immer einheitlich ist, und nicht zu definieren, worin diese prinzipiellen Grundlagen bestehen, warum und von welchen Grundlagen denn (vom Marxismus überhaupt oder von bestimmten Thesen des Marxismus) hier gesprochen wird; zu sagen, daß die Taktik der Sozialdemokraten immer auf ein Maximum an Ergebnissen abzielt, und weder das Nahziel (die zunächst möglichen Ergebnisse) des Kampfes in dem gegebenen Zeitabschnitt noch die spezifischen Kampfmethoden dieses gegebenen Zeitabschnitts zu bestimmen; zu sagen, daß die Taktik für verschiedene Wege berechnet ist, auf denen die Entwicklung verlaufen kann, und nicht konkret diese Wege zu bestimmen; – Binsenwahrheiten zu sagen, daß die Taktik zur Sammlung der Kräfte beitragen und das Proletariat auf den offenen Kampf wie auf die Ausnutzung der Widersprüche eines labilen Regimes vorbereiten muß – alles das sind doch offensichtliche, ins Auge springende Mängel, die den gesamten Punkt in einen unnötigen und untauglichen Ballast verwandeln.

Aber dieser Punkt enthält noch etwas Schlimmeres. In ihm gibt es eine Hintertür für die Liquidatoren, auf die während des Plenums von verschiedenen Teilnehmern des Plenums, nicht nur von Bolschewiki, sondern auch von einem Bundisten und selbst von Trotzki hingewiesen wurde. Das ist der Satz, daß sich für das klassenbewußte Proletariat „zum *erstenmal* die Möglichkeit eröffnet – indem es sich in einer sozialdemokratischen Massenpartei organisiert –, bewußt, planmäßig und konsequent diese taktische Methode der internationalen Sozialdemokratie anzuwenden“. (Von welcher Art ist *diese* Methode? Vorher ging es um die prinzipiellen Grundlagen der Taktik, nicht etwa um deren Methode und noch weniger um irgendeine bestimmte Methode.)

Warum *zum erstenmal* – fragten die Kritiker dieses Punktes auf dem Plenum. Wenn darum, weil jeder Schritt der Entwicklung eines Landes etwas Neues, Höheres sowohl in bezug auf den Stand der Technik als

auch in bezug auf die Entschiedenheit des Klassenkampfes usw. bringt, so haben wir wiederum eine Banalität vor uns. Dann bringt jeder Zeitabschnitt immer und unbedingt etwas Derartiges, das im Vergleich zum vorangegangenen Zeitabschnitt *zum erstenmal* auftritt. Aber wir durchleben einen bestimmten Zeitabschnitt, einen Zeitabschnitt der konterrevolutionären Dekadenz, einen Zeitabschnitt, wo die Energie der Massen und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nach dem revolutionären Aufschwung in starkem Maße abflaut. Und wenn ein solcher Zeitabschnitt als ein Abschnitt charakterisiert wird, der *zum erstenmal* dem Proletariat die Möglichkeit gibt, bewußt usw. die Methode der internationalen Sozialdemokratie anzuwenden, so führen diese Worte unweigerlich zu einer liquidatorischen Auslegung, zu einem rein liberalen Herausstreichen der angeblich friedlichen und angeblich gesetzlichen Periode der dritten Duma gegenüber der Periode des Sturms und Drangs, gegenüber der Periode der Revolution, als der Kampf des Proletariats sich in unmittelbar revolutionären Formen vollzog und die Liberalen ihn als einen „Wahnwitz des Elementaren“ beschimpften.

Um die besondere Aufmerksamkeit auf diese Gefahr einer liquidatorischen Auslegung dieses überaus unklaren Punktes zu lenken, gab ich auf dieser Plenartagung eine ganze Reihe schriftlicher Erklärungen ab und hob einige Stellen aus den Reden der Sprecher hervor. Hier zwei meiner Erklärungen:

1. „Auf Antrag Lenins werden folgende Worte des Gen. T.⁷² (eines polnischen Sozialdemokraten) im Protokoll aufgenommen: ‚Völlkommen verkehrt ist die Auslegung, daß es sich hier um eine Herabsetzung der Taktik der Revolution gegenüber der Konterrevolution handelt.‘“

2. „Auf Antrag Lenins wird im Protokoll der Ausruf des Gen. Martow (‚richtig!‘) zu den Ausführungen von I.⁷³ (ein Bolschewik, der diesen Punkt verteidigte) aufgenommen, daß die umstrittenen Worte die Bedeutung der Revolution und ihrer Methoden gegenüber den konterrevolutionären Methoden nicht herabsetzen, sondern erhöhen.“

Beide Erklärungen stellen fest, daß der Pole und der Bolschewik unter Zustimmung Martows sich kategorisch davon distanziert haben, daß dieser Punkt auch nur im geringsten Maße im Sinne der Liquidatoren ausgelegt werden könnte. Eine solche Auslegung gehörte natürlich überhaupt nicht zu den Absichten dieser beiden Genossen.

Es ist jedoch schon seit langem bekannt, daß das Gesetz angewandt wird und nicht die Motive des Gesetzes, nicht die Absichten des Gesetzgebers. Die Bedeutung dieses Punktes in der Agitation und Propaganda wird nicht durch die guten Absichten dieser oder jener seiner Autoren, nicht durch ihre Erklärungen auf dem Plenum, sondern durch das objektive Verhältnis der Kräfte und Richtungen innerhalb des russischen Teils der Sozialdemokratie bestimmt (die nichtrussischen Sozialdemokraten werden wohl kaum diesem unklaren Punkt besondere Aufmerksamkeit zuwenden).

Deshalb wartete ich gespannt ab, wie man jetzt diesen Punkt in der Presse auslegen wird, und zog es vor, mich mit der Darlegung meiner Meinung nicht zu übereilen, zog es vor, zunächst die Meinungen der Sozialdemokraten, die auf dem Plenum nicht anwesend waren, oder die Meinungen der „Golos“-Leute zu hören.

Bereits die erste nach dem Plenum erschienene Nummer des „Golos“ erbrachte völlig ausreichendes Material für die Einschätzung unseres Streits darüber, wie dieser Punkt ausgelegt wird.

In dem redaktionellen Artikel des „Golos“ über die Ergebnisse des Plenums lesen wir:

„Vollkommen sinnlos und dumm wäre es natürlich anzunehmen, daß das ZK mit diesen Worten“ („zum erstenmal“ usw.) „eine indirekte Verurteilung unserer früheren Taktik zum Ausdruck bringen wollte, sofern diese der revolutionären Situation angepaßt war“ (hervorgehoben vom Verfasser; Nr. 19/20, S. 18).

Sehr gut! Der Verfasser erklärt die liquidatorische Auslegung für sinnlos und dumm. Allein beim Weiterlesen stoßen wir in demselben Absatz auf folgende Behauptung:

„Mit diesen Worten wurde offiziell die relative Rückständigkeit unseres politischen Lebens in der Vergangenheit anerkannt, ungeachtet der revolutionären Formen, in denen es in Erscheinung trat, was, nebenbei gesagt, eine der Hauptursachen für die Niederlage der Revolution war; mit diesen Worten wurde offiziell das überaus Spontane unserer früheren Taktik anerkannt, wozu sie die rückständigen gesellschaftlichen Verhältnisse verurteilten; mit diesen Worten wurde schließlich offiziell anerkannt, daß – wie die politische Situation in Zukunft auch sein möge – jeder Versuch, in der Bewegung zur Diktatur der abgekapselten illegalen Zirkel mit der ganzen damit verbundenen Politik zurückzukehren, ein unterschiedener Schritt zurück wäre.“

Gut, nicht wahr?

Man weiß tatsächlich nicht, wo bei der Analyse dieses Reichtums an „Perlen“ beginnen.

Ich beginne mit dem dreimaligen Hinweis auf die „offizielle Anerkennung“. Wie wurde von dem gleichen „Golos“ ständig gespottet, wenn eine Einschätzung der Vergangenheit, eine Einschätzung der Revolution, eine Einschätzung der Rolle der bürgerlichen Parteien usw. durch diese oder jene Resolution offiziell anerkannt wurde! Hier haben wir ein Beispiel von der Ehrlichkeit des Geschreis gegen „offizielle Entscheidungen“: Wenn den „Golos“-Leuten eine *klare* Entscheidung der Partei nicht paßt, dann machen sie sich über die Ansprüche lustig, die, wie sie sagen, komplizierten, wissenschaftlichen Fragen usw. usf. „offiziell“ zu entscheiden – so wie die „Sozialistischen Monatshefte“ die Dresdner Resolution gegen die Opportunisten oder wie die belgischen Ministerialisten in unseren Tagen die Amsterdamer Resolution verspotten.⁷⁴ Kaum aber schien es dem „Golos“-Mann, daß eine Hintertür für das Liquidatorentum vorhanden ist, da beteuert und schwört er bei Gott gleich *dreimal*, daß dies „offiziell anerkannt“ worden sei.

Aber wenn ein „Golos“-Mann bei Gott schwört und etwas beteuert, so wißt, daß er . . . von der Wahrheit abweicht. Daß der Verfasser des Artikels von einer „offiziellen Anerkennung“ seiner Auslegung spricht, ist unklug, um so mehr, als es speziell Gegenstand der Debatten im ZK war, daß die *Auslegung* dieses Punktes *umstritten* ist, wobei aus den *offiziell im Protokoll aufgenommenen* – jaja, nun schon wirklich „offiziell“! – Erklärungen des Polen und des Bolschewiken, die *diese Worte vorgeschlagen haben*, klar hervorgeht, daß sie die Auslegung des „Golos“ niemals als richtig anerkennen. Unser Verfasser hat sich mit seinem Geschrei von der offiziellen Anerkennung nur blamiert.

Das Wort „zum erstenmal“ erkennt die „relative Rückständigkeit der Vergangenheit“ an – das ginge noch halbwegs, obwohl aus nichts zu ersehen ist, warum dies gerade auf das politische Leben und nicht auf andere Seiten der gesellschaftlichen Entwicklung bezogen werden muß; aber hinzuzufügen: „ungeachtet der revolutionären Formen“, das bedeutet, das Eselsohr eines „Wechi“-Mannes allzu unvorsichtig hervorstrecken. Man kann wetten, daß von hundert Liberalen, wenn sie diese Stelle lesen, nicht weniger als 90 die „Golos“-Leute umarmen, von hundert

Arbeitern aber werden sich nicht weniger als 90 von den Opportunisten abkehren. Und in der „nebenbei“ gemachten Ergänzung über die „Ursachen für die Niederlage der Revolution“ verraten sich die Mitarbeiter der liquidatorischen fünfbandigen Publikation selbst: sie möchten ihre liberalen Ansichten von der Rolle des Proletariats in der Revolution unter dem Deckmantel einer unklaren Resolution durchschmuggeln. Deshalb sprechen sie von dem „Spontanen“ und sogar – man beachte dies! – von dem *überaus* Spontanen „unserer früheren Taktik“. Das „überaus“ Spontane der Taktik entspringe, seht ihr, dem Wort: „zum erstmal¹ bewußt, planmäßig und konsequent (in einer Massenpartei) die Methode der internationalen Sozialdemokratie anzuwenden“*. Die Taktik der Periode des legalen Kampfes, der Periode einer relativen Freiheit der Presse, der Massenorganisationen, der Wahlen unter Teilnahme der revolutionären Parteien, der allgemeinen Erregtheit der Bevölkerung, der häufigen Schwankungen in der Politik der Regierung, der Periode einiger großer Siege über die Regierung – diese Taktik war *überaus* spontan, offenbar im Vergleich zu der nicht spontanen Taktik von 1909 bis 1910! Über welch ein Übermaß an Renegatentum muß man verfügen, wie erbärmlich wenig an sozialdemokratischer Auffassung von den Ereignissen muß man haben, um die Dinge so auszulegen!

Aber aus dem Wort „zum erstmal“ eine Verurteilung der „Diktatur (!) der abgekapselten illegalen Zirkel“ abzuleiten, das ist schon absolut einzig dastehend. In der Periode der „überaus spontanen“ Taktik von 1905 bis 1907 habe die Führung der Arbeiter durch die Partei, man denke bloß, weit mehr einer „Diktatur“ geglichen als in den Jahren 1909/1910, diese Führung sei weit mehr von den „illegalen“ Organisationen und eben den „Zirkeln“ ausgegangen, die damals mehr „abgekapselt“ gewesen wären als in unserer Zeit! Um diesen komischen Tief-sinn einigermaßen der Wahrheit zu nähern, muß daran erinnert werden,

* In diesem Sinne legt auch Gen. An. die Resolution des ZK aus (siehe seinen Artikel „Anläßlich des Briefes aus dem Kaukasus“ in der vorliegenden Nummer des „Diskussionny Listok“). Gen. An. bestätigt durch seinen Artikel die schwerwiegenden Beschuldigungen von seiten des Verfassers des „Briefes aus dem Kaukasus“, des Gen. K. St.⁷⁵, obwohl er diesen Brief als ein „Pasquill“ bezeichnet. Auf den in vieler Hinsicht interessanten Artikel des Gen. An. kommen wir noch zurück.

daß die Opportunisten und die Kadettenverehrer sich zur Zeit der Revolution unter den Arbeitern als ein „abgekapselter Zirkel“ gefühlt haben und der Ansicht sind, daß sie jetzt im *Kampf für die Legalität* (ohne Spaß!) nicht „abgekapselt“ sind (selbst Miljukow steht neben uns), daß sie kein „Zirkel“ (wir haben legale Renegatenzeitschriften), daß sie keine „Illégalen“ usw. usf. sind.

Zum *erstenmal* entdeckt das Proletariat, das sich in der sozialdemokratischen Massenpartei organisiert, unter den Leuten, die sich als seine Führer betrachten möchten, einen solch *planmäßigen und konsequenten* Hang zum liberalen Renegatentum.

Diese Lehre, die die Auslegung des vielberufenen Punktes mit dem Wort „*zum erstenmal*“ vermittelt, werden der Genosse Pole und der Genosse Bolschewik*, die beide offiziell erklärt haben, daß sie eine liquidatorische Auslegung *ihres* Punktes für ganz falsch halten, wohl oder übel in Betracht ziehen müssen.

5. Die Bedeutung der Dezemberresolutionen (1908) und die Stellung der Liquidatoren dazu

Die letzten Bemerkungen über die Unzulänglichkeiten der Resolution des Plenums müssen zu den einleitenden Worten des ersten Punktes gemacht werden, die lauten: „In Weiterentwicklung der grundlegenden Leitsätze der Resolutionen der Parteikonferenz von 1908 beschließt das ZK . . .“ Eine solche Formulierung ist das Ergebnis eines Zugeständnisses an die Menschewiki, und auf diesen Umstand muß man um so mehr eingehen, als wir hier wiederum das Musterbeispiel einer empörend unloyalen Einstellung gegenüber einem Zugeständnis oder das Musterbeispiel einer empörenden Unfähigkeit haben, die Bedeutung der parteimäßigen Bestimmung der Taktik zu begreifen.

* Auf dem Plenum legten diese Genossen den Paragraphen 1 in dem Sinne aus, daß auf die zunehmende Klassendifferenzierung, auf das wachsende rein sozialistische Bewußtsein der Arbeitermassen, auf die verstärkte bürgerliche Reaktion verwiesen wird. Diese Gedanken sind natürlich richtig, aber in den Thesen, die den Paragraphen 1 bilden, kommen sie *nicht zum Ausdruck* (kommen *nicht diese Gedanken* zum Ausdruck).

Im Resolutionsentwurf, der von der Mehrheit der Kommission gebilligt worden war und folglich eine gesicherte Stimmenmehrheit des Plenums besaß, stand: „... in Bestätigung der Resolutionen vom Dezember 1908 und in ihrer Weiterentwicklung...“ Die Menschewiki stellten auch hier die ultimative Forderung nach einem Zugeständnis, indem sie es ablehnten, für die Resolution im ganzen zu stimmen, wenn die Worte „in Bestätigung“ stehenbleiben, denn sie halten die Resolutionen vom Dezember 1908 für den Gipfel der „Fraktionsmacherei“. Wir gingen auf das geforderte Zugeständnis ein und lehnten es nicht ab, für die Resolution auch ohne die Worte von der Bestätigung zu stimmen. Ich wäre nicht im geringsten geneigt, dieses Zugeständnis zu bedauern, wenn es sein Ziel erreicht, d. h. eine loyale Einstellung der Menschewiki zu dem Parteibeschuß hervorgerufen hätte, ohne die eine gemeinsame Arbeit nicht möglich ist. Unsere Partei hat *keine* andere Bestimmung ihrer taktischen und organisatorischen Hauptaufgaben sowie der Hauptaufgaben für die Dumaarbeit in der Periode der III. Duma außer der in den Resolutionen vom Dezember 1908 gegebenen. Ohne abzuleugnen, daß in jener Zeit der Fraktionskampf sehr heftig tobte, werden wir auf dem einen oder anderen scharfen Wort der damaligen, gegen die Liquidatoren gerichteten Resolutionen nicht bestehen. Aber auf deren grundlegenden Leitsätzen beharren wir unbedingt; denn von der Partei, von Parteigeist und Parteiorganisation zu sprechen, würde bedeuten, unnütz mit großen Worten herumzuwerfen, wenn wir uns dabei lossagen wollten von der einzig möglichen, von der Partei gegebenen und durch ein Jahr Arbeit bestätigten Antwort auf die wichtigsten, die Grundfragen, ohne deren Beantwortung weder in der Propaganda noch in der Agitation noch in der Organisation ein Schritt vorwärts getan werden kann. Wir sind voll und ganz bereit anzuerkennen, daß eine gemeinsame Arbeit zur Korrektur dieser Resolutionen, daß deren Überprüfung entsprechend der Kritik der Genossen *aller* Fraktionen, natürlich einschließlich der parteitreuen Menschewiki, erforderlich ist; wir wissen, daß einige Leitsätze dieser Resolutionen wahrscheinlich noch ziemlich lange in der Partei umstritten sein werden, und es wird in der nächsten Zukunft nicht gelingen, sie anders als durch Stimmenmehrheit zu entscheiden. Aber, *solange* diese Überprüfung nicht in Angriff genommen und abgeschlossen ist, *solange* die Partei keine neue Antwort auf die Frage nach der Einschätzung der Peri-

ode der dritten Duma und der daraus entstehenden Aufgaben gegeben hat, *fordern wir unbedingt*, daß alle parteitreuen Sozialdemokraten, welcher Auffassung sie auch sein mögen, sich in ihrem Handeln eben von diesen Resolutionen leiten lassen.

Man sollte meinen, dies sei das Abc des Parteiprinzips? Man sollte meinen, eine andere Einstellung zu Parteibeschlüssen könne es nicht geben? Aber die vom „Golos“ nach dem Plenum vollzogene Wende zum Liquidatorentum nötigte ihn, auch in dieser Frage das Zugeständnis der Mehrheit der Partei auszunutzen, nicht etwa um auf eine loyale Partei-position überzugehen, sondern um unverzüglich seine Unzufriedenheit mit dem Ausmaß des Zugeständnisses zu erklären! (Die „Golos“-Leute vergaßen offenbar nur, daß derjenige, der als erster die Auseinandersetzung hinsichtlich der einstimmig angenommenen Kompromißresolution entfachte, indem er seine Unzufriedenheit mit ihr erklärte und neue Zugeständnisse, neue Korrekturen forderte, daß derjenige damit der anderen Seite das Recht gab, Korrekturen nach der anderen Richtung zu fordern. Und wir werden selbstverständlich dieses Recht nutzen.)

Der von mir bereits angeführte redaktionelle Artikel in Nr. 19/20 des „Golos“ über die Ergebnisse des Plenums erklärt von vornherein, daß die einleitenden Worte der Resolution ein *Kompromiß* sind. Das ist die Wahrheit, die sich in Unwahrheit verwandelt, wenn verschwiegen wird, daß der durch das Ultimatum der Menschewiki erzwungene Kompromiß darin bestand, daß die Mehrheit des ZK darauf verzichtete, eine direkte *Bestätigung* aller Resolutionen vom Dezember 1908 und nicht nur ihrer grundlegenden Leitsätze zu geben!

„Von unserem Standpunkt aus“, fährt der „Golos“ fort, „verträgt sich dieser Satz sehr schlecht mit dem unzweideutigen Inhalt äußerst wichtiger Punkte der Resolution und kennzeichnet einen gewissen Umschwung in der Parteientwicklung; er steht aber nichtsdestoweniger natürlich in einem kontinuierlichen Zusammenhang mit der gesamten Vergangenheit der Sozialdemokratie Rußlands, am allerwenigsten jedoch“ (!!) „ist er gerade mit dem ‚Londoner Erbe‘⁷⁶ verbunden. Allein, wir wären unverbesserliche Doktrinäre, wenn wir glaubten, daß man mit einem Schlage eine absolute Gesinnungsgleichheit in unserer Partei erzielen kann, wenn wir auf einen Riesenschritt vorwärts in der Bewegung um eines Lokalpatriotismus“

(!!) „wollen verzichten würden. Die Berichtigung dieser Fehler der Resolution können wir den Historikern überlassen.“

Das klingt so, als wenn die „Golos“-Leute, die auf dem Plenum anwesend waren, für ihre „Nachgiebigkeit gegenüber den Bolschewiki“ von ihren russischen Legalisten vom Schlage Potressows und Co. oder von den Redakteuren des „Golos“, die auf dem Plenum nicht anwesend waren, einen Rüffel erhalten hätten und als ob sie sich vor ihnen entschuldigen würden. Wir, sagen sie, sind keine Doktrinäre – mögen die Historiker die Fehler der Resolution berichtigen!

Wir erlauben uns, auf diese großartige Erklärung zu bemerken, daß die parteitreuen Sozialdemokraten die Resolutionen nicht für die Historiker ausarbeiten, sondern dafür, um sich *in der Tat in ihrer* propagandistischen, agitatorischen und organisatorischen Arbeit von diesen Resolutionen leiten zu lassen. Eine andere Bestimmung der Aufgaben dieser Arbeit für die Periode der III. Duma hat die Partei nicht. Für die Liquidatoren sind die Parteiresolutionen natürlich null und nichtig, denn für sie ist die ganze Partei null und nichtig, ihrer Ansicht nach können sich mit der ganzen Partei (und nicht nur mit deren Resolutionen) nur die „Historiker“ mit Nutzen und Interesse befassen. Aber mit den Liquidatoren wollen und werden weder die Bolschewiki noch die parteitreuen Menschewiki in einer Organisation arbeiten. Die Liquidatoren fordern wir auf, sich zu den Besgolowzen⁷⁷ oder zu den Volkssozialisten⁷⁸ zu scheren.

Wenn sich die „Golos“-Leute loyal zur Partei verhielten, wenn sie in der Tat mit der Partei und nicht mit Potressow und Co., wenn sie mit der Organisation der revolutionären Sozialdemokraten und nicht mit einem Literatenzirkel von Legalisten rechneten, so würden sie ihre Unzufriedenheit mit den Resolutionen vom Dezember 1908 anders zum Ausdruck bringen. Sie würden dann gerade jetzt, nach dem Plenum, das anstößige, nur den Kadetten eigene verächtliche Gekicher aus Anlaß irgendwelcher „illegaler“ „Beschlüsse“ unterlassen. Sie würden dann eine sachliche Analyse dieser Beschlüsse und deren Korrektur entsprechend ihrem Standpunkt, entsprechend ihrer Auffassung von den Erfahrungen der Jahre 1907–1910 vornehmen. Das wäre ein Beitrag zur wirklichen Parteivereinigung, zur Annäherung auf *einer* sozialdemokratischen Aktionslinie. Indem die „Golos“-Leute dies ablehnen, realisieren sie in Wirklichkeit gerade das Programm der Liquidatoren. In der Tat, wie ist das Programm

der Liquidatoren in dieser Frage? Ihr Programm besteht darin, die Beschlüsse der illegalen, zum Untergang verurteilten usw. Partei zu ignorieren, wobei sie den Beschlüssen der Partei eine formlose „Arbeit“ von „Freischärlern“ entgegenstellen, die sich Sozialdemokraten nennen und sich in traurem Verein mit Liberalen, Volkstümlern und den Bessaglawzen in den verschiedenen legalen Blättchen, legalen Vereinigungen usw. festgesetzt haben. Es bedarf keinerlei Resolutionen, keinerlei „Einschätzung der Lage“, keinerlei Bestimmung unserer nächsten Kampfziele und unserer Stellung zu den bürgerlichen Parteien – das alles nennen wir (Miljukow folgend!) „Diktatur abgekapselter illegaler Zirkel“ (ohne zu bemerken, daß wir mit unserer Formlosigkeit, Unorganisiertheit, Zersplitterung die „Diktatur“ faktisch den liberalen Zirkeln abtreten!).

Ja, ja, es ist nicht zu bezweifeln, daß die Liquidatoren in der Frage der Einstellung zu den Parteiresolutionen von den „Golos“-Leuten nichts anderes verlangen können als verächtliche Spötteleien und Ignorierung dieser Resolutionen.

Im Ernst sich mit der Ansicht zu beschäftigen, daß die Resolution des ZK über die Lage in der Partei während der Jahre 1909/1910 „am allerwenigsten“ mit dem Londoner Erbe verbunden sei, geht nicht an, weil die Unsinnigkeit dieser Ansicht in die Augen springt. Man verhöhnt die Partei, wenn man sagt: wir sind bereit, „der ganzen Vergangenheit“ der Partei Rechnung zu tragen – aber nicht der Vergangenheit, die unmittelbar mit der Gegenwart verbunden ist, und auch nicht der Gegenwart! Mit anderen Worten: Wir sind bereit, dem Rechnung zu tragen, was unser jetziges Verhalten nicht bestimmt. Wir sind bereit (im Jahre 1910), „der ganzen Vergangenheit“ der Sozialdemokratie Rechnung zu tragen, außer jener Vergangenheit, die die Beschlüsse über die Kadettenpartei in der Periode 1907–1908–1909, über die Parteien der Trudowiki in der Periode 1907–1908–1909, über die Kampfaufgaben in der Periode 1907–1908–1909 umfaßt. Wir sind bereit, allem Rechnung zu tragen, außer dem, was berücksichtigt werden muß, um jetzt wirklich ein Parteimitglied zu sein, um Parteiarbeit zu leisten, um sie erfolgreich zu leisten, um die Parteitaktik durchzusetzen und die sozialdemokratische Tätigkeit in der III. Duma der Linie der Partei gemäß zu lenken.

Zur Schande des „Bund“ muß gesagt werden, daß er in seinem Organ einer ebensolchen liquidatorischen Verhöhnung des Londoner Erbes im

Artikel des Gen. Jonow (S. 22) Raum gibt. „Sagen Sie um Himmels willen“, schreibt Jonow, „welche Beziehung haben die Resolutionen des Londoner Parteitags zur gegenwärtigen Lage und zu den Fragen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen! Ich wage zu behaupten, daß dies auch Gen. Lenin mit all den Seinen nicht weiß.“

Nun, wie sollte ich auch eine solch komplizierte Sache wissen! Wie sollte ich auch wissen, daß vom Frühjahr 1907 bis zum Frühjahr 1910 keinerlei wesentliche Veränderung in den Hauptgruppen der bürgerlichen Parteien (der Schwarzhunderter, der Oktobristen, der Kadetten, der Volkstümler), in ihrer klassenmäßigen Zusammensetzung, in ihrer Politik, in ihrer Stellung zum Proletariat und zur Revolution vor sich gegangen ist? Wie sollte ich auch wissen, daß jene geringfügigen einzelnen Veränderungen, die man auf diesem Gebiet bemerken kann und die zu bemerken sich lohnt, in den Resolutionen vom Dezember 1908 aufgezeigt sind? Wie sollte ich all dies wissen?

Für Jonow hat all dies wahrscheinlich keine Beziehung zur gegenwärtigen Lage und zu den Fragen, die auf der Tagesordnung stehen. Für ihn ist dies etwas Überflüssiges, irgendeine parteimäßig bestimmte Taktik in bezug auf die nichtproletarischen Parteien. Wozu sich belasten? Ist es nicht einfacher, dieses Bestreben, eine parteimäßig bestimmte proletarische Taktik auszuarbeiten, als „verstärkte Sicherheitsmaßnahmen“ u. dgl. m. in Verruf zu bringen? Ist es nicht einfacher, die Sozialdemokraten in „Freischärler“, in „Wilde“ zu verwandeln, die „frei“, ohne jegliche „verstärkte Sicherheitsmaßnahmen“ die auf der Tagesordnung stehenden Aufgaben lösen werden – heute gemeinsam mit den Liberalen in der Zeitschrift „Naschi Pomoi“, morgen mit den Besgolowzen auf dem Kongreß der Schmarotzer von der Literatur, übermorgen mit den Posseleuten in der Genossenschaft.⁷⁹ Nur . . . nur, Sie Unschuldslamm, wodurch wird sich dies von dem unterscheiden, was die Legalisten und Liquidatoren zu erreichen suchen? Durch gar nichts!

Die parteitreuen Sozialdemokraten, die mit den Londoner Resolutionen oder mit den Resolutionen vom Dezember 1908 nicht zufrieden sind und die in der Partei, im Sinne der Partei arbeiten wollen, werden diese Resolutionen in der Parteipresse kritisieren und Abänderungen vorschlagen, werden die Genossen überzeugen und sich die Mehrheit in der Partei erobern wollen. Mit solchen Leuten brauchen wir uns nicht einver-

standen zu erklären, aber ihre Einstellung zur Sache wird parteimäßig sein, sie werden *nicht zu einer Zersetzung* beitragen, wie Jonow, der „Golos“ und Co. dazu beitragen.

Seht euch doch Herrn Potressow an.

Dieser „Sozialdemokrat“, der den Leuten seine Unabhängigkeit von der sozialdemokratischen Partei demonstriert, ruft in der „Nascha Sarja“ Nr. 2, S. 59, aus: „Und wie viele dieser Fragen mag es geben, ohne deren Lösung kein einziger Schritt getan werden kann, ohne deren Lösung der russische Marxismus keine ideologische Strömung sein kann, die die ganze Energie und Kraft“ (geht's nicht mit weniger Phrasen, werter Herr Unabhängiger!) „des revolutionären Bewußtseins der Epoche wahrhaft in sich aufnimmt! Wie verläuft die ökonomische Entwicklung Rußlands, welche Kräfteverschiebungen vollbringt sie unbemerkt während der Reaktion, was geschieht auf dem Lande und in der Stadt, welche Veränderungen bringt diese Entwicklung für die soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Rußland mit sich usw. usf.? Wo sind die Antworten auf diese Fragen oder das Herangehen an ihre Beantwortung, wo ist die ökonomische Schule des russischen Marxismus? Und was geschah mit der politischen Denkarbeit, der sich einstens der Menschewismus widmete? Was mit seinem organisatorischen Suchen, mit seiner Analyse der Vergangenheit, mit seiner Einschätzung der Gegenwart?“

Wenn dieser Unabhängige nicht verquälte Phrasen in den Wind redete, sondern tatsächlich darüber nachdächte, was er sagt, so würde er eine äußerst einfache Sache bemerken. Wenn der revolutionäre Marxist tatsächlich keinen einzigen Schritt ohne die Lösung dieser Fragen tun kann (und das ist wahr), so muß sich mit deren Lösung – nicht im Sinne der wissenschaftlichen Vollendung, der wissenschaftlichen Forschung, sondern im Sinne der Bestimmung, welche Schritte unternommen werden müssen und wie sie auszuführen sind – die *sozialdemokratische Partei* befassen. Denn „revolutionärer Marxismus“ *außerhalb* der sozialdemokratischen Partei ist einfach eine Salonphrase eines legalen Schwätzers, der sich zuweilen damit brüsten möchte, daß „auch wir“ beinahe Sozialdemokraten sind. Die sozialdemokratische Partei ist *an die Beantwortung* der aufgezeigten Fragen *herangegangen*, und *das gerade in den Resolutionen* vom Dezember 1908.

Die Unabhängigen haben es ziemlich schlau angefangen: in der legalen

Presse schlagen sie sich an die Brust und fragen, „wo sind die revolutionären Marxisten an die Beantwortung herangegangen?“ Die Unabhängigen wissen, daß ihnen in der legalen Presse nicht geantwortet werden kann. In der illegalen Presse aber drücken sich die Freunde dieser Unabhängigen (die „Golos“-Leute) verächtlich um die Antwort auf Fragen, „ohne deren Lösung kein einziger Schritt getan werden kann“. Es wird alles erreicht, was die Unabhängigen (d. h. die Renegaten des Sozialismus) in der ganzen Welt brauchen: schönklingende Phrasen sind vorhanden, die faktische Unabhängigkeit vom Sozialismus und von der sozialdemokratischen Partei ist ebenfalls vorhanden.

6. Über die Gruppe der unabhängigen Legalisten

Gehen wir nunmehr dazu über, klarzustellen, was sich nach dem Plenum zugetragen hat. Auf diese Frage geben Trotzki und Jonow eine übereinstimmende und einfache Antwort. „Weder in den äußeren Umständen des politischen Lebens“, lautet die Wiener Resolution, „noch in den inneren Beziehungen unserer Partei sind nach dem Plenum irgendwelche realen Veränderungen eingetreten, die die Arbeit des Aufbaus der Partei erschweren würden...“ Ein Rückfall in das Fraktionswesen, ein nicht überwundenes Erbe der fraktionellen Beziehungen und sonst nichts.

Bei Jonow haben wir dieselbe Art der Erklärung „in Personen“.

„Das Plenum ist zu Ende. Seine Teilnehmer sind auseinandergegangen... Die Führer der alten Fraktionen sahen sich frei, machten sich von jedweden Einflüssen und jedwedem Druck von außen her los. Außerdem trafen bedeutende Verstärkungen ein. Für die einen in Gestalt des Gen. Plechanow, der in der letzten Zeit angestrengt dafür eintritt, die Partei als im Kriegszustand befindlich zu erklären. Für die anderen in Gestalt der sechzehn, der Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata“ gut bekannten alten Parteifunktionäre“ (siehe Nr. 19/20, „Offener Brief“). „Wie sollte man sich unter solchen Umständen nicht in den Kampf stürzen? Man hat sich denn auch an die alte ‚Sache‘ der gegenseitigen Vernichtung gemacht.“ („Otkliki Bunda“, Nr. 4, S. 22.)

Die Fraktionsmacher haben „Verstärkung“ erhalten, und es kam zu einer neuen Prügelei – das sei alles. Allerdings, als „Verstärkung“ für die

Bolschewiki kam der parteitreue Menschewik Plechanow „zu Hilfe“ mit dem Krieg gegen die Liquidatoren, aber das ist für Jonow ganz gleichgültig. Jonow gefällt die Polemik Plechanows gegen Potressow, gegen Gen. I.⁸⁰ (der vorgeschlagen hat, „alles aufzulösen“) usw. offenbar nicht. Er hat natürlich das Recht, diese Polemik zu tadeln. Aber wie kann man von ihr sagen, sie bedeute, „die Partei als im Kriegszustand befindlich zu erklären“? Der Krieg gegen die *Liquidatoren* bedeutet Erklärung des Kriegszustands *in der Partei* – wir wollen uns diese „Philosophie“ des Gen. Jonow merken.

Für die Menschewiki im Ausland bestand die Verstärkung in den russischen Menschewiki. Aber dieser Umstand veranlaßt den Gen. Jonow nicht, sich Gedanken zu machen.

Es ist klar, welche praktische Schlußfolgerung sich aus einer derartigen „Einschätzung der Lage“ durch Trotzki und Jonow ergibt. Es sei nichts Besonderes vorgefallen. Einfach eine Fraktionsprügelei. Man stelle neue Neutralisatoren auf – und alles werde in bester Ordnung sein. Alles wird vom Standpunkt der Zirkeldiplomatie aus erklärt. Alle praktischen Rezepte sind nichts als Zirkeldiplomatie. Es gibt solche, die sich „in den Kampf stürzen“, und solche, die „versöhnen“ wollen: hier soll man die Erwähnung des „Fundaments“ streichen, dort den Soundso in eine „Institution“ hineinnehmen, dort an die Legalisten in den Methoden der Einberufung der Konferenz „Zugeständnisse“ machen . . . Die alte, doch ewig neue Geschichte des Zirkelwesens im Ausland!

Unsere Anschauung über das, was sich nach dem Plenum zugetragen hat, ist eine andere.

Das Plenum hat, indem es einstimmig gefaßte Resolutionen herbeigeführt und *allen* „aus Intrigen geborenen“ Anschuldigungen ein Ende bereitet hat, die Liquidatoren endgültig an die Wand gedrückt. Hinter Intrigen kann sich niemand mehr verstecken. Auf Unnachgiebigkeit und „mechanische Unterdrückung“ (Variante: verstärkte Sicherheitsmaßnahmen, Kriegszustand, Belagerungszustand usw.) kann sich niemand mehr berufen. Man kann sich von der Partei nur noch auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Liquidatorenrum abwenden (wie sich die „Wperjod“-Leute nur noch auf Grund ihres Otsowismus und ihrer antimarxistischen Philosophie abwenden können).

An die Wand gedrückt, haben die Liquidatoren ihr „Gesicht“ gezeit.

Ihr Zentrum in Rußland – ganz gleich, ob es das formale oder nicht formale, ob es das halbbillegale (Michail und Co.) oder gänzlich legale (Potresow und Co.) ist – *antwortete* auf die Aufforderung, zur Partei zurückzukehren, mit einer *Ablehnung*. Die russischen Legalisten und Liquidatoren haben endgültig mit der Partei gebrochen und sich zu einer Gruppe *unabhängiger Sozialisten* (natürlich unabhängig vom Sozialismus und abhängig vom Liberalismus) zusammengeschlossen. Die Antwort Michails und Co. einerseits, das Auftreten der „Nascha Sarja“ und des „Wosroschdenije“ andererseits bedeutet eben den Zusammenschluß der parteifeindlichen Zirkel der „Sozialdemokraten“ (richtiger: der Quasi-Sozialdemokraten) zu einer Gruppe *unabhängiger Sozialisten*. Darum sind die „versöhnlerischen“ Anstrengungen von Trotzki und Jonow *jetzt* lächerlich und jämmerlich. Nur durch völlige Verständnislosigkeit für das, was vorgeht, kann man diese Anstrengungen erklären, die *jetzt* keinen Schaden anrichten können, da außer den Zirkeldiplomaten im Ausland, außer Verständnislosigkeit und Unwissenheit irgendwo in einem Krähwinkel nichts hinter ihnen steht.

Die Versöhnler à la Trotzki und Jonow haben darin geirrt, daß sie die besonderen Verhältnisse, die die versöhnlerische Diplomatie auf dem Plenum ins Kraut schießen ließen, für die allgemeinen Verhältnisse des jetzigen Parteilebens halten. Sie haben darin geirrt, daß sie die Diplomatie, die auf dem Plenum *dank* dem Bestehen von Verhältnissen, die das *tiefgehende* Bestreben zur Versöhnung (– zur Parteivereinigung) in den beiden Hauptfraktionen hervorriefen, ihre Rolle gespielt hat – daß sie diese Diplomatie für Selbstzweck, für ein dauerhaftes Mittel des Spiels zwischen den „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“ halten.

Auf dem Plenum war wirklich Spielraum für die Diplomatie, denn die Vereinigung der parteitreuen Bolschewiki mit den parteitreuen Menschewiki in einer Partei war notwendig, aber ohne Zugeständnisse, ohne Kompromisse war sie nicht möglich. Bei der Bestimmung des Ausmaßes der Zugeständnisse spielten die „ehrlichen Makler“ unvermeidlich die erste Geige – unvermeidlich, denn für die parteitreuen Menschewiki und die parteitreuen Bolschewiki war das Ausmaß der Zugeständnisse eine zweit-rangige Frage, solange die prinzipiellen Grundlagen der gesamten Vereinigung unangefochten blieben. Dadurch, daß sie auf dem Plenum die erste Geige gespielt und die Möglichkeit erhalten hatten, als „Neutrali-

satoren“, als „Richter“ zur Beseitigung der Intrigen, zur Befriedigung der „Prätentionen“ gegenüber dem Bolschewistischen Zentrum eine Rolle zu spielen, bildeten sich die „Versöhnler“ à la Trotzki und Jonow ein, daß sie, solange es die „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“ gibt, stets diese Rolle werden spielen können. Ein köstlicher Trugschluß. Makler braucht man, wenn es das Ausmaß der Zugeständnisse zu bestimmen gilt, die zur Erzielung der Einmütigkeit notwendig sind. Das Ausmaß der Zugeständnisse muß man bestimmen, sobald ganz offenkundig eine gemeinsame prinzipielle Basis zur Vereinigung vorhanden ist. Die Frage, wer nach allen Zugeständnissen diese Vereinigung mitmachen wird, blieb damals offen, denn im Prinzip mußte unvermeidlich die bedingte Annahme zugelassen werden, daß alle Sozialdemokraten der Partei anzugehören wünschen, daß alle Menschewiki die antiliquidatorische, und alle „Wperjod“-Leute die antiotsowistische Resolution loyal durchzuführen bereit sein werden.

Nunmehr aber braucht man keine Makler mehr, für sie ist kein Platz mehr, da auch die Frage nach dem Ausmaß der Zugeständnisse nicht mehr besteht. Die Frage nach dem Ausmaß der Zugeständnisse aber besteht deshalb nicht mehr, da ja die Frage nach irgendwelchen Zugeständnissen überhaupt nicht mehr besteht. Alle Zugeständnisse (und sogar übermäßige) sind auf dem Plenum gemacht worden. Jetzt dreht es sich ausschließlich um die prinzipielle Position des Kampfes gegen das Liquidatorentum, und dabei nicht gegen das Liquidatorentum schlechthin, sondern gegen eine bestimmte Gruppe der unabhängigen Liquidatoren, gegen die Gruppe von Michail und Co., gegen die Gruppe von Potressow und Co. Wenn Trotzki und Jonow jetzt die Partei mit den gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen „versöhnen“ wollen, so werden sie für uns, für alle parteitreuen Bolschewiki und für alle parteitreuen Menschewiki, einfach Verräter an der Partei sein und weiter nichts.

Die Versöhnler und Diplomaten waren auf dem Plenum ausschließlich deshalb und insofern „stark“, als sowohl die parteitreuen Bolschewiki wie auch die parteitreuen Menschewiki Frieden wollten und der Frage der Friedensbedingungen gegenüber der Frage der antiliquidatorischen und der antiotsowistischen Taktik der Partei eine untergeordnete Bedeutung beimaßen. Ich hielt zum Beispiel die Zugeständnisse für übermäßig und kämpfte um ihre Einschränkung (worauf der „Golos“ in Nr. 19/20 anspielt und worüber Jonow offen spricht). Aber ich war damals bereit und

wäre jetzt bereit, mich sogar mit den übermäßigen Zugeständnissen abzufinden, sofern die *Linie* der Partei dadurch nicht untergraben würde, sofern die Zugeständnisse nicht zur Negierung dieser Linie führten, sofern die Zugeständnisse nur als Brücke dienten, um die Leute vom Liquidatorentum und vom Otsowismus zur Partei herüberzuziehen. Nach dem Zusammenschluß und dem Auftreten von Michail und Co., von Potressow und Co. gegen die Partei und gegen das Plenum werde ich aber für keinerlei Gespräche über irgendwelche Zugeständnisse bereit sein, denn die Partei ist jetzt verpflichtet, mit diesen Unabhängigen zu brechen, sie ist verpflichtet, sie als Liquidatoren entschieden zu bekämpfen, als welche sie sich vollauf und endgültig entpuppt haben. Und ich darf mit Überzeugung nicht nur für mich, sondern auch für *alle* parteitreuen Bolschewiki sprechen. Die parteitreuen Menschewiki haben sich durch den Mund Plechanows und anderer deutlich genug im gleichen Geist ausgesprochen, und bei einer solchen Lage der Dinge in der Partei müssen die „Versöhnler“ und Diplomaten à la Trotzki und Jonow entweder ihre Diplomatie aufgeben oder zu denen gehen, die sich von der Partei unabhängig gemacht haben.

Um sich von dem endgültigen Zusammenschluß der Legalisten zur Gruppe der unabhängigen Sozialisten zu überzeugen, genügt es, sich ein allgemeines Bild von den Ereignissen nach dem Plenum zu machen, genügt es, sie grundsätzlich zu werten und nicht nur vom Standpunkt jener kleinen und kleinlichen Geschichte der „Konflikte“ zu beurteilen, auf die sich Jonow ganz zu Unrecht beschränkt.

1. Michail, Roman und Juri erklären sowohl die Resolutionen des ZK (des Plenums) als auch dessen Existenz selbst für schädlich. Seit der Veröffentlichung dieser Tatsache sind etwa zwei Monate verstrichen, die Tatsache aber ist nicht widerlegt worden. Es ist klar, daß sie wahr ist.*

2. Sechzehn russische Menschewiki, darunter mindestens zwei aus der oben angeführten Dreiergruppe und eine Reihe angesehener Publizisten

* Soeben ist Nr. 21 des „Golos Sozial-Demokrata“ erschienen. Auf S. 16 bestätigen Martow und Dan die Richtigkeit dieser Tatsache, wenn sie von der „Weigerung dreier Genossen“ (??) sprechen, „dem ZK anzugehören“. Wie üblich bemänteln sie dabei durch unflätiges Geschimpfe an die Adresse von „Tyszka-Lenin“ die Tatsache, daß sich die Gruppe Michail und Co. endgültig in eine Gruppe von Unabhängigen verwandelt hat.

der Menschewiki (Tscherewanin, Kolzow usw.), bringen im „Golos“ mit Billigung der Redaktion eine Rechtfertigung des Austritts der Menschewiki aus der Partei und treten dabei mit einem rein liquidatorischen Manifest auf.

3. Die legale menschewistische Zeitschrift „Nascha Sarja“ bringt einen programmatischen Artikel von Herrn Potressow, in dem rundweg gesagt wird, daß es „eine Partei als geschlossene und organisierte Hierarchie von Institutionen nicht gibt“ (Nr. 2, S. 61), daß das, „was in Wirklichkeit als organisiertes Ganzes schon gar nicht mehr besteht“ (ebenda), nicht liquidiert werden kann. Unter den Mitarbeitern dieser Zeitschrift figurieren Tscherewanin, Kolzow, Martynow, Augustowski, Maslow und Martow, derselbe L. Martow, der es fertigbringt, einen Posten in der „organisierten Hierarchie der Institutionen“ einer illegalen Partei einzunehmen, die als „ein organisiertes Ganzes“ eine Zentrale besitzt, und einer legalen Gruppe anzugehören, die mit gnädiger Erlaubnis Stolypins diese illegale Partei für nicht bestehend erklärt.

4. In einem ungezeichneten, d. h. redaktionellen Artikel der populären menschewistischen Zeitschrift „Wosroshdenije“ (Nr. 5 vom 30. März 1910) wird bei derselben Zusammensetzung der Mitarbeiter der obenerwähnte Artikel von Herrn Potressow aus „Nascha Sarja“ mit Lob überschüttet und nach Anführung desselben Zitats, das ich oben angeführt habe, hinzugefügt:

„Es gibt nichts zu liquidieren, und – fügen wir“ (d. h. die Redaktion des „Wosroshdenije“) „von uns aus hinzu – der Traum, diese Hierarchie in ihrer alten, illegalen Form wiederherzustellen, ist einfach eine schädliche, reaktionäre Utopie, ist ein Zeichen dafür, daß den Vertretern der einst am realsten denkenden Partei jedes politische Fingerspitzengefühl verlorengegangen ist.“ (S. 51.)

Wer alle diese Tatsachen für eine Zufallserscheinung hält, der will offensichtlich die Wahrheit nicht sehen. Wer diese Tatsachen als einen „Rückfall ins Fraktionswesen“ zu erklären gedenkt, lullt sich durch eine Phrase in den Schlaf. Wo ist hier Fraktionswesen und Fraktionskampf, womit die Gruppe Michail und Co. sowie die Gruppe Potressow und Co. längst nichts mehr zu tun haben? Nein, für denjenigen, der nicht absichtlich die Augen verschließen will, sind hier Zweifel irgendwelcher Art unmöglich. Das Plenum hat alle (wirklichen oder vermeintlichen) Hindernisse,

die der Rückkehr der parteiverbundenen Legalisten in die Partei im Wege standen, alle Hindernisse, die dem Aufbau einer illegalen Partei unter Berücksichtigung der neuen Verhältnisse und der neuen Formen der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten im Wege standen, beseitigt. Die vier menschewistischen ZK-Mitglieder und zwei Redakteure des „Golos“ haben *alle* Hindernisse einer gemeinsamen Parteiarbeit für beseitigt erklärt. Die Gruppe der russischen Legalisten *hat dem Plenum ihre Antwort gegeben*. Diese Antwort ist *ablehnend*: mit dem Wiederaufbau und der Festigung der illegalen Partei wollen wir nichts zu tun haben, denn das ist eine reaktionäre Utopie.

Diese Antwort ist eine höchst bedeutende politische Tatsache in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung. Die Gruppe der (vom Sozialismus) *unabhängigen Sozialisten* hat sich endgültiggeschlossen und endgültig mit der sozialdemokratischen Partei gebrochen. Wie weit sich diese Gruppe formiert hat, ob sie aus einer einzigen Organisation oder aus einer Reihe einzelner, überaus lose* zusammenhängender Zirkel besteht, wissen wir vorerst nicht, und das ist auch nicht wichtig. Wichtig ist, daß die Tendenzen zur Bildung von der Partei unabhängiger Gruppen – die bei den Menschewiki schon längst bestanden – jetzt zu einem neuen politischen Gebilde geführt haben. Und von jetzt ab müssen alle Sozialdemokraten Rußlands, die sich nichts vormachen wollen, mit dem Bestehen dieser Gruppe von Unabhängigen als einer Tatsache rechnen.

Um die Bedeutung dieser Tatsache verständlich zu machen, erinnern wir vor allem an die „unabhängigen Sozialisten“ Frankreichs, die in dem fortgeschrittensten, am meisten von allem Alten gesäuberten bürgerlichen Staat die Tendenzen dieser politischen Richtung auf die Spitze getrieben haben. Millerand, Viviani und Briand gehörten der sozialistischen Partei an, handelten aber wiederholt unabhängig von ihren Beschlüssen, in Widerspruch dazu, und der Eintritt Millerands in die bürgerliche Regierung unter dem Vorwand, die Republik zu retten und die Interessen des Sozialismus zu wahren, führte zu seinem Bruch mit der Partei. Die Bourgeoisie belohnte die Verräter am Sozialismus mit Ministerposten. Die drei französischen Renegaten nennen sich und ihre Gruppe nach wie vor unabhängige Sozialisten, rechtfertigen nach wie vor ihre Haltung mit den Interessen der Arbeiterbewegung und der sozialen Reform.

* „lose“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Unsere Unabhängigen kann natürlich die bürgerliche Gesellschaft nicht so rasch belohnen: sie beginnen unter unermesslich rückständigeren Verhältnissen; sie müssen sich mit dem Lob und der Hilfe der liberalen Bourgeoisie zufriedengeben (die seit jeher die Tendenzen der Menschewiki zur „Unabhängigkeit“ unterstützt hat). Aber die Grundtendenz ist sowohl hier als auch dort ein und dieselbe: die Unabhängigkeit von der sozialistischen Partei wird mit den Interessen der Arbeiterbewegung begründet; der „Kampf um die Legalität“ (die Losung in der Formulierung von Dan, die mit großem Eifer von dem Renegatenorgan „*Wosroschdenije*“ Nr. 5, S. 7, aufgegriffen worden ist) wird als Losung der Arbeiterklasse verkündet; es bilden sich tatsächlich Gruppen bürgerlicher Intellektueller (Parlamentarier in Frankreich, Publizisten bei uns), die im trauten Verein mit den Liberalen handeln; die Unterordnung unter die Partei wird abgelehnt: die Partei wird sowohl von Millerand und Co. als auch vom „*Wosroschdenije*“ und vom „*Golos*“ für nicht genügend „realistisch“ erklärt; man sagt von der Partei, sie sei eine „Diktatur abgekapselter illegaler Zirkel“ („*Golos*“), sie schließe sich in einer eng revolutionären Gemeinschaft ab, die dem breiten Fortschritt schade (Millerand und Co.).

Man nehme ferner, um sich über die Haltung unserer Unabhängigen klarzuwerden, die Geschichte der Bildung unserer russischen „Volkssozialistischen Partei“. Diese Geschichte wird denjenigen zum Verständnis des Wesens der Dinge verhelfen, die die Verwandtschaft unserer Unabhängigen mit Millerand und Co. wegen des gewaltigen Unterschieds in den äußeren Bedingungen ihrer „Arbeit“ nicht sehen. Daß unsere „Volkssozialisten“ den legalistischen und gemäßigten Flügel der kleinbürgerlichen Demokratie darstellen, ist allgemein bekannt, und von den Marxisten scheint niemand daran gezweifelt zu haben. Die Volkssozialisten traten auf dem Parteitag der Sozialrevolutionäre Ende 1905 als Liquidatoren des Programms, der Taktik und der Organisation der revolutionären Partei der kleinbürgerlichen Demokraten auf; sie traten im engsten Bündnis mit den Sozialrevolutionären in den Zeitungen der Tage der Freiheit im Herbst 1905 und im Frühjahr 1906 auf. Im Herbst 1906 wurden sie legal und trennten sich als selbständige Partei ab, was sie nicht hinderte, bei den Wahlen zur II. Duma und in der II. Duma selbst von Zeit zu Zeit mit den Sozialrevolutionären fast gänzlich zu verschmelzen.

Im Herbst 1906 schrieb ich einiges im „Proletari“ über die Volkssozialisten, und ich nannte sie „sozialrevolutionäre Menschewiki“*. Seither sind dreieinhalb Jahre vergangen, und Potressow und Co. haben es verstanden, den parteitreuen Menschewiki zu beweisen, daß ich recht hatte. Es muß allerdings anerkannt werden, daß sogar die Herren Peschechonow und Co. politisch ehrlicher handelten als Herr Potressow und seine Gruppe, als sie sich nach einer Reihe faktisch unabhängig von der Partei der Sozialrevolutionäre begangener politischer Handlungen offen für eine von den Sozialrevolutionären unabhängige, getrennte politische Partei erklärten. Natürlich ist diese „Ehrlichkeit“ unter anderem auch durch das Kräfteverhältnis bedingt: Peschechonow hielt die Partei der Sozialrevolutionäre für machtlos und nahm an, daß er durch eine nichtformelle Vereinigung mit ihr *verliert*; Potressow glaubt, daß er durch eine politische Asefiade⁸¹ *gewinnt*, wenn er sich nach wie vor als Sozialdemokrat betrachten läßt, während er faktisch von der sozialdemokratischen Partei unabhängig ist.

Herr Potressow und Co. finden, daß es für sie zunächst am vorteilhaftesten ist, unter dem Deckmantel eines fremden Namens aufzutreten, sich nach Gaunerart des Ansehens der SDAPR zu bedienen, sie dabei von innen heraus zu zersetzen, faktisch gegen sie und nicht nur unabhängig von ihr vorzugehen. Es ist möglich, daß die Gruppe unserer Unabhängigen versuchen wird, sich möglichst lange mit fremden Federn zu schmücken; es ist möglich, daß die Unabhängigen nach irgendeinem Schlag gegen die Partei, nach einem massenhaften Auffliegen der illegalen Organisation oder bei einer besonders verlockenden Konjunktur, etwa bei der Möglichkeit, sagen wir, unabhängig von der Partei in die Duma hineinzukommen, selbst die Maske abwerfen werden; wir können unmöglich alle Episoden ihres politischen Gauklertums voraussehen.

Eines aber wissen wir sicher, nämlich daß für die Partei der Arbeiterklasse, die SDAPR, die versteckte Tätigkeit der Unabhängigen schädlich, verhängnisvoll ist und daß wir sie um jeden Preis entlarven, die Unabhängigen ans Licht ziehen und erklären müssen, daß sie zur Partei keinerlei Beziehungen mehr haben. Das Plenum hat in dieser Richtung einen gewaltigen Fortschritt gemacht: mag es auf den ersten Blick auch noch so sonderbar erscheinen, aber gerade das (unaufrichtige oder unbewußte) Einverständnis Martows und Martynows, gerade die weitgehenden, sogar

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 184–194. *Die Red.*

übermäßigen Zugeständnisse an sie haben geholfen, die Eiterbeule des Liquidatorentums, die Eiterbeule des Unwesens der Unabhängigen in unserer Partei aufzustechen. Kein einziger gewissenhafter Sozialdemokrat, kein einziger parteitreuer Sozialdemokrat, ganz gleich, mit welcher Fraktion er auch sympathisieren möge, vermag heute in Abrede zu stellen, daß die Gruppe Michail und Co., die Gruppe Potressow und Co. *Unabhängige* sind, daß sie die Partei in der Tat nicht anerkennen, die Partei nicht wollen und gegen die Partei arbeiten.

Ob der Prozeß der Abspaltung der Unabhängigen und der Bildung einer besonderen Partei durch sie rascher oder langsamer ausreifen wird, das hängt natürlich von zahlreichen Ursachen und Umständen ab, die sich jeder Berechnung entziehen. Bei den Volkssozialisten gab es eine besondere Gruppe schon vor der Revolution, und die Abtrennung dieser Gruppe, die sich vorübergehend und nicht vollständig den Sozialrevolutionären angeschlossen hatte, war besonders leicht. Unsere Unabhängigen besitzen noch persönliche Traditionen, Bindungen an die Partei, die den Prozeß der Lostrennung verlangsamen, aber diese Traditionen werden immer schwächer; ja, außerdem bringen Revolution und Konterrevolution immer neue Leute ohne jegliche revolutionäre und parteiliche Traditionen hervor. Die sie umgebenden Verhältnisse mit ihren „Wechi“-Stimmungen treiben dagegen die charakterlosen Intellektuellen außergewöhnlich rasch den Unabhängigen entgegen. Die „alte“ Generation der Revolutionäre tritt vom Schauplatz ab; Stolypin verfolgt aus allen Kräften die Vertreter dieser Generation, die in den Tagen der Freiheit, in den Jahren der Revolution größtenteils alle ihre Pseudonyme gelüftet hatten und restlos aus ihrer Konspiration herausgetreten waren. Gefängnis, Verbannung, Zwangsarbeit und Emigration lassen die Zahl der aus dem Kampf Ausscheidenden immer größer werden, die neue Generation aber wächst nur langsam heran. Unter den Intellektuellen, besonders unter jenen, die bei der einen oder anderen legalen Tätigkeit ihren „Platz gefunden“ haben, reißt völliger Unglaube an die illegale Partei ein, die Abneigung, ihre Kräfte auf eine besonders schwierige und in unseren Zeiten besonders undankbare Arbeit zu verwenden. „Freunde erkennt man im Unglück“, und die Arbeiterklasse, die schwere Jahre des Ansturms sowohl der alten als auch der neuen konterrevolutionären Kräfte durchmacht, wird unvermeidlich beobachten, wie gar viele von ihren

intellektuellen „Freunden auf eine Stunde“, von ihren Freunden in den Tagen der Feste, Freunden nur in der Zeit der Revolution, abfallen – von ihren Freunden, die Revolutionäre in der Zeit der Revolution waren, aber in der Periode des Niedergangs den Halt verlieren und bereit sind, bei den ersten Erfolgen der Konterrevolution den „Kampf um die Legalität“ zu verkünden.

In einer Reihe europäischer Länder gelang es vielfach den konterrevolutionären Kräften, die Reste der revolutionären und sozialdemokratischen Organisationen des Proletariats völlig zu vernichten, beispielsweise nach dem Jahre 1848. Der bürgerliche Intellektuelle, der sich in seiner Jugend der Sozialdemokratie angeschlossen hat, ist auf Grund seiner ganzen kleinbürgerlichen Mentalität geneigt zu resignieren: so war es – so wird es sein; die alte illegale Organisation zu verteidigen, sei eine hoffnungslose Sache, eine neue zu schaffen, noch viel hoffnungsloser; wir haben überhaupt die Kräfte des Proletariats in der bürgerlichen Revolution „übertrieben eingeschätzt“, wir haben der Rolle des Proletariats irrthümlicherweise eine „universelle“ Bedeutung beigemessen – alle diese seichten Gedankengänge des Renegatenwerkes „Die gesellschaftliche Bewegung“ treiben direkt und indirekt zur Lossagung von der illegalen Partei. Der Unabhängige, der einmal diese schiefe Bahn betreten hat, merkt gar nicht, wie er immer tiefer abgleitet, er merkt gar nicht, daß er Hand in Hand mit Stolypin zusammenarbeitet: Stolypin vernichtet physisch, auf polizeilichem Wege, durch Galgen und Zwangsarbeit die illegale Partei – die Liberalen tun dasselbe ganz direkt durch die offene Propagierung der „Wechi“-Ideen –, die Unabhängigen unter den Sozialdemokraten tragen indirekt zur Vernichtung der illegalen Partei bei durch ihr Geschrei über deren „Erstarrung“ und dadurch, daß sie sich weigern, ihr zu helfen, daß sie den Austritt aus ihr rechtfertigen (siehe den Brief der Sechzehn in Nr. 19/20 des „Golos“). So geht es von Stufe zu Stufe.

Wir werden nicht die Augen davor verschließen, daß der Kampf um die Partei für uns um so schwieriger wird, je länger sich die konterrevolutionäre Periode hinzieht. Daß die parteitreuen Sozialdemokraten die Gefahr nicht unterschätzen, daß sie ihr direkt ins Auge sehen, davon zeugt zum Beispiel der Artikel des Gen. K. in Nr. 13 des ZO. Aber das mutige und direkte Eingeständnis der Schwäche der Partei, des Zer-

falls der Organisationen und der Schwierigkeit der Lage löst bei Gen. K. – ebensowenig wie bei irgendeinem anderen parteitreuen Sozialdemokraten – keinen Augenblick lang Schwankungen in der Frage aus, ob die Partei notwendig ist, ob an ihrer Wiederherstellung gearbeitet werden muß. Je schwieriger unsere Lage ist, je größer die Zahl unserer Feinde wird – vorgestern sind die „Wechi“-Leute, gestern die Volkssozialisten zu ihnen gestoßen und heute die unabhängigen Sozialdemokraten –, um so enger werden sich alle Sozialdemokraten ohne Unterschied der Schattierung zur Verteidigung der Partei zusammenschließen. Viele Sozialdemokraten, die in der Frage, wie die revolutionär gestimmten und der Sozialdemokratie vertrauenden Massen zum Sturm geführt werden sollen, auseinandergingen, werden sich zwangsläufig bei der Frage zusammenschließen, ob der Kampf für die Erhaltung und die Festigung der illegalen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die in den Jahren 1895 bis 1910 geschaffen worden ist, unbedingt geführt werden soll.

Was den „Golos“ und die „Golos“-Leute betrifft, so haben sie in bemerkenswert anschaulicher Weise das bestätigt, was in der Resolution der erweiterten Redaktion des „Proletari“ im Juli vorigen Jahres von ihnen gesagt wurde. „Im menschewistischen Lager der Partei“, heißt es in dieser Resolution (siehe Beilage zu Nr. 46 des „Proletari“, S. 6), „erhebt angesichts des Umstands, daß das offizielle Fraktionsorgan ‚Golos Sozial-Demokrata‘ sich in völliger Abhängigkeit von den menschewistischen Liquidatoren befindet, eine Minderheit der Fraktion, die den Weg des Liquidatorentums bis zu Ende kennengelernt hat, ihre Stimme schon zum Protest gegen diesen Weg und sucht für ihre Tätigkeit wieder den Boden der Partei...“* Die Entfernung bis zum „Ende“ des Weges des Liquidatorentums hat sich als länger erwiesen, als wir damals annahmen, aber die Richtigkeit des Grundgedankens der angeführten Worte ist seither durch die Tatsachen bewiesen worden. Besonders bestätigt haben sich die Worte, daß der „Golos Sozial-Demokrata“ sich in „völliger Abhängigkeit von den Liquidatoren befindet“. Das sind wirklich Leute, die sich in völliger Abhängigkeit von den Liquidatoren befinden, die es nicht wagen, das Liquidatorentum direkt zu verteidigen oder sich direkt dagegen zu wenden. Sie haben auch auf dem Plenum die einstimmig angenommenen Resolutionen nicht wie freie Menschen angenommen,

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 451. *Die Red.*

sondern wie Gefangene, die auf kurze Zeit von ihren „Herren“ Urlaub erhielten und am Tage nach dem Plenum wieder in die Sklaverei zurückkehrten. Da sie nicht imstande waren, das Liquidatorentum zu verteidigen, so versteiften sie sich aus allen Kräften auf alle möglichen (und auf alle ausgedachten!) Hindernisse, die mit den prinzipiellen Fragen nichts zu tun hatten, für sie jedoch ein Hindernis waren, sich vom Liquidatorentum loszusagen. Und als alle diese „Hindernisse“ beseitigt, als alle ihre gar nicht zur Sache gehörenden, persönlichen, organisatorischen, finanziellen und sonstigen Beschwerden befriedigt waren, „schluckten“ sie wider Willen bei der Abstimmung die Lossagung vom Liquidatorentum. Die Pechvögel! Sie wußten nicht, daß zu dieser Zeit das Manifest der Sechzehn bereits unterwegs nach Paris war, daß die Haltung der Gruppe Michail und Co., der Gruppe Potressow und Co. sich bei der Verteidigung des Liquidatorentums versteift hat. Und sie machten gehorsam kehrt und folgten den Sechzehn, folgten Michail und Potressow wiederum zum Liquidatorentum!

Das größte Verbrechen der charakterlosen „Versöhnler“ vom Schlage Jonows und Trotzki, die diese Leute verteidigen oder rechtfertigen, besteht darin, daß sie sie durch die Verstärkung ihrer Abhängigkeit vom Liquidatorentum zugrunde richten. Während ein entschiedenes Auftreten aller nichtfraktionellen Sozialdemokraten gegen Michail und Co., gegen Potressow und Co. (*diese* Gruppen zu verteidigen wagen ja weder Trotzki noch Jonow!) so manchen der vom Liquidatorentum abhängigen „Golos“-Leute für die Partei zurückgewinnen könnte, wecken die Ziererei und das ganze Getue der „Versöhnler“, ohne die Partei irgendwie mit den Liquidatoren zu versöhnen, bei den „Golos“-Leuten lediglich „sinnlose Hoffnungen“.

Übrigens erklären sich diese Zierereien und dieses ganze Getue zweifelsohne in nicht geringem Grade auch durch bloße Verständnislosigkeit gegenüber der Lage. Nur infolge Verständnislosigkeit kann sich Gen. Jonow auf die Frage der Aufnahme oder Nichtaufnahme von Martows Artikel beschränken und können die Wiener Anhänger Trotzki die Frage auf „Konflikte“ im ZO zurückführen. Sowohl Martows Artikel („Auf dem richtigen Weg“ ... zum Liquidatorentum) als auch die Konflikte im ZO sind nur einzelne Episoden, die man außerhalb des Zusammenhangs mit dem Ganzen nicht begreifen kann. Martows Artikel

zum Beispiel hat uns, die wir im Laufe eines Jahres alle Schattierungen des Liquidatorentums und der „Golos“-Richtung studiert haben, klar gezeigt, daß *Martow eine Wendung vollzogen hat* (oder daß man ihn zu einer Wendung brachte). Es *konnte nicht* ein und derselbe Martow den „Brief“ des ZK über die Konferenz unterzeichnen und den Artikel „Auf dem richtigen Weg“ schreiben. Trotzki und Jonow, die den Artikel Martows aus der Kette der Ereignisse, aus dem Zusammenhang mit dem ihm vorausgegangenen „Brief“ des ZK und der ihm folgenden Nr. 19/20 des „Golos“, aus dem Zusammenhang mit dem Manifest der Sechzehn und den Artikeln Dans („Kampf um die Legalität“), Potressows und des „Wosroschdenije“ herausreißen, die aus der gleichen Kette der Ereignisse die „Konflikte“ im ZO herausreißen, nehmen sich die Möglichkeit, zu verstehen, was vorgeht.* Und umgekehrt wird alles durchaus begreiflich, wenn man das in den Mittelpunkt stellt, was *allem zugrunde liegt*, nämlich: den endgültigen Zusammenschluß der russischen Unabhängigen und ihren endgültigen Bruch mit der „reaktionären Utopie“ der Wiederherstellung und Festigung der illegalen Partei.

7. Über den parteitreuen Menschewismus und seine Einschätzung

Die letzte Frage, die wir zur Klärung der „Einigungskrise“ in unserer Partei zu behandeln haben, ist die Frage des sogenannten parteitreuen Menschewismus und die Einschätzung seiner Bedeutung.

Die Anschauungen der Nichtfraktionellen – d. h. derjenigen, die als Nichtfraktionelle angesehen werden wollen – Jonow und Trotzki (Nr. 12 der „Prawda“ und die Wiener Resolution) sind in dieser Hinsicht äußerst charakteristisch. Trotzki ignoriert entschieden und hartnäckig den parteitreuen Menschewismus, worauf bereits in Nr. 13 des ZO hingewiesen wurde**; Jonow dagegen verrät den „geheimsten“ Gedanken seines Ge-

* Man nehme noch, als Beispiel, die „Theorie über die Gleichberechtigung“ der legalen Einzelgänger mit der illegalen Partei. Ist es etwa *nach* dem Auftreten Michails und Co., Potressows und Co. nicht klar, daß der Sinn und die Bedeutung dieser Theorie die Anerkennung der Gruppe der unabhängigen Legalisten und die Unterordnung der Partei unter sie ist?

** Siehe den vorliegenden Band, S. 185–187. *Die Red.*

sinnungsfreundes, wenn er erklärt, die Bedeutung des Auftretens des „Gen. Plechanow“ (andere parteitreue Menschewiki will Jonow nicht sehen) laufe auf „Stärkung“ des Fraktionskampfes der Bolschewiki und darauf hinaus, die „Erklärung des Kriegszustandes in der Partei“ zu predigen.

Daß diese Haltung Trotzki's und Jonows nicht richtig ist, müßte ihnen selbst schon einfach deshalb in die Augen springen, weil die Tatsachen dagegensprechen. Aus Nr. 13 des ZO ist ersichtlich, daß in nicht weniger als sieben Auslandsgruppen zur Unterstützung der Partei – in Paris, Genf, Bern, Zürich, Lüttich, Nizza und San Remo – die Plechanowleute oder, richtiger, die parteitreuen Menschewiki gegen den „Golos“ mit dem Hinweis auf den liquidatorischen Charakter der vom „Golos“ in Nr. 19/20 bezogenen ideologischen Position aufgetreten sind und die Durchführung der Beschlüsse des Plenums sowie die Einstellung des „Golos“ gefordert haben. Der gleiche Prozeß, wenn auch vielleicht weniger anschaulich, geht auch unter den Funktionären in Rußland vor sich. Diese Tatsachen zu verschweigen ist lächerlich. Zu versuchen, im Widerspruch zu ihnen den Kampf Plechanows gegen die „Golos“-Leute als publizistischen „Fraktions“kampf hinzustellen, heißt – *objektiv* – sich auf die Seite der Gruppe der unabhängigen Legalisten gegen die Partei stellen.

Die ausgesprochen falsche, ausgesprochen unhaltbare Stellung, die die angeführten „Versöhnler“ eingenommen haben, müßte ihnen die Augen darüber öffnen, wie falsch der Gesichtspunkt ist, von dem sie ausgehen: die politische Bedeutung der Vereinigung auf dem Plenum hätte in einem Übereinkommen mit den „gegebenen Personen, Gruppen und Institutionen“ bestanden. Man darf sich nicht durch die äußeren Formen der Ereignisse in der Partei und durch die persönlichen Besonderheiten täuschen lassen, es gilt vielmehr, die politisch-ideologische Bedeutung dessen, was vorgeht, einzuschätzen. Dem äußeren Eindruck nach zu urteilen, ist ein Übereinkommen mit den „Golos“-Leuten XYZ zustande gekommen. Aber die Grundlage, die Bedingung der Verständigung war doch der Übergang der „Golos“-Leute auf die Position Plechanows: das ist klar aus der Analyse der Resolution über die Lage in der Partei ersichtlich, die vorstehend gegeben wurde.* Äußerlich gesehen, schienen gerade die

* Von den vier menschewistischen ZK-Mitgliedern, die auf dem Plenum waren, bemühten sich zwei aus allen Kräften zu erreichen, daß den „Golos“-

„Golos“-Leute die Vertreter des Menschewismus in der Partei zu sein, wenn man zum Beispiel nach der Zusammensetzung der Redaktion des ZO urteilt. In der Tat begann sich das ZO nach dem Plenum in ein Organ der „Zusammenarbeit“ der parteitreuen Bolschewiki und Plechanowleute zu verwandeln, wogegen die „Golos“-Leute entschieden auftraten. Es ergab sich eine Zickzacklinie in der Entwicklung der Parteivereinigung: zunächst schien so etwas von der Art eines allgemeinen Versöhnungsbreis ohne klare Definierung der ideologischen Basis der Vereinigung herauszukommen, dann aber kam die Logik der politischen Tendenzen zu ihrem Recht, der Ausscheidungsprozeß der Unabhängigen aus der Partei erfuhr dadurch, daß man sich auf dem Plenum auf weitestgehende Zugeständnisse an die „Golos“-Leute eingelassen hatte, eine Beschleunigung.

Als ich auf dem Plenum und im „Golos“ (Nr. 19/20, S. 18) die wütenden Ausfälle gegen die Losung „Verständigung der starken Fraktionen zum Kampf gegen die Liquidatoren von rechts und von links“ zu hören bzw. zu Gesicht bekam (diese Losung hatte der „Golos“ in Anführungszeichen gebracht, aber aus irgendeinem Grunde wurde nicht direkt gesagt, daß ich sie vor dem Plenum und auf dem Plenum verteidigt hatte), dachte ich mir: „abwarten!“*, „wait and see“ („warten wir ab, wir werden sehen“). Wartet ab, meine Herren vom „Golos“, denn ihr wollt die Rechnung „ohne den Wirt“ machen: es handelt sich nicht darum, daß das Plenum allen und nicht nur den „starken“, den durch ihre politisch-ideologische Haltung starken Fraktionen die Möglichkeit zur Teilnahme an der Verständigung gegeben hat, sondern darum, ob eure „Wirte“ – d. h. die Gruppen der unabhängigen Legalisten – zulassen werden, daß diese Möglichkeit zur Wirklichkeit werde.

Es sind einige Monate vergangen – und nur Blinde können jetzt nicht sehen, daß in Wirklichkeit gerade die „Verständigung der starken Frak-

Leuten die weitestgehenden Zugeständnisse gemacht werden, um sie faktisch auf die Position Plechanows zu bringen. Das bedeutet nicht, daß diese zwei fest zur Partei standen, daß sie gegen eine Rückkehr zu den „Golos“-Leuten gefeit waren. Das bedeutet, daß es sich für den Menschewismus um einen Zeitpunkt handelte, wo er sich noch nicht vom Parteiprinzip *lossagen* konnte.

* „abwarten“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

tionen" die Parteivereinigung ausmacht, sie „über alle Hindernisse hinweg" vorwärtstreibt. So muß und kann es auch nur sein kraft des realen Kräfteverhältnisses in der Partei. Zweifelsohne werden in der allernächsten Zukunft entweder alle leitenden Institutionen der Partei in aller Form so umgestellt, daß sie diese Verständigung zum Ausdruck bringen, oder das Leben der Partei und die Entwicklung ihrer Vereinigung wird eine Zeitlang ohne ihre führenden Institutionen vor sich gehen.

Natürlich erscheint es auf den ersten Blick sonderbar, die parteitreuen Menschewiki eine „starke Fraktion" zu nennen, denn stärker sind zur Zeit – wenigstens im Ausland – offenkundig die „Golos"-Leute. Aber wir Sozialdemokraten beurteilen die Stärke nicht danach, wie sich die Auslandsgruppen äußern, wie sich die menschewistischen Publizisten gruppieren, sondern danach, wessen Haltung objektiv richtig ist und wessen Haltung kraft der Logik der politischen Lage zur Unterordnung unter die „Unabhängigen" verurteilt ist. Die Leute vom „Rabotscheje Delo" waren im Ausland wie in Rußland in den Jahren 1898–1900 stärker als die Iskriten, dennoch aber waren sie keine „starke Fraktion".

Jetzt, wo die „Golos"-Leute alle Kräfte gegen Plechanow mobilisiert und alle ihre Schmutzkübel über ihn ausgegossen haben – eine Mobilisierung, die bis zu Herrn Potressow und zu den Erinnerungen daran führt, wie man Martow in den Jahren 1901–1903 (sic!) „gekränkt" hat –, jetzt wird diese Ohnmacht der „Golos"-Leute besonders offenkundig. Axelrod und Co. hatten sich politisch schon hoffnungslos verspätet, als sie im April im Ausland ein Sammelwerk persönlicher Schimpfereien gegen Plechanow herausgaben, wo doch in Rußland die Februarnummer der „Nascha Sarja" und die Märznummer des „Wosroschdenije" die Frage auf eine ganz andere Ebene verschoben und wo Plechanow in Nr. 13 des ZO von der Geschichte seiner Zusammenstöße mit den „Golos"-Leuten bereits zum Kampf gegen ihre gegenwärtige Politik überging. Die „Golos"-Leute schlagen, wenn sie der alten (bis 1901 zurückreichenden!) „Kränkungen" gedenken, ebenso hilflos, um sich wie die „Wperjod"-Leute, die immer noch alle guten Herzen anflehen, sie gegen das Bolschewistische Zentrum zu verteidigen.

Und man sehe, wie sich unsere „Gekränkten" immer mehr und mehr selbst verraten, die 1910 allein schon bei dem Gedanken an eine Verständigung „Lenin-Plechanow" (ihre Terminologie!) genauso toben, wie

vor einem Jahr aus diesem Anlaß Maximow tobte. Ähnlich wie Maximow sind die „Golos“-Leute bestrebt, die Sache so hinzustellen, als handle es sich beinahe um eine persönliche Verständigung „Lenins mit Plechanow“, wobei das Vorgehen Plechanows als „seltsame Laune“ (S. 16 der „Notwendigen Ergänzung“), als „Bekehrung aus einem Saulus in einen Paulus“, als „Flatterhaftigkeit“ usw. usf. erklärt wird. Martow überschlägt sich schier, um in Erinnerung an die „*fünfjährige Tätigkeit*“ (ibid.*) Plechanows in der Rolle eines Menschewiken ihn (nachträglich) ob dieser Flatterhaftigkeit in Mißkredit zu bringen, ohne zu bemerken, daß er dadurch gerade sich selbst am meisten besudelt.

In ebendieser „Notwendigen Ergänzung“ versichert uns die kollektive Redaktion des „Golos“ (S. 32), daß Plechanow gerade während der genannten fünf Jahre (1904–1908) „groß“ war. Num betrachte man, was dabei herauskommt. Die Menschewiki bezeichnen Plechanow als „groß“ ob seiner Tätigkeit nicht während jener 20 Jahre (1883–1903) – als er sich selbst treu blieb, wo er weder Menschewik noch Bolschewik, doch ein Gründer der Sozialdemokratie war –, sondern gerade während jener fünf Jahre, wo er nach dem Eingeständnis derselben Menschewiki „Flatterhaftigkeit“ an den Tag legte, d. h. keine konsequente menschewistische Linie bezog. Demnach also bestand seine „Größe“ darin, daß er nicht völlig in den Sumpf des Menschewismus geriet.

Doch gerade die fünfjährige Geschichte des Menschewismus, deren Andenken Axelrod und Martow zu ihrem eigenen Verhängnis heraufbeschworen haben, liefert eine Reihe von Tatsachen, die dazu beitragen, die Spaltung der Menschewiki nicht durch jene schätigen, persönlichen Ursachen zu erklären, die Martow hervorhebt.

Plechanow kooptiert Axelrod und Martow im Jahre 1903, wobei er in Nr. 52 der „Iskra“, in dem Artikel „Was man nicht tun darf“, erklärt, daß er mit den Opportunisten manövrieren und sie durch Manöver besessen will. Er versteigt sich dabei zu den schärfsten Ausfällen gegen die Bolschewiki. Er bemüht sich Ende 1904, den unverkennbar zum Liberalismus abgeglittenen Axelrod („Plan der Semstwokampagne“) herauszureißen, geht dabei aber so vor, daß er kein einziges Wort zu solchen Perlen sagt, wie es die Erklärung der Demonstrationen vor den Semstwo-leuten zum „höchsten Typus der Demonstrationen“ ist (in der nur für

* ibidem – ebenda. Die Red.

Parteimitglieder herausgegebenen Broschüre „Brief an das ZK“). Im Frühjahr 1905 überzeugt sich Plechanow von der Hoffnungslosigkeit seiner „Manöver“ und kehrt den Menschewiki den Rücken, gründet den „Dnewnik“ und propagiert die Vereinigung mit den Bolschewiki. Nr. 3 des „Dnewnik“ (November 1905) ist in keiner Weise menschewistisch.

Plechanow, der etwa anderthalb Jahre auf das Manöver mit den Opportunisten innerhalb der Partei vergeudet hatte (von Ende 1903 bis Frühjahr 1905), macht sich von 1906 an und im Laufe des Jahres 1907 an das *Manövrieren* mit den Kadetten. Er versteigt sich dabei zu weit stärkeren opportunistischen Extremen als die übrigen Menschewiki. Aber sobald er, der zur Zeit der I. Duma das „Manövrieren“ gepredigt hatte, nach ihrer Auflösung die Verständigung der revolutionären Parteien zum Kampf für die Konstituierende Versammlung vorschlägt (in Nr. 6 des „Dnewnik“), hebt der „Proletari“ (Nr. 2 vom 29. August 1906, in dem Artikel „Taktische Schwankungen“) sofort hervor, daß diese Haltung ganz und gar keine menschewistische ist.*

Im Frühjahr 1907 kämpft Plechanow auf dem Londoner Parteitag – nach der von mir bereits im Vorwort zu dem Sammelband „12 Jahre“ zitierten Schilderung Tscherewanins – gegen den *organisatorischen Anarchismus* der Menschewiki.** Er braucht einen „Arbeiterkongreß“ als Manöver für die Entwicklung der Partei, nicht aber *gegen* die Partei. In der zweiten Hälfte 1907 „mußte“ Plechanow, wie Martow in der „Notwendigen Ergänzung“ darlegte, „eine nicht geringe Beredsamkeit aufbieten“, um die Notwendigkeit eines illegalen (d. h. Partei-) Organs der Menschewiki gegen Axelrod zu verteidigen (der offensichtlich legale, faktisch außerhalb der Partei stehende Organe vorzog). Im Jahre 1908 wird der Konflikt wegen des Artikels von Potressow Anlaß zu seinem Bruch mit den Liquidatoren.

Wovon zeugen diese Tatsachen? Davon, daß die jetzige Spaltung der Menschewiki nicht etwas Zufälliges, sondern etwas Unvermeidliches ist. Das „Manövrieren“ ist keine Rechtfertigung für denjenigen, der um der Manöver willen Fehler begangen hat, und ich werde von dem, was ich gegen diese Fehler Plechanows geschrieben habe, nichts zurücknehmen. Aber das „Manövrieren“ *erklärt*, warum es den einen Menschewiki

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 166–170. *Die Red.*

** Siehe Werke, 4. Ausgabe, Bd. 13, S. 78–96, russ. *Die Red.*

leichtfällt, zu den Unabhängigen überzugehen, während das den anderen *schwerfällt* und sogar unmöglich ist. Der Sozialdemokrat, der durch sein Manövrieren die Arbeiterklasse hinter den Kadetten herführt, fügt ihr keinen geringeren Schaden zu als derjenige, der das aus einem immanenten Hang zum Opportunismus tut. Aber der Erstgenannte vermag es, bringt es fertig, rechtzeitig dort haltzumachen, wo die Zweitgenannten bereits auf der schiefen Bahn abgleiten. Ein russisches Sprichwort sagt: Wenn man einen gewissen Menschen zu Gott beten läßt, zerschlägt er sich dabei die Stirn. Plechanow könnte sagen: Wenn man die Potressow und Dan um eines Manövers willen nach rechts gehen läßt, werden sie ein Prinzip daraus machen, nach rechts zu gehen.

Das, wobei gewisse Menschewiki haltgemacht haben, rechtfertigt durchaus ihre Bezeichnung als „parteitreue Menschewiki“. Sie haben bei dem Kampf für die Partei gegen die unabhängigen Legalisten haltgemacht. Dieser einfachen und klaren Frage zu entinnen, bemühen sich Herr Potressow und die Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata“ in der „Notwendigen Ergänzung“ vergeblich.

Auch Engels hat gegen die SDF* (englische Sozialdemokraten) gekämpft – dreht und windet sich Potressow (S. 24). Das ist Sophistik, Verehrtester! Engels wollte die Partei auf den richtigen Weg bringen⁸², Sie aber sagen ja doch nicht, wie die Partei auf den richtigen Weg zu bringen ist, ja, Sie sagen nicht einmal direkt, ob jetzt eine illegale sozialdemokratische Partei notwendig ist, ob die SDAPR notwendig ist oder nicht. Stolypin gegenüber sagen Sie: *nein* („Nascha Sarja“), den Parteimitgliedern gegenüber aber, in der illegalen Presse, *wagen* Sie das nicht zu sagen, drehen und winden Sie sich.

„Lenin-Plechanow empfehlen den Krieg gegen die neuen Formen der Arbeiterbewegung“ (S. 31), „wir *gehen aus* von dem Zustand, den Bedingungen und Erfordernissen der wirklichen Arbeiterbewegung“ (S. 32) – versichert die Redaktion. Das ist Sophistik, Verehrteste! Sie haben selbst zugegeben, daß das Plenum *alles* zur Anerkennung dieser neuen Formen getan hat; und die Bolschewiki haben dies durch ihren Kampf noch *vor* dem Plenum *bewiesen*. Nicht darüber gibt es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten, ob „neue Formen“ notwendig sind, ob eine legale Arbeit geleistet werden soll, ob legale Vereinigungen gegründet werden

* Social Democratic Federation. *Die Red.*

sollen, durchaus nicht darüber. Zwischen uns bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob es zulässig ist, daß Legalisten, die eine solche Arbeit leisten, wie die Gruppe Michail und Co., die Gruppe Potressow und Co., sich für Sozialdemokraten ausgeben, während sie von der Partei der Sozialdemokraten unabhängig sind, oder ob wirkliche Sozialdemokraten verpflichtet sind, die Partei anzuerkennen, ihre Notwendigkeit zu propagieren, in ihr zu arbeiten, an ihrer Organisierung zu arbeiten, überall und in allen Vereinigungen illegale Zellen zwecks richtiger Beziehungen zu ihr zu bilden usw. Und Sie verstehen ausgezeichnet, daß es jetzt – nach dem Plenum – nur darüber Meinungsverschiedenheiten zwischen uns gibt.

Die „Golos“-Leute sind bemüht, unser Streben nach Annäherung an die parteitreuen Menschewiki, nach einer Verständigung mit ihnen im Kampf für die Partei gegen die Unabhängigen, als einen persönlichen Block „Lenins und Plechanows“ hinzustellen. Sie ergehen sich in einer wüsten Schimpfkanonade gegen den Verfasser des Artikels gegen Potressow in Nr. 47/48 des „Proletari“ wegen des Tons eines „schmeicheln-den Höflings“, der angeblich „auf eine Verständigung“ mit Plechanow „spekuliere“.

Ich schlage diesen Artikel auf und lese auf S. 7:

„Natürlich sind auch alle Fehler Plechanows während der Revolution gerade daher gekommen, daß er jene Linie nicht konsequent durchführte, die er selbst in der alten ‚Jskra‘ vertreten hatte.“

Mögen die Leser selbst urteilen, was mehr nach „Schmeichelei“ und nach „Spekulation“ aussieht: dieser direkte Hinweis darauf, was die Bolschewiki als Fehler Plechanows betrachten, oder wenn man Plechanow als „groß“ hinstellt, und zwar gerade in jener Periode, wo er Menschewik war und nach den Worten der Menschewiki selbst „Flatterhaftigkeit“ an den Tag legte.

„Plechanow wird mit uns sein“, schreibt die Redaktion des „Golos Sozial-Demokrata“, wenn „erneut die Zeit verantwortlicher“ (vom „Golos“ hervorgehoben) „politischer Aktionen kommen wird“ (S. 32 der „Notwendigen Ergänzung“).

Das ist politisches Analphabetentum, aber im Sinne der „Spekulation“ hinreichend klar. Analphabetentum, denn jetzt ist gerade die Zeit hundertfach verantwortlicherer politischer Aktionen für die alten Füh-

rer als in den Zeiten des offenen Kampfes, wo die Masse selbst weit leichter den Weg findet. Klar im Sinne der „Spekulation“, denn es wird die Bereitschaft geäußert, Plechanow erneut als Menschewik anzuerkennen, wenn er erneut zu „manövrieren“ beginnt.

Wir wundern uns, daß die „Golos“-Leute nicht verstehen, welche Bedeutung derartige Ausfälle von ihrer Seite haben, zum Beispiel in einem Atem mit dem Satz von Axelrod: „Wir wollten uns nicht“ (vor Plechanow) „erniedrigen und die Rolle dienstbarer Lakaien spielen.“ (S. 19.) Ihr benehmt euch eben gerade so wie die in den letzten Worten bezeichnete *Art von Leuten*. Eure Haltung Plechanow gegenüber entspricht gerade der „Formel“ dieser Leute: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.“

Fünf Jahre lang habt ihr ihn „Bruder“ genannt, jetzt schlagt ihr ihm auf 32 Seiten Doppelformat „den Schädel ein“, und auf der 32. Seite „äußert ihr eure Bereitschaft“: wir sind einverstanden, ihn sowohl erneut als Menschewik anzuerkennen als auch „Bruder“ zu nennen.

Was uns betrifft, haben wir das Recht zu sagen, daß Plechanow während der Zeit seiner „Flatterhaftigkeit“ niemals Bolschewik gewesen ist. Wir halten ihn nicht für einen Bolschewiken und werden ihn niemals dafür halten. Aber wir halten ihn so wie jeden anderen Menschewiken, der gegen die Gruppe der unabhängigen Legalisten aufzutreten und den Kampf gegen sie zu Ende zu führen vermag, für einen *parteitreuen* Menschewiken. Wir halten es für die unbedingte Pflicht aller Bolschewiki, in der jetzigen schweren Zeit, wo der Kampf für den Marxismus in der Theorie und für die Partei in der Praxis der Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung steht, alle Anstrengungen zu machen, um eine Annäherung an solche Sozialdemokraten zu erzielen.

8. *Schluß. Über die Plattform der Bolschewiki*

Die vom Plenum vorgesehene Parteikonferenz wird und darf sich nicht auf die Tagesordnung beschränken, die dieses für den Fall des Übergangs aller Menschewiki auf die Position der Partei vorgesehen hatte. Daraus ist nichts geworden – vor uns selbst aber Versteck zu spielen, steht uns nicht an.

Die Losung der Wahlen zu dieser Konferenz, die Losung zu ihrer Einberufung und Vorbereitung muß der *Zusammenschluß der parteitreuen Sozialdemokraten* im Kampf gegen die Gruppe der unabhängigen Legalisten sein. Entsprechend dieser Aufgabe und in Anbetracht der parteifeindlichen Haltung der „Golos“-Leute müssen wir alle leitenden Institutionen der Partei mit aller Entschiedenheit umgestalten, damit sie sich nicht mit den Intrigen befassen, die nun jeder von den „Golos“-Leuten gegen sie schmiedet und schmieden wird, sondern mit *wirklicher Arbeit zum Aufbau der Partei*. Die „Golos“-Leute wollen vom Aufbau der Partei nichts wissen, sie wollen insgeheim der Gruppe der unabhängigen Legalisten helfen.

So muß die Plattform der Bolschewiki für diese Konferenz sein. Es gilt, die Partei gemäß den Resolutionen vom Dezember (1908) und in deren Sinn aufzubauen. Es gilt, die Sache des Plenums weiterzuführen, bei Durchsetzung der oben angeführten Korrekturen seiner Beschlüsse, die durch den ganzen Verlauf der Ereignisse nach dem Plenum vorgezeichnet sind. Es gilt, alle Anstrengungen auf eine systematische, unermüdliche, allseitige und beharrliche Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten zu richten, um die Kräfte des Proletariats zu sammeln, um ihm zu helfen, sich zu gruppieren und zusammenzuschließen, im Kampf gestählt zu werden und seine Glieder zu recken. Es gilt ferner, unermüdlich die illegalen Zellen, die illegalen rein parteilichen und vorwiegend, in erster Linie, rein proletarischen Organisationen wiederherzustellen, wobei wir lernen müssen, sie den neuen Verhältnissen anzupassen. Allein diese illegalen Organisationen sind imstande, die ganze Arbeit in den legalen Organisationen zu lenken, sie mit revolutionärem, sozialdemokratischem Geist zu erfüllen, den unversöhnlichen Kampf gegen die Renegaten und gegen die unabhängigen Legalisten zu führen und die Zeit vorzubereiten, wo unsere Partei, unsere SDAPR, die alle Traditionen der Revolution und der großen Siege des Proletariats im Jahre 1905 gewahrt und die proletarische Armee der Partei gefestigt und vergrößert hat, diese Armee zu neuem Kampf und zu neuen Siegen führen wird.

DER JUBILÄUMSNUMMER DER „ZIHNA“⁸³

Als der vom Zentralkomitee der Sozialdemokratie Lettlands delegierte Genosse auf der Plenartagung des Zentralkomitees der SDAPR den Bericht über den Stand der Arbeit in der Sozialdemokratie Lettlands gab (dieser Bericht wurde in der Nr. 12 des Zentralorgans unserer Partei kurz wiedergegeben), entstand bei uns der Eindruck einer besonders „normalen“, reibungslosen Entwicklung der lettischen Sozialdemokratie in der gegenwärtigen schweren Zeit. Dieser Eindruck wurde dadurch hervorgerufen, daß die Sozialdemokratie Lettlands, die ihrer Zusammensetzung nach am proletarischsten ist und vorwiegend von Arbeitern selbst geleitet wird, den durch die objektiven Bedingungen erforderlich gewordenen Übergang zur Ausarbeitung einer besonderen Taktik und zur Lösung organisatorischer Aufgaben der sich in die Länge ziehenden Periode der Konterrevolution bereits vollzogen hat. Während der Revolution nahmen das lettische Proletariat und die lettische Sozialdemokratie einen der vordersten und wichtigsten Plätze ein im Kampf gegen die Selbstherrschaft und alle Kräfte der alten Ordnung. Es ist übrigens nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß die offizielle Statistik der Streiks für 1905 (herausgegeben vom Ministerium für Handel und Industrie)⁸⁴ zeigt, daß das Gouvernement Livland hinsichtlich der Beharrlichkeit des proletarischen Streikkampfes an erster Stelle steht. Im Jahre 1905 wurden im Gouvernement Livland insgesamt 53 917 Fabrikarbeiter gezählt, während die Zahl der Streikenden 268 567, d. h. fast das Fünffache (4,98fache) betrug! Jeder Fabrikarbeiter im Gouvernement Livland streikte in jenem Jahr im Durchschnitt fünfmal. Nach dem Gouvernement Livland folgt das Gouvernement Baku, wo jeder Fabrikarbeiter 4,56mal streikte, dann

das Gouvernement Tiflis 4,49mal, das Gouvernement Petrowka 4,38mal und das Gouvernement Petersburg 4,19mal. Im Gouvernement Moskau wurden 1905 276 563 streikende Arbeiter gezählt. Das ist etwas mehr als im Gouvernement Livland, während die Gesamtzahl der Fabrikarbeiter im Gouvernement Moskau das Fünffache der Arbeiterzahl im Gouvernement Livland betrug (285 769 gegenüber 53 917). Daraus ist zu ersehen, um wieviel klassenbewußter, einmütiger und revolutionärer das lettische Proletariat auftrat. Es ist aber auch bekannt, daß sich seine führende Rolle als Vorhut beim Angriff gegen den Absolutismus nicht auf den Streikkampf beschränkte: es marschierte in der Vorhut des bewaffneten Aufstands; es trug mehr als alle anderen dazu bei, die Bewegung auf ihre höchste Stufe, das heißt auf die Stufe des Aufstands zu heben. Mehr als andere bezog es das lettische Landproletariat und die lettische Bauernschaft in den großen revolutionären Kampf gegen den Zarismus und die Gutsbesitzer ein.

Die lettische Arbeiterpartei, als eine der Vorausabteilungen der Sozialdemokratie Rußlands während der Revolution, hat auch in der schweren Zeit der Konterrevolution in der vordersten Linie gestanden. Aus dem obenerwähnten Bericht wurde uns bekannt, daß sich in der lettischen Sozialdemokratie keine besondere Strömung herausgebildet hat, weder aus Hang zu revolutionären Phrasen (ähnlich wie unsere „Otsowisten“) noch aus Überschätzung der legalen Möglichkeiten (ähnlich wie unsere *Liquidatoren*, die eine illegale Partei ablehnen und die Aufgaben zur Wiederherstellung und Festigung der SDAPR von sich weisen). Die lettischen sozialdemokratischen Arbeiter vermochten es, die Arbeit zur Ausnutzung jeglicher legaler Möglichkeiten zu organisieren: legaler Gewerkschaften, verschiedener Arbeitervereinigungen, der Dumatribüne usw.; wobei sie keineswegs die illegale, revolutionäre sozialdemokratische Partei „liquidiert“, sondern umgekehrt überall die illegalen Arbeiterzellen der Partei aufrechterhalten haben, die die Traditionen des großen revolutionären Kampfes verfechten und pflegen, indem sie aus den Reihen der jungen Generation der Arbeiterklasse unentwegt und beharrlich immer breitere und klassenbewußtere Massen von Kämpfern heranbilden.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß von den Ursachen, durch die sich die Erfolge der lettischen Sozialdemokratie erklären, an erster Stelle genannt werden müssen: die höhere Entwicklungsstufe des Kapitalismus sowohl

in der Stadt als auch auf dem Lande, die größere Klarheit und Bestimmtheit der Klassenwidersprüche und deren Verschärfung durch die nationale Unterjochung, die Konzentration der lettischen Bevölkerung und die höhere Stufe ihrer kulturellen Entwicklung. In all diesen Fragen ist das Land, in dem sich die russische Arbeiterklasse entwickeln und in dem sie kämpfen muß, bedeutend weniger entwickelt. Diese Unentwickeltheit ist es auch, die jetzt die verschärfte Krise im russischen Teil der SDAPR hervorruft. Die kleinbürgerliche Intelligenz spielt in unserer Bewegung eine größere Rolle, wobei sie zugleich mit dem Guten auch Schlechtes bringt: zugleich mit der Ausarbeitung der Fragen der Theorie und Taktik pflegt sie jede einzelne Abweichung vom sozialdemokratischen Weg zu einer besonderen „Richtung“ „auszuarbeiten“, wie zum Beispiel „Otso-wismus“ und „Liquidatorentum“.

Wir erlauben uns, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die lettische Sozialdemokratie, die allen Grund hat, auf ihre Erfolge stolz zu sein, nicht so hochmütig wird, diese brennenden Fragen der SDAPR mit einer Handbewegung abzutun.

Je klassenbewußter das Proletariat ist, eine um so klarere Vorstellung hat es von seinen sozialdemokratischen Zielen, um so energischer kämpft es gegen jegliche kleinbürgerliche Verzerrungen in der Arbeiterbewegung, um so mehr ist es um die Befreiung seiner weniger entwickelten Klassen-genossen vom Einfluß des kleinbürgerlichen Opportunismus besorgt.

Die liquidatorische Richtung in der SDAPR ist ein Produkt der kleinbürgerlichen Verhältnisse in Rußland. Die gesamte liberale Bourgeoisie stellt sich gegen die Revolution, sagt sich von ihr los, verflucht die Taktik des Jahres 1905, die, so sagt sie, „blutig und unfruchtbar“ ist, liebedienert vor den Machthabern, ruft das Volk auf, sich einzig und allein an die Methoden des *legalen* Kampfes zu halten. Und die in unserer Partei befindliche kleinbürgerliche Intelligenz unterliegt dem Einfluß des konter-revolutionären Liberalismus. Es wird eine Geschichte der Revolution in fünf Bänden herausgegeben („Die gesellschaftliche Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts“, unter der Redaktion von Maslow, Martow und Potressow), und in dieser Geschichte wird faktisch die Lehre der Renegaten propagiert, daß das Proletariat seine Kräfte „überschätzt“ und die Kräfte der Bourgeoisie „unterschätzt“ hat usw. In Wirklichkeit haben die Massen des Proletariats den Verrat der Bourgeoisie unterschätzt, die

Kräfte der Bourgeoisie im Kampf um die Freiheit überschätzt und ihre eigenen Kräfte, die Kräfte des Angriffs der Millionen von Unterdrückten und Ausgebeuteten, unterschätzt.

Es werden legale Zeitschriften herausgegeben („Nascha Sarja“ und „Wosroshdenije“), in denen gepredigt wird, daß die Wiederherstellung und Festigung der illegalen Partei, unserer alten, jahrelang erprobten SDAPR, eine „reaktionäre Utopie“ ist. In dem illegalen menschwistischen Organ „Goloz Sozial-Demokrata“ werden dergleichen Herren verteidigt und wird die Losung: „Kampf um die Legalität“ verkündet. Einer der bedeutendsten Führer des Menschewismus, Plechanow, tritt aus der Redaktion und dem Mitarbeiterstab all dieser Publikationen aus, erklärt ihnen den Krieg und ruft die *parteitreuen* Menschewiki auf, die revolutionäre, illegale Partei des Proletariats, die SDAPR, zu unterstützen und zu festigen.

Unsere Partei ist also in die entscheidende Schlacht gegen alle unabhängigen Gruppen der Legalisten eingetreten, die (d. h. die Legalisten) sich zu Unrecht Sozialdemokraten nennen. In Wirklichkeit richten sie die Sache der Sozialdemokraten zugrunde, zerstören die sozialdemokratische Organisation der Arbeiterklasse, geben sie preis zugunsten formloser legaler Gruppen, die keinerlei Prinzipien besitzen und die faktisch die Arbeiterklasse von der liberalen Ideologie und der liberalen politischen Führung abhängig machen.

Vor zehn Jahren führte unsere Partei einen erfolgreichen Kampf gegen den sogenannten „Ökonomismus“, der dem jetzigen „Liquidatorentum“ außerordentlich artverwandt war. Heute ist der Kampf schwieriger, weil alle Kräfte der Konterrevolution – nicht nur der alten, sondern auch der neuen (modernen), bürgerlich-liberalen Konterrevolution – darauf gerichtet sind, im Proletariat die Traditionen von 1905 auszulöschen, seine illegale sozialdemokratische Partei zu vernichten. Aber die Arbeiterklasse, die es vermochte, in der Revolution von 1905 Führer zu sein, wird zweifellos all diese Abweichungen vom sozialdemokratischen Weg überwinden.

Vor der Revolution von 1905 arbeiteten die Sozialdemokraten 20 Jahre lang in völlig illegalen Zirkeln und bauten die Partei auf, die Millionen zum Sturm gegen die Selbstherrschaft führte. Nach der Revolution können wir – und folglich müssen wir – die Arbeit der illegalen Zellen nicht nur fortsetzen, sondern um ein vielfaches verstärken, diese Zellen mit einem

dichten Netz von legalen Organisationen umgeben, die Tribüne der schwarzen Duma für unsere Agitation ausnutzen, in die Arbeitermassen die im revolutionären Kampf erworbenen Lehren hineintragen und eine sozialdemokratische Partei schaffen, die Millionen und aber Millionen zu neuem Sturm gegen die Selbstherrschaft führen wird.

*Veröffentlicht im Juli 1910
in der Zeitung „Zibna“ Nr. 100.
Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text der Zeitung.
Übersetzung aus dem Lettischen.*

RESOLUTIONSENTWURF DER RUSSISCHEN
SOZIALDEMOKRATISCHEN DELEGATION
AUF DEM KOPENHAGENER KONGRESS⁸⁵
ÜBER DIE GENOSSENSCHAFTEN

Der Kongreß stellt fest,

1. daß die proletarischen Genossenschaften der Arbeiterklasse die Möglichkeit geben, ihre Lage zu verbessern durch Verminderung der Ausbeutung von seiten des Zwischenhandels, durch Einwirkung auf die Arbeitsbedingungen bei den Lieferanten, durch Verbesserung der Lage der Angestellten usw.;

2. daß die proletarischen Genossenschaften im ökonomischen und politischen Massenkampf durch die Hilfe, die sie bei Streiks, Aussperrungen, Verfolgungen usw. erweisen, immer größere Bedeutung erlangen;

3. daß die proletarischen Genossenschaften, wenn sie die Massen der Arbeiterklasse organisieren, diese lehren, ihre Geschäfte selbst zu führen und den Konsum zu organisieren, wodurch sie die Arbeiterklasse auf diesem Gebiet darauf vorbereiten, in der künftigen sozialistischen Gesellschaft die Rolle des Organisators des Wirtschaftslebens zu übernehmen.

Der Kongreß stellt anderseits fest,

1. daß die Verbesserungen, die von den Genossenschaften erreicht werden können, auf einen sehr engen Rahmen begrenzt sind, solange die Produktionsmittel und die Mittel des Austauschs in den Händen der Klasse verbleiben, deren Expropriation das Hauptziel des Sozialismus ist;

2. daß die Genossenschaften, als rein kommerzielle Einrichtungen sowie unter dem Druck der Konkurrenz, die Tendenz haben, zu bürgerlichen Aktiengesellschaften auszuarten;

3. daß die Genossenschaften, die keine Organisationen des unmittelbaren Kampfes gegen das Kapital sind, die Illusion schaffen können und auch schaffen, daß sie ein Mittel zur Lösung der sozialen Frage seien.

- Der Kongreß ruft daher die Arbeiter aller Länder auf,
- a) in die proletarischen Genossenschaften einzutreten und deren Entwicklung allseitig zu fördern sowie deren Organisation in streng demokratischem Sinn zu lenken (niedrige Beitrittsgebühren, ein Anteil – eine Person usw.);
 - b) durch unermüdliche sozialistische Propaganda und Agitation innerhalb der Genossenschaften die Verbreitung der Ideen des Klassenkampfes und des Sozialismus unter den Arbeitermassen zu fördern;
 - c) in dem Maße, in dem das sozialistische Bewußtsein in den Genossenschaften wächst, zwischen den Genossenschaften und der Partei der Sozialisten sowie den Gewerkschaften organische Verbindungen anzuknüpfen und zu festigen;
 - d) der Kongreß weist ferner darauf hin, daß die Produktionsgenossenschaften für den Kampf der Arbeiterklasse nur dann Bedeutung haben, wenn sie Bestandteile der Konsumgenossenschaften sind.

Geschrieben am 16./17. (29./30.)

August 1910.

*Zuerst veröffentlicht 1929
in der 2.–3. Ausgabe der
Werke W. J. Lenins, Band XIV.*

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DAS INTERNATIONALE
SOZIALISTISCHE BÜRO
ÜBER DIE VERTRETUNG DER SDAPR

Kopenhagen, 2. September 1910

Das Zentralkomitee der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat, um die Ernsthaftigkeit seiner Bestrebungen zur Einheit hervorzuheben, auf der Plenartagung im Januar 1910 beschlossen, das Internationale Sozialistische Büro zu bitten, zwei Genossen, G. Plechanow und Wl. Lenin, als Vertreter der Partei in das Büro aufzunehmen. Es versteht sich von selbst, daß die Sozialdemokratische Arbeiterpartei nur auf eine Stimme im Büro Anspruch erhebt, sie möchte jedoch nach dem Beispiel Frankreichs eine vollständigere Vertretung.

Dieser Beschluß – dem jetzigen Vertreter Wl. Lenin den Gen. G. Plechanow zur Seite zu stellen – wurde von der sozialdemokratischen Delegation auf dem Kongreß einstimmig unterstützt.

Der Vertreter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro

Wl. Lenin

*Veröffentlicht 1911 in dem Buch
„Huitième Congrès Socialiste
International“, Gand (Achter Inter-
nationaler Sozialistenkongreß, Gent).*

*Nach dem Text des Buches.
Übersetzung aus dem
Französischen.*

UBER DIE FRAKTION DER „WPERJOD“-LEUTE

Die Gruppe „Wperjod“ hat in Paris einen „Sammelband von Artikeln zu aktuellen Fragen“ unter dem Titel „Wperjod“ herausgegeben. In Verbindung mit der Broschüre des Gen. Sashin⁸⁶ („Zur Frage der Wiedergeburt der Partei“), die aus „privaten Mitteln finanziert wurde“ und die man durch die Redaktion des Sammelbandes „Wperjod“ beziehen kann, in Verbindung mit einem Sonderdruck, der die Unterschrift der Gruppe „Wperjod“ trägt, sowie mit der Plattform dieser Gruppe, verfügt die Partei jetzt über mehr als genug Material, um sich über die „Wperjod“-Leute ein Urteil bilden zu können.

Die Plattform der „Wperjod“-Leute ist durch folgende drei Besonderheiten gekennzeichnet. Erstens: von allen Gruppen und Fraktionen unserer Partei führt sie als erste die Philosophie ins Feld und versteckt sie oben-drein hinter einem Pseudonym. „Die proletarische Kultur“, „die proletarische Philosophie“ – das steht in der Plattform. Hinter diesem Pseudonym aber versteckt sich der *Machismus*, d. h. die Verfechtung des philosophischen Idealismus in seinen verschiedenen Gewändern (Empirikritizismus, Empiriomonismus usw.). Zweitens: auf politischem Gebiet erklärte die Gruppe den Otsowismus als „berechtigte Schattierung“ und teilte mit, daß einige Otsowisten, die Mitglieder dieser Gruppe sind, mit der Bestimmung der Aufgaben der Partei in bezug auf die Reichsduma nicht einverstanden sind. Diese Bestimmung selbst wurde in der Plattform der „Wperjod“-Leute so unklar und verwirrt dargestellt, daß man sie gar nicht anders als eine Anpassung an den otsowistischen Gedankenkreis bezeichnen kann. Drittens schließlich: die Plattform verurteilte entschieden das Fraktionswesen und forderte die Vereinigung der Fraktionen, deren Verschmelzen in der Partei.

Also, als Ergebnis haben wir – um mit dem Schluß anzufangen – einen überaus frommen Wunsch und zweimal Bemäntelung für äußerst schlechte politisch-ideologische Richtungen, die den Bruch mit dem Marxismus und die Unterwerfung des Proletariats unter die bürgerliche Ideologie und Politik zum Ausdruck bringen. Der Sammelband „Wperjod“ zeigt recht anschaulich, welche Resultate aus einer solchen Mischung herauskommen können.

Der Verfasser des Leitartikels des Sammelbandes, Maximow, hält sich streng an die Diplomatie der Plattform, wenn er über die „proletarische Kultur“ spricht, ohne überhaupt zu erklären, was er darunter versteht. In einem Artikel, der Anspruch auf eine gemeinverständliche Darstellung erhebt, fällt dieses Versteckspiel besonders in die Augen. Kann denn von einer Gemeinverständlichkeit die Rede sein, wenn *kein einziger* Leser, mit Ausnahme derer, die Maximow *persönlich* kennen oder die bereits den *ganzen* Streit über den Machismus und in Verbindung mit dem Machismus verfolgt haben, *in der Lage* ist, den wahren Sinn eines solchen Satzes zu verstehen? Kann denn von einer Gemeinverständlichkeit die Rede sein, wenn derselbe Maximow auf Seite 4 des Sammelbandes von der „Gefahr für den proletarischen Sozialismus“ spricht, die von seiten jener Abkömmlinge der Intelligenz droht, die „die falschen und für das Proletariat schädlichen Ideen der bürgerlichen Wissenschaft und Philosophie kritiklos übernehmen und propagieren . . .“?

Die drei Punkte stammen von Maximow. Ob damit etwas schamhaft verschwiegen werden soll, wissen wir nicht. Aber wir wissen genau, daß es bedeutet, zu der schlimmsten Form der Fraktionsdiplomatie Zuflucht zu nehmen, wenn – besonders in einem „populären“ Artikel – von der Schädlichkeit der „bürgerlichen Philosophie“ für das Proletariat gesprochen, aber nicht exakt und klar bestimmt wird, *welche* Philosophie man dabei im Auge hat. Wenn Sie die Frage der bürgerlichen Philosophie für wichtig halten, wenn Sie sie im Leitartikel des „populären“ Sammelbandes abhandeln, dann haben Sie auch den Mut dazu, offen zu sprechen, verteidigen Sie Ihre Ideen und verstecken Sie sie nicht.

Gen. Sashin untergräbt, wohl in der Eigenschaft des „Praktikers“, in sehr unhöflicher Weise die Diplomatie Maximows.* Auf Seite 31 seiner

* In dem Sammelband „Wperjod“ verplappert sich ein anderer „Praktiker“, der Petersburger „Tkatsch I-n“⁸⁷, ebenfalls nicht sehr diplomatisch: „Nebenbei

Broschüre fordert er, den „Mitgliedern der Partei“ müsse „die völlige Freiheit ihrer revolutionären und philosophischen Gedanken“ „gewährleistet“ sein.

Diese Losung ist durch und durch opportunistisch. Eine derartige Losung wurde in allen Ländern innerhalb der sozialistischen Parteien nur von Opportunisten aufgestellt und bedeutete in der Tat nichts anderes als die „Freiheit“, die Arbeiterklasse durch die bürgerliche Ideologie zu demokratisieren. „Gedankenfreiheit“ (lies: Freiheit der Presse, des Wortes, des Gewissens) fordern wir ebenso wie Koalitionsfreiheit vom Staat (aber nicht von der Partei). Die Partei des Proletariats hingegen ist eine freie Vereinigung, geschaffen für den Kampf gegen die „Gedanken“ (lies: gegen die Ideologie) der Bourgeoisie, für das Verfechten und Durchsetzen einer ganz bestimmten, nämlich der marxistischen Weltanschauung. Das ist eine Binsenwahrheit. Und die Unaufrichtigkeit ihrer politischen Position zwang Maximow, Sashin und Co., diese Binsenwahrheit zu vergessen. Nicht ihre persönliche Heuchelei, sondern eben die politische Unaufrichtigkeit ihrer Position führte dazu, daß sie bürgerliche Losungen propagieren. Diese Unaufrichtigkeit besteht darin, daß die einen „Wperjod“-Leute das Proletariat allzugern zu den Ideen der bürgerlichen Philosophie (zum Machismus) zurückziehen wollen und daß sich die anderen der Philosophie gegenüber gleichgültig verhalten und lediglich „völlige Freiheit“ . . . für den Machismus fordern. Alle zusammen sind daher *gezwungen*, Diplomatie zu treiben, Verwirrung zu stiften, Versteck zu spielen und zu bürgerlichen Losungen zu greifen.

Was aber bedeutet in *Wirklichkeit* „völlige Freiheit der revolutionären Gedanken“? Nichts, außer der *Freiheit* für ortsowistische und andere halb-anarchistische Ideen. Mit anderen Worten, hier wurde dasselbe gesagt, was in der „Plattform“ der „Wperjod“-Leute mit der Phrase ausgedrückt

bemerkt“, schreibt er, „kann das Buch von Beltow ‚Die monistische Auffassung‘ besonders solch eine falsche Vorstellung vom historischen Materialismus hervorrufen“ (Sammelband, S. 57). Wie könnte es anders sein! Die richtigste „Vorstellung vom historischen Materialismus“ vermitteln natürlich die Bücher der russischen Gottbildner und Machisten – welchem „Wperjod“-Mann ist das denn nicht bekannt? Und wie kann das Buch, an dem eine ganze Generation russischer Marxisten erzogen wurde, sich messen mit den philosophischen Erzeugnissen der Juschkewitsch, Bogdanow, Walentinow und Lunatscharski . . .

wurde: Anerkennung des Otsowismus als „berechtigte Schattierung“. Heraus kommt also wieder eine kleinliche Diplomatie mit Ideen, wieder Versteckspiel, wieder Heuchelei, die voll und ganz aus der unaufrichtigen politisch-ideologischen Position zu erklären ist: wir sind ja keine Machisten, jedoch sind wir für die „völlige Freiheit“ des Machismus (in der Partei); wir sind keine Otsowisten, jedoch sind wir für die „völlige Freiheit“ der otsowistischen Schattierung oder allgemeiner, der „revolutionären Gedanken“! Das Durcheinander wird noch dadurch vervollständigt, daß sich zwei „Wperjod“-Leute (Sashin und Rabotschi Ar.⁸⁸) mit *persönlichen* Unterschriften entschieden für die Wichtigkeit und Notwendigkeit auszusprechen, die legalen Möglichkeiten und die Dumatribüne auszunutzen. „Die Sozialdemokratie“, schreibt *Rabotschi Ar.*, „muß gegen jene kämpfen, die Agitation treiben“ (wer treibt denn eine solche Agitation, Gen. Ar.? Sind es nicht Ihre „Wperjod“-Leute?) „gegen jegliche“ (hört, hört!) „Ausnutzung legaler Möglichkeiten, weil eine solche Handlungsweise nicht sozialdemokratisch ist.“ (S. 48/49 des Sammelbandes.) Und derselbe *Ar.*, der die Worte der Bolschewiki der „Proletari“-Richtung wiederholt, zieht schimpfend über den „Proletari“ her (nachträglich), weil dieser angeblich die „Wperjod“-Leute in schrecklichen Farben gemalt habe! Das nennt man: auf der ganzen Linie den Rückzug antreten, alle seine Positionen aufgeben, in der Presse (wiederum ohne es direkt auszusprechen) diejenigen seiner Freunde, diejenigen „Wperjod“-Leute verurteilen, die seinerzeit beispielsweise die Resolution über den Boykott des Kongresses der Betriebsärzte annahmen, und seinen Rückzug, seine Kapitulation mit einem Paukenschlag decken. Erbärmliche Fraktionsdiplomatie!

Werfen Sie einen Blick auf das Geschreibsel der „Wperjod“-Leute zur Frage der Fraktionen und des Fraktionswesens. Die „Plattform“ verurteilte die Fraktionen und forderte ihre Auflösung. Sashin wettet gegen die Fraktionszentren, gegen die „Führer im Ausland“ usw. usf. Ein ganzes Meer von Tränen haben die „Wperjod“-Leute wegen des Fraktionswesens vergossen, unendlich viele Worte haben sie darüber verloren.

Und ihr Handeln? Die ganze Geschichte der Gruppe „Wperjod“ seit dem „Vereinigungs“ plenum im Januar (1910) ist die Geschichte der *Schaffung einer Fraktion vom Ausland her*. Hier ein Auszug aus einem Brief (vom 15. Juli 1910), den ein russischer Parteiarbeiter an ein Mitglied des Auslandsbüros des ZK geschickt hat:

„Es gibt ein Komitee (in Petersburg) und außerdem besteht eine Gruppe ‚Wperjod‘-Leute mit eigener Kasse und eigenem Sekretär. Die Gelder haben sie aus dem Ausland erhalten. In Moskau . . .“ Es folgt dann der Name einer Person, die einem der bekanntesten Otsowisten sehr nahesteht, und es wird darauf hingewiesen, daß in Moskau eine ähnliche Politik getrieben wird.

Kein Mensch, der mit den Parteiangelegenheiten etwas vertraut ist und halbwegs aufmerksam die Stellung des literarischen Grüppchens „Wperjod“ verfolgt hat, konnte auch nur für einen Augenblick daran zweifeln, daß diese Gruppe vom Ausland her eine Fraktion organisiert. Daß die ominöse „Schule in NN“ das Auslandszentrum einer neuen Fraktion gewesen ist, das wurde im Juni 1909* in der Presse erklärt, und seither haben sich sogar die sorglosesten und schlechthininformierten Sozialdemokraten davon überzeugen können. Die ominöse „Plattform“ wurde im Ausland von 8 Intellektuellen und von 7 Arbeitern, Hörern der Schule, ausgearbeitet. Die Rolle dieser Arbeiter, die ihre Unterschrift unter die Losungen der „proletarischen Philosophie“ und die Anerkennung des Otsowismus als „berechtigte Schattierung“ setzten, ohne sich Gedanken zu machen, ist viel zu klar, als daß es lohnte, noch darüber zu sprechen. Wir haben das reinste Musterbeispiel einer Fraktionsbildung durch eine Gruppe im Ausland lebender Literaten vor uns, die „Khans“ gleichen (im einen Ausdruck von Woinow⁸⁹ aus dem Sammelband „Wperjod“ zu gebrauchen), denn ihre Willkür spüren sie selbst, wenn sie das vor der Öffentlichkeit verbergen, was ihnen besonders teuer ist, nämlich die bürgerliche Philosophie des Machismus und Otsowismus. Die „Wperjod“-Leute wettern gegen die „Führer im Ausland“ und bilden selber eine Organisation, die faktisch ein bloßes *Anhängsel* einer Handvoll im Ausland lebender Literaten ist; sie wettern gegen die Fraktion und bauen *insgeheim* selbst eine neue, kleine, ausgesprochen lebensunfähige sektiererische empiriomonistische Fraktion auf. Die *politische* Quelle dieser ganzen Heuchelei ist die Unmöglichkeit eines offenen, direkten Eintretens dafür, was den wirklichen Häuptlingen dieser Fraktion wirklich teuer ist.

Beschränken wir uns auf zwei Beispiele besonders schreiender Heuchelei. Auf Seite 53 des Sammelbandes erklärt *Rabotschi Ar.*, daß das Büro des ZK in Rußland „nicht das geringste tut“ (diese Worte werden natür-

* Siehe Werke, Bd. 15, S. 453/454. *Die Red.*

lich einem „leninistischen“ Arbeiter zugeschrieben, der angeblich in solchem Geist mit einem „Wperjod“-Mann diskutiert habe. Oh, welche naive Schläue des „Rabotschi Ar.“!) – und daß der „Wperjod“-Mann (wiederum gemeinsam mit dem „Leninisten“ und natürlich auf dessen Betreiben hin) vorgeschlagen hat, „die Moskauer Organisation für unabhängig vom russischen ZK und seinen Direktiven nicht unterworfen zu erklären“.

Das Büro des russischen ZK kämpft seit Januar 1910 angestrengt um die Wiederherstellung der Zentralstelle, und zwar *gegen* den Widerstand sowohl der liquidatorischen „Golos“-Leute (die bekannte Geschichte mit Michail, Roman, Juri) als auch der „Wperjod“-Leute (die in dieser Zeit vom Ausland her *ihr* Fraktiönchen *gegen* das ZK aufgebaut haben). Und jetzt vergießen dieselben „Wperjod“-Leute Krokodilstränen über die „Untätigkeit“ des Büros des ZK! Diese „Wperjod“-Leute, die in der Tat von der Partei vollkommen „*unabhängig*“ und durch und durch parteifeindliche Fraktionsmacher sind, schreiben in einem populären Sammelband, daß es notwendig ist, die örtlichen Organisationen für „*unabhängig*“ vom ZK zu erklären.

Ein anderes Beispiel. In demselben Sammelband übt sich ein anonymes „Parteimitglied“ in einer kritischen Attacke gegen den Kassenbericht des Auslandsbüros des ZK. Der anonyme Attackenreiter schreibt unter anderem auf S. 60: „Was das für ‚Treuhänder‘ sind (im Bericht wird von Geldüberweisung durch die Treuhänder gesprochen), weshalb sie Gelder des ZK ‚zu treuen Händen haben‘ oder ‚hatten‘, für welche ‚besonderen Zwecke‘ diese Gelder bestimmt sind – niemand begreift hier etwas.“

So steht es geschrieben: *Niemand begreift etwas.*

Das schreiben Mitglieder derselben Gruppe „Wperjod“, von der zwei Vertreter auf dem Januarplenum anwesend waren, das die Erklärung der Bolschewiki über die bedingte Übergabe deren Gelder an „Treuhänder“ (d. h. an drei sehr bekannte Vertreter der internationalen Sozialdemokratie) angenommen hat. Welche Gelder das sind, woher sie kommen, wer die Treuhänder sind usw. – all das war dem Plenum, d. h. *allen* Fraktionen, d. h. *darunter auch den* „Wperjod“-Leuten, in *allen* Einheiten bekannt. Aber die „Wperjod“-Leute schreiben in ihrem „populären“ Sammelband zur Täuschung der Arbeiter: „Niemand begreift etwas.“

Das schreibt man in demselben Sammelband „Wperjod“, in dem die

ersten beiden Artikel von *Maximow und Domow*⁹⁰ unterzeichnet sind. Diese beiden „Wperjod“-Leute *kennen ausgezeichnet die ganze Geschichte*, wie die Bolschewiki diese Gelder bekommen und sie an Treuhänder übergeben haben. Und weil es ja für sie „peinlich“ ist, persönlich aufzutreten und zu erklären: „Niemand begreift etwas“, so wählen sie für diese Sache *anonyme Attackenreiter*, die sich angesichts ihres parteifeindlichen Verhaltens als „Parteimitglieder“ bezeichnen. Maximow und Domow sagen in dem „populären“ Sammelband den Arbeitern durch anonyme Attackenreiter *wissentlich die Unwahrheit*, wenn sie behaupten, daß in der Frage, was das für „Treuhänder“ der Gelder usw. sind, „niemand etwas begreift“. Und diese Herren schlagen sich an die Brust und wettern was das Zeug hält gegen die „Fraktionen“ und gegen die „Führer im Ausland“.

Sie „kritisieren“ durch ein anonymes „Parteimitglied“ den Kassenbericht des ZK, sie selbst erklären aber auf der ersten Seite ihres Sammelbandes, daß der „Mangel an materiellen Mitteln“ ihre Gruppe bisher daran gehindert habe, eine Zeitung herauszugeben, und daß „es jetzt *gelungen sei, dieses Hindernis zu beseitigen*“. Jetzt hat die Gruppe „Wperjod“ also Gelder erhalten. Eine sehr angenehme Nachricht für die „Wperjod“-Leute, muß man sagen. Nur was für eine „Stirn“ muß man haben, oh, verehrteste „Wperjod“-Leute, um öffentlich in dem „populären“ Sammelband durch einen anonymen Attackenreiter wissentlich die Unwahrheit über das ZK zu sagen, als ob „niemand etwas begreift“, um welche „Treuhänder“ es sich handelt und welche Gelder sie zu treuen Händen haben, und gleichzeitig weder dem ZK noch anderen Fraktionen *auch nur mit einem einzigen Ton zu verraten, was das für Gelder sind, die die Gruppe „Wperjod“ erhalten hat, und welche Literaten über sie verfügen?* Die Partei ist wohl den „Wperjod“-Leuten rechenschaftspflichtig, während die „Wperjod“-Leute der Partei gegenüber nicht rechenschaftspflichtig sind?

Immer und immer wieder muß wiederholt werden, daß diese Heuchelei der „Wperjod“-Leute sich nicht aus den persönlichen Eigenschaften von Hinz und Kunz erklärt, sondern aus der *politischen Unaufrichtigkeit* ihrer ganzen Position, daß sie sich daraus erklärt, daß die machistischen und otswowistischen Literaten *nicht direkt und offen* den Kampf für die ihnen teuren nichtsozialdemokratischen Ideen aufnehmen können. Wer diese

politischen Verhältnisse begreift, der wird sich nicht allein bei der äußeren Seite der Erscheinung, bei der Summe der persönlichen Konflikte, den Intrigen, den Schmähungen u. dgl. verwirrt, verdutzt und beklommen aufhalten. Wer diese politischen Verhältnisse begreift, gibt sich nicht mit der versöhnlerischen Phrase (à la Trotzki) zufrieden, daß „nicht der Kampf gegen die Otsowisten, sondern die Überwindung des Otsowismus“ erforderlich ist, denn das ist eine leere und inhaltslose Phrase. Die objektiven Verhältnisse der Periode der Konterrevolution, der Periode des Zerfalls, der Periode des Gottbildnertums, der Periode des Machismus, des Otsowismus, des Liquidatorentums – diese objektiven Verhältnisse haben unserer Partei den Kampf gegen die Zirkel der Literaten vorgeschrieben, die ihre Fraktionen organisieren, und diesen Kampf kann man nicht mit einer Phrase abtun. Diesem Kampf auszuweichen bedeutet, einer der gegenwärtigen Aufgaben der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auszuweichen.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 15/16,
30. August (12. September) 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

DIE FRAGE DER GENOSSENSCHAFTEN
AUF DEM INTERNATIONALEN
SOZIALISTENKONGRESS
IN KOPENHAGEN

Im vorliegenden Artikel möchte ich mich darauf beschränken, den Verlauf der Arbeiten des Kongresses in der obengenannten Frage darzulegen und die Richtungen des sozialistischen Denkens, die einander hier bekämpft haben, zu charakterisieren.

Vor dem Kongreß wurden drei Resolutionsentwürfe über die Genossenschaften veröffentlicht. Der belgische Entwurf (Nr. 5 des „Periodischen Bulletins des Internationalen Sozialistischen Büros“, das unregelmäßig in den drei Verhandlungssprachen der internationalen Kongresse erscheint) warnt zunächst die sozialistischen Arbeiter vor der Lehre derer, die behaupten, daß die Genossenschaften sich selbst genügen, und die in ihnen ein Mittel zur Lösung der sozialen Frage sehen. Der Entwurf der belgischen Partei stellt dann fest, daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, die Genossenschaften als Waffe in ihrem Klassenkampf zu gebrauchen, und verweist auf die unmittelbaren Vorteile der Genossenschaften (Kampf gegen die Ausbeutung durch den Zwischenhandel, Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei den Lieferanten usw.) und hält es für wünschenswert, daß „organische Verbindungen, die sich immer enger gestalten“, zwischen den sozialistischen Parteien und den Genossenschaften angeknüpft werden.

Der Entwurf der Mehrheit der französischen Sozialistischen Partei ist im Geiste Jaurès' abgefaßt. Die Genossenschaften werden in den Himmel gehoben und – ganz wie bei den bürgerlichen Reformern – als zur „Umwandlung der Gesellschaft erforderliche“ Elemente hingestellt. Man verkündet nebelhafte Phrasen über die Erhebung der Genossenschaften von der Einzelgruppierung der Individuen zum allumfassenden Bund der ge-

nossenschaftlichen Kräfte. Man wirft die proletarischen Genossenschaften mit den Genossenschaften der Kleineigentümer (in der Landwirtschaft) in einen Topf. Man predigt Neutralität der Genossenschaften, man legt dar, wie schädlich es wäre, wollte man von den Genossenschaften irgendwelche Lasten zugunsten der sozialistischen Partei fordern.

Schließlich wird im Entwurf der Minderheit der französischen Sozialisten (Guesdisten) entschieden erklärt, daß die Genossenschaften an sich durchaus keine Klassenorganisationen seien (wie zum Beispiel die Gewerkschaften), daß ihre Bedeutung dadurch bestimmt werde, was man aus ihnen macht. Wenn die Arbeiter in Massen in die Genossenschaften eintreten, können sie in ihrem Kampf gegen das Kapital aus ihnen Nutzen ziehen, können sie sich an Hand des Beispiels bis zu einem gewissen Grade Klarheit darüber verschaffen, wie man die sozialistische Gesellschaft organisieren muß, nachdem die Widersprüche der gegenwärtigen Ordnung beseitigt worden sind. Der Entwurf unterstreicht deshalb die beschränkte Bedeutung der Genossenschaften und ruft die sozialistischen Parteien zur Unterstützung der proletarischen Genossenschaften auf, warnt vor genossenschaftlichen Illusionen und empfiehlt den Zusammenschluß der Sozialisten innerhalb der Genossenschaften, um den Massen ihre wirkliche Aufgabe zu erläutern, nämlich die politische Macht zu erobern und die Mittel der Produktion und des Austauschs in Gemeineigentum zu verwandeln.

Ganz offenkundig werden hier zwei Grundlinien sichtbar: die eine ist die Linie des proletarischen Klassenkampfes, die den Wert der Genossenschaften darin sieht, daß sie eine Waffe, ein Hilfsmittel in diesem Kampf darstellen, und bestimmt, unter welchen Bedingungen die Genossenschaften wirklich eine solche Rolle spielen würden und nicht bloße Handelsunternehmen bleiben. Die andere Linie ist die kleinbürgerliche, die die Rolle der Genossenschaften im Klassenkampf des Proletariats verschleiert, die den Genossenschaften eine über den Rahmen dieses Kampfes hinausgehende Bedeutung zuschreibt (d. h. die proletarischen Anschauungen über die Genossenschaften und die von Eigentümern darüber in einen Topf wirft) und die Ziele der Genossenschaften in so allgemeinen Phrasen bestimmt, daß sie auch für einen bürgerlichen Reformen, diesen Ideologen der progressiven Besitzer und Kleineigentümer, annehmbar sind.

Leider wurden die beiden gezeigten Linien in den drei vorher ausgearbeiteten Entwürfen eben nur *angedeutet*, aber nicht klar, deutlich und scharf einander gegenübergestellt als *zwei Richtungen*, deren Kampf die Frage lösen muß. Daher verliefen auch die Verhandlungen des Kongresses ungleichmäßig, verworren, gleichsam spontan. Fortwährend „stieß man“ auf Meinungsverschiedenheiten, ohne sie aber restlos zu klären, und das Ergebnis war eine Resolution, die die Verworrenheit der Gedanken widerspiegelt und nicht *alles* gibt, was die Resolution eines Kongresses der sozialistischen Parteien geben könnte und müßte.

In der Kommission für das Genossenschaftswesen traten sogleich zwei Strömungen zutage. Die eine – von Jaurès und Elm. Elm war einer der vier deutschen Delegierten in der Genossenschaftskommission und trat als Vertreter der Deutschen auf, trat in entschieden opportunistischem Geist auf. Die andere Richtung war die belgische. Vermittler und Friedensstifter war der Österreicher Karpeles, ein namhafter Führer der österreichischen Genossenschaftsbewegung, der nicht eine bestimmte prinzipielle Linie verfocht, sondern (genauer gesagt: nicht „sondern“, vielmehr gerade darum) weitaus am häufigsten zu den Opportunisten tendierte. Und auch die Belgier wurden viel mehr durch ihren Instinkt für eine wirklich proletarische Organisation des Genossenschaftswesens veranlaßt, mit Jaurès und Elm zu streiten, als dadurch, daß sie die Feindseligkeit und Unversöhnlichkeit des proletarischen und des kleinbürgerlichen Standpunkts in dieser Frage klar begriffen hätten. Deshalb hielt zum Beispiel Anseele (der Vorsitzende der Genossenschaftskommission) in der Kommission leidenschaftliche und ausgezeichnete Reden gegen die Neutralität der Genossenschaften, gegen die Übertreibung ihrer Bedeutung, dafür, daß *wir sozialistische* Genossenschaftler und nicht *genossenschaftliche* Sozialisten sein müssen, aber bei der Ausarbeitung der Resolution konnte derselbe Anseele einen direkt zur Verzweiflung bringen durch seine Nachgiebigkeit gegenüber den Formulierungen von Jaurès und Elm, durch seinen Widerwillen, den Ursachen der Meinungsverschiedenheiten auf den Grund zu gehen.

Kehren wir aber zu den Sitzungen der Kommission zurück. Es ist verständlich, daß die Vertreter der Nationen mit einer stark entwickelten Genossenschaftsbewegung den entscheidenden Einfluß auf den Gang der Arbeiten hatten. Dabei zeigte sich sogleich, daß die Auffassungen der

Belgier und der Deutschen auseinandergingen, was auf die letzteren ein außerordentlich ungünstiges Licht warf. Die Belgier vertraten jedenfalls die proletarische Linie, wenn auch nicht ganz konsequent, nicht ganz eindeutig. Elm zeigte sich als Opportunist reinsten Wassers (besonders in der Unterkommission, doch darüber später). Es versteht sich, daß die Belgier die führende Rolle innehatten. Die Österreicher neigten zu ihnen hin, und bei Abschluß der Kommissionsarbeiten wurde eine *österreichisch-belgische* Resolution verlesen, während Elm, der die deutsche Resolution eingebracht hatte, offen erklärte, er sei der Meinung, daß sich die deutsche Resolution mit dem Entwurf von Jaurès durchaus vereinbaren lasse. Da bei den Franzosen eine starke Minderheit gegen Jaurès auftrat (für seinen Standpunkt 202 Mandate und für den von Guesde 142), und da zu erwarten war, daß bei den Deutschen eine nicht weniger starke Minderheit gegen Elm auftreten würde (wenn die Frage der beiden Standpunkte klar und mit aller Schärfe aufgeworfen worden wäre), so hatte die österreichisch-belgische Allianz die größten Aussichten auf den Sieg. Es ging natürlich nicht so sehr um einen „Sieg“ im engen Sinne des Wortes als vielmehr um die Verteidigung des konsequent proletarischen Standpunktes in bezug auf die Genossenschaften. Es gelang jedoch nicht, einen solch konsequenten Standpunkt durchzusetzen, da die Unterkommission Jaurès und Elm allzu große Zugeständnisse machte.

Was uns russische Sozialdemokraten betrifft, so haben wir uns bemüht, in der Kommission die österreichisch-belgische Linie zu unterstützen, und zu diesem Zweck hatten wir, noch bevor der österreichisch-belgische Einigungsentwurf veröffentlicht wurde, unseren Resolutionsentwurf folgenden Inhalts eingereicht:

„ENTWURF DER SOZIALDEMOKRATISCHEN DELEGATION RUSSLANDS

Der Kongreß ist der Meinung:

1. daß die proletarischen Konsumgenossenschaften die Lage der Arbeiterklasse insofern verbessern, als sie den Grad der Ausbeutung seitens jeglicher Zwischenhändler einschränken, auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter Einfluß nehmen, die in den Betrieben der Lieferanten beschäftigt sind, und die Lebenshaltung der eignen Angestellten verbessern;

2. daß diese Genossenschaften für den ökonomischen und politischen Massenkampf des Proletariats von großer Bedeutung sein können, wenn sie die Arbeiter bei Streiks, Aussperrungen, politischen Verfolgungen usw. unterstützen.

Andererseits weist der Kongreß darauf hin:

1. daß die Verbesserungen, die mit Hilfe der Konsumgenossenschaften erzielt werden können, nur ganz unbedeutend sein können, solange sich die Produktionsmittel in den Händen derjenigen Klasse befinden, ohne deren Enteignung der Sozialismus nicht verwirklicht werden kann;

2. daß die Konsumgenossenschaften keine Organisationen des unmittelbaren Kampfes gegen das Kapital sind und neben gleichartigen Organisationen anderer Klassen bestehen, die die Illusion erwecken können, daß diese Organisationen ein Mittel seien, mit dessen Hilfe die soziale Frage ohne Klassenkampf und ohne Enteignung der Bourgeoisie gelöst werden könne.

Der Kongreß ruft die Arbeiter aller Länder auf:

a) in die proletarischen Konsumgenossenschaften einzutreten, ihre Entwicklung mit allen Mitteln zu fördern und dabei den demokratischen Charakter dieser Organisationen zu verteidigen;

b) durch unermüdliche sozialistische Propaganda in den Konsumgenossenschaften die Verbreitung der Ideen des Klassenkampfes und des Sozialismus unter den Arbeitern zu fördern;

c) gleichzeitig danach zu streben, daß eine möglichst vollständige Annäherung aller Formen der Arbeiterbewegung erreicht wird.

Der Kongreß stellt ferner fest, daß die Produktionsgenossenschaften für den Kampf der Arbeiterklasse nur dann Bedeutung haben, wenn sie ein Bestandteil der Konsumgenossenschaften sind.“

Alle Resolutionsentwürfe wurden der Unterkommission überwiesen (die Kommissionen der internationalen Sozialistenkongresse sind so groß – jede Nation entsendet 4 Delegierte in jede Kommission –, daß von einer Ausarbeitung des Textes der Resolutionen in einer Vollversammlung der Kommission keine Rede sein kann). Der Unterkommission gehörten 10 Personen an: zwei Belgier (Anseele und Vandervele), ein Franzose (Jaurès), ein Österreicher (Karpeles), ein Deutscher (Elm), ein Holländer (der Marxist Wibaut), je ein Italiener, Däne, Engländer und ein russischer Sozialdemokrat (Woinow und ich – unsere sozialdemokratische Delegation war nicht dazu gekommen, einen Vertreter zu wählen, darum waren wir beide anwesend, aber nur einer gab seine Stimme ab).

Die Unterkommission beschäftigte sich nur noch mit der rein sachlichen Abfassung der Resolution. Der Text, den der Kongreß dann annahm, ist,

abgesehen von ganz unbedeutenden, stilistischen Änderungen, eben der Text, der von der Unterkommission ausgearbeitet worden war; die Leser finden den Wortlaut der Resolution des Kongresses an einer anderen Stelle dieser Zeitung. Der Kampf in der Unterkommission konzentrierte sich – anders als in der Kommission – nicht auf die Frage des Verhältnisses der Genossenschaften zur Partei, sondern auf die prinzipiellere Frage nach der Bedeutung und Rolle der Genossenschaften. Die Belgier neigten zu der prinzipiell völlig richtigen Definierung ihrer Rolle als eines der (unter bestimmten Bedingungen) möglichen Hilfsmittel des proletarischen Klassenkampfes für die „völlige Enteignung“ (expropriation intégrale) der Kapitalistenklasse. Elm, von Jaurès unterstützt, trat entschieden dagegen auf und offenbarte restlos seinen ganzen Opportunismus. Er sagte, es sei ungewiß, ob es überhaupt zur Expropriation kommen würde, er persönlich halte dies für völlig unwahrscheinlich, für die „Mehrheit“ (!) sei dies eine strittige Frage, im Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sei von Expropriation nicht die Rede, man sollte „Überwindung des Kapitalismus“* sagen. Die bekannten Worte, die Bebel in Hannover zum Abschluß der Auseinandersetzungen mit Bernstein gesagt hatte, „es bleibt bei der Expropriation“**⁹¹, hat einer der Führer des deutschen Opportunismus vergessen. Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen tauchte die „Frage der Sozialisierung“ auf. Jaurès forderte ultimativ, daß die Bedeutung der Genossenschaften wie folgt formuliert werden sollte: „Sie helfen den Arbeitern“ (wie es auch im Text der vom Kongreß angenommenen Resolution heißt), „die Demokratisierung und Sozialisierung der Mittel der Produktion und des Austauschs vorzubereiten.“

Das ist eine jener verschwommenen, unbestimmten, für die Ideologen des Kleineigentümers und für die Theoretiker des bürgerlichen Reformertums völlig annehmbaren Phrasen, in denen Jaurès solch ein Meister ist und die er so liebt. Was heißt denn „Demokratisierung der Mittel der Produktion und des Austauschs“? (Später ersetzten die Franzosen in der Kommission, nachdem diese den Entwurf von der Unterkommission zurückerhalten hatte, das Wort Mittel – moyens – durch das Wort Kräfte – forces –, was aber an der Sache gar nichts änderte.) Die bäuerliche Pro-

* Diese Worte bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

** Diese Worte bei Lenin deutsch zitiert. *Der Übers.*

duktion (sagte ich in der Kommission) ist „demokratischer“ als die großkapitalistische. Heißt das etwa, daß wir Sozialisten für die Schaffung des Kleinbetriebs Stellung nehmen? Was heißt „Sozialisierung“? Darunter kann man die Überführung in das Eigentum der ganzen Gesellschaft verstehen, aber ebenso auch beliebige Teilmaßnahmen, beliebige Reformen im Rahmen des Kapitalismus, von den bäuerlichen Genossenschaften bis zu den städtischen Badehäusern und Bedürfnisanstalten. Verwies doch Jaurès in der Unterkommission auf die dänischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, wobei er, in die Fußstapfen der bürgerlichen Ökonomen tretend, offenbar der Meinung ist, das seien keine kapitalistischen Unternehmen.

Um den Widerstand gegen diesen Opportunismus zu organisieren, versuchten wir (die russischen und polnischen Sozialdemokraten), gegen Elm, an Wurm, einen der Redakteure der „Neuen Zeit“, zu appellieren, der ebenfalls als Vertreter der Deutschen der Genossenschaftskommission angehörte. Wurm billigte nicht die Phrasen von der „Demokratisierung und Sozialisierung“, er machte (privat) eine Reihe von Abänderungsvorschlägen, parlamentierte zwischen Elm und den Marxisten, aber Elm legte eine solche „Unbeugsamkeit“ an den Tag, daß Wurm nichts erreichte. Bereits nach dem Kongreß las ich in der „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 201, 31. August 1910, 3. Beilage), daß die Genossenschaftsfrage in der deutschen Delegation noch am Dienstag aufgeworfen worden war. „Richard Fischer fragte an“, schreibt der Korrespondent der Zeitung, „ob sich in der Genossenschaftsfrage Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Delegierten herausgestellt haben.“ Elm antwortete: „Solche Differenzen sind vorhanden und werden sich nicht von heute auf morgen beseitigen lassen. Die Beschlüsse der Kongresse sind immer Kompromißbeschlüsse, und auch in dieser Frage wird es wohl zu einem solchen Kompromiß kommen.“ Wurm: „Meine Anschauungen zur Genossenschaftsfrage sind durchaus andere als die von Elm; wir werden uns aber doch wohl auf eine gemeinsame Resolution einigen.“ Darauf sah die deutsche Delegation von einer weiteren Erörterung der Frage ab.

Diese Mitteilung bestätigt eine Erscheinung, die schon auf dem Stuttgarter Internationalen Kongreß⁹² klar zutage getreten war. Die deutsche Delegation wird zu gleichen Teilen aus Vertretern der Partei und der Gewerkschaften zusammengestellt. Von den letzteren gelangen fast durch-

weg Opportunisten hinein, denn man wählt gewöhnlich Sekretäre und sonstige Gewerkschafts-„bürokraten“. Im allgemeinen sind die Deutschen unfähig, eine konsequente, prinzipielle Linie auf den internationalen Kongressen zu vertreten, und die Hegemonie in der Internationale entgleitet mitunter ihren Händen. Wurms Ohnmacht gegenüber Elm illustrierte ein übriges Mal die Krise in der deutschen Sozialdemokratie, die darin besteht, daß die unvermeidliche entschiedene Auseinandersetzung mit den Opportunisten immer dringlicher wird.

Zur Frage der finanziellen Unterstützung der Partei durch die Genossenschaften erreichten Elm und Jaurès in der Unterkommission ebenfalls ein übermäßiges Zugeständnis von den Belgiern, die sich mit folgender Formulierung einverstanden erklärten: „Den Genossenschaften jedes Landes soll es überlassen bleiben, zu entscheiden, ob und inwieweit sie die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus eigenen Mitteln unterstützen wollen.“

Als der Entwurf der Unterkommission zur endgültigen Bestätigung an die Kommission zurückgegeben worden war, konzentrierten wir unsere ganze Aufmerksamkeit gerade auf diese beiden Punkte. Gemeinsam mit Guesde brachten wir zwei (wesentliche) Abänderungsanträge ein: erstens, die Worte, daß die Genossenschaften „den Arbeitern helfen, die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austauschs vorzubereiten“, durch die Worte zu ersetzen, daß die Genossenschaften „bis zu einem gewissen Grade helfen, das Funktionieren der Produktion und des Austauschs nach der Expropriation der Klasse der Kapitalisten vorzubereiten“. Der Sinn dieses, in seiner stilistischen Formulierung nicht ganz gelungenen Abänderungsantrags bestand nicht darin, daß die Genossenschaften jetzt den Arbeitern *nicht* helfen können, sondern darin, daß das von den Genossenschaften jetzt schon *vorzubereitende* Funktionieren der künftigen Produktion und des künftigen Austauschs *erst nach* der Expropriation der Kapitalisten beginnen kann. Der zweite Abänderungsantrag bezog sich auf den Punkt, der vom Verhältnis der Genossenschaften zur Partei spricht. Wir haben vorgeschlagen, entweder die Worte: „was“ (d. h. die Hilfe für den Kampf der Arbeiter) „vom Standpunkt des Sozialismus auf jeden Fall wünschenswert ist“, hinzuzufügen, oder diesen ganzen Punkt durch einen anderen zu ersetzen, der den *Sozialisten* in den Genossenschaften direkt empfiehlt, die Notwendigkeit der direkten

Unterstützung des Klassenkampfes des Proletariats zu propagieren und zu verteidigen.

Beide Abänderungsanträge wurden von der Kommission abgelehnt, es wurden nur etwa 15 Stimmen dafür abgegeben. Die Sozialrevolutionäre stimmten – wie immer auf internationalen Kongressen – für Jaurès. Vor der russischen Öffentlichkeit sind sie nicht abgeneigt, sogar Bebel des Opportunismus zu beschuldigen, aber vor der europäischen Öffentlichkeit folgen sie Jaurès und Elm! Wurm machte den Versuch, den Schluß der Resolution durch eine Umstellung der letzten drei Absätze zu korrigieren. Am Anfang sollte gesagt werden, daß die Genossenschaften einen einheitlichen Verband bilden sollen (vorletzter Absatz). Dann könnte erklärt werden, daß es den Genossenschaften überlassen sei, ob sie die Partei direkt unterstützen wollen oder nicht (drittletzter Absatz). Und der letzte Absatz könne mit „aber“ beginnen (*aber* der Kongreß erklärt, daß es erwünscht ist, daß die Beziehungen zwischen der Partei, den Gewerkschaften und den Genossenschaften immer inniger werden). Dann wäre aus dem *gesamten* Kontext klar ersichtlich, daß der Kongreß den Genossenschaften *empfiehlt*, die Partei zu unterstützen. Elm lehnte auch diesen Abänderungsantrag ab! Wurm zog ihn darauf zurück. Als Wibaut ihn wieder aufnahm, stimmten wir für ihn, aber der Abänderungsantrag wurde abgelehnt.

Zu der Frage, wie man sich auf dem Plenum des Kongresses verhalten soll, hatten wir eine Beratung mit Guesde. Guesde war der Meinung – und seine Meinung teilten die deutschen revolutionären Sozialdemokraten –, daß man wegen einzelner Korrekturen auf dem Plenum des Kongresses keinen Kampf beginnen und *für* die Resolution insgesamt stimmen solle. Ihre Mängel bestünden darin, daß ein revisionistischer Satz *zugelassen* wurde, der die Bestimmung des Ziels des Sozialismus nicht ersetze, sondern *neben* dieser Bestimmung stehe – und in einem *ungenügend starken* Ausdruck des Gedankens, daß die Arbeitergenossenschaften den Klassenkampf der Arbeiter unterstützen müßten. Diese Mängel müßte man zu korrigieren suchen, aber es bestehe kein Grund, ihretwegen auf dem Plenum einen Kampf zu beginnen. Wir erklärten uns mit dieser Meinung von Guesde einverstanden, und die Resolution wurde vom Plenum des Kongresses einstimmig angenommen.

Fassen wir das Ergebnis der Arbeiten des Kongresses zur Frage der

Genossenschaften zusammen, so müssen wir – ohne vor uns oder vor den Arbeitern die Mängel der Resolution zu verbergen – feststellen, daß die Internationale die Aufgaben der proletarischen Genossenschaften in den Grundzügen richtig bestimmt hat. Jedes Parteimitglied, jeder sozialdemokratische Arbeiter, jeder klassenbewußte Arbeiter, der Mitglied der Genossenschaft ist, muß sich von dieser Resolution leiten lassen und seine gesamte Tätigkeit in ihrem Geist ausüben.

Der Kopenhagener Kongreß ist kennzeichnend für jenes Entwicklungsstadium der Arbeiterbewegung, wo sie sich sozusagen vornehmlich in die Breite entwickelt und die proletarischen Genossenschaften in den Klassenkampf einzubeziehen *begonnen hat*. Meinungsverschiedenheiten mit den Revisionisten sind zwar sichtbar geworden, doch ist es noch weit bis zu einem Auftreten der Revisionisten mit einem selbständigen Programm. Der Kampf gegen den Revisionismus wurde aufgeschoben, aber dieser Kampf wird unvermeidlich kommen.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 17,
25. September (8. Oktober) 1910.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

WIE MANCHE SOZIALDEMOKRATEN
DIE INTERNATIONALE
ÜBER DIE LAGE IN DER SDAPR
INFORMIEREN

Im Zusammenhang mit dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen erschienen in einigen Publikationen Artikel über die Lage in unserer Partei. Wir gehen kurz auf drei Artikel ein, die von Vertretern dreier verschiedener Partei- (richtiger: parteifeindlicher) Strömungen geschrieben wurden.

Wegen seiner Unverfrorenheit gehört der Artikel, der bedauerlicherweise im Zentralorgan unserer deutschen Genossen („Vorwärts“ vom 28. August) erschienen ist, an die erste Stelle. Dieser Artikel ist anonym, er trägt lediglich den Untertitel „Von unserem russischen Korrespondenten“.

Aus ihm erfährt der Leser: „Noch nie standen die russischen Emigranten, die in unserer Partei eine unverhältnismäßig große Rolle spielen, den Interessen und Anforderungen der russischen Arbeiterbewegung so fremd gegenüber wie gerade jetzt.“ Weiter, daß das Zentralorgan unserer Partei, der „Sozial-Demokrat“, in „eng-fraktionellem Geist“ geführt wird und die Bolschewiki sich durch einen „formellen und äußeren Radikalismus“ auszeichnen, daß sie nur im Ergebnis der Evolution schließlich zur „Anerkennung“ des Parlamentarismus gelangt seien usw. Unser Autor ist mit der Mehrheit unserer Partei äußerst unzufrieden. Er sieht die ganze Lage der Partei in einem äußerst düsteren Licht. Lediglich einen Lichtpunkt bemerkte unser Autor im Leben der SDAPR: „Die in Wien . . . erscheinende Arbeiterzeitung ‚Prawda‘, welche sich von Anfang an ganz abseits von jeder Fraktionspolemik gehalten hatte, stellt sich die Aufgabe, mittels planmäßiger politischer Agitation . . .“ usw.

Beginnen Sie nicht zu erraten, werter Leser, wessen „nichtfraktioneller“

Feder dieser Artikel entstammt? Sie gehen natürlich nicht fehl. Ja, da hat sich der „nichtfraktionelle“ Trotzki nicht geniert, offen Reklame für das Blättchen seiner Fraktion zu machen. Er gibt den ungenügend informierten deutschen Lesern die gleiche Einschätzung der Position der Parteimehrheit wie auch die Liquidatoren.*

Die Aufgabe, unsere Partei in einem Organ der deutschen Revisio-nisten zu verleumden, hat ein anderer Literat übernommen: R. Streltzw. Sein Artikel erschien in den „Sozialistischen Monatsheften“, die von Herrn Bloch redigiert werden, den Bebel in Magdeburg zu Recht einen Nationalliberalen nannte. R. Streltzw, ein Kollege des Herrn Prokopowitsch vom „Towarischtsch“⁹⁴, nimmt die Liquidatoren bereits offen in Schutz: „Es gibt kaum etwas Absurderes als diese Anschuldigung, die gegen die Liquidatoren erhoben wird.“ Wirkliche Sozialdemokraten sind gerade die Liquidatoren, während die Parteimehrheit, sehen Sie, „die Aus-nutzung der sogenannten legalen Möglichkeiten, d. h. die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Gewerkschaften, Genossenschaften, öffentlichen Kongressen usw.“ als „überflüssig“ betrachtet. Jawohl, der deutsche Leser erhält die richtige Vorstellung, wenn er die Geschichte der russischen Revolution nach Tscherewanin und die gegenwärtige Lage und den tak-tischen Kampf innerhalb unserer Partei nach Streltzw und Trotzki stu-diert! . . .

Der dritte Artikel stammt aus der Feder des Ultimaten (er ist auch Gottbildner) Woinow, der im Organ der belgischen Genossen „Le Peuple“^{95**} schrieb. Und obgleich Woinow den belgischen Genossen ein verzerrtes Bild gab von den „taktischen Strömungen in unserer Partei“ (so lautet die Überschrift seines Artikels), so hat sein Artikel in einer

* Der Umstand, daß dieser Artikel in einem Organ wie dem „Vorwärts“ erschienen ist, veranlaßte unsere Delegierten auf dem Kopenhagener Kongreß, sich an das ZK der deutschen Partei mit einem Protest zu wenden. Dieser Protest wurde von den Delegierten unseres ZO (G. W. Plechanow und A. Warski) und von dem Vertreter der Partei im Internationalen Büro (N. Lenin)⁹³ eingebracht. Bei der Behandlung dieser Frage in der sozialdemo-kratischen Delegation enthüllte uns Trotzki das Geheimnis, daß dieser berüch-tigte Artikel von ihm geschrieben wurde.

** Dabei hat Woinow den Lesern vorsorglich mitgeteilt, daß er „Delegierter auf dem Internationalen Kongreß in Kopenhagen“ ist,

Hinsicht einen beachtlichen Nutzen gebracht: er deckte uns noch einmal das Wesen der otsowistisch-ultimatistischen Taktik auf. Es gibt doch in der Gruppe „Wperjod“ solch begnadete Schreiber, die die Ziele der Otsowisten-Ultimatisten offen darlegen und sie nicht vertuschen, wie dies gewöhnlich in den literarischen Ergüssen der „Wperjod“-Leute geschieht. Hören Sie selbst. Welcher „Wperjod“-Mann gesteht Ihnen heute offen ein, daß die Otsowisten-Ultimatisten sich jetzt mit Phantastereien von Kampfgruppen u. dgl. tragen? Doch der freimütige Woinow schreibt offen, daß er und seine Freunde den Willen haben, „unsere Kampfvorbereitung fortzusetzen und zu entwickeln“, während der nach rechts abgeschwenkte Lenin „zum Beispiel die Notwendigkeit von Instrukteur-schulen“ gegenwärtig verneint. Welcher „Wperjod“-Mann spricht heute offen von der Notwendigkeit eines „Ultimatums“ an die Adresse der Dumafraktion? Doch der gute Woinow erklärt uns offenherzig, daß seine Freunde „die Wiedergeburt der Partei“ dazu brauchen, um „unseren Abgeordneten ein Ultimatum zu stellen...“ Welcher „Wperjod“-Mann sagt uns in der Presse, wozu die Otsowisten-Ultimatisten eine „Partei-schule“ im Ausland benötigen? Doch der redselige Woinow unterließ es nicht, zu erklären, daß die „Schule“ gebraucht wird für die Vorbereitung eines „neuen Parteitags“ und für die Wahl eines anderen ZK an Stelle des derzeitigen „rechten“ Zentralkomitees.* Für diese Offenherzigkeit wird Woinow jedoch von den „Wperjod“-„Diplomaten“ nicht gelobt werden!

Trotzki, Woinow und Streltzw reichten sich im Kampf gegen die Parteilinie brüderlich die Hände...

„Sozial-Demokrat“ Nr. 17,
25. September (8. Oktober) 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

* Hier hielt es Woinow für angebracht, noch etwas zu... übertreiben, angeblich seien „einige ZK-Mitglieder, die auf dem Parteitag gewählt wurden, aber mit der neuen Richtung des ZK unzufrieden sind, zurückgetreten“. Wo und wann denn, Genosse Woinow?

Объявление от издателя
Работы-Газета.

Манускрипт газеты работан известен в
с.г. работы в России на все издательство.
Работы издательской организации, автор не
каждому издательству не имеет издательство, ^{печать}
и издательство среди издательств. ^{печать}
Г-мин, газетчик и автор среди издательств
каждому издательству издательство, ^{печать}
каждому издательству в России, издательство ^{печать}
издательство издательство, - издательство ^{печать}
каждому издательству издательство ^{печать}
издательство. Не имеет издательство издательство и
издательство среди издательств, издательство ^{печать}
в издательстве издательство в издательстве
издательство, издательство в издательстве ^{печать}

Erste Seite des Manuskripts
„Ankündigung der Herausgabe der ‚Rabotschaja Gaseta‘“
Oktober 1910
Verkleinert

ANKÜNDIGUNG DER HERAUSGABE DER
„RABOTSCHAJA GASETA“⁹⁶

Die schwere Krise der Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Partei in Rußland dauert immer noch an. Zerfall der Parteiorganisationen, aus denen fast alle Intellektuellen flüchten, Zerfahrenheit und Schwankungen unter denen, die der Sozialdemokratie treu geblieben sind, Niedergeschlagenheit und Apathie unter ziemlich breiten Schichten des fortgeschrittenen Proletariats, Unsicherheit in der Frage nach dem Ausweg aus dieser Lage – das sind die Merkmale, die die gegenwärtige Situation kennzeichnen. Es gibt unter den Sozialdemokraten nicht wenig Kleimütige und Kleingläubige, die nahe daran sind, die Hoffnung an die Möglichkeit aufzugeben, sich in dem herrschenden Durcheinander zurechtzufinden, die nahe daran sind, über der Aufgabe zu verzweifeln, die Partei, die SDAPR mit ihren revolutionären Aufgaben und Traditionen wiederherzustellen und zu festigen, die nahe daran sind, alles aufzugeben und sich in ihrem Privatleben oder in engen kleinen Zirkeln abzukapseln, die sich nur mit „Kultur“arbeit befassen u. dgl. m.

Die Krise dauert an, doch ihr Ende ist jetzt bereits deutlich sichtbar. Der Weg zur Überwindung dieser Krise ist von der Partei klar umrissen und erprobt. Die Zerfahrenheit und die Schwankungen haben bereits in ziemlich bestimmten Strömungen, Richtungen und Fraktionen, die von der Partei klar und bestimmt eingeschätzt worden sind, ihren Ausdruck gefunden – und die Bestimmtheit der parteifeindlichen Strömungen, ihre klare Einschätzung ist bereits die halbe Befreiung von der Zerfahrenheit und den Schwankungen.

Um sich nicht der Verzweiflung und Enttäuschung hinzugeben, ist es nur erforderlich, den ganzen tiefen Ursprung dieser Krise zu erkennen. Diese Krise kann man nicht überspringen, man kann sie nicht umgehen, man kann sie nur in beharrlichem Kampf überwinden, denn diese Krise

ist keine Zufälligkeit, sondern sie ist hervorgerufen worden durch eine *besondere* Etappe sowohl der ökonomischen als auch der politischen Entwicklung Rußlands. Die Selbstherrschaft herrscht nach wie vor. Noch brutaler ist der Zwang. Noch größer ist die Rechtlosigkeit. Noch gemeiner ist die ökonomische Unterdrückung. Aber die Selbstherrschaft kann sich schon nicht mehr *nur* mit den alten Mitteln halten. Sie ist *gezwungen*, einen neuen Versuch zu unternehmen, sie versucht, ein offenes Bündnis mit den erzreaktionären fronherrlichen Gutsbesitzern und mit den okto-*bristischen* Kapitalisten einzugehen, ein Bündnis in der Duma und durch die Duma. Für alle, die die Fähigkeit zu denken nicht verloren haben, ist die Hoffnungslosigkeit dieses Versuchs und das Heranreifen einer neuen revolutionären Krise offensichtlich. Aber diese revolutionäre Krise bildet sich unter neuen Verhältnissen heraus, unter Verhältnissen, wo die Bewußtheit, die Geschlossenheit und die Organisiertheit der Klassen und der Parteien, die es vor der Revolution von 1905 nicht gab, ungleich größer ist. Der russische Liberalismus hat sich aus einer gutmütigen, verträumten, lockeren und unfertigen Opposition frommer Wünsche zu einer festen, parlamentarisch geschulten Partei intellektueller Bourgeois gewandelt, die bewußte Feinde des sozialistischen Proletariats und der revolutionären Abrechnung der Bauernmassen mit den Fronherren sind. Bei der Monarchie aufdringlich um Zugeständnisse zu betteln, ihr mit der Revolution (die der Liberale selbst haßt und fürchtet) zu drohen, stets den Befreiungskampf zu verraten und auf die Seite des Feindes überzulaufen – das ist das unvermeidliche, infolge ihrer Klassennatur unvermeidliche Los der liberalen Partei der Kadetten. Die russische Bauernschaft hat ihre Fähigkeit zum revolutionären Massenkampf bewiesen, wenn dieser vom Proletariat begonnen wird, und sie hat ihre Eigenschaft gezeigt, ständig zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie zu schwanken. Die russische Arbeiterklasse hat bewiesen, daß sie die einzige konsequent revolutionäre Klasse, die alleinige Führerin im Kampf um die (sei es auch bürgerliche) Freiheit ist. Und heute kann und wird die große Aufgabe der Fortführung des Kampfes um die Freiheit nur durch den revolutionären Kampf des Proletariats gelöst werden, das die Massen der Werk tätigen und Ausgebeuteten mit sich reißt. Die Arbeiterklasse, die heute unter neuen Verhältnissen kämpft und es mit bewußteren und fester zusammengesetzten Feinden zu tun hat, muß auch ihre Partei, die SDAPR, umgestalten. An die

Stelle der Führer aus Intellektuellenkreisen stellt sie Führer aus Arbeiterkreisen. Es entsteht der neue Typ des sozialdemokratischen Arbeiterfunktionärs, der *alle* Aufgaben der Partei selbständig löst und in der Lage ist, zehnfach und hundertfach größere proletarische Massen als früher zusammenzuschließen, zu vereinigen und zu organisieren.

An diesen neuen Arbeiter wenden wir uns auch in erster Linie mit unserer „Rabotschaja Gaseta“. Dieser Arbeiter ist aus dem Alter heraus, wo es ihm gefallen konnte, daß man zu ihm wie zu einem Kind sprach und ihn mit Milchbrei fütterte. Er muß alles über die politischen Aufgaben der Partei, über ihren Aufbau und den innerparteilichen Kampf wissen. Er fürchtet sich nicht vor der ungeschminkten Wahrheit über die Partei, an deren Festigung, Wiederherstellung und Umgestaltung er arbeitet. Ihm helfen nicht, sondern schaden jene allgemein-revolutionären Phrasen, jene süßlich-versöhnlerischen Ausrufe, die er in den „Wperjod“-Sammelbänden oder in Trotzki's „Prawda“ findet, wobei er weder hier noch dort eine klare, genaue und offene Darlegung der Parteilinie und der Lage in der Partei findet.

Diese Lage ist sehr schwierig, aber die Hauptschwierigkeit besteht nicht darin, daß die Partei außerordentlich geschwächt ist und ihre Organisationen teilweise vollkommen zerschlagen sind, auch nicht darin, daß sich der innerparteiliche Fraktionskampf zugespitzt hat, sondern darin, daß die fortgeschrittene Schicht der sozialdemokratischen Arbeiter das Wesen und die Bedeutung dieses Kampfes nicht genügend klar erkannt, sich nicht fest genug zusammengeschlossen hat, um diesen Kampf erfolgreich zu führen, und daß sie sich nicht genügend selbständig und nicht energisch genug in diesen Kampf eingeschaltet hat, um den *Parteikern* zu schaffen, zu unterstützen und zu festigen, der die SDAPR aus der Zersetzung, aus dem Zerfall und aus den Schwankungen heraus auf einen festen Weg führen kann.

Dieser Weg ist in den Beschlüssen der Dezemberkonferenz von 1908, die in den Beschlüssen des ZK-Plenums 1910 weiterentwickelt wurden, klar umrissen. Diesen Parteikern schafft das Bündnis der orthodoxen Bolschewiki (Gegner des Otsowismus und der bürgerlichen Philosophie) und der parteitreuen Menschewiki (Gegner des Liquidatorentums), das jetzt in der Tat und nicht kraft nur formaler Beziehungen die Hauptarbeit in der SDAPR leistet.

Den Arbeitern sagt man, daß dieses Bündnis den Fraktionskampf, den Kampf gegen die Liquidatoren und Otsowisten nur verstärke und verschärfe, „anstatt“ daß gegen das Liquidatorentum und den Otsowismus gekämpft werde. Das ist eine leere Phrase, das ist die Sprache von Leuten, die in dem Arbeiter keinen erwachsenen Menschen sehen, sondern ein Kind. Die Wahrheit ist unangenehm, die besagt, daß bei der Schwäche der Partei, da viele ihrer Organisationen zerschlagen sind, angesichts der Unvermeidlichkeit, die Basis im Ausland zu haben, jede Strömung sehr leicht eine von der Partei faktisch vollkommen unabhängige und selbständige Auslandsfraktion bildet. Es ist aber lächerlich (oder verbrecherisch), diese Wahrheit vor dem sozialdemokratischen Arbeiter zu verbergen, der seine Partei auf der Grundlage einer bestimmten, genauen und klaren Parteilinie umgestalten soll. Bei uns herrschen jetzt die unerwünschtesten Formen des Fraktionskampfes, das steht fest, aber gerade um die Formen dieses Kampfes verändern zu können, dürfen die fortgeschrittenen Arbeiter nicht verächtlich die Nase rümpfen, sich nicht mit einer Phrase über die unangenehme (für einen Amateur, für einen Gast in der Partei unangenehme) Aufgabe der Umänderung der unangenehmen Formen des unangenehmen Kampfes hinwegsetzen, sondern müssen sie das Wesen und die Bedeutung dieses Kampfes begreifen und die Arbeit an Ort und Stelle so anfassen, daß in jeder Frage der sozialistischen Propaganda, der politischen Agitation, der Gewerkschaftsbewegung, der Genossenschaftsarbeit usw. usf. die Grenze bestimmt wird, hinter der die Abweichung von der Sozialdemokratie zum liberalen Liquidatorentum oder zum halbanarchistischen Otsowismus, Ultimatismus usw. beginnt, damit die Parteiarbeit in der richtigen, durch diese Grenzen bestimmten Linie geführt wird. Eine der Hauptaufgaben der „Rabotschaja Gasete“ sehen wir darin, den Arbeitern bei der Bestimmung dieser Grenzen in jeder der wichtigsten konkreten Fragen der heutigen russischen Wirklichkeit zu helfen.

Man sagt den Arbeitern: gerade der Vereinigungsversuch des Plenums (der Vollversammlung) des ZK im Januar 1910 habe die Fruchtlosigkeit und die Ausweglosigkeit des innerparteilichen Fraktionskampfes bewiesen, der doch die Vereinigung „zunichte gemacht hat“. So sprechen Menschen, die entweder nicht unterrichtet oder vollkommen unfähig sind zu denken oder die ihre wirklichen Ziele hinter diesen oder jenen klangvollen,

schönklingenden und nichtssagenden Phrasen *verbergen*. Das Plenum hat nur diejenigen „enttäuscht“, die sich fürchteten, der Wahrheit ins Auge zu sehen, und die sich Illusionen hingaben. Wie groß auch zuweilen das „versöhnlerische Durcheinander“ auf dem Plenum war, doch im Resultat kam gerade die Vereinigung heraus, die allein möglich ist und die auch allein gebraucht wird. Wenn die Liquidatoren und Otsowisten die Resolution über den Kampf gegen das Liquidatorentum und den Otsowismus *unterschrieben* haben, aber am anderen Tag bereits noch „eifriger“ das Alte fortsetzen, so hat das nur bewiesen, daß die Partei unmöglich mit den nicht parteitreuen Elementen rechnen kann, so hat das nur noch deutlicher gezeigt, was das für Elemente sind. Die Partei ist ein freiwilliger Bund, und die Vereinigung ist nur dann möglich und nützlich, wenn sich Menschen vereinigen, die die gemeinsame Parteilinie auch nur einigermaßen gewissenhaft durchführen wollen und können, genauer: die an der Durchführung der *gemeinsamen* Parteilinie *interessiert* sind (durch ihre Anschauungen, ihre Bestrebungen). Eine Vereinigung ist unmöglich und schädlich, wenn sie versucht, die Klarheit über diese Linie abzuschwächen und zu verdunkeln, wenn sie versucht, durch eine fiktive Bindung diejenigen zu binden, die die Partei ganz entschieden in eine parteifeindliche Richtung zerrén. Und die Vereinigung zwischen den *Hauptgruppen* des Bolschewismus und des Menschewismus ist durch das Plenum erreicht und verankert worden, wenn nicht dank dem Plenum, so doch vermittels des Plenums.

Ein Arbeiter, der nicht will, daß man mit ihm wie mit einem Kind spricht, muß begreifen, daß das Liquidatorentum und der Otsowismus ebensolche nicht zufällige, sondern tief verwurzelte Richtungen sind wie der Bolschewismus und der Menschewismus. Nur die Verfasser von Märchen „für die Arbeiter“ erklären die Differenzen zwischen diesen Fraktionen für „intelligenzlerische“ Streitigkeiten. In Wirklichkeit wurden diese beiden Richtungen, die der gesamten Geschichte der Revolution in Rußland, den ersten (und in vieler Beziehung wichtigsten) Jahren der proletarischen Massenbewegung in Rußland ihr Gepräge gegeben haben, durch den Prozeß der *ökonomischen und politischen Umgestaltung Rußlands* aus einem Land der Leibeigenschaft in ein bürgerliches Land hervorgebracht, durch die Einflüsse der verschiedenen bürgerlichen Klassen, die auf das Proletariat einwirkten, oder richtiger: durch die Situation, in

der sich die verschiedenen Schichten der Bourgeoisie befanden und in der das Proletariat zu handeln hatte. Daraus folgt, daß eine Vereinigung der Sozialdemokratie in Rußland nicht zu erreichen ist durch die Beseitigung einer ihrer zwei Richtungen, die sich in der Periode der offenen, umfassenden, massenhaften, freien und historisch bedeutenden Aktionen der Arbeiterklasse in der Revolution gebildet haben. Daraus geht aber auch hervor, daß die Grundlagen einer realen Annäherung zwischen ihnen nicht in wohlwollenden Phrasen über die Einheit, über die Beseitigung der Fraktionen usw., sondern nur in der inneren Entwicklung der beiden Fraktionen bestehen. Und gerade eine solche Annäherung erlebt die Partei der Arbeiterklasse, seitdem wir Bolschewiki im Frühjahr 1909 den „Otsowismus“⁹⁷ endgültig zu Grabe getragen und die parteitreuen Menschewiki, an ihrer Spitze Plechanow, einen nicht minder entschiedenen Kampf gegen das Liquidatorentum aufgenommen haben. Daß die klassenbewußten Arbeiter in *beiden* Fraktionen in ihrer überwiegenden Mehrheit auf der Seite der Gegner des Otsowismus und des Liquidatorentums stehen, das ist unbestreitbar. Wie schwer daher, wie schwierig zeitweilig und immer unangenehm der innerparteiliche Kampf auf diesem Boden auch sein mag, wir dürfen das *Wesen* der Erscheinung nicht über ihrer *Form* vergessen. Wer als Grundlage dieses Kampfes (der beim gegenwärtigen Zustand der Partei unvermeidlich ein Fraktionskampf ist) nicht den Prozeß des *Zusammenschlusses* des Hauptkerns der Partei, der klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter, sieht, der sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht.

Diesem Zusammenschluß des wirklichen sozialdemokratischen Kerns wird auch die „*Rabotschaja Gaseta*“ dienen, die wir Bolschewiki gründen, nachdem wir uns die Zustimmung der parteitreuen Menschewiki (an ihrer Spitze Plechanow) gesichert haben, unsere Publikation zu unterstützen. Diese Publikation muß gezwungenermaßen von einer Fraktion herausgegeben werden, als fraktionelles Unternehmen der Bolschewiki in Erscheinung treten. Es werden sich wohl Menschen finden, die auch hier den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen und ein Geschrei über die „*Rückkehr*“ zum Fraktionswesen erheben werden. Indem wir ausführlich unsere Ansicht über *Wesen* und *Bedeutung* der sich wirklich vollziehenden, der wirklich wichtigen und notwendigen Parteivereinigung dargelegt haben, haben wir damit schon gezeigt, was solche Einwände wert sind,

deren *wirklicher* Sinn nur ist, die Frage der Vereinigung zu *verwirren* und diese oder jene fraktionellen Ziele zu *verbergen*. Wir aber möchten vor allem, daß die „Rabotschaja Gaseta“ den Arbeitern hilft, die Gesamtlage in der Partei und alle Aufgaben der Partei mit aller Klarheit und bis zu Ende zu verstehen.

Bei der Herausgabe der „Rabotschaja Gaseta“ rechnen wir auf die Hilfe des ZK unserer Partei wie der örtlichen Organisationen und der einzelnen Gruppen bewußter Arbeiter, die gegenwärtig keine Verbindung zur Partei haben. Wir rechnen auf die Hilfe des ZK, wobei wir wissen, daß es ihm während vieler Monate nicht gelang, seine Arbeit in Rußland mit *Erfolg* zu organisieren, eben deshalb nicht gelang, weil es außer bei den Bolschewiki und den parteitreuen Menschewiki *nirgends* Unterstützung fand, sondern sogar häufig auf den direkten Widerstand der anderen Fraktionen stieß. Dieser schwere Abschnitt im Leben des ZK geht vorüber, und damit er schneller vorübergeht, dürfen wir nicht einfach „abwarten“, bis das ZK wiederhergestellt ist, sich festigt usw., sondern müssen, gestützt auf die Initiative der einzelnen Gruppen und der einzelnen lokalen Organisationen *unverzüglich* darangehen – und sei es zunächst in allerbescheidensten Maßen –, eben diese Sache der Festigung der Parteilinie und einer *wirklichen* Parteieinheit in Angriff zu nehmen, an der ja auch das ZK am meisten arbeitet. Wir rechnen auf die Unterstützung der lokalen Organisationen und der einzelnen Gruppen von Arbeitern, denn ausschließlich ihre aktive Mitarbeit an der Zeitung, ausschließlich ihre Unterstützung, ihre Einschätzungen, ihre Artikel, Materialien, Mitteilungen und Bemerkungen können die „Rabotschaja Gaseta“ auf die Beine stellen und ihr ständiges Erscheinen gewährleisten.

Geschrieben im Oktober 1910.

Zuerst veröffentlicht

am 5. Mai 1937

in der „Prawda“ Nr. 122.

Nach dem Manuskript.

DIE LEHREN DER REVOLUTION

Fünf Jahre sind vergangen, seit im Oktober 1905 die Arbeiterklasse Rußlands der zaristischen Selbstherrschaft den ersten wuchtigen Schlag versetzt hat. Das Proletariat hat in jenen großen Tagen Millionen Werktätiger zum Kampf gegen ihre Unterdrücker mitgerissen. Es hat sich in wenigen Monaten des Jahres 1905 Verbesserungen erkämpft, die die Arbeiter jahrzehntelang vergeblich von der „Obrigkeit“ erwartet hatten. Das Proletariat erkämpfte für das ganze russische Volk, wenn auch nur für kurze Zeit, eine in Rußland noch nie dagewesene Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Es fegte die Bulyginsche Pseudoduma von seinem Wege, entriß dem Zaren das Manifest über die Verfassung und machte es ein für allemal unmöglich, Rußland ohne Vertretungskörperschaften zu regieren.

Die großen Siege des Proletariats erwiesen sich als halbe Siege, weil die Zarenherrschaft nicht gestürzt worden war. Der Dezemberaufstand endete mit einer Niederlage, und die zaristische Selbstherrschaft begann, in dem Maße, wie der Ansturm der Arbeiter und der Massenkampf schwächer wurden, der Arbeiterklasse eine Errungenschaft nach der andern wieder zu rauben. Im Jahre 1906 waren die Streiks der Arbeiter, die Bauern- und Soldatenunruhen weitaus schwächer als im Jahre 1905, aber immerhin waren sie noch sehr stark. Der Zar jagte die erste Duma auseinander, zu deren Zeit der Kampf des Volkes sich wieder zu entfalten begonnen hatte, aber er wagte es nicht, das Wahlgesetz sofort zu ändern. Im Jahre 1907 wurde der Kampf der Arbeiter noch schwächer, und der Zar vollzog einen Staatsstreich und jagte die zweite Duma auseinander (3. Juni 1907); er brach alle seine feierlichen Versprechungen, keine Ge-

setze ohne Zustimmung der Duma zu erlassen, und änderte das Wahlgesetz so, daß die Mehrheit in der Duma den Gutsbesitzern und Kapitalisten, der Partei der Schwarzhunderter und ihren Helfershelfern absolut gesichert war.

Sowohl die Siege wie die Niederlagen der Revolution haben dem russischen Volk ganz bedeutende historische Lehren erteilt. Wenn wir den fünften Jahrestag der Revolution von 1905 begehen, wollen wir versuchen, uns den Hauptinhalt dieser Lehren klarzumachen.

Die erste und grundlegende Lehre ist die, daß nur der revolutionäre Massenkampf imstande ist, einigermaßen ernsthafte Verbesserungen im Leben der Arbeiter und in der Verwaltung des Staates durchzusetzen. Keine „Sympathie“ der gebildeten Leute für die Arbeiter, kein heroischer Kampf terroristischer Einzelgänger konnte die zaristische Selbstherrschaft und die Allmacht der Kapitalisten untergraben. Nur der Kampf der Arbeiter selbst, nur der gemeinsame Kampf der Millionen konnte das tun, und als dieser Kampf schwächer wurde, begann man sofort den Arbeitern das, was sie sich erobert hatten, wieder zu entreißen. Die russische Revolution hat bestätigt, was im internationalen Lied der Arbeiter gesungen wird:

„Es rettet uns kein höh'res Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können wir nur selber tun.“

Die zweite Lehre ist die, daß es nicht genügt, die Macht des Zaren zu untergraben und einzuschränken. Sie muß vernichtet werden. Solange die Zarenmacht nicht vernichtet ist, werden die Zugeständnisse des Zaren stets von kurzer Dauer sein. Der Zar machte Zugeständnisse, als der Ansturm der Revolution stärker wurde, und nahm alle Zugeständnisse wieder zurück, als der Ansturm schwächer wurde. Nur die Eroberung der demokratischen Republik, der Sturz der zaristischen Macht, der Übergang der Macht in die Hände des Volkes kann Rußland befreien von der Gewalt und der Willkür der Beamten, von der Duma der Schwarzhunderter und Oktobristen, von der Allmacht der Gutsbesitzer und ihrer Handlanger im Dorf. Wenn die Nöte der Bauern und der Arbeiter heute, nach der Revolution, noch schwerer geworden sind als vorher, so ist das das Entgelt dafür, daß die Revolution schwach war, daß die Zarenherrschaft nicht gestürzt worden ist. Das Jahr 1905 und dann die ersten beiden Dumas und

ihre Auflösung haben das Volk sehr vieles gelehrt, haben es vor allem gelehrt, für politische Forderungen gemeinsam zu kämpfen. Das zum politischen Leben erwachende Volk forderte zunächst von der Selbstherrschaft Zugeständnisse: der Zar solle die Duma einberufen, der Zar solle die alten Minister durch neue ersetzen, der Zar solle das allgemeine Wahlrecht „gewähren“. Aber die Selbstherrschaft ging auf solche Zugeständnisse nicht ein und konnte nicht darauf eingehen. Die Bitten um Zugeständnisse beantwortete die Selbstherrschaft mit Bajonetten. Und da begann das Volk zu der Einsicht zu kommen, daß der *Kampf* gegen die absolutistische Macht notwendig ist. Und diese Einsicht wird den Bauern heute von Stolypin und der schwarzen Duma der Herren mit noch größerer Kraft sozusagen in die Köpfe eingehämmert. Sie hämmern sie ihnen ständig ein, bis sie ihnen in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Auch die zaristische Selbstherrschaft hat aus der Revolution ihre Lehren gezogen. Sie hat gesehen, daß sie sich auf den Glauben der Bauern an den Zaren nicht mehr verlassen kann. Sie festigt jetzt ihre Macht durch ein Bündnis mit den Gutsbesitzern aus dem Lager der Schwarzhunderter und mit den oktobristischen Fabrikanten. Um die zaristische Selbstherrschaft zu stürzen, ist heute ein weitaus stärkerer Ansturm des revolutionären Massenkampfes notwendig als im Jahre 1905.

Ist ein solcher weitaus stärkerer Ansturm möglich? Die Antwort auf diese Frage führt uns zu der *dritten und wichtigsten* Lehre der Revolution. Diese Lehre besteht darin, daß wir gesehen haben, *wie* die verschiedenen Klassen des russischen Volkes handeln. Vor dem Jahre 1905 schien es vielen, das ganze Volk strebe gleicherweise nach der Freiheit und wolle die gleiche Freiheit; wenigstens hatte die übergroße Mehrheit keine klare Vorstellung davon, daß die verschiedenen Klassen des russischen Volkes zum Kampf für die Freiheit eine verschiedene Einstellung haben und nicht die gleiche Freiheit anstreben. Die Revolution hat den Nebel zerstreut. Ende 1905 und dann auch zur Zeit der ersten und der zweiten Duma traten *alle* Klassen der russischen Gesellschaft offen auf. Sie zeigten sich in der Praxis, offenbarten ihre wahren Bestrebungen, zeigten, wofür sie kämpfen können und wie stark, hartnäckig und energisch zu kämpfen sie imstande sind.

Die Fabrik- und Werkarbeiter, das Industrieproletariat hat am entschlossensten und hartnäckigsten gegen die Selbstherrschaft gekämpft. Das

Proletariat hat die Revolution mit dem 9. Januar und mit Massenstreiks begonnen. Das Proletariat hat den Kampf bis zur letzten Konsequenz geführt, indem es sich im Dezember 1905 zum bewaffneten Aufstand erhob, zur Verteidigung der Bauern, die niedergeschossen, niedergemetzelt und mißhandelt wurden. Die Zahl der streikenden Arbeiter betrug im Jahre 1905 etwa *drei Millionen* (mit den Eisenbahnern, den Postangestellten usw. sicherlich an die vier Millionen), im Jahre 1906 – eine Million, im Jahre 1907 – $\frac{3}{4}$ Millionen. Eine solche Stärke der Streikbewegung hatte die Welt noch nicht gesehen. Das russische Proletariat hat gezeigt, welche gewaltigen Kräfte in den Arbeitermassen verborgen sind, wenn eine wirklich revolutionäre Krise heranreift. Die Streikwelle des Jahres 1905, die gewaltigste der Welt, hat noch bei weitem nicht alle Kampfkräfte des Proletariats erschöpft. Zum Beispiel gab es im Moskauer Industriegebiet mit 567 000 Industriearbeitern 540 000 Streikende, im Petersburger Gebiet jedoch mit 300 000 Industriearbeitern 1 Million. Die Arbeiter des Moskauer Gebiets haben also bei weitem noch nicht eine solche Hartnäckigkeit im Kampf entfaltet wie die Petersburger Arbeiter. Und im Gouvernement Livland (Riga) kamen auf 50 000 Arbeiter 250 000 Streikende, d. h., jeder Arbeiter streikte im Jahre 1905 durchschnittlich mehr als fünfmal. Heute gibt es in ganz Rußland keinesfalls weniger als drei Millionen Fabrik-, Berg- und Eisenbahnarbeiter, und diese Zahl steigt von Jahr zu Jahr; bei einer solchen Wucht der Bewegung, wie sie Riga im Jahre 1905 aufwies, würde die Armee der *Streikenden 15 Millionen* zählen.

Einem solchen Ansturm gegenüber würde keine zaristische Macht standhalten. Aber jedermann versteht, daß ein solcher Ansturm nicht künstlich, auf Wunsch der Sozialisten oder der fortgeschrittenen Arbeiter hervorgerufen werden kann. Ein solcher Ansturm ist nur dann möglich, wenn das ganze Land von einer Krise, von Empörung, von der Revolution erfaßt wird. Um einen solchen Ansturm vorzubereiten, gilt es, in den Kampf auch die rückständigsten Schichten der Arbeiter hineinzuziehen, gilt es, jahrelang eine hartnäckige, umfassende, unablässige Propaganda-, Agitations- und Organisationsarbeit zu leisten und die verschiedensten Verbände und Organisationen des Proletariats zu schaffen und zu festigen.

Hinsichtlich der Kampfkraft stand die Arbeiterklasse Rußlands an der Spitze aller übrigen Klassen des russischen Volkes. Die Bedingungen selbst, unter denen die Arbeiter leben, machen sie fähig zum Kampf und

treiben sie zum Kampf. Das Kapital konzentriert die Arbeiter in großen Massen in großen Städten, schließt sie zusammen und lehrt sie, gemeinsam zu handeln. Auf Schritt und Tritt stoßen die Arbeiter unmittelbar auf ihren Hauptfeind – die Klasse der Kapitalisten. Im Kampf gegen diesen Feind wird der Arbeiter *Sozialist*, gelangt er zu der Erkenntnis, daß es notwendig ist, die gesamte Gesellschaft ganz und gar umzugestalten, jegliches Elend und jegliche Unterdrückung ganz und gar zu beseitigen. Die zu Sozialisten werdenden Arbeiter kämpfen selbstlos und mutig gegen alles, was ihnen im Wege steht, vor allem aber gegen die zaristische Macht und die fröhlichen Gutsbesitzer.

Auch die Bauern sind während der Revolution in den Kampf gegen die Gutsbesitzer und gegen die Regierung getreten, aber ihr Kampf war weit aus schwächer. Es ist berechnet worden, daß von den Industriearbeitern die Mehrheit (bis zu $\frac{3}{5}$) am revolutionären Kampf, an den Streiks teilgenommen hat, von den Bauern dagegen zweifellos nur eine Minderheit: bestimmt nicht mehr als ein Fünftel oder ein Viertel. Die Bauern kämpften weniger hartnäckig, zersplitterter, weniger bewußt, nicht selten immer noch in der Hoffnung auf die Güte von Väterchen Zar. In den Jahren 1905/1906 haben die Bauern den Zaren und die Gutsbesitzer eigentlich nur geschreckt. Man soll sie aber nicht schrecken, man muß sie *vernichten*, muß *ihre* Regierung – die *Zarenregierung* – vom Angesicht der Erde hinwegfegen. Jetzt bemühen sich Stolypin und die Duma der Schwarzhunderter und der Gutsbesitzer, aus den reichen Bauern neue Gutsbesitzer, Einzelhofbesitzer, Verbündete des Zaren und der Schwarzhunderter zu machen. Aber je mehr der Zar und die Duma den reichen Bauern helfen, die Masse der Bauern zu ruinieren, desto politisch bewußter wird diese Masse, desto weniger wird sie sich den Glauben an den Zaren, den Glauben höriger Sklaven, den Glauben geduckter und unwissender Menschen bewahren. Mit jedem Jahr wächst im Dorf die Zahl der Landarbeiter – und diese können ihre Rettung nirgendwo anders finden als im Bündnis mit den Arbeitern der Stadt für den gemeinsamen Kampf. Mit jedem Jahr wächst im Dorf die Zahl der ruinierten, vollends verelendeten, ausgehungerten Bauern – Millionen und aber Millionen von ihnen werden, wenn sich das Stadtproletariat erhebt, entschiedener und geschlossener den Kampf gegen den Zaren und die Gutsbesitzer aufnehmen.

An der Revolution hat auch die liberale Bourgeoisie teilgenommen, d. h.

die liberalen Gutsbesitzer, Fabrikanten, Rechtsanwälte, Professoren usw. Sie bilden die Partei der „Volksfreiheit“ (Konstitutionelle Demokraten, Kadetten). Sie haben dem Volk viel versprochen und in ihren Zeitungen viel Aufhebens von der Freiheit gemacht. Sie hatten die Mehrheit der Abgeordneten in der ersten und in der zweiten Duma. Sie versprachen, auf „friedlichem Wege“ die Freiheit zu erlangen, sie verurteilten den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern. Die Bauern und viele der Bauernabgeordneten (der „Trudowiki“) glaubten diesen Versprechungen, folgten demütig und gehorsam den Liberalen und blieben abseits vom revolutionären Kampf des Proletariats. Das war ein riesengroßer Fehler der Bauern (und vieler Städter) während der Revolution. Die Liberalen unterstützten – und auch dies sehr, sehr selten – mit der einen Hand den Kampf für die Freiheit, die andere Hand aber streckten sie stets dem Zaren entgegen, dem sie versprachen, seine Macht aufrechtzuerhalten und zu festigen, die Bauern mit den Gutsbesitzern auszusöhnen, die „auführerischen“ Arbeiter zu „beschwichtigen“.

Als die Revolution bis zum entscheidenden Kampf gegen den Zaren, bis zum Dezemberaufstand des Jahres 1905 gediehen war, da haben die Liberalen die Freiheit des Volkes samt und sonders gemein verraten und sind vom Kampf abgeschwenkt. Die zaristische Selbstherrschaft nutzte diesen Verrat der Liberalen an der Volksfreiheit aus, sie nutzte die Unwissenheit der Bauern aus, die in vielem den Liberalen glaubten, und schlug die aufständischen Arbeiter nieder. Als aber das Proletariat niedergeschlagen war, haben keine Dumas, keine honigsüßen Reden der Kadetten, keine ihrer Versprechungen den Zaren davon zurückgehalten, alle Reste der Freiheit zu vernichten, die Selbstherrschaft und die Allmacht der fröherrlichen Gutsbesitzer wiederaufzurichten.

Die Liberalen waren die Betrogenen. Die Bauern haben eine harte, aber nützliche Lehre erhalten. Es kann in Rußland keine Freiheit geben, solange die breiten Massen des Volkes den Liberalen glauben, solange sie an die Möglichkeit eines „Friedens“ mit der zaristischen Macht glauben, solange sie sich abseits vom revolutionären Kampf der Arbeiter halten. Keine Macht der Erde wird den Anbruch der Freiheit in Rußland aufhalten können, wenn die Masse des Stadtproletariats sich zum Kampf erhebt, die schwankenden und verräterischen Liberalen beiseite schiebt und die Landarbeiter sowie die ruinierte Bauernschaft mit sich führt.

Daß aber das Proletariat Rußlands sich zu einem solchen Kampf erheben, daß es sich wieder an die Spitze der Revolution stellen wird – dafür bietet die ganze ökonomische Lage Rußlands, die ganze Erfahrung der Revolutionsjahre Gewähr.

Vor fünf Jahren hat das Proletariat der zaristischen Selbstherrschaft den ersten Schlag versetzt. Dem russischen Volke leuchteten die ersten Strahlen der Freiheit. Jetzt ist die zaristische Selbstherrschaft wiederhergestellt, wieder herrschen und regieren die Fronherren, wieder wird überall den Arbeitern und Bauern Gewalt angetan, überall triumphieren asiatische Willkür der Behörden und gemeine Verhöhnung des Volkes. Aber die harten Lehren sind nicht vergeblich gewesen. Das russische Volk ist nicht mehr dasselbe wie vor 1905. Das Proletariat hat das Volk kämpfen gelehrt. Das Proletariat wird es zum Sieg führen.

*„Rabotschaja Gasetä“ Nr. 1,
30. Oktober (12. November) 1910.*

*Nach dem Text der
„Rabotschaja Gasetä“.*

ZWEI WELTEN

Über den Magdeburger Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist in allen Zeitungen schon viel geschrieben worden, und alle wichtigen Ereignisse dieses Parteitags, alle Peripetien des Kampfes sind hinlänglich bekannt. Die äußere Seite des Kampfes zwischen Revisionisten und Orthodoxen, die dramatischen Episoden auf diesem Parteitag haben die Aufmerksamkeit der Leser auf Kosten der Klarlegung der prinzipiellen Bedeutung dieses Kampfes, der ideologisch-politischen Wurzeln der Divergenzen allzu stark in Anspruch genommen. Indes liefern die Magdeburger Debatten, vor allem die Debatten über die Stimmabgabe der Badenser für das Budget, ein äußerst interessantes Material, das zwei Ideenwelten und zwei Klassentendenzen *innerhalb* der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei charakterisiert. Die Budgetbewilligung ist lediglich eine der Ausdrucksformen dieser Divergenz zwischen den zwei Welten, einer Divergenz, die so groß ist, daß sie zweifellos noch bei viel ernsteren, tiefergehenden und wichtigeren Anlässen in Erscheinung treten wird. Und jetzt, da in Deutschland für alle sichtbar ein großer revolutionärer Sturm *herannahet*, sind die Magdeburger Debatten als kleine Heerschau eines kleinen Teils der Armee (denn die Frage der Budgetbewilligung ist nur ein kleiner Teil der Grundfragen der sozialdemokratischen Taktik) *vor* Beginn des Gefechts zu betrachten.

Was hat diese Heerschau gezeigt, wenn es sich darum handelt, wie die verschiedenen Teile der proletarischen Armee ihre Aufgaben verstehen? Was sagt uns diese Heerschau über das künftige Verhalten dieser verschiedenen Teile der Armee? Das sind die Fragen, auf die wir eingehen wollen.

Beginnen wir mit dem Zusammenstoß in einer (auf den ersten Blick) untergeordneten Frage. Der Führer der Revisionisten, Frank, betonte wie alle Badenser mit Eifer, daß der Minister von Bodman die „Gleichberechtigung“ der Sozialdemokratie mit anderen, bürgerlichen Parteien anfangs nicht anerkannt, später aber diese „Beleidigung“ gewissermaßen zurückgenommen habe. In seinem Referat führte Bebel darüber folgendes aus:

„Wenn ein Minister des heutigen Staates, ein Vertreter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung – und der heutige Staat hat als politische Institution den Zweck, die Verteidigung und Aufrechterhaltung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gegen alle Angriffe von sozialdemokratischer Seite zu übernehmen, nötigenfalls mit Gewalt –, wenn also ein solcher Minister sagt, er anerkenne diese Gleichberechtigung nicht, so hat er von seinem Standpunkt aus ganz recht.“ Frank unterbricht Bebel und ruft: „Unerhört!“ Bebel setzt fort und antwortet ihm: „Ich finde das ganz natürlich.“ Frank macht einen erneuten Zwischenruf: „Unerhört!“

Warum war Frank so empört? Weil er vom Glauben an die bürgerliche „Gesetzlichkeit“, an die bürgerliche „Gleichberechtigung“ völlig durchdrungen ist, ohne die historischen *Grenzen* dieser Gesetzlichkeit zu begreifen, ohne zu begreifen, daß diese ganze Gesetzlichkeit zerschellen, unvermeidlich zerschellen *muß*, sobald es auf die wichtigste und hauptsächlichste Frage, auf die Erhaltung des bürgerlichen Eigentums, ankommt. Frank ist ganz und gar von kleinbürgerlichen Verfassungssillusionen durchdrungen; deshalb begreift er nicht die historische *Bedingtheit* der konstitutionellen *Verhältnisse selbst* in einem Lande wie Deutschland; er glaubt an die absolute Bedeutung, an die absolute Macht der bürgerlichen (richtiger: bürgerlich-feudalen) Verfassung in Deutschland und ist ehrlich *beleidigt*, weil ein konstitutioneller Minister nicht anerkennen will, daß er, Frank, ein Parlamentsabgeordneter, ein Mensch, der in vollem Einklang mit den Gesetzen handelt, „gleichberechtigt“ ist. Sich an dieser Gesetzlichkeit berauschend, geht Frank so weit, daß er die Unversöhnlichkeit von Bourgeoisie und Proletariat vergißt und, ohne es selbst zu merken, auf die Positionen derer übergeht, die diese bürgerliche Gesetzlichkeit für ewig halten, die glauben, der Sozialismus könne im Rahmen dieser Gesetzlichkeit Platz finden.

Bebel stellt die Dinge auf ihren Platz, von dem Boden dieser, der bürgerlichen Demokratie eigenen Verfassungssillusionen auf den realen Boden

des Klassenkampfes. Kann es denn eine „Beleidigung“ sein, wenn uns, den Feinden der gesamten bürgerlichen Ordnung, ein Verteidiger dieser Ordnung die Gleichberechtigung auf dem Boden des bürgerlichen Rechts abspricht? Schon allein die Annahme, daß mich das beleidigen kann, zeugt von der Unbeständigkeit meiner sozialistischen Überzeugungen!

Und Bebel bemüht sich, Frank die sozialdemokratischen Auffassungen durch anschauliche Beispiele klarzumachen. Uns konnte das Sozialistengesetz nicht „beleidigen“, sagte Bebel zu Frank; wir waren von Zorn und Haß erfüllt, „... und hätten wir damals gekonnt, wie wir innerlich wollten, wir hätten losgeschlagen und hätten alles zertrümmert, was uns im Wege lag“. (*Stürmische Zustimmung*, heißt es an dieser Stelle im stenografischen Bericht.) „Wir wären Verräter an unserer Sache gewesen, wenn wir das nicht getan hätten. (*Sehr richtig!*) Aber wir konnten es nicht...“

Es beleidigt mich, wenn ein konstitutioneller Minister die Gleichberechtigung der Sozialisten nicht anerkennt – rät Bebel Frank. Es darf für Sie keine Beleidigung sein, wenn Ihnen die Gleichberechtigung von einem Menschen abgesprochen wird – sagt Bebel –, der Sie noch kürzlich unterdrückte und alle „Prinzipien“ mit Füßen trat, der Sie als Verteidiger der bürgerlichen Ordnung unterdrücken mußte und der Sie auch morgen wird unterdrücken müssen (das hat Bebel zwar nicht gesagt, aber er hat es ganz klar angedeutet; warum Bebel so vorsichtig war, sich nur auf Andeutungen zu beschränken, werden wir an der entsprechenden Stelle sagen). Wir wären Verräter, wenn wir diese Feinde des Proletariats nicht erwürgen würden, sobald wir die Möglichkeit dazu haben.

Zwei Ideenwelten: auf der einen Seite der Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes, der in bestimmten historischen Perioden auf dem Boden der bürgerlichen Gesetzlichkeit geführt werden kann, der aber *unvermeidlich* zur Entscheidung, zum offenen Kampf, zu der Alternative führt: entweder den bürgerlichen Staat zu „zertrümmern“ oder selbst zertrümmert und erwürgt zu werden. Auf der anderen Seite der Standpunkt des Reformisten, des Kleinbürgers, der den Wald vor lauter Bäumen nicht sieht, der hinter dem Flitterkram der verfassungsmäßigen Gesetzlichkeit den erbitterten Klassenkampf nicht sieht und in dem Krähwinkel irgendeines Kleinstaates die großen historischen Fragen der Gegenwart vergißt.

Die Reformisten dünken sich Realpolitiker, Männer der positiven Ar-

beit, Staatsmänner zu sein. Solche kindlichen Illusionen im Proletariat zu nähren ist für die Herren der bürgerlichen Gesellschaft vorteilhaft, die Sozialdemokraten aber müssen diese Illusionen unbarmherzig zerstören. Die Worte über Gleichberechtigung sind „nichtssagende Reden“, erklärte Bebel. „Er hat mit seinen nichtssagenden Reden eine ganze sozialistische Fraktion eingefangen, wer das kann, der ist ein Staatsmann“, erklärte Bebel unter allgemeiner Heiterkeit des Parteitags, „aber diejenigen, die sich so fangen lassen, das sind keine Staatsmänner . . .“ Das ist haargenau das, was für die verschiedensten Opportunisten des Sozialismus, die sich von den Nationalliberalen in Deutschland, von den Kadetten in Rußland einfangen lassen, zutrifft. „Die Negierer haben in der Welt oft mehr erreicht als die sogenannten positiven Arbeiter“, erklärte Bebel. „Scharfe Kritik, scharfe Opposition fällt alle Zeit auf fruchtbaren Boden, wenn sie berechtigt ist, und unsere ist gewiß berechtigt.“

Opportunistische Phrasen über positive Arbeit bedeuten in vielen Fällen Arbeit für die Liberalen, überhaupt Arbeit für die anderen, die die Macht in den Händen haben, die die Richtung der Tätigkeit des gegebenen Staates, der gegebenen Gesellschaft, des gegebenen Kollektivs bestimmen. Und Bebel hat diese Schlußfolgerung direkt gezogen, als er sagte: „Wir haben mehr solcher Nationalliberalen, die nationalliberale Politik machen.“ Als Beispiel dafür nannte Bebel Bloch, einen nicht unbekanntenen Redakteur der sogenannten (nach Bebels Worten – sogenannten) „Sozialistischen Monatshefte“. „Nationalliberale müssen hinaus, sie können in der Partei nicht bleiben“, erklärte Bebel ausdrücklich unter allgemeiner Zustimmung des Parteitags.

Man schaue sich die Liste der Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte“ an. Dort sind alle Vertreter des internationalen Opportunismus. Dort kann man sich nicht genug tun, um das Verhalten unserer Liquidatoren zu loben. Sind das nicht zwei Ideenwelten, wenn der Führer der deutschen Sozialdemokratie einen Redakteur dieses Organs einen Nationalliberalen nennt?

Die Opportunisten der ganzen Welt nehmen Kurs auf die Politik des Blocks mit den Liberalen, indem sie bald offen und unverhüllt diese Politik verkünden und durchführen, bald Wahlabkommen mit den Liberalen, Unterstützung ihrer Losungen usw. predigen und rechtfertigen. Bebel hat immer wieder die ganze Heuchelei, die ganze Verlogenheit dieser Politik

entlarvt, und von seinen Worten kann man ohne Übertreibung sagen, daß sie jeder Sozialdemokrat kennen und sich einprägen muß.

„Wenn ich als Sozialdemokrat in ein Bündnis mit bürgerlichen Parteien eintrete, so ist tausend gegen eins zu wetten, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Parteien die Gewinnenden und wir die Verlierenden sind. *Es ist ein politisches Gesetz*, daß überall, wo Rechte und Linke sich liieren, die Linke verliert und die Rechte gewinnt . . .

Wenn ich in ein politisches Freundschaftsverhältnis mit einer mir *grundsätzlich* gegnerischen Partei trete, dann muß ich notwendigerweise meine Taktik, d. h. meine Kampfweise, darauf einrichten, damit das Bündnis nicht breche. Ich darf also nicht mehr darauflos kritisieren, ich darf nicht mehr grundsätzlich kämpfen, denn damit verletze ich meine Bundesgenossen, ich bin gezwungen, zu schweigen, über manches den Mantel der Liebe zu decken, manches zu rechtfertigen, was sich nicht rechtfertigen läßt, zu vertuschen, was nicht vertuscht werden darf usw.“

Der Opportunismus ist eben deshalb Opportunismus, weil er die *grundlegenden* Interessen der Bewegung momentanen Vorteilen oder Erwägungen zum Opfer bringt, die auf der kurzsichtigsten, oberflächlichsten Berechnung beruhen. Frank erklärte in Magdeburg pathetisch, daß die Minister in Baden „uns Sozialisten zur Mitarbeit heranziehen wollen“!

Nicht nach oben, sondern nach unten muß man schauen, sagten wir während der Revolution zu unseren Opportunisten, die sich des öfteren für verschiedene Kadettenperspektiven begeisterten. Bebel meinte die Frank, als er in Magdeburg in seinem Schlußwort ausführte: „Die Massen begreifen es nicht, daß es Parteigenossen gibt, die Regierungen unterstützen, indem sie ihnen ein Vertrauensvotum geben, die sie am liebsten beseitigen möchten. Ich habe oftmals den Eindruck, daß ein Teil unserer Führer nicht mehr versteht, was die Massen zu leiden haben (*stürmische Zustimmung*), daß sie der Lage der Massen entfremdet sind.“ Und „es herrscht ein ungeheures Maß von Erbitterung in ganz Deutschland“.

„Wir sind jetzt in einer Zeit, wo wir uns auf faule Kompromisse nicht einlassen dürfen“, sagte Bebel an einer anderen Stelle seiner Rede. „Die Klassengegensätze werden nicht milder, sie werden schärfer. Wir marschieren sehr, sehr ernsten Zeiten entgegen. Was kommt nach den nächsten Wahlen? Das wollen wir abwarten. Wenn es gar dazu kommt, daß 1912 ein europäisches Kriegsgewitter losbricht, dann sollt ihr sehen, was

wir erleben und wo wir zu stehen haben. Sicherlich ganz woanders, als man jetzt in Baden steht.“

Während die einen sich mit der Lage der Dinge, wie sie in Deutschland zur Gewohnheit geworden ist, selbstgefällig zufriedengeben, richtet Bebel seine ganze Aufmerksamkeit auf die unvermeidlich bevorstehende Wendung und rät der Partei, ihr Augenmerk ebenfalls darauf zu richten: „Was wir bisher durchgeführt haben, waren alles nur Vorpostengefechte, Kleinigkeiten“, führte Bebel in seinem Schlußwort aus. Der Hauptkampf steht noch bevor. Und vom Standpunkt dieses Hauptkampfes aus ist die ganze Taktik der Opportunisten der Gipfel der Charakterlosigkeit und Kurzsichtigkeit.

Wo Bebel vom künftigen Kampf spricht, beschränkt er sich auf Andeutungen. Nicht ein einziges Mal spricht er direkt darüber, daß in Deutschland die Revolution herannaht, obwohl dies zweifellos seine Auffassung ist – alle Hinweise auf die Zuspitzung der Gegensätze, auf die Schwierigkeit von Reformen in Preußen, auf die ausweglose Lage der Regierung und der herrschenden Klassen, auf die wachsende Erbitterung der Massen, auf die Gefahr eines europäischen Krieges, auf die Verstärkung des wirtschaftlichen Drucks infolge des Steigens der Lebenshaltungskosten, der Vereinigung der Kapitalisten in Trusts, Kartellen usw. usf. – alles zielt offensichtlich darauf ab, der Partei und den Massen die Unvermeidlichkeit des revolutionären Kampfes klarzumachen.

Warum ist Bebel so vorsichtig, warum beschränkt er sich nur auf andeutende Hinweise? Weil die in Deutschland heranwachsende Revolution eine besondere, spezifische politische Situation vorfindet, die anderen vorrevolutionären Epochen in anderen Ländern nicht ähnlich ist und die daher von den Führern des Proletariats die Lösung einer gewissen *neuen* Aufgabe fordert. Die Hauptbesonderheit dieser spezifischen vorrevolutionären Situation besteht darin, daß die kommende Revolution unvermeidlich ungleich tiefgreifender, ernster sein wird, daß sie breitere Massen in einen schwierigeren, hartnäckigeren, langwierigeren Kampf hineinziehen wird als alle früheren Revolutionen. Gleichzeitig aber zeichnet sich diese vorrevolutionäre Situation dadurch aus, daß in ihr (im Vergleich zur Vergangenheit) die größte *Gesetzlichkeit* herrscht und daß diese Gesetzlichkeit denen im Weg ist, die sie eingeführt haben. Darin besteht die Eigenart der Lage, darin besteht die Schwierigkeit und das Neue der Aufgabe.

Die Ironie der Geschichte hat es mit sich gebracht, daß die herrschenden Klassen Deutschlands, die den stärksten Staat der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schufen, die die Bedingungen für den raschesten kapitalistischen Fortschritt und die stabilste verfassungsmäßige Gesetzlichkeit festigten, jetzt ganz offensichtlich in eine Lage kommen, wo sie diese Gesetzlichkeit, *ihre* Gesetzlichkeit zerschlagen *müssen*, zerschlagen müssen – um der Erhaltung der Herrschaft der Bourgeoisie willen.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die bürgerliche Gesetzlichkeit ungefähr ein halbes Jahrhundert lang vorbildlich ausgenutzt, indem sie die besten proletarischen Organisationen, eine ausgezeichnete Presse schuf und das Klassenbewußtsein und die Geschlossenheit der sozialistischen proletarischen Avantgarde auf die höchste Stufe hob (die unter dem Kapitalismus überhaupt möglich ist).

Jetzt naht die Zeit, da dieses halbe Jahrhundert deutscher Geschichte auf Grund von objektiven Ursachen durch eine andere Phase abgelöst werden *muß*. Die Epoche der Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen Gesetzlichkeit wird *abgelöst* durch eine Epoche gewaltiger revolutionärer Kämpfe, wobei diese Kämpfe *dem Wesen nach* die Zerstörung der *gesamten* bürgerlichen Gesetzlichkeit, der *gesamten* bürgerlichen Ordnung bedeuten werden, *der Form nach aber* beginnen müssen (und beginnen) mit verzweifelten Anstrengungen der Bourgeoisie, die von ihr selbst geschaffene und für sie unerträglich gewordene Gesetzlichkeit loszuwerden! „Schießen Sie gefälligst zuerst, meine Herren Bourgeois!“ – mit diesen Worten kennzeichnete Engels 1892 die Eigenart der Lage und die Eigenart der taktischen Aufgaben des revolutionären Proletariats.⁹⁸

Das sozialistische Proletariat wird keinen Augenblick lang vergessen, daß *ihm ein revolutionärer Massenkampf bevorsteht*, und zwar unvermeidlich bevorsteht, der alle und jede Gesetzlichkeit der zum Tode verurteilten bürgerlichen Gesellschaft zerschlagen wird. Und gleichzeitig hat die Partei, die ein halbes Jahrhundert lang die Gesetzlichkeit der Bourgeoisie vortrefflich *gegen* die Bourgeoisie ausgenutzt hat, nicht die geringste Veranlassung, auf die Vorzüge im Kampf, auf dieses Plus im Gefecht zu verzichten, die sich daraus ergeben, daß *der Feind sich verstrickt hat* in seiner eigenen Gesetzlichkeit, daß der Feind gezwungen ist, „zuerst zu schießen“, gezwungen ist, seine eigene Gesetzlichkeit zu zerschlagen.

Darin eben besteht die Eigenart der vorrevolutionären Situation im heutigen Deutschland. Daher die Vorsicht des alten Bebel, der die ganze Aufmerksamkeit auf den bevorstehenden großen Kampf lenkt und mit der ganzen Kraft seines außerordentlichen Talents, seiner Erfahrung, seiner Autorität gegen die kurzsichtigen und charakterlosen Opportunisten zu Felde zieht, die diesen Kampf nicht begreifen, die nicht taugen, in ihm Führer zu sein, denen es wahrscheinlich während der Revolution bevorsteht, aus *Führern* zu *Geführten* zu werden, wenn nicht gar hinweggefegt zu werden.

In Magdeburg hat man mit diesen Führern gestritten, ihnen die Mißbilligung ausgesprochen, ihnen ein offizielles Ultimatum gestellt als Vertretern all dessen, was sich in der großen revolutionären Armee an Unzuverlässigem, an Schwachem angesammelt hat, was von der bürgerlichen Gesetzlichkeit angesteckt ist, was abgestumpft ist vor ehrfurchtsvoller Verherrlichung dieser Gesetzlichkeit, Verherrlichung der ganzen Beschränktheit *einer* der Sklavenhalterepochen, d. h. einer der Epochen der bürgerlichen Herrschaft. Indem das deutsche Proletariat den Opportunisten die Mißbilligung aussprach und ihnen mit dem Ausschluß drohte, verurteilte es alle Elemente, die in seiner mächtigen Organisation stagnierend, schwankend und schlaff sind, die unfähig sind, mit der Mentalität der sterbenden bürgerlichen Gesellschaft zu brechen. Indem die fortgeschrittene Klasse die schlechten Revolutionäre in ihren Reihen verurteilte, hat sie vor dem Betreten des Weges der sozialen Revolution eine der letzten Heerschauen ihrer Kräfte durchgeführt.

*

Während die Aufmerksamkeit aller revolutionären Sozialdemokraten in der ganzen Welt darauf gerichtet war, wie sich die deutschen Arbeiter zum Kampf vorbereiten, wie sie den Zeitpunkt dafür wählen, den Feind scharf beobachten und sich von den Schwächen des Opportunismus *freimachen* – frohlockten die Opportunisten der ganzen Welt über die Meinungsverschiedenheiten zwischen Luxemburg und Kautsky in bezug auf die Einschätzung der gegenwärtigen Lage, in bezug auf die Frage, ob *sofort* oder *noch nicht sofort*, in diesem Augenblick oder im nächsten Augenblick einer jener Wendepunkte eintritt oder eintreten wird, wie es der 9. Januar in der russischen Revolution war. Die Opportunisten frohlockten

und versuchten, diese Meinungsverschiedenheiten, denen keine erstrangige Bedeutung zukommt, zu schüren sowohl in den „Sozialistischen Monatsheften“ als auch im „Golos Sozial-Demokrata“ (Martynow), in der „Shisn“ [Das Leben], im „Wosroshdenije“ und in dergleichen liquidatorischen Organen sowie in der „Neuen Zeit“ (Martow)*. Wie erbärmlich diese Methoden der Opportunisten aller Länder sind, wurde in Magdeburg dokumentiert, wo die Meinungsverschiedenheiten zwischen den revolutionären Sozialdemokraten Deutschlands keine bedeutende Rolle spielten. Die Schadenfreude der Opportunisten war verfrüht. Der Magdeburger Parteitag *nahm* den ersten Teil der von *Rosa Luxemburg* eingebrachten Resolution *an*, in der direkt auf den Massenstreik als Kampfmittel hingewiesen wird.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 18,
16. (29.) November 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

* In der „Neuen Zeit“ wurde Martow von Gen. Karski eine entschiedene Abfuhr erteilt.

UBER DIE DEMONSTRATION ANLÄSSLICH DES TODES MUROMZEWS

(Bemerkungen)

„Diese Duma“, schreibt die kadettische „Retsch“ anlässlich der ersten Sitzung der vierten Sitzungsperiode der Schwarzhunderterduma, „hat sich am heutigen Tag endgültig und unwiderruflich von den Stimmungen im Volk und vom Nationalbewußtsein selbst losgetrennt.“ Dies wird natürlich gesagt, weil die Schwarzhunderter und Oktobristen es ablehnten, das Andenken des Präsidenten der I. Duma, Muromzew, zu ehren.

Es wäre schwierig, die ganze Heuchelei und Verlogenheit des Standpunkts, den unsere Liberalen in bezug auf den Kampf um die Freiheit im allgemeinen und in bezug auf die Demonstration anlässlich des Todes Muromzews im besonderen einnehmen, anschaulicher als in dem angeführten Satz zum Ausdruck zu bringen.

Es besteht kein Zweifel, daß aus Anlaß des Todes Muromzews eine Demonstration gegen die Zarenregierung, gegen die Selbstherrschaft, gegen die Schwarzhunderterduma notwendig war, daß die Demonstration stattgefunden hat und daß sich daran die verschiedensten und breitesten Schichten der Bevölkerung, die verschiedensten Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Kadetten, den „Progressisten“ und den polnischen Oktobristen (Polnisches Kolo⁹⁹) beteiligt haben. Und genauso gibt es auch keinen Zweifel darüber, daß die Einschätzung dieser Demonstration durch die Kadetten zum hundertsten und tausendsten Mal beweist, wie fremd sie der Demokratie sind, wie *verderblich* es für die Sache der Demokratie in Rußland ist, wenn die Leitung dieser Angelegenheit in den Händen unserer Kadetten liegt oder wenn sie auch nur führend daran beteiligt sind.

Alle Demokraten und alle Liberalen haben sich an der Demonstration anlässlich des Todes Muromzews beteiligt und mußten sich daran betei-

gen, denn in der Finsternis des Regimes der schwarzen Duma bot eine solche Demonstration die Möglichkeit eines offenen und verhältnismäßig breiten Ausdrucks des *Protestes* gegen die Selbstherrschaft. Die Selbstherrschaft des Zaren hatte einen erbitterten Kampf gegen die Einführung von Vertretungskörperschaften in Rußland geführt. Als das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft durch ihren Massenkampf die Selbstherrschaft zwangen, das erste Parlament in Rußland einzuberufen, da hat die Selbstherrschaft diese Vertretungskörperschaft verfälscht und entstellt. Die Selbstherrschaft hat die Demokratie und das Volk verspottet und beschimpft, *sofern* in der I. Duma die Stimme des Volkes, die Stimme der Demokratie ertönte. Jetzt verfolgt die Selbstherrschaft sogar die Erinnerung an jenen schwachen Ausdruck der Forderungen der Demokratie in der I. Duma (in der Zeit der I. Duma und von ihrer Tribüne herab war der Ausdruck dieser Forderungen viel schwächer, ärmer, enger und weniger lebensfrisch als im Herbst 1905 von den Tribünen herab, die sich die Welle des offenen Massenkampfes selbst geschaffen hatte).

Deshalb konnten und mußten Demokratie und Liberalismus bei einer Protestdemonstration gegen die Selbstherrschaft aus jedem die Massen an die Revolution erinnernden Anlaß gemeinsam auftreten. Aber während sie gemeinsam demonstrierten, *konnten* sie *nicht* umhin, *ibr* Verhältnis sowohl zur Einschätzung der Aufgaben der Demokratie im allgemeinen als auch zur Geschichte der I. Duma im besonderen zum Ausdruck zu bringen. Und der erste Versuch einer solchen Einschätzung offenbarte die unerträgliche Dürftigkeit, die politische Ohnmacht und den politischen Schwachsinn unseres bürgerlichen Liberalismus.

Bedenkt nur: die schwarze Duma hat sich „heute“, am 15. Oktober 1910, „endgültig und unwiderruflich“ vom Volk „losgetrennt“! Das heißt, sie war bisher nicht unwiderruflich von ihm losgetrennt. Das heißt, die Teilnahme an der Feier zum Gedenken an Muromzew hätte die „Losgetrenntheit“ von den „Stimmungen im Volk“, das heißt die Losgetrenntheit dieser oder jener unserer Konterrevolutionäre von der Demokratie, beseitigen können, wäre dazu in der Lage gewesen. Begreift doch, ihr Herren, die ihr auf die ehrenvolle Bezeichnung eines Demokraten Anspruch erhebt, daß ihr selbst mehr als irgend jemand anders die Bedeutung der Demonstration herabmindert, sie herabwürdigt, wenn ihr die Frage so stellt. „Wie gering man auch in moralisch-politischer Hinsicht die III. Duma

einschätzen mochte“, schreibt die „Retsch“, „schien es unsinnig, zu denken, daß sie es fertigbringen wird, die elementare Pflicht von sich zu weisen, von der Tribüne aus dem Namen dessen, der sie (!) mit solcher Würde und solchem Glanz eröffnet und eingeweiht hat, Ehre zu zollen.“ Danke schön, dazu gibt es nichts weiter zu sagen: Muromzew hat „sie“, die III. Duma, eröffnet und eingeweiht! Die Kadetten haben mit diesen Worten unabsichtlich die bittere Wahrheit gesagt, daß der Verrat des russischen Liberalismus und der russischen Bourgeoisie am revolutionären Kampf und am Aufstand Ende des Jahres 1905 die Periode der Konterrevolution im allgemeinen und der III. Duma im besonderen „eröffnet und eingeweiht“ hat. „Man nahm an“, schreibt die „Retsch“, „daß ein Häuflein politischer Radaumacher nicht in der Lage sein wird, die Stimme des Anstands und des Taktes bei der Mehrheit der Duma zu ersticken.“ Siehe einer an! Die Frage drehte sich und dreht sich um „Anstand und Takt“ und nicht um den Protest gegen die Selbstherrschaft. Die Frage wird nicht so gestellt, daß sich die Demokratie von der Konterrevolution „lostrennt“, sondern so, daß sich der Liberalismus mit der Konterrevolution vereinigt. Der Liberalismus stellt sich auf den Boden der Konterrevolution, indem er deren Vertreter, die Oktobristen, einlädt, an der Feier zum Gedenken an Muromzew nicht als Ausdruck des Protestes gegen die Selbstherrschaft teilzunehmen, sondern um damit die Pflicht des „Anstandes und Taktes“ zu erfüllen. Muromzew hat das erste, vom Zaren einberufene Scheinparlament „eröffnet und eingeweiht“ (es gibt derartig garstige Worte!); ihr Herren Oktobristen, ihr sitzt im dritten, vom Zaren einberufenen Scheinparlament – wird es da nicht „unschicklich und taktlos“ sein, es abzulehnen, eine „elementare Pflicht“ zu erfüllen? Wie großartig widerspiegelt dieses ganz kleine Beispiel, allein dieser eine Gedankengang des offiziellen Organs der Kadetten die ganze ideologische und politische Fäulnis unseres Liberalismus. Seine Linie besteht darin, die Selbstherrschaft, die erzreaktionären Gutsbesitzer und ihre Verbündeten, die Oktobristen, zu überreden, nicht aber darin, das demokratische Bewußtsein der Massen zu entwickeln. Sein Schicksal ist daher das unausbleibliche und unvermeidliche Schicksal jedes ähnlichen bürgerlichen Liberalismus in jeder bürgerlich-demokratischen Revolution – auf ewig Sklave der Monarchie und der Feudalherren zu bleiben, ewig von ihnen Fußstritte zu bekommen.

Wenn die kadettischen Abgeordneten auch nur einen Funken Verständnis für die Aufgaben der Demokratie hätten, so würden sie sich auch in der III. Duma nicht um die Erfüllung der „elementaren Pflicht“ durch die *Oktobristen* gekümmert haben, sondern um eine Demonstration vor dem Volk. Dazu hätte man keine Eingabe an den Präsidenten richten dürfen, (die Verlesung einer solchen Eingabe hängt nach § 120 der Geschäftsordnung vom Ermessen des Präsidenten ab), sondern man hätte auf diesem oder jenem Wege erreichen müssen, daß diese Frage zur Debatte gestellt wird.

Wenn die Publizisten der Kadetten auch nur einen Funken Verständnis für die Aufgaben der Demokratie hätten, würden sie den *Oktobristen* nicht Taktlosigkeit vorwerfen, sondern erklären, daß das Verhalten der III. Duma gerade die Bedeutung der Demonstration aus Anlaß des Todes Muromzews unterstreicht, diese Frage aus einem *philisterhaft-spießerischen* Geschwätz über „Anstand und Takt“ auf die Ebene der *politischen* Einschätzung des gegenwärtigen Regimes und der Rolle der verschiedenen Parteien hebt.

Die Demonstration anlässlich des Todes Muromzews mußte aber auch eine andere Frage aufwerfen, nämlich die Frage der historischen Bedeutung der I. Duma. Es ist selbstverständlich, daß die Kadetten, die in der I. Duma die Mehrheit besaßen und in jener Zeit berauscht waren von der Hoffnung, ein Kadettenkabinett bilden zu können, berauscht von der Hoffnung auf einen „friedlichen“ Übergang zur Freiheit und auf die Festigung ihrer Hegemonie in der Demokratie, Muromzew als einen „Nationalhelden“ preisen. Die *Trudowiki* sanken in der Person des Herrn *Shilkin* so tief, daß sie, sich mit diesem liberalen Chor vereinigend, Muromzew direkt als den politischen „Erzieher“ der linken Parteien feierten.

Einer solchen Einschätzung der I. Duma durch die Kadetten und *Trudowiki* kommt die wichtige Bedeutung zu, daß sie das außerordentlich niedrige Niveau des politischen Bewußtseins in der russischen „Gesellschaft“ zeigt. Die „Gesellschaft“, die über die politische Rolle der Kadetten in der I. Duma in Entzücken gerät, hat nicht das Recht, sich über *Stolypin* und die III. Duma zu beklagen: sie hat ja gerade eine solche Regierung, die sie verdient. Eine Hegemonie des Liberalismus in der russischen Befreiungsbewegung schwächt unumgänglich die Bewegung und macht es unmöglich, die Herrschaft der barbarischen Gutsbesitzer zu beseitigen. Nur die

Überwindung des Liberalismus durch das Proletariat und die proletarische Hegemonie führten zu Siegen in der Revolution und sind *imstande*, weitere Siege zu erringen.

Die Periode der I. Duma war eine Periode, wo das im Dezember besiegte Proletariat seine Kräfte für einen neuen Ansturm sammelte. Der revolutionäre Streik, der sich nach dem Dezember abschwächte, schwoll aufs neue gewaltig an; den Arbeitern folgten die Bauern (im Frühjahr 1906 waren 46 Prozent aller Kreise im Europäischen Rußland von Bauernunruhen erfaßt); die „Meutereien“ unter den Soldaten verstärkten sich. Die liberale Bourgeoisie stand vor dem Dilemma: entweder den neuen *revolutionären* Ansturm der Massen unterstützen, und dann war der Sieg über den Zarismus möglich, oder sich von der Revolution abwenden und damit den Sieg des Zarismus erleichtern. Ein neuer Aufschwung des Massenkampfes, neue Schwankungen der Bourgeoisie, Unentschlossenheit und abwartende Haltung des Zarismus – darin bestand das *Wesen* der Periode der I. Duma, darin bestand die *Klassenbasis* dieses Zeitabschnitts in der russischen Geschichte.

Die Kadetten als führende Partei in der I. Duma und Muromzew als einer der Führer dieser Partei zeigten völliges Unverständnis der politischen Situation gegenüber und vollzogen einen neuen Verrat an der Demokratie. Sie wandten sich von der Revolution ab, verurteilten den Massenkampf, setzten ihm alle möglichen Hindernisse in den Weg und bemühten sich, die Unentschlossenheit des Zarismus auszunutzen, indem sie ihn mit der Revolution schreckten und *im Namen* der Revolution ein Kompromiß (= Kadettenkabinett) verlangten. Es ist klar, daß eine derartige Taktik *Verrat* gegenüber der Demokratie und ohnmächtige, quasi-„konstitutionelle“ Prahlerei gegenüber dem Zarismus war. Es ist klar, daß der Zarismus dadurch, daß er mit den Kadetten Verhandlungen „spielte“, für die Konzentration seiner Kräfte Zeit gewann und dabei das Auseinanderjagen der Duma und den Staatsstreich *vorbereitete*. Das Proletariat und ein Teil der Bauernschaft erhoben sich im Frühjahr 1906 zum neuen Kampf, ihre Schuld oder ihr Unglück bestand darin, daß sie nicht entschlossen genug und nicht in genügend großer Anzahl kämpften. Die Liberalen berauschten sich im Frühjahr 1906 am Verfassungsspiel und an Verhandlungen mit Trepow, sie verurteilten diejenigen und störten die Sache derjenigen, die allein die Trepow *stürzen* konnten.

Die Pharisäer der Bourgeoisie lieben den Ausspruch: de mortuis aut bene aut nihil (über die Toten schweigt man, oder man spricht nur Gutes). Das Proletariat braucht die *Wahrheit* sowohl über die lebenden politischen Persönlichkeiten als auch über die toten, denn die, die wirklich die Bezeichnung politische Persönlichkeit verdienen, sterben für die Politik nicht, wenn ihr physischer Tod eintritt. Eine konventionelle Lüge über Muromzew verbreiten, das heißt, der Sache des Proletariats und der Demokratie schaden, das Bewußtsein der Massen demoralisieren. Die bittere Wahrheit über die Kadetten und über jene auszusprechen, die sich von den Kadetten führen (und verführen) ließen, bedeutet, das *Große* in der ersten russischen Revolution ehren und der zweiten zum Erfolg verhelfen.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 18,
16. (29.) November 1910.
Unterschrift: *N. L e n i n.*

*Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.*

BEGINN EINES UMSCHWUNGS?

Die vorliegende Nummer war bereits umbrochen, als wir die Petersburger und Moskauer Zeitungen vom 12. November erhielten. Wie unzureichend auch die Nachrichten der legalen Presse sein mögen, es geht doch aus ihnen unzweifelhaft hervor, daß in einer ganzen Reihe von Städten Zusammenkünfte von Studenten, Kundgebungen und Straßendemonstrationen zum Protest gegen die Todesstrafe, mit Reden gegen die Regierung stattgefunden haben. Zu der Petersburger Demonstration am 11. November waren selbst nach den Angaben der „Russkije Wedomosti“¹⁰⁰, die ganz im Sinne der Oktobristen gehalten sind, *nicht weniger als 10 000 Personen* auf dem Newski-Prospekt erschienen. Wie die gleiche Zeitung mitteilt, schlossen sich auf der Petersburger Seite „am Volkshaus viele Arbeiter dem Demonstrationzug an. An der Tutschkow-Brücke hielt der Demonstrationzug an. Ein Polizeiaufgebot vermochte auf keine Weise, den Weitermarsch aufzuhalten, und die Menge drang mit Gesang und Fahnen in den Bolschoi-Prospekt auf der Wassiljew-Insel vor. Erst an der Universität gelang es der Polizei, die Menge zu zerstreuen.“

Polizei und Militär benahmen sich selbstredend wie echt russische Büttel.

Wir können zwar diesen unverkennbaren demokratischen Aufschwung erst in der nächsten Nummer würdigen, müssen aber doch hier schon einige Worte über die Haltung der verschiedenen Parteien zu der Demonstration sagen. Die „Russkije Wedomosti“, die am 11. die *Falschmeldung* brachten, die Demonstration sei abgesagt, teilen am 12. mit, die Sozialdemokraten hätten keinerlei Beschluß gefaßt, ja einzelne sozialdemokratische Abgeordnete hätten sich sogar ablehnend geäußert, und lediglich die Trudowiki hätten es in der von ihnen angenommenen Resolution für unmöglich befunden, die Demonstration zu verhindern. Wir zweifeln nicht, daß diese, unsere sozialdemokratischen Abgeordneten schmä-

hende Meldung falsch ist; wahrscheinlich haben die „*Russkije Wedomosti*“ sie sich ebenso böswillig aus den Fingern gezogen wie ihre gestrige Mitteilung, die Demonstration sei abgesagt. Der „*Golos Moskwy*“⁴⁰¹ meldet am 12.: „Mit Ausnahme der Sozialdemokraten lehnen die Abgeordneten aller Parteien die Straßenaktion der Studentenschaft ab.“

Es ist klar, daß die kadettischen und die oktobristischen Organe gar sehr „von der Wahrheit abweichen“, da sie eingeschüchtert sind durch das absolut unsinnige, lächerliche Geschrei der Rechten, wonach die „die Demonstration vorbereitenden Fäden vom Taurischen Palast aus gezogen werden“.

Daß sich aber die Kadetten unwürdig benommen haben, ist eine Tatsache. Die „*Retsch*“ veröffentlichte am 11., am Tage der Demonstration, einen Aufruf der kadettischen Abgeordneten mit der Aufforderung, nicht zu demonstrieren. Sowohl in diesem Aufruf als auch im Leitartikel der „*Retsch*“ wird eine wahrhaft niederträchtige Motivierung gegeben: man solle die Trauertage „nicht verdüstern“! „Manifestationen veranstalten und sie mit Tolstois Andenken verbinden“ heiße zeigen, „daß es einem an aufrichtiger Pietät für das heilige Andenken fehlt“!! usw. in rein oktobristischem Geist (man vergleiche den Leitartikel vom 11. im „*Golos Moskwy*“ mit fast buchstäblich denselben Phrasen).

Zum Glück ist es den Kadetten nicht gelungen, der Demokratie niederträchtigerweise ein Bein zu stellen. Die Demonstration hat dennoch stattgefunden. Und wenn die polizeiliche „*Rossija*“ auch weiterhin den Kadetten an allem die Schuld gibt, ja, es fertigbringt, in deren Aufruf ein „Schüren“ zu sehen, so haben, nach den Worten des „*Golos Moskwy*“, in der Duma die Oktobristen wie die extremen Rechten (Schulgin) das Verdienst der Kadetten gewürdigt und sie als „Gegner der Demonstration“ anerkannt.

Wer nicht aus dem ganzen Verlauf der russischen Revolution gelernt hat, daß die Befreiungsbewegung in Rußland eine hoffnungslose Sache ist, solange sie von den Kadetten geführt wird, solange sie es nicht versteht, sich vor den Verrätereien der Kadetten zu sichern, der möge wieder und immer wieder aus den Tatsachen der heutigen Politik, aus der Geschichte der Demonstration vom 11. November lernen.

Gleich der erste Beginn des demokratischen Aufschwungs ist ein Beginn kadettischer Gemeinheiten.

Wir wollen noch die Meldung des „Golos Moskwy“ erwähnen, wonach Arbeiter den Studenten vorgeschlagen haben, am 14. eine grandiose Demonstration zu veranstalten. Es wird wohl etwas Wahres daran sein, denn heute (am 15. [28.] November) berichten die Pariser Zeitungen, daß in St. Petersburg 13 Mitglieder des Büros der Gewerkschaftsverbände verhaftet worden sind wegen des *Versuchs*, eine Arbeiterkundgebung zu organisieren.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 18,
16. (29.) November 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

L. N. TOLSTOI

Leo Tolstoi ist tot. Seine Weltbedeutung als Künstler, seine Weltberühmtheit als Denker und Kündler, beides spiegelt auf seine Art die Weltbedeutung der russischen Revolution wider.

L. N. Tolstoi trat als großer Künstler bereits zur Zeit der Leibeigenschaft hervor. In einer Reihe von genialen Werken, die er während seiner mehr als ein halbes Jahrhundert umfassenden literarischen Tätigkeit schuf, schilderte er vornehmlich das alte, vorrevolutionäre Rußland, das auch nach 1861 noch in halber Leibeigenschaft verblieb, das Rußland des Dorfes, das Rußland des Gutsherrn und des Bauern. Bei der Schilderung dieser Etappe in Rußlands geschichtlichem Leben wußte L. Tolstoi in seinen Werken so viele große Fragen aufzurollen, sich zu solcher künstlerischen Kraft aufzuschwingen, daß seine Werke in der belletristischen Weltliteratur einen der ersten Plätze einnehmen. Die Epoche, in der sich ein von den Fronherren bedrücktes Land auf die Revolution vorbereitete, bedeutete dank Tolstoi, der sie genial beleuchtete, einen Schritt vorwärts in der künstlerischen Entwicklung der gesamten Menschheit.

Der Künstler Tolstoi ist selbst in Rußland nur einer verschwindenden Minderheit bekannt. Damit seine großen Werke wirklich zum Gemeingut *aller* werden, ist Kampf und noch einmal Kampf gegen eine Gesellschaftsordnung notwendig, die Millionen und aber Millionen zu Unwissenheit, Unterdrückung, Zwangsarbeit und Elend verurteilt, ist der sozialistische Umsturz notwendig.

Tolstoi schuf aber nicht nur Kunstwerke, die die Massen immer schätzen und lesen werden, wenn sie erst einmal das Joch der Gutsherrn und Kapitalisten abgeschüttelt und sich dadurch menschenwürdige Lebens-

bedingungen errungen haben – er verstand es auch, mit eindringlicher Kraft die Stimmung der vom gegenwärtigen System unterdrückten breiten Massen wiederzugeben, ihre Lage zu schildern, ihrem elementaren Protest und Unwillen Ausdruck zu verleihen. Tolstoi, der im wesentlichen der Epoche von 1861 bis 1904 angehört, gestaltete in seinen Werken – als Dichter wie als Denker und Kündler – mit erstaunlicher Prägnanz die Züge der historischen Eigenart der gesamten ersten russischen Revolution, ihre Stärke und ihre Schwäche.

Einer der wichtigsten spezifischen Charakterzüge unserer Revolution besteht darin, daß sie eine bürgerliche *Bauernrevolution* in einer Epoche sehr hoher Entwicklung des Kapitalismus in der ganzen Welt und verhältnismäßig hoher Entwicklung in Rußland selbst war. Es war eine bürgerliche Revolution, denn ihre unmittelbare Aufgabe war der Sturz der zaristischen Selbstherrschaft – der Zarenmonarchie – und die Zerstörung des gutsherrlichen Grundbesitzes, nicht aber die Beseitigung der Herrschaft der Bourgeoisie. Dieser letztgenannten Aufgabe war sich insbesondere die Bauernschaft nicht bewußt, die sich über den Unterschied zwischen dieser Aufgabe und den näherliegenden und unmittelbaren Aufgaben des Kampfes nicht im klaren war. Es war zugleich eine bürgerliche *Bauernrevolution*, denn die objektiven Bedingungen machten die Änderung der fundamentalen Lebensbedingungen der Bauernschaft, die Zerschlagung des überlieferten mittelalterlichen Grundbesitzes, die „Säuberung des Bodens“ für den Kapitalismus zur erstrangigen Frage, und die objektiven Bedingungen riefen die Bauernmassen zu einer mehr oder weniger selbständigen historischen Aktion auf den Plan.

In Tolstois Werken kommt die Stärke wie die Schwäche, die Kraft wie die Beschränktheit eben dieser bäuerlichen Massenbewegung zum Ausdruck. Sein glühender, leidenschaftlicher, nicht selten schonungslos scharfer Protest gegen den Staat und die polizeilich-staatliche Kirche übermittelt die Stimmung der primitiven Bauerndemokratie, in der die Jahrhunderte der Leibeigenschaft, bürokratischer Willkür und Räuberei, des kirchlichen Jesuitismus, des Betrugs und Gaunertums Berge von Erbitterung und Haß aufgetürmt hatten. Seine unbeirrbar Ablehnung des privaten Grundeigentums übermittelt die Denkart der Bauernmassen in einem historischen Augenblick, wo der überlieferte mittelalterliche Bodenbesitz, der der Gutsherren ebenso wie der Besitz, der auf dem staatlich regu-

lierten „Anteilland“system beruht, endgültig zu einem unerträglichen Hemmschuh für die Weiterentwicklung des Landes geworden ist und wo dieser alte Grundbesitz unausweichlich aufs jähste und rücksichtsloseste zerstört werden mußte. Seine unentwegte, von tiefem Gefühl und Iodern der Empörung erfüllte Entlarvung des Kapitalismus übermitteln das ganze Entsetzen des patriarchalischen Bauern, auf den ein neuer, unsichtbarer, unbegreiflicher Feind einzudringen begonnen hat, der irgendwoher aus der Stadt oder irgendwoher aus dem Ausland kommt, der alle „Säulen“ des Dorflebens zerstört, der beispiellosen Ruin, Armut, Hungertod, Verwilderung, Prostitution und Syphilis mitbringt – alle Heimsuchungen der „Epoche der ursprünglichen Akkumulation“, hundertfach verschärft durch die Verpflanzung der allerneuesten, von Herrn Coupon¹⁰² ausgearbeiteten Raubmethoden auf russischen Boden.

Zugleich damit aber offenbarte der feurig protestierende, der leidenschaftliche Ankläger, der große Kritiker in seinen Werken eine solche Verständnislosigkeit für die Ursachen der Krise und die Möglichkeiten eines Auswegs aus der Krise, die über Rußland hereinbrach, wie sie nur ein patriarchalisches, naiver Bauer haben kann, nicht aber ein europäisch gebildeter Schriftsteller. Der Kampf gegen den Staat der Fronherren und der Polizei, gegen die Monarchie, wurde bei ihm zur Negation der Politik, zur Lehre vom „Verzicht auf Widerstand gegen das Böse“ und führte ihn dazu, sich in den Jahren 1905–1907 vom revolutionären Kampf der Massen völlig abseits zu halten. Der Kampf gegen die Staatskirche ging Hand in Hand mit der Predigt einer neuen, geläuterten Religion, das heißt eines neuen, geläuterten, verfeinerten Giftes für die unterdrückten Massen. Die Ablehnung des privaten Grundeigentums führte nicht dazu, den ganzen Kampf zu konzentrieren gegen den wirklichen Feind, gegen den gutherrlichen Grundbesitz und dessen politisches Machtinstrument, d. h. die Monarchie, sondern zu verträumtem, verschwommenem, ohnmächtigem Wehklagen. Die Anklage gegen den Kapitalismus und die Leiden, mit denen dieser die Massen heimsucht, stand neben einer völlig apathischen Einstellung zu dem weltumspannenden Befreiungskampf, den das internationale sozialistische Proletariat führt.

Die Widersprüche in Tolstois Anschauungen sind nicht Widersprüche seines persönlichen Denkens allein, sondern eine Widerspiegelung der in höchstem Maße komplizierten, widerspruchsvollen Verhältnisse, sozialen

Einflüsse und historischen Traditionen, die maßgebend waren für die Denkart der verschiedenen Klassen und verschiedenen Schichten der russischen Gesellschaft in der Periode *nach* der Reform, aber *vor* der Revolution.

Und deshalb ist eine richtige Würdigung Tolstois nur vom Standpunkt der Klasse aus möglich, die durch ihre politische Rolle und ihren Kampf während des ersten Versuchs diese Widersprüche zu lösen, während der Revolution, ihre Berufung bewiesen hat, Führerin zu sein im Kampf für die Freiheit des Volkes und für die Befreiung der Massen von der Ausbeutung, die bewiesen hat, daß sie der Sache der Demokratie rückhaltlos ergeben und befähigt ist, gegen die Beschränktheit und Inkonsequenz der bürgerlichen (auch der bäuerlichen) Demokratie zu kämpfen – sie ist nur möglich vom Standpunkt des sozialdemokratischen Proletariats.

Man sehe, wie die Regierungszeitungen Tolstoi würdigen. Sie vergießen Krokodilstränen, um ihre Hochachtung vor dem „großen Schriftsteller“ zu beteuern und gleichzeitig den „Heiligen“ Synod zu verteidigen. Die frommen Kirchenväter aber haben sich eben erst eine ganz besonders gemeine Infamie geleistet, als sie ihre Pfaffen zu dem Sterbenden schickten, um das Volk übertölpeln und sagen zu können, Tolstoi habe „bereut“. Der Heilige Synod hatte Tolstoi aus der Kirche ausgestoßen. Um so besser. Diese Tat soll ihm angerechnet werden in der Stunde der Abrechnung des Volkes mit den Beamten in Kutten, den Gendarmen in Christo, den finsternen Inquisitoren, die die Judenpogrome und die anderen Schandtaten der zaristischen Schwarzhunderterbande unterstützt haben.

Man sehe, wie die liberalen Zeitungen Tolstoi würdigen. Sie tun die Sache ab mit hohlen, schablonenhaft-liberalen, abgedroschen-gelehrten Phrasen von der „Stimme der zivilisierten Menschheit“, vom „einmütigen Echo der Welt“, von den „Ideen der Wahrheit, des Guten“ usw., derentwegen Tolstoi die bürgerliche Wissenschaft so gegeißelt – und mit Recht gegeißelt – hat. Sie können sich *nicht* klipp und klar darüber äußern, wie sie Tolstois Anschauungen über den Staat, die Kirche, das private Grundeigentum und den Kapitalismus beurteilen – nicht etwa weil die Zensur sie daran hinderte, im Gegenteil, die Zensur hilft ihnen aus der Patsche! –, sondern weil jeder Satz in Tolstois Kritik eine Ohrfeige für den bürgerlichen Liberalismus ist, weil allein schon die unerschrockene, offene und

unbarmherzig scharfe Art, wie Tolstoi die heikelsten, verwünschtesten Fragen unserer Zeit *aufrollte*, den schablonenhaften Phrasen, den abgedroschenen Ausflüchten, der ausweichenden, „zivilisierten“ Verlogenheit unserer liberalen (und liberal-volkstümlicherischen) Publizistik *ins Gesicht schlägt*. Die Liberalen sind Feuer und Flamme für Tolstoi, Feuer und Flamme gegen den Synod – und gleichzeitig sind sie für . . . die „Wechi“-Leute, mit denen man zwar „streiten kann“, mit denen man sich aber doch in einer Partei einleben „muß“, mit denen man in der Literatur und in der Politik zusammenarbeiten „muß“. Die „Wechi“-Leute aber schließt der Metropolit Antonius von Wolhynien in seine Umarmung ein.

Die Liberalen rücken in den Vordergrund, Tolstoi sei das „große Gewissen“. Ist das etwa keine hohle Phrase, wie sie das „Nowoje Wremja“ und alle seine Geistesverwandten in tausendfältiger Variation wiederholen? Heißt das etwa nicht, die *konkreten* Fragen der Demokratie und des Sozialismus, die Tolstoi *aufgerollt* hat, umgehen? Heißt das nicht, gerade das in den Vordergrund rücken, was Tolstois Vorurteil und nicht sein Urteil zum Ausdruck bringt, was an ihm der Vergangenheit und nicht der Zukunft angehört, was zu seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Politik und zu seiner Predigt für moralische Selbstvervollkommnung gehört, nicht aber zu seinem stürmischen Protest gegen jedwede Klassenherrschaft?

Tolstoi ist tot, und auch das vorrevolutionäre Rußland ist dahingegangen, dessen Schwäche und Ohnmacht der geniale Künstler in seiner Philosophie widerspiegelt und in seinen Werken nachgezeichnet hat. Aber sein Erbe enthält etwas, was nicht dahingegangen ist, was der Zukunft gehört. Dieses Erbe übernimmt das russische Proletariat, an diesem Erbe arbeitet es. Es wird den werktätigen und ausgebeuteten Massen die Bedeutung der Tolstoischen Kritik an Staat, Kirche und privatem Grundeigentum auseinandersetzen – nicht damit die Massen sich beschränken auf Selbstvervollkommnung und Seufzen nach einem gottgefälligen Leben, sondern damit sie sich erheben, um einen neuen Schlag zu führen gegen die Zarenmonarchie und den gutsherrlichen Grundbesitz, die beide im Jahre 1905 nur leicht angeschlagen worden sind, aber vernichtet werden müssen. Es wird den Massen die von Tolstoi am Kapitalismus geübte Kritik erläutern – nicht damit die Massen sich beschränken sollen auf Verwünschungen gegen das Kapital und die Macht des Geldes, sondern

damit sie lernen, bei jedem Schritt ihres Lebens und Kampfes sich auf die technischen und sozialen Errungenschaften des Kapitalismus zu stützen, damit sie lernen, sich zu einer einheitlichen Millionearmee sozialistischer Kämpfer zusammenzuschließen, die den Kapitalismus stürzen und eine neue Gesellschaft ohne Volkseind und ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen begründen werden.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 18,
16. (29.) November 1910.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

AN DIE GENOSSEN HÖRER DER SCHULE IN BOLOGNA⁴⁰³

Werte Genossen!

Auf Ihren Vorschlag, in Bologna Lektionen zu halten, kann ich nicht eingehen: erstens aus prinzipiellen Gründen und zweitens, weil es mir nicht möglich ist, nach Bologna zu fahren.

Sowohl die Tendenz als auch die Arbeitsmethoden der Gruppe, die die Schule auf Capri und in Bologna eingerichtet hat, halte ich für parteischädigend und für unsozialdemokratisch.

Die „Plattform“, die die Organisatoren der Schule auf Capri und ein Teil (wenngleich der kleinere Teil) ihrer Schüler herausgegeben haben, besteht in der Verfechtung der Abweichungen vom Marxismus sowohl in der Philosophie als auch in der Politik und in der Bestimmung der taktischen Aufgaben unserer Partei. Außerdem widerspricht die Einrichtung der Schule in Bologna sowohl dieser „Plattform“ als auch den Erfordernissen des Parteiprinzip, denn die Organisatoren wirken spalterisch, indem sie nicht nur die vom Plenum des ZK im Januar 1910 eingesetzte Schulkommission nicht unterstützen (weder mit Geldern, die bei ihnen vorhanden sind, noch durch ihre persönliche Arbeit), sondern auch alle Vorhaben dieser Kommission direkt zunichte machen.

Es ist daher verständlich, daß ich an den Unternehmen dieser parteifeindlichen und mit dem Sozialdemokratismus brechenden Gruppe keinerlei Anteil nehmen kann.

Aber es versteht sich, daß ich sehr gern bereit bin, den Hörern der Schule in Bologna, unabhängig von ihren Anschauungen und Sympathien, einige Lektionen zur Frage der Taktik wie auch über die Lage in der Partei und zur Agrarfrage zu halten. Dazu gestatte ich mir, die

Genossen Hörer einzuladen, auf dem Rückweg nach Paris zu kommen, wo es möglich wäre, eine ganze Reihe von Lektionen zu organisieren. Das Geld für die Reise kann auf folgende Weise beschafft werden: 1. die Organisatoren der Schule auf Capri haben von den Bolschewiki 500 Francs geliehen. Jetzt haben sie Geld und werden wahrscheinlich die Schulden an die Partei, d. h. an das Auslandsbüro des ZK, zurückzahlen. Ich meinerseits bin bereit, die Bewilligung dieses Geldes für die Fahrt von Bologna nach Paris durchzusetzen, und glaube, daß der von uns in das Auslandsbüro des ZK delegierte Bolschewik dies voll und ganz unterstützen wird. 2. Wenn 500 Francs nicht ausreichen (ich weiß nicht, wieviel Hörer in Bologna sind und wie viele fahren könnten), so stehen noch 1500 Francs zur Verfügung, die das ZK-Plenum der Schulkommission, mit der die Organisatoren der Schule in Bologna die Beziehungen abgebrochen haben, bewilligt hat. Ich glaube, daß man die Bewilligung dieser Summe für einen Lektionszyklus in Paris für die Hörer, die aus Bologna kommen möchten, erreichen könnte.

Paris ist groß genug, um sich hier völlig konspirativ einzurichten (es gibt Stadtviertel, wo überhaupt keine Russen sind), und außerdem kann man in der Umgebung von Paris unterkommen.

Ich schließe mit dem Ausdruck des Dankes an die Hörer der Schule in Bologna für ihre kameradschaftliche Einladung und hoffe, daß mein Vorschlag über die Reise nach Paris angenommen wird.

Mit kameradschaftlichem Gruß N. Lenin

*Geschrieben am 20. November
(3. Dezember) 1910.*

*Zuerst veröffentlicht 1911 im
„Bericht der zweiten sozial-
demokratischen Arbeiterhochschule
für Propaganda und Agitation“.
Herausgegeben von der Gruppe
„Wperjod“.*

*Nach einer von N. K. Krupskaja
geschriebenen Kopie.*

L. N. TOLSTOI UND DIE MODERNE ARBEITERBEWEGUNG¹⁰⁴

In fast allen großen Städten Rußlands hat die Nachricht vom Tod L. N. Tolstois bei den russischen Arbeitern bereits ein Echo hervorgerufen. Sie haben so oder so ihre Einstellung zu dem Schriftsteller zum Ausdruck gebracht, zu dem Schöpfer hervorragender Kunstwerke, die ihn in die Reihe der großen Schriftsteller der ganzen Welt stellen – ihre Einstellung zu einem Denker, der mit großer Kraft, Überzeugung und Aufrichtigkeit eine ganze Reihe von Fragen *aufgerollt* hat, die die Grundzüge der modernen politischen und sozialen Verfassung betreffen. Diese Einstellung hat im großen und ganzen in einem Telegramm der Arbeiterabgeordneten der III. Duma, das auch in der Presse veröffentlicht wurde, ihren Niederschlag gefunden.¹⁰⁵

Leo Tolstoi begann seine literarische Tätigkeit unter der Leibeigenschaft, zu einer Zeit freilich, da diese bereits unverkennbar ihre letzten Tage durchlebte. Tolstois Haupttätigkeit fällt in die Periode der russischen Geschichte, die durch zwei Wendepunkte, die Jahre 1861 und 1905, begrenzt wird. Während dieser Periode durchdrangen Spuren der Leibeigenschaft, ihre direkten Überbleibsel von oben bis unten das gesamte Wirtschaftsleben (besonders im Dorf) und das gesamte politische Leben des Landes. Gleichzeitig aber war gerade diese Periode eine Periode verstärkter Entwicklung des Kapitalismus von unten und seiner Einbürgerung von oben.

Worin zeigten sich die Überbleibsel der Leibeigenschaft? Vor allem und am klarsten darin, daß in Rußland, einem vorwiegend ackerbautreibenden Land, der Ackerbau während dieser Zeit in den Händen ruinierter, verelendeter Bauern lag, die auf den alten, im Jahre 1861 zugunsten der Gutsbesitzer beschnittenen Bodenanteilen aus der Zeit der Leibeigenschaft ihre veraltete, primitive Wirtschaft betrieben. Andererseits aber lag der Ackerbau in den Händen von Gutsbesitzern, die in Zentralrußland den Boden durch Bauernhände, mit dem primitiven Bauernpflug, mit dem

Bauernpferd bearbeiten ließen – als Entgelt für die „abgetrennten Bodenstücke“, für die Nutzung von Wiesen, Tränken usw. Es handelte sich im Grunde genommen um die alte Leibeigenenwirtschaft. Rußlands politische Ordnung war während dieser Zeit gleichfalls durch und durch vom Geiste der Leibeigenschaft durchdrungen. Man ersieht dies sowohl aus dem Staatsaufbau vor den ersten Ansätzen zu seiner Veränderung im Jahre 1905 als auch aus dem vorherrschenden Einfluß der adligen Grundbesitzer auf die Staatsangelegenheiten wie auch aus der Allmacht der Beamten, die – besonders die höheren Beamten – in der Hauptsache gleichfalls aus der Mitte der adligen Grundbesitzer stammten.

Nach 1861 begann dieses alte patriarchalische Rußland unter dem Einfluß des Weltkapitalismus rasch der Zerstörung anheimzufallen. Die Bauern hungerten, starben dahin, wurden ruiniert wie nie zuvor, sie flüchteten in die Städte und überließen ihren Boden seinem Schicksal. Dank der „billigen Arbeit“ der ruinierten Bauern wurden verstärkt Eisenbahnen, Fabriken und Werke gebaut. In Rußland entwickelten sich das große Finanzkapital, der Großhandel und die Großindustrie.

Eben diese rasche, harte, jähe Zerstörung aller alten „Säulen“ des alten Rußlands war es, was in den Werken des Künstlers Tolstoi und in den Anschauungen des Denkers Tolstoi seine Widerspiegelung fand.

Tolstoi war ein vorzüglicher Kenner des dörflichen Rußlands, des Gutsbesitzer- und des Bauernlebens. Er gab in seinen künstlerischen Werken Abbilder dieses Lebens, die zu den besten Schöpfungen der Weltliteratur gehören. Die jähe Zerstörung aller „alten Säulen“ des dörflichen Rußlands schärfte seine Aufmerksamkeit, vertiefte sein Interesse für alles, was sich rings um ihn her abspielte, führte zu einer Wende in seiner gesamten Weltanschauung. Seiner Geburt und Erziehung nach zum höchsten Grundherrenadel Rußlands gehörend, brach Tolstoi mit allen gewohnten Ansichten dieses Milieus und fiel in seinen letzten Werken mit leidenschaftlicher Kritik über alle heutigen staatlichen, kirchlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände her, die auf der Unterjochung der Massen, auf ihrem Elend, auf dem Ruin der Bauern und überhaupt der Kleinbesitzer, auf Gewalt und Heuchelei beruhen, die das ganze heutige Leben von oben bis unten durchtränken.

Tolstois Kritik brachte nichts Neues. Er hat nichts gesagt, was nicht lange vor ihm sowohl in der europäischen als auch in der russischen Lite-

ratur von Persönlichkeiten, die auf der Seite der Werktätigen standen, gesagt worden wäre. Die Eigenart der Tolstoischen Kritik und ihre historische Bedeutung bestehen jedoch darin, daß sie mit einer Kraft, wie nur geniale Künstler sie besitzen, den Umschwung in den Anschauungen der breitesten Volksmassen des Rußlands der erwähnten Periode – namentlich des dörflichen, bäuerlichen Rußlands – zum Ausdruck bringen. Unterscheidet sich doch die Kritik, die Tolstoi an den heutigen Zuständen übt, von der Kritik, die die Vertreter der modernen Arbeiterbewegung an diesen Zuständen üben, gerade dadurch, daß Tolstoi auf dem Standpunkt des patriarchalischen, naiven Bauern steht, daß Tolstoi dessen Denkart in seine Kritik, in seine Lehre hineinnimmt. Tolstois Kritik zeichnet sich durch eine solche Kraft des Gefühls aus, durch solche Leidenschaftlichkeit, Überzeugungskraft, Frische, Aufrichtigkeit, Furchtlosigkeit in dem Streben, „bis zum Kern vorzudringen“, in dem Streben, die wahre Ursache für die Not der Massen zu finden, weil diese Kritik wirklich den Umschwung in den Ansichten von Millionen Bauern widerspiegelt, die eben erst aus der Leibeigenschaft zur Freiheit gelangt sind und erkannt haben, daß diese Freiheit neue Schrecken des Ruins, des Hungertods, des obdachlosen Lebens unter „gerissenen“ Städtern usw. bedeutet. Tolstoi gibt ihre Stimmung so getreu wieder, daß er ihre Naivität, ihre Fremdheit gegenüber der Politik, ihren Mystizismus, den Wunsch, der Welt den Rücken zu kehren, den „Verzicht auf Widerstand gegen das Böse“, ihre ohnmächtigen Flüche gegen den Kapitalismus und gegen die „Macht des Geldes“ selbst in seine Lehre hineinnimmt. Der Protest von Millionen Bauern und ihre Verzweiflung – das ist in Tolstois Lehre zusammengefloßen.

Die Vertreter der modernen Arbeiterbewegung sind der Ansicht, daß sie gegen manches zu protestieren haben, aber an nichts zu verzweifeln brauchen. Die Verzweiflung ist denjenigen Klassen eigentümlich, die zugrunde gehen, die Klasse der Lohnarbeiter aber wächst unausbleiblich, sie entwickelt sich und erstarkt in jeder kapitalistischen Gesellschaft, auch Rußland nicht ausgenommen. Die Verzweiflung ist denjenigen eigentümlich, die die Ursachen des Übels nicht begreifen, die keinen Ausweg sehen, die kampfunfähig sind. Das moderne Industrieproletariat gehört nicht zu diesen Klassen.

„*Nasch Put*“ Nr. 7, 28. November 1910.
Unterschrift: *W. J - i n.*

*Nach dem Text des
„Nasch Put“.*

OFFENER BRIEF
AN ALLE PARTEITREUEN
SOZIALDEMOKRATEN

Auf dem Januarplenum des ZK 1910 haben wir als Vertreter der bolschewistischen Fraktion unsere Fraktion aufgelöst und die ihr gehörenden Gelder und anderes Vermögen an drei bekannte Funktionäre der internationalen Sozialdemokratie übergeben. Diese Übergabe wie auch die Auflösung der Fraktion waren *unter Vorbehalt* gemachte Schritte. Zu welchen Bedingungen wir diese Schritte unternommen haben, ist aus unserer Erklärung auf diesem Plenum bekannt, einer Erklärung, die vom Plenum angenommen und in der ersten nach dem Plenum erschienenen Nummer (Nr. 11) des Zentralorgans veröffentlicht wurde.

Um es kurz zu sagen, diese Bedingungen liefen darauf hinaus, daß die anderen Fraktionen (und in erster Linie die Fraktion der „*Golos*“-Leute, d. h. der Menschewiki, die den „*Golos Sozial-Demokrata*“ herausgeben und unterstützen) ihre Verpflichtung *loyal*, d. h. ehrlich und bis zu Ende erfüllen, nämlich 1. gegen das Liquidatorentum und den Otsowismus, die in der einstimmig angenommenen Resolution des Plenums als Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat eingeschätzt wurden, kämpfen und 2. ihre Fraktionen auflösen.

Heute, nach *einjähriger* Erfahrung und einjährigem Abwarten, haben wir uns völlig und endgültig davon überzeugt, daß *weder die eine noch die andere* Bedingung erfüllt worden ist, weder von den „*Golos*“-Leuten noch von den „*Wperjod*“-Leuten.

Das Ergebnis dieser Überzeugung war unsererits erstens die Herausgabe der „*Rabotschaja Gaseta*“ und ist zweitens der Antrag auf Rückgabe des Geldes und Vermögens, ein Antrag, den wir dieser Tage, am 5. Dezember 1910, beim ZK eingereicht haben.

Nach Einreichung dieses Antrags liegen die Dinge der Form und dem Wesen nach folgendermaßen. Wir haben *unter Vorbehalt* alles Vermögen und all unsere Kräfte gegeben für die Unterstützung der antiliquidatorischen und antiotsowistischen Arbeit zur Wiederherstellung der Partei und ihrer völligen Einheit. Der Verstoß der „Golos“- und „Wperjod“-Leute gegen die von ihnen akzeptierten Bedingungen macht unser Übereinkommen hinfällig. Wir heben das von den Liquidatoren und Otsowisten hinfällig gemachte Übereinkommen auf und werden *nach wie vor* an der Wiederherstellung der Partei und ihrer vollen Einheit, an der Durchführung der antiliquidatorischen und antiotsowistischen Linie arbeiten, aber diese Arbeit müssen wir *nicht mit den Verbündeten* durchführen, denen auf dem Plenum (im Vertrauen auf ihre Versprechungen) die Mitarbeit in den Parteizentren gestattet wurde. Da nach allgemeinem Eingeständnis und laut mehrfachen Erklärungen der Delegierten der nationalen Organisationen auf dem Plenum und auf anderen Parteiversammlungen, Konferenzen usw. gerade unsere, die bolschewistische Fraktion immer als diejenige betrachtet wurde, die für die Lage in der Partei *am meisten verantwortlich* ist, halten wir es für unsere Pflicht, offen unsere Ansichten über die Lage in der Partei und über die Bedeutung der von uns unternommenen Schritte darzulegen.

Das Januarplenum 1910 hat in der Geschichte unserer Partei eine sehr große Bedeutung. Es hat die *taktische Linie* der Partei für die Periode der Konterrevolution endgültig festgelegt, indem es *in Weiterentwicklung* der Dezemberresolutionen von 1908 festgestellt hat, daß sowohl das Liquidatorentum als auch der Otsowismus Ausdruck des Einflusses der Bourgeoisie auf das Proletariat sind. Des weiteren *brachte* das Plenum die Frage der Liquidierung der Fraktionen in unserer Partei – d. h. die Notwendigkeit der Herstellung einer *wirklichen* Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei – mit der Festlegung der politisch-ideologischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen historischen Periode *in Zusammenhang*.

Diesen zwei Dingen, die im Januar 1910 vom Plenum festgelegt wurden, kommt unserer Überzeugung nach eine *historische* Bedeutung zu, und ihre Ergebnisse sind viel bedeutender, viel mehr im Leben verwurzelt und viel beständiger, als es einem oberflächlichen Betrachter scheint.

Aber diese Ergebnisse sind außerordentlich verschlechtert worden durch

die *Phrasen*, die in diesem Zusammenhang gemacht worden sind. Es gibt nichts, was dem Geist der Sozialdemokratie feindlicher und was schädlicher wäre als *Phrasen*. Und die „versöhnlerischen“ *Phrasen* sind nicht weniger schädlich und verwirren die Menschen nicht minder als die otsowistischen und liquidatorischen *Phrasen*. Diese „versöhnlerischen“ *Phrasen* verkleistern das *Wesen* der Sache, setzen Schwärmereien und fromme Wünsche an die Stelle der Berücksichtigung der realen Tendenzen und des realen Kräfteverhältnisses in der Partei, schaden durch Versuche, *Vereinigung zu spielen* mit denen, die sich jetzt nicht vereinigen wollen und jetzt nicht vereinigen können, der *Annäherung* jener, die sich einander annähern können und müssen.

Im Verlauf des seit dem Januarplenun verflorenen Jahres haben sich diese *Phrasen* erschöpft und zeigen ihre Früchte. Wenn die Partei jetzt *lernt*, an Fland der bitteren Erfahrungen der Helden der „versöhnlerischen“ *Phrasen* *lernt*, wie man die Sache der „Versöhnung“ und der Liquidierung der Fraktionen *nicht* anfassen darf, so wird das seit dem Plenum vergangene Jahr nicht umsonst vorübergegangen sein.

Die *Phrasen* liefen darauf hinaus, daß es genüge, „Versprechungen“ über die Liquidierung der Fraktionen zu sammeln, daß es genüge, die zentralen Institutionen aus den verschiedenartigsten Elementen zusammenzuzimmern, daß es genüge, die widersprüchlichen Elemente „ins Gleichgewicht zu bringen“, und es werde damit ein ernsthafter Schritt zur Liquidierung der Fraktionen getan.

Die einjährige Erfahrung hat gezeigt und mußte zeigen, daß die Methode der Anhänger der *Phrasen* ein völliges Fiasko erlitten hat. Auf „Versprechungen“ kann man nichts aufbauen, und auf der Vereinigung verschiedenartiger und miteinander nicht zu vereinbarender Elemente etwas zu gründen, ist lächerlich. Alles, was in den Beschlüssen und Maßnahmen des Plenums *auf Phrasen* aufgebaut war, all das erwies sich am anderen Tage bereits als Seifenblase. Die Beschlüsse wie die Resolutionen und die künstlich zusammengestellten Institutionen erwiesen sich *in der Tat* als tote Buchstaben, als leblose Institutionen. Aber das, was in der Arbeit des Plenums *real* war, das entwickelte sich, festigte sich und bewährte sich in der Arbeit, nahm neue Existenzformen *außerhalb* und *unabhängig* von den Resolutionen an.

Es ist schwer, sich irgendeine anschaulichere und aufschlußreichere

Lehre vorzustellen als die Lehre der in dem Jahr seit dem Plenum vor sich gegangenen Ereignisse, eine Lehre, die den Leuten erteilt wurde, die Hang zu Phrasen, zu leeren Wunschträumen, zu dem Spiel mit der Verteilung von Pöstchen in Institutionen usw. haben.

Was war denn real an der Arbeit des Plenums? Real war, daß der *Zusammenhang* zwischen dem politisch-ideologischen *Inhalt* der Parteiarbeit und der Liquidierung der Fraktionen aufgezeigt wurde. Real war die *Annäherung* derjenigen Fraktionen und Strömungen, die nicht in billigen versöhnlerischen Phrasen, nicht in Beteuerungen und Versprechungen, nicht im Spiel mit der Verteilung von Pöstchen in den Parteizentren, sondern die *in der Arbeit* übereinstimmten, die übereinstimmten *in der Auffassung* von den gegenwärtigen politisch-ideologischen Aufgaben, die *in der Tat* in der Festlegung und in der Lösung dieser Aufgaben übereinstimmten.

Solange über die Liquidierung der Fraktionen solche Leute in schönklingenden und billigen Phrasen sprachen, die weder die objektive Quelle der Meinungsverschiedenheiten begriffen noch die *tatsächliche* Lage verstanden, die *in Wirklichkeit* bestimmten Gruppen von Publizisten (wie der Gruppe des Herrn Potressow und Co. oder der Gruppe der machistischen und otsowistischen Publizisten) Unabhängigkeit von der Partei garantierten, solange blieben ihre Worte leere, kraftlose Phrasen. Aber seitdem in den zwei grundlegenden und hauptsächlichen Fraktionen, die der *gesamten* Geschichte der Arbeiterbewegung in der Zeit der Revolution und sogar mehr noch, der *gesamten* Geschichte der Revolution in Rußland, ihr Gepräge gegeben haben, infolge der Veränderungen der objektiven Bedingungen eine Annäherung *in der Arbeit*, eine Annäherung in der *Auffassung* über diese objektiven Bedingungen begonnen hat heranzureifen, können keine Anstrengungen von Intriganten, die diese Annäherung verhindern wollen oder Mißtrauen gegen diese Annäherung säen möchten, den begonnenen Prozeß aufhalten.

Die wirkliche Lage in der Partei, die nach dem Plenum entstanden ist, wurde im verflossenen Jahr mit aller Deutlichkeit klar. Es ist eine Tatsache, daß die „Golos“- und „Wperjod“-Leute die Resolutionen über den Kampf gegen das Liquidatorentum und den Otsowismus *unterschrieben haben*, in der Praxis jedoch ihre *gesamte* Propaganda und Agitation, ihre

gesamte praktische Arbeit eben im Sinne der Unterstützung und Verteidigung des Liquidarentums und des Otsowismus nach wie vor durchführen.

Diese Tatsache zeigt denen, die Augen haben zu sehen, wie haltlos eine Politik ist, die sich mit papiernen Resolutionen zufriedengibt, wie schädlich die Phrasen sind, die mit der Tat nicht übereinstimmen.

Weiter. Es ist eine Tatsache, daß weder die „Golos“- noch die „Wperjod“-Leute *auch nur für eine Minute* ihre fraktionelle Selbständigkeit aufgegeben haben. Beide Fraktionen bestehen nach wie vor in völliger tatsächlicher *Unabhängigkeit* von der Partei, haben ihre Kassen, ihre Organe, ihre Agenturen. Bei den Otsowisten besteht die Form ihrer fraktionellen Organisation in der sogenannten Auslands„schule“ (in Wirklichkeit ist dies eine Institution zur systematischen Bildung einer Agentur und zur planmäßigen Führung von organisatorischer Arbeit ohne die Partei und gegen die Partei). Die „Schule“ wird durch einen speziellen Verlag und eine spezielle Versandorganisation ergänzt. Bei den „Golos“-Leuten ist die fraktionelle Organisation mehr lose* („freier“, weniger organisiert), wobei die von der Partei absolut unabhängigen Gruppen, die des Herrn Potressow und Co., die Gruppe der Sechzehn, die Gruppe Michails, Romans, Juris und Co., die Hauptrolle spielen. Die „Golos“-Leute sind in diesen Gruppen äußerst aktiv tätig; sie führen die gesamte propagandistisch-agitatorische und organisatorische Arbeit gegen die Partei, wobei sie nicht auf Sitze in den Parteizentren verzichten, um deren Bedeutung systematisch herabzusetzen und sie von innen heraus zu zersetzen.

Jeder parteitreue Sozialdemokrat muß sehen, wohin eine derartige Lage führt.

Auf dem Gebiet der Publizistik hat die einjährige Erfahrung gezeigt, daß das ZO *in Wirklichkeit* von den Bolschewiki *plus* Plechanow-Leuten *gegen* die in der Redaktion sitzenden „Golos“-Leute geleitet wird. Das Leben hat die durch die versöhnlerischen Phrasen geschaffenen Rahmen unbeachtet gelassen: die „Versöhnler“ den Versprechungen nach, die „Versöhnler“ der Funktion nach, die „Versöhnler“ im Auftrag der liquidatorischen Zentren haben sich als ein einziges *Hemmnis für die Arbeit* erwiesen. Plechanow dagegen und seine Gesinnungsgenossen, die auf dem Plenum keinerlei Versprechungen abgaben, keinerlei Funktionen annahmen, erwiesen sich *in Wirklichkeit als Vertreter* der Parteilinie.

* „lose“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

Der schreiende Widerspruch zwischen der Form und dem Wesen, zwischen dem Wort und der Tat, zwischen dem offensichtlich heuchlerischen Bestehen eines angeblichen Parteikollegiums (Redaktion des ZO) und der tatsächlichen Arbeit im ZO ohne dieses Kollegium trägt in das Parteileben größte Zersetzung hinein. Um mit dieser Zersetzung, mit dieser Herabwürdigung von Institutionen, die formal Parteiinstitutionen sind, auf eine Rolle, die berechtigten Spott und Frohlocken bei den Feinden der Partei hervorruft, Schluß zu machen, muß mit der Heuchelei gebrochen und offen gesagt werden, wie die Dinge liegen, muß offen eingestanden werden, daß die Parteiarbeit von *zwei* Fraktionen geführt wird.

Auf dem Gebiet der Vereinigung im Ausland ist in diesem einen Jahr absolut nichts getan worden. Die Gruppen bleiben weiterhin überall gespalten, wo sie bereits früher gespalten waren. Die Gruppen der menschewistischen Liquidatoren haben sich offen in Gruppen zur Unterstützung des „Golos“ verwandelt. Eine Annäherung war ausschließlich zwischen den Bolschewiki und den Plechanowleuten zu verzeichnen und hat *in der Tat* ihren Anfang genommen. Das Auslandsbüro des Zentralkomitees als Koordinator der Auslandsarbeit der Sozialdemokraten hat sich in eine Zielscheibe des Spottes verwandelt, über das sich die „Wperjod“- wie die „Golos“-Leute zu Recht lustig machen, die mit Befriedigung beobachten, wie das Parteizentrum die Rolle eines Kollegiums für Spitzelangelegenheiten und einer bürokratischen Kanzlei spielt, die niemand braucht.

Auf dem allerwichtigsten Gebiet, nämlich in der organisatorischen Arbeit an Ort und Stelle in Rußland, wurde in diesem Jahr absolut nichts zum Nutzen der Partei getan. Das ZK, das die Michail, Roman und Juri auf Grund der dem Plenum gegebenen „Versprechungen“ *einladen* sollte, hat sich hingebungsvoll der dankbaren und eines Revolutionärs würdigen Arbeit gewidmet, diejenigen in die Partei einzuladen, die sich über sie lustig machen und fortfahren, ihr zu schaden, und hat es *in einem Jahr* trotz allem nicht fertiggebracht, irgendwen „einzuladen“. Unterdes aber haben die parteifeindlichen Fraktionen ihre Organisationen gegen die Partei *gestärkt*: die Agentur der „Wperjod“-Leute erstarkte und ihre Fraktion entwickelte sich, es erstarkten die Gruppe des Herrn Potressow und andere liquidatorische Unternehmen, die nach wie vor in einer Anzahl von Klubs, Genossenschaften usw. Propaganda gegen die Partei treiben, die nach wie vor bei der sozialdemokratischen Dumafraktion gegen die Partei

intrigieren. Die Rolle des ZK, das sich in dieser Zeit mit der „Einladung“ der Liquidatoren oder mit *leeren Antwortschreiben* auf die „Intrigen“ der „Golos“- und „Wperjod“-Leute befaßte, ist direkt entwürdigend, und wir dürfen es den Feinden der Partei nicht gestatten, das ZK zu dieser Rolle herabzuwürdigen.

Nur Menschen, die überhaupt nicht fähig sind zu denken oder die sich gern mit kleinlichen Intrigen befassen, können immer noch *übersehen*, daß die Aufrechterhaltung eines derartigen Zustands der Parteizentren *unweigerlich* den Triumph der Liquidatoren und Otsowisten vorbereitet, die mit Befriedigung beobachten, wie sich das ZK in versöhnlerische Phrasen, in ein *Spiel* der Aussöhnung mit denen, die sich mit der Partei nicht versöhnen wollen, verwickelt hat und weiter verwickelt.

Die versöhnlerischen Phrasen sind von den Liquidatoren und Otsowisten ausgezeichnet verstanden und ausgezeichnet gegen die Partei ausgenutzt worden. Der Held dieser Phrasen, Trotzki, wurde ganz natürlich der Held und der Advokat der Liquidatoren und Otsowisten, mit denen er theoretisch *in nichts*, praktisch jedoch *in allem* übereinstimmt.

Sowohl die Liquidatoren als auch die „Wperjod“-Leute haben sich mit wohlwollender Hilfe dieses Advokaten die Taktik bestens angeeignet: beliebig oft zu beteuern und bei Gott zu schwören, daß sie parteitreu sind. Dies wiederholen der „Golos“ und die Plattform der Gruppe „Wperjod“, während sie *in Wirklichkeit* die Partei weiterhin zersetzen und ihre gesamte Arbeit in parteifeindlichem Sinne durchführen. Das formelle und nur in Worten bestehende „Versöhnlerium“ wurde zu einer Waffe der Liquidatoren aus dem „Golos“ sowie der „Wperjod“-Leute.

Es versteht sich, daß wir als Vertreter der bolschewistischen Strömung diese Rolle der Genasführten nicht spielen können. Nachdem wir ein ganzes Jahr abgewartet und alles mögliche getan haben, um in den Spalten des ZO klarzulegen, worin die Parteifeindlichkeit der „Wperjod“-Leute, der „Golos“-Leute und Trotzkis besteht, können wir für Institutionen, die mit der „Einladung“ der Liquidatoren und mit leeren Antwortschreiben „in Sachen“ der „Wperjod“-Leute beschäftigt sind, die *Verantwortung* vor der Partei *nicht übernehmen*. Wir wollen keine Zänkereien, sondern Arbeit.

Wir wollen gemeinsame Arbeit mit denen, die arbeiten möchten und die in der Tat ihre Fähigkeit, im Parteisinne zu arbeiten, unter Beweis gestellt haben, d. h. in erster Linie mit den parteitreuen Menschewiki und

den wirklich nichtfraktionellen Sozialdemokraten. Wir möchten nicht für Zänkereien mit jenen verantwortlich sein, die nicht mit der Partei, sondern mit Herrn Potressow und den Otsowisten zusammenarbeiten wollen.

Die Lage in Rußland ist so, daß von den Auslandsorganisationen der Partei nachdrücklich eine verstärkte und einträchtige Arbeit gefordert wird. Die dreijährige Periode der goldenen Tage der Konterrevolution (1908–1910) geht augenscheinlich ihrem Ende entgegen und wird abgelöst von einer Periode des beginnenden Aufschwungs. Sowohl die diesjährigen Sommerstreiks als auch die Demonstrationen anlässlich des Todes von Tolstoi weisen deutlich darauf hin. Die Organisationsarbeit der Partei ist in Rußland aufs äußerste geschwächt, und diese Schwäche wird von den „Wperjod“- und „Golos“-Leuten auf die schamloseste Art und Weise ausgenutzt, indem sie ihre parteifeindliche Arbeit mit Hilfe der russischen und ausländischen fraktionellen Zentren entfalten.

Unter solchen Bedingungen das Spiel der Versöhnung mit diesen fraktionellen Zentren weiterhin fortzuführen, die Augen heuchlerisch davor zu schließen, daß sie unabhängig sind, ihre Vertreter zum gemeinsamen Kampf gegen ihre eigene Politik „einzuladen“, sie dadurch vor der Partei zu decken, daß ihre Vertreter in die Zentren aufgenommen werden – bedeutet, sich zu endlosen Zänkereien zu verurteilen. Das bedeutet, die Arbeit der Auslandszentren zu *hemmen*, die auch ohnedies bereits so gehemmt ist, daß während eines Jahres *keine einzige* Sitzung des ZK in Rußland stattfand und es nicht gelang, auch nur eine *einzig*e Konferenz und nicht einmal eine inoffizielle Beratung der örtlichen Parteiarbeiter zu organisieren (während die „Schule“ der Otsowisten und die legalen Organe der Liquidatoren es mehrfach zustande brachten, alle möglichen Beratungen, Versammlungen ihrer Agenten, der Korrespondenten ihrer Zeitschrift u. a. gegen die Partei zu organisieren).

Wir sind verpflichtet, die Verantwortung für diesen *völligen* Stillstand der Arbeit der Zentren, die sich in das Spiel der Versöhnung mit den „Golos“-Leuten verstrickt haben, abzulehnen und unverzüglich mit einer selbständigen und ganz energischen Arbeit zum Zusammenschluß der orthodoxen Bolschewiki, der parteitreuen Menschewiki und der nichtfraktionellen Sozialdemokraten zu beginnen, um Beratungen, Konferenzen, Gebietsbüros, Gruppen, die sich um die Parteiliteratur kümmern usw. zu organisieren. Zu dieser Arbeit, durch die allein die Partei in der Tat aus

der Sackgasse herausgeführt werden kann und die Zentren von der „Liebedienerei“ gegenüber den „Golos“-Leuten frei gemacht werden können, rufen wir alle parteitreuen Sozialdemokraten auf.

Noch im Namen der bolschewistischen Fraktion haben wir vor dem Plenum, im Frühjahr 1909, eine Politik der *Annäherung* an die parteitreuen Menschewiki verkündet, und seitdem hat diese Politik reiche Früchte getragen *im Gegensatz* zu dem mißglückten Versuch, den „Versprechungen“ der „Golos“-Leute Glauben zu schenken und sie als parteitreue Sozialdemokraten zu betrachten. Alles, was seit dieser Zeit getan wurde, nicht um die Propaganda des „Wperjod“ und die Verteidigung des Liquidatorentums durch den „Golos“ zu unterstützen, sondern um die *Parteilinie* wirklich zu festigen und um den Hauptkern der *beiden* Hauptfraktionen tatsächlich anzunähern, das wurde von uns *unabhängig* von diesen mißglückten Versuchen der Versöhnung mit den „Golos“-Leuten getan. Und indem wir die Verantwortung für die Fortsetzung dieser Versuche ablehnen, sind wir davon überzeugt, daß wir sowohl mit Hilfe der „*Rabotschaja Gaseta*“ als auch mit Hilfe der legalen Literatur wie durch die Auslandstätigkeit der Gruppen der Anhänger der „*Rabotschaja Gasete*“ und der Plechanowleute eine noch größere *Annäherung in der Arbeit* erreichen werden.

Nach dem Plenum, das die Frage der Fraktionen und ihrer Liquidierung mit aller Klarheit stellte, das diese Frage erstmalig *im Zusammenhang* mit der politisch-ideologischen Linie dieser Fraktionen selbst, d. h. erstmalig auf dem realen Boden der Berücksichtigung der *wirklichen Annäherung in der Arbeit* und nicht auf dem Boden leerer Beteuerungen, formaler Versprechen und dergleichen anderer Phrasen stellte – nach dem Plenum und der einjährigen Erprobung seiner Ergebnisse ist es bereits *nicht mehr zulässig*, das alte heuchlerische Versteckspiel fortzusetzen.

Man muß offen auftreten. Man muß den Mut haben zu sagen, was ist. Wenn das ZK willens ist, der Partei unverblümt und offen zu sagen, was ist, wird diese einfache Erklärung in seinen Händen eine Waffe von größter Durchschlagskraft sein, hundertmal gewichtiger, als es irgendwelche Resolutionen, Beteuerungen, Verurteilungen, Ausschlüsse u. dgl. m. sein können.

Zu sagen, was ist, heißt anzuerkennen, daß der Versuch einer Liquidierung *aller* Fraktionen leider durch die „Golos“- und „Wperjod“-Leute

zunichte gemacht worden ist, daß *aber die Annäherung* des Hauptkerns, die Annäherung der wirklich parteitreuen Elemente aus den beiden Hauptfraktionen, die Annäherung der parteitreuen Elemente aus den Reihen der nationalen und der nichtfraktionellen Sozialdemokraten an sie einen Schritt vorangekommen ist. Wenn Trotzki und ihm ähnliche Anwälte der Liquidatoren und Otsowisten diese Annäherung für „politisch inhaltslos“ erklären, so bescheinigen derartige Reden nur die ganze Prinzipienlosigkeit Trotzki's, die ganze *reale* Feindschaft seiner Politik gegenüber der Politik einer *wirklichen* (und sich nicht nur auf Versprechungen beschränkenden) Liquidierung der Fraktionen. Diese Liquidierung nach der einjährigen Erprobung der Ergebnisse des Plenums zu *versprechen*, bedeutet einfach Hochstapelei. Wenn aber die Liquidierung der Fraktionen eine Phrase ist, so ist die *Annäherung* der Hauptströmungen in den beiden Hauptfraktionen eine *Tatsache*. Aus dieser Tatsache entstehen keinerlei „Blocks“, keinerlei hochtrabende Beteuerungen, keinerlei Versprechungen, daß die Meinungsverschiedenheiten verschwinden, sondern daraus ergibt sich die *reale Möglichkeit*, die Partei *in der Tat* aufzubauen, gestützt auf die Zusammenarbeit *eines Teils* der Menschewiki und *eines Teils* der Bolschewiki.

Wenn das ZK willens ist, mit ganzer Konsequenz den Weg einer solchen Anerkennung und einer solchen Arbeit zu gehen, wenn es willens ist, alle zentralen Institutionen zu Organen dieser Annäherung zu machen, diese Institutionen von der unwürdigen und schädlichen „Liebedienerei“ gegenüber den „Golos“-Leuten oder von der „Einladung“ der „Golos“-Leute gänzlich frei zu machen und die Möglichkeit einer Arbeit ohne Intrigen zu schaffen, so werden wir diese Politik, die wir *in der Tat* seit dem Frühjahr 1909, d. h. bereits seit fast zwei Jahren durchführen, aus ganzem Herzen und mit allen Kräften unterstützen.

Wenn das ZK nicht willens ist, diese unvermeidliche Schlußfolgerung aus den Lehren des Plenums und aus dessen Ergebnissen zu ziehen, dann möge es getrost die Führung der Parteiarbeit . . . und der Arbeit zur Wiederherstellung der Einheit an die Vereinigung der „Golos“-Leute, der „Wperjod“-Leute und Trotzki's abgeben. Das wird offener und ehrlicher sein, wir aber halten uns dieser Vereinigung fern, die ihre Parteifeindlichkeit in der Praxis unter Beweis gestellt hat.

Wir gehen natürlich nicht fehl in bezug darauf, daß aus Anlaß unseres Schrittes einige Leute (und unter ihnen werden sich sicher die erprobten Anwälte der Liquidatoren und Otsowisten befinden) ein Geschrei über „Spaltung“ erheben werden. Wie ungereimt, wie heuchlerisch ein derartiges Geschrei auch sein mag, zur Warnung nichtunterrichteter Leute müssen wir uns mit diesen wahrscheinlichen Einwänden befassen.

Von der formalen Seite her gesehen ist unser Schritt – der Antrag auf Rückgabe des Geldes und Aufhebung des von uns unter genau festgelegten Bedingungen getroffenen Übereinkommens – zweifellos gerechtfertigt. Die Bedingungen unseres Übereinkommens mit dem ZK wurden offen dargelegt, sie sind im ZO veröffentlicht und vom Zentralkomitee auf dem Plenum *einstimmig* angenommen worden. Das ZK, das diese *Bedingungen* im Namen der ganzen Partei angenommen und im ZO der Partei abgedruckt hat, hat damit mit aller Bestimmtheit anerkannt, daß es von uns nur dann eine bestimmte Handlungsweise fordern kann, *wenn* diese Bedingungen in der Praxis *erfüllt werden*. Niemand kann leugnen, daß diese Bedingungen von den „Golos“- und „Wperjod“-Leuten entgegen der von ihnen unterschriebenen Resolution nicht erfüllt wurden. Unser formales Recht, das Übereinkommen *aufzuheben*, ist daher unbestreitbar. Indem wir dieses Übereinkommen aufheben, nehmen wir den selbständigen Kampf für das Parteiprinzip auf, für die selbständige Arbeit zum Aufbau der Partei *ohne diejenigen*, die in dieser einjährigen Praxis bewiesen haben, daß sie nicht willens sind, daran zu arbeiten, aber *mit denjenigen* Menschewiki und nichtfraktionellen Sozialdemokraten, die das Gegenteil bewiesen haben. Wenn das Übereinkommen, dessen direkte und präzise Bedingung der Übergang der „Golos“- und „Wperjod“-Leute zum Parteiprinzip war, *von ihnen* verletzt wurde, so ist es unser volles Recht und *unsere Pflicht*, dieses Übereinkommen mit Leuten, die sich über die Partei lustig machen, aufzuheben und alle möglichen Formen der Annäherung an die Leute zu suchen, die die Partei unterstützen.

Aber noch viel wichtiger als die formale Seite der Sache ist die faktische Lage der Dinge. Von *dieser* Seite her wird die Heuchelei der „Golos“- und „Wperjod“-Leute ganz besonders deutlich, die sowohl auf dem Plenum als auch nach dem Plenum fortfahren, in der Presse ihre Parteitreue zu erklären. Die Heuchelei solcher Beteuerungen, die himmelschreiende Verlogenheit des Geschreies *solcher* Leute über die Spaltung ist so offen-

sichtlich, daß es sich nicht lohnt, darüber viel Worte zu verlieren. Gerade die „Golos“- und „Wperjod“-Leute haben sofort nach dem Plenum die Spaltung faktisch vollzogen, richtiger: sie haben nie aufgehört, entgegen ihren Versprechungen auf dem Plenum, an der Spaltung zu arbeiten – gerade sie haben die Spaltung während des ganzen Jahres fortgesetzt, haben sie verstärkt, haben die *Unabhängigkeit* von der Partei der Gruppe Potressow und Co., der Gruppe der Publizisten, der Begründer der „machistischen“ Schule usw. usf. unterstützt. Weiterhin zuzulassen, daß solche Spalter in den Parteizentren verbleiben, bedeutet, die Sache der Partei endgültig zunichte zu machen. Die bisherige Lage beizubehalten, wo diese Spalter ihre Anwesenheit in den Parteizentren ausgenutzt haben, um jede Arbeit zu hemmen, um Herrn Potressow oder den Führern der „machistischen“ Schule zu Gefallen *die Partei von innen heraus zu zersetzen*, bedeutet, der Sache der Parteivereinigung einen großen und nicht wiedergutmachenden Schaden zuzufügen.

Schon von alters her sagt man: Es werden nicht alle, die da sagen, „Herr, Herr!“ in das Himmelreich eingehen. Und wir müssen nach den Erfahrungen des Plenums wiederholen: Es sind nicht alle, die da billige Phrasen über die Parteitreu dreschen, in der Tat parteitreu Sozialdemokraten. Die „Golos“- und „Wperjod“-Leute haben nach dem Plenum die Partei gespalten. Das ist eine Tatsache. Trotzki war in dieser Angelegenheit ihr Anwalt. Das ist gleichfalls eine Tatsache.

Um der Spaltung Einhalt zu gebieten, um zu verhindern, daß sie sich noch weiter ausbreitet, gibt es *kein* anderes Mittel, als die Annäherung derer, die *in der Tat* nach dem Plenum Parteiarbeit geleistet haben, d. h. der parteitreuen Menschewiki und Bolschewiki, zu stärken, zu festigen und in aller Form zu bestätigen.

Indem wir alle parteitreuen Menschewiki, alle nichtfraktionellen parteitreuen Sozialdemokraten und Bolschewiki sowie alle nationalen sozialdemokratischen Organisationen von unserer Ansicht über die Lage in der Partei in Kenntnis setzen, fordern wir die bolschewistischen Gruppen in Rußland auf, unverzüglich zu beginnen, sich um die „*Rabotschaja Gaseta*“ zu scharen und an die Vorbereitung von Beratungen und Konferenzen zu gehen, die zur Wiederherstellung der Partei notwendig sind und die infolge der bestehenden Lage unvermeidlich mit ganz bescheidenen, inoffi-

ziellen und nicht formalen Versuchen beginnen müssen. Über den Charakter dieser Bemühungen in der Presse ausführlich zu sprechen ist unangebracht.

Wir fordern auch die Auslandsgruppen der Bolschewiki auf, sich so umzubilden, daß jede Verbindung zu den „Wperjod“-Leuten, die ihre Parteifeindlichkeit voll und ganz bewiesen haben, aufhört, und ohne Behinderung seitens dieser Verteidiger des Otsowismus eine systematische Arbeit zur Festigung der Partei, zur Annäherung an die parteitreuen Sozialdemokraten anderer Fraktionen, zur Organisation von gemeinsamen Klubs, Lektionen, Referaten u. dgl. m. zu beginnen und vorbereitende Schritte für eine wirkliche Vereinigung all derer im Ausland zu unternehmen, die nicht mit dem „Wperjod“ und dem „Golos“ gehen. Wenn dort, wo sich „Golos“-Leute befinden, zwangsläufig zwei parallele Gruppen bestehen, so geht es nicht an, daß die Bolschewiki in ihren Gruppen weiterhin parteifeindliche „Wperjod“-Leute dulden. Diese mögen sich bei den „Golos“-Leuten eine Bleibe suchen.

Die Redaktion der „Rabotschaja Gaseta“

Geschrieben in der zweiten Novemberhälfte (erste Dezemberhälfte) 1910.

*Zuerst veröffentlicht
am 21. Januar 1932
in der „Prawda“ Nr. 21.*

Nach dem Manuskript.

DIE DIFFERENZEN IN DER EUROPÄISCHEN ARBEITERBEWEGUNG ¹⁰⁶

I

Die grundlegenden taktischen Differenzen in der modernen Arbeiterbewegung Europas und Amerikas laufen auf den Kampf gegen zwei größere Richtungen hinaus, die vom Marxismus, der faktisch zur herrschenden Theorie in dieser Bewegung geworden ist, abweichen. Diese zwei Richtungen sind der Revisionismus (Opportunismus, Reformismus) und der Anarchismus (Anarchosyndikalismus, Anarchosozialismus). Diese beiden Abweichungen von der in der Arbeiterbewegung herrschenden marxistischen Theorie und marxistischen Taktik sind während der mehr als fünfzigjährigen Geschichte der proletarischen Massenbewegung in verschiedenen Formen und verschiedenen Schattierungen in allen zivilisierten Ländern zu beobachten.

Schon diese Tatsache allein erhellt, daß sich diese Abweichungen weder aus Zufälligkeiten noch aus Irrtümern einzelner Personen oder Gruppen, noch selbst aus dem Einfluß nationaler Besonderheiten oder Traditionen usw. erklären lassen. Es muß tieferliegende Ursachen geben, die in der Wirtschaftsordnung und im Charakter der Entwicklung aller kapitalistischen Länder wurzeln und diese Abweichungen ständig erzeugen. Die im vorigen Jahr erschienene kleine Schrift des holländischen Marxisten Anton Pannekoek „Die taktischen Differenzen in der Arbeiterbewegung“ (Hamburg, Erdmann Dubber, 1909) stellt einen interessanten Versuch dar, diese Ursachen wissenschaftlich zu erforschen. Wir wollen in den weiteren Ausführungen den Leser mit Pannekoeks Schlußfolgerungen bekannt machen, die man als durchaus richtig anerkennen muß.

Eine der tiefsten Ursachen, die periodisch taktische Differenzen erzeugen, ist die Tatsache des Wachstums der Arbeiterbewegung selbst. Mißt man diese Bewegung nicht mit dem Maß irgendeines phantastischen Ideals, sondern betrachtet sie als praktische Bewegung gewöhnlicher Menschen, dann wird klar, daß die Gewinnung immer neuer „Rekruten“, die Einbeziehung neuer Schichten der werktätigen Masse unvermeidlich von Schwankungen in Theorie und Taktik, von Wiederholungen alter Fehler, von einer zeitweiligen Rückkehr zu veralteten Anschauungen und veralteten Methoden usw. begleitet sein muß. Auf die „Ausbildung“ der Rekruten verwendet die Arbeiterbewegung jedes Landes periodisch größere oder kleinere Mengen von Energie, Aufmerksamkeit und Zeit.

Weiter. Die Entwicklung des Kapitalismus geht in den verschiedenen Ländern und auf den verschiedenen Gebieten der Volkswirtschaft nicht gleich schnell vor sich. Die Arbeiterklasse und ihre Ideologen machen sich den Marxismus am leichtesten, schnellsten, vollständigsten und dauerhaftesten unter den Bedingungen der stärksten Entwicklung der Großindustrie zu eigen. Rückständige oder in ihrer Entwicklung zurückbleibende ökonomische Verhältnisse führen stets dazu, daß Anhänger der Arbeiterbewegung auftauchen, die sich lediglich einige Seiten des Marxismus, lediglich einzelne Teile der neuen Weltanschauung oder einzelne Losungen und Forderungen zu eigen machen, ohne imstande zu sein, mit allen Traditionen der bürgerlichen Weltanschauung im allgemeinen und der bürgerlich-demokratischen Weltanschauung im besonderen entschieden zu brechen.

Eine ständige Quelle der Differenzen bildet ferner der dialektische Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung, die sich in Widersprüchen und durch Widersprüche vollzieht. Der Kapitalismus ist fortschrittlich, denn er vernichtet die alten Produktionsweisen und entwickelt die Produktivkräfte, zugleich aber hemmt er auf einer bestimmten Entwicklungsstufe das Wachstum der Produktivkräfte. Er entwickelt, organisiert und diszipliniert die Arbeiter – und er unterdrückt, unterjocht, führt zu Degeneration, Elend usw. Der Kapitalismus erzeugt selbst seinen Totengräber, schafft selbst die Elemente der neuen Ordnung, aber diese einzelnen Elemente ändern ohne einen „Sprung“ nichts an der allgemeinen Sachlage, rühren nicht an die Herrschaft des Kapitals. Der Marxismus als Theorie des dialektischen Materialismus vermag diese Widersprüche des lebendigen

Lebens, der lebendigen Geschichte des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung zu erfassen. Aber es versteht sich von selbst, daß die Massen aus dem Leben und nicht aus Büchern lernen, und darum pflegen einzelne Personen oder Gruppen bald diesen, bald jenen Zug der kapitalistischen Entwicklung, bald die eine, bald die andere „Lehre“ dieser Entwicklung aufzubauschen und zu einer einseitigen Theorie, zu einem einseitigen System der Taktik zu erheben.

Bürgerliche Ideologen, Liberale und Demokraten, die den Marxismus und die moderne Arbeiterbewegung nicht verstehen, fallen ständig hilflos von einem Extrem ins andere. Bald suchen sie alles daraus zu erklären, daß böse Menschen eine Klasse gegen die andere „aufhetzen“, bald trösten sie sich damit, daß die Arbeiterpartei eine „friedliche Reformpartei“ sei. Als direktes Produkt dieser bürgerlichen Weltanschauung und ihres Einflusses sind sowohl der Anarchosyndikalismus als auch der Reformismus zu betrachten; sie klammern sich an *eine* Seite der Arbeiterbewegung, erheben die Einseitigkeit zur Theorie und erklären Tendenzen oder Züge dieser Bewegung, die eine spezifische Besonderheit dieser oder jener Periode, dieser oder jener Bedingungen des Wirkens der Arbeiterklasse darstellen, für einander ausschließend. Das wirkliche Leben aber, die wirkliche Geschichte *schließt* diese verschiedenen Tendenzen in sich *ein*, ähnlich wie das Leben und die Entwicklung in der Natur sowohl langsame Evolution als auch jähe Sprünge, Abbrechen der Allmählichkeit in sich einschließen.

Die Revisionisten halten alle Betrachtungen über „Sprünge“ und über den prinzipiellen Gegensatz der Arbeiterbewegung zur ganzen alten Gesellschaft für Phrasen. Sie halten Reformen für eine teilweise Verwirklichung des Sozialismus. Der Anarchosyndikalist lehnt die „Kleinarbeit“, insbesondere die Ausnutzung der Parlamentstribüne, ab. In Wirklichkeit läuft diese Taktik darauf hinaus, die „großen Tage“ abzuwarten, ohne zu verstehen, die Kräfte zu sammeln, die die großen Ereignisse hervorbringen. Die einen wie die anderen hemmen die wichtigste, die dringendste Arbeit: den Zusammenschluß der Arbeiter zu großen, starken, gut funktionierenden Organisationen, die imstande sind, unter *allen* Bedingungen gut zu funktionieren, die vom Geist des Klassenkampfes durchdrungen sind, klar ihre Ziele erkennen und in wahrhaft marxistischer Weltanschauung erzogen werden.

Hier erlauben wir uns eine kleine Abschweifung und bemerken in Parenthese, um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen, daß Pannekoek seine Analyse *ausschließlich* mit Beispielen aus der westeuropäischen Geschichte, besonders der Geschichte Deutschlands und Frankreichs, illustriert, *ohne im geringsten* an Rußland zu denken. Wenn es mitunter scheint, als spiele er auf Rußland an, so kommt dies nur daher, daß die Grundtendenzen, die bestimmte Abweichungen von der marxistischen Taktik erzeugen, auch bei uns in Erscheinung treten, ungeachtet der gewaltigen Unterschiede, die in Kultur und Lebensformen sowie in Geschichte und Wirtschaft zwischen Rußland und dem Westen bestehen.

Eine außerordentlich wichtige Ursache, die unter den Teilnehmern der Arbeiterbewegung Differenzen erzeugt, sind schließlich die Veränderungen in der Taktik der herrschenden Klassen im allgemeinen und der Bourgeoisie im besonderen. Wäre die Taktik der Bourgeoisie immer die gleiche oder zumindest immer gleichartig, so würde die Arbeiterklasse rasch lernen, sie mit einer ebenso gleichbleibenden oder gleichartigen Taktik zu beantworten. In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen. Darin besteht das Wesen der konservativen Politik, die in Westeuropa immer mehr aufhört, die Politik der Grundbesitzerklassen zu sein, die immer mehr zu einer der Spielarten der allgemeinen bürgerlichen Politik wird. Die zweite Methode ist die Methode des „Liberalismus“, der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw.

Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage. Die normale kapitalistische Gesellschaft kann sich nicht erfolgreich entwickeln ohne ein gefestigtes Repräsentativsystem, ohne gewisse politische Rechte der Bevölkerung, die selbstverständlich verhältnismäßig hohe Ansprüche in „kultureller“ Hin-

sicht stellt. Diese Ansprüche auf ein bestimmtes Minimum an Kultur werden erzeugt durch die Verhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise selbst mit ihrer hohen Technik, ihrer Kompliziertheit, Elastizität, Beweglichkeit, mit der raschen Entwicklung der Weltkonkurrenz usw. Schwankungen in der Taktik der Bourgeoisie, Übergänge vom System der Gewaltanwendung zum System von Scheinzugeständnissen sind infolgedessen charakteristisch für die Geschichte aller europäischen Länder im letzten halben Jahrhundert, wobei die verschiedenen Länder in bestimmten Perioden vorwiegend die eine oder die andere Methode entwickeln. So war zum Beispiel in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts England das klassische Land der „liberalen“ bürgerlichen Politik, das Deutschland der siebziger und achtziger Jahre hielt sich an die Methode der Gewalt usw.

Als diese Methode in Deutschland herrschte, war der einseitige Widerhall auf dieses bürgerliche Regierungssystem das Anwachsen des Anarchosyndikalismus oder, wie er damals genannt wurde, des Anarchismus in der Arbeiterbewegung (die „Jungen“ zu Beginn der neunziger¹⁰⁷, Johann Most zu Beginn der achtziger Jahre¹⁰⁸). Als 1890 eine Wendung zu „Zugeständnissen“ eintrat, erwies sich – wie immer – diese Wendung als noch gefährlicher für die Arbeiterbewegung, da sie den ebenso einseitigen Widerhall auf das bürgerliche „Reformertum“ hervorrief: den Opportunismus in der Arbeiterbewegung. „Das positive, reale Ziel der liberalen Politik der Bourgeoisie“, sagt Pannekoek, „ist die Irreführung der Arbeiter, ist das Hineintragen von Spaltung in ihre Mitte, ist das Verwandeln ihrer Politik in ein ohnmächtiges Anhängsel des ohnmächtigen, stets ohnmächtigen und ephemeren Scheinreformertums.“

Nicht selten erreicht die Bourgeoisie für eine gewisse Zeit ihr Ziel mit Hilfe der „liberalen“ Politik, die – wie Pannekoek richtig bemerkt – eine „schlauere“ Politik darstellt. Ein Teil der Arbeiter, ein Teil ihrer Vertreter läßt sich mitunter durch Scheinzugeständnisse täuschen. Die Revisionisten erklären die Lehre vom Klassenkampf für „veraltet“ oder schlagen eine Politik ein, die in der Praxis die Abkehr vom Klassenkampf bedeutet. Die Zickzackwege der bürgerlichen Taktik haben eine Stärkung des Revisionismus in der Arbeiterbewegung zur Folge und steigern nicht selten die Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung bis zur direkten Spaltung.

Alle Ursachen der genannten Art erzeugen innerhalb der Arbeiterbewegung, innerhalb der proletarischen Reihen Differenzen über die Taktik. Zwischen dem Proletariat und den Schichten des Kleinbürgertums einschließlich der Bauernschaft, die mit dem Proletariat in Berührung kommen, gibt es aber keine chinesische Mauer und kann es auch keine geben. Es ist begreiflich, daß der Übergang einzelner Personen, Gruppen und Schichten vom Kleinbürgertum zum Proletariat seinerseits Schwankungen in der Taktik des Proletariats hervorrufen muß.

Die Erfahrung der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder hilft, an Hand konkreter Fragen der Praxis Klarheit über das Wesen der marxistischen Taktik zu schaffen; sie hilft den jüngeren Ländern, die wahre Klassenbedeutung der Abweichungen vom Marxismus klarer zu unterscheiden und diese Abweichungen erfolgreicher zu bekämpfen.

„Swesda“ Nr. 1,
16. Dezember 1910.
Unterschrift: W. I l j i n.

Nach dem Text der „Swesda“.

TOLSTOI UND DER PROLETARISCHE KAMPF

Tolstoi geißelte mit gewaltiger Kraft und Aufrichtigkeit die herrschenden Klassen und entlarvte mit großer Anschaulichkeit die innere Verlogenheit all der Institutionen, mit deren Hilfe sich die heutige Gesellschaft hält: Kirche, Gerichtsbarkeit, Militarismus, „gesetzliche“ Ehe und bürgerliche Wissenschaft. Seine Lehre aber steht in vollem Widerspruch zum Leben, zur Arbeit und zum Kampf des Totengräbers der heutigen Gesellschaftsordnung, des Proletariats. Wessen Auffassung hat denn aber in Leo Tolstois Predigt ihren Ausdruck gefunden? Durch seinen Mund sprach jene viele Millionen zählende Masse des russischen Volkes, die *bereits* die Herren des heutigen Lebens haßt, jedoch *noch* nicht zum bewußten, konsequenten, bis zu Ende gehenden, unversöhnlichen Kampf gegen sie gelangt ist.

Geschichte und Ausgang der großen russischen Revolution haben gezeigt, daß die Masse, die *zwischen* dem klassenbewußten, sozialistischen Proletariat und den entschlossenen Verteidigern des alten Regimes stand, gerade so und nicht anders beschaffen war. Diese Masse – in erster Linie die Bauernschaft – hat in der Revolution gezeigt, wie sehr sie das Alte haßt, wie unmittelbar sie alle Lasten des heutigen Regimes spürt, wie groß der elementare Drang in ihr ist, diese Lasten abzuwerfen und zu einem besseren Leben zu gelangen.

Gleichzeitig aber hat diese Masse in der Revolution gezeigt, daß sie in ihrem Haß nicht genügend bewußt, in ihrem Kampf inkonsequent, in ihrem Suchen nach einem besseren Leben eng beschränkt ist.

Das große Volksmeer, aufgewühlt bis in die tiefsten Tiefen, hat mit allen seinen Schwächen und allen seinen starken Seiten in Tolstois Lehre Widerspiegelung gefunden.

Durch das Studium der belletristischen Werke Leo Tolstois wird die russische Arbeiterklasse ihre Feinde besser kennenlernen, bei der Untersuchung der *Lehre* Tolstois aber wird das ganze russische Volk begreifen müssen, worin seine eigene Schwäche bestand, die es ihm unmöglich machte, das Werk seiner Befreiung zu Ende zu führen. Wer vorwärtschreiten will, muß das begreifen.

Diese Vorwärtsbewegung aber wird von allen denen behindert, die Tolstoi als „allgemeines Gewissen“, als „Lehrer des Lebens“ bezeichnen. Das ist eine Lüge, bewußt verbreitet von den Liberalen, die sich die anti-revolutionäre Seite der Lehre Tolstois zunutze machen möchten. Diese Lüge über Tolstoi als „Lehrer des Lebens“ wird den Liberalen auch von einigen früheren Sozialdemokraten nachgesprochen.

Das russische Volk wird sich erst dann seine Befreiung erkämpfen, wenn es begreift, daß es nicht von Tolstoi zu lernen hat, wie man sich ein besseres Leben erkämpft, sondern von der Klasse, deren Bedeutung Tolstoi nicht verstanden hat, die aber allein fähig ist, die Tolstoi verhaßte alte Welt zu zerstören – vom Proletariat.

„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 2,
18. (31.) Dezember 1910.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta“.

DER BEGINN VON DEMONSTRATIONEN

Nach drei Jahren Revolution – 1905 bis 1907 – hat Rußland drei Jahre Konterrevolution erlebt – 1908 bis 1910 –, drei Jahre der schwarzen Duma, der zügellosen Gewalttaten und der Rechtslosigkeit, der Offensive der Kapitalisten gegen die Arbeiter, der Beseitigung der von den Arbeitern erkämpften Errungenschaften. Die zaristische Selbstherrschaft, die im Jahre 1905 nur erschüttert, aber nicht vernichtet worden war, sammelte ihre Kräfte, tat sich mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten in der III. Duma zusammen und stellte in Rußland die alten Zustände wieder her. Noch stärker wurde der Druck der Kapitalisten auf die Arbeiter, die Beamten in der Stadt und besonders auf dem Lande wurden bei ihren Rechtsbrüchen und in ihrer Willkür noch frecher, die Bluttaten gegen Freiheitskämpfer wurden noch grausamer und die Todesurteile noch häufiger. Die zaristische Regierung, die Gutsbesitzer und die Kapitalisten nahmen an den revolutionären Klassen, in erster Linie am Proletariat, wütend *Rache* für die Revolution – als ob sie es eilig haben, sich die Unterbrechung des Massenkampfes zunutze zu machen, um ihre Gegner zu vernichten.

Es gibt jedoch Feinde, die man in so manchen Schlachten schlagen, die man eine Zeitlang niederhalten, die man aber *nicht* vernichten kann. Der volle Sieg der Revolution ist durchaus möglich, und ein solcher Sieg würde die Zarenmonarchie völlig vernichten, er würde die fronherrlichen Gutsbesitzer vom Angesicht der Erde hinwegfegen, würde alle ihre Ländereien ohne Loskauf den Bauern übereignen, würde die bürokratische Verwaltung durch eine demokratische Selbstverwaltung und durch politische Freiheit ersetzen. Derartige Umgestaltungen sind nicht nur möglich, sie sind vielmehr im 20. Jahrhundert in jedem Lande *unumgänglich*, sie sind in *allen* europäischen Staaten um den Preis eines mehr oder weniger langen und hartnäckigen Kampfes bereits mehr oder weniger vollständig vollzogen.

Aber *keinerlei* Siege der Reaktion, auch die vollständigsten nicht, *keinerlei* Triumphe der Konterrevolution *vermögen* die Feinde der zaristischen Selbstherrschaft, die Feinde des Gutsbesitzer- und Kapitalistenjochs zu vernichten, denn diese Feinde sind die Millionen Arbeiter, die sich immer mehr in den Städten und in den großen Fabriken, Werken und Eisenbahnen sammeln. Diese Feinde sind die dem Ruin verfallenden Bauern, deren Leben jetzt um ein vielfaches schwerer geworden ist, nachdem sich die Landeshauptleute und die reichen Bauern zur *gesetzlichen* Räuberei vereinigt haben, um mit *Zustimmung* der Gutsbesitzerduma, unter dem *Schutz* aller gutsherrlichen und militärischen Behörden, den Bauern ihren Boden wegzunehmen. Feinde wie die Arbeiterklasse, wie die armen Bauern lassen sich nicht vernichten.

Und jetzt sehen wir, wie nach drei Jahren hemmungslosen Wütens der Konterrevolution die *Volksmassen*, die durch alle möglichen Verfolgungen am allermeisten geknechtet, niedergedrückt, eingeschüchtert und erschreckt worden sind, wieder das Haupt zu heben beginnen, wieder erwachen und den Kampf aufzunehmen beginnen. Drei Jahre Hinrichtungen, Verfolgungen und grausame Gewaltakte haben Zehntausende von „Feinden“ der Selbstherrschaft umgebracht, sie haben Hunderttausende andere in die Gefängnisse geworfen und in die Verbannung geschickt, sie haben weitere Hunderttausende und aber Hunderttausende eingeschüchtert. Jedoch Millionen und aber Millionen sind heute nicht mehr die gleichen, die sie vor der Revolution waren. Diese Millionen haben noch *nie-mals* in der Geschichte Rußlands so überzeugende, anschauliche Lehren erhalten, einen so offenen Kampf der Klassen erlebt. Daß in diesen Millionen und aber Millionen eine neue tiefe, dumpfe Gärung begonnen hat, ersieht man aus den Sommerstreiks dieses Jahres und aus den kürzlich veranstalteten Demonstrationen.

Die Arbeiterstreiks in Rußland waren sowohl während der Vorbereitung der Revolution als auch während der Revolution selbst das verbreitetste Kampfmittel des Proletariats, dieser fortgeschrittenen Klasse, die in der modernen Gesellschaft die einzige konsequente revolutionäre Klasse ist. Wirtschaftliche und politische Streiks, die bald miteinander abwechselten, bald sich miteinander zu einem unauflöshlichen Ganzen verflochten, haben die Arbeitermassen gegen die Klasse der Kapitalisten und die autokratische Regierung zusammengeschweißt, sie haben Gärung

in die ganze Gesellschaft getragen, sie haben die Bauernschaft zum Kampf geweckt.

Als im Jahre 1895 die ununterbrochenen Massenstreiks begannen, war das der Beginn der Periode, in der sich die Volksrevolution vorbereitete. Als im Januar 1905 die Zahl der Streikenden in einem einzigen Monat 400 000 überschritt, da war das der Beginn der Revolution selbst. In allen drei Revolutionsjahren war die Zahl der Streikenden, wenn auch nach und nach fallend (fast 3 Millionen im Jahre 1905, 1 Million im Jahre 1906, $\frac{3}{4}$ Millionen im Jahre 1907), so hoch wie niemals zuvor in irgendeinem Lande der Welt.

Als im Jahre 1908 die Zahl der Streikenden mit einem Schlage jäh zurückging (176 000) und noch mehr im Jahre 1909 (64 000), da bedeutete dies das Ende der ersten Revolution oder, richtiger, der ersten Etappe der Revolution.

Nun aber, seit dem Sommer dieses Jahres, beginnt wieder ein Aufschwung. Die Zahl der Teilnehmer an wirtschaftlichen Streiks steigt, und zwar sehr stark. Die Periode der vollen Herrschaft der Schwarzhunderterreaktion ist zu Ende. Es beginnt eine Periode neuen Aufschwungs. Das Proletariat, das von 1905 bis 1909 – wenn auch mit großen Unterbrechungen – auf dem Rückzug war, kommt wieder zu Kräften und beginnt zum Angriff überzugehen. Die Belebung in einigen Industriezweigen führt sofort auch zur Belebung des proletarischen Kampfes.

Das Proletariat hat begonnen. Die anderen, die bürgerlichen, die demokratischen Klassen und Bevölkerungsschichten, setzen die Sache fort. Der Tod Muromzews, dieses gemäßigt liberalen, der Demokratie fremden Präsidenten der I. Duma, ruft den ersten schüchternen Beginn von Kundgebungen hervor. Der Tod Leo Tolstojs ruft – zum erstenmal nach langer Unterbrechung – Straßendemonstrationen hervor, an denen sich hauptsächlich die Studentenschaft, daneben aber auch Arbeiter beteiligen. Die Arbeitsniederlegung in einer ganzen Reihe von Fabriken und Werken am Tage der Beisetzung Tolstojs zeigt den Beginn – wenn auch einen sehr bescheidenen Beginn – demonstrativer Streiks.

In allerletzter Zeit haben die Bestialitäten der zaristischen Kerkermeister, die in Wologda und Serentui unsere wegen ihres heroischen Kampfes in der Revolution verfolgten und zu Zwangsarbeit verurteilten Genossen folterten, die Gärung unter den Studenten noch verstärkt. Über-

all in Rußland finden Zusammenkünfte und Kundgebungen statt, die Polizei dringt mit Gewalt in Universitäten ein, mißhandelt Studenten, verhaftet sie, verfolgt Zeitungen auch wegen des kleinsten wahrheitsgetreuen Worts über die Unruhen, und mit alledem verstärkt sie die Unruhen nur.

Das Proletariat hat begonnen. Die demokratische Jugend setzt die Sache fort. Das russische Volk erwacht zu neuem Kampf, es geht einer neuen Revolution entgegen.

Gleich der erste Beginn des Kampfes hat uns wiederum gezeigt, daß die Kräfte nicht vernichtet sind, die im Jahre 1905 die Zarenmacht erschüttert haben und die sie in dieser herannahenden Revolution zerstören werden. Gleich der erste Beginn des Kampfes hat uns wiederum die Bedeutung der *Massenbewegung* gezeigt. Keinerlei Verfolgungen, keinerlei Bluttaten können die Bewegung aufhalten, sobald sich einmal *Massen* erhoben haben, sobald einmal Millionen in Bewegung geraten sind. Verfolgungen schüren den Kampf nur, sie ziehen neue und immer neue Kämpferreihen in ihn hinein. Keinerlei terroristische Attentate werden den unterdrückten Massen helfen, und keinerlei Kräfte auf Erden werden die Massen zum Halten bringen, sobald sie sich erhoben haben.

Jetzt haben sie begonnen, sich zu erheben. Dieser Aufschwung wird vielleicht rasch – vielleicht langsam und mit Unterbrechungen vor sich gehen, auf jeden Fall aber führt er zur Revolution. Das russische Proletariat marschierte im Jahre 1905 allen anderen voran. Dieser ruhmreichen Vergangenheit eingedenk, muß es jetzt alle Kräfte anspannen, um seine Organisation, seine Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, wiederherzustellen, zu festigen und weiterzuentwickeln. Unsere Partei macht jetzt schwere Tage durch, aber sie ist unbesiegbar, ebenso unbesiegbar wie das Proletariat.

An die Arbeit also, Genossen! Macht euch überall daran, Organisationen aufzubauen, sozialdemokratische Parteizellen unter der Arbeiterschaft zu bilden und sie zu festigen, die ökonomische und politische Agitation zu entfalten. In der ersten russischen Revolution hat das Proletariat die Volksmassen gelehrt, für die Freiheit zu kämpfen, in der zweiten Revolution muß es sie zum Sieg führen!

„*Rabotschaja Gaseta*“ Nr. 2,
18. (31.) Dezember 1910.

Nach dem Text der
„*Rabotschaja Gaseta*“.

WAS GEHT AUF DEM LANDE VOR?

Über das neue Buch des ehemaligen Ministers für Landwirtschaft, Jermolow, über „die derzeitige Brandepidemie in Rußland“ streitet man sich in den Zeitungen. Die liberale Presse betonte, daß die Brände auf dem Lande nach der Revolution nicht zurückgegangen sind, sondern zugenommen haben. Die reaktionären Zeitungen griffen das Geschrei und Gejammer Jermolows über die „Straffreiheit für Brandstifter“, über den „Terror auf dem Lande“ usw. auf. Die Zahl der Brände auf dem Lande stieg in außerordentlichem Umfang an: zum Beispiel im Gouvernement Tambow in der Zeit von 1904 bis 1907 – *auf das Doppelte*, im Gouvernement Orjol – *auf das Zweieinhalbfache*, im Gouvernement Woronesch – *auf das Dreifache*. „Die halbwegs wohlhabenden Bauern“, schreibt das vor der Regierung liebbedienende „Nowoje Wremja“, „möchten auf Einzelhöfe ziehen, versuchen, eine neue Kultur einzuführen, aber sie sind wie in Feindesland der Partisanenbelagerung von seiten verwilderter Dorfhorden ausgesetzt. Sie werden gebrandschatzt und gehetzt, gehetzt und gebrandschatzt, man möchte alles stehen- und liegenlassen und laufen, wohin die Nase zeigt.“

Ein unangenehmes Eingeständnis müssen die Anhänger der zaristischen Regierung machen! Für uns Sozialdemokraten sind diese neuen Angaben nicht ohne Interesse als eine weitere Bestätigung dafür, daß die Regierung lügt und daß die liberale Politik erbärmlich und ohnmächtig ist.

Die Revolution von 1905 zeigte vollauf, daß die alte Ordnung im russischen Dorf von der Geschichte ein für allemal verurteilt ist. Keine Kraft der Welt kann diese Ordnung festigen. Wie kann sie umgestaltet werden? Die Bauernmassen antworteten darauf mit ihren Aufständen des Jahres 1905, antworteten durch ihre Abgeordneten der I. und II. Duma. Die Gutsbesitzerländereien sollen den Gutsbesitzern ohne Entschädigung weggenommen werden. Wenn 30 000 Gutsbesitzer (an ihrer Spitze Nikolaus Romanow) 70 Millionen Desjatinen Land besitzen, während 10 Millio-

nen Bauernhöfe etwa ebensoviel besitzen, kann das zu nichts anderem führen als zu Knechtschaft, ausweglosem Elend, Ruin und Stagnation in der ganzen Volkswirtschaft. Und die sozialdemokratische Arbeiterpartei rief die Bauern zum revolutionären Kampf auf. Die Arbeiter ganz Russlands vereinigten durch ihre Massenstreiks des Jahres 1905 den Kampf der Bauern und gaben ihm die Richtung. Der Plan der Liberalen, zwischen Bauern und Gutsbesitzern durch eine „Ablösung entsprechend einer gerechten Taxierung“ „Frieden zu stiften“, war ein leerer, kläglich und verräterischer Winkelzug.

Wie möchte die Stolypinregierung die alte Ordnung auf dem Lande umgestalten? Sie will den völligen Ruin der Bauern beschleunigen, die Gutsbesitzerländereien erhalten, einer Handvoll reicher Bauern helfen, „auf Einzelhöfe zu ziehen“, soviel Gemeindeland wie möglich wegzunehmen. Die Regierung hat begriffen, daß die ganze Masse der Bauern gegen sie ist, und sie bemüht sich, Verbündete unter den Dorfreichen zu finden.

Um die von der Regierung angestrebte „Reform“ zu verwirklichen, bedarf es „20 Jahre der Ruhe“, hat Stolypin einmal selbst gesagt. Als „Ruhe“ bezeichnet er die Fügsamkeit der Bauern, das Fehlen des Kampfes gegen die Gewalt. Aber ohne die Gewalt der Landeshauptleute und anderer Machtorgane, ohne Gewalt auf Schritt und Tritt, ohne Vergewaltigung von *Millionen und aber Millionen*, ohne Unterdrückung selbst der geringsten Äußerungen ihrer Selbständigkeit, kann die Stolypinsche „Reform“ nicht durchgeführt werden. Weder für 20 Jahre noch selbst für drei Jahre hat Stolypin „Ruhe“ geschaffen, und er wird es auch nie tun können. Das ist die unangenehme Wahrheit, an die das Buch des ehemaligen Ministers über die Brände auf dem Lande die Zarendiener erinnert.

Für die Bauern gibt es aus dieser Lage der hoffnungslosen Not, des Elends und des Hungertodes, in die sie die Regierung gebracht hat, keinen anderen Ausweg und kann es keinen anderen Ausweg geben, als den mit dem Proletariat gemeinsam geführten Massenkampf zum Sturz der Zarenherrschaft. Die Vorbereitung der Kräfte des Proletariats für diesen Kampf, die Schaffung, Entwicklung und Festigung der proletarischen Organisationen, das ist die gegenwärtige Aufgabe der SDAPR.

„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 2,
18. (31.) Dezember 1910.

Nach dem Text der
„Rabotschaja Gaseta“.

IWAN WASSILJEWITSCH BABUSCHKIN

(Nekrolog)

Wir leben unter so verfluchten Verhältnissen, wo folgendes möglich ist: Ein bedeutender Parteiarbeiter, auf den die Partei stolz sein konnte, ein Genosse, der sein ganzes Leben vorbehaltlos der Sache der Arbeiter widmete, verschwindet spurlos. Und selbst die nächsten Angehörigen, wie die Frau und die Mutter, und die allernächsten Genossen wissen jahrelang nicht, was mit ihm geschehen ist: schuftet er irgendwo, zur Zwangsarbeit verurteilt, kam er in irgendeinem Gefängnis um, oder fand er im Kampf mit dem Feind den Heldentod? So war es mit Iwan Wassiljewitsch, der von Rennenkampf erschossen wurde. Von seinem Tod erfuhren wir erst vor kurzer Zeit.

Der Name Iwan Wassiljewitschs ist sehr vielen Sozialdemokraten nah und teuer. Alle, die ihn kannten, liebten und schätzten ihn, dem jede Phrase fremd war, wegen seiner Energie, wegen seiner aufrichtigen und konsequenten revolutionären Haltung und seiner leidenschaftlichen Ergebenheit für unsere Sache. Als Petersburger Arbeiter ist er 1895 mit einer Gruppe anderer klassenbewußter Genossen mit großer Energie hinter der Newskaja Sastawa unter den Arbeitern des Semjannikow- und des Alexandrowschen Werkes sowie der Glasfabrik tätig, er gründet Zirkel, richtet Bibliotheken ein und lernt stets selbst mit Hingabe.

All seine Gedanken sind darauf gerichtet, wie die Arbeit weiter ausgedehnt werden kann. Er ist aktiv an der Herstellung des *ersten Agitationsflugblattes* beteiligt, das im Herbst 1894 in St. Petersburg erschien, des Flugblattes an die Arbeiter des Semjannikow-Werkes, und er verbreitet es eigenhändig. Als in St. Petersburg der „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ gebildet wurde, wird Iwan Wassiljewitsch

eines seiner aktivsten Mitglieder, und er arbeitet im Kampfbund bis zu seiner Verhaftung. Den Gedanken, im Ausland eine politische Zeitung herauszugeben, die der Einigung und Festigung der sozialdemokratischen Partei dienen sollte, berieten seine alten Genossen in der Petersburger Arbeit – die Begründer der „Iskra“ – gemeinsam mit ihm, und er unterstützte diesen Gedanken aufs wärmste. Solange Iwan Wassiljewitsch in Freiheit ist, leidet die „Iskra“ keinen Mangel an echten Arbeiterkorrespondenzen. Sehen Sie die ersten 20 Nummern der „Iskra“ durch, all die Korrespondenzen aus Schuja, Iwanowo-Wosnessensk, Orechowo-Sujewo und anderen Orten Zentralrußlands: fast alle von ihnen sind durch die Hände Iwan Wassiljewitschs gegangen, der bemüht war, die engste Verbindung zwischen der „Iskra“ und den Arbeitern herzustellen. Iwan Wassiljewitsch war der eifrigste Korrespondent der „Iskra“ und ihr leidenschaftlicher Anhänger. Aus dem zentralen Gebiet geht Babuschkin nach dem Süden, nach Jekaterinoslaw, wo man ihn verhaftet und nach Alexandrowsk ins Gefängnis bringt. Aus Alexandrowsk flieht er gemeinsam mit einem anderen Genossen, nachdem er das Fenstergitter durchgefeilt hat. Ohne eine einzige Fremdsprache zu kennen, schlägt er sich nach London durch, wo sich damals die Redaktion der „Iskra“ befand. Vieles wurde dort besprochen, viele Fragen wurden gemeinsam erörtert. Iwan Wassiljewitsch kam jedoch nicht dazu, am zweiten Parteitag teilzunehmen . . . Gefängnis und Verbannung rissen ihn für lange Zeit aus der Kampffront. Die anschwellende revolutionäre Welle brachte neue Mitarbeiter, neue Parteifunktionäre hervor. Babuschkin aber lebte zu dieser Zeit im hohen Norden, in Werchojansk, abgeschnitten vom Parteileben. Er verbrachte seine Zeit nicht untätig, er lernte, bereitete sich zum Kampf vor, half den Arbeitern, seinen Verbannungsgefährten, sich zu schulen, bemühte sich, sie zu bewußten Sozialdemokraten und Bolschewiki zu machen. Im Jahre 1905 kam die Amnestie, und Babuschkin machte sich auf den Weg nach Rußland. Aber auch in Sibirien wogte in dieser Zeit der Kampf, und dort wurden solche Leute wie Babuschkin gebraucht. Er trat dem Irkutsker Komitee bei und stürzte sich mit ganzer Kraft in die Arbeit. Er sprach auf Versammlungen, betrieb sozialdemokratische Agitation und organisierte den Aufstand. Als Babuschkin mit fünf anderen Genossen – deren Namen uns nicht bekannt geworden sind – in einem besonderen Waggon eine große Ladung Waffen nach Tschita führte,

wurde der Zug von einer Strafexpedition Rennenkamps gefaßt, und alle sechs wurden ohne jedes Gerichtsverfahren, auf der Stelle, am Rande eines in aller Eile ausgeworfenen Massengraves erschossen. Sie starben als Helden. Von ihrem Tode haben Soldaten berichtet, die Augenzeugen waren, und Eisenbahner, die sich in diesem Zug befanden. Babuschkin fiel als Opfer des barbarischen Gewaltaktes eines Zarenschergen, aber er starb in dem Bewußtsein, daß die Sache, der er sein ganzes Leben gewidmet hatte, nicht stirbt, daß Zehntausende, Hunderttausende, ja Millionen anderer Hände sie vollbringen werden, daß für diese Sache noch andere Genossen Arbeiter fallen, daß sie aber so lange kämpfen, bis sie gesiegt haben . . .

*

Es gibt Menschen, die sich das Märchen ausgedacht haben und es verbreiten, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands sei eine „Intellektuellen“partei, sie sei von den Arbeitern isoliert, die Arbeiter in Rußland seien Sozialdemokraten ohne Sozialdemokratie, dies sei insbesondere vor der Revolution und in bedeutendem Maße während der Revolution so gewesen. Die Liberalen verbreiten diese Lüge aus Haß gegen den revolutionären Kampf der Massen, den die SDAPR im Jahre 1905 leitete, und hie und da gibt es auch unter den Sozialisten Leute, die diese verlogene Theorie aus Unverständnis oder Leichtsinn übernehmen. Das Leben von Iwan Wassiljewitsch Babuschkin, die zehnjährige sozialdemokratische Tätigkeit dieses *Arbeiters*, eines echten *Iskristen*, sind eine anschauliche Widerlegung dieser liberalen Lüge. I. W. Babuschkin war einer von den fortgeschrittenen Arbeitern, die *10 Jahre* vor der Revolution begannen, eine sozialdemokratische *Arbeiterpartei* zu schaffen. Ohne die unermüdliche, heldenhaft beharrliche Arbeit *solcher* Vorkämpfer unter den proletarischen Massen hätte die SDAPR nicht nur keine zehn Jahre, sondern nicht einmal zehn Monate bestehen können. Nur dank der Tätigkeit *solcher* Vorkämpfer, nur dank ihrer Unterstützung entwickelte sich die SDAPR bis 1905 zu einer Partei, die in den großen Oktober- und Dezembertagen *untrennbar* mit dem Proletariat *verschmolz*, die diese Verbindung aufrechterhielt in Gestalt der *Arbeiterabgeordneten* nicht nur der II., sondern auch der III., der Schwarzhunderterduma.

Die Liberalen (Kadetten) möchten den kürzlich verstorbenen Präsidenten der I. Duma, S. A. Muromzew, zum Volkshelden machen. Wir Sozialdemokraten dürfen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, unsere Verachtung und unseren Haß gegen die zaristische Regierung zum Ausdruck zu bringen, die selbst so gemäßigte und harmlose Beamte wie Muromzew verfolgte. Muromzew war nur ein liberaler Beamter. Er war nicht einmal Demokrat. Er fürchtete den revolutionären Kampf der Massen. Er erwartete die Freiheit für Rußland nicht von einem solchen Kampf, sondern vom guten Willen der zaristischen Selbstherrschaft, von der *Verständigung* mit diesem schlimmsten und unerbittlichen Feind des russischen Volkes. In solchen Leuten Volkshelden der russischen Revolution sehen zu wollen ist lächerlich.

Es gibt aber solche Volkshelden. Das sind Menschen wie Babuschkin. Es sind Menschen, die sich nicht ein und nicht zwei, sondern volle 10 Jahre vor der Revolution voll und ganz dem Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse widmeten. Das sind Menschen, die sich nicht in nutzlosen terroristischen Unternehmungen einzelner verzettelten, sondern die hartnäckig und unermüdet unter den proletarischen Massen wirkten und halfen, *ihr* Klassenbewußtsein, *ihre* Organisation, *ihre* revolutionäre Initiative zu entwickeln. Das sind Menschen, die sich an die Spitze des bewaffneten Massenkampfes gegen die zaristische Selbstherrschaft stellten, als die Krise begann, als die Revolution ausbrach, als Millionen und aber Millionen in Bewegung gerieten. Alles, was der zaristischen Selbstherrschaft abgerungen worden war, wurde *ihr ausschließlich* durch den Kampf der Massen abgerungen, die von solchen Menschen wie Babuschkin geführt wurden.

Ohne solche Menschen würde das russische Volk für ewig ein Volk von Sklaven, ein Volk von Knechten bleiben. Mit solchen Menschen wird sich das russische Volk die völlige Befreiung von jeglicher Ausbeutung erkämpfen.

Zum fünften Mal jährt sich der Tag des Dezemberaufstands von 1905. Wir wollen diesen Jahrestag begehen, indem wir der fortgeschrittenen Arbeiter gedenken, die im Kampf gegen den Feind gefallen sind. Wir wenden uns an die Genossen Arbeiter mit der Bitte, Erinnerungen über den damaligen Kampf und zusätzliche Angaben über Babuschkin wie auch über andere während des Aufstands von 1905 gefallene sozialdemo-

kratische Arbeiter zu sammeln und uns zu übersenden. Wir beabsichtigen, eine Broschüre mit Lebensbeschreibungen solcher Arbeiter herauszugeben. Eine solche Broschüre wird die beste Antwort an alle Kleingläubigen und an all diejenigen sein, die die Bedeutung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands herabmindern. Eine solche Broschüre wird die beste Lektüre für junge Arbeiter sein, die aus ihr lernen werden, wie jeder klassenbewußte Arbeiter leben und wirken muß.

„*Rabotschaja Gaseta*“ Nr. 2,
18. (31.) Dezember 1910.

Nach dem Text der
„*Rabotschaja Gaseta*“.

AN DAS ZENTRAALKOMITEE

Hinsichtlich unseres Antrags¹⁰⁹ gehen verlogene Gerüchte um (und werden von den liquidatorischen „Golos“-Leuten absichtlich verbreitet), so daß wir es für unsere Pflicht halten, diesen Gerüchten eine kurze Darlegung des Wesens der Sache und unserer Ansichten entgegenzustellen.

Formal liegen die Dinge so, daß auf dem Januarplenium 1910 ein *Übereinkommen* der Fraktion mit der Partei getroffen wurde. Entsprechend dem Übereinkommen verpflichtete sich unsere Fraktion, sich aufzulösen, *w e n n* sich die übrigen Fraktionen auflösen. Diese Bedingung ist nicht eingehalten worden. *Wir stellen unsere Freiheit des Kampfes* gegen die Liberalen und Anarchisten, die von dem Führer der „Versöhnler“, Trotzki, ermuntert werden, *wieder her*. Die Frage des Geldes spielt für uns eine *zweitrangige* Rolle, obwohl wir natürlich nicht gewillt sind, die Gelder der *Fraktion* dem Block der Liquidatoren + Anarchisten + Trotzki abzugeben, und wir werden durchaus nicht auf unser Recht verzichten, diesen Block, seine finanziellen „Grundlagen“ (die anrühigen „Fonds“ der „Wperjod“-Leute, die von Trotzki und den „Golos“-Leuten vor der Entlarvung bewahrt werden) *u s w.* vor der internationalen Sozialdemokratie zu entlarven.*

Zum Inhalt der Sache: wir *lehnen die Verantwortung* für diese *Mithilfe* bei der Zersetzung der Partei *ab*, die sich aus der „versöhnlerischen“ (d. h.

* Das Recht, die Fraktion zu vertreten, wurde unserer *Sechsergruppe* des Plenums erteilt. Von sechs Stimmen haben wir *vier*: drei in Paris und eine laut (schriftlicher) Vollmacht von Meschkowski. Sollte Meschkowski auf den Gedanken kommen zu widerrufen, so werden wir die übrigen *in London gewählten* Bolschewiki – Mitglieder und Kandidaten des ZK – und auch Bolschewiki *befragen*, die durch ihre Arbeit Einfluß erworben haben.

gegenüber den „Golos“-Liberalen und den „Wperjod“-Anarchisten nachsichtigen) Politik ergeben hat. Wir haben *bereits vor Erscheinen der Nr. 12* des Zentralorgans die Partei offiziell und offen gewarnt, indem wir in dem Flugblatt *„Der ‚Golos‘ der Liquidatoren gegen die Partei“* die Verschwörung gegen die Partei enthüllt haben.*

Falls jemandem diese Worte übertrieben erschienen sind, die Ereignisse haben uns voll und ganz, Wort für Wort recht gegeben. Die liberalen Liquidatoren *außerhalb* der Partei haben sich gefestigt, sie haben eine der Sozialdemokratie völlig feindlich gegenüberstehende Fraktion geschaffen („Nascha Sarja“, „Wosroshdenije“, „Delo Shisni“ [Sache des Lebens]), *die instande ist*, die Sache unserer Partei bei den Wahlen zur IV. Duma zu hintertreiben. Die „Golos“-Leute haben den Herren Potressow und Co. *geholfen*, die Partei zu zersetzen, indem sie die Arbeit aus den zentralen Institutionen heraus *lahmlegten und bremsten*. Das Auslandsbüro des ZK – das einzige ständige Organ für praktische Arbeit – ist teils auf Grund der Schwäche des „Bund“ und der Letten, teils auf Grund der direkten Hilfe für die „Golos“-Leute von seiten der liquidatorischen Elemente in diesen nationalen Organisationen den *Liquidatoren* in die Hände gefallen. Das Auslandsbüro des ZK hat nicht nur nichts für die Vereinigung der *parteitreuen Elemente* im Ausland getan, hat nicht nur durch nichts den Kampf gegen die „Golos“- und „Wperjod“-Leute unterstützt, sondern hat die parteifeindlichen „Fonds“ der Anarchisten und die Schritte der Liberalen *gedeckt*.

Die „Wperjod“-Leute haben sich durch die „versöhnlerische“ Unterstützung Trotzki's und des „Golos“ als eine Fraktion mit Literaturversand und eigener *Agentur* gefestigt und sind nach dem Januarplenum 1910 *um ein vielfaches* erstarkt.

Das, was sich bereits auf dem Plenum sehr deutlich abzeichnete (zum Beispiel die Verteidigung der anarchistischen Schule durch Trotzki + die „Golos“-Leute), hat sich jetzt voll entwickelt. Der Block der Liberalen und Anarchisten zerstört unter Mithilfe der Versöhnler ganz frech von außen her die Reste der Partei und hilft, sie von innen heraus zu zersetzen. Das formale Spiel mit dem „Einladen“ der „Golos“-Leute und Trotzki's in die Parteizentren macht die ohnedies schon geschwächten parteitreuen Sozialdemokraten vollends kraftlos.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 151–159. *Die Red.*

Wir lehnen die Verantwortung für dieses Spiel ab und werden *im Gegensatz dazu* unsere *Parteilinie* der Annäherung mit den Plechanowleuten und des *schonungslosen* Kampfes gegen den Block durchführen. Es versteht sich von selbst, daß wir auf *jede Art und Weise alle* Schritte des ZK unterstützen werden, wenn es ihm gelingt, in Rußland zusammenzutreten, den zentralen Apparat in Rußland wiederherzustellen, im Ausland eine organisatorische Basis der Partei (an Stelle des liquidatorischen Auslandsbüros des ZK) zu schaffen und mit der *Arbeit* gegen die Liberalen und Anarchisten zu *beginnen*.

Zum Schluß zwei Worte über die *Spaltung*, mit der die „Versöhnler“ schrecken. Die Spaltung ist bereits jetzt *de facto* vollzogen, denn die Potressow- und die „Wperjod“-Leute haben sich *völlig* abgespalten, und *niemand* bringt sie zur *Parteilinie* zurück. Wenn das ZK sie nachdrücklich als Liberalen und Anarchisten verurteilt, wird es keine Spaltung *de jure* geben; denn *ihre eigene* Linie können sie nicht verteidigen. Wenn die Parteizentren mit dem Spiel aufhören, die Liberalen, die Diener Potressows („Golos“-Leute), und die „Wperjod“-Leute „einzuladen“, so wird es keine Spaltung *de jure* geben, und die Arbeiter werden sowohl den „Wperjod“-Leuten als auch den Potressowleuten endgültig den Rücken kehren. Eine *andere* Politik zieht die Spaltung nur in die Länge, weil sie die Potressow- und die „Wperjod“-Leute ermuntert. Was uns betrifft, so distanzieren wir uns als *bevollmächtigte Vertreter der bolschewistischen Strömung*, denen das Januarplenum 1910 die führende Stellung zuerkannte, voll und ganz von dieser „anderen“ Politik.

Die Vertreter der bolschewistischen Strömung, die auf dem Plenum das Übereinkommen mit dem ZK unterzeichnet haben und befugt sind (laut Vollmacht Meschkowskis), es zu annullieren.

Geschrieben im Dezember 1910.

*Zuerst veröffentlicht 1933
im Lenin-Sammelband XXV.*

Nach dem Manuskript.

HELDEN DES „VORBEHALTS“¹¹⁰

Das uns soeben zugegangene zehnte Heft der von Herrn Potressow und Co. herausgegebenen Zeitschrift „Nascha Sarja“ bietet derart erstaunliche Beispiele von Sorglosigkeit oder, richtiger, Prinzipienlosigkeit in der Beurteilung Leo Tolstois, daß wir auf sie sofort, wenn auch nur kurz, eingehen müssen.

Da ist der Artikel W. Basarows, eines neuen Streiters in der Potressowschen Kampfschar. Die Redaktion ist mit „einzelnen Thesen“ dieses Artikels nicht einverstanden, natürlich ohne zu sagen, welches diese Thesen sind. Läßt sich doch so die Konfusion viel bequemer bemänteln! Was uns anbelangt, so fällt es schwer zu sagen, welche Thesen des genannten Artikels geeignet sind, einen Menschen, der auch nur eine Spur von Wertschätzung für den Marxismus hegt, nicht in Empörung zu versetzen. „Unsere Intelligenz“, schreibt W. Basarow, „geschlagen und ermattet, in geistiger und sittlicher Hinsicht zu formlosem Schlamm geworden, an der äußersten Grenze geistiger Zersetzung angelangt, hat Tolstoi – den *ganzen* Tolstoi – einmütig als ihr Gewissen anerkannt.“ Das ist eine Unwahrheit. Das ist eine Phrase. Unsere Intelligenz überhaupt und die Intelligenz von der „Nascha Sarja“ im besonderen sieht ganz so aus, als ob sie „ermattet“ wäre, aber irgendeine „Einmütigkeit“ in der Beurteilung Tolstois hat sie nicht gezeigt und nicht zeigen können, sie hat den *ganzen* Tolstoi niemals richtig eingeschätzt und nicht richtig einschätzen können. Und gerade der Mangel an Einmütigkeit wird mit der ganz und gar heuchlerischen, durchaus des „*Nowoje Wremja*“ würdigen Phrase vom „Gewissen“ bemäntelt. Basarow bekämpft den „Schlamm“ nicht, sondern er begünstigt den Schlamm.

Basarow „möchte an einige Ungerechtigkeiten (!) gegenüber Tolstoi erinnern, deren sich die russischen Intellektuellen überhaupt und wir Radikalen verschiedener Spielarten im besonderen schuldig gemacht haben“. Hier ist nur so viel wahr, daß Basarow, Potressow und Co. eben „Radikale verschiedener Spielarten“ sind, die dermaßen von dem allgemeinen „Schlamm“ abhängig sind, daß sie zu einer Zeit, wo die grundlegenden Inkonsequenzen und Schwächen der Weltanschauung Tolstois in unverzeihlicher Weise verschwiegen werden, dienstbeflissen und geschäftig hinter „aller Welt“ herlaufen und von „Ungerechtigkeit“ gegenüber Tolstoi schreien. Sie wollen sich nicht berauschen „an dem unter uns besonders verbreiteten Narkotikum, das Tolstoi die ‚Erbitterung des Streits‘ nennt“ – das eben sind Reden, sind Klänge, wie sie die Spießbürger brauchen, die sich mit grenzenloser Verachtung abwenden von einem Streit um jegliche uneingeschränkten und konsequent verfochtenen Prinzipien.

„Tolstois Hauptstärke besteht eben darin, daß er, alle Stadien der für die modernen Gebildeten typischen Zersetzung durchschreitend, es verstanden hat, eine Synthese zu finden . . .“ Das ist eine Unwahrheit. Gerade eine Synthese hat Tolstoi weder in den philosophischen Grundlagen seiner Weltanschauung noch in seiner politisch-gesellschaftlichen Lehre zu finden gewußt, richtiger: er hat sie nicht finden können. „Tolstoi hat jene *rein menschliche*“ (Hervorhebungen überall von Basarow selbst) „Religion, von der Comte, Feuerbach und andere Repräsentanten der modernen Kultur nur subjektiv (!) träumen konnten, zum erstenmal (!) objektiviert, d. h. nicht nur für sich, sondern auch für andere geschaffen“ usw. usf.

Dergleichen Reden sind schlimmer als das gewöhnliche Spießbürgergewäsch. So reden heißt den „Schlamm“ mit imaginären Blumen ausschmücken, was nur geeignet ist, die Menschen in die Irre zu führen. Vor mehr als einem halben Jahrhundert hat Feuerbach, der nicht imstande war, in seiner Weltanschauung, die in vielen Beziehungen „das letzte Wort“ der klassischen deutschen Philosophie war, „eine Synthese zu finden“, sich in „subjektiven Träumen“ verloren, die die wirklich fortgeschrittenen „Repräsentanten der modernen Kultur“ schon längst als negativ bewertet haben. Heute zu erklären, Tolstoi habe diese „subjektiven Träumereien“ „zum ersten Mal objektiviert“, heißt sich ins Lager derjenigen schlagen, die rückwärts gehen, heißt dem Spießbürgertum schmeicheln, heißt dem „Wechi“ tum nachbeten.

„Es versteht sich von selbst, daß die von Tolstoi begründete Bewegung (!?) tiefgreifende Veränderungen durchmachen muß, wenn es ihr wirklich beschieden sein soll, eine große weltgeschichtliche Rolle zu spielen: die Idealisierung des patriarchalischen Bauernlebens, der Hang zur Naturalwirtschaft und viele andere utopische Züge des Tolstoianertums, die heutzutage in den Vordergrund gedrängt werden (!) und als das Wesentlichste scheinen, sind in Wirklichkeit gerade die subjektiven Elemente, die nicht notwendig mit der Grundlage der Tolstoischen ‚Religion‘ zusammenhängen.“

Also Tolstoi hätte Feuerbachs „subjektive Träume“ „objektiviert“, das aber, was Tolstoi sowohl in seinen genialen belletristischen Werken als auch in seiner widerspruchsvollen Lehre widergespiegelt hat, die von Basarow hervorgehobenen ökonomischen Besonderheiten Rußlands im vorigen Jahrhundert, das seien „gerade die subjektiven Elemente“ in seiner Lehre. Das ist es, was man gründlich danebenhauen nennt. Aber immerhin: für die „Intelligenz, geschlagen und ermattet“ (usw. wie oben zitiert), ist nichts angenehmer, wünschenswerter, anziehender, nichts geeigneter, ihrer Ermattung Vorschub zu leisten, als dieses Verhimmeln der von Tolstoi „objektivierten“ „subjektiven Träumereien“ Feuerbachs und dieses *Ablenken* der Aufmerksamkeit von den konkreten wirtschaftsgeschichtlichen und politischen Fragen, die „heutzutage in den Vordergrund gedrängt werden“!

Man begreift, daß Basarow besonders die „scharfe Kritik“ mißfällt, die die Lehre vom Verzicht auf Widerstand gegen das Böse „bei der radikalen Intelligenz“ hervorgerufen hat. Für Basarow ist es „klar, daß hier von Passivität und Quietismus nicht die Rede sein kann“. Zur Erläuterung seines Gedankens beruft sich Basarow auf das bekannte Märchen von „Iwan dem Dummling“ und mutet dem Leser zu, „sich vorzustellen, nicht der Kakerlakenkönig entsende Soldaten gegen die Dummlinge, sondern deren eigener zu Verstand gekommener Gebieter Iwan, und mit Hilfe dieser Soldaten, die aus den Reihen eben dieser Dummlinge rekrutiert worden sind, ihnen also in ihrer ganzen geistigen Wesensart nahestehen, wolle Iwan seine Untertanen zur Erfüllung irgendwelcher ungerechter Forderungen zwingen. Es liegt ganz klar auf der Hand, daß die Dummlinge, fast waffenlos und mit dem Kriegshandwerk nicht vertraut, von einem physischen Sieg über Iwans Heer nicht einmal träumen können. Selbst bei energischstem ‚gewaltsamem Widerstand‘ könnten die Dummlinge

linge Iwan nicht durch physische, sondern nur durch moralische Einwirkung besiegen, d. h. nur durch sogenannte ‚Demoralisierung‘ der Soldaten des Iwanschen Heeres . . .“ „Der gewaltsame Widerstand der Dummlinge führt zu dem gleichen Resultat (nur schlechter und mit größeren Opfern), wie auch ein Widerstand ohne Gewaltanwendung . . .“ „Der Verzicht auf gewaltsamen Widerstand gegen das Böse oder, allgemeiner, die Harmonie von Mittel und Zweck (!) ist keineswegs eine Idee, die nur gesellschaftsfremden Moralpredigern eigen wäre. Diese Idee ist ein notwendiger Bestandteil jedweder geschlossenen Weltanschauung.“

So argumentiert der neue Streiter in der Potressowschen Kampfschar. Wir können seine Argumentationen hier nicht untersuchen, ja es genügt wohl fürs erste, einfach das Wichtigste daraus abzudrucken und drei Worte hinzuzufügen: das reinste „Wechi“tum.

Aus den Schlußakkorden der Kantate über das Thema, daß die Ohren nicht über die Stirn hinauswachsen: „Es hat keinen Zweck, unsere Schwäche für Stärke, für Überlegenheit über Tolstois ‚Quietismus‘ und ‚beschränktes Urteilsvermögen‘“ (und über die Inkonsequenz seiner Urteile?) „auszugeben. So darf nicht gesprochen werden, nicht nur weil es der Wahrheit widerspricht, sondern auch weil es uns hindert, von dem größten Mann unserer Zeit zu lernen.“

Soso. Keinen Zweck hat es bloß, Herrschaften, sich zu giften und mit einer lächerlichen Bravade, mit Geschimpfe zu antworten (wie Herr Potressow in Nr. 8/9 der „Nascha Sarja“), wenn euch die Segenssprüche, das Wohlwollen und die Küsse der Isgojew zuteil werden. Diese Küsse werden weder die alten noch die neuen Streiter der Potressowschen Kampfschar von sich abzuwaschen vermögen.

Der Generalstab dieser Heerschar hat Basarows Artikel mit einem kleinen „diplomatischen“ Vorbehalt versehen. Nicht viel besser aber ist der ohne alle Vorbehalte abgedruckte Leitartikel des Herrn Newedomski. „Leo Tolstoi“, so schreibt dieser Barde der modernen Intelligenz, „der die fundamentalen Aspirationen und Bestrebungen der großen Epoche der Abschaffung der Sklaverei in Rußland in sich aufgenommen und in vollendeter Gestalt verkörpert hat, erwies sich dadurch auch als die reinste, vollendetste Verkörperung eines allgemein menschlichen ideologischen Prinzips – des *Prinzips des Gewissens*.“

Bum, bum, bum . . . M. Newedomski, der die der bürgerlich-liberalen

Publizistik eigenen fundamentalen Manieren der Deklamation in sich aufgenommen und in vollendeter Gestalt verkörpert hat, erwies sich dadurch auch als die reinste, vollendetste Verkörperung eines allgemein menschlichen ideologischen Prinzips – des Prinzips des leeren Geschwätzes.

Noch eine letzte Mär:

„Alle diese europäischen Verehrer Tolstois, alle diese Anatole France verschiedenen Namens sowie die Abgeordnetenkammern, die vor kurzem mit großer Mehrheit gegen die Abschaffung der Todesstrafe gestimmt haben, jetzt aber den großen *ganzen* Menschen durch Erheben von den Plätzen geehrt haben, dieses ganze Reich der Unentschiedenheit, der Halbschlächtigkeit, des Vorbehalts – als was für eine majestätische, was für eine machtvolle, aus lauterem reinen Metall gegossene Figur steht vor ihnen dieser Tolstoi, diese lebendige Verkörperung eines einheitlichen Prinzips.“

Uff! Schön geredet – und doch ist alles Unwahrheit. Nicht aus lauterem, nicht aus reinem und nicht aus Metall gegossen ist Tolstois Figur. Und „alle diese“ bürgerlichen Verehrer haben sein Andenken *gerade nicht* wegen der „Ganzheit“, sondern gerade wegen der Abweichung von der Ganzheit „durch Erheben von den Plätzen geehrt“.

Nur ein einziges treffliches Wörtchen ist Herrn Newedomski gegen seinen Willen entschlüpft. Dieses Wörtchen – Vorbehalte – charakterisiert die Herrschaften von der „Nascha Sarja“ ebensogut, wie W. Basarows oben zitierte Charakteristik der Intelligenz *sie* charakterisiert. Vor uns haben wir lauter Helden des „Vorbehalts“. Potressow macht den Vorbehalt, er sei nicht einverstanden mit den Machisten, obgleich er sie verteidigt. Die Redaktion macht den Vorbehalt, sie sei nicht einverstanden mit „einzelnen Thesen“ Basarows, obgleich es jedermann klar ist, daß es sich hier nicht um einzelne Thesen handelt. Potressow macht den Vorbehalt, Isgojew habe ihn verleumdet. Martow macht den Vorbehalt, er sei nicht ganz einverstanden mit Potressow und Lewizki, obgleich er gerade ihnen treue politische Dienste erweist. Sie alle miteinander machen den Vorbehalt, sie seien nicht einverstanden mit Tscherewanin, obgleich sie dessen *zweitem* liquidatorischem Büchlein, das den „Geist“ seines ersten Machwerks noch überbietet, mehr Billigung zuteil werden lassen. Tscherewanin macht den Vorbehalt, er sei nicht einverstanden mit Maslow. Maslow macht den Vorbehalt, er sei nicht einverstanden mit Kautsky.

Sie alle miteinander sind sich nur darüber einig, daß sie mit Plechanow

nicht einig sind und daß er sie verleumderisch des Liquidatorentums zeihe, selbst aber nicht imstande wäre, seine jetzige Annäherung an seine Gegner von gestern zu erklären.

Nichts einfacher als die Erklärung für diese Annäherung, die für Männer des Vorbehalts unbegreiflich ist. Als wir eine Lokomotive hatten, differierten wir aufs stärkste hinsichtlich der Frage, ob eine Geschwindigkeit von sagen wir 25 oder 50 Werst in der Stunde der Stärke dieser Lokomotive, den Brennstoffvorräten usw. entspricht. Der Streit darüber wurde, wie der über jede sehr aufregende Frage, mit Leidenschaft und nicht selten mit Erbitterung geführt. Dieser Streit wurde – absolut in jeder Frage, um die er entbrannte – offen vor aller Augen bis zu Ende ausgetragen und durch keinerlei „Vorbehalte“ verkleistert. Und keinem von uns kommt es in den Sinn, etwas zurückzunehmen oder über die „Erbitterung des Streits“ zu jammern. Wo aber die Lokomotive zu Bruch gegangen ist, wo sie im Sumpf liegt, umgeben von Intellektuellen des „Vorbehalts“, die infam darüber kichern, daß „ja gar nichts zu liquidieren da ist“, denn eine Lokomotive sei nicht mehr vorhanden, da bringt uns „erbitterte Streiter“ von gestern die eine gemeinsame Sache einander näher. Ohne irgend etwas abzuschwören, ohne irgend etwas zu vergessen, ohne zu versprechen, die Meinungsverschiedenheiten würden verschwinden, packen wir zusammen das gemeinsame Werk an. Wir bieten alle Aufmerksamkeit und alle Kräfte auf, um die Lokomotive zu heben, sie instand zu setzen, sie stabiler und stärker zu machen, sie auf die Schienen zu stellen – über die Fahrtgeschwindigkeit und über die Stellung dieser oder jener Weichen werden wir zu gegebener Zeit noch zu streiten Gelegenheit haben. Die Aufgabe des Tages besteht in unserer schwierigen Zeit darin, etwas zu schaffen, was geeignet ist, die Männer des „Vorbehalts“ und die „ermatteten Intellektuellen“, die den herrschenden „Schlamm“ direkt und indirekt unterstützen, in die Schranken zu weisen. Die Aufgabe des Tages besteht darin, auch unter den schwierigsten Verhältnissen Erz zu graben, Eisen zu fördern, den Stahl der marxistischen Weltanschauung sowie der Überbauten zu gießen, die dieser Weltanschauung entsprechen.

„Mysl“ Nr. 1,
Dezember 1910.
Unterschrift: W. J.

Nach dem Text der
Zeitschrift „Mysl“.

DER HISTORISCHE SINN DES INNERPARTEILICHEN KAMPFES IN RUSSLAND¹¹¹

Das in der Überschrift bezeichnete Thema wird in Artikeln Trotzki und Martows in den Nummern 50 und 51 der „Neuen Zeit“ angeschnitten. Martow legt die Anschauungen des Menschewismus dar. Trotzki, der sich hinter besonders klingenden Phrasen versteckt, tritt hinter den Menschewiki her. Für Martow läuft die „russische Erfahrung“ darauf hinaus, daß die „blanquistische und anarchistische Unkultur über die marxistische Kultur“ (lies: der Bolschewismus über den Menschewismus) „den Sieg davongetragen hat“. „Die russische Sozialdemokratie redete allzu eifrig russisch“ – zum Unterschied von den „*allgemein europäischen*“ Methoden der Taktik. Trotzki's „Geschichtsphilosophie“ ist die gleiche. Die Ursache des Kampfes sei die „Anpassung der marxistischen Intelligenz an die Klassenbewegung des Proletariats“. In den Vordergrund würden „sektiererischer Geist, Intelligenzlerindividualismus, ideologischer Fetischismus“ gerückt. „*Der Kampf um den Einfluß auf das politisch unreife Proletariat*“ – das sei der Kern der Sache.

I

Die Theorie, die in dem Kampf des Bolschewismus gegen den Menschewismus einen Kampf um den Einfluß auf das unreife Proletariat erblickt, ist nicht neu. Wir begegnen ihr seit 1905 (wenn nicht seit 1903) in unzähligen Büchern, Broschüren und Artikeln der *liberalen* Presse. Martow und Trotzki tischen den deutschen Genossen marxistisch verbrämte *liberale Anschauungen* auf.

Gewiß, das russische Proletariat ist politisch viel weniger reif als das

westeuropäische. Aber von allen Klassen der russischen Gesellschaft hat gerade das Proletariat in den Jahren 1905–1907 die *größte* politische Reife offenbart. Die russische liberale Bourgeoisie, die sich bei uns ebenso gemein, feige, dumm und verräterisch benommen hat wie die deutsche im Jahre 1848, haßt ja gerade darum das russische Proletariat, weil es sich 1905 als *politisch reif genug* erwiesen hat, dieser Bourgeoisie die *Führung* der Bewegung zu entreißen, den Verrat der Liberalen schonungslos zu entlarven.

Es sei eine „Illusion“ zu glauben – erklärt Trotzki –, der Menschewismus und der Bolschewismus hätten „in den Tiefen des Proletariats feste Wurzeln gefaßt“. Das ist ein Musterbeispiel jener klingenden, aber hohlen Phrasen, die unser Trotzki meisterhaft beherrscht. Nicht in den „Tiefen des Proletariats“, sondern in dem *ökonomischen Inhalt* der russischen Revolution liegen die *Wurzeln* der Differenzen zwischen den Menschewiki und den Bolschewiki. Indem Martow und Trotzki diesen Inhalt ignorieren, haben sie sich die Möglichkeit genommen, den historischen Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland zu erfassen. Das Wesentliche besteht nicht darin, ob die theoretischen Formulierungen der Differenzen in diese oder jene Schichten des Proletariats „tief“ eingedrungen sind, sondern darin, daß die ökonomischen Bedingungen der Revolution von 1905 das Proletariat in ein feindliches Verhältnis zur liberalen Bourgeoisie *gebracht* haben, und zwar nicht nur wegen der Frage der besseren Lebensbedingungen für die Arbeiter, sondern auch wegen der Agrarfrage, wegen aller politischen Fragen der Revolution usw. Vom Kampf der Richtungen in der russischen Revolution reden, Etiketten wie „Sektierertum“, „Unkultur“ u. dgl. austeilen und kein Wort über die grundlegenden ökonomischen Interessen des Proletariats, der liberalen Bourgeoisie und der demokratischen Bauernschaft sagen – heißt auf das Niveau von Vulgärjournalisten hinabsinken.

Hier ein Beispiel. „In ganz Westeuropa“, schreibt Martow, „betrachtet man die Bauernmassen nur in dem Maße für bündnisfähig“ (mit dem Proletariat), „als sie die schweren Folgen der kapitalistischen Umwälzung der Landwirtschaft zu spüren bekommen; in Rußland aber malte man sich ein Bild aus, wie sich mit dem zahlenmäßig schwachen Proletariat die 100 Millionen Bauern vereinigen, die noch nicht oder fast nicht die ‚erzieherische‘ Wirkung des Kapitalismus zu fühlen bekommen haben und in-

folgedessen auch noch nicht von der kapitalistischen Bourgeoisie in die Schule genommen worden sind.“

Das ist kein falscher Zungenschlag Martows. Das ist der zentrale Punkt aller Anschauungen des Menschewismus. Von diesen Ideen ist die opportunistische Geschichte der russischen Revolution, die in Rußland unter der Redaktion von Potressow, Martow und Maslow erscheint („Die gesellschaftliche Bewegung in Rußland zu Beginn des 20. Jahrhunderts“), ganz und gar durchdrungen. Der Menschewik Maslow hat diese Ideen noch plastischer zum Ausdruck gebracht, als er in dem zusammenfassenden Artikel dieses „Werkes“ erklärte: „Die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft würde dem ganzen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung widersprechen.“ Eben hier sind die Wurzeln der Differenzen zwischen Bolschewismus und Menschewismus zu suchen.

Martow hat die Schule der kapitalistischen Bourgeoisie an die Stelle der Schule des Kapitalismus gesetzt. (In Parenthese sei bemerkt: eine andere Bourgeoisie als die kapitalistische gibt es in der Welt nicht.) Worin besteht die Schule des Kapitalismus? Darin, daß der Kapitalismus die Bauern aus der Idiotie des Dorflebens herausreißt, sie aufrüttelt und zum Kampf drängt. Worin besteht die Schule der „kapitalistischen Bourgeoisie“? Darin: „Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre natürlichsten Bundesgenossen . . . sind, und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel.“ (K. Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 29. Juli 1848.)¹¹² Darin, daß die russische liberale Bourgeoisie in den Jahren 1905–1907 systematisch und beharrlich die Bauern verriet, sich dem Wesen der Sache nach auf die Seite der Gutsbesitzer und des Zarismus gegen die kämpfenden Bauern schlug, der Entfaltung des Kampfes der Bauern direkte Hindernisse in den Weg legte.

Unter dem Deckmantel „marxistischer“ Schlagworte über „Erziehung“ der Bauern durch den Kapitalismus verteidigt Martow die „Erziehung“ der Bauern (die revolutionär gegen den Adel kämpften) durch die Liberalen (die die Bauern an die Adligen verrieten).

Das ist eben ein Ersetzen des Marxismus durch den Liberalismus. Das ist eben ein mit marxistischen Phrasen verbrämter Liberalismus. Bebels Worte in Magdeburg, daß es unter den Sozialdemokraten Nationalliberale gebe, sind nicht nur in der Anwendung auf Deutschland richtig.

Zudem muß bemerkt werden, daß sich die meisten ideologischen Führer

des russischen Liberalismus an deutscher Literatur gebildet haben und speziell den *Brentanoschen* und *Sombartschen* „Marxismus“ nach Rußland verpflanzen, der die „Schule des Kapitalismus“ anerkennt, die Schule des revolutionären Klassenkampfes jedoch ablehnt. Alle konterrevolutionären Liberalen in Rußland: Struve, Bulgakow, Frank, Isgojew und Co., prunken mit ebensolchen „marxistischen“ Phrasen.

Martow vergleicht das Rußland der Epoche der Bauernaufstände gegen den Feudalismus mit „Westeuropa“, das schon längst mit dem Feudalismus aufgeräumt hat. Das ist eine phänomenale Entstellung der historischen Perspektive. Gibt es „in ganz Westeuropa“ Sozialisten, deren Programm die Forderung enthält, „die revolutionären Aktionen der Bauernschaft einschließlich der *Konfiskation des Gutsbesitzerlandes* zu unterstützen“?¹¹³ Nein. „In ganz Westeuropa“ unterstützen die Sozialisten keineswegs die Kleineigentümer in ihrem Kampf um den Bodenbesitz gegen die Großeigentümer. Worin besteht der Unterschied? Darin, daß „in ganz Westeuropa“ das bürgerliche Regime und insbesondere die bürgerlichen Agrarverhältnisse sich schon längst herausgebildet und endgültig feste Formen angenommen haben, während es in Rußland gerade jetzt in der Revolution *darum* geht, *welche* Gestalt dieses bürgerliche Regime annehmen soll. Martow wiederholt die abgegriffene Methode der Liberalen, die der Periode revolutionärer Konflikte wegen einer bestimmten Frage stets solche Perioden gegenüberstellen, wo es keine revolutionären Konflikte gibt, weil die Frage selbst längst gelöst ist.

Die Tragikomödie des Menschewismus besteht eben darin, daß er zur Zeit der Revolution Thesen annehmen *musste*, die mit dem Liberalismus unvereinbar sind. Wenn wir den Kampf der „Bauernschaft“ für die *Konfiskation* des Grund und Bodens unterstützen, so heißt das, daß wir den Sieg als möglich anerkennen, als ökonomisch und politisch vorteilhaft für die Arbeiterklasse und für das ganze Volk. Der Sieg der vom Proletariat geführten „Bauernschaft“ im Kampf für die *Konfiskation* des Gutsbesitzerlandes ist aber eben die *revolutionäre Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*. (Man erinnere sich daran, was Marx im Jahre 1848 über die Notwendigkeit der Diktatur in der Revolution gesagt hat, und wie Mehring mit Recht die Leute verspottete, die gegen Marx die Anschuldigung erhoben, er wolle die Demokratie durch Errichtung der Diktatur verwirklichen.¹¹⁴)

Grundfalsch ist die Ansicht, daß die Diktatur dieser Klassen „dem ganzen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung widerspricht“. Gerade das Gegenteil trifft zu. Nur eine solche Diktatur würde alle Überbleibsel des Feudalismus restlos hinwegfegen und die schnellste Entwicklung der Produktivkräfte gewährleisten. Die Politik der Liberalen dagegen gibt den russischen Junkern das Heft in die Hand, die den „Gang der wirtschaftlichen Entwicklung“ Rußlands hundertfach *verlangsamen*.

In den Jahren 1905–1907 war der Widerspruch zwischen der liberalen Bourgeoisie und der Bauernschaft vollkommen offen zutage getreten. Im Frühjahr und Herbst 1905 sowie im Frühjahr 1906 hatten die Bauernaufstände *ein Drittel bis zur Hälfte* der Kreise Zentralrußlands erfaßt. Die Bauern hatten etwa 2000 Herrensitze zerstört (leider ist das nicht mehr als ein Fünfzehntel dessen, was hätte zerstört werden müssen). Nur das Proletariat unterstützte rückhaltlos diesen revolutionären Kampf, wies ihm in jeder Hinsicht die Richtung, leitete ihn und faßte ihn durch seine Massenstreiks zusammen. Die liberale Bourgeoisie hat *niemals, nicht ein einziges Mal* den revolutionären Kampf unterstützt, sie zog es vor, die Bauern zu „beschwichtigen“ und sie mit den Gutsbesitzern und dem Zaren „auszusöhnen“. In den ersten beiden Dumas (1906 und 1907) wiederholte sich dann auf parlamentarischem Schauplatz dasselbe. *Die ganze Zeit* hemmten die Liberalen den Kampf der Bauern und verrieten sie; und *nur die Arbeiterabgeordneten* lenkten und unterstützten die Bauern *gegen die Liberalen*. Der Kampf der Liberalen gegen die Bauern und die Sozialdemokraten füllt die *ganze* Geschichte der I. und der II. Duma aus. Der Kampf des Bolschewismus gegen den Menschewismus ist *untrennbar* mit dieser Geschichte verknüpft, als Kampf darum, ob die Liberalen zu unterstützen sind, oder ob die Hegemonie der Liberalen über die Bauernschaft zu beseitigen ist. Unsere Spaltungen deshalb aus dem Einfluß der Intelligenz, aus der Unreife des Proletariats usw. erklären zu wollen, ist eine kindisch naive Wiederholung liberaler Märchen.

Aus demselben Grunde ist Trotzki's Betrachtung grundfalsch, daß in der internationalen Sozialdemokratie Spaltungen hervorgerufen würden durch den „Anpassungsprozeß einer sozialrevolutionären Klasse an die begrenzten (engen) Bedingungen des Parlamentarismus“ usw., innerhalb der russischen Sozialdemokratie aber durch die Anpassung der Intelligenz an das Proletariat. „So begrenzt (eng)“, schreibt Trotzki, „vom Standpunkt des

sozialistischen Endziels der reale politische Inhalt dieses Anpassungsprozesses war, so unbändig waren seine Formen, so gewaltig die ideologischen Schatten, die er warf."

Dieses wahrhaft „unbändige“ Phrasengeklingel ist nur der „ideologische Schatten“ des Liberalismus. Sowohl Martow als auch Trotzki werfen verschiedenartige geschichtliche Perioden in einen Topf, wenn sie Rußland, das seine bürgerliche Revolution vollzieht, Europa gegenüberstellen, das diese Revolutionen längst abgeschlossen hat. In Europa ist der reale politische Inhalt der sozialdemokratischen Arbeit die Vorbereitung des Proletariats zum Kampf um die Macht gegen die Bourgeoisie, die schon die volle Herrschaft im Staate besitzt. In Rußland handelt es sich *erst um die Schaffung* eines modernen bürgerlichen Staates, der entweder einer Junkermonarchie (im Falle eines Sieges des Zarismus über die Demokratie) oder einer bäuerlichen bürgerlich-demokratischen Republik (im Falle eines Sieges der Demokratie über den Zarismus) gleichen wird. Der Sieg der Demokratie ist im heutigen Rußland aber nur dann möglich, wenn die Bauernmassen dem revolutionären Proletariat und nicht dem verräterischen Liberalismus Gefolgschaft leisten werden. Diese Frage ist historisch noch nicht entschieden. Die bürgerlichen Revolutionen sind in Rußland noch nicht abgeschlossen, und in *diesen Grenzen*, d. h. in den Grenzen des Kampfes um die *Form* der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in Rußland, ist der „reale politische Inhalt“ der Arbeit der russischen Sozialdemokraten *weniger „begrenzt“* als in den Ländern, wo es keinerlei Kampf für die Konfiskation der Gutsbesitzerländereien durch die Bauern gibt, wo die bürgerlichen Revolutionen längst abgeschlossen sind.

Es ist leicht zu verstehen, warum die Klasseninteressen der Bourgeoisie die Liberalen zwingen, den Arbeitern einzureden, daß ihre Rolle in der Revolution „begrenzt“ sei, daß der Kampf der Richtungen durch die Intellektuellen und nicht durch tiefgehende ökonomische Widersprüche hervorgerufen werde, daß die Arbeiterpartei „*nicht* Hegemon im Befreiungskampf, *sondern* Klassenpartei“ sein müsse. Gerade eine solche Formel ist in der allerletzten Zeit von den liquidatorischen „Golos“-Leuten (Lewizki in „Nascha Sarja“) aufgestellt und von den Liberalen gebilligt worden. Das Wort „Klassenpartei“ verstehen sie im Sinne von Brentano und Sombart: kümmert euch nur um eure Klasse und laßt ab von den „blanquistischen Träumen“, alle revolutionären Elemente des Volkes

im Kampf gegen den Zarismus und den verräterischen Liberalismus zu führen.

II

Die Betrachtungen Martows über die russische Revolution und die Trotzki's über die gegenwärtige Lage der russischen Sozialdemokratie geben eine konkrete Bestätigung für die Unrichtigkeit ihrer grundlegenden Anschauungen.

Beginnen wir mit dem Boykott. Martow bezeichnet den Boykott als „politische Enthaltbarkeit“, als Methode der „Anarchisten und Syndikalist“, wobei er *nur* vom Jahre 1906 redet. Trotzki erklärt, daß die „boykottistische Tendenz durch die ganze Geschichte des Bolschewismus geht – Boykottierung der Gewerkschaften, der Reichsduma, der Gemeindevertretungen usw.“, daß das ein „Produkt der sektiererischen Furcht vor dem Aufgehen in den Massen, der Radikalismus der unversöhnlichen Enthaltbarkeit“ usw. sei. In bezug auf den Boykott der Gewerkschaften und der Gemeindevertretungen sagt Trotzki die *direkte Unwahrheit*. Ebenso unwahr ist es, daß der Boykottismus sich durch die ganze Geschichte des Bolschewismus ziehe; der Bolschewismus war im Frühjahr und Sommer 1905, vor dem ersten Auftauchen der Boykottfrage, als Richtung schon völlig herausgebildet. Der Bolschewismus erklärte im August 1906 im offiziellen Organ der Fraktion, daß die historischen Bedingungen, die die Notwendigkeit des Boykotts hervorgerufen hatten, nicht mehr vorhanden sind.*

Trotzki entstellt den Bolschewismus, denn niemals konnte sich Trotzki irgendwelche bestimmte Anschauungen über die Rolle des Proletariats in der russischen bürgerlichen Revolution zu eigen machen.

Aber noch viel schlimmer ist die Entstellung der Geschichte dieser Revolution. Spricht man vom Boykott, so muß man mit dem Anfang und nicht mit dem Ende beginnen. Der erste (und einzige) Sieg in der Revolution wurde durch die Massenbewegung errungen, die *unter der Losung des Boykotts verlief*. Das zu vergessen ist nur für die Liberalen von Vorteil.

Durch das Gesetz vom 6. (19.) August 1905 wurde die Bulyginsche Duma als beratende Körperschaft geschaffen. Die Liberalen, selbst die

* Siehe Werke, Bd. 11, S. 127–135. *Die Red.*

am weitesten links stehenden, beschlossen, an ihr teilzunehmen. Die Sozialdemokratie beschloß mit überwältigender Mehrheit (gegen die Menschewiki), diese Duma zu boykottieren und die Massen zum direkten Sturm gegen den Zarismus, zum Massenstreik und zum Aufstand aufzurufen. Folglich war die Frage des Boykotts nicht nur eine interne Frage der Sozialdemokratie. Sie war eine Frage des Kampfes zwischen dem Liberalismus und dem Proletariat. Die gesamte liberale Presse jener Zeit zeigt, daß die Liberalen die Entfaltung der Revolution fürchteten und alle ihre Anstrengungen auf eine „Verständigung“ mit dem Zarismus richteten.

Welches waren die objektiven Bedingungen für den unmittelbaren Massenkampf? Darauf gibt die Statistik der Streiks (eingeteilt in wirtschaftliche und politische Streiks) und der Bauernbewegung die beste Antwort. Wir führen die wichtigsten Daten an, die uns als Illustration zu den ganzen weiteren Ausführungen dienen sollen.

Zahl der Streikenden (in 1000) in jedem Quartal*

		1905				1906				1907			
		I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Insgesamt		810	481	294	1277	269	479	296	63	146	323	77	193
	wirtschaftlichen Streiks	411	190	143	275	73	222	125	37	52	52	66	30
	politischen Streiks	399	291	151	1002	196	257	171	26	94	271	11	163
Prozentsatz der von der Bauernbewegung erfaßten Kreise		14,2%		36,9%		49,2%		21,1%					

Diese Zahlen zeigen uns, welche gewaltige Energie das Proletariat in der Revolution zu entfalten vermag. Für das ganze Jahrzehnt vor der Revolution betrug die Zahl der Streikenden in Rußland nur 431 000, d. h. durchschnittlich 43 000 pro Jahr, während 1905 die Gesamtzahl der Strei-

* Umrahmt sind die besonders wichtigen Perioden: 1905 I – der 9. Januar; 1905 IV – der Höhepunkt der Revolution im Oktober und Dezember; 1906 II – die erste Duma; 1907 II – die zweite Duma. Die Angaben sind der offiziellen Streikstatistik¹¹⁵ entnommen, die ich in einer in Vorbereitung befindlichen Studie über die Geschichte der russischen Revolution ausführlich bearbeite. (Siehe den vorliegenden Band, S. 401–430. Die Red.)

kenden sich auf 2 863 000 belief, bei einer Gesamtzahl von 1 661 000 Industriearbeitern! Eine derartige Streikbewegung hatte die Welt noch nicht gesehen. Im dritten Quartal des Jahres 1905, als zum erstenmal die Frage des Boykotts auftauchte, sehen wir gerade den Moment des Übergangs zu einer neuen, viel stärkeren Welle der Streik- (und darauf auch der Bauern-) Bewegung. Sollte man die Ausbreitung dieser revolutionären Welle fördern und sie auf den Sturz des Zarismus richten, oder sollte man dem Zarismus gestatten, die Aufmerksamkeit der Massen durch die Komödie der beratenden Duma abzulenken – das war der *reale historische Inhalt* der Boykottfrage. Man kann danach beurteilen, wie trivial und liberal-stumpfsinnig die krampfhaften Anstrengungen sind, den Boykott in der Geschichte der russischen Revolution mit „politischer Enthaltbarkeit“, „Sektierertum“ usw. in Verbindung zu bringen! Unter der Losung des Boykotts, die *gegen* die Liberalen angenommen worden ist, verlief eine Bewegung, die die Zahl der aus politischen Gründen Streikenden von 151 000 im dritten Quartal 1905 *auf eine Million* im vierten Quartal 1905 erhöhte.

Martow erklärt als „Hauptursache“ für den Erfolg der Streiks von 1905 „die immer stärker werdende oppositionelle Strömung *in breiten bürgerlichen Kreisen*“. „Der Einfluß dieser großen Schichten der Bourgeoisie ging so weit, daß sie einerseits die Arbeiter zu politischen Streiks geradezu anreizten, andererseits es bei den Industriellen durchsetzten, *den Arbeitern die Löhne für die Tage des Streiks auszuzahlen*.“ (Hervorhebung von Martow.)

Diesem süßlichen Lobgesang auf den „Einfluß“ der Bourgeoisie wollen wir die trockene Statistik entgegenstellen. Im Jahre 1905 endeten die Streiks im Vergleich zu 1907 viel häufiger zugunsten der Arbeiter. Und nun sehe man sich die Zahlen für dieses Jahr an: 1 438 610 Streikende erhoben wirtschaftliche Forderungen; 369 304 Arbeiter gewannen den Kampf, 671 590 beendeten ihn mit einem Kompromiß, 397 716 *verloren* den Streik. So sah *in Wirklichkeit* (und nicht in der Darstellung liberaler Märchen) der „Einfluß“ der Bourgeoisie aus. Ganz nach Art der Liberalen entstellt Martow das wirkliche Verhältnis des Proletariats zur Bourgeoisie. Nicht darum siegten die Arbeiter (sowohl in der „Ökonomie“ als auch in der Politik), weil die Bourgeoisie mitunter die Streiktage bezahlte oder oppositionell auftrat, sondern die Bourgeoisie frondierte und

zahlte, weil die Arbeiter siegten. Die Stärke des Klassendrucks, die Macht der Millionenstreiks, der Bauernunruhen und der Aufstände in Heer und Flotte ist die Ursache, die „Hauptursache“, mein lieber Martow; die „Sympathie“ der Bourgeoisie ist die Wirkung.

„Der 17. Oktober“, schreibt Martow, „der Aussichten auf die Wahlen in die Reichsduma eröffnete und die Möglichkeit schuf, Versammlungen einzuberufen, Arbeitervereine zu gründen und sozialdemokratische Zeitungen herauszugeben, zeigte auch die Richtung, in der gearbeitet werden sollte.“ Aber das Unglück sei gewesen, daß die „Idee der Möglichkeit einer ‚Ermattungsstrategie‘ niemandem in den Kopf gekommen ist. Die ganze Bewegung wurde künstlich auf einen ersten und entscheidenden Zusammenstoß hingetrieben“, d. h. zum Dezemberstreik und zu der „blutigen Niederlage“ im Dezember.

Kautsky polemisierte mit R. Luxemburg darüber, ob in Deutschland im Frühjahr 1910 der Moment gekommen sei, von der „Ermattungsstrategie“ zur „Niederwerfungsstrategie“ überzugehen, wobei Kautsky klar und deutlich aussprach, daß dieser Übergang bei der weiteren Entwicklung der politischen Krise *unvermeidlich* ist. Martow dagegen, der sich an die Rocksöhne Kautskys klammert, propagiert nachträglich die „Ermattungsstrategie“ in einem Augenblick der höchsten Zuspitzung der Revolution. Nein, verehrter Martow, Sie wiederholen einfach liberale Reden. Nicht „Aussichten“ auf eine friedliche Verfassung „eröffnete“ der 17. Oktober – das ist ein liberales Märchen –, sondern den *Bürgerkrieg*. Dieser Krieg wurde nicht durch den subjektiven Willen von Parteien oder Gruppen, sondern durch den gesamten Verlauf der Ereignisse seit dem Januar 1905 vorbereitet. Das Oktobermanifest bedeutete nicht etwa, daß der Kampf eingestellt, sondern daß das Gleichgewicht der Kräfte der Kämpfenden hergestellt worden war: der Zarismus konnte *schon nicht mehr* regieren, die Revolution konnte ihn *noch nicht* stürzen. Aus dieser Lage entsprang mit objektiver Unvermeidlichkeit der entscheidende Kampf. Der Bürgerkrieg war sowohl im Oktober als auch im November eine *Tatsache* (die friedlichen „Aussichten“ dagegen eine liberale Lüge); dieser Krieg kam nicht nur in den Pogromen zum Ausdruck, sondern auch im Kampf mit Waffengewalt gegen die meuternden Truppenteile, gegen die Bauern in einem Drittel Rußlands, gegen die Randgebiete. Leute, die unter solchen Umständen den bewaffneten Aufstand und den Massenstreik

im Dezember für „künstlich“ halten, können nur künstlich zur Sozialdemokratie gezählt werden. Die natürliche Partei für solche Leute ist die liberale Partei.

Marx sprach 1848 und 1871 davon, daß es Augenblicke in der Revolution gebe, wo die kampflose Preisgabe von Positionen an den Feind die Massen mehr demoralisiere als eine Niederlage im Kampf.¹¹⁶ Der Dezember 1905 war nicht bloß ein solcher Augenblick in der Geschichte der russischen Revolution. Der Dezember war die natürliche und unvermeidliche Vollendung der Massenzusammenstöße und -kämpfe, die im Zeitraum von zwölf Monaten in allen Teilen des Landes immer zahlreicher geworden waren. Hiervon zeugt sogar die trockene Statistik. Die Zahl der aus rein politischen Gründen Streikenden (d. h. solcher, die keinerlei wirtschaftliche Forderungen erhoben) betrug: im Januar 1905 – 123 000, im Oktober 328 000, im Dezember 372 000. Und da will man uns glauben machen, daß dieses Wachstum „künstlich“ gewesen sei! Man tischt uns das Märchen auf, ein *derartiges* Anwachsen des politischen Massenkampfes neben Aufständen in der Armee sei *möglich* ohne den unvermeidlichen Übergang zum bewaffneten Aufstand! Nein, das ist keine Geschichte der Revolution, sondern eine liberale Verleumdung der Revolution.

III

„Gerade zu dieser Zeit der allgemeinen Erregung der Arbeitermassen“, schreibt Martow über den Oktoberstreik, „entsteht die Tendenz, den Kampf für politische Freiheit mit dem wirtschaftlichen Kampf zu verschmelzen. Aber entgegen der Meinung der Genossin Rosa Luxemburg äußerte sich darin nicht die starke, sondern die schwache Seite der Bewegung.“ Der Versuch, auf revolutionärem Wege den Achtstundentag einzuführen, habe mit einem Mißerfolg geendet und die Arbeiter „desorganisiert“. „In derselben Richtung wirkte der allgemeine Streik der Post- und Telegrafenebeamten ganz Rußlands im November 1905.“ So schreibt Martow Geschichte.

Es genügt, einen Blick auf die oben angeführte Statistik zu werfen, um zu sehen, wie verlogen diese Geschichtsschreibung ist. Im Verlauf aller drei Revolutionsjahre sehen wir bei jeder Verschärfung der politischen Krise einen Aufschwung nicht nur der politischen, sondern auch der wirt-

schaftlichen Streikkämpfe. In ihrer Vereinigung lag nicht die Schwäche, sondern die Stärke der Bewegung. Die entgegengesetzte Ansicht ist die Ansicht liberaler Bourgeois, die ja gerade möchten, daß die Arbeiter an der Politik teilnähmen, *ohne* die breitesten Massen in die Revolution und in den Kampf gegen die Bourgeoisie hineinzuziehen. Eben nach dem 17. Oktober spaltete sich die liberale Semstwobewegung endgültig: die Grundbesitzer und Fabrikanten bildeten die offen konterrevolutionäre Partei der „Oktobristen“, die mit der ganzen Wucht der Repressalien über die Streikenden herfielen (während die „linken“ Liberalen, die Kadetten, die Arbeiter in der Presse des „Wahnsinns“ beschuldigten). Martow, im Gefolge der Oktobristen und Kadetten, erblickt die „Schwäche“ der Arbeiter darin, daß sie gerade in dieser Zeit bemüht waren, den wirtschaftlichen Kampf noch offensiver zu gestalten. Wir sehen die Schwäche der Arbeiter (und noch mehr der Bauern) darin, daß sie nicht entschlossen genug, nicht zahlreich genug, nicht schnell genug zum offensiven wirtschaftlichen und zum bewaffneten politischen Kampf übergingen, der *unvermeidlich* dem *ganzen* Gang der Ereignisse und keinesfalls subjektiven Wünschen einzelner Gruppen oder Parteien entsprang. Zwischen unserer Ansicht und der Ansicht Martows liegt ein Abgrund, und dieser Abgrund zwischen den Ansichten von „Intellektuellen“ widerspiegelt, entgegen Trotzki, lediglich den Abgrund, der Ende 1905 in *Wirklichkeit zwischen den Klassen* klappte, nämlich zwischen dem kämpfenden revolutionären Proletariat und der sich verräterisch verhaltenden Bourgeoisie.

Man muß noch hinzufügen, daß die Niederlagen der Arbeiter im Streikampf nicht nur das von Martow herausgegriffene Ende des Jahres 1905, sondern in noch höherem Maße die Jahre 1906 und 1907 charakterisieren. Die Statistik sagt uns, daß in den zehn Jahren von 1895 bis 1904 die Fabrikanten 51,6% der Streiks (nach der Zahl der Streikenden gerechnet) gewannen; 1905 gewannen sie 29,4%; 1906 – 33,5%; 1907 – 57,6%; 1908 – 68,8%. Bedeutet das nun, daß die wirtschaftlichen Streiks in den Jahren 1906 und 1907 ein „Wahnsinn“, „unzeitgemäß“ waren, daß sie die „schwache Seite der Bewegung“ darstellten? Nein. Das bedeutet, daß die Niederlage (in der Politik wie in der „Ökonomie“) insofern unvermeidlich war, als der Ansturm des revolutionären Kampfes der Massen im Jahre 1905 nicht stark genug war; hätte aber das Proletariat es dabei

nicht vermocht, sich mindestens *zweimal* zu einem *neuen* Ansturm gegen den Feind zu erheben (allein eine *Viertelmillion* aus politischen Gründen Streikender im zweiten Vierteljahr 1906 und auch 1907), so wäre die Niederlage *noch schwerer* gewesen; der Staatsstreich wäre nicht im Juni 1907, sondern ein Jahr oder sogar noch *früher* erfolgt; die wirtschaftlichen Errungenschaften von 1905 wären den Arbeitern *noch schneller* genommen worden.

Gerade diese Bedeutung des revolutionären Kampfes der Massen be- greift Martow absolut nicht. Genau wie die Liberalen sagt er von dem Boykott am Anfang des Jahres 1906, daß „die Sozialdemokratie zeit- weise *außerhalb* der politischen Kampfeslinie blieb“. Rein theoretisch ist eine solche Behandlung der Frage des Boykotts vom Jahre 1906 eine un- glaubliche Versimpelung und Vulgarisierung eines sehr komplizierten Pro- blems. Wie war die *reale* „Kampfeslinie“ im zweiten Vierteljahr 1906, parlamentarisch oder außerparlamentarisch? Man betrachte die Statistik: die Zahl der Teilnehmer an „wirtschaftlichen“ Streiks wächst von 73 000 auf 222 000, die Zahl der aus politischen Gründen Streikenden von 196 000 auf 257 000. Der Prozentsatz der von der Bauernbewegung er- faßten Kreise steigt von 36,9% auf 49,2%. Bekanntlich waren auch die Aufstände in der Armee im zweiten Vierteljahr 1906 im Vergleich zum ersten bedeutend stärker und häufiger. Es ist ferner bekannt, daß die I. Duma das revolutionärste Parlament der Welt (zu Beginn des 20. Jahr- hunderts) und gleichzeitig das ohnmächtigste war; kein einziger ihrer Beschlüsse wurde realisiert.

Das sind die objektiven Tatsachen. Die Liberalen sowie Martow schät- zen diese Tatsachen so ein, daß die Duma die *reale* „Kampfeslinie“ gewe- sen sei, die Aufstände, die politischen Streiks, die Bauern- und Soldaten- unruhen dagegen nur ein Unfug „revolutionärer Romantiker“. Der tief- denkende Trotzki aber meint, die Differenzen zwischen den Fraktionen auf diesem Boden seien ein Kampf von „Intellektuellen“ „um den Einfluß auf das unreife Proletariat“ gewesen. Wir meinen, daß die objektiven Angaben davon zeugen, daß im Frühjahr 1906 ein so ernsthafter Auf- schwung eines wirklich revolutionären Kampfes der *Massen* vorhanden war, daß die sozialdemokratische Partei *verpflichtet* war, eben diesen Kampf als den Hauptkampf anzuerkennen und alle Kräfte zu seiner Unterstützung und Entfaltung einzusetzen. Wir meinen, daß die spezi-

fische politische Situation jener Epoche – wo die Zarenregierung von Europa eine Zweimilliardenanleihe erhielt und die Einberufung der Duma gewissermaßen die Garantie für die Anleihe sein sollte, wo die Zarenregierung in aller Eile Gesetze gegen den Boykott der Duma erließ – den Versuch des Proletariats, die Einberufung des ersten Parlaments in Rußland den Händen des Zaren zu entreißen, vollauf rechtfertigte. Wir meinen, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die *Liberalen* damals „außerhalb der politischen Kampfeslinie blieben“. Jene Verfassungssillusionen, auf deren Verbreitung in den Massen die ganze Karriere der Liberalen in der Revolution aufgebaut war, wurden am anschaulichsten durch die Geschichte der I. Duma widerlegt.

In den ersten beiden Dumas hatten die Liberalen (die Kadetten) die Mehrheit und hielten unter viel Lärm und Krach den Vordergrund der politischen Bühne besetzt. Aber gerade diese „Siege“ der Liberalen zeigten auch anschaulich, daß die Liberalen die ganze Zeit hindurch „außerhalb der politischen Kampfeslinie“ blieben, daß sie politische Komödianten waren, die das demokratische Bewußtsein der Massen tiefgehend demoralisierten. Und wenn Martow und seine Freunde, den Liberalen folgend, auf die schweren Niederlagen der Revolution hinweisen als auf eine Lehre dafür, „was wir zu unterlassen haben“, so antworten wir ihnen: der einzige reale Sieg, den die Revolution davontrug, war der Sieg des Proletariats, das die liberalen Ratschläge, in die Bulyginsche Duma zu gehen, von sich wies und die Bauernmassen mit sich zum Aufstand führte. Das erstens. Zweitens aber errang das russische Proletariat durch seinen heldenmütigen Kampf im Verlauf dreier Jahre (1905–1907) für sich und das russische Volk etwas, zu dessen Erkämpfung andere Völker Jahrzehnte gebraucht hatten. Es erkämpfte die *Befreiung* der Arbeitermassen *von dem Einfluß* des verräterischen und verachtungswürdig-ohnmächtigen *Liberalismus*. Es erkämpfte *sich* die Rolle des *Hegemons* im Kampf für die Freiheit, für die Demokratie, als Vorbedingung des Kampfes für den Sozialismus. Es erreichte durch seinen Kampf, daß alle unterdrückten und ausgebeuteten Klassen Rußlands *verstehen*, den revolutionären Massenkampf zu führen, ohne den nirgends in der Welt ein ernsthafter Fortschritt der Menschheit erzielt worden ist.

Diese Errungenschaften können dem russischen Proletariat durch keine Reaktion, keinen Haß, keine Schmähungen und kein Wüten der Liberalen,

keine Schwankungen, keine Kurzsichtigkeit und keine Kleingläubigkeit der sozialistischen Opportunisten genommen werden.

IV

Die Entwicklung der Fraktionen der russischen Sozialdemokratie nach der Revolution erklärt sich wiederum nicht aus der „Anpassung der Intelligenz an das Proletariat“, sondern aus den Veränderungen in den Beziehungen zwischen den Klassen. Die Revolution von 1905 bis 1907 verschärfte den Antagonismus zwischen Bauernschaft und liberaler Bourgeoisie in der Frage nach der *Form* der bürgerlichen Ordnung in Rußland, sie machte ihn offenkundig und aktuell. Das politisch gereifte Proletariat mußte unbedingt an diesem Kampf aktivsten Anteil nehmen, und die Widerspiegelung seiner Stellung zu den verschiedenen Klassen der neuen Gesellschaft war der Kampf zwischen Bolschewismus und Menschewismus.

Die drei Jahre 1908–1910 sind gekennzeichnet durch den Sieg der Konterrevolution, durch die Wiederherstellung der Selbstherrschaft und durch die III. Duma, die Duma der Schwarzhunderter und Oktobristen. Der Kampf zwischen den bürgerlichen Klassen um die Form der neuen Ordnung ist in den Hintergrund getreten. Für das Proletariat wurde die *elementare* Aufgabe auf die Tagesordnung gestellt, seine eigene, die proletarische Partei zu behaupten, die sowohl der Reaktion als auch dem konterrevolutionären Liberalismus feindlich gegenübersteht. Diese Aufgabe ist nicht leicht, denn gerade das Proletariat traf die ganze Schwere der wirtschaftlichen und politischen Verfolgungen, der ganze Haß der Liberalen dafür, daß die Sozialdemokratie ihnen die Führung der Massen in der Revolution entrissen hat.

Die Krise der sozialdemokratischen Partei ist sehr schwer. Die Organisationen sind zerschlagen. Eine Menge alter Führer (vor allem aus den Reihen der Intelligenz) ist verhaftet. Ein neuer Typ des sozialdemokratischen Arbeiters, der die Parteiangelegenheiten in seine Hand nimmt, hat sich schon entwickelt, aber er hat außergewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden. Unter diesen Verhältnissen verliert die sozialdemokratische Partei viele „Mitläufer“. Es war natürlich, daß sich in der bürgerlichen Revolution kleinstädtische Mitläufer den Sozialisten angeschlossen hatten. Sie fallen jetzt vom Marxismus und von der Sozialdemokratie ab.

Dieser Prozeß ist in beiden Fraktionen zutage getreten: bei den Bolschewiki in Form der „otsowistischen“ Strömung, die im Frühjahr 1908 auftauchte, sofort auf der Moskauer Konferenz eine Niederlage erlitt und, nach langem Kampf, vom offiziellen Zentrum der Fraktion verworfen, im Ausland eine *besondere Fraktion* – die der „Wperjod“-Gruppe – bildete. Die Eigenart der Zerfallsperiode kam darin zum Ausdruck, daß sich in dieser Fraktion sowohl jene „Machisten“, die in ihre *Plattform* den Kampf gegen den Marxismus (unter dem Aushängeschild der Verteidigung der „proletarischen Philosophie“) aufgenommen hatten, als auch die „Ultimativisten“, diese verschämten Otsowisten, sowie verschiedene Typen von „Sozialdemokraten aus den Tagen der Freiheit“ zusammenfanden, die, von „effektvollen“ Losungen hingerissen, sich diese eingepaukt, die Grundlagen des Marxismus aber *nicht begriffen* hatten.

Bei den Menschewiki fand derselbe Prozeß des Abfalls der kleinbürgerlichen „Mitläufer“ seinen Ausdruck in der liquidatorischen Strömung, die gegenwärtig völlig feste Gestalt angenommen hat in der Zeitschrift des Herrn Potressow „Nascha Sarja“, in den Zeitschriften „Wosroschdenije“ und „Shisn“, in der Position der „Sechzehn“ und der „Drei“ (Michail, Roman, Juri), wobei der im Ausland erscheinende „Goloz Sozialdemokrata“ faktisch die Stelle eines *Lakaien* der russischen Liquidatoren einnimmt, der sie gegenüber der Parteiöffentlichkeit diplomatisch deckt.

Da Trotzki die historische und ökonomische Bedeutung dieses Zerfalls in der Epoche der Konterrevolution, dieses *Abfalls nichtsozialdemokratischer* Elemente von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nicht begriffen hat, erzählt er den deutschen Lesern von einem „Zerfall“ beider Fraktionen, von einem „Zerfall der Partei“, von einer „Zersetzung der Partei“.

Das ist nicht wahr. Und diese Unwahrheit bringt erstens die völlige theoretische Verständnislosigkeit Trotzki zum Ausdruck. Warum das Plenum *sowohl* das Liquidatorentum *als auch* den Otsowismus für den „Ausdruck des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat“ erklärt hat, das hat Trotzki absolut nicht begriffen. In der Tat, man überlege: äußert sich in der Abtrennung der von der Partei verurteilten Strömungen, die den *bürgerlichen* Einfluß auf das Proletariat zum Ausdruck bringen, der Zerfall der Partei, die Zersetzung der Partei oder ihre Festigung und Reinigung?

Zweitens bringt diese Unwahrheit in der Praxis die auf *Reklame* ausgehende „Politik“ der Trotzki-Fraktion zum Ausdruck. Daß Trotzki's Unternehmen der Versuch ist, eine Fraktion zu schaffen, sieht jetzt, wo Trotzki den Vertreter des ZK aus der „Prawda“ entfernt hat, jedermann ein. Trotzki, der für seine Fraktion die Reklametrommel rührt, geniert sich nicht, den Deutschen zu erzählen, daß die „Partei“ zerfalle, daß *beide* Fraktionen zerfallen, während er, Trotzki, allein alles rette. In Wirklichkeit sehen wir jetzt alle – und die jüngste Resolution der Trotzkiisten (am 26. November 1910 im Namen des Wiener Klubs angenommen) zeigt das besonders anschaulich –, daß Trotzki *aus-schließlich* bei den Liquidatoren und den „Wperjod“-Leuten *Vertrauen* genießt.

Bis zu welcher Unverfrorenheit sich Trotzki dabei versteigt, wenn er die Partei herabsetzt und sich selbst in den Augen der Deutschen herausstreich, zeigt zum Beispiel folgender Fall. Trotzki schreibt, daß die „Arbeitermassen“ in Rußland die „sozialdemokratische Partei als *außerhalb* (hervorgehoben von Trotzki) ihres Kreises stehend“ betrachten, und spricht von „Sozialdemokraten ohne Sozialdemokratie“.

Wie sollten denn da Herr Potressow und dessen Freunde Trotzki für solche Reden nicht ans Herz drücken?

Diese Reden werden aber nicht nur durch die *ganze* Geschichte der Revolution, sondern allein schon durch die Wahlen in der Arbeiterkurie zur III. Duma widerlegt.

Für die Arbeit in den legalen Organisationen, schreibt Trotzki, „erwiesen sich die Fraktionen der Menschewiki und Bolschewiki – ihrer bisherigen Ideen- und Organisationsstruktur nach – als vollkommen unfähig“, es arbeiteten „einzelne Gruppen von Sozialdemokraten, aber dies alles geschah außerhalb des Rahmens der Fraktionen, außerhalb ihrer organisatorischen Einwirkung“. „Selbst die einflußreichste legale Organisation, . . . in der die Menschewiki das Übergewicht haben, arbeitet vollkommen außerhalb der Kontrolle der menschewistischen Fraktion.“ So schreibt Trotzki. Die Tatsachen sehen aber anders aus. Seitdem die sozialdemokratische Fraktion in der III. Duma besteht, hat die bolschewistische Fraktion stets durch ihre vom ZK der Partei bevollmächtigten Vertrauensmänner die Arbeit der Sozialdemokraten in der Duma gefördert, unterstützt, beraten und kontrolliert. Das gleiche tut die Redaktion des Zen-

tralorgans der Partei, die aus Vertretern der Fraktionen besteht (die sich als Fraktionen im Januar 1910 aufgelöst haben).

Wenn Trotzki den deutschen Genossen ausführlich von der Dummheit des „Otsowismus“ erzählt und diese Strömung als „Kristallisation“ des dem gesamten Bolschewismus eigenen Boykottismus darstellt, um dann in zwei Worten zu erwähnen, der Bolschewismus habe sich vom Otsowismus „nicht beherrschen lassen“, sondern sei „gegen ihn entschieden oder, richtiger, ungestüm“ aufgetreten, so stellt sich der deutsche Leser freilich nicht vor, welch raffinierter Betrug in einer solchen Darstellung steckt. Die jesuitische „Reservation“ Trotzki's besteht in der Fortlassung einer kleinen, ganz kleinen „Bagatelle“. Er hat „vergessen“ zu berichten, daß die bolschewistische Fraktion schon im Frühjahr 1909 in einer offiziellen Versammlung ihrer Vertreter die Otsowisten entfernt, sie ausgeschlossen hat. Aber gerade diese „Kleinigkeit“ paßt Trotzki nicht, der vom „Zerfall“ der bolschewistischen Fraktion (und dann auch der Partei) reden möchte und nicht vom Abfall der nichtsozialdemokratischen Elemente!

Martow halten wir jetzt für einen der Führer des Liquidatorentums, der um so gefährlicher ist, je „geschickter“ er die Liquidatoren mit quasi-marxistischen Worten verteidigt. Aber Martow legt offen die Anschauungen dar, die ganzen Strömungen in der proletarischen Massenbewegung von 1903 bis 1910 ihren Stempel aufgedrückt haben. Trotzki dagegen repräsentiert lediglich seine persönlichen Schwankungen und sonst nichts. 1903 war er Menschewik; 1904 rückte er vom Menschewismus ab, und 1905 kehrte er, lediglich mit ultrarevolutionären Phrasen prunkend, zu den Menschewiki zurück; 1906 wandte er sich abermals vom Menschewismus ab; Ende 1906 verfocht er Wahlabkommen mit den Kadetten (d. h. ging faktisch wieder mit den Menschewiki), und im Frühjahr 1907 sprach er auf dem Londoner Parteitag davon, daß der Unterschied zwischen ihm und Rosa Luxemburg „eher ein Unterschied in der individuellen Schattierung als in der politischen Richtung“ sei. Trotzki begeht heute ein Plagiat an dem geistigen Rüstzeug der einen, morgen an dem der anderen Fraktion, und darum gibt er sich als *über* beiden Fraktionen stehend aus. Trotzki ist in der Theorie *in nichts* mit den Liquidatoren und den Otsowisten einverstanden, *in der Praxis* dagegen ist er *in allem* mit den „Golos“- und den „Wperjod“-Leuten einverstanden.

Wenn darum Trotzki den deutschen Genossen vorredet, er vertrete eine „allgemeinparteiliche Tendenz“, so muß ich erklären, daß Trotzki nur seine Fraktion vertritt und *ausschließlich* bei den Otsowisten und den Liquidatoren ein gewisses Vertrauen genießt. Hier die Tatsachen, die die Richtigkeit meiner Erklärung beweisen. Im Januar 1910 trat das Zentralkomitee unserer Partei in enge Fühlung mit Trotzki's Zeitung „Prawda“ und entsandte einen Vertreter des ZK in die Redaktion. Im September 1910 meldet das ZO der Partei, daß der Vertreter des ZK mit Trotzki wegen dessen parteifeindlicher Politik *gebrochen* hat. In Kopenhagen erhob Plechanow, als Vertreter der parteitreuen Menschewiki und Delegierter der Redaktion des ZO, gemeinsam mit dem Schreiber dieser Zeilen, als dem Vertreter der Bolschewiki, und einem polnischen Genossen entschiedenen Protest dagegen, wie Trotzki in der deutschen Presse unsere Parteiangelegenheiten darstellt.

Die Leser mögen nun selbst urteilen, ob Trotzki eine „allgemein parteiliche“ oder eine „allgemein parteifeindliche“ Tendenz in der Sozialdemokratie Rußlands vertritt.

Geschrieben Ende 1910.

*Veröffentlicht am 29. April
(12. Mai) 1911 im*

„Diskussionny Listok“ Nr. 3.

Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text des

„Diskussionny Listok“.

UBER DIE STATISTIK DER STREIKS
IN RUSSLAND¹¹⁷

Geschrieben Ende 1910.

*Veröffentlicht im Dezember 1910
und im Januar 1911 in der
Zeitschrift „Mysl“ Nr. 1 und 2.*

Unterschrift: W. Iljin.

Nach dem Text der Zeitschrift.

I

Die bekannten Publikationen des Ministeriums für Handel und Industrie „Statistik der Streiks der Industriearbeiter“ für das Jahrzehnt 1895–1904 und für die Jahre 1905–1908 wurden schon wiederholt in unserer Literatur angeführt. Das in diesen Publikationen gesammelte Material ist so reichhaltig und wertvoll, daß sein erschöpfendes Studium und seine allseitige Bearbeitung noch sehr viel Zeit erfordern wird. Die in der genannten Publikation vorgenommene Bearbeitung ist nur ein erster Beginn, der bei weitem nicht genügt. Wir beabsichtigen, in dem vorliegenden Artikel die Leser mit den vorläufigen Ergebnissen eines Versuchs einer detaillierteren Bearbeitung bekannt zu machen, wobei wir eine vollständige Darstellung bis zu einer anderen Gelegenheit aufschieben.

Klar festgestellt sei vor allem die Tatsache, daß die Streiks in Rußland in den Jahren 1905–1907 eine Erscheinung darstellen, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Hier die Daten über die Anzahl der Streikenden in Tausenden, geordnet nach Jahren und Ländern:

Durchschnitt: Jahre	Rußland	Ver. Staaten von Amerika	Deutsch- land	Frankreich
1895–1904	43	660	527	438
1905	2863			
1906	1108			
1907	740			
1908	176			
1909	64	Maximum für die ganzen 15 Jahre 1894–1908		

Die drei Jahre 1905–1907 stellen etwas Außergewöhnliches dar. Das Minimum der Streikenden in Rußland in diesen drei Jahren übersteigt das Maximum, das in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern der Welt je erreicht worden ist. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß die russischen Arbeiter entwickelter oder stärker wären als die im Westen. Es bedeutet jedoch, daß die Menschheit bisher nicht gewußt hat, welche Energie das Industrieproletariat auf diesem Gebiet zu entfalten *fähig* ist. Die Eigentümlichkeit des historischen Gangs der Ereignisse kam darin zum Ausdruck, daß die ungefähren Ausmaße dieser Fähigkeit zum erstenmal in Erscheinung getreten sind in einem rückständigen Land, das erst die bürgerliche Revolution durchmacht.

Um sich klarzumachen, wie in Rußland bei einer im Vergleich mit Westeuropa geringen Zahl von Industriearbeitern die Zahl der Streikenden so groß werden konnte, muß man die *wiederholten* Streiks in Betracht ziehen. Hier die Angaben über die Zahl der wiederholten Streiks, geordnet nach Jahren, sowie über das Verhältnis der Zahl der Streikenden zur Zahl der Arbeiter:

Jahre	Prozentuales Verhältnis der Zahl der Streikenden zur Gesamtzahl der Arbeiter	Prozentuales Verhältnis der Zahl der wieder- holten Streiks zur Ge- samtzahl der Streiks
1895–1904	1,46%–5,10%	36,2%
1905	163,8	85,5
1906	65,8	74,5
1907	41,9	51,8
1908	9,7	25,4

Hieraus ersehen wir, daß die drei Jahre 1905–1907, die nach der Gesamtzahl der Streikenden besonders hervorstechen, ebenso eine Sonderstellung einnehmen nach der Häufigkeit der wiederholten Streiks und der Höhe des prozentualen Verhältnisses der Zahl der Streikenden zur Gesamtzahl der Arbeiter.

Die Statistik gibt uns auch die wirkliche Zahl der bestreikten Betriebe und der an den Streiks beteiligten Arbeiter an; hier diese Angaben nach Jahren:

	Prozentsatz der Streikenden in den bestreikten Betrieben zur Gesamtzahl der Arbeiter
In 10 Jahren (1895–1904) insgesamt	27,0%
1905	60,0
1906	37,9
1907	32,1
1908	11,9

Auch diese Tabelle zeigt, ähnlich wie die vorhergehende, daß der Rückgang der Zahl der Streikenden 1907 gegenüber 1906 im allgemeinen *viel schwächer* ist als der Rückgang 1906 gegenüber 1905. Wir werden in der weiteren Darlegung sehen, daß in einigen Produktionszweigen und einigen Gebieten 1907 gegenüber 1906 kein Rückgang, sondern eine Verstärkung der Streikbewegung zu beobachten ist. Einstweilen wollen wir festhalten, daß aus den für die einzelnen Gouvernements vorliegenden Angaben über die Zahl der Arbeiter, die tatsächlich an den Streiks teilnahmen, folgende interessante Erscheinung zu ersehen ist. 1906 ist gegenüber 1905 der Prozentsatz der Arbeiter, die an Streiks teilnahmen, in der überwiegenden Mehrheit der Gouvernements mit entwickelter Industrie zurückgegangen; es gibt aber eine Reihe von Gouvernements, wo dieser Prozentsatz 1906 gegenüber 1905 *gestiegen* ist. Das sind die industriell am geringsten entwickelten, die sozusagen hinterwäldlerischen Gouvernements. Hierzu gehören zum Beispiel die Gouvernements des hohen Nordens: Archangelsk (11 000 Industriearbeiter; 1905 – 0,4 Prozent streikender Arbeiter; 1906 – 78,6 Prozent), Wologda (6000 Industriearbeiter; 26,8 Prozent bzw. 40,2 Prozent für die gleichen Jahre), Olonez (1000 Industriearbeiter; 0 bzw. 2,6 Prozent); ferner das Schwarzmeergouvernement (1000 Industriearbeiter; 42,4 Prozent bzw. 93,5 Prozent); von den Wolgagouvernements – Simbirsk (14 000 Industriearbeiter; 10,0 Prozent bzw. 33,9 Prozent); von den landwirtschaftlichen Zentralgouvernements – Kursk (18 000 Industriearbeiter; 14,4 Prozent bzw. 16,9 Prozent); von den östlichen Randgebieten – Gouvernement Orenburg (3000 Industriearbeiter; 3,4 Prozent bzw. 29,4 Prozent).

Was die Steigerung des Prozentsatzes der Streikenden in diesen Gouvernements 1906 gegenüber 1905 bedeutet, ist klar: die Streikwelle hatte sie 1905 noch nicht erreichen können, sie begannen erst in die Bewegung

hineingezogen zu werden, als die fortgeschritteneren Arbeiter schon ein Jahr lang in einem Kampf standen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hatte. Dieser Erscheinung, die für das Verstehen des historischen Ganges der Ereignisse sehr wichtig ist, werden wir bei der weiteren Darstellung noch wiederholt begegnen.

Dagegen steigt 1907 gegenüber 1906 der Prozentsatz der Streikenden in einigen industriell stark entwickelten Gouvernements, zum Beispiel in den Gouvernements: Petersburg (68,0 Prozent im Jahre 1906; 85,7 Prozent im Jahre 1907, fast ebensoviel wie 1905 – 85,9 Prozent), Wladimir (37,1 Prozent bzw. 49,6 Prozent), Baku (32,9 Prozent bzw. 85,5 Prozent), Kiew (10,9 Prozent bzw. 11,4 Prozent) und in einer Reihe anderer Gouvernements. Wenn also in dem Ansteigen des Prozentsatzes der Streikenden 1906 gegenüber 1905 in einer Reihe von Gouvernements die Nachhut der Arbeiterklasse in Erscheinung tritt, die den Moment der höchsten Entwicklung des Kampfes versäumt hatte, so zeigt uns das Ansteigen dieses Prozentsatzes 1907 gegenüber 1906 in einer Reihe anderer Gouvernements die Vorhut in ihrem Bestreben, von neuem den Kampf aufzunehmen, den begonnenen Rückzug zum Stehen zu bringen.

Um dieser richtigen Schlußfolgerung eine noch größere Exaktheit zu verleihen, wollen wir die absoluten Zahlen der Arbeiter und der tatsächlich Streikenden anführen, geordnet nach den Gouvernements der ersten und der zweiten Art.

Gouvernements, in denen der Prozentsatz der streikenden Arbeiter 1906 gegenüber 1905 gestiegen ist:			
Zahl solcher Gouvernements	Zahl der Industrie- arbeiter dort	Zahl der Arbeiter, die tatsächlich gestreikt haben	
		1905	1906
10	61 800	6564	21 484

Durchschnittlich entfallen auf jedes Gouvernement 6000 Industriearbeiter. Das Anwachsen der Zahl der Arbeiter, die an Streiks tatsächlich teilnahmen, beträgt insgesamt 15 000.

Gouvernements, in denen der Prozentsatz der streikenden Arbeiter 1907 gegenüber 1906 gestiegen ist:			
Zahl solcher Gouvernements	Zahl der Industrie- arbeiter dort	Zahl der Arbeiter, die tatsächlich gestreikt haben	
		1906	1907
19	572 132	186 926	285 673

Durchschnittlich entfallen auf jedes Gouvernement 30 000 Industriearbeiter. Das Anwachsen der Zahl der Arbeiter, die tatsächlich gestreikt haben, beträgt etwa 100 000, wenn man jedoch die Arbeiter der Erdölindustrie des Gouvernements Baku, die 1906 nicht mitgezählt wurden, abzieht (wahrscheinlich nicht mehr als 20 000–30 000), so sind es etwa 70 000.

Die Rolle der Nachhut im Jahre 1906 und der Vorhut im Jahre 1907 tritt in diesen Zahlen deutlich in Erscheinung.

Zu einer genaueren Beurteilung dieser Ausmaße muß man die Daten für die einzelnen Gebiete Rußlands nehmen und die Zahl der Streikenden mit der Zahl der Industriearbeiter vergleichen. Hier eine Aufstellung dieser Daten:

Industriebezirke	Zahl der Industriearbeiter		Zahl der Streikenden (in 1000) für die Jahre			
	1905 (in 1000)	1895–1904 insgesamt	1905	1906	1907	1908
I. Petersburg	298	137	1033	307	325	44
II. Moskau	567	123	540	170	154	28
III. Warschau	252	69	887	525	104	35
IV.–VI. Kiew, Wolgagebiet und Charkow	543	102	403	106	157*	69*
<i>Insgesamt</i>	1660	431	2863	1108	740	176

Die Arbeiter der verschiedenen Gebiete nahmen an der Bewegung ungleichmäßig teil. Im ganzen stellten 1 660 000 Arbeiter 2 863 000 Streikende, d. h., auf je 100 Arbeiter kamen 164 Streikende oder, mit anderen Worten, etwas über die Hälfte aller Arbeiter streikte 1905 durchschnittlich zweimal. Aber diese Durchschnittszahlen vertuschen den gewaltigen Unterschied zwischen dem Petersburger und dem Warschauer Bezirk einerseits und allen übrigen andererseits. Die Bezirke Petersburg und Warschau weisen zusammen $\frac{1}{3}$ der Gesamtzahl der Industriearbeiter (550 000 von 1 660 000) auf, während sie $\frac{2}{3}$ der Gesamtzahl der Streikenden stellten (1 920 000 von 2 863 000). In diesen Bezirken streikte

* Diese Zahlen lassen sich nicht ganz mit den Angaben für die vorhergehenden Jahre vergleichen, denn für das Jahr 1907 sind zum erstenmal die Arbeiter der Erdölindustrie mitgezählt. Das Plus beträgt nicht mehr als 20 000–30 000.

jeder Arbeiter 1905 im Durchschnitt fast viermal. In den übrigen Bezirken kommen auf 1 110 000 Arbeiter 943 000 Streikende, d. h. im Verhältnis etwa ein Viertel der Anzahl der Streikenden in den zwei obengenannten Bezirken. Schon daraus ist zu ersehen, wie falsch die von unseren Liquidatoren wiederholten Behauptungen der Liberalen sind, daß die Arbeiter ihre Kräfte überschätzt hätten. Im Gegenteil, die Tatsachen beweisen, daß sie ihre Kräfte unterschätzt haben, denn sie haben sie nicht restlos ausgenutzt. Wären die Energie und die Hartnäckigkeit des Streikkampfes (wir sprechen hier allein von dieser Form des Kampfes) in ganz Rußland so gewesen, wie sie in den Bezirken Petersburg und Warschau waren, so wäre die Gesamtzahl der Streikenden *doppelt so groß* gewesen. Mit anderen Worten läßt sich diese Schlußfolgerung so ausdrücken: die Arbeiter konnten auf dem gegebenen Gebiet der Bewegung nur die Hälfte ihrer Kräfte werten, da sie die andere Hälfte noch nicht ausgenutzt hatten. Geographisch gesprochen: der Westen und der Nordwesten waren schon erwacht, aber das Zentrum, der Osten und der Süden schiefen noch zur Hälfte. Die Entwicklung des Kapitalismus tut mit jedem Tag etwas dazu, damit diejenigen aufgerüttelt werden, die sich verspätet haben.

Die nächste wichtige Schlußfolgerung aus den Angaben für die einzelnen Bezirke besteht darin, daß 1906 gegenüber 1905 die Bewegung überall, wenn auch nicht im gleichen Maße, zurückgegangen war; 1907 sehen wir aber gegenüber 1906 bei einem gewaltigen Rückgang im Bezirk Warschau, bei einer sehr geringen Verminderung in den Bezirken Moskau, Kiew und dem Wolgagebiet eine *Steigerung* in den Bezirken Petersburg und Charkow. Das bedeutet, daß bei dem gegebenen Niveau des Klassenbewußtseins und der Vorbereitung der Bevölkerung die von uns betrachtete Form der Bewegung im Verlauf des Jahres 1905 sich erschöpft hatte; sie mußte, insofern die objektiven Widersprüche des sozialen und politischen Lebens nicht verschwunden waren, in eine höhere Form der Bewegung übergehen. Aber nach einem Jahr der Erholung, wenn man sich so ausdrücken darf, bzw. nach der Periode der Sammlung der Kräfte im Verlauf des Jahres 1906, machte sich ein neuer Aufschwung bemerkbar, er begann in einem Teil des Landes. Wenn die Liberalen und in ihrem Gefolge die Liquidatoren bei der Einschätzung dieser Periode verächtlich von den „Erwartungen der Romantiker“ reden, so muß ein Marxist sagen,

daß die Liberalen die letzte Möglichkeit zur Verteidigung der demokratischen Errungenschaften dadurch vereitelten, daß sie es ablehnten, diesen teilweisen Aufschwung zu unterstützen.

Zur Frage der territorialen Verteilung der Streikenden muß noch bemerkt werden, daß ihre überwiegende Mehrheit auf die sechs Gouvernements entfällt, die eine stark entwickelte Industrie aufweisen und von denen fünf Gouvernements Großstädte haben. Diese sechs Gouvernements sind: Petersburg, Moskau, Livland, Wladimir, Warschau und Petrokow. 1905 gab es in diesen Gouvernements 827 000 Industriearbeiter bei einer Gesamtzahl von 1 661 000, d. h. fast die Hälfte der Gesamtzahl. Streikende gab es in diesen Gouvernements in den zehn Jahren von 1895 bis 1904 insgesamt 246 000 von 431 000, d. h. ungefähr 60 Prozent der Gesamtzahl der Streikenden; 1905 waren es 2 072 000 von 2 863 000, d. h. ungefähr 70 Prozent; 1906 – 852 000 von 1 108 000, d. h. etwa 75 Prozent; 1907 – 517 000 von 740 000, d. h. etwa 70 Prozent; 1908 – 85 000 von 176 000, d. h. weniger als die Hälfte.*

Die Rolle dieser sechs Gouvernements war also in den drei Jahren von 1905 bis 1907 größer als in der vorhergehenden und in der nachfolgenden Periode. Es ist somit klar, daß die Großstädte, darunter die Hauptstädte, in diesen drei Jahren eine weitaus größere Energie entwickelt haben als alle übrigen Orte. Die Arbeiter, die über die Dörfer und die verhältnismäßig kleinen städtischen und industriellen Zentren verstreut sind und die Hälfte der Gesamtzahl der Arbeiter bilden, stellten 1895 bis 1904 40 Prozent der Gesamtzahl der Streikenden, 1905 bis 1907 dagegen nur 25–30 Prozent. In Ergänzung der oben gezogenen Schlußfolgerung können wir sagen, daß die Großstädte erwacht waren, während die Kleinstädte und die Dörfer in bedeutendem Maße noch schliefen.

In bezug auf das Dorf im allgemeinen, d. h. auf die Industriearbeiter, die in Dörfern leben, gibt es außerdem noch statistische Angaben über die Zahl der Streiks (nicht über die Zahl der Streikenden) in den Städten und außerhalb der Städte. Hier diese Angaben:

* Im Jahre 1908 steht an der Spitze der Gouvernements mit einer bedeutenden Zahl von Streikenden das Gouvernement Baku mit 47 000 Streikenden. Die letzten Mohikaner des politischen Massenstreiks!

	in den Städten	Zahl der Streiks außerhalb der Städte	i n s g e s a m t
In 10 Jahren (1895–1904) insgesamt	1 326	439	1 765
1905	11 891	2104	13 995
1906	5 328	786	6 114
1907	3 258	315	3 573
1908	767	125	892

Die Verfasser der offiziellen Statistik, die diese Daten anführen, weisen darauf hin, daß nach den bekannten Untersuchungen des Herrn Pogoshew von der Gesamtzahl aller Fabriken und Werke Rußlands sich 40 Prozent in den Städten und 60 Prozent außerhalb der Städte befinden.¹¹⁸ Wenn also in normalen Zeiten (1895–1904) die Zahl der Streiks in den Städten dreimal so groß ist wie ihre Zahl in den Dörfern, so ist das prozentuale Verhältnis der Zahl der Streiks zur Zahl der Betriebe in den Städten *viereinhalbmal* so groß wie in den Dörfern. 1905 war dieses Verhältnis ungefähr 8:1; 1906 – 9:1; 1907 – 15:1; 1908* – 6:1. Mit anderen Worten: Die Rolle der städtischen Industriearbeiter in der Streikbewegung war im Vergleich mit der Rolle der Industriearbeiter, die in den Dörfern leben, im Jahre 1905 viel größer als in den vorhergehenden Jahren, wobei 1906 und 1907 diese Rolle immer größer und größer wurde, d. h., die Dorfbewohner nahmen proportionell immer weniger und weniger an der Bewegung teil. Die in den Dörfern lebenden Industriearbeiter, die durch das Jahrzehnt von 1895 bis 1904 am wenigsten zum Kampf vorbereitet waren, offenbarten die geringste Standhaftigkeit und traten nach 1905 am schnellsten den Rückzug an. Die Vorhut, d. h. die städtischen Industriearbeiter, machten 1906 besondere Anstrengungen und 1907 *noch größere als 1906*, um diesen Rückzug aufzuhalten.

Betrachten wir ferner die Verteilung der Streikenden nach Produktionszweigen. Dazu wollen wir vier Hauptgruppen der Produktion aufstellen: A) Metallarbeiter; B) Textilarbeiter; C) Buchdrucker, Holz-, Leder- und Chemiarbeiter; D) Arbeiter zur Bearbeitung mineralischer Stoffe und

* 1908 sind in die Zahl der Streiks 228 und 1907 – 230 Streiks in der Erdölindustrie einbegriffen, die 1906 zum erstenmal der Inspektion unterstellt wurde.

Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie: Nach Jahren geordnet, sind die Zahlen folgende:

Produktions- gruppen	Gesamtzahl der Industriearbeiter 1904	Zahl der Streikenden (in 1000) in den Jahren 1895-1904				
		insgesamt	1905	1906	1907	1908
A	252	117	811	213	193	41
B	708	237	1296	640	302	56
C	277	38	471	170	179	24
D	454	39	285	85	66	55
<i>Insgesamt</i>	1691	431	2863	1108	740	176

Die Metallarbeiter waren durch das dem Jahr 1905 vorangegangene Jahrzehnt am besten vorbereitet. In diesem Jahrzehnt streikte beinahe die Hälfte von ihnen (117 000 von 252 000). Als die am besten Vorbereiteten stehen sie auch 1905 an der Spitze. Die Zahl der Streikenden beträgt bei ihnen *mehr als das Dreifache* der Zahl der Arbeiter (811 000 gegenüber 252 000). Noch plastischer tritt die Rolle dieser Vorhut bei der Analyse der monatlichen Angaben für das Jahr 1905 hervor (eine ausführliche Untersuchung dieser Angaben ist in einem kurzen Artikel unmöglich, und wir verschieben sie auf ein anderes Mal). Der Monat, auf den im Vergleich zu allen anderen Monaten 1905 die Höchstzahl der Streikenden entfällt, ist bei den Metallarbeitern nicht der Oktober, wie bei *allen* übrigen Produktionsgruppen, sondern der Januar. Die Vorhut begann die Bewegung mit maximaler Energie und brachte dadurch die übrige Masse „in Schwung“. Allein im Monat Januar 1905 streikten 155 000 Metallarbeiter, d. h. zwei Drittel der Gesamtzahl der Metallarbeiter (252 000); in einem einzigen Monat ist die Zahl der Streikenden bedeutend größer als in den vorangegangenen zehn Jahren (155 000 gegenüber 117 000). Aber diese fast übermenschliche Energie erschöpft gegen Ende 1905 die Kräfte der Vorhut: die Metallarbeiter stehen nach dem Ausmaß des Abflauens der Bewegung im Jahre 1906 an erster Stelle. Der Rückgang der Zahl der Streikenden ist bei ihnen am größten: von 811 000 auf 213 000, d. h. auf fast ein Viertel. 1907 sammelt die Vorhut wiederum ihre Kräfte: die Zahl der Streikenden geht insgesamt ganz unbedeutend zurück (von 213 000 auf 193 000), und in den drei wichtigsten Produktionszweigen aus der Gruppe der Metallindustrie, nämlich im Maschinenbau, im Schiffbau und

in der Gußeisenproduktion, wächst die Zahl der Streikenden von 104 000 im Jahre 1906 auf 125 000 im Jahre 1907.

Die Textilarbeiter bilden die Hauptmasse der russischen Industriearbeiter, sie machen etwas weniger als die Hälfte der Gesamtzahl aus (708 000 von 1 691 000). Nach dem Grad der Vorbereitung in den zehn Jahren vor 1905 nehmen sie den zweiten Platz ein: es streikte ein Drittel der Gesamtzahl (237 000 von 708 000). Nach der Stärke der Bewegung im Jahre 1905 stehen sie ebenfalls an zweiter Stelle: etwa 180 Streikende auf 100 Arbeiter. Sie treten später in den Kampf als die Metallarbeiter: im Januar weisen sie nicht viel mehr Streikende auf als die Metallarbeiter (164 000 gegenüber 155 000), im Oktober mehr als das Doppelte (256 000 gegenüber 117 000). Später in die Bewegung einbezogen, hält sich diese Hauptmasse im Jahre 1906 am standhaftesten: der Rückgang ist in diesem Jahre allgemein, aber bei den Textilarbeitern ist er *geringer als bei allen anderen*, bei ihnen geht die Zahl der Streikenden auf die Hälfte zurück (640 000 gegenüber 1 296 000), bei den Metallarbeitern auf fast ein Viertel (213 000 gegenüber 811 000), bei den übrigen auf etwa ein Viertel bis ein Drittel. Erst 1907 erweisen sich die Kräfte der Hauptmasse ebenfalls als erschöpft: 1907 ist gegenüber 1906 gerade in dieser Gruppe der Rückgang *am größten*, er beträgt mehr als die Hälfte (302 000 gegenüber 640 000).

Ohne bei einer detaillierten Untersuchung der Angaben für die übrigen Produktionszweige zu verweilen, wollen wir nur feststellen, daß an letzter Stelle die Kategorie D steht, die am schwächsten vorbereitet war und am geringsten an der Bewegung teilgenommen hat. Nimmt man die Metallarbeiter als Norm, so kann man sagen, daß die Kategorie D mehr als eine Million Streikende allein für das Jahr 1905 „schuldig geblieben“ ist.

Das Verhältnis zwischen den Metall- und den Textilarbeitern ist charakteristisch für das Verhältnis der fortgeschrittenen Schicht zur breiten Masse. Bei dem Fehlen freier Organisationen, einer freien Presse, der Parlamentstribüne usw. in den Jahren 1895–1904 konnten sich 1905 die Massen nicht anders als spontan und im Verlauf des Kampfes selbst zusammenschließen. Der Mechanismus dieses Zusammenschlusses bestand darin, daß eine Streikwelle auf die andere folgte, wobei die Vorhut, um die breiten Massen „in Schwung zu bringen“, zu Beginn der Bewegung eine so gewaltige Energie verausgabte, daß sie sich in dem Moment, als die Bewegung ihren Höhepunkt erreichte, als verhältnismäßig ge-

schwächt erwies. Im Januar 1905 gab es 444 000 Streikende, darunter 155 000 Metallarbeiter, d. h. 34 Prozent, im Oktober aber betrug die Zahl aller Streikenden 519 000, davon 117 000 Metallarbeiter, d. h. 22 Prozent. Es ist begreiflich, daß eine solche Ungleichmäßigkeit der Bewegung gleichbedeutend ist mit einer gewissen Vergeudung der Kräfte infolge ihrer Zersplitterung, ihrer ungenügenden Konzentration. Das bedeutet erstens, daß durch eine bessere Konzentration der Kräfte der Effekt hätte gesteigert werden können, und zweitens, daß auf Grund der objektiven Bedingungen der untersuchten Periode am Anfang jeder Welle eine Reihe von tastenden Schritten, sozusagen Erkundungen, Probewebungen usw. unvermeidlich und zur Erlangung eines Erfolgs notwendig war. Wenn also die Liberalen und nach ihnen die Liquidatoren vom Schlage Martows vom Standpunkt ihrer Theorie der „Überschätzung der eigenen Kräfte durch das Proletariat“ gegen uns die Anschuldigung erheben, daß wir „hinter dem spontanen Klassenkampf hertrotteten“, so brechen diese Herrschaften über sich selber den Stab und machen uns, gegen ihren Willen, das größte Kompliment.

Um die Übersicht der Jahresangaben über die Streiks abzuschließen, wollen wir noch auf die Zahlen eingehen, die die Ausmaße und die Dauer der Streiks sowie die durch sie verursachten Verluste charakterisieren..

Die Durchschnittszahl der Teilnehmer an einem Streik betrug:

In 10 Jahren (1895–1904)	244	Arbeiter
1905	205	„
1906	181	„
1907	207	„
1908	197	„

Die Verringerung der Ausmaße der Streiks (nach der Zahl der Teilnehmer) im Jahre 1905 ist daraus zu erklären, daß eine Unmenge von Kleinbetrieben in den Kampf hineingezogen wurde, die die Durchschnittszahl der Teilnehmer herabdrückten. Die weitere Verringerung im Jahre 1906 widerspiegelt offenbar das Schwinden der Kampfenergie. Das Jahr 1907 macht auch hier einen gewissen Schritt vorwärts.

Wenn wir die Durchschnittszahl der Teilnehmer an den rein politischen Streiks nehmen, so erhalten wir, nach Jahren geordnet, folgende Zahlen: 1905 – 180; 1906 – 174; 1907 – 203; 1908 – 197. Diese Zahlen weisen

noch plastischer auf ein Schwinden der Kampfergie im Jahre 1906 und einen neuen Aufstieg im Jahre 1907 hin oder (vielleicht auch zugleich damit) auf die Teilnahme vorwiegend der größten Betriebe an der Bewegung von 1907.

Die Zahl der Streiktage pro Streikenden betrug:

In 10 Jahren (1895–1904)	4,8 Tage
1905	8,7 "
1906	4,9 "
1907	3,2 "
1908	4,9 "

Die Hartnäckigkeit des Kampfes, die durch diese Zahlen charakterisiert wird, war 1905 am größten, dann ging sie bis 1907 rasch zurück und wuchs erst 1908 wieder an. Es muß bemerkt werden, daß die westeuropäischen Streiks der Hartnäckigkeit des Kampfes nach unvergleichlich höher stehen. Die Zahl der Streiktage pro streikenden Arbeiter betrug in den fünf Jahren von 1894 bis 1898 für Italien 10,3 Tage, für Österreich 12,1, für Frankreich 14,3 und für England 34,2.

Sondert man die rein politischen Streiks aus, so bekommt man folgende Zahlen: 1905 – 7,0 Tage auf jeden Streikenden; 1906 – 1,5 Tage; 1907 – 1,0 Tag. Die Streiks aus wirtschaftlichen Ursachen zeichnen sich immer durch eine längere Kampfdauer aus.

Berücksichtigt man die Unterschiede in der Hartnäckigkeit des Streikampfes in den verschiedenen Jahren, so gelangen wir zu der Schlußfolgerung, daß die Angaben über die Zahl der Streikenden noch nicht genügend die relativen Ausmaße der Bewegung in den verschiedenen Jahren bestimmen. Zur genauen Bestimmung dient die Zahl der Streiktage, die in den einzelnen Jahren betrug:

		Davon rein politische Streiks
In 10 Jahren (1895–1904) insgesamt	2 079 408	—
1905	23 609 387	7 569 708
1906	5 512 749	763 605
1907	2 433 123	521 647
1908	864 666	89 021

Also sind die genau festgestellten Ausmaße der Bewegung allein im Jahre 1905 *mehr als elfmal* so groß wie die Bewegung im ganzen vorher-

gehenden Jahrzehnt insgesamt. Anders ausgedrückt: die Ausmaße der Bewegung sind 1905 *hundertfünfzehnmal* so groß wie die *durchschnittlichen Jahresausmaße* der Bewegung im vorhergegangenen Jahrzehnt.

Dieses Verhältnis zeigt uns die ganze Kurzsichtigkeit der Leute, die nur zu oft unter den offiziellen Gelehrten (und nicht nur unter ihnen) anzutreffen sind, die das in den sogenannten „friedlichen“, „organischen“, „evolutionären“ Epochen zu beobachtende Tempo der sozialen und politischen Entwicklung als Norm für alle Fälle, als Gradmesser der für die heutige Menschheit möglichen Schnelligkeit der Entwicklung nehmen. In Wirklichkeit ist das Tempo der „Entwicklung“ in den sogenannten „organischen“ Epochen ein Gradmesser für größte Stagnation, für größte Entwicklungshindernisse.

Auf Grund der Angaben über die Zahl der Streiktage bestimmt der Verfasser der offiziellen Statistik die von der Industrie erlittenen Verluste. Diese Verluste (Produktionsausfall) betragen in den zehn Jahren von 1895 bis 1904 insgesamt 10,4 Millionen Rubel, 1905 – 127,3 Mill., 1906 – 31,2 Mill., 1907 – 15,0 Mill. und 1908 – 5,8 Mill. Rbl. In den drei Jahren von 1905 bis 1907 betrug der Produktionsausfall also 173,5 Mill. Rbl.

Die Verluste der Arbeiter infolge von Lohnausfall während der Streiktage (bestimmt nach der Höhe des durchschnittlichen Tagelohns in den verschiedenen Produktionszweigen) betragen in den untersuchten Jahren in 1000 Rubel:

Produktions- gruppen (siehe oben S. 18*)	Zahl der Industrie- arbeiter 1905 (in 1000)	Verluste der Arbeiter infolge der Streiks in 1000 Rubel				
		1895-1904 insgesamt	1905	1906	1907	1908
A	252	650	7 654	891	450	132
B	708	715	6 794	1968	659	228
C	277	137	1 997	610	576	69
D	454	95	1 096	351	130	22
<i>Insgesamt</i>	1691	1597	17 541	3820	1815	451

In den drei Jahren von 1905 bis 1907 betragen die Verluste der Arbeiter 23,2 Mill. Rbl., d. h. über vierzehnmal soviel wie in den vorhergegangenen

* Siehe den vorliegenden Band, S. 410/411. *Die Red.*

zehn Jahren zusammen.* Der Verfasser der offiziellen Statistik berechnet, daß diese Verluste durchschnittlich pro Kopf der in der Industrie beschäftigten Arbeiter (und nicht pro Streikenden) im ersten Jahrzehnt etwa 10 Kopeken im Jahr betragen, etwa 10 Rubel im Jahr 1905, etwa 2 Rubel 1906, etwa 1 Rubel 1907. Aber diese Berechnung läßt die gewaltigen Unterschiede unberücksichtigt, die in dieser Hinsicht zwischen den Arbeitern der verschiedenen Produktionsgruppen bestehen. Hier eine detailliertere Berechnung auf Grund der Zahlen der soeben angeführten Tabelle:

Produktions- gruppen	Durchschnittlicher Verlust (in Rubel) infolge Streiks pro Kopf der in der Industrie beschäftigten Arbeiter				
	In 10 Jahren (1895-1904) insgesamt	1905	1906	1907	1908
A	2,6	29,9	3,5	1,8	0,5
B	1,0	9,7	2,8	0,9	0,3
C	0,5	7,2	2,2	2,1	0,2
D	0,2	2,4	0,7	0,3	0,05
<i>Insgesamt</i>	0,9	10,4	2,3	1,1	0,3

Hieraus ist zu ersehen, daß auf *einen* Metallarbeiter (Gruppe A) infolge der Streiks im Jahre 1905 ein Verlust entfiel, der fast 30 Rubel ausmachte,

* Es ist in Betracht zu ziehen, daß die Arbeiter einen Teil dieser Verluste in der Zeit, wo die Bewegung am mächtigsten war, auf die Unternehmer abwälzen konnten. Seit 1905 mußte die Statistik einen besonderen Streikgrund feststellen (Ursachengruppe 3b, nach der amtlichen Nomenklatur): *die Forderung nach Bezahlung der Streiktage*. Die Zahl der Fälle, wo diese Forderung gestellt wurde, betrug 1905 - 632, 1906 - 256, 1907 - 48 und 1908 - 9 (vor 1905 wurde diese Forderung überhaupt nicht erhoben). Die Resultate des Kampfes der Arbeiter für diese Forderung sind nur für die Jahre 1906 und 1907 bekannt, und es gibt nur zwei bis drei Fälle, wo die genannte Ursache die *Hauptursache* war: 1906 haben von den 10 966 Arbeitern, die hauptsächlich aus diesem Grunde streikten, 2171 den Streik gewonnen, 2626 ihn verloren, und 6169 sind ein Kompromiß eingegangen. Von den 93 Arbeitern, die 1907 hauptsächlich aus diesem Grunde streikten, gewann kein einziger den Streik, 52 verloren ihn, 41 gingen ein Kompromiß ein. Aus all dem, was uns über die Streiks von 1905 bekannt ist, muß angenommen werden, daß 1905 die Streiks, die aus dieser Ursache entstanden, erfolgreicher waren als 1906.

also dreimal so groß war wie der Durchschnitt, mehr als zehnmal so groß wie die durchschnittlichen Verluste eines Arbeiters in der Gruppe Bearbeitung mineralischer Stoffe und Nahrungsmittelindustrie (Gruppe D). Die von uns oben gezogene Schlußfolgerung, daß die Metallarbeiter ihre Kräfte in der untersuchten Form der Bewegung Ende 1905 erschöpft hatten, wird durch die angeführte Tabelle noch eindringlicher bestätigt: in der Gruppe A ist der Verlust 1906 gegenüber 1905 auf weniger als ein Achtel gesunken, in den übrigen Gruppen auf ein Drittel oder ein Viertel.

Wir schließen hiermit die Analyse der nach Jahren gemachten Angaben der Streikstatistik ab und gehen im nächsten Kapitel zur Untersuchung der nach Monaten geordneten Daten über.

II

Für das Studium des wellenförmigen Charakters der Streikbewegung ist die Zeitspanne eines Jahres allzugroß. Wir haben jetzt das statistisch begründete Recht, zu sagen, daß in den drei Jahren 1905–1907 jeder Monat soviel galt wie ein Jahr. Die Arbeiterbewegung hat in diesen drei Jahren 30 Jahre durchlebt. Im Jahre 1905 sank die Zahl der Streikenden in keinem Monat unter das *Jahresminimum* der Streikenden im Jahrzehnt von 1895 bis 1904, und in den Jahren 1906 und 1907 trat dieser Fall nur in je zwei Monaten ein.

Leider ist die Bearbeitung der monatlichen Angaben sowie der Angaben für die einzelnen Gouvernements in der offiziellen Statistik sehr mangelhaft. Viele Aufstellungen müssen von neuem gemacht werden. Aus diesem Grunde, ebenso wie aus Raumgründen, werden wir uns einstweilen auf die Daten über die *Jahresquartale* beschränken. Zu der Einteilung in wirtschaftliche und politische Streiks sei bemerkt, daß sich die von der offiziellen Statistik gegebenen Daten für 1905 und für 1906/1907 nicht ganz vergleichen lassen. Gemischte Streiks – nach der offiziellen Nomenklatur die Kategorien 12 mit wirtschaftlichen Forderungen und 12b mit wirtschaftlichen Forderungen – galten 1905 als politische, später aber als wirtschaftliche Streiks. Wir werden sie auch für das Jahr 1905 zu den wirtschaftlichen zählen.

Die Zahl der Streikenden betrug in 1000¹¹⁹:

Jahre	1905				1906				1907			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Insgesamt	810	481	294	1277	269	479	296	63	146	323	77	193
Davon in:												
wirtschaftl.												
Streiks	604	239	165	430	73	222	125	37	52	52	66	30
politischen												
Streiks	206	242	129	847	196	257	171	26	94	271	11	163

Umrahmt sind jene Perioden, die das höchste Ansteigen der Streikwelle aufweisen. Schon beim ersten Blick auf die Tabelle springt ins Auge, daß diese Perioden mit politischen Ereignissen von außerordentlicher Wichtigkeit zusammenfallen, die alle drei Jahre charakterisieren. 1905 I – der neunte Januar und seine Folgen; 1905 IV – die Oktober- und die Dezemberereignisse; 1906 II – die erste Duma; 1907 II – die zweite Duma; im letzten Quartal 1907 ist das Ansteigen – das sich erklärt aus dem politischen Streik im November (134 000 Streikende) anlässlich des Prozesses gegen die Arbeiterabgeordneten der II. Duma – am schwächsten. Somit ist diese Periode, mit der die drei Jahre abschließen und die den Übergang zu einer neuen Etappe der russischen Geschichte bildet, gerade eine solche Ausnahme, die die Regel bestätigt: wenn das Ansteigen der Streikwelle hier keinen allgemeinen sozialen und politischen Aufschwung bedeutet, so stellt sich bei näherer Betrachtung heraus, daß es auch keine Streikwelle gab, sondern nur einen einzelnen Demonstrationsstreik.

Als Regel für die zu untersuchenden drei Jahre gilt, daß das Ansteigen der Streikwelle kritische Augenblicke, Wendepunkte in der ganzen sozialen und politischen Evolution des Landes bezeichnet. Die Streikstatistik zeigt uns handgreiflich die Haupttriebkraft dieser Evolution. Das bedeutet freilich nicht, daß die Form der Bewegung, die wir untersuchen, die einzige oder die höchste Form wäre – wir wissen, daß dem nicht so ist –, das bedeutet nicht, daß man von der gegebenen Form der Bewegung unmittelbar auf Einzelfragen der sozialen und politischen Evolution schließen könnte. Aber es bedeutet, daß wir ein statistisches Bild (natürlich ein bei weitem nicht vollständiges Bild) der Bewegung einer Klasse vor uns haben, die die Haupttriebfeder war, welche die allgemeine Richtung der Ereignisse bestimmte. Die Bewegung der anderen Klassen gruppiert sich um dieses Zen-

trum, folgt ihm, wird von ihm gelenkt oder bestimmt (nach der positiven oder negativen Seite), hängt von ihm ab.

Es genügt, sich die Hauptmomente der politischen Geschichte Rußlands in diesen drei untersuchten Jahren ins Gedächtnis zu rufen, um sich von der Richtigkeit dieser Schlußfolgerung zu überzeugen. Nehmen wir das erste Quartal 1905. Was zeigt uns der Vorabend dieses Quartals? Die bekannte Bankettkampagne der Semstvos. War es richtig, die Aktionen der Arbeiter im Verlauf dieser Kampagne als den „höchsten Typ der Demonstration“ einzuschätzen? Waren die Reden darüber, daß man keine „Panik“ bei den Liberalen hervorrufen dürfe, richtig? Man stelle diese Fragen in den Rahmen der Streikstatistik (1903 – 87 000 Streikende, 1904 – 25 000, Januar 1905 – 444 000, darunter 123 000 aus politischen Gründen Streikende), und die Antwort wird klar sein. Der obenerwähnte Streit über die Taktik in der Semstwokampagne widerspiegelt lediglich den in den objektiven Verhältnissen wurzelnden Antagonismus der liberalen Bewegung und der Arbeiterbewegung.

Was sehen wir nach dem Aufschwung im Januar?* Die bekannten Verordnungen vom Februar, die eine gewisse Umgestaltung der Staatsstruktur einleiten.

Man nehme das dritte Quartal 1905. Im Vordergrund steht in der politischen Geschichte das Gesetz vom 6. August (die sogenannte Bulyginsche Duma). Ist es diesem Gesetz beschieden, ins Leben umgesetzt zu werden? Die Liberalen glauben, ja, und beschließen, ihr Verhalten entsprechend dieser Auffassung einzurichten. Im Lager der Marxisten ist man entgegengesetzter Ansicht, die von denen nicht geteilt wird, die objektiv Schrittmacher der Ansichten des Liberalismus sind. Die Ereignisse des letzten Quartals 1905 entscheiden den Streit.

Nach den Zahlen, die sich auf ganze Jahresquartale beziehen, scheint es, als hätte es Ende 1905 ein Ansteigen gegeben. In Wirklichkeit gab es deren zwei, die durch ein gewisses Abflauen der Bewegung voneinander getrennt waren. Im Oktober gab es 519 000 Streikende, darunter

* Nach den Angaben über die Jahresquartale scheint es nur einen Aufschwung gegeben zu haben. In Wirklichkeit gab es deren zwei: im Januar 444 000 Streikende und im Mai 220 000. In der Zwischenzeit fällt das Minimum auf den März – 73 000.

328 000 aus rein politischen Gründen Streikende, im November 325 000 (darunter 147 000 in politischen Streiks) und im Dezember 433 000 (darunter 372 000 in politischen Streiks). In der Geschichtsliteratur wird die Ansicht der Liberalen und unserer Liquidatoren (Tscherewanin und Konsorten) ausgedrückt, wonach in dem Dezembereufschwung ein Element des „Künstlichen“ gesteckt haben soll. Die Statistik widerlegt diese Ansicht, indem sie gerade für diesen Monat die *maximale* Zahl aus rein politischen Gründen Streikender aufweist: 372 000. Begreiflich sind die Tendenzen, die die Liberalen veranlaßten, zu dieser bestimmten Einschätzung zu gelangen, aber vom rein wissenschaftlichen Standpunkt wäre es unsinnig, eine Bewegung auch nur im entferntesten als „künstlich“ zu betrachten, deren Ausmaße derart waren, daß in *einem* Monat die Zahl der aus rein politischen Gründen Streikenden fast $\frac{9}{10}$ der Gesamtzahl der Streikenden eines ganzen Jahrzehnts betrug.

Nehmen wir schließlich die zwei letzten Anstiege im Frühjahr 1906 und im Frühjahr 1907.* Beide unterscheiden sie sich von den Anstiegen im Januar und Mai 1905 (von denen der erste ebenfalls stärker war als der zweite) dadurch, daß sie auf der Linie des Rückzugs verlaufen, während die ersten zwei auf der Linie des Vormarsches verlaufen sind. Dieser Unterschied charakterisiert überhaupt die zwei letzten Jahre der von uns untersuchten drei Jahre im Vergleich mit dem ersten dieser drei Jahre. Die genaue Einschätzung der Erhöhung der Zahlen in den genannten Zeitabschnitten der Jahre 1906 und 1907 wird also die sein, daß diese Erhöhungen die Einstellung des Rückzugs und den Versuch der sich Zurückziehenden, erneut zum Angriff überzugehen, bezeichnen. Das ist die objektive Bedeutung dieser Anstiege, die jetzt für uns vom Standpunkt der endgültigen Resultate der gesamten „drei Jahre des Sturms und Drangs“ klar ist. Die erste

* Festgestellt sei, daß die zehnjährige Geschichte der russischen Streiks von 1895 bis 1904 jeweils im zweiten Quartal ein Ansteigen der wirtschaftlichen Streiks erkennen läßt. In dem ganzen Jahrzehnt betrug die Zahl der Streikenden im Jahresdurchschnitt 43 000; nach Quartalen: I – 10 000; II – 15 000; III – 12 000 und IV – 6000. Aus dem Vergleich der Zahlen allein ist ganz offensichtlich, daß das Ansteigen im Frühjahr 1906 und im Frühjahr 1907 nicht aus diesen „allgemeinen“ Ursachen zu erklären ist, die in Rußland im Sommer ein Ansteigen der Streikbewegung zu bedingen pflegen. Es genügt, sich die Zahlen der aus politischen Gründen Streikenden anzusehen.

und die zweite Duma stellten nichts anderes dar als politische Verhandlungen und politische Demonstrationen oben, infolge der Einstellung des Rückzugs unten.

Hieraus wird die ganze Kurzsichtigkeit der Liberalen klar, die in diesen Verhandlungen einen gewissen Selbstzweck, etwas Selbständiges sehen, etwas, das unabhängig davon war, ob diese oder jene Einstellung des Rückzugs lange anhalten und wozu sie führen wird. Hieraus wird die objektive Abhängigkeit jener Liquidatoren von den Liberalen klar, die, ähnlich wie Martow, jetzt voller Verachtung von den „Erwartungen der Romantiker“ zur Zeit des Rückzugs reden. Die Statistik zeigt uns, daß es sich nicht um „Erwartungen der Romantiker“, sondern um tatsächliche Unterbrechungen, um Einstellung des Rückzugs handelte. Wären diese Unterbrechungen nicht gewesen, so hätten die Ereignisse vom 3. Juni 1907, die historisch insofern absolut unvermeidlich waren, als Rückzüge eben Rückzüge blieben, vielleicht ein ganzes Jahr oder sogar mehr als ein Jahr früher stattgefunden.

Nachdem wir die Geschichte der Streikbewegung in Verbindung mit den Hauptmomenten der politischen Geschichte behandelt haben, gehen wir zum Studium der Wechselbeziehungen zwischen den wirtschaftlichen und politischen Streiks über. Die offizielle Statistik liefert für diese Frage höchst interessante Angaben. Betrachten wir zunächst die Gesamtergebnisse in jedem einzelnen der von uns untersuchten drei Jahre:

	Zahl der Streikenden (in 1000)		
	1905	1906	1907
In wirtschaftlichen Streiks	1439	458	200
In politischen Streiks	1424	650	540
<i>Insgesamt</i>	2863	1108	740

Die erste Schlußfolgerung hieraus ist die, daß die wirtschaftlichen und politischen Streiks aufs engste miteinander verbunden sind. Sie steigen gemeinsam an und gehen gemeinsam zurück. Die Stärke der Bewegung ist in der Periode des Vormarsches (1905) dadurch gekennzeichnet, daß die politischen Streiks sich gewissermaßen auf der breiten Basis nicht minder starker wirtschaftlicher Streiks erheben, die, sogar einzeln genommen, die Zahlen für das ganze Jahrzehnt von 1895 bis 1904 weit hinter sich lassen.

Bei dem Rückgang der Bewegung sinkt die Zahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden schneller als die Zahl der aus politischen Gründen Streikenden. Die Schwäche der Bewegung im Jahre 1906 und besonders im Jahre 1907 ist unzweifelhaft gekennzeichnet durch das Fehlen der breiten und festen Basis des wirtschaftlichen Kampfes. Andererseits weist das langsamere Sinken der Zahl der aus politischen Gründen Streikenden im allgemeinen und der geringe Rückgang dieser Zahl 1907 gegenüber 1906 im besonderen offenbar auf eine uns bereits bekannte Erscheinung hin: die fortgeschrittenen Schichten suchen mit der größten Energie den Rückzug aufzuhalten und ihn in einen Vormarsch umzuwandeln.

Diese Schlußfolgerung wird völlig bestätigt durch die Angaben über das Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und politischen Streiks in den verschiedenen Produktionsgruppen. Um den Artikel nicht mit Zahlen zu überlasten, beschränken wir uns auf eine Gegenüberstellung der Metallarbeiter mit den Textilarbeitern nach den Quartalen des Jahres 1905, wobei wir diesmal die Zusammenstellung der offiziellen Statistik* benutzen, die für dieses Jahr, wie schon oben erwähnt, die gemischten Streiks zu den politischen zählt.

		Zahl der Streikenden in 1000			
		1905, Quartale			
		I	II	III	IV
Gruppe A (Metallarbeiter)	in wirtschaftlichen Streiks	120	42	37	31
	in politischen Streiks	159	76	63	283
	<i>Insgesamt</i>	279	118	100	314
Gruppe B (Textilarbeiter)	in wirtschaftlichen Streiks	196	109	72	182
	in politischen Streiks	111	154	53	418
	<i>Insgesamt</i>	307	263	125	600

Der Unterschied zwischen der fortgeschrittenen Schicht und der breiten Masse tritt klar in Erscheinung. Bei der fortgeschrittenen Schicht sind die aus rein wirtschaftlichen Gründen Streikenden von Anfang an in der

* Nach dieser Zusammenstellung betrug 1905 die Zahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden 1 021 000, der aus politischen Gründen Streikenden 1 842 000, d. h., der Anteil der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden an der Gesamtsumme war geringer als 1906. Wir haben schon erläutert, daß das falsch ist.

Minderheit, und dies im Verlauf des ganzen Jahres. Das erste Quartal wird allerdings auch in dieser Gruppe durch eine sehr hohe Zahl (120 000) der aus rein wirtschaftlichen Gründen Streikenden charakterisiert: es ist klar, daß es auch unter den Metallarbeitern nicht wenig solcher Schichten gibt, die erst „in Schwung gebracht“ werden mußten und die die Bewegung mit dem Aufstellen rein wirtschaftlicher Forderungen begannen. Bei den Textilarbeitern sehen wir zu Beginn der Bewegung (I. Quartal) ein gewaltiges Überwiegen der aus rein wirtschaftlichen Gründen Streikenden, die sich im II. Quartal in der Minderheit befinden, um im III. Quartal wieder die Mehrheit zu erlangen. Im letzten Quartal, als die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht, beträgt bei den Metallarbeitern die Zahl der aus rein wirtschaftlichen Gründen Streikenden 10 Prozent der Gesamtzahl der Streikenden und 12 Prozent der Gesamtzahl der Metallarbeiter; bei den Textilarbeitern beträgt in derselben Zeitspanne die Zahl der aus rein wirtschaftlichen Gründen Streikenden 30 Prozent der Gesamtzahl der Streikenden und 25 Prozent der Gesamtzahl der Textilarbeiter.

Es ist nunmehr ganz offensichtlich, in welcher Weise der wirtschaftliche und der politische Streik voneinander abhängen: ohne ihre enge Verbindung ist eine wirklich breite, echte Massenbewegung unmöglich; die konkrete Form dieser Verbindung aber besteht einerseits darin, daß zu Beginn der Bewegung und bei der Einbeziehung neuer Schichten in die Bewegung der rein wirtschaftliche Streik die dominierende Rolle spielt, während andererseits der politische Streik die Rückständigen weckt und in Bewegung bringt, die Bewegung verallgemeinert, erweitert und auf eine höhere Stufe hebt.

Es wäre außerordentlich interessant, eingehend zu untersuchen, wie denn eigentlich im Verlauf dieser drei Jahre die Einbeziehung von Neulingen in die Bewegung vor sich ging. Angaben darüber sind in dem grundlegenden Material enthalten, denn die Angaben über jeden Streik gingen einzeln auf Karten ein. Aber die Bearbeitung dieser Angaben durch die offizielle Statistik läßt viel zu wünschen übrig, und eine Unmenge höchst wertvollen Materials, das die Karten enthalten, ist verlorengegangen, es wurde nicht verarbeitet. Eine ungefähre Vorstellung gibt uns die folgende Tabelle über die Zahl der Streiks in ihrem prozentualen Verhältnis zur Zahl der Betriebe verschiedener Größe:

Betriebs- kategorien	Zahl der Streikfälle in Prozenten zu der Anzahl der Betriebe				
	In 10 Jahren (1895-1904) insgesamt	1905	1906	1907	1908
bis 20 Arbeiter	2,7	47,0	18,5	6,0	1,0
21- 50 "	7,5	89,4	38,8	19,0	4,1
51- 100 "	9,4	108,9	56,1	37,7	8,0
101- 500 "	21,5	160,2	79,2	57,5	16,9
501-1000 "	49,9	163,8	95,1	61,5	13,0
über 1000 "	89,7	231,9	108,8	83,7	23,0

Die fortgeschrittene Schicht, die wir bisher in den Angaben für die verschiedenen Bezirke und die verschiedenen Produktionsgruppen beobachtet haben, tritt jetzt in den Angaben über die verschiedenen Betriebskategorien in Erscheinung. Für alle diese Jahre gilt die allgemeine Regel: je größer die Betriebe, desto höher der Prozentsatz der bestreikten Betriebe. Dabei ist für 1905 erstens charakteristisch, daß wiederholte Streiks um so häufiger sind, je größer der Betrieb ist, und zweitens, daß beim Vergleich des Jahrzehnts von 1895 bis 1904 mit dem Jahre 1905 das Wachsen des Prozentsatzes um so ungestümer wird, je kleiner der Betrieb ist. Das weist deutlich auf die besondere Schnelligkeit hin, mit der Neulinge mitgerissen, mit der Schichten hineingezogen wurden, die noch niemals an Streiks teilgenommen hatten. In die Bewegung zur Zeit des größten Aufschwungs rasch hineingerissen, erweisen sich diese Neulinge als am wenigsten standhaft: der Rückgang des Prozentsatzes der bestreikten Betriebe in der Zeit von 1906 bis 1907 ist am stärksten bei den Kleinbetrieben und am schwächsten bei den Großbetrieben. Die Vorhut arbeitet am längsten, am beharrlichsten daran, den Rückzug aufzuhalten.

Doch kehren wir zu den Daten über das Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und politischen Streiks zurück. Die weiter oben (S. 19)* angeführten Daten für die Quartale aller drei Jahre zeigen vor allem, daß mit jedem großen Aufschwung nicht nur die Zahl der aus politischen, sondern auch der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden zunimmt. Eine gewisse Ausnahme bildet nur der Aufschwung im Frühjahr 1907, wo die Höchstzahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden nicht auf das II., sondern auf das III. Quartal fällt.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 418. Die Red.

Zu Beginn der Bewegung (I. Quartal 1905) sehen wir, daß die Anzahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden die Anzahl der aus politischen Gründen Streikenden gewaltig übertrifft (604 000 und 206 000). Der Höhepunkt der Bewegung (IV. Quartal 1905) ergibt eine neue Welle wirtschaftlicher Streiks, schwächer als die Welle im Januar, wobei der politische Streik stark überwiegt. Der dritte Aufschwung, im Frühjahr 1906, zeigt wiederum eine sehr große Erhöhung der Anzahl der aus wirtschaftlichen wie auch der aus politischen Gründen Streikenden. Allein schon diese Angaben genügen zur Widerlegung der Meinung, die Verbindung der wirtschaftlichen mit den politischen Streiks sei „eine schwache Seite der Bewegung“ gewesen. Eine solche Meinung wurde wiederholt von den Liberalen ausgesprochen; in bezug auf den November 1905 wiederholte sie der Liquidator Tscherewanin; unlängst wurde sie auch von Martow in bezug auf dieselbe Periode wiederholt. Besonders oft beruft man sich zur Bekräftigung dieser Auffassung auf den Mißerfolg des Kampfes für den Achtstundentag.

Die Tatsache dieses Mißerfolgs ist unbestreitbar, unbestreitbar ist auch, daß jeder Mißerfolg eine Schwäche der Bewegung bedeutet, aber der liberale Standpunkt bezeichnet als die „schwache Seite der Bewegung“ gerade die Verbindung des wirtschaftlichen Kampfes mit dem politischen; vom marxistischen Standpunkt aus liegt die Schwäche darin, daß diese Verbindung nicht stark genug, daß die Zahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden nicht groß genug war. Die Statistik bestätigt anschaulich die Richtigkeit der marxistischen Anschauung, indem sie das „allgemeine Gesetz“ der drei Jahre darlegt: das Erstarken der Bewegung bei einem Erstarken des wirtschaftlichen Kampfes. Und dieses „allgemeine Gesetz“ steht in logischem Zusammenhang mit den Grundzügen jeder kapitalistischen Gesellschaft: in der kapitalistischen Gesellschaft werden stets Schichten existieren, die so rückständig sind, daß sie nur durch eine ganz besondere Zuspitzung der Bewegung geweckt werden können; anders aber als durch wirtschaftliche Forderungen können die rückständigen Schichten nicht in den Kampf hineingezogen werden.

Wenn wir den Aufschwung im letzten Quartal 1905 mit dem vorhergehenden und dem nachfolgenden Aufschwung, d. h. mit dem ersten Quartal 1905 und dem zweiten Quartal 1906, vergleichen, so sehen wir klar, daß der Aufschwung vom Oktober–Dezember nach der Breite der

ökonomischen Basis, d. h. nach dem prozentualen Verhältnis der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden zur Gesamtzahl der Streikenden, *schwächer* ist nicht nur als der vorhergehende, sondern auch als der nachfolgende Aufschwung. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Forderung nach dem Achtstundentag viele solche bürgerlichen Elemente abstieß, die mit anderen Bestrebungen der Arbeiter sympathisieren konnten. Aber ebensowenig ist zu bezweifeln, daß diese Forderung viele solche nicht bürgerlichen Elemente anzog, die in die Bewegung noch nicht einbezogen waren, die im letzten Quartal 1905 430 000 aus wirtschaftlichen Gründen Streikende stellten, im I. Quartal 1906 diese Zahl auf 73 000 sinken ließen und sie im II. Quartal 1906 wieder auf 222 000 steigerten. Die Schwäche bestand also nicht in der mangelnden Sympathie der Bourgeoisie, sondern in der ungenügenden Unterstützung bzw. in der nicht genügend rechtzeitigen Unterstützung durch die nicht bürgerlichen Elemente.

Es ist für den Liberalen charakteristisch, zu befürchten, daß eine Bewegung der in Frage stehenden Art stets gewisse bürgerliche Elemente abstoßt. Es ist für den Marxisten charakteristisch, hervorzuheben, daß eine Bewegung der in Frage stehenden Art stets viele nicht bürgerliche Elemente anzieht. *Sum cuique – jedem das Seine.*

Für die Frage nach den Peripetien des Kampfes zwischen den Arbeitern und den Unternehmern sind die Angaben der offiziellen Statistik über den Streikausgang außerordentlich lehrreich. Die allgemeinen Ergebnisse dieser Statistik sind folgende:

Streikresultate	Prozentsatz der Streikenden in Streiks mit den angeführten Resultaten				
	In 10 Jahren (1895–1904)	1905	1906	1907	1908
Zugunsten der Arbeiter	27,1	23,7	35,4	16,2	14,1
Gegenseitige Zugeständnisse (Kompromiß)	19,5	46,9	31,1	26,1	17,0
Zugunsten der Unternehmer (gegen die Arbeiter)	51,6	29,4	33,5	57,6	68,8

Die allgemeine Schlußfolgerung hieraus ist vor allem die, daß die maximale Kraft der Bewegung zugleich auch den maximalen Erfolg der Arbeiter bedeutet. Am günstigsten war für sie das Jahr 1905, als der Druck des Streikkampfes am größten war. Dieses Jahr fällt auch durch die ungewöhnliche Häufigkeit der Kompromisse auf: beide Seiten hatten sich

noch nicht den neuen, ungewöhnlichen Bedingungen angepaßt, die Unternehmer wurden unter dem Einfluß der häufigen Streiks unsicher, und öfter denn je kam es zu Kompromissen. Im Jahre 1906 wird der Kampf hartnäckiger: die Fälle von Kompromissen sind bei weitem seltener; aber die Arbeiter tragen im großen und ganzen immer noch den Sieg davon: der Prozentsatz der Streikenden, die den Streik gewonnen haben, ist größer als der Prozentsatz derjenigen, die ihn verloren haben. Seit 1907 nehmen die Niederlagen der Arbeiter ständig zu, bei Verringerung der Anzahl der Kompromisse.

Nimmt man die absoluten Zahlen, so sieht man, daß in den ganzen zehn Jahren von 1895 bis 1904 insgesamt 117 000 Arbeiter die Streiks gewannen, während es allein im Jahre 1905 mehr als dreimal soviel waren: 369 000; im Jahre 1906 waren es etwa anderthalbmal soviel: 163 000.

Doch ein Jahr ist ein zu langer Zeitabschnitt, um die wellenförmige Bewegung des Streikkampfes in den drei Jahren 1905–1907 studieren zu können. Ohne die monatlichen Angaben, die zuviel Raum beanspruchen würden, anzuführen, bringen wir die Angaben nach Quartalen für die Jahre 1905 und 1906. Das Jahr 1907 kann man weglassen, da wir hinsichtlich der Streikergebnisse in diesem Jahr keine Unterbrechungen, weder Niedergang noch Aufstieg wahrnehmen, sondern einen steten Rückzug der Arbeiter und einen steten Vormarsch der Kapitalisten, was in den schon angeführten Jahresangaben ganz klar zum Ausdruck kommt.

Jahre Quartale	1905				1906			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Streikresultate								
Zugunsten der Arbeiter	158	71	45	95	34	86	37	6
Kompromiß	267	109	61	235	28	58	46	8
Zugunsten der Unternehmer	179	59	59	100	11	78	42	23
<i>Insgesamt*</i>	604	239	165	430	73	222	125	37

Aus diesen Angaben ergeben sich sehr interessante Schlußfolgerungen, die eine detaillierte Untersuchung erfordern. Wir haben gesehen, daß im

* In der offiziellen Statistik fehlen monatliche Aufstellungen zu dieser Frage; sie mußten auf Grund von Angaben nach Produktionszweigen errechnet werden.

allgemeinen der Kampf um so erfolgreicher für die Arbeiter ist, je stärker ihr Druck ist. Wird das durch die angeführten Daten bestätigt? Das I. Quartal 1905 scheint für die Arbeiter weniger günstig als das II., obwohl die Bewegung in dieser Periode schwächer geworden ist. Diese Schlußfolgerung erweist sich jedoch als unrichtig, denn die Angaben für das Quartal fassen mit dem Aufschwung im Januar (321 000 aus wirtschaftlichen Gründen Streikende) auch den Rückgang im Februar (228 000) und im März (56 000) zusammen. Betrachten wir den Monat des Aufstiegs, den Januar, gesondert, so sehen wir, daß in diesem Monat die Arbeiter den Sieg davontrugen: 87 000 Streikende gewannen die Streiks, 81 000 verloren sie, 152 000 beendeten sie mit einem Kompromiß. Die beiden Monate des Rückgangs in dieser Periode (Februar und März) sind es, die die Niederlage der Arbeiter ergeben.

Die zweite Periode (II. Quartal 1905) ist eine Periode des Aufstiegs, der seinen Höhepunkt im Mai erreicht. Der Aufschwung des Kampfes bedeutet den Sieg der Arbeiter: 71 000 Streikende gewannen die Streiks, 59 000 verloren sie, 109 000 beendeten sie mit einem Kompromiß.

Die dritte Periode (III. Quartal 1905) ist eine Periode des Niedergangs: die Zahl der Streikenden ist bei weitem geringer als im II. Quartal. Das Abflauen des Ansturms bedeutet den Sieg der Unternehmer: 59 000 Arbeiter verloren die Streiks, nur 45 000 gewannen sie. Der Prozentsatz der Arbeiter, die Streiks verloren, beträgt 35,6 Prozent, *d. h., er ist höher als 1906*. Das bedeutet, daß jene „allgemeine Atmosphäre der Sympathie“ für die Arbeiter im Jahre 1905, von der die Liberalen so viel als von der Hauptursache der Siege der Arbeiter reden (unlängst sprach auch Martow von der Sympathie der Bourgeoisie als der „Hauptursache“), die Niederlage der Arbeiter keineswegs verhinderte, *sobald ihr Ansturm schwächer wurde*. Ihr seid stark, wenn ihr Sympathien in der Gesellschaft habt, sagen die Liberalen den Arbeitern. Ihr habt Sympathien in der Gesellschaft, wenn ihr stark seid, sagen die Marxisten den Arbeitern.

Das letzte Quartal 1905 scheint eine Ausnahme zu bilden: bei dem größten Aufschwung erleiden die Arbeiter eine Niederlage. Aber diese Ausnahme ist nur scheinbar, denn mit dem Monat des Aufschwungs – dem Oktober, als die Arbeiter auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Sieg davontrugen (+ 57 000, -22 000: Anzahl der Arbeiter, die die Streiks gewannen bzw. verloren), sind auch die Monate November (+ 25 000,

–47 000) und Dezember (+12 000, –31 000) zusammengefaßt, als der wirtschaftliche Kampf nachließ und die Arbeiter besiegt wurden. Dabei ergibt der Monat November, der Monat der Wende, ein Monat der größten Schwankungen, der größten Ausgeglichenheit der einander gegenüberstehenden Kräfte, der größten Ungewißheit über die Gesamtergebnisse und über die allgemeine Richtung der Geschichte Rußlands überhaupt und der Geschichte der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im besonderen – dieser Monat ergibt unter allen Monaten des Jahres 1905 den *größten* Prozentsatz von Kompromissen: unter den 179 000 aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden beendeten in diesem Monat 106 000, d. h. 59,2 Prozent, den Kampf mit einem Kompromiß.*

Das erste Quartal 1906 bildet wieder eine scheinbare Ausnahme: größter Rückgang des wirtschaftlichen Kampfes und größter Gewinn der Arbeiter (+ 34 000, –11 000). Hier sind ebenfalls mit einem Monat der Niederlagen der Arbeiter, dem Januar (+ 4000, –6000), auch die Monate der Siege der Arbeiter, Februar (+ 14 000, –2000) und März (+ 16 000, –2500), zusammengefaßt. Die Anzahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden sinkt im Verlauf der ganzen Periode (Januar 26 600, Februar 23 300, März 23 200), aber der Aufschwung der allgemeinen Bewegung zeichnet sich schon deutlich ab (die Gesamtzahl der Streikenden beträgt im Januar 190 000, im Februar 27 000, im März 52 000).

Das zweite Quartal 1906 ergibt einen bedeutenden Aufstieg der Bewegung und einen Gewinn der Arbeiter (+ 86 000, –78 000); dieser Gewinn ist besonders stark im Mai und im Juni – im Juni erreicht die Anzahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden die Höchstzahl für das Jahr 1906 – 90 000, während der April eine Ausnahme ist: eine Niederlage der Arbeiter, trotz des Anwachsens der Bewegung im Vergleich mit dem März.

Beginnend mit dem III. Quartal 1906 sehen wir einen im allgemeinen ununterbrochenen Rückgang des wirtschaftlichen Kampfes bis zum Ende des Jahres und dementsprechend Niederlagen der Arbeiter (eine unwesentliche Ausnahme weist der August 1906 auf, wo die Arbeiter im wirtschaftlichen Streikkampf zum letztenmal siegreich waren: +11 300, –10 300).

Um aus den Peripetien der wirtschaftlichen Streikkämpfe in den Jah-

* Die Gesamtzahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden betrug im Oktober 190 000, im November 179 000, im Dezember 61 000.

ren 1905 und 1906 kurz das Fazit zu ziehen, kann folgende Methode angewandt werden. Im Jahre 1905 tritt deutlich ein dreimaliges wesentliches Ansteigen des Streikkampfes im allgemeinen und des wirtschaftlichen Kampfes im besonderen hervor: im Januar, im Mai und im Oktober. In diesen drei Monaten zusammen betrug die Zahl der aus wirtschaftlichen Gründen Streikenden 667 000 bei einer Gesamtzahl von 1 439 000 Streikenden im Laufe des Jahres, d. h. kein Viertel, sondern nahezu die Hälfte. Und alle diese drei Monate waren Monate der Siege der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet, d. h. Monate mit einem Überwiegen der Anzahl der Arbeiter, die die Streiks gewannen, über die Anzahl derer, die die Streiks verloren.

Im Jahre 1906 sind die erste und die zweite Jahreshälfte im großen und ganzen deutlich voneinander zu unterscheiden: in der ersten – Einstellung des Rückzugs und starker Anstieg, in der zweiten – starker Rückgang. Auf die erste Jahreshälfte entfallen 295 000 aus wirtschaftlichen Gründen Streikende, auf die zweite 162 000. Die erste Jahreshälfte brachte den Arbeitern einen Sieg im wirtschaftlichen Streikkampf, die zweite eine Niederlage.

Diese allgemeinen Ergebnisse bestätigen durchaus die Schlußfolgerung, daß nicht die „Atmosphäre der Sympathie“, nicht die Sympathien der Bourgeoisie, sondern die Stärke des Ansturms auch im wirtschaftlichen Streikkampf die entscheidende Rolle spielte.

DAS KAPITALISTISCHE SYSTEM
DER MODERNEN LANDWIRTSCHAFT ¹²⁰

*Geschrieben Ende 1910.
Zuerst veröffentlicht 1932
im Lenin-Sammelband XIX.
Unterschrift: W. Iljin.*

Nach dem Manuskript.

Капиталистическая система
современного земледелия.

Глава первая.

Социальная структура вооружен, экономическая структура в каждой области представляет центральные элементы в развитии — через историческую географию. Центральные точки во всем мире являются самыми коренными вопросами, касающимися экономической структуры современных государств и ее развития, которая развивается прежде на основании общих соотношений и исторических данных, которые могут быть разработаны современными методами в каждой области без учета

Erste Seite des Manuskripts
„Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft“

1910

Verkleinert

ERSTER ARTIKEL

In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten hat die soziale Statistik im allgemeinen, die Wirtschaftsstatistik im besonderen, große Fortschritte gemacht. Eine ganze Reihe von Fragen, und zwar ganz grundlegender, die ökonomische Struktur der modernen Staaten und ihre Entwicklung betreffender Fragen, die früher auf Grund allgemeiner Erwägungen und annähernder Angaben gelöst wurden, kann heutzutage nicht einigermaßen ernsthaft bearbeitet werden, wenn man sich nicht auf eine Vielzahl von Angaben stützt, die nach einem bestimmten einheitlichen Programm für das gesamte Gebiet des betreffenden Landes gesammelt und von Fachleuten der Statistik zusammengefaßt wurden. Insbesondere die Fragen der Ökonomik der Landwirtschaft, die besonders umstritten sind, verlangen eine Beantwortung auf Grund einer Vielzahl präziser Angaben, um so mehr, als die Durchführung periodischer Zählungen, die alle landwirtschaftlichen Betriebe des Landes erfassen, in den europäischen Ländern und in Amerika immer üblicher wird.

In Deutschland beispielsweise wurden solche Zählungen in den Jahren 1882, 1895 und zuletzt im Jahre 1907 vorgenommen. Auf die Bedeutung dieser Zählungen wurde in unserer Literatur wiederholt hingewiesen, und es wird sich kaum ein Buch oder ein Artikel über die Ökonomik der modernen Landwirtschaft finden, in dem nicht auf die Angaben der deutschen Landwirtschaftsstatistik Bezug genommen würde. Um die letzte Zählung wurde bereits sowohl in der deutschen als auch in unserer Literatur viel Lärm gemacht. Herr Walentinow schlug voriges Jahr, wenn ich mich recht erinnere, in der „Kiewskaja Mysl“¹²¹ mächtig auf die Pauke, da diese Zählung angeblich die Lehre des Marxismus und Kautskys Auffas-

sungen widerlegt und die Zählebigkeit des Kleinbetriebs sowie seinen Sieg über den Großbetrieb bewiesen habe. Unlängst hat Herr Professor Wobly im „*Ökonomist Rossii*“¹²² in dem Artikel „Die Tendenzen der Agrarrevolution in Deutschland“ (Nr. 36 vom 11. September 1910) an Hand von Angaben der Zählung von 1907 die Anwendbarkeit des „von Marx für die Entwicklung der Industrie ausgearbeiteten Schemas“¹²³ auf die Landwirtschaft zu widerlegen und nachzuweisen versucht, daß „die Kleinbetriebe in der Landwirtschaft im Kampf mit den Großbetrieben nicht etwa zugrunde gehen, sondern daß im Gegenteil jede neue Zählung ihren Erfolg feststellt“.

Wir sind daher der Meinung, daß es an der Zeit wäre, die Angaben der Zählung von 1907 gründlich zu analysieren. Zwar ist die Herausgabe der Materialien zu dieser Zählung noch nicht abgeschlossen: erschienen sind drei Bände mit *allen* Angaben der Zählung*, während der vierte Band, gewidmet der „zusammenfassenden Darstellung der Ergebnisse“, noch nicht erschienen ist, und es ist unbekannt, ob er bald erscheinen wird. Doch es besteht kein Grund, die Untersuchung der *Ergebnisse* der Zählung bis zum Erscheinen dieses abschließenden Bandes aufzuschieben, denn das Material liegt schon *vollständig* vor, seine Zusammenstellung ebenfalls, und in der Literatur wird es weitgehend ausgewertet.

Festgestellt sei lediglich, daß es ein völlig falsches Herangehen an die Sache bedeutet, wenn man sich, wie es gewöhnlich geschieht, fast ausschließlich darauf beschränkt, die Zahl der Betriebe verschiedener Größe (der Bodenfläche nach) und ihre Bodenmenge für die verschiedenen Jahre zu vergleichen. Die Wurzeln der tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Marxisten und den Gegnern des Marxismus in der Agrarfrage liegen viel tiefer. Setzt man sich das Ziel, die Ursachen der Meinungsverschiedenheiten restlos zu klären, so muß man die Aufmerksamkeit vor allem und in erster Linie auf die Frage lenken, welches die Grundzüge des kapitalistischen Systems der modernen Landwirtschaft sind. Gerade zu dieser Frage liefert die deutsche Zählung vom 12. Juni 1907 besonders wertvolle Angaben. Sie ist in einigen Fragen weniger detailliert als die vorangegangenen Zählungen der Jahre 1882 und 1895,

* Statistik des Deutschen Reichs, Band 212, Teil 1a, 1b und 2a, Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907, Landwirtschaftliche Betriebsstatistik, Berlin 1909 und 1910.

dafür liefert sie aber erstmalig außerordentlich reichhaltiges Material über die Lohnarbeit in der Landwirtschaft. Die Anwendung der Lohnarbeit aber ist das wichtigste Wesensmerkmal jeder kapitalistischen Landwirtschaft.

Deshalb werden wir uns bemühen, vor allem ein allgemeines Bild des kapitalistischen Systems der modernen Landwirtschaft zu geben, wobei wir uns in der Hauptsache auf die Angaben der deutschen Zählung von 1907 stützen und diese durch Angaben der besten landwirtschaftlichen Zählungen anderer Länder ergänzen werden, und zwar der dänischen, schweizerischen, amerikanischen und der letzten ungarischen. Was die Tatsache betrifft, die bei einer ersten Kenntnisnahme der Ergebnisse der Zählung besonders in die Augen springt und über die am meisten gesprochen wird, nämlich, daß in Deutschland die Zahl der (ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche nach) großen Wirtschaften und deren Bodenmenge abnimmt, so kehren wir zur Untersuchung dieser Tatsache erst am Ende unserer Arbeit zurück. Denn das ist eine der kompliziertesten Erscheinungen, die von einer ganzen Reihe anderer abhängig ist, und es ist ganz unmöglich, ihre Bedeutung zu begreifen, ohne vorher einige weit wichtigere und grundlegendere Fragen geklärt zu haben.

I

Das allgemeine Bild der ökonomischen Struktur der modernen Landwirtschaft

Die landwirtschaftlichen Zählungen in Deutschland beruhen, wie alle europäischen Zählungen ähnlicher Art (zum Unterschied von den russischen), auf Ermittlungen über jeden landwirtschaftlichen Betrieb im einzelnen. Dabei wächst gewöhnlich mit jeder Zählung die Zahl der ermittelten Angaben. Beispielsweise wurden in Deutschland im Jahre 1907 die sehr wichtigen Angaben über die Menge des Viehs, das für Feldarbeiten verwendet wird, ausgelassen (diese Angaben wurden in den Jahren 1882 und 1895 ermittelt), dafür wurden jedoch zum erstenmal Angaben über die Menge des Ackerlands für die verschiedenen Getreidearten, über die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen und der Lohnarbeiter ermittelt. Die so erhaltenen Angaben über jede Wirtschaft

genügen vollauf, um eine politisch-ökonomische Charakteristik der betreffenden Wirtschaft geben zu können. Die ganze Frage, die ganze Schwierigkeit der Aufgabe besteht darin, diese Angaben so *zusammenzufassen*, daß man eine präzise politisch-ökonomische Charakteristik der verschiedenen Wirtschaftsgruppen oder -typen als Ganzes erhält. Bei einer unbefriedigenden Zusammenfassung, bei einer falschen oder mangelhaften Gruppierung kann es dazu kommen – und dazu kommt es ständig bei der Auswertung der modernen Zählungen –, daß die ausgezeichneten, sehr detaillierten Angaben, die über jeden einzelnen Betrieb vorliegen, in der Gesamtdarstellung, wenn es sich um die Millionen Betriebe des ganzen Landes handelt, verschwinden, verlorengehen, untergehen. Das kapitalistische System der Landwirtschaft wird charakterisiert durch die *Verhältnisse*, die zwischen den Landwirten und den Arbeitern, zwischen den Wirtschaften verschiedener Typen bestehen, und wenn die Merkmale für diese Typen falsch gewählt, unvollständig zusammengestellt werden, so besteht die Möglichkeit, daß selbst die beste Zählung kein politisch-ökonomisches Bild der Wirklichkeit gibt.

Hieraus wird die große, die außerordentliche Bedeutung verständlich, die der Methodik der Zusammenstellung bzw. Gruppierung der Angaben der modernen Zählungen zukommt. Bei der weiteren Darlegung werden wir *alle* recht verschiedenartigen Methoden untersuchen, die bei den obenerwähnten besten Zählungen Anwendung finden. Zunächst aber sei festgestellt, daß die deutsche Zählung, wie auch die meisten anderen, eine vollständige Zusammenstellung gibt, indem sie die Wirtschaften ausschließlich nach einem Merkmal gruppiert, nämlich nach der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche jeder Wirtschaft. Nach diesem Merkmal werden bei der Zählung alle Wirtschaften in 18 Gruppen eingeteilt, von den Wirtschaften mit weniger als einem Zehntel Hektar bis zu denen, die über 1000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche haben. Daß eine derartige Detaillierung in der Statistik ein Luxus ist, der durch keinerlei politisch-ökonomische Erwägungen gerechtfertigt wird, empfinden die Autoren der deutschen Statistik selbst; sie fassen daher alle Angaben in sechs – unter Berücksichtigung einer Untergruppe in sieben – großen Gruppen nach der Größe der landwirtschaftlichen Nutzfläche zusammen. Es sind dies folgende Gruppen: Wirtschaften bis zu $\frac{1}{2}$ Hektar, von $\frac{1}{2}$ bis 2, von 2 bis 5, von 5 bis 20, von 20 bis 100 und über 100 Hektar,

wobei aus der letztgenannten Gruppe die Wirtschaften mit über 200 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche als Untergruppe ausgesondert werden.

Es fragt sich nun: Welche politisch-ökonomische Bedeutung hat eine derartige Gruppierung? Der Boden ist zweifellos das Hauptproduktionsmittel in der Landwirtschaft; nach der Menge des Bodens kann man daher am sichersten auf die Größe der Wirtschaft und folglich auch auf den Wirtschaftstyp schließen, d. h. beispielsweise darauf, ob es sich um einen Klein-, Mittel- oder Großbetrieb, um einen kapitalistischen oder um einen Betrieb handelt, der keine Lohnarbeit anwendet. Üblicherweise gelten Wirtschaften bis zu 2 Hektar als Kleinbetriebe (bisweilen auch als sogenannte Parzellen- oder Zwergwirtschaften), von 2 bis 20 (bisweilen von 2 bis 100) Hektar als bäuerliche Betriebe, über 100 Hektar als Großbetriebe, *das heißt* als kapitalistische Betriebe.

Und da geben uns die erstmalig durch die Zählung von 1907 erhaltenen Angaben über die Lohnarbeit vor allem die Möglichkeit, diese „übliche“ Annahme zum erstenmal an Hand einer Vielzahl von Angaben zu überprüfen. Erstmals kommt in den statistischen Schematismus ein gewisses – wenn auch, wie wir weiter unten sehen werden, bei weitem nicht ausreichendes – rationelles Element hinein, d. h. ein Element, das Angaben berücksichtigt, die direkteste, unmittelbarste politisch-ökonomische Bedeutung haben.

In der Tat, alle sprechen vom Kleinbetrieb. Was aber ist ein Kleinbetrieb? Die geläufigste Antwort auf diese Frage lautet, daß der Kleinbetrieb ein Betrieb ist, der keine Lohnarbeit anwendet. Diesen Standpunkt vertreten nicht nur die Marxisten. Eduard David zum Beispiel, dessen Buch „Sozialismus und Landwirtschaft“ man eine der neuesten Zusammenfassungen der bürgerlichen Theorien zur Agrarfrage nennen könnte, schreibt auf S. 29 der russischen Übersetzung [deutsch S. 49]: „Wo immer wir vom Kleinbetrieb kurzweg reden, meinen wir diese, ohne ständige fremde Hilfskräfte und ohne Nebenerwerb arbeitende Betriebskategorie.“

Aus der Zählung von 1907 geht vor allem eindeutig hervor, daß die Anzahl solcher Wirtschaften sehr gering ist, daß in der modernen Landwirtschaft Landwirte, die keine Lohnarbeiter beschäftigen oder sich nicht selbst bei anderen verdingen, eine unbedeutende Minderheit darstellen. Aus der Gesamtzahl von 5 736 082 landwirtschaftlichen Betrieben in

Deutschland, die 1907 bei der Zählung registriert wurden, gehören nur 1 872 616, d. h. weniger als ein Drittel, Landwirten, deren Hauptbeschäftigung die selbständige Führung eines landwirtschaftlichen Betriebs ist und die keinem Nebenerwerb nachgehen. Wie viele von ihnen beschäftigten Lohnarbeiter? Darüber gibt es keine Angaben, d. h., es gab sie, und zwar sehr detailliert auf den primären Karteikarten, doch bei der Zusammenfassung gingen sie verloren! Die Verfasser der Statistik (die eine Unmenge detailliertester und völlig nutzloser Berechnungen anstellten) hielten es nicht für nötig, zu berechnen, wieviel Wirtschaften in jeder Gruppe ständig oder zeitweilig Lohnarbeiter beschäftigten.

Um die Anzahl der Wirtschaften ohne Lohnarbeiter ungefähr festzustellen, sondern wir die Gruppen aus, in denen die Zahl der *Wirtschaften* geringer ist als die Zahl der Lohnarbeiter. Das werden die Gruppen mit einer Bodenfläche bis zu 10 Hektar je Wirtschaft sein. In diesen Gruppen sind 1 283 631 Landwirte, die die Landwirtschaft als ihre Hauptbeschäftigung ansehen und keinem Nebenerwerb nachgehen. Auf diese Anzahl Landwirte kommen insgesamt 1 400 162 Lohnarbeiter (wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß Lohnarbeiter *nur* von den Landwirten beschäftigt werden, die die Landwirtschaft als ihre Hauptbeschäftigung ansehen und keinen Nebenerwerb haben). Nur in den Gruppen, zu denen die Wirtschaften von 2 bis 5 Hektar gehören, ist die Zahl der selbständigen Landwirte ohne Nebenerwerb *größer* als die Zahl der Lohnarbeiter, nämlich: 495 439 Betriebe und 411 311 Lohnarbeiter.

Gewiß gibt es Lohnarbeiter auch bei Landwirten, die einem Nebenerwerb nachgehen; gewiß gibt es auch „kleine“ Landwirte, die nicht einen, sondern mehrere Lohnarbeiter beschäftigen. Aber dennoch kann es keinen Zweifel geben, daß die Landwirte, die keine Lohnarbeiter beschäftigen und sich selbst nicht als Lohnarbeiter verdingen, eine verschwindende Minderheit bilden.

Nach den Angaben über die Zahl der Lohnarbeiter lassen sich sogleich drei Hauptgruppen von Wirtschaften in der deutschen Landwirtschaft unterscheiden:

I. *Proletarische* Wirtschaften. Hierzu sind die Gruppen zu zählen, in denen eine Minderheit der Landwirte die selbständige Führung ihres landwirtschaftlichen Betriebs als Hauptbeschäftigung ansieht und in denen die Mehrzahl Lohnarbeiter u. dgl. sind. Wirtschaften mit einer Bodenfläche

bis zu $\frac{1}{2}$ Hektar gibt es beispielsweise 2 084 060. Von ihnen sind nur 97 153 selbständige Landwirte, während 1 287 312 ihrer *Haupt*beschäftigung nach *Lohnarbeiter* sind (in allen Zweigen der Volkswirtschaft). Wirtschaften mit einer Bodenfläche von $\frac{1}{2}$ bis 2 Hektar gibt es 1 294 449. Von ihnen sind nur 377 762 selbständige Landwirte, 535 480 Lohnarbeiter, 277 735 Kleingewerbetreibende, Handwerker, Händler, 103 472 Angestellte und Angehörige „verschiedener und unbestimmter“ Berufe. Es ist klar, daß diese beiden Gruppen in ihrer großen Masse proletarische Wirtschaften darstellen.

II. *Bäuerliche* Wirtschaften. Hierzu zählen wir solche Wirtschaften, in denen die große Masse selbständige Landwirte sind, wobei die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen größer ist als die Zahl der Lohnarbeiter. Das sind die Gruppen mit einer Bodenfläche von 2 bis 20 Hektar.

III. *Kapitalistische* Wirtschaften. Hierzu zählen wir solche Wirtschaften, in denen die Zahl der Lohnarbeiter größer ist als die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen.

Nachstehend zusammengefaßte Angaben über diese drei Gruppen:

Gruppen der Wirtschaften	Gesamtzahl der Wirtschaften	Davon			Wirtschaften, aufgeteilt nach der Zahl der Arbeiter		
		selbständige Landwirte	Lohnarbeiter	Gesamtzahl dieser Wirtschaften	In ihnen insgesamt	Arbeiter Familienangehörige	Lohnarbeiter
I. Bis zu 2 ha	3 378 509	474 915	1 822 792	2 669 232	4 353 052	3 851 905	501 147
II. Von 2 bis 20 ha	2 071 816	1 705 448	117 338	2 057 577	7 509 735	5 898 853	1 610 882
III. 20 ha und darüber	285 757	277 060	737	285 331	3 306 762	870 850	2 435 912
<i>Insgesamt</i>	5 736 082	2 457 423	1 940 867	5 012 140	15 169 549	10 621 608	4 547 941

Diese Tabelle gibt uns ein Bild der ökonomischen Struktur der modernen deutschen Landwirtschaft. Den unteren Teil der Pyramide bildet eine riesige Menge proletarischer „Wirtschaften“, fast $\frac{3}{5}$ der Gesamtzahl; die Spitze ist eine verschwindende Minderheit ($\frac{1}{20}$) kapitalistischer Wirtschaften. Vorweggenommen sei der Hinweis, daß diese verschwindende Minderheit mehr als die Hälfte des gesamten Bodens und des gesamten Ackerlands besitzt. Sie beschäftigt ein Fünftel aller in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte und mehr als die Hälfte aller dort tätigen Lohnarbeiter.

II

*Was die Mehrzahl der modernen landwirtschaftlichen
„Wirtschaften“ in Wirklichkeit darstellt
(Proletarische „Wirtschaften“)*

Von den „Landwirten“, die bis zu 2 Hektar Land besitzen, sind die meisten ihrer Hauptbeschäftigung nach Lohnarbeiter. Die Landwirtschaft ist für sie ein Nebengewerbe. Von 3 378 509 Betrieben dieser Gruppe sind 2 920 119 Nebenbetriebe. Die selbständigen Landwirte, darunter auch solche, die außerdem einem Nebenerwerb außerhalb der Landwirtschaft nachgehen, bilden eine ganz geringfügige Minderheit, insgesamt 14 Prozent: 475 000 von 3,4 Millionen.

* . . . feststellen, daß die Zahl der Lohnarbeiter* . . . dieser Gruppe die Zahl der selbständigen Landwirte übersteigt.

Dieser Umstand weist darauf hin, daß die Statistik hier die wenigen kapitalistischen Landwirte, die auf einem kleinen Grundstück einen Großbetrieb führen, mit der Masse der Proletarier vermengt. Auf diesen Typ werden wir noch des öfteren bei den weiteren Ausführungen stoßen.

Es fragt sich nun: Welche Bedeutung haben diese Massen proletarischer „Landwirte“ in der Gesamtstruktur der Landwirtschaft? Erstens verkörpert sich in ihnen die Verbindung des Leibeigenschaftssystems der gesellschaftlichen Wirtschaft mit dem kapitalistischen System, ihre historische Nähe und ihre Verwandtschaft, ein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft im Kapitalismus. Wenn wir beispielsweise in Deutschland und besonders in Preußen sehen, daß die Bodenparzellen, die der Gutsbesitzer dem Landarbeiter als Teil seines Arbeitslohnes gibt (das sogenannte Deputatland**), zu den landwirtschaftlichen Betrieben gezählt werden, ist das etwa kein direktes Überbleibsel der Leibeigenschaft? Als Wirtschaftssystem unterscheidet sich die Leibeigenschaft ja gerade dadurch vom Kapitalismus, daß sie dem Werktätigen Boden zuteilt, während dieser den Werktätigen vom Boden trennt, daß sie dem Werktätigen die Mittel zum Leben in *Naturalien* liefert (bzw. ihn zwingt, sie auf seinem „Deputatland“ selbst zu produzieren), während dieser dem Arbeiter Geldlohn

* An dieser Stelle ist eine Ecke der Manuskriptseite abgerissen. *Die Red.*

** „Deputatland“ bei Lenin deutsch. *Der Übers.*

zahlt, für den er sich die Mittel zum Leben kauft. Natürlich ist dieses Überbleibsel der Leibeigenschaft in Deutschland völlig unbedeutend im Vergleich zu dem, was wir in Rußland mit seinem berüchtigten „Arbeits“system der Gutsbesitzerwirtschaft sehen, aber immerhin ist dies ein Überbleibsel der Leibeigenschaft. Die Zählung des Jahres 1907 ermittelte in Deutschland 579 500 „landwirtschaftliche Betriebe“, die *Landarbeitern und Jagelöhnern* gehören, wobei 540 751 hiervon auf die Gruppe von „Landwirten“ entfallen, die bis zu 2 Hektar Land besitzen.

Zweitens bildet die Masse der „Landwirte“, die solche winzigen Landstückchen besitzen, von denen man nicht leben kann und die lediglich einen „Nebenbetrieb“ darstellen, im Gesamtsystem des Kapitalismus einen Teil der *Reservearmee der Arbeitslosen*. Das ist, nach dem Ausdruck von Marx, die *latente Form* dieser Armee.¹²⁴ Es wäre falsch, sich die Reservearmee der Arbeitslosen so vorzustellen, als setze sie sich nur aus Arbeitern zusammen, die keine Arbeit haben. Zu ihr gehören auch „Bauern“ bzw. „kleine Landwirte“, die von dem, was ihnen ihre winzige Wirtschaft einbringt, nicht leben können und die sich die Mittel zum Leben in der Hauptsache durch Lohnarbeit erwerben *müssen*. Ein Gemüsegarten oder ein Stückchen Kartoffelland sind für diese Armee von Hungerleidern ein Mittel zur Ergänzung ihres Lohnes bzw. ein Mittel, um in Zeiten, da sie keine Arbeit haben, ihr Dasein zu fristen. Der Kapitalismus braucht diese „Zwerg“- oder „Parzellen“- Quasi-Landwirte, um *ständig* ohne irgendwelche Unkosten eine Menge billiger Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben. Nach der Zählung von 1907 haben von 2 Millionen „Landwirten“ mit weniger als $\frac{1}{2}$ Hektar Boden 624 000 ausschließlich Gemüseland und 361 000 ausschließlich einen Kartoffelacker. Das gesamte Ackerland dieser 2 Millionen beläuft sich auf 247 000 Hektar, von denen über die Hälfte, nämlich 166 000 Hektar *Kartoffelland* sind. Das gesamte Ackerland der einviertel Million „Landwirte“, die $\frac{1}{2}$ bis 2 Hektar Boden haben, beläuft sich auf 976 000 Hektar, von denen *über ein Drittel* – 334 000 ha – Kartoffelland sind. Verschlechterung der Volksernährung (Kartoffeln an Stelle von Brot) und billigere Arbeitskräfte für die Unternehmer – das bedeuten die „Wirtschaften“ von drei Millionen „Landwirten“ der insgesamt fünf Millionen Landwirte in Deutschland.

Um das Bild dieser proletarischen Wirtschaften abzurunden, sei hinzugefügt, daß fast ein Drittel von ihnen (1 von 3,4 Millionen) gar kein

Vieh besitzt, zwei Drittel (2,5 von 3,4 Millionen) kein Großvieh, über $\frac{9}{10}$ (3,3 von 3,4 Millionen) keine Pferde. Der Anteil dieser proletarischen Wirtschaften an der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion ist verschwindend gering: $\frac{3}{5}$ aller Wirtschaften besitzen weniger als $\frac{1}{10}$ des gesamten Viehs (2,7 von 29,4 Millionen Stück, das gesamte Vieh auf Großvieh umgerechnet), etwa $\frac{1}{20}$ des gesamten Ackerlandes (1,2 von 24,4 Millionen Hektar).

Man kann sich vorstellen, welche Verwirrung eine Statistik stiftet, ein wie falsches Bild sie gibt, wenn in dieser Gruppe von Wirtschaften mit weniger als 2 Hektar Land Millionen Proletarier ohne Pferde, ohne Großvieh, die einzig und allein einen Gemüsegarten oder ein Stückchen Kartoffelacker besitzen, und Tausende von Großlandwirten, Kapitalisten, die auf 1 bis 2 Desjatinen Viehzucht oder Gemüsebau usw. im großen betreiben, miteinander *vermengt* werden. Daß es solche Landwirte in dieser Gruppe gibt, ist allein schon daraus ersichtlich, daß von den 3,4 Millionen Wirtschaften (mit weniger als 2 ha Land) 15 428 Landwirte je 6 und mehr Arbeiter (Familienangehörige und Lohnarbeiter zusammen) haben, diese 15 000 haben insgesamt 123 941 Arbeiter, d. h. durchschnittlich 8 Arbeiter je Betrieb. Eine solche Zahl von Arbeitern weist, berücksichtigt man die technischen Besonderheiten der Landwirtschaft, ohne Zweifel auf kapitalistische Großproduktion hin. Daß es unter der proletarischen Masse der „Landwirte“, die bis zu 2 ha Land besitzen, große Viehzuchtwirtschaften gibt, habe ich bereits an Hand der Angaben der vorangegangenen Zählung von 1895 nachgewiesen (siehe mein Buch „Die Agrarfrage“, St. Petersburg 1908, S. 239)*. Die Aussonderung dieser Großbetriebe wäre auf Grund der Angaben sowohl über den Viehbestand als auch über die Zahl der beschäftigten Arbeiter durchaus möglich gewesen, aber die deutschen Statistiker ziehen es vor, die Gruppe der Besitzer von Wirtschaften bis zu $\frac{1}{2}$ Hektar in noch kleinere Gruppen, in fünf Untergruppen, der Bodenmenge nach gerechnet, zu unterteilen und mit den Angaben über diese fünf Untergruppen Hunderte von Seiten zu füllen!

Die sozialökonomische Statistik – eine der mächtigsten Waffen der sozialen Erkenntnis – wird somit verunstaltet, wird zur Statistik um der Statistik willen, zu einer Spielerei.

* Siehe Werke, Band 5, S. 97–221. Die Red.

Die Zugehörigkeit der Mehrheit bzw. der großen Masse der landwirtschaftlichen Betriebe zur Kategorie der proletarischen, der Zwerg- und Parzellenwirtschaften ist eine Erscheinung, die viele, wenn nicht die meisten kapitalistischen Länder Europas, aber *nicht alle* kapitalistischen Länder miteinander gemein haben. In Amerika zum Beispiel beträgt nach den Angaben der Zählung von 1900 die Durchschnittsgröße einer Farm 146,6 Acres (60 Hektar), d. h. $7\frac{1}{2}$ mal soviel wie in Deutschland. Die Zahl der Kleinstbetriebe beträgt, rechnet man hierzu die Wirtschaften bis zu 20 Acres (bis zu 8 ha), etwas mehr als $\frac{1}{10}$ (11,8 Prozent). Selbst die Zahl aller Wirtschaften bis zu 50 Acres (d. h. bis zu 20 ha) beträgt nur ein Drittel der Gesamtzahl. Um diese Angaben mit den deutschen vergleichen zu können, muß man beachten, daß Wirtschaften bis zu 3 Acres (= 1,2 Hektar) in Amerika nur dann gezählt werden, wenn ihr Bruttoeinkommen 500 Dollar ausmacht, d. h., die große Masse der Wirtschaften bis zu 3 Acres wird überhaupt nicht registriert. Deshalb müßte man auch in den deutschen Angaben die Kleinstbetriebe weglassen. Lassen wir sogar alle Betriebe bis zu 2 ha aus, so haben von den verbleibenden 2 357 572 Wirtschaften 1 006 277 von 2 bis 5 ha, d. h., über 40 Prozent aller Wirtschaften sind Kleinstbetriebe. In Amerika liegen die Dinge völlig anders.

Offensichtlich kann der Kapitalismus in der Landwirtschaft dort, wo es keine Traditionen der Leibeigenschaft gibt (bzw. wo alle Spuren der Leibeigenschaft entschieden beseitigt wurden), wo das Joch der Grundrente nicht (oder weniger stark) auf der landwirtschaftlichen Produktion lastet, existieren und sich sogar besonders schnell entwickeln, ohne ein Millionenheer von Landarbeitern und Tagelöhnern mit Anteil land zu schaffen.

III

Die bäuerlichen Wirtschaften im Kapitalismus

Wir haben zu den bäuerlichen Wirtschaften die Gruppen gezählt, in denen einerseits die Mehrzahl der Landwirte selbständige Landwirte sind und andererseits die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen die der Lohnarbeiter übersteigt. Die absolute Zahl der Lohnarbeiter in diesen Wirtschaften erwies sich als sehr hoch – 1,6 Millionen, über ein Drittel der Gesamtzahl der Lohnarbeiter. Offensichtlich gibt es in der Gesamtzahl

(2,1 Mill.) der „bäuerlichen“ Wirtschaften nicht wenig kapitalistische Betriebe. Wir werden weiter unten sehen, wie groß ihre annähernde Zahl und Bedeutung ist, und wollen uns jetzt eingehender mit dem Verhältnis von Familienarbeit und Lohnarbeit beschäftigen. Betrachten wir die durchschnittliche Zahl von Arbeitern je Wirtschaft:

Gruppen der Wirtschaften		Durchschnittliche Zahl von Arbeitern je Wirtschaft		
		insgesamt	Familienangehörige	Lohnarbeiter
Proletarische Wirtschaften	Bis zu 0,5 ha	1,3	1,2	0,1
	0,5- 2 "	1,9	1,7	0,2
Bäuerliche Wirtschaften	2- 5 "	2,9	2,5	0,4
	5- 10 "	3,8	3,1	0,7
	10- 20 "	5,1	3,4	1,7
Kapitalistische Wirtschaften	20-100 "	7,9	3,2	4,7
	100 und mehr ha	52,5	1,6	50,9
<i>Durchschnittlich</i>		3,0	2,1	0,9

Hieraus ersehen wir, wie klein im allgemeinen, verglichen mit der Industrie, die landwirtschaftlichen Betriebe ihrer Arbeiterzahl nach sind. Mehr als 50 Lohnarbeiter je Wirtschaft haben nur die 23 566 Besitzer von über 100 ha, d. h. weniger als $\frac{1}{2}$ Prozent aller Wirtschaften. Die Zahl der bei ihnen beschäftigten Lohnarbeiter beträgt 1 463 974, d. h. etwas weniger als die Zahl der in 2 Millionen bäuerlichen Wirtschaften beschäftigten Lohnarbeiter.

Von den bäuerlichen Wirtschaften hebt sich sogleich die Gruppe von 10 bis 20 ha ab: hier kommen im Durchschnitt auf eine Wirtschaft 1,7 Lohnarbeiter. Nimmt man nur die ständigen Lohnarbeiter, so ergibt sich, daß sich ihre Zahl in den 412 741 Wirtschaften dieser Gruppe (411 940 aufgeteilt nach der Zahl der Arbeiter) auf 412 702 beläuft. Das bedeutet, daß kein Betrieb ohne *ständige* Anwendung von Lohnarbeit auskommt. Deshalb sondern wir diese Gruppe als „Großbauern“, als großbäuerliche Wirtschaften oder bäuerliche Bourgeoisie, aus. Gewöhnlich zählte man hierzu Eigentümer von 20 und mehr Hektar, indes hat die Zählung von 1907 den Beweis erbracht, daß die Anwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft weiter verbreitet ist, als man gemeinhin annimmt, daß die Grenze, wo die ständige Anwendung der Lohnarbeit beginnt, beträchtlich nach unten gerückt werden muß.

Ferner sehen wir bei der Untersuchung des Verhältnisses von Familienarbeit und Lohnarbeit, daß in den proletarischen und bäuerlichen Wirtschaften die durchschnittliche Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen parallel zur wachsenden Zahl der Lohnarbeiter ständig steigt, während in den kapitalistischen Betrieben die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen bei steigender Zahl der Lohnarbeiter zu *fallen beginnt*. Das ist eine völlig natürliche Erscheinung, die die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt, daß die Wirtschaften mit über 20 Hektar zu den kapitalistischen gehören, in denen nicht nur die Zahl der Lohnarbeiter größer ist als die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen, sondern auch die durchschnittliche Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen je Betrieb *geringer* ist als bei den Bauern.

In der russischen Literatur wurde schon lange, schon zu Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Volkstümlern auf Grund der Angaben der Semstwestatistik festgestellt, daß in der bäuerlichen Wirtschaft die Kooperation innerhalb der Familie die Basis bildet für die Entstehung der kapitalistischen Kooperation, d. h., starke bäuerliche Wirtschaften, die eine besonders hohe Zahl mitarbeitender Familienangehöriger aufweisen, verwandeln sich, indem sie in immer größerem Umfang Lohnarbeit anwenden, in kapitalistische Betriebe. Nun sehen wir, daß die deutsche Statistik diese Schlußfolgerung für die gesamte deutsche Landwirtschaft bestätigt.

Betrachten wir die bäuerlichen Wirtschaften in Deutschland. Als Ganzes genommen, unterscheiden sie sich von den proletarischen Wirtschaften dadurch, daß sie auf der Kooperation innerhalb der Familie beruhen (2,5 bis 3,4 mitarbeitende Familienangehörige je Wirtschaft), während die proletarischen Wirtschaften auf der Arbeit jeweils einzelner beruhen. Die proletarischen Wirtschaften müssen als Einmannbetriebe bezeichnet werden, denn durchschnittlich kommen nicht einmal zwei Arbeiter auf eine Wirtschaft. Unter den bäuerlichen Wirtschaften aber geht die Konkurrenz darum, wer mehr Lohnarbeiter einstellt: je größer die bäuerliche Wirtschaft, um so höher die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen und *um so rascher* wächst die Zahl der Lohnarbeiter. Die großbäuerlichen Wirtschaften haben knapp anderthalbmal soviel mitarbeitende Familienangehörige wie die kleinbäuerlichen (2 bis 5 ha), aber mehr als viermal soviel Lohnarbeiter.

Wir sehen hier eine exakte, statistische Bestätigung des grundlegenden Unterschieds zwischen der Klasse der Kleineigentümer im allgemeinen, der Kleinbauern im besonderen, und der Klasse der Lohnarbeiter, der von den Marxisten stets hervorgehoben wird und den die bürgerlichen Ökonomen und die Revisionisten absolut nicht begreifen können. Die ganzen Verhältnisse der Warenwirtschaft führen dazu, daß die Kleinbauern nicht existieren können, ohne einen Kampf zu führen um die Festigung und Erweiterung ihres Betriebes, dieser Kampf aber bedeutet Kampf um die vermehrte Anwendung fremder Arbeitskraft und um deren Verbilligung. Das ist die Ursache dafür, daß in jedem kapitalistischen Land die ganze Masse der Kleinbauern, von denen es eine verschwindende Minderheit „zu etwas bringt“, d. h. zu richtigen Kapitalisten wird, von kapitalistischer Mentalität durchdrungen wird und in der Politik den Agrariern folgt. Die bürgerlichen Ökonomen (und in ihrem Gefolge auch die Revisionisten) unterstützen diese Mentalität; die Marxisten erklären den Kleinbauern, daß es für sie keine andere Rettung gibt als den Anschluß an die Lohnarbeiter.

Außerordentlich lehrreich sind auch die Angaben der Zählung von 1907 über das zahlenmäßige Verhältnis zwischen ständig und zeitweilig beschäftigten Arbeitern. Insgesamt genommen, machen die letzteren genau ein Drittel der Gesamtzahl aus: 5 053 726 von 15 169 549. Von den Lohnarbeitern sind 45 Prozent, von den mitarbeitenden Familienangehörigen 29 Prozent zeitweilig beschäftigt. Dies Verhältnis ändert sich jedoch wesentlich je nach dem Typ der betreffenden Wirtschaft. Nachstehend die Angaben für die von uns verwendeten Gruppen:

Gruppen der Wirtschaften		Prozentsatz der zeitweilig beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter		
		Familienangehörige	Lohnarbeiter	insgesamt
I	Bis zu 0,5 ha	55	79	58
	0,5- 2 "	39	78	45
	2- 5 "	22	68	29
II	5- 10 "	11	54	24
	10- 20 "	14	42	23
III	20-100 "	14	32	25
	100 und mehr ha	11	33	32
Durchschnittlich		29	45	33

Hieraus ersehen wir, daß in den proletarischen Wirtschaften mit weniger als $\frac{1}{2}$ Hektar (insgesamt gibt es 2,1 Millionen solcher Wirtschaften!) die zeitweilig beschäftigten Arbeiter sowohl unter den mitarbeitenden Familienangehörigen als auch unter den Lohnarbeitern über die Hälfte ausmachen. Es sind dies hauptsächlich Nebenwirtschaften, deren Besitzer nur zeitweilig in diesen Wirtschaften arbeiten. Auch in den proletarischen Wirtschaften mit 0,5–2 Hektar ist der Prozentsatz der zeitweilig beschäftigten Arbeiter sehr hoch. In dem Maße, wie die Größe der Wirtschaft zunimmt, fällt dieser Prozentsatz – mit einer einzigen Ausnahme. Nämlich unter den Lohnarbeitern der größten kapitalistischen Betriebe steigt dieser Prozentsatz ein wenig an, da aber die Zahl der mitarbeitenden Familienangehörigen in dieser Gruppe ganz geringfügig ist, steigt der Prozentsatz der zeitweilig beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter beträchtlich an, nämlich von 25 auf 32 Prozent.

Der Unterschied zwischen bäuerlichen und kapitalistischen Betrieben ist, was die Gesamtzahl der zeitweilig beschäftigten Arbeiter betrifft, nicht sehr groß. Der Unterschied zwischen den mitarbeitenden Familienangehörigen und den Lohnarbeitern ist in allen Betrieben sehr bedeutend, und wenn man berücksichtigt, daß unter den zeitweilig beschäftigten Familienangehörigen, wie wir gleich sehen werden, der Prozentsatz der Frauen und Kinder besonders hoch ist, so erweist sich dieser Unterschied als noch größer. Folglich sind die Lohnarbeiter das beweglichste Element...

IV

Frauen- und Kinderarbeit in der Landwirtschaft

... treiben Landwirtschaft. In der bäuerlichen Wirtschaft herrscht im allgemeinen ebenfalls die Frauenarbeit vor, und nur in den großbäuerlichen und in den kapitalistischen Betrieben sind die Männer in der Mehrzahl.

Unter den Lohnarbeitern ist der Anteil der Frauen im allgemeinen geringer als unter den mitarbeitenden Familienangehörigen. Offensichtlich sind die kapitalistischen Landwirte in allen Gruppen diejenigen, die sich die besten Arbeitskräfte sichern. Wenn man davon ausgeht, daß das

Überwiegen von Frauen gegenüber den Männern ein Gradmesser für die bedrängte Lage des Landwirts und für den unbefriedigenden Zustand der Wirtschaft ist, die keine Möglichkeit hat, sich der besten Arbeitskräfte zu bedienen (eine solche Annahme ergibt sich aber unvermeidlich aus allen Angaben über die Frau ...

V

Vergeudung der Arbeit im Kleinbetrieb

...

VI

Der kapitalistische Charakter der Anwendung von Maschinen in der modernen Landwirtschaft

...

VII

Die niedrige Arbeitsproduktivität im Kleinbetrieb und das Übermaß an Arbeit

Die Bedeutung der Angaben über die Anwendung von Maschinen in der Landwirtschaft wird in der ökonomischen Literatur gewöhnlich nicht genügend gewürdigt. Erstens ignoriert man auf Schritt und Tritt (stets, wenn es sich um einen bürgerlichen Ökonomen handelt) den kapitalistischen Charakter der Anwendung von Maschinen, man untersucht diese Frage nicht, man ist nicht imstande oder nicht willens, sie auch nur zu stellen. Zweitens wird die Anwendung von Maschinen isoliert betrachtet, nicht aber als *Merkmal* der verschiedenen Wirtschaftstypen, der verschiedenen Bearbeitungsmethoden, der verschiedenen *ökonomischen* Bedingungen des Betriebes.

Wenn wir beispielsweise im Großbetrieb in der Regel eine unvergleichlich stärkere Anwendung von Maschinen beobachten als im Kleinbetrieb sowie eine gewaltige Konzentration von Maschinen in den kapitalistischen Betrieben, ja bisweilen geradezu eine Monopolisierung der modernsten Maschinen durch die kapitalistischen Betriebe, so deutet das auf eine *unterschiedliche Bodenkultur* in den verschiedenen Wirtschafts-

typen hin. Unter den von der deutschen Zählung registrierten Maschinen erscheinen solche wie Dampfpflüge, Reihensämaschinen, Kartoffelsetzmaschinen. Ihre Anwendung vorwiegend in der kapitalistischen Landwirtschaft bedeutet, daß hier die *Bodenkultur* besser, die Technik der Bearbeitung höher entwickelt, die Arbeitsproduktivität größer ist. Ben-sing¹²⁵, der Verfasser einer bekannten Monographie über landwirtschaftliche Maschinen, hat, gestützt auf Angaben von Spezialisten über die Erfahrungen bei der Anwendung von verschiedenen Maschinen, errechnet, daß die Anwendung von Maschinen an sich, selbst ohne Veränderung des Systems der Feldbestellung, den Reinertrag der Wirtschaft um *hundertmal* steigert. Diese Berechnungen sind von niemand widerlegt worden und können in ihrem Wesen nicht widerlegt werden.

Der Kleinproduzent, der nicht die Möglichkeit hat, moderne Geräte anzuwenden, bleibt notgedrungen *in der Bodenkultur* zurück; den Großlandwirt aber bei weiterer Verwendung von alten Geräten durch vermehrten Arbeitsaufwand, durch größeren „Fleiß“ und Verlängerung des Arbeitstages „einzuholen“, das bringen von Hunderten und Tausenden nur einzelne oder wenige fertig. Die Statistik über die Anwendung von Maschinen *deutet* also gerade auf die Tatsache des *Übermaßes an Arbeit* im Kleinbetrieb hin, welche (die Tatsache) von den Marxisten stets hervorgehoben wird. Keine Statistik vermag diese Tatsache unmittelbar zu registrieren, wenn man aber die Angaben der Statistik auf ihre *ökonomische* Bedeutung hin betrachtet, dann wird klar, *welche Typen* von Wirtschaften sich in der modernen Gesellschaft bei der Anwendung von Maschinen bzw. bei der Unmöglichkeit, sie anzuwenden, herausbilden *müssen* und sich zwangsläufig herausbilden.

Eine Illustration des Gesagten liefert uns die ungarische Statistik. Ähnlich der deutschen Zählung von 1907 (sowie auch denen von 1882 und 1895), ähnlich der dänischen Statistik über die Anwendung von Maschinen aus dem Jahre 1907, ähnlich der französischen Enquete von 1909 zeigt die ungarische Zählung von 1895, die zum erstenmal genaue Angaben für das ganze Land ermittelt hat, die Überlegenheit der kapitalistischen Landwirtschaft, die Zunahme des Prozentsatzes der mit Maschinen ausgerüsteten Wirtschaften entsprechend der Zunahme der Größe der Wirtschaften. Von dieser Seite gesehen, ergibt sich hier nichts Neues, sondern lediglich eine Bestätigung der deutschen Angaben. Die Besonder-

heit der ungarischen Statistik besteht jedoch darin, daß sie Angaben nicht nur über einige moderne Geräte und Maschinen enthält, sondern über das *gesamte* oder fast das gesamte tote Inventar, über die Zahl der einfachsten und unentbehrlichsten Geräte, Pflüge, Eggen, Fuhrwerke usw.

Durch diese außerordentlich detaillierten Angaben wird es möglich, die kennzeichnende, sozusagen die ganze Struktur der Wirtschaft charakterisierende Bedeutung der Angaben über die Anwendung einiger weniger landwirtschaftlicher Maschinen und „Seltenheiten“ der Technik (wie etwa von Dampfpflügen) genauestens festzustellen. Betrachten wir die Angaben der ungarischen Statistik* über die Anwendung von Pflügen außer Dampfpflügen (deren es 1895 in ganz Ungarn insgesamt 179 gab, davon 120 in den 3977 größten Wirtschaften).

Nachstehend die Angaben über die *Gesamtzahl* der Pflüge und über die Zahl der einfachsten, primitivsten, am wenigstens haltbaren unter allen Geräten dieser Art (zu den einfachsten rechnen Einscharpflüge mit hölzernem Pflugbaum; die übrigen sind: die gleichen mit eisernem Pflugbaum, dann Zwei- und Dreischarpflüge, Kultivatoren, Häufelpflüge, Pflüge zum Tiefpflügen).

Gruppen der Wirtschaften	Zahl der Wirtschaften (insgesamt)	Zahl der Pflüge (insgesamt)	Darunter einfachste
Zwergwirtschaften (bis 5 Joch)	1 459 893	227 241	196 852
{ 5- 10 Joch	569 534	335 885	290 958
{ 10- 20 "	467 038	398 365	329 416
{ 20- 50 "	235 784	283 285	215 380
{ 50-100 "	38 862	72 970	49 312
Insgesamt Kleinbetriebe	1 311 218	1 090 505	885 066
Mittelbetriebe (100-1000 Joch)	20 797	125 157	55 347
Großbetriebe (über 1000 Joch)	3 977	149 750	51 565
<i>Insgesamt</i>	2 795 885	1 592 653	1 188 830

* Siehe „Landwirtschaftliche Statistik der Länder der ungarischen Krone“, Budapest 1900, Bd. 4 und 5. Die ungarische Statistik teilt alle Betriebe in 4 Hauptgruppen ein: 1. Zwergwirtschaften (bis 5 Joch; 1 Joch = 0,57 Hektar); 2. Kleinbetriebe (5-100 Joch); 3. mittlere Betriebe (100-1000 Joch) und 4. Großbetriebe (über 1000 Joch). Es ist klar, daß die zweite Gruppe ganz verschiedenartige Wirtschaften umfaßt, weshalb ich sie in vier Unterabteilungen anführe.

Von den Zwergwirtschaften ganz abgesehen, sehen wir, daß von 569 000 kleinbäuerlichen Wirtschaften (5–15 Joch, d. h. 2,8–5,7 ha) 233 000 und von 467 000 mittelbäuerlichen Wirtschaften 69 000 überhaupt keine Pflüge besitzen. Nur die obersten Gruppen, d. h. die großbäuerlichen Wirtschaften und die kapitalistischen Betriebe, sind mit Pflügen gut versehen, wobei nur in den Wirtschaften mit mehr als 100 Joch (solche Wirtschaften gibt es nur 25 000 = 0,9 Prozent der Gesamtzahl!) vollkommene Geräte *überwiegen*. In den bäuerlichen Wirtschaften *überwiegen* (und je kleiner die Wirtschaft, um so mehr) die einfachsten, am wenigsten haltbaren, am schlechtesten arbeitenden Geräte.

Lassen wir die Zwergwirtschaften beiseite, die die Mehrzahl (52 Prozent) aller Wirtschaften bilden, aber nur einen verschwindend kleinen Teil des Bodens einnehmen (7 Prozent), so ergibt sich folgende Schlußfolgerung:

Über eine Million klein- und mittelbäuerlicher Betriebe (5–20 Joch) sind selbst mit den einfachsten Geräten für die Bodenbearbeitung *ungenügend* versehen.

Eine viertel Million großbäuerlicher Wirtschaften (20–100 Joch) sind leidlich mit Geräten einfachster Art versehen. Und nur 25 000 kapitalistische Betriebe (die allerdings 55 Prozent der gesamten Bodenfläche besitzen) sind komplett mit modernen Geräten ausgerüstet.

Andererseits stellt die ungarische Statistik eine Berechnung an, wieviel Joch Ackerland auf ein landwirtschaftliches Gerät entfallen, und erhält folgende Zahlen (wir führen nur die Angaben über Pflüge, Eggen und Fuhrwerke an und bemerken, daß ihre Verteilung auf die Betriebe *völlig* das gleiche Bild ergibt, das wir bei den Pflügen gesehen haben).

Art der Wirtschaften	Es entfallen Joch Ackerland		
	auf 1 Pflug	auf 1 Egge	auf 1 Fuhrwerk
Zwergwirtschaften	7	8	7
Kleinbetriebe	12	13	15
Mittelbetriebe	27	35	40
Großbetriebe	28	61	53

Das bedeutet, daß die mit landwirtschaftlichen Geräten *aller Art völlig unbefriedigend* versehenen proletarischen und bäuerlichen Wirtschaften von diesen Geräten *unverhältnismäßig viel* im Vergleich zum gesamten

Ackerland in ihren Wirtschaften besitzen. Miserable Versorgung mit Geräten und unerträglich hohe Kosten für deren Unterhalt – das ist das Los des Kleinbetriebs im Kapitalismus. Ganz genauso zeigt uns die Wohnungsstatistik in jeder Großstadt, daß die unteren Klassen der Bevölkerung, Arbeiter, Kleinhändler, kleine Angestellte usw., am schlechtesten wohnen, die engsten, elendesten Wohnungen haben, pro Kubikmeter Wohnraum aber die *höchste Miete* zahlen. Umgerechnet auf die Raumeinheit sind die Wohnungen in einer Fabrikkaserne oder in irgendeinem Elendsviertel für die Armen teurer als die Luxuswohnungen irgendwo am Newski-Prospekt.

Hieraus ergibt sich sowohl in bezug auf Deutschland als auch in bezug auf alle kapitalistischen Länder folgender Schluß. Wenn die Angaben über die Anwendung der wenigen modernen Geräte und landwirtschaftlichen Maschinen uns zeigen, daß deren Anwendung mit der Größe der Wirtschaft wächst, so bedeutet dies, daß der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft mit *allen* nötigen Geräten schlecht versorgt ist. Das bedeutet, daß im Kleinbetrieb die *Vergeudung der Arbeit* zum Unterhalt einer riesigen Menge schlechter und veralteter, nur für winzige Wirtschaften geeigneter Geräte Hand in Hand geht mit *schwerer Not*, die den Bauern zwingt, sich abzuschinden, um sich mit diesen veralteten, barbarischen Geräten auf seinem Fleckchen Erde irgendwie zu halten.

Dafür erbringen die so einfachen und allgemein bekannten Angaben über die Anwendung landwirtschaftlicher Maschinen den Beweis, wenn man sich in die sozialökonomische Bedeutung dieser Angaben vertieft.

Der Kapitalismus bringt die Technik der Landwirtschaft auf eine höhere Stufe und treibt sie vorwärts, aber er kann dies nur tun, indem er die Masse der Kleinproduzenten ruiniert, würgt, erdrückt.

Um die gesellschaftliche Bedeutung und das Tempo dieses Prozesses zu veranschaulichen, vergleichen wir zum Abschluß die Angaben der drei deutschen Zählungen von 1882, 1895 und 1907. Für diesen Vergleich sind die Angaben über die *Anwendung der fünf landwirtschaftlichen Maschinen*, die im Verlauf dieser ganzen Periode registriert worden sind, zu untersuchen (es sind dies folgende Maschinen: Dampfpflüge, Sämaschinen, Gras- und Getreidemähmaschinen, Dampf- und sonstige Dreschmaschinen). Es ergibt sich folgendes Bild:

Gruppen der Wirtschaften	Fälle der Anwendung der wichtigsten landwirtschaftlichen Maschinen auf hundert Wirtschaften		
	1882	1895	1907
I Bis zu 2 ha	0,5	1,6	3,8
II { 2- 5 "	3,9	11,9	31,2
5- 10 "	13,5	32,9	71,1
10- 20 "	31,2	60,8	122,1
III { 20-100 "	59,2	92,0	179,1
100 und mehr ha	187,1	208,9	271,9
<i>Durchschnittlich</i>	8,7	16,6	33,9

Der Fortschritt erscheint beträchtlich: In einem Vierteljahrhundert hat sich die Anwendung der wichtigsten Maschinen insgesamt fast vervierfacht. Schauen wir uns die Sache jedoch aufmerksam an, so werden wir sagen müssen: Es bedurfte eines ganzen Vierteljahrhunderts, um die Anwendung wenigstens einer der fünf wichtigsten Maschinen zu einer üblichen Erscheinung bei einer kleinen Minderheit von Wirtschaften zu machen, die ohne ständige Anwendung von Lohnarbeit nicht auskommen. Denn üblich kann diese Anwendung nur dann genannt werden, wenn die Fälle der Anwendung die Zahl der Wirtschaften übersteigen. Das ist jedoch nur bei den kapitalistischen und großbäuerlichen Betrieben der Fall, die zusammen 12 Prozent der Gesamtzahl aller Wirtschaften bilden.

Die Masse der Klein- und Mittelbauern befindet sich nach einem Vierteljahrhundert kapitalistischen Fortschritts in einer solchen Lage, daß nur ein Drittel der Kleinbauern und zwei Drittel der Mittelbauern im Laufe eines Jahres irgendeine dieser fünf Maschinen benutzen können.

(Ende des 1. Artikels)

ANMERKUNGEN

¹ Die *Gesamtrussische (Dezember-) Konferenz der SDAPR* (die Fünfte Konferenz der SDAPR) wurde vom 21. bis 27. Dezember 1908 (3. bis 9. Januar 1909) in Paris abgehalten. Auf der Konferenz waren 16 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend: 5 Bolschewiki, 3 Menschewiki, 5 polnische Sozialdemokraten und 3 Bundisten. Vertreter des ZK der SDAPR war Lenin. Lenin hielt auf der Konferenz ein Referat „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“ sowie Reden über die sozialdemokratische Dumafraktion, über die Organisationsfrage und andere Fragen. Auf der Konferenz führten die Bolschewiki den Kampf gegen zwei Arten des Opportunismus in der Partei: gegen die Liquidatoren und die Otsowisten. Auf Vorschlag Lenins verurteilte die Konferenz das Liquidatorentum und rief alle Parteiorganisationen zu entschiedenem Kampf gegen die Versuche auf, die Partei zu liquidieren. Gleichzeitig waren die Beschlüsse der Konferenz ein Schlag gegen die Otsowisten.

Eine Einschätzung der Konferenzbeschlüsse gibt Lenin in den Artikeln „Auf den Weg“ und „Die Liquidierung des Liquidatorentums“. (Siehe Werke, Bd. 15, S. 344–355 und 455–463.) 1

² „*Golos Sozial-Demokrata*“ (Die Stimme des Sozialdemokraten) – Auslandsorgan der Menschewiki; erschien von Februar 1908 bis Dezember 1911, zunächst in Genf, später in Paris. Es verteidigte die Liquidatoren und wurde zu ihrem ideologischen Zentrum. 1

³ „*Dnewnik Sozialdemokrata*“ (Tagebuch eines Sozialdemokraten) – von G. W. Plechanow in zwangloser Folge herausgegebene Zeitschrift, die mit großen Unterbrechungen in Genf erschien. Von März 1905 bis April 1912 kamen insgesamt 16 Nummern heraus. 1916 wurde der „Dnewnik“ in Petrograd neu herausgegeben; es erschien aber nur eine Nummer. 1

⁴ „Proletari“ (Der Proletarier) – illegale Zeitung, die nach dem IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR von den Bolschewiki gegründet wurde; sie erschien vom 21. August (3. September) 1906 bis 28. November (11. Dezember) 1909 unter der Redaktion Lenins als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees, eine Zeitlang auch des Moskauer Bezirkskomitees und der Komitees von Perm, Kursk und Kasan der SDAPR. Faktisch war der „Proletari“ das Zentralorgan der Bolschewiki. Es kamen 50 Nummern heraus, davon die ersten 20 in Finnland (Wiborg). Vom 13. (26.) Februar bis 1. (14.) Dezember 1908 erschien der „Proletari“ in Genf, vom 8. (21.) Januar bis 28. November (11. Dezember) 1909 in Paris.

In der Zeitung wurden mehr als 100 Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht. In den Jahren der Stolypinschen Reaktion spielte der „Proletari“ eine hervorragende Rolle bei der Erhaltung und Festigung der bolschewistischen Organisationen. ¹

⁵ „Prawda“ (Die Wahrheit) (Wiener „Prawda“) – Fraktionsorgan der Trotzkiisten; wurde von 1908 bis 1912 in Wien herausgegeben. Unter der Maske der „Fraktionslosigkeit“ nahm die Zeitung in allen grundlegenden Fragen eine liquidatorische Haltung ein, unterstützte aber auch die Otsowisten und Ultimatisten. 1912 waren Trotzki und seine Zeitung die Organisatoren des parteifeindlichen Augustblocks. ²

⁶ S. – Silwester Dshibladse, georgischer menschewistischer Liquidator. ³

⁷ G. W. Plechanow gehörte der Redaktion des menschewistischen Organs „Golos Sozial-Demokrata“ an. Die Entwicklung des „Golos“ zum Liquidatorentum führte zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Plechanow und der Redaktion. Im Dezember 1908 stellte Plechanow faktisch seine Mitarbeit am „Golos“ ein. Offiziell trat er aus der Redaktion des liquidatorischen „Golos Sozial-Demokrata“ am 13. (26.) Mai 1909 aus. ⁴

⁸ Der offene Brief der Exekutivkommission des Moskauer Bezirkskomitees der SDAPR (vom 17. [30.] August 1909) wurde geschrieben, als der parteifeindliche und fraktionelle Charakter der Schule auf Capri zutage trat. Die Exekutivkommission erinnerte in dem „Brief“ die Hörer an ihre Pflicht, enge Verbindung mit dem Moskauer Bezirkskomitee zu halten, und forderte ausführliche Berichterstattung über die Tätigkeit der Schule. Der „Brief“ wurde am 5. (18.) September 1909 im „Proletari“ Nr. 47/48 zusammen mit den vorliegenden Bemerkungen Lenins veröffentlicht. Diese Bemerkungen waren gezeichnet: „Von der Redaktion“.

Die Schule auf Capri – Fraktionszentrum der Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildner, die sich zum Kampf gegen den Bolschewismus vereinigt

hatten. Sie wurde 1909 von A. Bogdanow (Maximow), Alexinski und Lunatscharski unter Beteiligung von M. Gorki auf der Insel Capri geschaffen. Unter der Flagge des Parteiprinzips gelang es den Bogdanowleuten, von einigen örtlichen sozialdemokratischen Organisationen 13 Hörer in die Schule zu bekommen. Die Schule bestand etwa 4 Monate (August–Dezember). Im November kam es zur Spaltung unter den Hörern: ein Teil von ihnen grenzte sich unter Führung des Arbeiters N. J. Wilonow entschieden von den Bogdanowleuten ab. Die Leninhänger unter den Hörern sandten an die Redaktion des „Proletari“ einen Protest gegen die parteifeindliche Haltung der Lektoren und wurden daraufhin aus der Schule ausgeschlossen. Ende November (Anfang Dezember) 1909 fuhren sie auf Einladung Lenins nach Paris, wo sie einen Zyklus von Lektionen hörten, darunter die Lektionen Lenins „Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben“ und „Die Agrarpolitik Stolypins“. Der auf Capri verbliebene Teil der Hörer bildete im Dezember 1909 mit den Lektoren die parteifeindliche Gruppe „Wpe-
rjod“.

Die Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“ verurteilte die Schule auf Capri als ein „neues Zentrum einer sich von den Bolschewiki abspaltenden Fraktion“. 9

⁹ Auf den 21. September (4. Oktober) 1909 waren in Petersburg im Zusammenhang mit dem Ausschluß des Abgeordneten von Petersburg, des Kadetten A. M. Koljubakin, aus der III. Duma Ersatzwahlen angesetzt. 10

¹⁰ „Retsch“ (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. 12

¹¹ „Wechi“ (Marksteine) – Sammelband der Kadetten; erschien im Frühjahr 1909 in Moskau mit Artikeln von N. Berdjajew, S. Bulgakow, P. Struve, M. Gerschenson und anderen Vertretern der konterrevolutionären liberalen Bourgeoisie. In ihren Artikeln über die russische Intelligenz versuchten die „Wechi“-Leute, die revolutionär-demokratischen Traditionen der besten Vertreter des russischen Volkes, darunter Belinskis und Tschernyschewskis, zu verunglimpfen; sie zogen die revolutionäre Bewegung von 1905 in den Schmutz und sprachen der zaristischen Regierung den Dank dafür aus, daß sie die Bourgeoisie „mit ihren Bajonetten und Gefängnissen“ „vor der Volkswut“ rettete. Der Sammelband appellierte an die Intelligenz, sich in den Dienst der Selbstherrschaft zu stellen. W. I. Lenin verglich das Programm der „Wechi“ sowohl in der Philosophie wie auch in der Publizistik mit dem Programm der Schwarzhunderterzeitung „Moskowskije Wedo-

mosti“ und bezeichnete den Sammelband als „Enzyklopädie des liberalen Renegatentums“, als eine „einzige Flut reaktionären Spülichts, das über die Demokratie ausgegossen wird“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 117 bis 125.) 13

- ¹² Den Ausdruck „Opposition Seiner Majestät“ gebrauchte der Führer der Kadettenpartei P. Miljukow. In einer Rede anlässlich eines Frühstücks beim Lord-Mayor von London am 19. Juni (2. Juli) 1909 erklärte Miljukow: „Solange in Rußland eine gesetzgebende Kammer existiert, die das Staatsbudget kontrolliert, wird die russische Opposition eine Opposition Seiner Majestät bleiben und nicht eine Opposition gegen Seine Majestät.“ („Retsch“ Nr. 167 vom 21. Juni [4. Juli] 1909.) 13
- ¹³ Die *Beratung der erweiterten Redaktion des „Proletari“* fand in Paris vom 8. bis 17. (21. bis 30.) Juni 1909 statt. An der Beratung nahmen 9 Mitglieder des Bolschewistischen Zentrums (das von der bolschewistischen Fraktion auf dem V. [Londoner] Parteitag der SDAPR im Jahre 1907 gewählt worden war) mit Lenin an der Spitze teil sowie Vertreter der Petersburger Organisation, der Moskauer Gebietsorganisation und der Organisation des Urals. Die Beratung war einberufen worden, um die parteifeindliche Haltung der Otsowisten und Ultimatisten zu erörtern. Sie wurde von Lenin geleitet. Lenin sprach zu allen grundlegenden Fragen der Tagesordnung. Der Otsowismus und Ultimatismus wurde auf der Beratung von A. Bogdanow (Maximow) und W. Schanzer (Marat) verfochten. Eine versöhnlerische Position bezogen Kamenew, Sinowjew, Rykow und Tomski. Die Beratung verurteilte den Otsowismus und Ultimatismus als feindliche und gefährliche Strömung, als „Liquidarentum mit umgekehrtem Vorzeichen“. Sie verurteilte auch das Gottbildnertum und beschloß, einen entschiedenen Kampf dagegen zu führen und seinen antimarxistischen Charakter zu entlarven. Bogdanow, der Wortführer des Otsowismus und Ultimatismus, wurde aus den Reihen der Bolschewiki ausgeschlossen. 16
- ¹⁴ Das *Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten*, kurz Sozialistengesetz genannt, wurde 1878 in Deutschland erlassen. Gemäß diesem Gesetz wurden alle Organisationen der sozialdemokratischen Partei, alle Massenorganisationen der Arbeiter und die Arbeiterpresse verboten, die sozialistische Literatur beschlagnahmt und gegen die Sozialdemokraten Repressalien eingeleitet. Unter dem Druck der Massenbewegung der Arbeiter wurde das Gesetz 1890 aufgehoben. 17
- ¹⁵ Die *Julikonferenz 1907* – Dritte Konferenz der SDAPR („Zweite Gesamtrussische“) fand vom 21. bis 23. Juli (3. bis 5. August) 1907 in Kotka (Finn-

land) statt. An der Konferenz nahmen 26 Delegierte teil: 9 Bolschewiki, 5 Menschewiki, 5 polnische und 2 lettische Sozialdemokraten und 5 Bundisten. Die Konferenz wurde einberufen, um die Taktik der Sozialdemokraten im Zusammenhang mit dem Staatsstreich vom 3. Juni und der Einberufung der III. Reichsduma festzulegen. Lenin trat auf der Konferenz gegen den Boykott der Duma auf. Sprecher der Boykottisten war A. Bogdanow (Maximow). Die Konferenz nahm mit Stimmenmehrheit Lenins Resolution an. 26

- ¹⁶ *Wsew.* (Wsewolod) – Pseudonym des Otsowisten W. P. Denisow. 28
- ¹⁷ *Stan.* (Stanislaw) – der Otsowist A. W. Sokolow (Wolski), einer der Organisatoren der parteifeindlichen Schulen auf Capri und in Bologna. 28
- ¹⁸ *„Rabotscheje Snamja“* (Das Arbeiterbanner) – illegale bolschewistische Zeitung, Organ des Gebietsbüros des Zentralen Industriegebiets, des Moskauer Stadt- und des Moskauer Bezirkskomitees der SDAPR; erschien in Moskau von März bis Dezember 1908. Es erschienen 7 Nummern. In Nr. 5 der Zeitung wurde eine Diskussion über die Stellung zur Duma und zur sozialdemokratischen Dumafraktion eröffnet. In dieser Nummer erschien der Artikel eines Otsowisten, „Brief eines Arbeiters. (Über den Plan der Parteiarbeit in Verbindung mit der Einschätzung der gegenwärtigen Lage)“. Redakteur des Artikels war der Führer der Moskauer Otsowisten, St. Wolski (A. W. Sokolow), damals Mitglied des Gebietsbüros des Moskauer Zentralen Industriegebiets. Der Artikel rief heftige Proteste bei den Parteiorganisationen Zentralrußlands hervor, und der „Proletari“ erteilte ihm eine Abfuhr. W. I. Lenin kritisierte den Artikel in der Schrift „Über zwei Briefe“. (Siehe Werke, Bd. 15, S. 283–300.) 30
- ¹⁹ Der *Erste Gesamtrussische Kongreß der Betriebsärzte und der Vertreter der Industriebetriebe* fand vom 1. bis 6. (14. bis 19.) April 1909 in Moskau statt. Unter den Delegierten befanden sich 52 Arbeiter, die von den Gewerkschaftsverbänden vor allem der großen Industriezentren gewählt worden waren. Die Reden der Arbeiterdelegierten, unter denen die Bolschewiki überwogen, waren von großer politischer Bedeutung und fanden Widerhall im ganzen Land. Besonders lebhaft Diskussionen riefen auf dem Kongreß zwei Fragen hervor: die Organisation der sanitären Aufsicht (hierzu wurde die von den Bolschewiki vorgeschlagene Resolution angenommen) und die Wahlen der Fabrikinspektionen durch die Arbeiter.
- Der Kongreß konnte seine Arbeit nicht beenden, er wurde von der Polizei verboten. 30
- ²⁰ Lenin meint den französischen Diplomaten Charles Talleyrand (Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts). 31

- ²¹ *Marat* – W. L. Schanzer, Mitglied der erweiterten Redaktion des „Proletari“, Ultimativist; später gehörte er der parteifeindlichen Gruppe „Wperjod“ an. 33
- ²² „Jer“ – A. W. Sokolow (Wolski). 36
- ²³ „Wperjod“ (Vorwärts) – bolschewistische Massenzeitung der Arbeiter, die von Lenin geleitet wurde. Sie wurde vom 10. (23.) September 1906 bis 19. Januar (1. Februar) 1908 von der Redaktion des „Proletari“ illegal in Wiborg herausgegeben. Es erschienen 20 Nummern. Von Nr. 2 an erschien der „Wperjod“ als Organ örtlicher Komitees der SDAPR: Nr. 2 als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees sowie des Moskauer Bezirkskomitees; Nr. 3–7 als Organ des Moskauer und des Petersburger Komitees, des Moskauer Bezirkskomitees sowie der Komitees von Perm und Kursk; Nr. 8–19 außerdem als Organ des Kasaner Komitees. In der letzten Nummer (Nr. 20) des „Wperjod“ wurde statt der Komitees von Perm und Kasan das Gebietskomitee des Urals genannt. 45
- ²⁴ Lenins Artikel „Otsowistisch-ultimativistische Streikbrecher“ ist nicht aufgefunden worden. 59
- ²⁵ Der Artikel „Petersburger Wahlen“ behandelt die Ergebnisse der Ersatzwahlen für die III. Reichsduma, die im September 1909 stattgefunden hatten. Er wurde im „Proletari“ Nr. 49 vom 3. (16.) Oktober 1909 ohne Unterschrift veröffentlicht.
Die von Lenin verfaßte Anmerkung ist gegen N. Jordanskis opportunistischen Artikel „Ausweglos“, der in Nr. 6 des „Nowy Den“ erschien, gerichtet. 66
- ²⁶ „Nowy Den“ (Der Neue Tag) – legale sozialdemokratische Wochenschrift; wurde vom 20. Juli (2. August) bis 13. (26.) Dezember 1909 in Petersburg herausgegeben. Es erschienen 15 Nummern. Die Zeitung wurde von der Polizei verboten. Im „Nowy Den“ veröffentlichte Lenin zwei Artikel: „Noch einmal über Parteilichkeit und Parteilosigkeit“ und „Über die ‚Wechi‘“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 51–53 und 117–125.) 66
- ²⁷ Gemeint ist Friedrich Engels’ „Einleitung“ zu Karl Marx’ Werk „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“. Bei der Veröffentlichung durch die deutschen Sozialdemokraten im Jahre 1895 wurde die „Einleitung“ entstellt, und später wurde sie von ihnen als Lossagung vom bewaffneten Aufstand und vom Barrikadenkampf ausgelegt.
Der vollständige Text der „Einleitung“ nach Engels’ Manuskript wurde erstmalig in der Sowjetunion veröffentlicht. (Siehe Karl Marx und Fried-

rich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. I, Berlin 1961, S. 104–122. Die von Lenin zitierte Stelle siehe S. 120.) 66

- ²⁸ Den „*Resolutionsentwurf über die Festigung der Partei und ihrer Einheit*“ brachte Lenin in der Redaktionsbesprechung des Zentralorgans („*Sozial-Demokrat*“), die vom 21. bis 22. Oktober (3. bis 4. November) 1909 stattfand, ein. Im Zusammenhang mit der angebahnten Annäherung zwischen den Bolschewiki und den parteitreuen Menschewiki zum Kampf gegen das Liquidatorentum machte Lenin den Vorschlag, seinen Artikel „Über die Methoden zur Festigung unserer Partei und ihrer Einheit“ (ist nicht aufgefunden worden) als redaktionellen Artikel zu veröffentlichen. Nach den Worten des Mitglieds der Redaktion des „*Sozial-Demokrat*“ A. Warski, der in einem Brief an den Hauptvorstand der Polnischen Sozialdemokratie vom 20. November 1909 diese Besprechung schilderte, forderte Lenin in dem Artikel einen entschiedenen Kampf gegen das Liquidatorentum und vertrat die Meinung, daß es notwendig ist, die Selbständigkeit der bolschewistischen Organisation zu erhalten und zu festigen. Die Mehrheit der Redaktion (G. Sinowjew, L. Kamenew, L. Martow und A. Warski) lehnte es ab, Lenins Artikel als redaktionellen Artikel zu bringen, und schlug vor, ihn mit der Unterschrift des Autors als Diskussionsartikel zu veröffentlichen. Daraufhin stellte Lenin die Frage der Festigung der Partei und ihrer Einheit überhaupt zur Diskussion und brachte den hier veröffentlichten Resolutionsentwurf ein. Der Entwurf wurde ebenfalls abgelehnt. 67
- ²⁹ Das *Zentralorgan der SDAPR*, der „*Sozial-Demokrat*“, wurde als illegale Zeitung von Februar 1908 bis Januar 1917 herausgegeben. Es erschienen 58 Nummern: die erste in Rußland, die übrigen im Ausland, zuerst in Paris und später in Genf. Die Redaktion des Zentralorgans bestand laut Beschluß des ZK der SDAPR aus Vertretern der Bolschewiki, der Menschewiki und der polnischen Sozialdemokraten. Im „*Sozial-Demokrat*“ wurden über 80 Artikel und Notizen Lenins veröffentlicht. Innerhalb der Redaktion kämpfte Lenin für die konsequente bolschewistische Linie. Ein Teil der Redakteure (Kamenew und Sinowjew) verhielt sich versöhnlicherisch zu den Liquidatoren und versuchte, die Leninsche Linie zu hintertreiben. Die menschewistischen Redakteure, Martow und Dan, sabotierten die Arbeit in der Redaktion des Zentralorgans und verteidigten gleichzeitig im „*Golos Sozial-Demokrata*“ offen das Liquidatorentum. Der unversöhnliche Kampf Lenins gegen die Liquidatoren führte im Juni 1911 zum Ausscheiden Martows und Dans aus der Redaktion. Von Dezember 1911 an wurde der „*Sozial-Demokrat*“ von W. I. Lenin redigiert. 67

- ³⁰ Das *Internationale Sozialistische Büro (ISB)* war das ausführende Organ der II. Internationale, das auf Beschluß des Pariser Kongresses von 1900 gegründet wurde. Lenin, der dem Internationalen Sozialistischen Büro als offizieller Vertreter der SDAPR angehörte, sprach in der elften Sitzung am 7. November 1909. Über die Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros siehe Lenins Artikel „Die elfte Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros“, vorliegender Band, S. 134–138. 68
- ³¹ *Bobrikowsche Henker* – Anhänger des Gendarmerie- und Polizeiregimes, das in Finnland von 1898 bis 1904 unter dem zaristischen Generalgouverneur N. I. Bobrikow herrschte. 69
- ³² Den „*Brief an die Hörer der Schule auf Capri*“ schrieb Lenin im Oktober 1909 als Antwort auf zwei Briefe von Arbeitern, Hörern der Schule, die sich von der Gruppe Bogdanows distanziert hatten. Die Briefe der Leninanhänger unter den Hörern wurden zusammen mit Lenins Artikel „Ein schmachliches Fiasko“ (siehe den vorliegenden Band, S. 76–78) in einem Sonderdruck aus Nr. 50 des „*Proletari*“ vom 28. November (11. Dezember) 1909 veröffentlicht. 73
- ³³ *Brentanoscher, Sombartscher und Struvescher „Marxismus“* – Spielarten einer bürgerlichen „Lehre“, welche „die ‚Schule des Kapitalismus‘ anerkennt, die Schule des revolutionären Klassenkampfes jedoch ablehnt“ (*Lenin*). Vertreter dieser Abarten der bürgerlichen Entstellung des Marxismus waren: *Lujo Brentano* – bürgerlicher deutscher Ökonom und ein Verfechter des sogenannten „Staatssozialismus“. Er suchte nachzuweisen, daß es möglich sei, durch Reformen und durch Versöhnung der Interessen der Kapitalisten und der Arbeiter die soziale Gleichheit im Kapitalismus zu verwirklichen. *Werner Sombart* – bürgerlicher deutscher Ökonom und Soziologe, wie Brentano als sogenannter „Kathedersozialist“ ein Vertreter des bürgerlichen Sozialreformismus und mit diesem im „Verein für Sozialpolitik“ tätig. Er verfälschte und verleumdete den Marxismus, rechtfertigte den Kapitalismus und stellte ihn als harmonisches und planmäßiges System dar. Brentano, Sombart und ihre Anhänger bemäntelten ihre Ansichten mit marxistisch klingenden Phrasen, waren aber in Wirklichkeit Verteidiger des Kapitalismus und bestrebt, die Arbeiterbewegung den Interessen der Bourgeoisie unterzuordnen. Brentanos und Sombarts „Theorien“ wurden und werden weitgehend von den Feinden des Marxismus ausgenutzt. *P. B. Struve* – bürgerlicher russischer Liberaler, in den neunziger Jahren „legaler Marxist“; später war er einer der Führer der Kadettenpartei. Nach der Großen Oktoberrevolution – weißgardistischer Emigrant und ein einflussreicher Feind der Sowjetmacht. 82

- ³⁴ Lenin zitiert die Worte des menschewistischen Liquidators Dan aus der Diskussion „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“ auf der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR 1908. 83
- ³⁵ Es wird aus der Broschüre des russischen Volkstümlers P. N. Tkatschow „Die Aufgaben der revolutionären Propaganda in Rußland“, April 1874, S. 16, russ., zitiert. 84
- ³⁶ *Gesetz vom 9. November 1906* – im Rahmen der Stolypinschen Agrargesetze herausgegebener Erlaß, der den Bauern das Recht gab, aus der Dorfgemeinde auszuscheiden und Einzelhöfe einzurichten. Eine Charakteristik und Einschätzung der Stolypinschen Bodenreform gibt Lenin in der Schrift „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution 1905–1907“ (Werke, 4. Ausgabe, Bd. 13, S. 195–396, russ.). 85
- ³⁷ *G-g (Georg)* – der menschewistische Liquidator W. O. Lewizki (W. O. Zederbaum). 91
- ³⁸ „Vorwärts“ – 1884 gegründete Tageszeitung, Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zu ihren Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Angefangen von der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, nach dem Tode von Friedrich Engels, brachte der „Vorwärts“ systematisch Artikel von Opportunisten, die die deutsche Sozialdemokratie und die II. Internationale beherrschten. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 stand der „Vorwärts“ zunächst unter zentristischem Einfluß, wurde dann zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus und nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda; er erschien in Berlin bis 1933. Unter dem gleichen Namen erscheint heute das Zentralorgan der SPD in Westdeutschland. 91
- ³⁹ „P.“ – F. O. Zederbaum (P. N. Dnewnizki), Menschewik, Anhänger Plechanows. 92
- ⁴⁰ Für den Artikel „Der ‚Golos Sozial-Demokrata‘ und Tscherewanin“ benutzte Lenin seine Notizen in dem Buch von Tscherewanin „Die gegenwärtige Lage und die mögliche Zukunft“, besonders „die Zusammenfassung der wichtigsten Bemerkungen“, die er auf den hinteren Einbanddeckel des Buches geschrieben hatte. 95
- ⁴¹ Das vorliegende Dokument ist der Anfang eines Artikels, den Lenin Ende November (Anfang Dezember) 1909 in Paris geschrieben hatte. Der Schluß des Artikels ist nicht erhalten geblieben. Der Artikel war für Nr. 50 des „Proletari“ bestimmt, wurde aber in ihm nicht veröffentlicht. 99

- ⁴² Der Brief „eines alten Iskristen und alten Bolschewiken“, den Lenin zitiert, wurde mit der Unterschrift „Tr.“ im „Proletari“ Nr. 50 vom 28. November (11. Dezember) 1909 veröffentlicht („Briefe aus Petersburg. Brief III“). 101
- ⁴³ Gemeint sind A. S. Martynows Angriffe im „Golos Sozial-Demokrata“, dem Organ der Liquidatoren, gegen das Buch von W. I. Lenin (W. Iljin) „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“. 111
- ⁴⁴ Lenin meint den Zwischenfall in der Sitzung der III. Reichsduma am 20. November (3. Dezember) 1909 bei der Erörterung des Gesetzentwurfs über die Unantastbarkeit der Persönlichkeit. Dieser Gesetzentwurf war, nach den Worten der linken Dumaabgeordneten, „die Legitimierung jeglicher Willkür, die in Rußland existierte und existiert“. Die Erörterung des Gesetzentwurfs in dieser Sitzung zeigte den reaktionären Charakter der III. Duma besonders anschaulich. Die erzreaktionäre Rede von Markow (2) zur Verteidigung des Gesetzentwurfs rief sogar bei den Kadetten Empörung hervor, die zum Zeichen ihres Protestes den Sitzungssaal der Duma verließen. 114
- ⁴⁵ Vor dem Erscheinen dieses Artikels hielt Lenin am 16. (29.) Oktober 1909 in Lüttich öffentlich das Referat „Die Ideologie der konterrevolutionären Bourgeoisie“. Über dasselbe Thema: „Die Ideologie des konterrevolutionären Liberalismus (Der Erfolg der ‚Wechi‘ und seine gesellschaftliche Bedeutung)“ sprach Lenin am 13. (26.) November 1909 in Paris. Die Disposition des Pariser Referats ist in einer Ankündigung enthalten, die im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU aufbewahrt wird. Die Disposition gliedert sich in folgende Abschnitte: „I. Welche Philosophie bekämpfen die ‚Wechi‘ und die Dumareden des Kadetten Karaulow. II. Belinski und Tschernyschewski, die von den ‚Wechi‘ vernichtet worden sind. III. Weshalb hassen die Liberalen die ‚intelligenzlerische‘ russische Revolution und ihr ‚ziemlich lange andauerndes‘ französisches Vorbild? IV. Die ‚Wechi‘ und die ‚Linken‘ in Rußland. Die Kadetten und die Okto-bristen. Die ‚heilige Sache‘ der russischen Bourgeoisie. V. Was hat die demokratische Revolution in Rußland gewonnen, als sie ihre bürgerlich-liberalen ‚Verbündeten‘ verlor? VI. Die ‚Wechi‘ und die Reden Miljukows in den Wahlversammlungen in Petersburg. Wie kritisierte Miljukow in diesen Versammlungen die illegale revolutionäre Zeitung.“ 117
- ⁴⁶ „Moskowskije Wedomosti“ (Moskauer Nachrichten) – im Jahre 1756 gegründete Zeitung; von den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts an vertrat sie die Ansichten der reaktionärsten monarchistischen Kreise der Gutsbesitzer und der Geistlichkeit; ab 1905 war sie eines der maßgebenden

Organe der Schwarzhunderter. Kurz nach der Oktoberrevolution 1917 wurde die Zeitung verboten. 119

- ⁴⁷ „*Vierpunktewahlsystem*“ – Bezeichnung für allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht. 123
- ⁴⁸ „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit) – Tageszeitung, die von 1868 bis Oktober 1917 in Petersburg erschien. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie 1876 zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der beamteten Bürokratie. Die Zeitung bekämpfte nicht nur die revolutionäre, sondern auch die bürgerlich-liberale Bewegung. Von 1905 an war sie ein Organ der Schwarzhunderter. Lenin bezeichnete sie als Musterbeispiel einer korrupten Zeitung. 123
- ⁴⁹ Die Worte „Bereichern Sie sich, meine Herren, und Sie werden Wähler“, schreibt man Guizot, dem faktischen Oberhaupt der französischen Regierung während der Julimonarchie (1830–1848), zu. 124
- ⁵⁰ Gemeint ist die Resolution des Fünften (Londoner) Parteitags der SDAPR „Über die Stellung zu den nichtproletarischen Parteien“. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 164/165, russ.) 126
- ⁵¹ „*Moskowski Jeschenedelnik*“ (Moskauer Wochenblatt) – Zeitschrift, Organ der „Partei der friedlichen Erneuerung“, einer konstitutionell-monarchistischen Organisation der Großbourgeoisie und der Gutsbesitzer. Sie wurde in Moskau von 1906 bis 1910 herausgegeben. 130
- ⁵² Gruppe „*Wperjod*“ (Vorwärts) – parteifeindliche Gruppe von Otsowisten, Ultimatisten und Gottbildnern; entstand im Dezember 1909 auf Initiative A. Bogdanows und G. Alexinskis. Sie besaß ein Presseorgan gleichen Namens. 1912 vereinigten sich die „*Wperjod*“-Leute mit den menschewistischen Liquidatoren zu einem von Trotzki organisierten gemeinsamen parteifeindlichen Block (Augustblock).
Da die Gruppe von Arbeitern nicht unterstützt wurde, zerfiel sie faktisch schon 1913. Endgültig und offiziell löste sie sich 1917 nach der Februarrevolution auf. 139
- ⁵³ Das *Plenum des ZK der SDAPR*, bekannt unter der Bezeichnung „Vereinigungsplenum“, fand vom 2. bis 23. Januar (15. Januar bis 5. Februar) 1910 in Paris statt. Außer den Bolschewiki nahmen an ihm Vertreter aller Fraktionen und Gruppierungen sowie Vertreter der nationalen sozialdemokratischen Organisationen teil. Gegen Lenins Plan, der eine Annäherung an die parteitreuen Menschewiki (Plechanowleute) vorsah, um mit ihnen gegen

das Liquidatorentum zu kämpfen, forderten die Versöhnler, mit Unterstützung der Trotzlisten, die Auflösung sämtlicher Fraktionen und die Vereinigung der Bolschewiki mit den Liquidatoren und Otsowisten. Die versöhnlerischen Elemente erhielten auf dem Plenum das Übergewicht. Lenin hatte nur die Minderheit hinter sich. Erst auf Lenins Drängen hin nahm das Plenum einen Beschluß an, in dem das Liquidatorentum und der Otsowismus verurteilt wurden. Entgegen Lenins Meinung beschloß das Plenum, das Erscheinen der bolschewistischen Zeitung „Proletari“ einzustellen und das Bolschewistische Zentrum aufzulösen. Lenin setzte einen Zusatz zum Beschluß des Plenums durch, der die Bedingung enthielt, daß gleichzeitig mit dem Bolschewistischen Zentrum auch die Fraktionszentren der „Golos“- und der „Wperjod“-Leute aufgelöst werden. Das Plenum beschloß, die Wiener „Prawda“ Trotzkis finanziell zu unterstützen. Die Versöhnler versuchten, die Zeitung zum Organ des ZK zu machen. Trotz des Protestes Lenins wurden auch menschestistische Liquidatoren in die zentralen Institutionen gewählt.

Über Lenins Kampf auf dem Plenum gegen die Liquidatoren, Trotzlisten und Versöhnler siehe seinen Artikel „Notizen eines Publizisten“ (vorliegender Band, S. 193–261). 142

⁵⁴ Den Artikel „Der ‚Golos‘ der Liquidatoren gegen die Partei“ schrieb Lenin als redaktionellen Artikel für Nr. 12 des „Sozial-Demokrat“. In der zweiten Märzhälfte wurde der Artikel als Sonderdruck veröffentlicht, und erst danach erschien er im „Sozial-Demokrat“. 151

⁵⁵ „Diskussionny Listok“ (Diskussionsblatt) – Beilage des „Sozial-Demokrat“, des Zentralorgans der SDAPR; wurde auf Beschluß des Januarplenums des ZK der SDAPR (1910) vom 6. (19.) März 1910 bis 29. April (12. Mai) 1911 in Paris herausgegeben. Es erschienen drei Nummern. 151

⁵⁶ Grigori – G. J. Sinowjew. 153

⁵⁷ Innokenti – J. F. Dubrowski. 153

⁵⁸ Der Brief des Auslandsbüros des ZK der SDAPR „An alle Genossen im Ausland“ erschien als Flugblatt am 3. (16.) März 1910.

Das Auslandsbüro des Zentralkomitees wurde im August 1908 vom Plenum des ZK der SDAPR als Vertretung der gesamten Partei im Ausland geschaffen; es war dem Russischen Büro des ZK untergeordnet und rechen-schaftspflichtig. Bald nach dem Januarplenum des ZK von 1910 erlangten im Auslandsbüro die Liquidatoren die Mehrheit, und das Auslandsbüro wurde zu einem Sammelbecken der parteifeindlichen Kräfte. Die liquidatorische Taktik des Auslandsbüros veranlaßte die Bolschewiki, die Anhänger

- Lenins, ihren Vertreter im Mai 1911 aus dem Auslandsbüro abzuberaufen. Später wurden auch die Vertreter der polnischen und der lettischen Sozialdemokratie abberufen. Im Januar 1912 löste sich das Auslandsbüro auf. 156
- ⁵⁰ „*Herostratisch berühmtes Dokument*“ – „Offener Brief“, in dem liquidatorische Anschauungen propagiert werden; ihn unterzeichneten die Menschewiki: S. O. Zederbaum (Augustowski); M. S. Makadsjub (Anton); W. K. Ikow (Wadim); L. N. Radtschenko (W. Petrowa); B. S. Zeitlin (Georgi); W. O. Zederbaum (Georg); W. A. Gutowski (Jewg. Ga-as); G. I. Pri-gorny (Kramolnikow); B. A. Ginsburg (D. Kolzow); R. S. Halberstadt (Nat. Michailowa); K. M. Jermolajew (Roman); M. L. Cheisin (Romul); S. I. Portugeis (Solomonow); F. A. Lipkin (Tscherewanin); P. A. Bronstein (Juri); J. A. Pilezki (J. P.-i). 157
- ⁶⁰ *Michail* – der menschewistische Liquidator J. A. Issuw. 157
- ⁶¹ „*Eines der in Rußland tätigen Mitglieder des ZK*“ – W. P. Nogin. 157
- ⁶² Siehe Friedrich Engels' Einleitung zur englischen Ausgabe seiner Broschüre „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. (Karl Marx und Friedrich Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1961, S. 95.) 162
- ⁶³ N. G. Tschernyschewski, „Prolog“, Teil I. (Siehe N. G. Tschernyschewski, „Prolog“, Moskau 1953, S. 244, russ.) 164
- ⁶⁴ Siehe die Resolution „Über die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Partei“, die von der Fünften (Gesamtrussischen) Konferenz der SDAPR 1908 angenommen worden war. („Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 195–197, russ.) 170
- ⁶⁵ Die *Jungtürken* – politische Organisation der türkischen Bourgeoisie, die 1889 gegründet wurde. Sie strebte eine Beschränkung der absolutistischen Macht des Sultans und die Umwandlung des feudalen Reiches in einen bürgerlichen konstitutionell-monarchistischen Staat an. 1908 leitete die Organisation den Umsturz, der die Türkei in eine konstitutionelle Monarchie verwandelte, und wurde zur Regierungspartei. Nach der militärischen Zerschlagung der Türkei im ersten Weltkrieg (Herbst 1918) löste sie sich auf. 175
- ⁶⁶ Die *zweite Pariser Gruppe zur Unterstützung der SDAPR* wurde im November 1908 geschaffen. Sie sonderte sich von der Pariser Gruppe, der sie zusammen mit den Menschewiki angehört hatte, ab und vereinigte in sich nur Bolschewiki, darunter Mitglieder des Bolschewistischen Zentrums, an

ihrer Spitze Lenin. Die Resolution der zweiten Pariser (bolschewistischen) Gruppe zur Unterstützung der SDAPR wurde in einer Versammlung am 17. (30.) März 1910 angenommen und als Flugblatt veröffentlicht. 183

- ⁶⁷ „*Nascha Sarja*“ (Unsere Morgenröte) – legale Monatsschrift der menschewistischen Liquidatoren; erschien von 1910 bis 1914 in Petersburg. Um die „*Nascha Sarja*“ gruppierte sich der Kern der Liquidatoren in Rußland. 189
- ⁶⁸ „*Eine notwendige Ergänzung zu den „Dnewniki“ G. W. Plechanows*“ – menschewistisch-liquidatorisches Flugblatt, das die Redaktion des „*Golos Sozial-Demokrata*“ im April 1910 herausgegeben hatte und das gegen G. W. Plechanow gerichtet war. 189
- ⁶⁹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 343 bis 352. 206
- ⁷⁰ „*Wosroschdenije*“ (Die Wiedergeburt) – Zeitschrift der menschewistischen Liquidatoren; sie wurde in Moskau von Dezember 1908 bis Juli 1910 herausgegeben; an ihre Stelle traten dann die Zeitschriften „*Shisn*“ (Das Leben) (1910) und „*Delo Shisni*“ (Sache des Lebens) (1911). 216
- ⁷¹ Der zweite „*Wperjod*“-Mann – W. L. Schanzer (Marat). 225
- ⁷² T. – L. Tyszka. 228
- ⁷³ J. – J. F. Dubrowinski. 228
- ⁷⁴ „*Sozialistische Monatshefte*“ – Zeitschrift, wichtigstes Organ der Opportunisten in der deutschen Sozialdemokratie und eines der Organe des internationalen Opportunismus. Sie erschien in Berlin von 1897 bis 1933.
Die Zeitschrift kritisierte die gegen den Revisionismus gerichtete Resolution „Über die Taktik der Partei“, die auf dem Dresdner Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (September 1903) angenommen worden war. Später wurde diese Resolution fast vollständig auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam (August 1904) in der Resolution „Internationale Regeln der sozialistischen Taktik“ wiederholt. 230
- ⁷⁵ Der Verfasser des „*Briefes aus dem Kaukasus*“, K. St., ist J. W. Stalin. Seinen gegen die Tifliser Liquidatoren gerichteten „Brief aus dem Kaukasus“ schrieb Stalin im Dezember 1909 für den „*Sozial-Demokrat*“. Der menschewistische Teil der Redaktion lehnte es ab, den Brief im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen. Er erschien erst am 25. Mai (7. Juni) 1910 im „*Diskussionny Listok*“ Nr. 2 zusammen mit der Antwort des Führers der kaukasischen Menschewiki, N. Shordanijas (An). 231
- ⁷⁶ Gemeint ist die Resolution des Fünften (Londoner) Parteitags der SDAPR „Über die Stellung zu den nichtproletarischen Parteien“. (Siehe „Die

KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954. S. 164/165, russ.) 234

- ⁷⁷ „*Besgolowzen*“ (Kopflöse) nennt Lenin ironisch die „*Bessaglawzen*“.
 „*Bessaglawzen*“ – halbkadettische, halbmenschwistische Gruppe der russischen bürgerlichen Intelligenz (S. Prokopowitsch, J. Kuskowa, W. Boguscharski und andere), die im Jahre 1906 in Petersburg die Wochenschrift „*Bes Saglawija*“ (Ohne Titel) herausgab. Die „*Bessaglawzen*“ verbreiteten die Ideen des bürgerlichen Liberalismus und Opportunismus, sie unterstützten die Revisionisten in der russischen und in der internationalen Sozialdemokratie und wandten sich gegen eine selbständige Klassenpolitik des Proletariats. W. I. Lenin nannte die „*Bessaglawzen*“ „*menschewisierende Kadetten*“ oder „*kadettisierende Menschewiki*“. 235
- ⁷⁸ „*Volkssozialisten*“ – 1906 entstandene kleinbürgerliche Partei, die aus dem rechten Flügel der Sozialrevolutionäre hervorging. Sie stellte gemäßigt-demokratische Forderungen auf, die nicht über den Rahmen einer konstitutionellen Monarchie hinausgingen. Die Volkssozialisten vertraten die Interessen der Kulaken und sprachen sich für eine teilweise Nationalisierung des Bodens aus, wobei die Gutsbesitzer entschädigt werden sollten. W. I. Lenin nannte die Volkssozialisten „*kleinbürgerliche Opportunisten*“, „*Sozialkadetten*“ und „*sozialrevolutionäre Menschewiki*“. Die Führer der Volkssozialisten waren A. W. Peschekonow, W. A. Mjakotin, N. F. Anenski und andere. 235
- ⁷⁹ „*Naschi Pomoi*“ (Unser Spüllicht) nennt Lenin ironisch die liquidatorische Zeitschrift „*Nascha Sarja*“.
Kongreß der Schmarotzer von der Literatur – der II. Gesamtrussische Schriftstellerkongreß, der vom 21. bis 28. April (4. bis 11. Mai) 1910 in Petersburg stattfand und an dem Menschewiki, Vertreter der „*Nascha Sarja*“ und des „*Sowremenny Mir*“ (Die Welt der Gegenwart) teilnahmen. Bei der ersten Aufforderung der Polizei setzte der Kongreß die Resolution über den Kampf um die Pressefreiheit, ohne Widerstand zu leisten, von der Tagesordnung ab.
 Lenin meint mit *Posseleuten* die Anhänger W. A. Posses – eines Journalisten und Politikers, der dafür eintrat, von der sozialdemokratischen Partei unabhängige Arbeiterkonsumgenossenschaften in Rußland zu schaffen. 237
- ⁸⁰ J. – der menschwistische Liquidator B. I. Gorew-Goldman. 240
- ⁸¹ *Asefiade* – politischer Verrat, so bezeichnet nach dem Spitzel Asef, einem der Führer der Partei der Sozialrevolutionäre. 247

- ⁸² Es handelt sich um Friedrich Engels' Artikel „Der 4. Mai in London“ (siehe Wiener „Arbeiter-Zeitung“ Nr. 21 vom 23. 5. 1890; wird in Marx/Engels, Werke, Bd. 22, erscheinen) und auch Engels' Briefe an Sorge vom 29. November 1886 und vom 11. Mai 1889. (Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 469–472; „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1906, S. 311/312.) 258
- ⁸³ „Zibna“ (Der Kampf) – Zeitung, Zentralorgan der lettischen Sozialdemokratie, gegründet im März 1904. Sie erschien illegal mit großen Unterbrechungen in Riga, Brüssel und Petrograd. Ab 1917 wurde sie legal als Zentralorgan der Bolschewiki Lettlands herausgegeben. Von 1919 an, nach dem zeitweiligen Sieg der Konterrevolution in Lettland, erschien sie wieder illegal. Mit dem Sieg der Sowjetmacht in Lettland im Juni 1940 wurde sie das Organ des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands. 262
- ⁸⁴ Gemeint ist das Buch „Statistik der Streiks der Arbeiter in den Fabriken und Werken für das Jahr 1905“, zusammengestellt von dem Fabrikrevisor W. J. Warsar, herausgegeben vom Ministerium für Handel und Industrie, 1908. 262
- ⁸⁵ Der *Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen* tagte vom 28. August bis 3. September 1910. Die SDAPR war auf dem Kongress durch Lenin, Plechanow, Lunatscharski und andere vertreten. Zwecks Erörterung und Ausarbeitung der Resolutionen zu einzelnen Fragen wählte der Kongress verschiedene Kommissionen. Lenin arbeitete in der Kommission für Genossenschaftswesen mit. Sein Resolutionsentwurf über die Genossenschaften lag dem Resolutionsentwurf zugrunde, den die Delegation der SDAPR der Kommission für Genossenschaftswesen des Kongresses vorschlug. Über die Tätigkeit der Kommission für Genossenschaftswesen auf dem Kongress siehe Lenins Artikel „Die Frage der Genossenschaften auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen“, wo auch der Text des Resolutionsentwurfs der Delegation der SDAPR über die Genossenschaften abgedruckt ist (vorliegender Band, S. 278–287). 267
- ⁸⁶ *Sashin* – der „Wperjod“-Mann I. A. Sanshur. 270
- ⁸⁷ „*Tkatsch* (Weber) *J-n*“ – I. W. Syssojew, Sozialdemokrat; Otsowist-Ulmatist. 271
- ⁸⁸ „*Rabotschi* (Arbeiter) *Ar.*“ – der „Wperjod“-Mann F. I. Kalinin. 273
- ⁸⁹ *Woinow* – Pseudonym A. W. Lunatscharskis. 274
- ⁹⁰ *Domow* – M. N. Pokrowski. 276

- ⁹¹ Lenin zitiert August Bebels Worte aus dem Referat „Die Angriffe auf die Grundanschauungen und die taktische Stellungnahme der Partei“, gehalten auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover (9.–14. Oktober 1899). 283
- ⁹² Der *Stuttgarter Internationale Kongreß* – VII. Internationaler Sozialistenkongreß, der vom 18. bis 24. August 1907 stattfand. Lenin nahm am Kongreß als Delegierter der SDAPR teil. (Siehe W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. 13, S. 59–77, russ.) 284
- ⁹³ Der Protest gegen die Veröffentlichung des anonymen Artikels Trotzki's im „Vorwärts“, der Verleumdungen gegen die SDAPR enthielt, wurde in den Tagen der Sitzungen des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen verfaßt. 289
- ⁹⁴ „*Towarischtsch*“ (Der Gefährte) – bürgerliche Tageszeitung, erschien von März 1906 bis Januar 1908 in Petersburg; ihre engsten Mitarbeiter waren S. N. Prokopowitsch und J. D. Kuskowa. Formell kein Parteiorgan, war sie jedoch faktisch Sprachrohr der linken Kadetten. Auch Menschewiki arbeiteten an der Zeitung mit. 289
- ⁹⁵ „*Le Peuple*“ (Das Volk) – Tageszeitung, Zentralorgan der belgischen Arbeiterpartei, das seit 1885 in Brüssel erscheint; heute Organ der Sozialistischen Partei Belgiens. 289
- ⁹⁶ „*Rabotschaja Gaseta*“ (Arbeiterzeitung) – populäres Organ der Bolschewiki; wurde in Paris vom 30. Oktober (12. November) 1910 bis 30. Juli (12. August) 1912 herausgegeben; es erschienen 9 Nummern. An der Zeitung arbeiteten auch parteitreue Menschewiki mit. Begründer und Leiter der „*Rabotschaja Gaseta*“ war Lenin. Lenin veröffentlichte in der Zeitung mehr als 10 Artikel. Die Prager Konferenz der SDAPR (Januar 1912) stellte fest, daß die „*Rabotschaja Gaseta*“ die Partei und das Parteiprinzip entschieden und konsequent verteidigt, und erklärte sie zum offiziellen Organ des ZK der SDAPR (Bolschewiki). 293
- ⁹⁷ Gemeint ist die Resolution „Über Otsowismus und Ultimatismus“, die von Lenin verfaßt und von der Beratung der erweiterten Redaktion des „*Proletari*“ (Juni 1909) angenommen worden war. (Siehe Werke, Bd. 15, S. 445 bis 449.) 298
- ⁹⁸ Lenin zitiert Friedrich Engels' Artikel „Der Sozialismus in Deutschland“. („*Die Neue Zeit*“, Jg. X, Bd. 1, 1891/92, S. 580–589; wird in Marx/Engels, Werke, Bd. 22, erscheinen.) 315
- ⁹⁹ *Polnisches Kolo* – Gruppe polnischer Abgeordneter in der Reichsduma, deren Programm die Autonomie Polens war. In der I. und II. Duma bildeten

den führenden Kern in dieser Vereinigung die Narodowzen – die polnischen Schwarzhunderter. In allen wesentlichen Fragen der Dumataktik unterstützte das polnische Kolo die Oktobristen und die Rechten. 318

- ¹⁰⁰ „*Russkije Wedomosti*“ (Russische Nachrichten) – Tageszeitung, die in Moskau 1863 von liberalen Professoren der Moskauer Universität und Semstwo-leuten gegründet wurde. Sie vertrat die Interessen der liberalen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie. 1905 wurde sie zum Organ des rechten Flügels der Kadetten. Bald nach der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 wurde sie verboten. 324
- ¹⁰¹ „*Golos Moskwy*“ (Die Stimme Moskaus) – Tageszeitung; Organ der Oktobristen, der konterrevolutionären Partei der industriellen Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer; sie erschien von Dezember 1906 bis Juni 1915 in Moskau. 325
- ¹⁰² „*Herr Coupon*“ – bildhafter Ausdruck für Kapital und Kapitalisten in der russischen Literatur der achtziger und neunziger Jahre. Diesen Ausdruck verwandte zuerst Gleb Uspenski in den Skizzen „Schwere Sünden“ („*Russkaja Mysl*“ [Russischer Gedanke], 1888, Heft 12). 329
- ¹⁰³ *Schule in Bologna* (Italien) – zweite parteifeindliche Schule der Gruppe „*Wperjod*“ (Ende 1910 – Anfang 1911). Sie war die Fortsetzung der Schule auf Capri, des Fraktionszentrums der Otsowisten und Ultimativisten. 333
- ¹⁰⁴ Der Artikel „*L. N. Tolstoi und die moderne Arbeiterbewegung*“ erschien im „*Nasch Put*“.
- „*Nasch Put*“ (Unser Weg) – halblegale bolschewistische Zeitung; wurde mit Unterstützung des Moskauer Zentralbüros der Gewerkschaften als Fortsetzung des „*Westnik Truda*“ (Bote der Arbeit) (1909) gegründet. Sie erschien vom 30. Mai (12. Juni) 1910 bis 9. (22.) Januar 1911 in Moskau; Redakteur war faktisch I. I. Skworzow-Stepanow. Es erschienen 8 Nummern. Nach der Verhaftung des Kerns der Mitarbeiter, die von den Spitzeln Malinowski und Tanin verraten worden waren, wurde die Zeitung verboten. 335
- ¹⁰⁵ Es handelt sich um das Telegramm, das die sozialdemokratischen Abgeordneten der III. Duma an W. G. Tschertkow, den vertrauten Freund und Anhänger L. N. Tolstois, nach Astapowo sandten: „Die sozialdemokratische Fraktion der Reichsduma gibt den Gefühlen des russischen und des gesamten internationalen Proletariats Ausdruck, wenn sie die tiefe Trauer über das Hinscheiden des genialen Künstlers ausspricht, dieses unversöhnlichen und unbesiegtten Kämpfers gegen die offizielle Kirche, dieses Feindes

der Willkür und Unterdrückung, der laut seine Stimme gegen die Todesstrafe erhoben hat, dieses Freundes der Verfolgten.“ 335

- ¹⁰⁶ Der Artikel „Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung“ erschien in Nr. 1 der „Swesda“, in der Rubrik „Briefe aus dem Ausland“.

„Swesda“ (Der Stern) – legale bolschewistische Zeitung, Vorläuferin der „Prawda“; erschien in Petersburg vom 16. (29.) Dezember 1910 bis 22. April (5. Mai) 1912 (anfangs wöchentlich, ab Januar 1912 zweimal und ab März dreimal wöchentlich). Am 26. Februar (10. März) 1912 erschien gleichzeitig mit der „Swesda“ die Nr. 1 der „Newskaja Swesda“ (Der Newa-Stern), die nach dem Verbot der „Swesda“ an deren Stelle trat. Die letzte Nummer der „Newskaja Swesda“ (Nr. 27) erschien am 5. (18.) Oktober 1912. N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. S. Olminski, N. G. Poletajew und auch A. M. Gorki arbeiteten an der Zeitung mit. Anfangs, bis zum Herbst 1911, wirkten auch parteitreue Menschewiki (Plechanowleute) an der Zeitung mit. Die ideologische Leitung der Zeitung lag in den Händen W. I. Lenins, der sich im Ausland befand. In der „Swesda“ und der „Newskaja Swesda“ wurden etwa 50 Artikel Lenins veröffentlicht.

Die von Lenin geleitete legale „Swesda“ war ein bolschewistisches Kampforgan, das das Programm der illegalen Partei verfocht. Die „Swesda“ räumte den Arbeiterkorrespondenzen breiten Raum ein und hatte eine ständige feste Verbindung mit Arbeitern. Die Auflage einzelner Nummern erreichte 50000–60000 Exemplare. Die Zeitung war ständigen Verfolgungen von seiten der Regierung ausgesetzt: von 96 Nummern der „Swesda“ und der „Newskaja Swesda“ wurden 39 beschlagnahmt, 10 mit Strafen belegt. Die „Swesda“ bereitete die Herausgabe der legalen bolschewistischen Tageszeitung „Prawda“ vor; sie wurde von der Regierung an dem Tag verboten, an dem die erste Nummer der „Prawda“ erschien. 353

- ¹⁰⁷ Die „Jungen“ nannte man in der deutschen Sozialdemokratie eine kleinbürgerliche halbanarchistische Gruppe, die 1890 entstand. Den Kern der Gruppe bildeten „verkrachte Studenten“ und junge Literaten (daher der Name der Gruppe). Die Gruppe trat mit einer Plattform hervor, in der jede Beteiligung der Sozialdemokraten am Parlament abgelehnt wurde. Friedrich Engels nannte die „Jungen“ Helden der revolutionären Phrase, die „intrigieren und klüngeln“ und dadurch die Partei desorganisieren. Auf dem Erfurter Parteitag der deutschen Sozialdemokratie im Oktober 1891 wurde ein Teil der Führer der „Jungen“ aus der Partei ausgeschlossen. 357

- ¹⁰⁸ *Most, Johann* – deutscher Sozialdemokrat, seit 1878 in London, später in den USA; wurde wegen seiner desorganisierenden Tätigkeit auf dem Wydener Kongreß 1880 aus der deutschen Partei ausgeschlossen. In den

achtziger Jahren wurde er Anarchist. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin 1953, S. 364/365; „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“, Stuttgart 1906, S. 162–166.) 357

- ¹⁰⁹ Es handelt sich um den Antrag der Bolschewiki an das Auslandsbüro des ZK vom 22. November (5. Dezember) 1910, in dem die unverzügliche Einberufung einer Plenartagung des ZK gefordert wurde, um über die Rückgabe der Gelder der bolschewistischen Fraktion zu entscheiden. Der Antrag war von Lenin und anderen Teilnehmern des Januarplenums des ZK von 1910 unterzeichnet. 372
- ¹¹⁰ Der Artikel „*Helden des ‚Vorbehalts‘*“ erschien in der Zeitschrift „*Mysl*“. „*Mysl*“ (Der Gedanke) – legale bolschewistische Monatsschrift für philosophische und sozialökonomische Fragen; erschien ab Dezember 1910 in Moskau. Die Zeitschrift wurde auf Initiative Lenins gegründet, um den Kampf gegen die legalen Organe der Liquidatoren zu verstärken. W. I. Lenin leitete die Zeitschrift vom Ausland aus. In den ersten vier Heften der „*Mysl*“ veröffentlichte Lenin 6 Artikel, darunter auch den großen Artikel „Über die Statistik der Streiks in Rußland“. Engste Mitarbeiter der Zeitschrift waren W. W. Worowski, M. S. Olminski, I. I. Skworzow-Stepanow. Außerdem arbeiteten an der Zeitschrift parteitreue Menschewiki (G. W. Plechanow und andere) mit. Die Zeitschrift wurde bis April 1911 herausgegeben; es erschienen 5 Nummern. Die letzte, die fünfte Nummer wurde beschlagnahmt. 375
- ¹¹¹ Der Artikel „*Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland*“ richtet sich gegen die verleumderischen Artikel Trotzki's und Martow's, die in der „*Neuen Zeit*“, dem Organ der deutschen Sozialdemokratie, erschienen waren. Lenin beabsichtigte, Trotzki und Martow in derselben Zeitschrift zu antworten, aber die Verantwortlichen der „*Neuen Zeit*“, Kautsky und Wurm, wollten keinen Artikel Lenins veröffentlichen. Sein Artikel erschien erst am 29. April (12. Mai) 1911 in Nr. 3 des „*Diskussionny Listok*“. 381
- ¹¹² Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, Bd. 5, Berlin 1959, S. 283. 383
- ¹¹³ Lenin meint die vom IV. (Vereinigungs-) Parteitag der SDAPR angenommene „*Taktische Resolution zur Agrarfrage*“. (Siehe „*Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK*“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 124/125, russ.) 384
- ¹¹⁴ Es handelt sich um einen Artikel von Karl Marx aus der Serie der Artikel „*Die Krisis und die Konterrevolution*“. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels,

- Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 398–404.) Lenin meint mit „Mehring's Spott“ die Einleitung von Franz Mehring zum dritten Band des von ihm herausgegebenen literarischen Nachlasses von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. (Siehe „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle“, Bd. 3, Stuttgart 1902, S. 53/54.) 384
- ¹¹⁵ Gemeint ist die von W. J. Warsar herausgegebene „Statistik der Streiks der Arbeiter in den Fabriken und Werken für die Jahre 1906–1908“, St. Petersburg 1910. 388
- ¹¹⁶ Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 8, Berlin 1960, S. 77; siehe auch Karl Marx' Brief an Ludwig Kugelmann vom 17. April 1871 (Karl Marx/Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 309). 391
- ¹¹⁷ In dem Artikel „Über die Statistik der Streiks in Rußland“ benutzte Lenin die von W. J. Warsar gesammelten Angaben der offiziellen Statistik. Lenin bearbeitete die statistischen Materialien Ende September 1910. (Siehe sein Notizheft „Statistik der Streiks in Rußland“ im Lenin-Sammelband XXV, S. 129–155, russ.) Lenin hatte die Absicht, auf Grund des gesammelten Materials eine Studie zur Geschichte der russischen Revolution zu schreiben. Es sollte ein Buch oder eine Broschüre von ungefähr 300 Seiten werden, die er dann ins Deutsche übersetzen wollte. Der Artikel „Über die Statistik der Streiks in Rußland“ war, nach Lenins Worten, „ein erster Beginn“, es waren die „vorläufigen Ergebnisse eines Versuchs einer detaillierten Bearbeitung“. Eine vollständige Darstellung der Ergebnisse schob Lenin „bis zu einer anderen Gelegenheit“ auf. Lenin konnte die Arbeit im beabsichtigten Umfang nicht schreiben. 401
- ¹¹⁸ A. W. Pogoshew, „Eine Statistik über die Anzahl und die Zusammensetzung der Arbeiter in Rußland. Materialien zur Arbeitsstatistik“, St. Petersburg 1906, herausgegeben von der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften. 410
- ¹¹⁹ Dieselbe Tabelle führt Lenin auch in dem Artikel „Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland“ an (vorliegender Band, S. 388), aber dort zählt Lenin die gemischten Streiks zu den politischen Streiks, wie das in der Regierungsstatistik von 1905 gemacht wurde. In dem Artikel „Über die Statistik der Streiks in Rußland“ korrigiert Lenin diese Ungenauigkeit der offiziellen Statistik, indem er die gemischten Streiks zu den wirtschaftlichen zählt. Daraus erklären sich die unterschiedlichen Zahlen der in den Quartalen von 1905 aus wirtschaftlichen und der aus politischen Gründen

Streikenden in den beiden Tabellen, während das Gesamtergebnis das gleiche ist. 417

- ¹²⁰ Die Arbeit „Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft“ ist ein Teil einer großen Abhandlung über die kapitalistische Landwirtschaft in Deutschland.

In den Werken W. I. Lenins wird die Arbeit „Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft“ zum erstenmal abgedruckt. Sie war 1932 in der Zeitschrift „Bolschewik“ Nr. 9 und im Lenin-Sammelband XIX nach dem aufgefundenen Teil des Manuskripts veröffentlicht worden. Bisher wurden folgende Teile des Manuskripts nicht gefunden: der Schluß des III. Kapitels, „Die bäuerlichen Wirtschaften im Kapitalismus“, der Anfang und Schluß des IV. Kapitels, „Frauen- und Kinderarbeit in der Landwirtschaft“, V. und VI. Kapitel, „Vergeudung der Arbeit im Kleinbetrieb“ und „Der kapitalistische Charakter der Anwendung von Maschinen in der modernen Landwirtschaft“.

Der Schluß der Arbeit mit der Unterschrift „W. Iljin“ sowie der Schluß des I. Kapitels („Das allgemeine Bild der ökonomischen Struktur der modernen Landwirtschaft“) und der Anfang des II. Kapitels („Was die Mehrzahl der modernen landwirtschaftlichen ‚Wirtschaften‘ in Wirklichkeit darstellt [Proletarische ‚Wirtschaften‘]“) sind jetzt gefunden worden. Deshalb werden die Kapitel I, II und VII hier zum erstenmal vollständig veröffentlicht.

431

- ¹²¹ „Kiewskaja Mysl“ (Kiewer Gedanke) – bürgerlich-demokratische Tageszeitung, die von 1906 bis 1918 in Kiew erschien.

Lenin meint den Artikel des Liquidatoren N. Walentinow „Zur letzten Zählung in Deutschland“, der in Nr. 308 der „Kiewskaja Mysl“ veröffentlicht wurde. 435

- ¹²² „Ekonomist Rossii“ (Der Ökonom Rußlands) – bürgerliche Wochenschrift für Wirtschafts- und Finanzfragen; erschien von 1909 bis 1912 in Petersburg. 436

- ¹²³ Siehe dazu Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. III, Berlin 1961, S. 662–866. 436

- ¹²⁴ Siehe Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. I, Berlin 1961, S. 675–683. 443

- ¹²⁵ Franz Bensing, „Der Einfluß der landwirtschaftlichen Maschinen auf Volks- und Privatwirtschaft“, Breslau 1897. 451

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN
W. I. LENINS

(September 1909 bis Dezember 1910)

1909

- Ende Juli-August* Lenin erholt sich mit seiner Familie – N. K. Krupskaja, ihrer Mutter und M. I. Uljanowa – in Bombon (Frankreich, Departement Seine-et-Marne).
- 20.–25. August (2.–7. September)* Lenin schreibt den Artikel „Über die Fraktion der Anhänger des Otsowismus und des Gottbildnertums“.
- Spätestens 1. (14.) September* Lenin kehrt von Bombon nach Paris zurück.
- 5. (18.) September* Lenins Artikel „Entlarvte Liquidatoren“, „Zu den Wahlen in Petersburg“ und die Bemerkung der Redaktion „Zu dem offenen Brief der Exekutivkommission des Moskauer Bezirkskomitees“ erscheinen in Nr. 47/48 des „Proletari“.
- 11. (24.) September* Lenins Artikel „Über die Fraktion der Anhänger des Otsowismus und des Gottbildnertums“ erscheint in der Beilage zu Nr. 47/48 des „Proletari“.
- 14. (27.) September* Lenins Artikel „Noch einmal über Parteilichkeit und Parteilosigkeit“ wird in Nr. 9 des „Nowy Den“ veröffentlicht.
- 19. September (2. Oktober)* Lenin hält in Paris ein Referat über die Ersatz- (September-) Wahlen zur III. Reichsduma in Petersburg.
- 3. (16.) Oktober* Lenins Artikel „Gespräch mit den Petersburger Bolschewiki“ wird in Nr. 49 des „Proletari“ veröffentlicht.
- Vor dem 5. (18.) Oktober* Lenin korrespondiert mit W. A. Karpinski über die Verlegung der Bibliothek der Partei von Genf nach Paris.
- 15. (28.) Oktober* Lenin hält in Lüttich für die Mitglieder der sozialdemokratischen Gruppen ein Referat „Über die Lage in der Partei“.

16. (29.) Oktober Lenin hält in Lüttich öffentlich ein Referat zum Thema „Die Ideologie der konterrevolutionären Bourgeoisie“.
21. Oktober
(3. November) Lenin bringt in der Redaktionsbesprechung des Zentralorgans, des „Sozial-Demokrat“, den „Resolutionsentwurf über die Festigung der Partei und ihrer Einheit“ ein. Der Entwurf wird von der liquidatorisch-versöhnlerischen Mehrheit der Redaktion abgelehnt.
22. Oktober
(4. November) Lenin reicht eine Erklärung über seinen Austritt aus der Redaktion des Zentralorgans ein und verlangt die Veröffentlichung der Erklärung zusammen mit dem Resolutionsentwurf über die Festigung der Partei und ihrer Einheit im „Sozial-Demokrat“.
23. Oktober
(5. November) Lenin begibt sich von Paris nach Brüssel zur elften Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros.
24. Oktober
(6. November) Lenin teilt der Redaktion des „Sozial-Demokrat“ mit, daß er seine Erklärung über den Austritt aus der Redaktion zurücknimmt.
Lenin nimmt an der Internationalen Konferenz der sozialistischen Journalisten in Brüssel teil.
25. Oktober
(7. November) Lenin spricht in der elften Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros in Brüssel zur Frage der Spaltung in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.
26. Oktober
(8. November) Lenin nimmt an der Sitzung der Interparlamentarischen Kommission beim Internationalen Sozialistischen Büro teil.
Nach dem
26. Oktober
(8. November) Lenin kehrt von Brüssel nach Paris zurück.
31. Oktober
(13. November) Lenins Artikel „Der Zar gegen das finnische Volk“ wird als Leitartikel in Nr. 9 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
- Oktober Lenin bringt in dem Brief an die Hörer der Schule auf Capri seine Zustimmung zum beginnenden Bruch zwischen einem Teil der Hörer und den Anhängern Bogdanows zum Ausdruck.
1. (14.)
November Lenin schreibt zusammen mit J. F. Dubrowski und anderen ZK-Mitgliedern einen Antrag an das Auslandsbüro des ZK, in dem die Einberufung einer Plenartagung des ZK der SDAPR für die nächste Zeit verlangt wird.

3. (16.)
November Lenin führt mit N. J. Wilonow, der nach der Spaltung der Schule auf Capri nach Paris gekommen war, ein Gespräch. Im Zusammenhang mit diesem Gespräch schreibt er an A. M. Gorki einen Brief.
13. (26.)
November Lenin hält in Paris öffentlich ein Referat zum Thema „Die Ideologie des konterrevolutionären Liberalismus (Der Erfolg der ‚Wechi‘ und seine gesellschaftliche Bedeutung)“.
21. November
(4. Dezember) Lenin gibt auf der ordentlichen Versammlung der zweiten Pariser Gruppe zur Unterstützung der SDAPR einen Bericht über die elfte Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros und wird als Mitglied des Komitees der Gruppe gewählt.
28. November
(11. Dezember) Lenins Artikel „Über einige Quellen der gegenwärtigen ideologischen Zerfahrenheit“, „Die Methoden der Liquidatoren und die Parteaufgaben der Bolschewiki“, „Der ‚Golos Sozial-Demokrata‘ und Tscherewanin“, „Märchen der bürgerlichen Presse über einen Ausschluß Gorkis“ werden in Nr. 50 des „Proletari“ veröffentlicht.
Lenins Artikel „Ein schmähhliches Fiasko“ erscheint als Sonderdruck aus Nr. 50 des „Proletari“.
- Ende November
(Anfang
Dezember) Lenin hält in Paris vor 5 Hörern, die aus der Schule auf Capri ausgeschlossen worden waren, Lektionen über „Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben“ und über „Die Agrarpolitik Stolypins“.
- Ende November
(Anfang
Dezember) Lenin schreibt den Artikel „Über den ideologischen Zerfall und die ideologische Zersetzung in der Sozialdemokratie Rußlands“.
- Herbst Lenin schreibt für die Dumafraktion die „Schriftliche Erläuterung zum Entwurf der grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes über den Achtstundentag“.
3. (16.)
Dezember Lenin schreibt an I. I. Skworzow-Stepanow einen Antwortbrief zur Frage des „preußischen“ oder „amerikanischen“ Weges der kapitalistischen Agrarentwicklung Rußlands.
13. (26.)
Dezember Lenins Artikel „Über die ‚Wechi‘“ wird in Nr. 15 des „Nowy Den“ veröffentlicht.

- Mitte (Ende) Dezember–Anfang Januar 1910* Lenin hält vor der zweiten Gruppe von Hörern der Schule auf Capri, die nach Paris gekommen war, Lektionen „Über die gegenwärtige Lage“ und „Die Agrarpolitik Stolypins“.
- 24. Dezember (6. Januar 1910)* Lenins Artikel „Das letzte Wort des russischen Liberalismus“ und „Die elfte Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros“ erscheinen in Nr. 10 des „Sozial-Demokrat“.
- Ende Dezember (erste Januarhälfte 1910)* Lenin schreibt die Notiz „Über die Gruppe ‚Wperiod‘“.
- 1909* Lenin studiert in der Bibliothek der Sorbonne (Paris) Literatur über Philosophie und Naturwissenschaften.

1910

- 2.–23. Januar (15. Januar bis 5. Februar)* Lenin nimmt an der Plenartagung des ZK der SDAPR in Paris teil. Er schlägt einen Resolutionsentwurf „Über die Lage in der Partei“ vor, in dem das Liquidatorientum und der Otsowismus verurteilt werden. Die Plenartagung wählt Lenin in die Redaktion des Zentralorgans, des „Sozial-Demokrat“, und als Vertreter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro.
- Ende Januar (Anfang Februar)* Lenin tritt in der Redaktionsbesprechung des Zentralorgans gegen die Veröffentlichung des liquidatorischen Artikels J. O. Martows „Auf dem richtigen Weg“ im „Sozial-Demokrat“ auf.
- 13. (26.) Februar* Lenins Artikel „Zur Einheit“, in dem die Beschlüsse des Januarplenums des ZK der SDAPR eingeschätzt werden, erscheint in Nr. 11 des „Sozial-Demokrat“.
- 6. (19.) März* In Nr. 1 des „Diskussionny Listok“ erscheint der erste Teil von Lenins Arbeit „Notizen eines Publizisten. I. Über die ‚Plattform‘ der Anhänger und Verfechter des Otsowismus“.
- 7. (20.) März* Lenin spricht sich auf der Versammlung der zweiten, bolschewistischen Gruppe zur Unterstützung der SDAPR in Paris bei der Erörterung des Berichts über die Plenartagung des ZK für eine Vereinigung mit den parteitreuen Menschewiki (Plechanowleuten) aus.

14. (27.) März Lenin schreibt an N. J. Wilonow nach Davos (Schweiz) einen Brief über die Vereinigung der Bolschewiki mit den parteitreuen Menschewiki (Plechanowleuten) zum Kampf gegen die Liquidatoren.
16. (29.) März Lenin schlägt in einem Brief an G. W. Plechanow vor, sich mit ihm zu treffen, um über die Lage in der Partei zu beraten.
23. März
(5. April) Lenin schickt an das Auslandsbüro des ZK der SDAPR eine Erklärung über die Konflikte innerhalb der Redaktion des Zentralorgans. Lenins Artikel „Der ‚Golos‘ der Liquidatoren gegen die Partei (Antwort an den ‚Golos Sozial-Demokrata‘)“ und „Wofür kämpfen?“ erscheinen in Nr. 12 des „Sozial-Demokrat“.
- Vor dem
27. März
(9. April) Lenin schlägt in einer geschlossenen Sitzung der zweiten, bolschewistischen Gruppe zur Unterstützung der SDAPR in Paris eine Resolution über den Ausschluß von drei menschevistischen Liquidatoren aus der Partei vor. Diese hatten sich geweigert, Mitglieder des Russischen Kollegiums des ZK zu werden. Lenins Resolution wird angenommen.
28. März
(10. April) Lenin unterzeichnet den Brief der Redaktion des Zentralorgans an den Hauptvorstand der Polnischen Sozialdemokratie über den Kampf gegen die Liquidatoren.
29. März
(11. April) Lenin schreibt an A. M. Gorki einen Brief über die Vereinigung der Partei, in dem er eine Einschätzung des Januarplenums des ZK der SDAPR gibt.
- Vor dem
26. April
(9. Mai) Lenin schreibt eine Erklärung an das ZK der SDAPR über die Lage in der Redaktion des Zentralorgans – die infolge des Verhaltens des liquidatorischen Teils der Redaktion entstanden war –, in der er darauf besteht, die Zusammensetzung der Redaktion zu verändern.
26. April
(9. Mai) Lenins Artikel „Feldzug gegen Finnland“, „Man hat Angst um die Armee“, „Die Vereinigung der Partei im Ausland“ und „Eins der Hindernisse für die Einheit der Partei“ werden in Nr. 13 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
25. Mai (7. Juni) In Nr. 2 des „Diskussionny Listok“ erscheint der zweite Teil der Arbeit Lenins „Notizen eines Publizisten. II. Die ‚Einkrisenkrise‘ in unserer Partei“.

15. (28.) Juni Lenin fährt von Paris nach Capri zu Gorki.
1. (14.) Juli Lenin verläßt Capri.
9. oder 10. Juli W. I. Lenin erholt sich mit N. K. Krupskaja und ihrer Mutter
bis 10. August im Küstenstädtchen Pornic (Frankreich) am Golf von Biskaya.
(22. oder 23. Juli
bis 23. August)
- Juli Lenins Artikel „Der Jubiläumsnummer der ‚Zihna‘“ erscheint
in Nr. 100 der „Zihna“, des Organs der Sozialdemokratischen
Partei Lettlands.
- Vor dem Lenin trifft sich in Paris mit G. W. Plechanow und führt mit
13. (26.) August ihm ein Gespräch.
13. (26.) August Lenin kommt nach Kopenhagen zum VIII. Kongreß der
II. Internationale und nimmt an der Sitzung des Büros des
Kongresses teil.
- 15.–21. August Lenin nimmt an der Arbeit des Kopenhagener Kongresses der
(28. August bis II. Internationale teil.
3. September)
- Zwischen dem Lenin beruft eine Beratung der Linken in der II. Internationale
15. und 21. ein, um die revolutionären Elemente in der internationalen
August (28. Arbeiterbewegung zu organisieren und zusammenzuschließen.
August und
3. September Lenin berät sich mit G. W. Plechanow, N. G. Poletajew und
I. P. Pokrowski über die Gründung der „Rabotschaja Gaseta“
und der „Swesda“.
16. (29.) August Lenin nimmt an einer Beratung von Vertretern der nationalen
Sektionen des Kopenhagener Kongresses teil. Auf der Tages-
ordnung der Beratung stehen folgende Fragen: 1. Prüfung der
Mandate. 2. Bildung von Kommissionen.
- 16.–19. August Lenin nimmt auf dem Kongreß an der Arbeit der Kommission
(29. August bis für Genossenschaftswesen und ihrer Unterkommission teil.
1. September Er verfaßt einen Resolutionsentwurf über die Genossenschaf-
ten und bringt Abänderungsvorschläge zur Resolution der
Kommission für Genossenschaftswesen ein.
20. August Lenin teilt dem Internationalen Sozialistischen Büro mit, daß
(2. September) entsprechend dem Beschluß des Januarplenums des ZK der
SDAPR von 1910 außer ihm auch G. W. Plechanow Ver-
treter der SDAPR im Internationalen Sozialistischen Büro ist.

20. August
(2. September) Lenin schreibt zusammen mit G. W. Plechanow und A. Warski einen Brief an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in dem sie gegen die Veröffentlichung eines verleumderischen Artikels Trotzki's im „Vorwärts“ protestieren.
30. August
(12. September) Lenins Artikel „Über die Fraktion der ‚Wperjod‘-Leute“ wird in Nr. 15/16 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
30. August bis
12. September
(12.–25.
September) Lenin hält sich in Stockholm auf. Er war dorthin gekommen, um sich mit seiner Mutter, M. A. Uljanowa, und seiner Schwester, M. I. Uljanowa, zu treffen. In Versammlungen der sozialdemokratischen Gruppen hält er Referate „Über den Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen“ und „Über die Lage in der Partei“. Er studiert in einer Stockholmer Bibliothek Fragen des Genossenschaftswesens in der Landwirtschaft.
- Zweite August-
hälfte (erste
Septemberhälfte) Lenin schreibt den Artikel „Otsowistisch-ultimatistische Streikbrecher“ (der Artikel wurde nicht aufgefunden).
2. (15.)
September Lenin bestellt aus einer Kopenhagener Bibliothek Literatur über die Landwirtschaft in Dänemark.
13. (26.)
September Lenin hält in Kopenhagen ein Referat über den Internationalen Sozialistenkongreß.
15. (28.)
September Lenin kehrt nach Paris zurück.
21. September
(4. Oktober) Lenin verlangt in einem Brief an den Vertreter der Bolschewiki im Auslandsbüro des ZK der SDAPR, N. A. Semaschko, die unverzügliche Einberufung einer Versammlung der Bolschewiki, um über die Herausgabe der „Rabotschaja Gaseta“ zu entscheiden.
24. September
(7. Oktober) Lenin schreibt an J. Marchlewski einen Brief zu dem Artikel, den dieser gegen J. O. Martow für „Die Neue Zeit“ zu schreiben beabsichtigte, und gibt verschiedene Hinweise für den Artikel.
25. September
(8. Oktober) Lenins Artikel „Die Frage der Genossenschaften auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen“ und „Wie manche Sozialdemokraten die Internationale über die Lage in der SDAPR informieren“ erscheinen in Nr. 17 des „Sozial-Demokrat“.

- September–November* Lenin berät mit W. W. Worowski und I. I. Skworzow-Stepanow die Herausgabe der legalen bolschewistischen Zeitschrift „Mysl“ in Moskau.
- Ende September–November* Lenin arbeitet an dem Artikel „Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland“, den er in der „Neuen Zeit“ veröffentlichen wollte. Der Artikel erscheint in Nr. 3 des „Diskussionny Listok“ vom 29. April (12. Mai) 1911.
- Lenin beginnt an der Statistik der Streiks in Rußland für 1905–1908 zu arbeiten.
- Vor dem 15. (28.) Oktober* Lenin spricht in einer Versammlung der Bolschewiki in Paris über die Gründung der „Rabotschaja Gaseta“, die gemeinsam mit den Plechanowleuten erfolgen sollte.
- Vor dem 30. Oktober (12. November)* Lenin schreibt den Artikel „Ankündigung der Herausgabe der ‚Rabotschaja Gaseta‘“.
- 30. Oktober (12. November)* Lenins Artikel „Die Lehren der Revolution“ erscheint als Leitartikel in Nr. 1 der „Rabotschaja Gaseta“.
- 1. (14.) November* Lenin schickt A. M. Gorki Nr. 1 der „Rabotschaja Gaseta“ nach der Insel Capri und teilt ihm mit, daß gemeinsam mit Plechanow die Herausgabe der legalen Zeitschrift „Mysl“ vorbereitet wird.
- 16. (29.) November* Lenins Artikel „Zwei Welten“, „Über die Demonstration anläßlich des Todes Muromzews“, „Beginn eines Umschwungs?“ und „L. N. Tolstoi“ werden in Nr. 18 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
- 20. November (3. Dezember)* Lenin lehnt es in dem Brief „An die Genossen Hörer der Schule in Bologna“ ab, Lektionen in Bologna zu halten, und lädt die Hörer zu Lektionen nach Paris ein.
- 22. November (5. Dezember)* Lenin übergibt dem Auslandsbüro des ZK der SDAPR eine Erklärung über die Rückerstattung des „Treuhandergeldes“ an die Bolschewiki. Er verlangt die unverzügliche Einberufung einer Plenartagung des ZK, um diese Frage zu entscheiden.
- Nach dem 22. November (5. Dezember)* Lenin schreibt im Namen der Redaktion der „Rabotschaja Gaseta“ den „Offenen Brief an alle parteitreuen Sozialdemokraten“, in dem er die innerparteiliche Lage schildert.
- 28. November (11. Dezember)* Lenins Artikel „L. N. Tolstoi und die moderne Arbeiterbewegung“ wird in Nr. 7 des „Nasch Put“ veröffentlicht.

-
16. (29.) Lenins Artikel „Die Differenzen in der europäischen Arbeiter-
Dezember bewegung“ erscheint in Nr. 1 der „Swesda“.
18. (31.) Lenins Artikel „Tolstoi und der proletarische Kampf“, „Der
Dezember Beginn von Demonstrationen“, „Was geht auf dem Lande
vor?“ und „Iwan Wassiljewitsch Babuschkin (Nekrolog)“
erscheinen in Nr. 2 der „Rabotschaja Gaseta“.
- Dezember In Moskau erscheint Nr. 1 der legalen bolschewistischen Zeit-
schrift „Mysl“, in der Lenins Artikel „Helden des ‚Vor-
behalts‘“ und „Über die Statistik der Streiks in Rußland“
(Kapitel I) enthalten sind.
- Ende des Jahres Lenin schreibt die Arbeit „Das kapitalistische System der
modernen Landwirtschaft“.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort VII-VIII

1909

Entlarvte Liquidatoren	1-8
Zu dem offenen Brief der Exekutivkommission des Moskauer Bezirkskomitees	9
Zu den Wahlen in Petersburg (Bemerkungen)	10-15
Über die Fraktion der Anhänger des Otsowismus und des Gottbildnertums	16-50
I	16
II	21
III	25
IV	31
V	38
VI	44
VII	48
Noch einmal über Parteilichkeit und Parteilosigkeit	51-53
Gespräch mit den Petersburger Bolschewiki	54-65
Anmerkung zu dem Artikel „Petersburger Wahlen“	66
Resolutionsentwurf über die Festigung der Partei und ihrer Einheit ..	67

Rede auf der Tagung des Internationalen Sozialistischen Büros zur Spaltung in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands. Nach einem Bericht des „Bulletin“ des ISB	68
Der Zar gegen das finnische Volk	69-72
Brief an die Hörer der Schule auf Capri	73-75
Ein schmähhches Fiasko.. .. .	76-78
Über einige Quellen der gegenwärtigen ideologischen Zerfahrenheit	79-86
Die Methoden der Liquidatoren und die Parteiaufgaben der Bolschewiki	87-94
Der „Golos Sozial-Demokrata“ und Tscherewanin	95-97
Märchen der bürgerlichen Presse über einen Ausschluß Gorkis ..	98
Über den ideologischen Zerfall und die ideologische Zersetzung in der Sozialdemokratie Rußlands	99-101
Schriftliche Erläuterung zum Entwurf der grundlegenden Bestimmungen des Gesetzes über den Achtstundentag	102-109
Brief an I. I. Skworzow-Stepanow	110-116
Über die „Wechi“	117-125
I	118
II	120
Das letzte Wort des russischen Liberalismus	126-133
Die elfte Sitzung des Internationalen Sozialistischen Büros	134-138

1910

Über die Gruppe „Wperjod“. Konzept	139-140
Zur Einheit	141-150
Der „Golos“ der Liquidatoren gegen die Partei (Antwort an den „Golos Sozial-Demokrata“)	151-159
Wofür kämpfen?	160-166
Feldzug gegen Finnland	167-171
Man hat Angst um die Armee	172-180

Die Vereinigung der Partei im Ausland	181-184
Eins der Hindernisse für die Einheit der Partei	185-187
An das Zentralkomitee der SDAPR	188-191
Notizen eines Publizisten	193-261
I. Über die „Plattform“ der Anhänger und Verfechter des Otso-	
wismus	195
II. Die „Einigungskrise“ in unserer Partei	206
1. Zweierlei Anschauungen über die Vereinigung	208
2. Der „Kampf an zwei Fronten“ und die Überwindung der	
Abweichungen	214
3. Die Bedingungen für die Vereinigung und die Zirkeldiplo-	
matie	218
4. Zu Paragraph 1 der Resolution über die Lage in der Partei	226
5. Die Bedeutung der Dezemberresolutionen (1908) und die	
Stellung der Liquidatoren dazu	232
6. Über die Gruppe der unabhängigen Legalisten	239
7. Über den parteitreuen Menschewismus und seine Einschät-	
zung	252
8. Schluß. Über die Plattform der Bolschewiki	260
Der Jubiläumsnummer der „Zihna“	262-266
Resolutionsentwurf der russischen sozialdemokratischen Delegation	
auf dem Kopenhagener Kongreß über die Genossenschaften ..	267-268
Brief an das Internationale Sozialistische Büro über die Vertretung	
der SDAPR	269
Über die Fraktion der „Wperjod“-Leute	270-277
Die Frage der Genossenschaften auf dem Internationalen Sozialisten-	
kongreß in Kopenhagen	278-287
Wie manche Sozialdemokraten die Internationale über die Lage in	
der SDAPR informieren	288-290
Ankündigung der Herausgabe der „Rabotschaja Gaseta“	293-299
Die Lehren der Revolution	300-308
Zwei Welten	309-317

Über die Demonstration anlässlich des Todes Muromzew (Bemerkungen)	318-323
Beginn eines Umschwungs?	324-326
L. N. Tolstoi	327-332
An die Genossen Hörer der Schule in Bologna	333-334
L. N. Tolstoi und die moderne Arbeiterbewegung	335-337
Offener Brief an alle parteitreuen Sozialdemokraten	338-350
Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung	353-358
I	353
Tolstoi und der proletarische Kampf	359-360
Der Beginn von Demonstrationen	361-364
Was geht auf dem Lande vor?	365-366
Iwan Wassiljewitsch Babuschkin (Nekrolog)	367-371
An das Zentralkomitee	372-374
Helden des „Vorbehalts“	375-380
Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland	381-399
I	381
II	387
III	391
IV	395
Über die Statistik der Streiks in Rußland	401-430
I	403
II	417
Das kapitalistische System der modernen Landwirtschaft	431-455
Erster Artikel	435
I. Das allgemeine Bild der ökonomischen Struktur der modernen Landwirtschaft	437
II. Was die Mehrzahl der modernen landwirtschaftlichen „Wirtschaften“ in Wirklichkeit darstellt (Proletarische „Wirtschaften“)	442
III. Die bäuerlichen Wirtschaften im Kapitalismus	445

IV. Frauen- und Kinderarbeit in der Landwirtschaft	449
V. Vergeudung der Arbeit im Kleinbetrieb	450
VI. Der kapitalistische Charakter der Anwendung von Maschinen in der modernen Landwirtschaft	450
VII. Die niedrige Arbeitsproduktivität im Kleinbetrieb und das Übermaß an Arbeit	450
Anmerkungen	457-480
Daten aus dem Leben und Wirken W. J. Lenins	481-491

ILLUSTRATIONEN

Porträt W. I. Lenins - 1910	VIII-1
Erste Seite des Manuskripts „Ankündigung der Herausgabe der „Rabotschaja Gaseta“ - Oktober 1910	291
Erste Seite der „Rabotschaja Gaseta“ Nr. 1 - 1910	301
Erste Seite der „Swesda“ Nr. 1 - 1910.. .. .	351
Diagramm der Anzahl der streikenden Arbeiter nach Jahresquar- talen - 1910	416-417
Erste Seite des Manuskripts „Das kapitalistische System der moder- nen Landwirtschaft“ - 1910	433